Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin
Historische Veröffentlichungen

Band 41

Forschungen zur osteuropäischen Geschichte

Hans-Henning Schröder
Industrialisierung und Parteibürokratie in der Sowjetunion

Berlin 1988
In Kommission bei Otto Harrassowitz Wiesbaden

OSTEUROPA-INSTITUT AN DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN
HISTORISCHE VERÖFFENTLICHUNGEN

Herausgegeben von Hans-Joachim Torke

in Verbindung mit

M. Bernath/Berlin, München, K. Meyer/Berlin, W. Philipp/Berlin, M. Raeff/New York, J. Scherrer/Paris, W. Schulz/Berlin

BAND 41

FORSCHUNGEN ZUR OSTEUROPÄISCHEN GESCHICHTE

Hans-Henning Schröder

Industrialisierung und Parteibürokratie in der Sowjetunion. Ein sozialgeschichtlicher Versuch über die Anfangsphase des Stalinismus (1928–1934)

Berlin 1988

In Kommission bei
OTTO HARRASSOWITZ · WIESBADEN

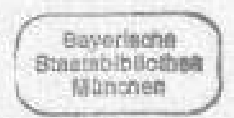
REDAKTION: Carsten Kumke

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Forschungen zur osteuropäischen Geschichte:
histor. Veröffentlichungen / Osteuropa-Inst. an d. Freien Univ. Berlin.
Wiesbaden : Harrassowitz
ISSN 0067-5903
Früher Schriftenreihe
Bd. 41 (1988).
Schröder, Hans-Henning: Industrialisierung und Parteibürokratie
in der Sowjetunion. – 1988
ISBN 3-447-02650-2
NE: Historische Veröffentlichungen

Schröder, Hans-Henning:
Industrialisierung und Parteibürokratie
in der Sowjetunion : e. sozialgeschichtl. Versuch
über d. Anfangsphase d. Stalinismus (1928–1934)
Hans-Henning Schröder.
Wiesbaden : Harrassowitz, 1988
(Forschungen zur osteuropäischen Geschichte; Bd. 41)
ISBN 3-447-02650-2

ANSCHRIFT DES HERAUSGEBERS:
OSTEUROPA-INSTITUT
GARYSTRASSE 55 · D-1000 BERLIN 33
GESAMTHERSTELLUNG:
MZ-VERLAGSDRUCKEREI GMBH, MEMMINGEN
PRINTED IN GERMANY



INHALT

VORBEMERKUNG

Die vorliegende Studie entstand im Rahmen des von der DFG geförderten Projekts „Industrialisierung und Stalinisierung". Das Manuskript wurde im Frühjahr 1984 abgeschlossen. Publikationen, die nach diesem Zeitpunkt erschienen, konnten für den Druck nicht mehr berücksichtigt werden.

Dem Leiter und den Mitarbeitern des Projekts, Prof. Bütow, K. Manicke-Gyöngyösi, R. Sartori, W. Süß, B. Menzel und U. Schreiner bin ich für Anregungen und Unterstützung verpflichtet. Für Kritik, Hinweise und Hilfe bei der Materialbeschaffung danke ich den Mitarbeitern des Projekts „Sozialgeschichte der UdSSR 1917–1941", H. Temmen, U. Weißenburger und Prof. W. Eichwede sowie H. Haumann und S. Merl. Herrn Prof. Bonwetsch schulde ich Dank für seine stete Unterstützung. J. Barber, Cambridge, F. Benvenuti, Florenz und A. Rees, University of Keele, gestatteten mir freundlicherweise, ihre unveröffentlichten Manuskripte einzusehen und daraus zu zitieren.

Den Mitarbeitern der Bibliothek des Osteuropa-Instituts Berlin, der Universität Bremen, der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz Berlin, des Centre for Russian and East European Studies, Birmingham, und des Instituts zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Bochum bin ich für Hilfe bei Materialsuche und Materialbeschaffung verpflichtet.

Für ihren Zuspruch und für anregende Diskussion möchte ich schließlich meinen Freunden und Kollegen Dank sagen: E. Domansky, K. Grundmann, M. Mommsen-Reindl, F. Kuebart, U. Heinemann, P. Heumos, W. Plumpe, H. Schneider, M. Strohmeier und W. Troßbach. Ihnen möchte ich diese Arbeit zueignen.

Bochum, Juli 1985 — Hans-Henning Schröder

Die Schreibweise russischer Eigennamen und Begriffe folgt den Regeln der wissenschaftlichen Transkription. Lediglich in Fällen, in denen sich im Deutschen bereits eine eigene Schreibweise eingebürgert hat (z. B. Sowjet, Bolschewiki), wurde davon abgewichen.

VERZEICHNIS DER IN DEN FUSSNOTEN BENUTZTEN ABKÜRZUNGEN

B	Bol'ševik
BO	Bjulleten' Oppozicii
BEK	Bjulleten' Ėkonomičeskogo Kabineta Professora S. N. Prokopoviča
EO	Ėkonomičeskoe Obozrenie
JGO NF	Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. Neue Folge
PCh	Planovoe Chozjajstvo
PE	Problemy Ėkonomiki
PS	Partijnoe Stroitel'stvo
RiK	Revoljucija i Kul'tura
SG	Sovetskoe Gosudarstvo
SGRP	Sovetskoe Gosudarstvo i Revoljucija Prava
SO	Statističeskoe Obozrenie
SovJust	Sovetskaja Justicija
SU	Sobranie uzakonenij i razporjaženij raboče-krest'janskogo pravitel'stva RSFSR
SV	Socialističeskij Vestnik
SZ	Sobranie zakonov i rasporjaženij raboče-krest'janskogo pravitel'stva SSSR
T	Trotsky Archives in the Houghton Library, Cambridge/Mass.
TPG	Torgovo-Promyšlennaja Gazeta
VeT	Vestnik Truda
VI KPSS	Voprosy Istorii KPSS
VT	Voprosy Truda
WKP	Communist Party of the Soviet Union. Smolensk Oblast'. Records 1917–1941

1. EINLEITUNG

1.1. „STALINISMUS" UND INDUSTRIEGESELLSCHAFT

> „Vom Standpunkt der inneren Lage der Sowjetunion bietet die Berichtsperiode [1930–1934] ein Bild des sich immer mehr entfaltenden Aufschwungs sowohl auf dem Gebiete der Volkswirtschaft als auch auf dem Gebiete der Kultur.
> Dieser Aufschwung war nicht nur eine einfache quantitative Steigerung unserer Kräfte. Dieser Aufschwung ist deswegen so bedeutsam, weil er prinzipielle Änderungen in der Struktur der Sowjetunion zur Folge hatte und das Antlitz des Landes gründlich verändert hat."[1]

Mit diesen Worten umriß der Generalsekretär der VKP/b[2] Anfang 1934 den sozialen und wirtschaftlichen Wandel, der in der Sowjetunion zwischen dem XVI. Parteitag 1930 und dem XVII. Parteitag 1934 stattfand. Es war dies eine etwas blasse Beschreibung jener gesellschaftlichen Prozesse, die mit der forcierten Industrialisierung und der gewaltsamen Kollektivierung der Landwirtschaft einhergingen. Seit Graf Vitte in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts versucht hatte, durch finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen die Industrialisierung des Russischen Reiches voranzutreiben, war die russische Gesellschaft einem Prozeß beschleunigten sozialen Umbruchs unterworfen. Nachdem Krieg und Revolution zu einer durchgreifenden Veränderung des politischen Systems geführt und eine Gruppe an die Schaltstellen der Macht gebracht hatten, die, orientiert an Marx, wirtschaftliches Wachstum und Ausbau maschineller Großindustrie für unabdingbare Voraussetzungen zur Realisierung ihrer politischen Pläne hielt, wurde seit 1925 nach Überwindung der ökonomischen Folgen von Krieg und „Kriegskommunismus" neuerlich Industrialisierungspolitik konzipiert und betrieben.[3] Innerhalb von wenigen Jahren verwandelte sich die Sowjetunion in einen Industriestaat. Der Ausbau der Volkswirtschaft ging Hand in Hand mit einem Wandel der sozialen Strukturen. Die Gesellschaft geriet in Bewegung, Bauern wanderten in die Städte ab, eine neue Arbeiterschaft formte sich heraus, eine neue technische und administrative Führungsschicht wurde rekrutiert. Gleichzeitig wurde der Agrarsektor in einer politischen Aktion, die weder von ökonomischen noch von allgemeinmenschlichen Rücksichten angekränkelt war, unter staatliche Kontrolle gebracht.

Im Verlauf dieses Prozesses sozialen und wirtschaftlichen Umbruchs installierte sich ein

[1] Stalin, J.: Fragen des Leninismus, Berlin 1971, S. 532; Referat auf dem XVII. Parteitag.

[2] VKP(b) – Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija (bol'ševikov); Kommunistische Allunionspartei (der Bolschewiki); in der Folge als ‚VKP' oder ‚die Partei' bezeichnet.

[3] Zur Diskussion über Konzeption und Ziel der Industrialisierungspolitik vgl. Pollock, F.: Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917–1927, Leipzig 1929, reprograph. Nachdruck Frankfurt/M. 1971; Erlich, A.: Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924–1928, Frankfurt/M. 1971; Lorenz, R.: Erste Entwürfe zu einem Fünfjahrplan. Aus den Anfängen der sowjetischen Planwirtschaft (1925–1927), in: Österreichische Osthefte 1967, S. 442–458; ders.: Ergebnisse und Perspektiven der Industrialisierung während der Neuen Ökonomischen Politik, in: JGO NF 16, 1968, S. 212–331; Spulber, N.: Soviet Strategy for Economic Growth, Bloomington 1964; Davies, R. W./Carr, E. H.: Foundations of a Planned Economy, 1926–1929, 2 Bde., Harmondsworth 1974, 1976.

System von Herrschaft, das sich durch Unterdrückung Andersdenkender, Massenrepression, zwangsweise Disziplinierung der unmittelbaren Produzenten, durch Herausstellung und ritualisierte Verehrung einer Führerfigur auszeichnete, und das in der Regel als „Stalinismus" bezeichnet wird. Dieser Begriff hat sich in der westlichen Historiographie eingebürgert, obgleich er nicht unproblematisch ist. Er erweckt nicht nur den Anschein, es würde eine Personalisierung historischer Prozesse vorgenommen, er ist auch durch die Anwendung als politischer Kampfbegriff negativ besetzt und besitzt kaum analytische Qualität.[4] Nichtsdestoweniger geht er in seinem Anspruch, eine ganze Phase sowjetischer Geschichte vom Ende der zwanziger bis zur Mitte der fünfziger Jahre in allen ihren Erscheinungen zu umreißen, deutlich weiter als der schwächliche Versuch der sowjetischen Geschichtsschreibung, die Form der politischen Herrschaft von der sozialen und ökonomischen Entwicklung isoliert zu betrachten und mit dem Terminus „Personenkult" – „kul't ličnosti" – zu bagatellisieren.[5] Die jüngere westliche Forschung, die den Begriff „Stalinismus" – wenn auch mit Vorbehalten – durch die Bank benutzt, versteht ihn allerdings nicht mehr im engen Sinne als Gewaltherrschaft einer einzelnen Person, sondern bezeichnet damit ein „sozialökonomisches System, das sich im Zusammenhang mit der forcierten Industrialisierung und der Massenkollektivierung herausbildete".[6]

Gewiß ist kaum möglich, die Geschichte der Entstehung des „Stalinismus" zu schreiben, solange die sowjetischen Archive geschlossen sind, und solange der Historiker auf Emigrantenberichte und zeitgenössische sowjetische Veröffentlichungen angewiesen ist, die über die Vorgänge innerhalb der Entscheidungsgremien kaum etwas nützliches angeben können. Jedoch kann mit dem vorliegenden Material der Versuch gewagt werden, die Herausformung des politischen Herrschaftssystems, soweit erkennbar, in den Rahmen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu stellen, und zu untersuchen, auf welche gesellschaftlichen Gruppen sich die Herrschenden Anfang der zwanziger, Ende der dreißiger Jahre stützen konnten.

Damit sind Ziel und Grenzen der vorliegenden Arbeit bereits umrissen. Es kann nicht darum gehen, hier eine neue, endgültige Version der Entstehung des Stalinschen Systems zu entwerfen. Allzuviele Fragen sind noch ungeklärt und bedürfen weiterer Untersuchung. Es kann sich bei der vorliegenden Arbeit allein um Prolegomena handeln, um den Versuch, eine Reihe sozialgeschichtlicher Faktoren näher zu untersuchen, den Begriff der „Parteibürokratie", der immer wieder mit „Stalinismus" in Zusammenhang gebracht wird, inhaltlich zu füllen und in den historischen Kontext zu stellen. Ein wesentlicher Bereich, der Agrarsektor, dessen gewaltsame Kollektivierung eine der einschneidendsten Veränderungen dieser Periode war, muß dabei allerdings ausgeklammert bleiben. Seine Behandlung würde den

[4] Vgl. dazu auch Schröder, H. H.: Zum aktuellen Stand der Stalinismusforschung im Westen. Ein Literaturbericht, in: Argument 123, 1980, S. 712–725, hier S. 712f.; Elleinstein: Geschichte des Stalinismus, Westberlin 1977, S. 7; Hofmann, W.: Stalinismus und Antikommunismus, Frankfurt 1967, S. 13ff.

[5] Vgl.: Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Frankfurt 1971, S. 509ff.; 552ff.; 700ff.; es handelt sich hier um die Übersetzung des offiziellen sowjetischen Lehrbuchs zur Parteigeschichte; vgl. die Behandlung bzw. völlige Vernachlässigung dieser Frage in der neuesten sowjetischen Überblicksdarstellung: Ot kapitalizma k socializmu. Osnovnye problemy istorii perechodnogo perioda v SSSR 1917–1937, 2 Bde., unter der Redaktion von Ju. A. Poljakov, Moskva 1981.

[6] Lorenz, R., in: Fischer Weltgeschichte. Rußland, Frankfurt/M. 1972, S. 322, Anm. 1.

Rahmen der Arbeit sprengen. Zudem kann man hier auf zwei neuere Untersuchungen zurückgreifen.[7] Die vorliegende Arbeit konzentriert sich auf den städtisch-industriellen Bereich, auf die Arbeiterschaft und die Apparate von Staat, Wirtschaft und Partei. Sie versucht hier sozialen Wandel zu erfassen, ferner den Wandel von politischem Verhalten und politischer Erfahrung. Die Formierung einer neuen Arbeiterschaft und die Herausbildung einer neuen Führungsschicht in den Apparaten soll untersucht werden, sowie beider Einbindung in das System politischer Herrschaft, da vermutet wird, daß hier konstituierende Elemente des Stalinschen Systems faßbar sind.

Dabei wird im ersten Schritt die Herausbildung und Durchsetzung der Politik der forcierten Industrialisierung beschrieben. An diesem Vorgang wird das Spannungsverhältnis zwischen politischem und Fachapparat deutlich, es kann aber auch aufgezeigt werden, in welchem Zustand der Wirtschaftsapparat personell, organisatorisch und politisch am Ende der zwanziger Jahre war und welchen Veränderungen er unterzogen werden mußte, um der Industrialisierungspolitik, die die ZK-Mehrheit durchsetzen wollte, nachzugeben. In diesem Zusammenhang muß die Funktion der Šachty-Affäre untersucht werden, durch die die Wende in der Politik der Partei gegenüber dem Management eingeleitet wurde. Auf der einen Seite wurde dabei offenbar der politische Druck auf das Management verstärkt, die Belegschaften wurden mobilisiert, auf der anderen Seite setzte eine Reform der Kaderpolitik ein, begleitet von einer Reorganisation der Hochschulen. Die Bereitstellung loyalen, technisch versierten Führungspersonals, die nun – mit erheblicher Verspätung – in Angriff genommen wurde, war Teil der Umgestaltung der Gesellschaft, ein Moment bei der Schaffung einer neuen Führungsschicht.

Die Politik der forcierten Industrialisierung hatte nicht nur Veränderungen in der Stellung und der Zusammensetzung der technischen und der administrativen Intelligenz im Gefolge, sie führte auch zu einem starken Anwachsen der Arbeiterzahlen, letztlich zu einer Neuformierung der sowjetischen Arbeiterklasse, des angeblichen Hegemons im Sowjetstaate. Über die Zusammensetzung der Arbeiterschaft 1929 liegen recht ausführliche Angaben vor, es ist möglich, sich ein Bild von sozialer Herkunft, Berufserfahrung, Qualifikation und politischer Aktivität zu machen. Das rasche Wachstum veränderte das Gesicht der Arbeiterschaft dann durchgreifend, die Verschlechterung der materiellen Situation beeinflußte ihr Verhalten ebenso wie die Veränderungen des Umfelds im Betrieb, die Zerschlagung der Gewerkschaften und die politischen Mobilisierungsaktionen. Die forcierte Industrialisierung schuf dabei offenbar eine Arbeiterschaft, die sich einerseits politisch kaum eigenständig äußerte, das System also politisch nicht in Frage stellte, von Sozialisation, Erfahrung und Qualifikation her sich jedoch andererseits dem industriellen Produktionsprozeß nicht ohne weiteres einfügte. Hier standen die Initiatoren der forcierten Industrialisierung – Teile der Partei und Teile des Managements – vor großen Problemen.

Der forcierte Ausbau der Industrie zog nicht nur einen sozialen Strukturwandel nach sich, er stellte auch die VKP, die alleinregierende Partei, vor gänzlich neue Aufgaben. Die Durchsetzung der Industrialisierungsentscheidung gegen große Teile des Wirtschaftsappara-

[7] Vgl. die umfassende Darstellung von R. W. Davies: The Industrialization of Soviet Russia. 1. The Socialist Offensive. The Collectivization of Soviet Agriculture, 1929–30; 2. The Soviet Collective Farm 1929–1930, London 1980. Merl, S.: Die Anfänge der Kollektivierung in der Sowjetunion. Übergang zur staatlichen Reglementierung der Produktions- und Marktbeziehungen im Dorf (1928–1930). Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts München, Bd. 52, Wiesbaden 1985.

tes stellte einen Schritt in Richtung auf Politisierung ökonomischer Entscheidungen dar, die es in der NEP in dieser Form nicht gegeben hatte. Die Partei begann stärker als vorher in der Wirtschaftsführung aktiv zu werden. Und die Kader der VKP, die Parteibeamten, waren auf diese Aufgabe keineswegs vorbereitet. Das Wachstum der Arbeiterklasse, die sowohl in den industriellen Produktionsprozeß einzugliedern, wie in das politische System zu integrieren war, stellte ebenfalls erhebliche Anforderungen an die Parteiorganisation. Schließlich erwuchs der Schicht der Parteibeamten mit der zunehmenden Bedeutung moderner Technologie und mit der wachsenden Komplexität sozialer und ökonomischer Prozesse in der Schicht der technischen Intelligenz eine Konkurrenz, die ihr langfristig die politische Stellung streitig machen konnte. Auf all diese – organisatorischen, sozialen, technischen und politischen – Herausforderungen mußte die VKP reagieren. Und sie reagierte darauf mit einer umfassenden Organisationsreform und einer Formierung des politischen Denkens.

Die Darstellung der hektischen Mobilisierungs- und Organisierungsbestrebungen, mit denen die Parteiführung zunächst industriellen Aufbau und beschleunigten sozialen Wandel initiierte und dann zu kontrollieren suchte, gibt eine Vorstellung von den begrenzten Möglichkeiten der Sowjetmacht, eine sozialistische Industrialisierung planmäßig und sachgerecht durchzuführen. Die ökonomische und soziale Krise, die das Land alsbald erfaßte, traf den politischen Führungsapparat in einem desolaten Zustand. Das wurde durch zunehmenden Einsatz von Zwang und Repression kompensiert, der in seiner sozialen und politischen Funktion untersucht werden muß. Daß Zwang und Repression in dieser Phase politischen Zielen dienstbar gemacht wurden, ist rasch zu zeigen, offenbar entwickelten die Repressionsapparate aber auch Eigendynamik. Krisenerscheinungen in der Wirtschaft, Wirrwarr und Inkompetenz in den Apparaten und Versuche, durch Anwendung von Zwang „Ordnung" zu schaffen, sind dabei im Zusammenhang zu sehen.

Die industriepolitische Wende von 1931 stellt einen Einschnitt dar, den Versuch, die festgefahrene Situation durch neuerliche Reorganisation von Partei- und Wirtschaftsapparat wieder in Bewegung zu bringen und die Arbeiterschaft, die sich teilweise der Kontrolle und Einflußnahme entzog, durch gestaffelte materielle Anreize und innerbetriebliche Ordnungspolitik stärker einzubinden. Die neue Art der Wirtschaftsleitung soll betrachtet werden, die Zusammensetzung des neuen industriellen Führungskaders, wie er sich 1933 darstellte, und die zunehmende Differenzierung der Gesellschaft, die dem Management in Partei und Wirtschaft eine herausgehobene soziale Stellung samt materieller Privilegierung sicherte. Das sind gewiß Punkte, die bei der Analyse „bürokratischer Herrschaft" in Rechnung zu stellen sind. Auf der anderen Seite ist zu untersuchen, wieweit die Arbeiterschaft einen politischen Faktor darstellte, welche politischen Einstellungen in ihr zu beobachten und wie die zahlreichen Äußerungen sozialen Protests zu bewerten sind. Auch die Maßnahmen zur administrativen Einbindung der Arbeiter, z. B. das Paßsystem, müssen skizziert werden.

Auf dem Hintergrund dieser Entwicklungen – der Herausbildung einer neuen Führungsschicht, einer neuen Arbeiterklasse, der Neuformierung der Apparate – und angesichts der Rolle, die Disziplinierungsmaßnahmen und Repression in dem entstehenden politischen System spielten, ist die Neuordnung und Straffung der VKP zu sehen, die 1931/32 einsetzte und die die basisdemokratischen Elemente der Reform von 1929/30 ausmerzte. Bis in die Basisapparate hinein sollte der Einfluß der Führung geltend gemacht werden. Es ist zu fragen, wieweit das gelang, wieweit das angesichts des organisatorischen Durcheinanders und der

Inkompetenz der Parteibeamten tatsächlich gelingen konnte. Die Auseinandersetzung mit dieser Frage kann gewiß Auskünfte über die Vorbereitung von Entscheidungen der Parteiführung geben und über die Chancen ihrer Implementierung.

Indem so Tendenzen sozialen Wandels aufgezeigt und Tendenzen bei der Formierung des politischen Systems skizziert werden – Tendenzen, die 1934 oft noch nicht gänzlich zur Entfaltung gekommen waren, so daß nur Teile des Prozesses deutlich werden –, wird der Versuch unternommen, den gesellschaftlichen Rahmen von „Stalinismus", seine sozialen Voraussetzungen zu umreißen. Die Entwicklung einer sozialen Schicht, die das System der Herrschaft bejahte und es stützte, und die Herausbildung von Instrumenten der Politik, deren wichtigstes Repression wurde, bieten die Chance, in „Stalinismus" mehr zu sehen als das Regime einer einzelnen Figur von durchaus mittelmäßigen Gaben.

Auf dem Hintergrund der sozialen und ökonomischen Entwicklungen, ist dann zu fragen, was Begriffe wie „Nomenklatura" oder „Sowjetbürokratie" für die Analyse dieser Periode sowjetischer Geschichte aussagen. Gewiß ist das System politischer Herrschaft in den dreißiger Jahren nicht denkbar ohne die Gruppen von Führungspersonal, die es trugen und die von ihm profitierten. Das Profil dieser Gruppen, ihr sozialer Charakter, die Rolle im gesellschaftlichen System ist zu untersuchen, ehe der Versuch gemacht werden kann, sie in einen theoretischen Begriffsrahmen zu fassen. Eine ganze Reihe von Theorieansätzen existieren[8], die Zusammenstellung empirisch-historischen Materials, die in der vorliegenden Arbeit versucht wird, kann der begrifflichen Diskussion möglicherweise punktuell Hilfestellung geben.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage legitim, wieweit hier im Rahmen von Industrialisierung, die ebenso als Prozeß gesellschaftlichen wie ökonomischen Wandels zu verstehen ist, den Apparaten von Staat, Wirtschaft und Politik, den Verwaltungen, den Teilbürokratien Macht zuwuchs, der Ausbau von Industrie also einherging mit Bürokratisierung von Gesellschaft, mit dem Ausbau bürokratischer Herrschaft – Herrschaft durch Verwaltung. Das Wachstum politischer und Fachapparate und ihre Beziehungen untereinander müssen untersucht werden, ferner ihre Fähigkeit, komplexe soziale und ökonomische Prozesse zu erfassen und zu steuern. Hierhin gehört auch die Frage nach der Rolle Stalins. Ob eine einzelne Person in einer Periode raschen Wandels, in einer Gesellschaft, die in Bewegung geraten und großenteils der Kontrolle von oben entzogen war, mit und gegen einen Rattenkönig desolater Apparate tatsächlichen Einfluß ausüben konnte, und wenn ja, unter welchen Bedingungen und mit welchen Einschränkungen, diese Frage muß gestellt werden, auch wenn ihre Beantwortung nochmals eine eigene Bearbeitung erfordert[9], die hier nicht geleistet werden kann.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es lediglich, den sozialen Wandel im städtischen Bereich zu

[8] Von den zahlreichen, mitunter recht unbedarften Ansätzen seien hier nur einige, theoretisch und empirisch besser gegründete genannt: Trotzki, L. [Trockij, L. D.]: Die verratene Revolution, Zürich 1957; Mandel, E.: Über die Bürokratie, Hamburg o. J.; Kofler, L.: Stalinismus und Bürokratie, Neuwied 1970; Carlo, A.: Politische und ökonomische Struktur der UdSSR (1917–1975), Berlin 1972; Bahro, R.: Die Alternative, Köln usw. 1977; Voslensky, M. S.: Nomenklatura. Die herrschende Klasse der Sowjetunion, Wien usw. 1982; Konrád, G./Szelényi, I.: Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht, Frankfurt/M. 1978.

[9] Als Vorarbeiten zur Auseinandersetzung mit dieser Frage sind die Aufsätze Tuckers und Löhmanns aufzufassen: Tucker, R. C.: The Rise of Stalins Personal Cult, in: American Historical Review 1979, No. 2, S. 347–366; Löhmann, R.: Stalins 50. Geburtstag am 21. Dezember 1929. Soziale und psychologische Grundlagen der Institutionalisierung des Personenkultes, Ms. Marburg 1981.

beschreiben, die Formierung einer neuen Arbeiterklasse und die Herausbildung einer neuen Führungsschicht, und die Veränderungen politischer Organisation zu untersuchen, die mit diesem Prozeß in Zusammenhang stehen. Eine Reihe von Voraussetzungen Stalinscher Herrschaft sind damit u.U. zu fassen. Eine umständliche Analyse von „Stalinismus" als Gesamtphänomen muß jedoch Desiderat bleiben.

1.2. QUELLENLAGE UND FORSCHUNGSSTAND

Der Untersuchung wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels im Sowjetstaat sind – wie auch der Analyse des Wandels im System politischer Herrschaft – enge Grenzen gesetzt. Der westliche Historiker ist weitgehend auf das angewiesen, was zeitgenössisch publiziert wurde, daneben kann auf Reiseberichte, Erinnerungen von Emigranten, teilweise auch auf sowjetische Memoiren zurückgegriffen werden, Quellenkomplexe, die stets nur Teileinblicke in das Geschehen erlauben, die oft widersprüchlich sind und deren Wert nicht immer über Zweifel erhaben ist. An ungedrucktem Material steht zunächst das „Smolensker Parteiarchiv" zur Verfügung, das Archiv des Gebietskomitees des „Westlichen Gebiets", das 1941 von der Deutschen Wehrmacht beschlagnahmt und 1945 an US-Stellen weitergegeben wurde.[10] Dieser Quellenkomplex, der sich heute in der Congress Library befindet, erlaubt recht instruktive Einblicke in Arbeit und Leben der Partei an der Basis. Über Entscheidungen auf Zentralebene gibt das Archiv allerdings nur indirekt Auskunft. Die „Trotsky Archives"[11], die Entscheidungsprozesse in der Parteispitze Anfang der zwanziger Jahre recht gut beleuchten, sind für die spätere Zeit von geringerem Wert, da Trockij und seine Informanten seit 1924 allmählich aus den Entscheidungsgremien verdrängt werden. Immerhin enthält das Archiv eine Reihe Hinweise über Vorgänge im Führungskern, in erster Linie informiert es allerdings über die Oppositionsbewegung.

Da die zugänglichen Archivmaterialien für die oben skizzierte Fragestellung nicht sonderlich ergiebig sind, muß die Arbeit verstärkt auf zeitgenössische Publikationen und moderne Quelleneditionen zurückgreifen. Mit der Ausgabe der Parteibeschlüsse[12] und mit den stenographischen Protokollen der Parteitage und Parteikonferenzen, die in Originalausgaben,

[10] Ausführlich über Geschichte und Inhalt des „Smolensker Parteiarchivs": Fainsod, M.: Smolensk under Soviet Rule, Cambridge/Mass. 1958; vgl. ferner: Guide to the Records of the Smolensk Oblast of the All-Union Communist Party of the Soviet Union, 1917–1941, hrsg. v. National Archives and Records Service. General Services Administration, Washington 1980; ein Mikrofilm des Archivs befindet sich im „Bundesinstitut für internationale und ostwissenschaftliche Studien", Köln: Communist Party of the Soviet Union. Smolensk Oblast'. Records 1917–1941 (Microfilm) (in der Folge zitiert: WKP); einige ursprünglich als vertraulich klassifizierte Teile des Archivs befinden sich nicht in Köln; ich danke dem Bundesinstitut für die Erlaubnis, die Bestände durchsehen und auswerten zu dürfen.

[11] The Trotsky Archives in the Houghton Library, Harvard University, Cambridge/Mass. (zit.: T); ich danke der Houghton Library für die Erlaubnis, diese Dokumente benutzen zu dürfen.

[12] Kommunističeskaja Partija Sovetskogo Sojuza v rezoljucijach i rešenijach s-ezdov, konferencij i plenumov CK (1898–1970), Moskva [8]1970ff.

teilweise aber auch in verläßlichen Neuausgaben vorliegen, verfügen wir über einen Quellengrundstock für die Untersuchung der Parteigeschichte. Allerdings nimmt der Informationswert der Parteitags- und Konferenzprotokolle in den dreißiger Jahren ab. Man muß auch im Auge behalten, daß die Edition der Parteitagsbeschlüsse eine Auswahl darstellt, die fallweise der Ergänzung bedarf. In diesem Fall kann man auf die Organisationszeitschrift der VKP „Partijnoe Stroitel'stvo" zurückgreifen, in der Beschlüsse der einzelnen Gremien regelmäßig publiziert wurden. „Partijnoe Stroitel'stvo" bietet auch reichhaltiges Material zur Frage des Parteiaufbaus und vermittelt Einblick in die alltägliche Dysfunktion des Apparats und die Inkompetenz seiner Kader. Diese Zeitschrift vermittelt ein Bild von der Partei, das von offiziellen Vorstellungen – die auch in westlichen Arbeiten stillschweigend übernommen werden – stark abweicht und ist eine der zentralen – kaum genutzten – Quellen für diesen Bereich. Hilfreich sind auch andere Periodika der VKP, die „Pravda", Tageszeitung und Zentralorgan, und der „Bol'ševik" als theoretisches Organ. Ergänzt werden diese Informationen durch die Äußerungen von Parteiführern wie L. M. Kaganovič, G. K. Ordžonikidze, I. V. Stalin, V. M. Molotov, N. I. Bucharin, S. M. Kirov u.a., die in Werkausgaben oder Einzelpublikationen vorliegen. Trotz aller Einschränkung lassen sich mit diesem Material Aussagen über die Bereiche Partei, Politik und Organisation von Politik formulieren. Vielfach ist es möglich, diese Thesen anhand der Erinnerungen von sowjetischen Emigranten und Sowjetbürgern zu überprüfen. Memoiren wie die von V. Serge, L. Kopelev, Kolman, Fomin, Emel'janov[13], Kravčenko, Orlov, Valentinov-Vol'skij, Scott u.a. vermitteln nicht nur einen plastischen Eindruck von der Zeit, sie zeigen auch, wie politische Entscheidungen in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Gewiß ist der politische Standort des jeweiligen Autors in Rechnung zu stellen, dennoch ist für den Historiker die Sehweise des Zeitgenossen aufschlußreich.

Recht umfassend sind wir auch über Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung informiert. Neben den sowjetischen Quelleneditionen zur Geschichte der Industrialisierung[14] und den Sammlungen der Partei- und Regierungsbeschlüsse zu Wirtschaftsfragen[15] sind vor allem die Wirtschaftsfachzeitschriften von Bedeutung: „Planovoe Chozjajstvo", „Ėkonomičeskoe Obozrenie" und „Problemy Ėkonomiki", um hier nur einige wichtige zu nennen. Eine lesenswerte Ergänzung der sowjetischen Fachjournale stellt das „Bjulleten' Ėkonomičeskogo Kabineta Prof. S. N. Prokopoviča" dar, eine Zeitschrift, die der emigrierte Wirtschaftsspezialist und ehemalige Minister in der Provisorischen Regierung, S. N. Prokopovič, in Prag herausgab, und die die sowjetische Entwicklung kommentierte und verfolgte. Mit Hilfe dieses Materials, mit den Daten des Fünfjahrplans und den wirtschaftspolitischen Ausführungen auf Parteitagen ist es möglich, die ökonomische Entwicklung bis 1933/34 darzustellen.

Vergleichsweise gut ist die Entwicklung gesellschaftlicher Gruppen dokumentiert. Hier schlägt zu Buche, daß die Sowjetunion in hohem Maße ein ‚statistischer Staat' war. Da die

[13] In: Novyj Mir 1967, No. 1 und No. 2.

[14] Istorija Industrializacij SSSR 1926–1941 gg., 4 tt., Moskva 1969–73 (zit. als Einzelbände: Industrializacija SSSR); Industrializacija Severo-Zapadnogo Rajona v gody pervoj pjatiletki (1929–1932 gg.), Leningrad 1967; Industrializacija Severo-Zapadnogo Rajona v gody vtoroj i tret'ej pjatiletok (1933–1941 gg.), Leningrad 1969, u.a.

[15] Direktivy KPSS i Sovetskogo Pravitel'stva po chozjajstvennym voprosam, Bd. 1 1917–1928, Bd. 2 1929–1945, Moskva 1957; Rešenija partii i pravitel'stva po chozjajstvennym voprosam v 5 tt., Moskva 1967.

Sowjetführung danach strebte, Wirtschaft und Gesellschaft durchgehend planbar zu machen, erhob man, wo möglich, soziale Daten, so daß in ausreichendem Maße Massenquellen vorliegen, allerdings meist in aggregierter Form. Es seien nur die Gewerkschaftsumfragen von 1929 und 1932/33[16] genannt, die Spezialistenzählungen von 1929 und 1933[17], sowie die umfangreichen Angaben der jährlich erscheinenden statistischen Handbücher „Trud v SSSR" und „Socialističeskoe Stroitel'stvo". Damit verfügt die Forschung über recht zuverlässige Angaben zu zahlenmäßigem Wachstum und Zusammensetzung der Arbeiterschaft und Teilen der Angestelltenschaft, teilweise sogar über Daten zu deren Arbeits- und Freizeitverhalten. Die Entwicklung der materiellen Lage, die bis 1928/29 gut dokumentiert ist[18], ist in den dreißiger Jahren nur indirekt faßbar, da die Quellen spärlicher werden und die sowjetischen Autoren versuchen, die Verschlechterung der materiellen Lage zu verschleiern.[19] Dennoch ist es auch hier möglich, Aussagen über Trends zu machen.

Auf ganz erhebliche Probleme stößt man allerdings, wenn man versucht, den Bereich Repression zu fassen. Am ehesten dokumentierbar sind die öffentlichen Kampagnen gegen „Schädlinge" und „Klassenfeinde", die ihren Niederschlag in der Presse und in der zeitgenössischen Broschürenliteratur gefunden haben.[20] Stoßrichtung, Dauer und Träger dieser Kampagnen sind gut auszumachen, weniger klar ist, welche Kräfte mit welchen Intentionen die Öffentlichkeit mobilisiert haben. Hier ist die Forschung auf Spekulationen angewiesen, die sich partiell auf Emigrantenberichte stützen können. Für die Ausweitung der Häftlingszahlen, die Verschärfung der Strafen und den Ausbau von Arbeitslagern in den Jahren des 1. Fünfjahrplanes gibt es eine ganze Reihe von Hinweisen, auch wenn umfassende statistische Daten nicht vorliegen. Mit Hilfe der Gesetzblätter der RSFSR und der UdSSR, der juristischen Fachzeitschriften und einer Reihe zeitgenössischer Arbeiten, die sich mit Strafvollzugspolitik befassen, darunter z. B. ein von M. Gor'kij edierter Bericht, der den Bau des Ostsee-Weißmeer-Kanals als Leistung sozialistischer Umerziehungs- und Rehabilitationspolitik beschreibt[21], ist es möglich, Trends und Tendenzen im Strafvollzug darzustellen und die

[16] Rašin, A.: Sostav fabrično-zavodskogo proletariata SSSR, Moskva 1930; Profsojuznaja Perepis' 1932–1933, Moskva 1934.

[17] Chejnman, S. A.: K charakteristike sostava inženerno-techničeskich kadrov promyšlennosti SSSR; in: EO 1929, No. 12, S. 102–122; 1930, No. 1, S. 161–172; No. 2, S. 146–154; Sostav rukovodjaščich rabotnikov i specialistov Sojuza SSR, Moskva 1936.

[18] Vgl. insbesondere Bjudžety rabočich i služaščich, vyp. I, Bjudžet rabočej sem'i v 1922–1927 gg., Moskva 1929; daneben: Kiržner, D./Turubiner, B.: Uslovija truda i byta inženerno-techničeskogo personala gornoj promyšlennosti, Moskva 1928; Vidrevič, Ja. V.: Bjudžet vremeni i zarabotnaja plata specialistov. Statistiko-ėkonomičeskie očerki, Moskva 1930.

[19] Ein Musterbeispiel dafür ist der Aufsatz von G. Polljak: K voprosu ob urovne žizni rabočego klassa SSSR, in: PCh 1931, No. 5–6, S. 62–119.

[20] Vgl. Bucharin, N. I.: Uroki chlebozagotovok, Šachtinskogo dela i zadači partii. K itogam aprel'skogo plenuma CK i CKK VKP(b), Leningrad 1928; Krylenko, N. V.: Klassovaja bor'ba putem vreditel'stva, Moskva 1930; vgl. die mir leider nicht zugänglichen Sammelbände über die wichtigsten Prozesse: Krylenko, N. V. (Hrsg.): Ėkonomičeskaja kontrrevoljucija v Donbasse. Itogi Šachtinskogo dela. Stat'i i dokumenty, Moskva 1928; Process kontrrevoljucionnoj organizacii men'ševikov, Moskva 1931; Process Prompartii, Moskva 1931; vgl. die Berichterstattung in der sowjetischen Tagespresse und den juristischen Fachjournalen „Sovetskaja Justicija" und „Sovetskoe Gosudarstvo i Revoljucija Prava".

[21] Gorky, M. [Gor'kij, M.]/Auerbach, L. [Averbach, I. L.]/Firin, S. G. (Hrsg.): Belomor. An Account of the Construction of the New Canal between White Sea and the Baltic Sea, New York

Zunahme gerichtlicher Repression in den Jahren seit 1928 nachzuweisen. Zu Entwicklung und gesellschaftlicher Rolle der OGPU – der politischen Polizei – hingegen fehlen Quellen sowjetischer Herkunft fast völlig, die Forschung ist weitgehend auf Emigrantenberichte angewiesen. Dies ist angesichts der gewachsenen Bedeutung der Sicherheitsorgane im 1. Fünfjahrplan sicher ein unbefriedigender Zustand, doch kann dem kaum abgeholfen werden.

Ein besonderes Problem stellt der Zustand der sowjetischen Statistik dar. Eine Untersuchung, die soziale Bewegungen und Organisierung von Gesellschaft fassen will, kommt ohne Massenquellen, die statistisch aufbereitet sind, kaum aus. Es muß aber die Frage gestellt werden, wieweit soziales Verhalten und soziale Prozesse tatsächlich in zahlenmäßigem Ausdruck faßbar sind, ferner, wieweit die sowjetische Statistik der Zeit verläßlich ist – Mängel bei der Erhebung und Zusammenfassung der Daten sind hier möglicherweise ebenso in Rechnung zu stellen wie bewußte Verfälschung. In der Tat sind der Quantifizierung Grenzen gesetzt. Größe von gesellschaftlichen Gruppen, Lohnhöhe und materielle Versorgung läßt sich gewiß beziffern. Bei weitergehenden Fragestellungen nach Geschlossenheit sozialer Gruppen, politischer Einstellung oder Sozialverhalten – sei es am Arbeitsplatz oder im politischen Bereich – ist Quantifizierung nur mittelbar sinnvoll. Merkmale wie Mitgliedschaft in der Partei, Teilnahme an politischer Arbeit oder Abwesenheit vom Arbeitsplatz sind wohl festzustellen und zu zählen, doch sind Rückschlüsse auf Motive und damit auf innere Einstellung größerer Personengruppen nur mit großer Vorsicht und unter Berücksichtigung der unmittelbaren historischen Situation möglich. Was die Verläßlichkeit zeitgenössischer sowjetischer Daten angeht, so muß man Unterschiede machen. Bis ca. 1929/30 sind bewußte Verfälschungen von der Zentrale her selten, die offene Diskussion der Daten in der Fachliteratur macht es möglich, sie zu erkennen. Das wird ab 1930/31 immer schwieriger. Reallohn- und Preisentwicklung z. B. wird, wo möglich, verschleiert, Bevölkerungszahlen sind kaum noch zuverlässig. Immerhin werden viele der Angaben in der neueren westlichen und sowjetischen Literatur diskutiert und korrigiert. Ein durchgängiges Problem ist gewiß die Verfälschung von Zahlenangaben untergeordneter Stellen, die entweder aus Inkompetenz oder um eigene Mißerfolge zu verdecken, falsche Daten an die Zentrale geben. Absolute Größenangaben sind aus diesem Grunde nicht immer zuverlässig. Andererseits kann man davon ausgehen, daß sich die Rate der Verfälschung „von unten" nicht abrupt ändert, so daß es möglich ist, Veränderungen in der Statistik – Trends und Tendenzen – zu erkennen. Das Problem solcher Unregelmäßigkeit stellt sich im übrigen nicht bei Erhebungen und Einzeluntersuchungen, über deren Verfahren und Methoden wir näher unterrichtet sind. Die Gewerkschaftsumfragen z. B., die Zählungen des Fachpersonals, die Parteizählungen und die Budgetuntersuchungen liefern recht verläßliche Angaben – Angaben, die seinerzeit für ökonomische und soziale Perspektivplanung auch dringend benötigt wurden.

Auf der Grundlage der Daten und der fachwissenschaftlichen Diskussionen, die von Gosplan und anderen Wirtschaftsinstitutionen geführt und publiziert wurden, hat die westliche Wirtschaftsgeschichtsschreibung die ökonomische Entwicklung weitgehend aufgearbei-

1935; vgl. ferner Aminova, I./Benediktov, B. u. a.: Sovetskaja ugolovnaja repressija. Moskva 1934; Problemy ugolovnoj politiki, 3 Bde., Moskva 1935–1937; Širvindt, E. G./Utevskij, B. S.: Sovetskoe ispravitel'no-trudovoe pravo, Moskva [2]1931; Utevskij, B. S.: Sovetskaja ispravitel'no-trudovaja politika, Moskva 1935; Vyšinskij, A. (Hrsg.): Ot tjurem k vospitatel'nym učreždenijam, Moskva 1934.

tet. Jasny[22], Nove[23] und Zaleski[24], um nur einige Autoren zu nennen, haben Darstellungen der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung vorgelegt, in den USA setzten sich Ökonomen intensiv mit sowjetischen Investitionsstrategien nach 1928 auseinander.[25] Die wirtschaftliche Seite des Industrialisierungsprozesses ist soweit aufgehellt, daß der Sozialhistoriker darauf zurückgreifen kann.

Dagegen sind die Vorgänge im gesellschaftlichen Bereich, die von der Industrialisierung ausgelöst wurden, erst teilweise untersucht. Eine Reihe von Arbeiten liegen zur Geschichte der Intelligenz vor. Die sowjetische Forschung hat ihrer Formierung große Aufmerksamkeit gewidmet[26], im Westen liegen mit den Monographien Bailes' und Lamperts Arbeiten zur Entwicklung der technischen Intelligenz[27], mit Sheila Fitzpatricks Untersuchung der Bildungspolitik eine Arbeit zum sozialen Aufstieg via Hochschulausbildung[28] vor. Dennoch klaffen nach wie vor große Lücken. So fehlen Arbeiten, die den Bereich der nichttechnischen Intelligenz, insbesondere im mittleren und unteren politischen Management untersuchen, es fehlt eine Darstellung der Geschichte der Angestellten im Staatsapparat und im Dienstleistungssektor[29], es fehlt eine umfassende Analyse des „vydviženie", d.h. des sozialen Aufstiegs, der nicht durch Bildung vermittelt wurde, sondern direkt durch Beförderung von „Praktikern" erfolgte, ein Vorgang, der erheblich größere Ausmaße erreichte als der Aufstieg via Hochschule. Schließlich ist wenig bekannt über die Herausbildung des Selbstbewußtseins der entstehenden sowjetischen Intelligenz, über politische Sozialisation, Zukunftserwartung und ihre Einstellung zu den Schichten, aus denen sie sich durch Aufstieg rekrutierte.

[22] Jasny, N.: Soviet Industrialization 1928–1952, Chicago 1961 u.a.

[23] Nove, A.: An Economic History of the U.S.S.R., Harmondsworth 1969.

[24] Zaleski, E.: Planning for Economic Growth in the Soviet Union 1918–1932, Chapel Hill 1971.

[25] Vgl. die Papiere, die 1980 auf dem 2. Weltkongreß für Sowjet- und Osteuropastudien in Garmisch-Partenkirchen vorgelegt wurden: Dohan, M. R.: Foreign Trade and Soviet Investment Strategy for Planned Industrialization 1928–1938; Hunter, H./Rutan, E. J.: Soviet Investment Choices in the Thirties – Constraints and Costs; Hunter, H.: Soviet Investment for Planned Industrialization, 1929–1937: Policy and Practice; Hunter und seine Mitarbeiter haben ein Computermodell „KAPROST" konzipiert, mit dessen Hilfe sie Investitionsstrategien des Fünfjahrplans zu rekonstruieren und zu überprüfen suchen.

[26] Vgl. u.a. Fedjukin, S. A.: Sovetskaja vlast' i buržuaznye specialisty, Moskva 1965; Iz istorii sovetskoj intelligencii, Moskva 1965; Sovetskaja intelligencija (Istorija formirovanija i rosta 1917–1965 gg.), Moskva 1968; Sovetskaja intelligencija (Kratkij očerk istorii (1917–1975)), Moskva 1977; Zauzolkov, F. N.: Kommunističeskaja partija – organizator sozdanija naučnoj i proizvodstvenno-techničeskoj intelligencii SSSR, Moskva 1973; vgl. ferner Iskol'skaja, K. I./Fortunatov, V. V.: Sovetskaja intelligencija. Sovetskaja istoričeskaja i filosofskaja literatura za 1968–1977 gg., Novosibirsk 1978 (eine Bibliographie mit ca. 2000 Titeln); Beljaev, K./Dubinkin, A.: Rost čislennosti naučnych kadrov v sojuznych respublikach 1917–1970, in: Istorija SSSR 1970, No. 5; Izmenenija social'noj struktury sovetskogo obščestva 1921– ser. 30-ch gg., pod red. V. M. Selunskoj, Moskva 1979.

[27] Bailes, K. E.: Technology and Society under Lenin and Stalin. Origins of the Soviet Technical Intelligentsia, 1917–1941, Princeton N. J. 1978; Lampert, N.: The Technical Intelligentsia and the Soviet State. A Study of Soviet Managers and Technicians 1928–1935, New York 1979; vgl. auch Schröder, H. H.: Wirtschaftsleitung und Parteibürokratie in der sowjetischen Industrie, 1928–1932, in: JGO NF 29, 1981, S. 537–568.

[28] Fitzpatrick, Sh.: Education and Social Mobility in the Soviet Union 1921–1934, Cambridge usw. 1979.

[29] Über dieses Thema arbeitet derzeit H. Temmen, Bremen.

Die empirische Analyse der Trägerschichten von „Bürokratie“ steht damit noch aus[30], eine Lücke, die in der vorliegenden Arbeit gewiß nicht gefüllt wird, auch wenn im Bereich Parteibürokratie einige Fortschritte erzielt werden können.

Ähnlich wie für die Intelligenz liegen auch für die Arbeiterschaft zahlreich sowjetische Arbeiten vor[31], die zahlenmäßiges Wachstum, Veränderung der Zusammensetzung und Verhalten dieser Gruppe untersuchen. Trotz aller Fortschritte in Teilbereichen lassen diese Arbeiten den Leser jedoch unbefriedigt, da zahlreiche Probleme wie die Reallohnsenkung im Fünfjahrplan, Arbeiterprotest u. ä. entweder ausgeklammert bleiben oder in einem ganz vordergründigen Freund-Feind-Schema bewertet werden. Im Westen gibt es mit den Monographien von S. Švarc[32] und W. Hofmann[33] zwei grundlegende, ältere Studien, auf die jüngere Autoren aufbauen können. Nachdem lange Zeit kaum Arbeiten über die sowjetische Arbeiterschaft in dieser Phase erschienen sind, haben sich kürzlich Eichwede[34], Süß[35] und S. Plogstedt[36] mit der Frage von Struktur und Verhalten der Arbeiterschaft und mit der Arbeitsverfassung im Betrieb auseinandergesetzt, G. Meyer[37] hat sich mit Budgetstudien und Gewerkschaftszählungen befaßt. Dennoch sind noch viele Probleme offen. Insbesondere die Fragen nach proletarischem Bewußtsein und Verhältnis der Arbeiter zur Staatsmacht, dem Protestpotential in der Arbeiterschaft sind noch zu beantworten, eine umfassende Arbeit über sozialen Wandel in der Arbeiterschaft zwischen 1928 und 1941 ist Desiderat. John Barber, Cambridge, und Don Filtzer, Birmingham, werden mit ihren Untersuchungen über Arbeiterfamilie, Arbeiteralltag und Lage von Arbeitern im Betrieb diese Lücke in absehbarer Zeit wenigstens teilweise füllen, darüber hinaus wird die Bremer Edition (W. Eichwede, H. Temmen, U. Weißenburger) demnächst eine Dokumentation über die Lage der Stadtbevölkerung in der UdSSR 1917–1941 herausbringen, Material, auf das in dieser Arbeit z. T. bereits zurückgegriffen werden konnte.

Der Bereich der Organisation von Politik ist von der Forschung am stiefmütterlichsten behandelt worden. In der Sowjetunion gibt es zwar zahlreiche Publikationen zur Parteige-

[30] Voslensky: Nomenklatura formuliert zwar einige interessante Thesen, ist aber weit davon entfernt, das Problem auch nur ansatzweise zu lösen.

[31] Formirovanie i razvitie sovetskogo rabočego klassa (1917–1961 gg.), Moskva 1964; Izmenenija v čislennosti i sostave sovetskogo rabočego klassa, Moskva 1961; Rabočij klass i industrial'noe razvitie SSSR, Moskva 1975; Vdovin, A. I./Drobižev, V. Z.: Rost rabočego klassa SSSR 1917–1940 gg., Moskva 1976; Veduščaja rol' rabočego klassa v rekonstrukcii promyšlennosti SSSR, Moskva 1973; Vorožejkin, I. E.: Očerk istoriografii rabočego klassa SSSR, Moskva 1975; ders./Senjavskij, S. L.: Rabočij klass – veduščaja sila sovetskogo obščestva (Voprosy metodologii i istoriografii), Moskva 1977.

[32] Schwarz, S. M. [Švarc, S. M.]: Arbeiterklasse und Arbeitspolitik in der Sowjetunion, Hamburg 1953.

[33] Hofmann, W.: Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, Berlin 1956.

[34] Eichwede, W.: Strukturprobleme der sowjetischen Industriearbeiterschaft in den zwanziger Jahren, in: Geschichte und Gesellschaft 1979, No. 3.

[35] Süß, W.: Der Betrieb in der UdSSR. Stellung, Organisation und Management 1917–1932, Frankfurt 1981.

[36] Plogstedt, S.: Arbeitskämpfe in der sowjetischen Industrie (1917–1933), Berlin usw. 1980.

[37] Meyer, G.: Alltagsleben sowjetischer Industriearbeiter Mitte der zwanziger Jahre, in: Brokmeier, P.; Rilling, R. (Hrsg.): Beiträge zur Sozialismusanalyse II, Köln 1979; Meyer, G.: Sozialstruktur sowjetischer Industriearbeiter Ende der zwanziger Jahre, Marburg 1981.

schichte[38], doch geben sie durchweg ein plump verfälschtes Bild der Vorgänge. Gravierendster Mangel ist – außer der Eliminierung der Person Stalin aus der Parteigeschichte und der Bagatellisierung politischer Verfolgung – der Verzicht darauf, die Partei in ihrem historischen Wandel zu begreifen, und der Versuch, spätere Strukturen in die Frühzeit zu projizieren. Indem die sowjetische Forschung die Partei gänzlich unhistorisch behandelt, begibt sie sich der Möglichkeit, die gesellschaftliche Rolle und den inneren Wandel der VKP im Rahmen gesellschaftlichen Wandels zu erfassen.

Im Westen hat sich die Historiographie zunächst vornehmlich mit fraktionellen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei und mit der Rolle einzelner Parteiführer befaßt. Schapiros klassische Geschichte der KPdSU, die Arbeiten von Daniels und Medvedev, die Studien Cohens über Bucharin und Benvenutis über Kirov[39] haben die Vorgänge innerhalb der Parteiführung soweit erhellt, wie es die schmale Quellenbasis zuläßt. Andererseits fehlt nach wie vor eine Sozial- und Strukturgeschichte der VKP. Zwar hat Rigby[40] Mitgliederzusammensetzung und Mitgliederbestand der Partei über die Jahre hinweg gemustert, doch ist er auf politische oder soziale Folgen der Mitgliederbewegungen ebensowenig eingegangen wie auf Herrschaftsstrukturen innerhalb der VKP. Gerade die Analyse des Zusammenhangs von Organisation, sozialem Wandel und Herrschaftsstruktur verspricht aber Aufschluß über innere Entwicklung der Partei und über Entscheidungsprozesse innerhalb der Parteiführung. Hier gibt es erste Ansätze. Rosenfeldt[41] hat in einer akribischen Studie Stalinschen Einfluß innerhalb des Parteiapparats zu verorten gesucht, eine Studie, deren Schwäche es allerdings ist, daß das gesamte Umfeld der Entwicklung von Partei und Parteiapparat außer acht gelassen wird. Eine Birminghamer Arbeit, die die Betriebsparteiorganisation im 1. Fünfjahrplan untersucht hat, hat das Problem aufgegriffen und in einem begrenzten Rahmen abgehandelt.[42] Schließlich hat J. A. Getty auf der Basis einer Analyse der Partei in den Jahren 1933–1939 eine neue Sicht der Herrschaftsverhältnisse in der VKP entworfen, die sich in vielen Punkten mit der vorliegenden Arbeit trifft, aber einen anderen Zeitraum abdeckt.[43]

[38] Vgl. für viele andere Arbeiten das Standardwerk: Istorija KPSS v 6 tt., hier t. 4, kn. 1, 2, Moskva 1971, 1972; Istorija KPSS, Moskva [4]1973, vgl. neuere Arbeiten zur Organisation der VKP: Andruchov, N. P.: Partijnoe stroitel'stvo v period bor'by za pobedu socializma v SSSR 1917–1937, Moskva 1977; Pališko, V. K.: Rost i ukreplenie partijnych rjadov v uslovijach stroitel'stva i upročenija socializma, Kiev 1979; Malejko, L. A.: Iz istorii razvitija apparata partijnych organov, in: VI KPSS 1976, No. 2, S. 111–122.

[39] Schapiro, L.: The Communist Party of the Soviet Union, New York 1971; Daniels, R. V.: Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in Sowjetrußland, Köln, Berlin 1962; Medwedew, R.: Die Wahrheit ist unsere Stärke. Geschichte und Folgen des Stalinismus, Frankfurt/M. 1963; Cohen, S. F.: Bukharin and the Bolshevik Revolution. A Political Biography 1888–1938, Oxford usw. 1980; Benvenuti, F.: Kirov nella politica sovietica, 1933–1934, in: Annali dell'Istituto Italiano per gli Studi Storici IV, 1973/75, Napoli 1979.

[40] Rigby, T. H.: Communist Party Membership in the USSR 1917–1967, Princeton N. J. 1968.

[41] Rosenfeldt, N. E.: Knowledge and Power. The Role of Stalins Secret Chancellery in the Soviet System of Government, Copenhagen 1978.

[42] Sadler, A.: The Party Organization in the Soviet Enterprise 1928–1934, Unpublished Masters' Essay, Birmingham 1978/79; vgl. auch Dale, P.: The Instability of the Infant Vanguard: Worker-Party-Members 1928–1932, in: Soviet Studies 1983, S. 504–524.

[43] Getty, J. A.: The „Great Purges" Reconsidered: The Soviet Communist Party 1933–1939, Ph. D.

Neben der Untersuchung von Organisations- und Sozialstruktur der Partei ist eine Analyse der Rolle Stalins und eine Studie zu politischem Denken und politischer Sozialisation nach wie vor Desiderat. Eine Arbeit über Marxismusrezeption in der VKP auf unterer und mittlerer Ebene, über die Rolle von politischer Ideologie in diesem politischen System überhaupt, über die ideologische Prägung von Basiseliten steht aus. Damit befindet sich die Forschung bei der Untersuchung stalinistischer ‚politischer Kultur' noch ganz am Anfang. Insbesondere die Mythisierung der Figur Stalin, die Ende der zwanziger Jahre einsetzt, bedarf noch näherer Untersuchung. Allzuwenig weiß die Forschung noch über Stalins tatsächliche Rolle, zu wenig wird die Figur des Generalsekretärs von seinem Mythos getrennt, zu wenig wird nach Funktion und Trägern des Führerkults gefragt. Hier sind erst Ansätze zur Klärung gemacht worden.[44]

Es ist klar, daß die vorliegende Arbeit angesichts der Vielzahl offener Probleme nicht mehr sein kann als ein Versuch, die sozialgeschichtlichen Grundlagen von „Stalinismus" zu fassen. Den Zusammenhang von sozialen Prozessen und politischer Organisation deutlich zu machen und die sozialgeschichtliche Dimension von „Stalinismus" herauszuarbeiten, darauf soll sich die folgende Darstellung beschränken.

Thesis, Boston College 1979; vgl. ders.: Party and Purge in Smolensk: 1933–1937, in: Slavic Review 42. 1983, S. 60–79; vgl. dazu Tuckers und Rosenfeldts Kommentare, ebd. S. 80–91.

44 Vgl. Deutscher, I.: Stalin. Eine politische Biographie, Berlin 1979; Souvarine, B.: Staline. Aperçu historique du bolchevisme, Paris 1977 (dtsch.: München 1980); Tucker, R. C.: Stalin as Revolutionary 1879–1928. A Study in History and Personality, New York 1974 (ein zweiter Band ist in Vorbereitung); neben den bekannten Stalin-Biographien ist vor allem auf folgende Aufsätze hinzuweisen: Tucker, R. C.: The Rise of Stalin's Personality Cult, in: The American Historical Review 84. 1979, No. 2; Gill, G.: Political Myth and Stalins Quest for Authority in the Party, in: Rigby, T. H. u. a. (Hrsg.): Authority, Power and Politics in the USSSR. Essays dedicated to L. Schapiro, London usw. 1980, S. 98–117; Löhmann: Stalins 50. Geburtstag.

2. DER ÜBERGANG ZUR FORCIERTEN INDUSTRIALISIERUNG: PARTEI UND WIRTSCHAFTSLEITUNG

Der Wandel der sowjetischen Industrialisierungspolitik, der um 1927 stattfand und der sich vor allem in der ungeheuren Steigerung des projektierten Wachstumstempos manifestierte, hatte für die Leitung der Industrie und für deren Verhältnis zur Parteiführung erhebliche Folgen. Die Gruppe um den Generalsekretär der VKP/b, die die Politik der forcierten Industrialisierung vertrat und diese innerhalb der Partei auch durchsetzte, war auf die Mitarbeit der Ingenieure, der Betriebsleiter und Wirtschaftsplaner – kurz des technischen und administrativen Fachpersonals – angewiesen, da ihr eigenes wirtschaftliches und technisches Verständnis gänzlich unzureichend war. Die Spezialisten, die Fachleute, die Ende der zwanziger Jahre zum großen Teil noch einen bürgerlichen Hintergrund hatten, waren jedoch angesichts des vorgestellten Industrieausbaus in viel zu geringer Zahl vorhanden, obendrein in der Mehrzahl vom Sinn der Tempoforcierung nicht überzeugt. Die Parteiführung stand so vor der Aufgabe, die Politik des hastigen Industrieausbaus gegen das industrielle Management durchzusetzen, dieses gleichzeitig für eben diesen Kurs zu mobilisieren und daneben den Kader der Spezialisten zahlenmäßig zu erweitern. Mit dem Wandel der Gesellschaft, ohne den Industrialisierung nicht denkbar war, mußte aber auch das Gewicht der technisch-industriellen Führungsschicht zunehmen. Das konnte nicht ohne Folgen für die Politik der herrschenden Partei bleiben, sei es, daß sie sich dieser sozialen Entwicklung politisch anpaßte, sei es, daß sie sich um ihre Eindämmung bemühte.

2.1. INDUSTRIELLE WACHSTUMSPOLITIK 1927–1929: „... FÜR EIN HOHES TEMPO STEHEN ...“[45]

Seit Anfang und verstärkt seit Mitte der zwanziger Jahre hatte man in der Sowjetunion verschiedene Ansätze gemacht, einen Planungsrahmen für die volkswirtschaftliche Entwicklung zu entwerfen.[46] Von den anfangs im Zusammenhang gesehenen Arbeiten an einem „Generalplan“, der Orientierungsdaten über einen Zeitraum von 10–15 Jahren geben sollte, einem jeweils für fünf Jahre gültigen Perspektivplan und an operativen Wirtschaftsplänen für jeweils ein Jahr gewannen die Arbeiten an den auf fünf Jahren berechneten Perspektivplänen vorrangige politische Bedeutung.[47] Der Fünfjahrplan wurde das eigentliche Mittel sowjeti-

[45] Zitat aus Strumilin, S. G.: O tempach našego razvitija, in: PCh 1929, No. 1, S. 104–116, hier S. 109; zum Zusammenhang vgl. unten.

[46] Vgl. dazu u. a. Pollock, F.: Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917–1927, Leipzig 1929, reprogr. Nachdruck Frankfurt 1971; Lorenz, R.: Erste Entwürfe zu einem Fünfjahrplan, in: Österreichische Osthefte 9. 1967, S. 442–458; ders.: Ergebnisse und Perspektiven der Industrialisierung während der Neuen Ökonomischen Politik, in: JGO NF 16. 1968, S. 212–231; Carr, E. H./ Davies, R. W.: Foundations of a Planned Economy, Bd. 1, Harmondsworth 1974, S. 835ff.

[47] Vgl. Flakserman, Ju. N.: Gleb Maksimovič Kržižanovskij, Moskva 1964, S. 142ff.

scher Wirtschaftsplanung. Seine Erstellung erfolgte unter ständiger politischer Einwirkung: wirtschaftspolitische Einschätzungen der Parteiführung fanden ebenso Niederschlag wie gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen. Die Institutionen, die den Plan konzipierten, standen seit 1927 unter verstärktem politischen Druck. Die innerparteiliche Auseinandersetzung – zunächst mit den Resten der „trotzkistisch-sinowjewistischen" Opposition, die auf Beschleunigung des Industrialisierungstempos drang, dann mit der Gruppe von Parteiführern um Bucharin, Rykov und Tomskij, die sich gegen die Forcierung der Industrialisierung wandten – beeinflußte den politischen Bedingungsrahmen, in dem Planer und Wirtschaftsleitung arbeiteten.[48]

Zwischen 1926 und 1929 legten die Staatliche Plankommission (Gosplan) und der Oberste Volkswirtschaftsrat (VSNCh) elf Varianten für den Perspektivplan vor, die unterschiedliche jährliche Wachstumsraten für die Industrieproduktion vorsahen (Tab. 1). An dieser Aufstellung wird deutlich, daß sowohl VSNCh als auch Gosplan bis 1927 zwar durchaus ein hohes Industrialisierungstempo projektierten, dabei jedoch vom Prinzip der „abtauchenden Kurve" (zatuchajuščaja krivaja) ausgingen. D.h., die Planer nahmen an, daß der in Prozent ausgedrückte jährliche Zuwachs bei fortschreitendem Ausbau der Industrie allmählich zurückging. Ausschlaggebend für diese Annahmen waren einerseits statistische Überlegungen – die Basisgröße wuchs ja von Jahr zu Jahr –, andererseits praktische – mit der Erschöpfung des vorhandenen Grundkapitals fielen Möglichkeiten beschleunigten Wachstums fort. Eine Stabilisierung bzw. Steigerung der jährlichen Zuwachsraten war nur bei erheblicher Steigerung der Investitionen zu erwarten.[49] Mit einer Stabilisierung der relativ hoch angesetzten Zuwachsraten rechneten jedoch beinahe alle Planvarianten seit Anfang 1928, ja der VSNCh-Entwurf vom Dezember 1928 und der endgültige Gosplan-Entwurf vom April 1929 nahmen sogar ein jährliches Wachstum der Steigerungsraten an.[50] Das ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß die Planer seit Ende 1927/Anfang 1928 bereit waren, den Investitionsplan großzügiger zu projektieren und im Bereich der Produktivität, der Selbstkostensenkung und der Kapazitätszunahme weit kühnere Steigerungen anzusetzen als ursprünglich. Ein Motiv für den planerischen Wagemut mag in der Tatsache zu finden sein, daß die Zuwachsraten der Industrieproduktion 1927/28 gegenüber der von 1926/27 noch gestiegen war: von 17,2% jährlichem Wachstum auf 19%.[51] Von größerer Bedeutung war das politische Element. Der Fünfjahrplanentwurf von Gosplan, verabschiedet 1929, deutete das an:

> „Eine der wichtigsten Fragen der Perspektivplanung ist die Frage des Wachstumstempos der industriellen Produktion, die Frage des Wachstumstempos der sozialistischen Industrialisierung. Das ist der zentrale Punkt der wirtschaftlichen Linie der Partei. In allen vorhergehenden Fünfjahrplänen war dieses Problem unbefriedigend gelöst, weil eine abtauchende Kurve des Wachstumstempos der industriellen Produktion angesetzt wurde."[52]

[48] Zu den Entwicklungen im Parteibereich vgl. unten Abschnitt 4.2.

[49] Vgl. Lorenz, in: JGO NF 16, 1968, S. 219f.; auch die XV. Parteikonferenz 1926 ging bei ihrer Verteidigung der Industrialisierungspolitik gegen Angriffe der Opposition vom Modell der „abtauchenden Kurve" aus, vgl. KPSS, t. 3, S. 264f.; vgl. unten.

[50] Vgl. oben; vgl. Pjatiletnij Plan, t. 2, č. 1, S. 69ff.

[51] Vgl. Carr/Davies: Foundations 1, S. 1005; berechnet in Preisen von 1926/27.

[52] Pjatiletnij Plan, t. 2, č. 1, S. 69.

Tab. 1: Fünfjahrplanvarianten: Jährliche Wachstumsraten der Bruttoindustrieproduktion (in % gegenüber dem Vorjahr, kalkuliert in festen Preisen)[53]

	1925–6	*1926–7*	*1927–8*	*1928–9*	*1929–30*	*1930–1*	*1931–2*	*1932–3*
Entwurf des OSVOK (Juli 26)[54]	30,3	31,6	22,9	15,5	15,0	–	–	–
1. Gosplanentwurf (März 26)	40,8	22,6	18,8	15,5	14,7	–	–	–
2. Gosplanentwurf (Frühj. 27)	–	19,1	13,2	10,6	9,9	9,2	–	–
2. VSNCh-Entwurf (Frühj. 27)	–	–	16,3	13,1	13,7	10,5	10,0	–
3. Gosplanentwurf (Herbst 27)	–	–	16,5	12,4	10,9	10,6	10,0	–
3. VSNCh-Entwurf (Herbst 27)	–	–	18,0	16,4	17,4	13,7	12,9	–
VSNCh-Entwürfe:								
–April 1928	–	–	23,1	18,3	18,3	18,4	18,4	(18,4)
–August 1928	–	–	–	19,7	17,3	17,5	17,0	14,9
–Dezember 1928	–	–	–	21,9	20,2	21,8	22,6	22,4
Endgültiger Gosplanentwurf (April 1929)								
–Ausgangsvariante	–	–	–	21,4	18,8	17,5	18,1	17,4
–Optimalvariante[55]	–	–	–	21,4	21,5	22,1	23,8	25,2

Die „Partei", die VKP, hatte sich jedoch bis 1927 bei Vorgabe von Plandaten sehr zurückgehalten. Noch die XV. Parteikonferenz (26. 10.–3. 11. 1926), die sich einerseits intensiv mit Fragen wirtschaftlichen Aufbaus, der Rationalisierung und der Rolle der Gewerkschaften auseinandersetzte, zum andern eine scharfe Verurteilung der „trotzkistisch-sinowjewistischen" Opposition verabschiedete, hatte es – in Abwehr oppositioneller Angriffe – für nötig gehalten, die allmähliche Verlangsamung wirtschaftlichen Wachstums zu rechtfertigen. Immerhin ging die Konferenz davon aus, daß es nach technologischer Umrüstung der Volkswirtschaft durchaus möglich sei, ein Entwicklungstempo anzuschlagen, daß höher als das vor 1914 sein werde.[56] Auch das Februarplenum des ZK 1927 agierte noch recht zurückhaltend

[53] Vgl. Carr/Davies: Foundations I, S. 1037; Lorenz, in: JGO NF 16, 1968, S. 219; Gladkov, I.: K istorii pervogo pjatiletnego narodno-chozjajstvennogo plana, in: PCh 1935, No. 4, S. 106–142, hier S. 139; Jasny, N.: Soviet Industrialization 1928–1952, Chicago 1961, S. 57; vgl. Lorenz, in: Österreichische Osthefte 9, 1967, S. 448f.

[54] OSVOK – Osoboe soveščanie po vosstanovleniju osnovnogo kapitala (Sonderberatung über die Wiederherstellung des Grundkapitals), eingerichtet beim VSNCh.

[55] Verabschiedet als Gesetz von der XVI. Parteikonferenz (23.–29. 4. 1929) und dem V. Sowjetkongreß (20.–28. 5. 1929); vgl. KPSS v rezoljucijach i rešenijach s-ezdov, konferencij i plenumov CK 1898–1970, Moskva [8]1970ff., t. 4, S. 201–207; Istorija industrializacii SSSR, t. 1, S. 319–331; vgl. Pjatiletnij Plan Narodno-Chozjajstvennogo Stroitel'stva SSSR, 3 tt., [3]1930, t. 2, č. 1, S. 70.

[56] KPSS, t. 3, S. 365.

Zwar kritisierte es den zu geringen Investitionsansatz für die Metallindustrie im Jahr 1926/27, doch gab es keine ausdrücklichen Planungsdirektiven. Das Politbüro wurde lediglich angewiesen, für die Beschleunigung der Arbeiten am Perspektivplan zu sorgen.[57] Im Spätsommer 1927 tagte das Vereinigte Plenum von ZK und ZKK, vordringlich um die internationale Situation zu erörtern, sowie um Trockij und Zinov'ev, die prominentesten Vertreter der Opposition, aus der Partei auszuschließen. Das politische Klima, in dem das Plenum stattfand, war gekennzeichnet durch eine drohende Versorgungskrise im Innern[58] und durch eine in der Öffentlichkeit lauthals propagierte „Bedrohung von außen".[59] Dennoch verlangte das Plenum keine neuen Planansätze, vielmehr betonte es die Notwendigkeit, das bisherige Wachstumstempo zu wahren, obschon dem Industrialisierungsprozeß durch Schaffung von Reserven Valuta, Getreide, Roh- und Brennstoffe entzogen werden sollten. Ferner riet das Plenum bei der Inangriffnahme neuer Großbauvorhaben zur Behutsamkeit – die vorhandenen Reserven sollten vordringlich zur Fertigstellung begonnener Arbeiten dienen.[60] Dies war ein Vorgehen, das der Situation, so wie man sie in der Öffentlichkeit analysiert hatte, angemessen war, weit entfernt von jenem Wachstumsrausch, der in der Folge Partei- und Regierungsspitze erfaßte. Auf dem Plenum war es zum Konflikt zwischen Rykov, dem Referenten des ZK, und Pjatakov gekommen, der eine stärkere Besteuerung von „Kulaken" und „Nep-Leuten", sowie eine Beschleunigung der Industrialisierung gefordert hatte. Die Mehrheit von ZK und ZKK hatte jedoch die vorsichtige Herangehensweise Rykovs gegen die Forderungen des „Trotzkisten" Pjatakov gestützt.[61]

In den folgenden Monaten kam es jedoch offenbar zu einem Stimmungswechsel. Anscheinend forderten Kräfte in der Partei- und Sowjetführung eine Revision der in Arbeit befindlichen Perspektivpläne.[62] Ein Leitartikel der „Torgovo-Promyšlennaja Gazeta", des Organs des VSNCh, verlangte die Mobilisierung aller stillen Reserven, sowie parallel Entwicklung der Produktionsgüterindustrie und Steigerung des Lebensstandards.[63] In ähnliche Richtung gingen auch die Direktiven, die das Vereinigte Plenum von ZK und ZKK im Oktober für die Revision des Fünfjahrplankonzepts gab, und die der XV. Parteitag (2.–19. 12. 1927) noch einmal bestätigte.[64] Angesichts der internationalen Lage sollte vordringlich die Produktions-

[57] Ebd., S. 431.

[58] Vgl. die Schilderung bei M. Reiman: Die Geburt des Stalinismus. Die UdSSR am Vorabend der „zweiten Revolution", Frankfurt/M. 1979, S. 72; dagegen die präzisere Darstellung bei S. Merl: Der Agrarmarkt und die Neue Ökonomische Politik, München, Wien 1981, S. 357f., der aufzeigt, daß es bereits im Herbst 1927 zu Störungen der Brotversorgung kam, obwohl die zentrale Getreidebeschaffung bis Ende 1927 weitgehend zufriedenstellend arbeitete.

[59] Zur „äußeren Bedrohung" vgl. Reiman: Geburt, S. 29ff.; vgl. dazu aber die differenzierte Darstellung bei Boetticher, M. v.: Industrialisierungspolitik und Verteidigungskonzeption der UdSSR 1926–1930. Herausbildung des Stalinismus und „äußere Bedrohung", Düsseldorf 1979, der deutlich macht, daß weder Komintern, noch Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten und Volkskommissariat für Verteidigung 1927 eine ernsthafte Bedrohung von außen zu erkennen vermochten; welche Motive hinter der Kampagne in der Öffentlichkeit standen, dazu Boetticher, S. 303ff.

[60] KPSS, t. 3, S. 479f.

[61] Carr/Davies: Foundations 1, S. 319f.

[62] Ebd., S. 916ff.; vgl. TPG, 13. 9. 1927.

[63] TPG, 13. 10. 1927, S. 1.

[64] KPSS, t. 3, S. 504–523; KPSS, t. 4, S. 31–51.

güterindustrie entwickelt werden. Das Tempo der erweiterten Reproduktion des Kapitals und die Geschwindigkeit, mit der sich die Lebensumstände der Arbeiter und Bauern bessern sollten, – also Wirtschaftsentwicklung und Hebung des Lebensstandards – sollten in sinnvoller Weise aufeinander abgestimmt werden. Beides galt als wichtiges Anliegen. Dabei sollte das ‚Tempo' über eine längere Periode möglichst hoch sein.

In den Industrialisierungsbeschlüssen des Oktoberplenums und des XV. Parteitags klang bereits die Forderung nach einem anhaltenden, schnellen Wirtschaftswachstum an. Die schwere Getreidebeschaffungskrise des Winters 1927/28 und der sichtbare Wandel des Verhältnisses von Parteiführung und Wirtschaftsleitung, der sich vor allem im Šachty-Prozeß niederschlug[65], schufen den Rahmen für die scharfen Auseinandersetzungen um Planentwurf und Industrialisierungstempo, die sich im Laufe des Jahres 1928 entwickelten. Im Konflikt mit der „rechten Abweichung", die die Gruppe um den Generalsekretär noch unter dem Eindruck der Getreidekrise erfand und die erstmals Mitte Februar 1928 erwähnt wurde[66], wurde das ‚Tempo' der Industrialisierung zu einer Frage von ausschließlich politischer Bedeutung. Auf der XVI. Parteikonferenz 1929 sprach Kujbyšev, ZK-Mitglied und Vorsitzender des VSNCh, das offen aus. Er erklärte, daß die Stimmen, die zu einer Mäßigung des Industrialisierungstempos rieten, Ausdruck kleinbürgerlicher Anschauungen seien:

> „Die Partei konzentriert ihre Aufmerksamkeit auf diese Frage [des Tempos], weil sie eine prinzipielle Frage nicht nur unserer Wirtschaftspolitik ist, sondern auch eine prinzipielle Frage des ganzen Kampfes des Sozialismus mit dem Kapitalismus, sowohl im Lande, wie nach außen. Es ist die prinzipielle Frage, in der unsere Partei der Bolschewiki nicht die kleinsten Zugeständnisse gegenüber defaitististischen Stimmungen machen darf, gegenüber Stimmungen des Unglaubens, Stimmungen, die in unser Milieu aus dem kleinbürgerlichen Lager eindringen, und die auch einen Teil unseres Staatsapparats, einige Schichten der Arbeiterklasse und einen Teil unserer Partei überfluten."[67]

Das Problem der Wachstumsraten, bisher Gegenstand wirtschaftstheoretischer Überlegungen, bei denen die sinnvolle Verknüpfung von „sozialistischer Akkumulation" und Besserung des Lebensstandards eine gewichtige Rolle gespielt hatte, wurde seit Anfang 1928 zunehmend politisch aufgefaßt. Der Druck der politischen Apparate wurde sowohl in den Planungszentralen wie auch in den Wirtschaftsleitungen der einzelnen Regionen und Branchen verstärkt. Vermittels der RKI (Raboče-krest'janskaja inspekcija; Arbeiter- und Bauerninspektion), der OGPU und der Justiz, teilweise auch durch die Parteiorganisationen, wurde dem Management die Politik der Forcierung des Industrialisierungstempos nahegebracht. Unter welchem internen Druck Wirtschaftsplanung vor sich ging, ist aus mehreren zeitgenössischen Äußerungen zu rekonstruieren. Strumilin, einer der Vertreter „hohen Tempos" im Gosplan beschrieb Anfang 1929 die Situation in dieser Behörde:

> „Was mich persönlich angeht, so habe ich immer das Vorhandensein einer großen Reserve von „Vorsicht" in diesen Arbeiten [den Gosplanarbeiten am Fünfjahrplan] unterstrichen. Natürlich

[65] Zum Šachty-Prozeß vgl. unten Abschnitt 2.2. und 5.3.

[66] Daniels, R. V.: Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in der Sowjetunion, Berlin 1978, S. 376ff.; Stalin, J. W.: Werke, Berlin 1950, Bd. 11, S. 16.

[67] Kujbyšev, XVI konferencija VKP/b, aprel' 1929 g., stenografičeskij otčet, Moskva 1962, S. 59; vgl. Pjatiletnij Plan, t. 2, č. 1, S. 69; vgl. oben.

> hätte ich mit dem entsprechenden Druck auf die Spezialisten, die einzelne Elemente des Plans konzipierten, leicht die völlige Liquidation jeglicher Vorsicht erreichen können. Leider wäre es kaum rational gewesen, die Zivilcourage der Spezialisten, die es ohnehin schon manchmal – wie sie privat bekannten – vorzogen, für hohes Tempo zu ‚stehen', statt für ein niedriges zu ‚sitzen', einer Prüfung auszusetzen."[68]

Auf der XVI. Parteikonferenz im April 1929 gab Larin, ein früherer Menschewik und Ökonom, dessen scharfsinnige und pointierte Äußerungen von den Verantwortlichen nicht immer ernst genommen wurden, eine ähnliche Einschätzung der Bedingungen, unter denen der endgültige Planentwurf entstand:

> „... Die Ausarbeitung des Fünfjahrplans bei Gosplan ging derart vor sich, daß das eigentliche Positivum, das in diesem Fünfjahrplan steckt – die Sicherung des hohen Wachstumstempos der Industrialisierung, die Sicherung der hohen Wachstumstempos der Kollektivierung usf. –, in den Fünfjahrplan nicht so sehr durch die Ausarbeitung von Gosplan selbst einging, sondern vielmehr durch Druck der öffentlichen Meinung der Partei und der entsprechenden weisungsberechtigten Organe."[69]

Der indirekte Druck, der informell in persönlichen Gesprächen oder in der alltäglichen Arbeit ausgeübt wurde, ist quellenmäßig kaum faßbar. Es ist auch zu berücksichtigen, daß die Frontlinie zwischen den Vertretern eines hohen und eines weniger hohen Industrialisierungstempos quer durch die meisten Gremien und Institutionen ging. Im Politbüro waren die Meinungen ebenso geteilt wie im Zentralen Exekutivkomitee, im VSNCh oder bei Gosplan. Eine umfassende Darstellung der Auseinandersetzungen[70], in denen neben dem Industrialisierungstempo, Fragen der Getreidebeschaffung, die internationale Lage und die Situation in der VKP eine Rolle spielten, kann hier nicht geleistet werden. Es soll jedoch versucht werden, durch Schilderung einzelner Momente der Debatte Einblick in die Mechanik der Planrevision zu erhalten. Neben der Drohung mit strafrechtlichen Maßnahmen, die seit dem Šachty-Prozeß im Frühjahr 1928 allen Wirtschaftsfachleuten vor Augen stand, spielte vor allem die Revisions- und Kontrolltätigkeit der RKI im Industriebereich und eine Kampagne in der Presse eine Rolle.

Ein publizistischer Vorstoß, der in zwei Artikeln im Dezember 1927 und Februar 1928 vorgetragen wurde, gewann durch den Ort, an dem er erfolgte, ein gewisses Gewicht. Die

[68] Strumilin, in: PCh 1929, No. 1, S. 109; vgl. den Wiederabdruck des Aufsatzes in: ders.: Izbrannye proizvedenija v 5 tt., Moskva 1963–65, t. 2, S. 283–292, hier S. 287, in dem diese Passage fehlt; vgl. Lewin, M.: The Disappearance of Planning in the Plan, in: Slavic Review 32, 1973, S. 271–287, hier S. 272; zur Rolle Strumilins in Gosplan vgl. Diaconoff, P. A.: Gosplan and the Politics of Soviet Planning, 1929–1932, unveröff. Ph. D. Thesis, Ann Arbor 1979, S. 84.

[69] Larin, XVI konf., S. 146; vgl. ebd., S. 147, 148f.; vgl. dazu den Kommentar Rjazanovs, ebd., S. 215, und Kržižanovskijs Relativierungen, der Larins Angriff zurückweist, doch einräumt, das ganze Kollektiv der Planer habe „aufmerksam den Hinweisen der Partei" gelauscht, ebd., S. 260.

[70] Über den Verlauf dieser Auseinandersetzungen vgl. Carr/Davies: Foundations 1, S. 918ff., Foundations 2, S. 58ff.; Daniels: Gewissen, S. 373ff.; Reiman: Geburt, passim; Cohen, S. F.: Bukharin and the Bolshevik Revolution. A Political Biography 1888–1938, Oxford 1980, S. 276ff., besonders S. 295f.; Diaconoff: Gosplan, S. 83ff.; ein Beispiel für die Art, in der individueller Druck ausgeübt wurde, findet sich bei Valentinov-Vol'skij, der berichtet, wie Kujbyšev den stellvertretenden Leiter der Plan-Wirtschaftsverwaltung, Štern, kaltstellte und behördenintern den OSVOK-Planentwurf kritisierte; Valentinov, N. [Vol'skij, N. V.]: Novaja èkonomičeskaja politika i krizis partii posle smerti Lenina. Gody raboty v VSNCh vo vremja NÈP. Vospominanija, Stanford/Cal. 1971, S. 140.

Artikel erschienen nicht in der „Planovoe Chozjajstvo", der „Torgovo-Promyšlennaja Gazeta", „Ėkonomičeskaja Žizn'" oder einem anderen ökonomischen Fachjournal, sondern im theoretischen Organ der VKP, dem „Bol'ševik".[71] Der Autor, V. E. Motylev, augenscheinlich ein Ökonom[72], griff die von Gosplan und VSNCh vorgelegten Fünfjahrplanentwürfe heftig an und bemängelte, daß die Möglichkeiten technischer Entwicklung in beiden Entwürfen bei weitem nicht ausgenutzt würden und das angesetzte Entwicklungstempo, besonders im Gosplanentwurf, viel zu niedrig sei.[73] Diese Kritik trug er offenbar auch auf einer Diskussion in der Kommunistischen Akademie am 28. 1. 1928 vor und löste damit eine heftige Auseinandersetzung aus.[74] Strumilin attackierte Motylev voll Hohn und Sarkasmus, er sah sich sogar gezwungen, das Konzept der „abtauchenden Kurve" zu rechtfertigen. Motylevs Stellungnahme für jährlich steigende Wachstumsraten kennzeichnete er in vorsichtigen Formulierungen als unwissenschaftlich[75] und plädierte gegen zu hohes Wachstumstempo; 1927/28 habe man eine Rate von 23% durch Überanspannung erzielt, doch „es versteht sich von selbst, daß wir nicht bewußt für einen ganzen Fünfjahrplan im voraus eine chronische Überanspannung projektieren werden".[76] Noch im Juli hielt Strumilin an dieser Argumentation fest, als er auf Motylevs zweite publizistische Attacke mit großer Schärfe antwortete.[77] Motylev ließ sich aber in seiner Haltung nicht beirren, zumal der VSNCh jetzt einen Planentwurf mit stabilen Zuwachsraten vorlegte. Strumilins Angriffen begegnete er nicht argumentativ, er behauptete schlicht, dieser nähere sich seiner – Motylevs – Position an.[78] Strumilin nahm die Auseinandersetzung erst Anfang 1929 wieder auf, nunmehr mit dem neuen Gosplan-Entwurf im Rücken, der stabile bzw. steigende Zuwachsraten vorsah. Jetzt trat er wirklich den Rückzug an und bekannte, zwischen seiner und Motylevs Position gebe es kaum prinzipielle Unterschiede. Allerdings versagte er es sich nicht, die Unwissenheit seines Gegners abermals bloßzustellen.[79] Diese Kontroverse ist weniger ihrer wirtschaftstheoretischen Substanz wegen bedeutsam – Motylevs Aufsätze zeichnen sich eher durch ‚Chuzpe' aus denn durch Sachkenntnis –, als vielmehr wegen der Tatsache, daß hier Gosplan durch das theoretische Organ der Partei unter Rechtfertigungsdruck gesetzt wurde. Das war offensichtlich Teil einer Kampagne, die die Revision der Planziele anstrebte.

[71] Motylev, V.: Problema tempa razvitija SSSR, in: B 1927, No. 23–24; ders.: Problema tempa v projektach pjatiletnego plana, in: B 1928, No. 3–4; dieser Artikel erschien mit dem redaktionellen Vermerk: Zur Formulierung des Problems; vgl. ferner Carr/Davies: Foundations 1, S. 928.

[72] A. Erlich: Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924–1928, Frankfurt/M. 1971, S. 90, Anm. 27, bezeichnet ihn als „bekannten sowjetischen Ökonomen" und zitiert seine Monographie „Problema razvitija SSSR, Moskva [3]1929", die Motylevs Stellungnahmen zusammenfaßt.

[73] Motylev, in: B 1928, No. 3–4, S. 11, 12f., 18f.

[74] Vgl. Strumilin, S. G.: Iz diskussii v kommunističeskoj akademii, in: ders.: Izbrannye, t. 2, S. 273–283, hier S. 278–280; vgl. ferner außer den in Anm. 71 zitierten Aufsätzen Motylevs Aufsatz in B 1928, No. 10; Strumilin, S. G.: K diskussi o pjatiletke Gosplana (Otvet tov. Motyleva), in: B 1928, No. 13–14, S. 109–116; Motylev, V.: Prikrytie otstuplenie (ob otvetnoj stat'e t. Strumilina), in: B 1928, No. 17–18, S. 118–128, ders., in: B 1929, No. 1, S. 104–116.

[75] Strumilin: Izbrannye, t. 2, S. 279, nennt Motylevs Stellungnahme ein a-priori-Urteil: so könne man die Frage nicht lösen.

[76] Ebd., S. 280.

[77] Strumilin, in: B 1928, No. 13–14, S. 114f.

[78] Motylev, in: B 1928, No. 17–18, S. 126.

[79] Strumilin, in: PCh 1929, No. 1, S. 111–116.

Die RKI setzte ihren Apparat mit großer Intensität für dieselben Ziele ein.[80] Ihr fiel bei der Durchsetzung hohen Entwicklungstempos in der Industrie eine Schlüsselrolle zu. In ihrer Eigenschaft als Kontrollinstanz des gesamten Staats- und Wirtschaftsapparates war sie gehalten, in einzelnen Branchen, in einzelnen Großbetrieben Produktivitätsreserven, Wachstumsspielräume und Möglichkeiten zum Ausbau der Produktion aufzuzeigen. Ihre Erkenntnisse machten es möglich, Planansätze in einzelnen Bereichen – legitimiert durch ein Fachurteil – nach oben zu korrigieren. Das war für das Industrialisierungstempo insbesondere deshalb bedeutsam, weil stabile bzw. ansteigende jährliche Zuwachsraten von der Steigerung der Investitionen, diese aber von der Erweiterung der inneren Akkumulation abhängig waren. Senkung der Selbstkosten, Steigerung der Produktivität, höhere Effizienz – mit einem Wort Verbesserung der Input-Output-Relation – war unabdingbar für hohe jährliche Zuwachsraten. Die Lösung dieser Probleme galt dem ZK als eigentliche Aufgabe der RKI.[81] Ordžonikidze, zu dieser Zeit Vorsitzender der RKI, erklärte 1930:

> „In unserer Arbeit haben wir uns bemüht, die Reserven in unserer Volkswirtschaft aufzusuchen, die es darin gibt und deren Auffinden uns hilft, unseren sozialistischen Aufbau noch breiter zu entwickeln, unser Tempo noch weiter zu steigern."[82]

Allerdings stand die RKI hier in Konkurrenz mit zahlreichen anderen Institutionen. Der VSNCh, das Volkskommissariat für Finanzen (Narkomfin), das für Handel (Narkomtorg), Gewerkschaften, Provisorische Kontrollkommissionen, die Justizorgane und nicht zuletzt die OGPU suchten mit mehr oder weniger Sachkenntnis die Instanzen der Wirtschaftsleitung zu kontrollieren. Die Vielzahl von Revisionen und Kontrollen, die unkoordiniert nebeneinander herliefen – symptomatisch für den bürokratischen Wirrwarr in der sowjetischen Wirtschaft –, waren den Managern ein stetes Ärgernis.[83] Seit Ende Mai allerdings besaß die RKI hier eine Schlüsselfunktion. Ein Regierungserlaß beauftragte sie mit der Koordinierung der Kontrollen im gesamten Industriebereich.[84]

Die RKI nahm sich ihrer Kontrollaufgaben mit großer Energie an. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben stand ihr Anfang 1928 ein Apparat von 3439 Personen zur Verfügung, davon etwa ein Drittel – 1203 – in den Hauptstädten der Sowjetrepubliken, die übrigen verteilt über die Gebiete, Kreise und Gouvernements des Sowjetstaates.[85] Politisch stellte sich die RKI als vertrauenswürdiger dar als die Mehrzahl der anderen Volkskommissariate. Ihr Führungsstab

[80] Bei den folgenden Ausführungen verdanke ich viel den Arbeiten von Arfon Rees, University of Keele, der auf der „West European Conference on Soviet Industry and the Working Class in the Inter-War-Years" darüber referierte. Ich danke Herrn Rees für die Erlaubnis, sein Manuskript zitieren zu dürfen.

[81] Vgl. die Beschlüsse des Vereinigten Plenums von ZK und ZKK, Juli/August 1927, und des XV. Parteitags, in: Obrazovanie i razvitie organov socialističeskogo kontrolja v SSSR (1917–1975), Moskva 1975, S. 242f., 246f.

[82] XVI s-ezd VKP(b). Stenografičeskij otčet, Moskva, Leningrad 1931, S. 301.

[83] Vgl. z.B. Rykov, XV konferencija VKP(b), 26 oktjabrja – 3 nojabrja 1927. Stenografičeskij otčet, Moskva 1927, S. 119; Teplov, ebd., S. 317; Birman, XVI konf., S. 493ff.

[84] Obrazovanie, S. 258–259; zur Arbeit der RKI vgl. ferner: Dorogova, M. I.: Massovaja rabota organov CKK–RKI v promyšlennosti (1928–1932 gg.), in: V I KPSS 1966, No. 1, S. 85–93.

[85] [Chejnman, S. A.]: Gosudarstvennyj apparat SSSR 1924–1928 gg., Moskva 1929, S. 104; personell war die RKI damit etwa halb so stark wie der VSNCh (8351 Mitarbeiter).

bestand 1927 nahezu zu 100% aus Parteimitgliedern, die Gruppe der verantwortlichen Mitarbeiter zu 41%.[86] Mit Sergo Ordžonikidze als Vorsitzendem, damals noch ein verläßlicher Parteigänger Stalins und obendrein ein fähiger Administrator, stellte die RKI ein Instrument zur Durchsetzung der Industrialisierungspolitik dar, auf das sich die ZK-Mehrheit verlassen konnte. Weniger Vertrauen brachten die Wirtschaftsfachleute – rote Direktoren wie bürgerliche Spezialisten – den Mitarbeitern der RKI entgegen. Die Inspektoren dieser Behörde galten ihnen als inkompetent, die Untersuchungsmethoden als oberflächlich. Auf dem XV. Parteitag beschrieb ein „roter Direktor" das Auftreten eines solchen Kontrolleurs – eines jungen Mannes von glattem Äußeren –, der eine Riesenverwaltung 3 bis 4 Tage besah und dann dem erstaunten Direktor sein vernichtendes Urteil bekanntgab.[87] Ähnliche Erfahrungen hatte offenbar ein Manager des Genossenschaftsapparats gemacht, der auf der XVI. Parteikonferenz zu berichten wußte, daß zahlreiche Urteile der RKI über Centrosojuz[88] aus zweiter Hand stammten, bloße Wiederholungen von zugetragenen Äußerungen waren.[89] Die Vertreter der RKI mußten zugeben, daß ihr Apparat sich in der Regel aus wenig kompetenten Mitarbeitern zusammensetzte. Wer nur etwas von einer Sache verstand, wurde mit Produktions- und Leitungsaufgaben betraut, nur der Abhub befaßte sich mit Kontrolle.[90] Allerdings suchte die RKI durch Mobilisierung von freiwilligen Helfern – Arbeitern, Komsomolzen usf. – und durch Heranziehung ausländischer Spezialisten diesen Mangel zu kompensieren.[91] Tatsächlich gelang es ihr in zahlreichen Industriebereichen eine lebhafte Aktivität zu entfalten und steten Druck in Richtung auf Steigerung des geplanten Wachstumstempos zu unterhalten.

Am augenfälligsten war die Rolle der RKI bei der Revision der Plandaten im Bereich der Hüttenindustrie. In einer scharfen Auseinandersetzung mit dem Trust „Jugostal'", der erst im Politbüro entschieden wurde, kritisierte die RKI die Produktionsplanung des VSNCh, die u.a. den Ersatz zehn alter Hochöfen durch zwanzig neue vorsah, und forderte intensivere Nutzung der vorhandenen Ausrüstung und Steigerung der im Plan vorgesehenen Erzeugung.[92] Ähnlich ging die RKI im Ural vor.[93] Im gesamten Bereich der Metallverhüttung wurden die Investitionen über den Kopf der Wirtschaftsleitung hin durch das ZK erhöht.[94] Den Produktionsplan für diesen Industriezweig hob das ZK von 10 Mill. t auf 17 Mill. t für die

[86] Vgl. K XVI s-ezdu VKP/b. Materialy k organizacionnomu otčetu CK VKP(b). Vypusk III. Kadry, Moskva, Leningrad 1930, S. 173; in der Industrieleitung machte der Anteil unter den führenden Kadern lediglich 23% aus; vgl. ebd., S. 13.

[87] Lobačev, XV s-ezd VKP(b), dekabr' 1927 g., stenografičeskij otčet, 2 Bde., Moskva 1961–1962, S. 572.

[88] Zentralverband der Verbrauchergenossenschaften.

[89] Ljubimov, XVI konf., S. 541 f.; über das Verhältnis RKI-Management vgl. auch Desov, XV s-ezd, S. 495.

[90] Škirjatov, ebd., S. 594.

[91] Vgl. z.B. Obrazovanie, S. 252f., 255f., 265f., 268; Korostelev, XV s-ezd, S. 598; Birman, XVI konf., S. 499; Jakovlev, ebd., S. 484f.

[92] Vgl. den Konflikt zwischen Birman und den Referenten der RKI auf der XVI. Parteikonferenz, XVI konf., S. 459f., 492ff., 505ff., 527ff., 551, 554f.; Ordžonikidze, XVI s-ezd, S. 301f.

[93] Ebd., S. 302f.

[94] Mežlauk, ebd., S. 331.

Fünfjahrplanperiode.[95] Druck übte die RKI auch im Schiffbau aus und erreichte eine Erhöhung der Planansätze um 88%.[96] In der Baumwollindustrie wollte sie 30–40% ungenutzte Kapazitäten entdeckt haben[97], die Erdölförderungspläne stiegen auf Anregung der RKI von 26 auf 40 Mill. t im Jahre 1932/33.[98] Die RKI kritisierte aber nicht nur die Planansätze im einzelnen, sie griff die Organisation der Planorgane insgesamt an und forderte auch hier Reformen.[99] Auf diese Weise leistete die RKI ihren Beitrag zu der politisch motivierten Kampagne zur Revision der Planziele.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1928 wurde der Erfolg der Anstrengungen von RKI, Publizistik, OGPU und Justiz sichtbar. Die Planvarianten, die VSNCh und Gosplan Ende 1928, Anfang 1929 vorlegten, sahen unverhältnismäßig hohe und im Lauf der Planperiode steigende Wachstumsraten vor. Auf dem VIII. Gewerkschaftskongreß präsentierte Kujbyšev, der Vorsitzende des VSNCh, das Projekt seiner Behörde und attackierte zugleich den „Professorenpessimismus" einiger Ökonomen. Gosplan verabschiedete seinen Entwurf, der sich nun in vielen Punkten auf den VSNCh-Entwurf bezog, auf dem Gosplankongreß im März 1929. Der Rat der Volkskommissare (SNK) behandelte den Gosplan-Entwurf gemeinsam mit dem Rat für Arbeit und Verteidigung (STO), das Politbüro setzte sich im April damit auseinander und im April bzw. im Mai wurde der Plan in seiner Optimalvariante von der XVI. Parteikonferenz und vom V. Sowjetkongreß verabschiedet.[100] Die Rolle, die politischer Druck in der Auseinandersetzung um das Industrialisierungstempo spielte, unterstrich der Generalsekretär der VKP noch einmal auf dem XVI. Parteitag:

> „Selbstverständlich hätten wir ohne Zertrümmerung der trotzkistisch rechtsabweichlerischen Theorie der ‚erlöschenden Kurve' [abtauchende Kurve] weder eine tatsächliche Planung noch eine Steigerung des Tempos und eine Verkürzung der Baufristen erreichen können. Um die Verwirklichung der Generallinie der Partei zu leiten, um den Fünfjahrplan des Aufbaus zu berichtigen und zu verbessern, um das Tempo zu erhöhen und Fehler im Aufbau zu verhüten, mußte man vor allem die reaktionäre Theorie der ‚erlöschenden Kurve' zerschlagen und liquidieren.
> Wie schon früher gesagt, hat das ZK dementsprechend gehandelt."[101]

2.2. DIE ŠACHTY-AFFÄRE UND DIE „KADERFRAGE"

Die Durchsetzung der Linie der forcierten Industrialisierung ging nicht ohne Widerstand ab. Sowohl in der Wirtschaftsleitung als auch in den Betrieben kritisierten Wirtschaftsfachleute die Wende der Industrialisierungspolitik scharf. Bereits Mitte 1927 war im VSNCh ein Stimmungswandel zu verzeichnen. Die Masse der Wirtschafts- und Planspezialisten stand den

[95] Ordžonikidze, ebd., S. 303.
[96] Ebd., S. 305.
[97] Ebd.
[98] Ebd., S. 306.
[99] Očerednye voprosy ulučšenija gosapparata. Po materialam NK RKI SSSR, Moskva 1930, S. 20ff.
[100] Vgl. Carr/Davies: Foundations 1, S. 935ff.; Rykov, XVI konf., S. 7ff.
[101] Stalin, XVI s-ezd, S. 51; dtsch. nach Stalin: Werke, Bd. 12, S. 307f.; vgl. Rumjancev, XVI s-ezd, S. 176; vgl. auch das Zeugnis Gladkovs, in: PCh 1935, No. 4, S. 137.

Forderungen der politischen Führung mit großer Reserve gegenüber.[102] Im Laufe des Jahres 1928 versteifte sich der Widerstand der Fachleute noch weiter. Auf einer Sitzung des Gosplanpräsidiums am 12. 2. 1929 bezweifelten mehrere namhafte Gosplanmitglieder offen, daß der projektierte Fünfjahrplan realistisch sei. Osadčij und Bazarov warnten eindringlich vor einer Verabschiedung, und Kalinnikov erklärte:

> „Die projektierte Ausgangsvariante mit allen Veränderungen ist in ihrem Realitätsgehalt äußerst zweifelhaft, weil die Zeit nicht ausreicht, die Baumaterialien nicht ausreichen und die grundlegenden technischen Ressourcen fehlen."[103]

Derselbe Kalinnikov bekannte zwei Jahre später, angeklagt als Schädling, daß die gesamte Industriesektion von Gosplan im Februar 1929 den Dezemberentwurf des VSNCh mit seinen hohen Zuwachsraten für irreal gehalten habe.[104] Auch Planer, die nicht explizit gegen die Linie des ZK auftraten, mußten zugeben, daß der Plan keineswegs durchbilanziert war, ja daß es zahlreiche Brüche im Planentwurf gab.[105] Auch im Management der Betriebe bestand offenbar großes Unbehagen und stellenweise setzten sie sich gegen überhöhte Produktionspläne zur Wehr.[106]

Während innerhalb des bürgerlichen Fachpersonals also vielerorts eine – oft auch unausgesprochene – Opposition gegen die von der Parteiführung betriebene Industrialisierungspolitik schwelte, war die Masse der Parteimitglieder und insbesondere die im Parteiapparat tätigen gegen die „bürgerlichen Spezialisten" argwöhnisch gestimmt. Die Auseinandersetzung um das Verhältnis der Bolschewiki zu den „bürgerlichen" Fachleuten hatte in der VKP Tradition. Im Verlauf der zwanziger Jahre hatten die Parteiführer immer wieder auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit hingewiesen. Nichtsdestoweniger war zwischen der Masse der Mitarbeiter des Parteiapparats und dem ingenieur-technischen Fachpersonal eine gegenseitige Fremdheit bestehen geblieben.[107] Die soziale Herkunft der Mehrheit der Ingenieure und Manager, ihre frühere Stellung im kapitalistischen Betrieb, ihre von den der Parteibeamten so sehr abweichenden Karriereprofile, der starke soziale Zusammenhang des Fachpersonals unter-

[102] Vgl. Valentinov-Vol'skij, S. 160f., 238; vgl. die Aussagen der Angeklagten im „Prozeß der Industriepartei", Fedjukin, S. A.: Sovetskaja vlast' i buržuaznye specialisty, Moskva 1965, S. 211; vgl. Kujbyševs Zusammenstellung ‚tempofeindlicher' Äußerungen, in: XVI konf., S. 56f.

[103] Gladkov, in: PCh 1935, No. 4, S. 136, nach Akten von Gosplan.

[104] Vgl. Carr/Davies: Foundations 1, S. 938.

[105] Levin, V. A.: Sistema kontrol'nych cifr 1930/31, in: PCh 1930, No. 2, S. 22–50, hier S. 28.

[106] Chopljankin, XVI s-ezd, S. 546; Lampert, N.: The Technical Intelligentsia and the Soviet State. A Study of Soviet Managers and Technicians 1928–1935, London 1979, S. 48ff.

[107] Zu den Diskussionen innerhalb der RKP/VKP vgl. u. a. Bailes, K. E.: Technology and Society under Lenin and Stalin. Origins of the Soviet Technical Intelligentsia, 1917–1941, Princeton, N. J. 1978, S. 19ff.; Valentinov-Vol'skij, passim; Lenin, V. I.: Polnoe Sobranie Sočinenij, Moskva 1960ff., t. 38, S. 55, 156; t. 40, S. 253; Bucharin, N. I.: Ökonomik der Transformationsperiode, Reinbek 1970, S. 70f.; Schröder, H. H.: Arbeiterschaft, Wirtschaftsführung und Parteibürokratie während der Neuen Ökonomischen Politik. Eine Sozialgeschichte der bolschewistischen Partei 1920–1928, Berlin 1982, S. 31f., 208ff., 377ff.; vgl. Sovetskaja intelligencija. Kratkij očerk istorii (1917–1975 gg.), Moskva 1977, S. 14ff., 20ff., 49ff.; Sovetskaja intelligencija (Istorija formirovanija i rosta 1917–1965 gg.), Moskva 1968, S. 40ff., 121f.; Prokofyev, V. V. [Prokof'ev, V. V.]: Industrial and Technical Intelligentsia in the USSR, Moscow 1933, S. 5ff.

einander und seine Abschließung gegen Außenstehende waren nicht dazu angetan, das Mißtrauen auf seiten des Parteiapparats zu überwinden.[108] Der latente Widerstand der ‚bürgerlichen' Fachleute gegen das von Teilen der Parteiführung favorisierte Industrialisierungstempo konnte angesichts ihres sozialen Zusammenhangs von argwöhnischen Parteibeamten leicht in Sabotage umgedeutet werden.

Eben das machte sich die Gruppe um den Generalsekretär der VKP zunutze, um den politischen Druck auf die Wirtschaftsleitung zu verstärken und die Parteiöffentlichkeit für die Forcierung des Industrialisierungstempos zu mobilisieren. Die Kampagne wurde eingeleitet durch „Aufdeckung" eines Ingenieurskomplotts im südrussischen Bergbaugebiet, die am 10. März 1928 von der Staatsanwaltschaft in der „Pravda" mitgeteilt wurde. Neben der Getreidekrise wurde die „Schädlingstätigkeit" der Ingenieure und Techniker von Šachty im Nordkaukasus ein zentrales innenpolitisches Thema in der ersten Jahreshälte 1928. Noch vor Beginn des Prozesses setzte sich ein Plenum von ZK und ZKK (6.–11. April 1928) mit der politischen Bedeutung dieses Vorfalles auseinander und formulierte weitreichende Folgerungen für die Kaderpolitik und die künftige Praxis der Industrieleitung. Der Prozeß, der vom 18. Mai bis zum 5. Juli dauerte, wurde mit einem Höchstmaß von Publizität durchgeführt und leitete einen Propagandafeldzug gegen die „Schädlingstätigkeit" „bürgerlicher Spezialisten" ein, die bis in das Jahr 1931 hinein anhielt.

Die politischen Vorgänge um den Šachty-Prozeß, in die offenbar auch der Konflikt zwischen der Gruppe um Stalin und der um Tomskij, Rykov und Bucharin hineinspielte, sind nur unter Schwierigkeiten zu dokumentieren.[109] Aufgrund der Darstellung Avtorkhanovs, damals Student im Institut der Roten Professur, und des Quellenmaterials aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, das Reiman erschlossen hat[110], scheint es jedoch wahrscheinlich, daß die „Aufdeckung" des Ingenieurskomplotts zunächst von den OGPU-

[108] Vgl. Chozjajstvennoe stroitel'stvo i problema kadrov, in: EO 1928, No. 6, S. 5–14, hier S. 7, 10; Kaganovič, L. M.: Problema kadrov, in: B 1929, No. 23–24, S. 50–71, hier S. 62f.; vgl. die Schlußfolgerungen, die Chejnman aus den Ergebnissen der Erhebung des Fachpersonals zieht: Chejnman, S. A.: K charakteristike sostava inženerno-techničeskich kadrov promyšlennosti SSSR, in: EO 1929, No. 12, S. 102–122; 1930, No. 1, S. 161–172; No. 2, S. 146–154; hier 1930, No. 2, S. 153f.; vgl. auch Bailes, S. 73.

[109] Zur Šachty-Affäre und ihren Folgen vgl. Bailes, S. 69ff.; Fitzpatrick, Sh.: Education and Social Mobility in the Soviet Union 1921–1934, Cambridge 1979, S. 113ff.; Cohen: Bukharin, S. 281ff.; Reiman: Geburt, S. 102ff.; Lampert, S. 38ff.; Carr/Davies: Foundations 1, S. 621ff.; Diaconoff: Gosplan, S. 89ff.; Ziehr, W.: Die Entwicklung des „Schauprozesses" in der Sowjetunion (Ein Beitrag zur sowjetischen Innenpolitik 1928–1938), Phil. Diss. Tübingen 1969, Mainz 1970, S. 73ff.; als Quelle für die Rolle Stalins gewöhnlich herangezogen: Avtorkhanov, A.: Stalin and the Soviet Communist Party. A Study in the Technology of Power, München 1959, S. 28–31; zu den Schlußfolgerungen des ZK vgl. u.a. KPSS, t. 4, S. 84–93 (identisch mit Izv CK 1928, No. 12–13, S. 15–16); zum Verlauf des Prozesses vgl. die Berichterstattung in der „Pravda" Mai bis Juli 1928; das Urteil wurde ebd. publiziert, 6. 7. 28, S. 1f.; 7. 7. 28, S. 6f.; die offizielle Auswahldokumentation N. V. Krylenko (Hrg.): Ėkonomičeskaja kontrrevoljucija v Donbasse. Itogi Šachtinskogo dela. Stat'i i dokumenty, Moskva 1928, war mir nicht zugänglich; zur offiziellen sowjetischen Version vgl. Istorija KPSS v 6 tt., t. 4, kn. 1, Moskva 1970, S. 547ff.; Ot kapitalizma k socializmu. Osnovnye problemy perechodnogo perioda v SSSR 1917–1937 gg, 2 Bde., Moskva 1981, Bd. 2, S. 254f.

[110] Avtorkhanov, S. 28–31; Reiman: Geburt, S. 235ff.

Dienststellen im Nordkaukasus ausging. Es handelte sich um eine Polizeiintrige von lokaler Bedeutung, deren Beginn auf den Herbst 1927 zu datieren ist.[111] Derartige Intrigen waren in der OGPU nicht ungewöhnlich. Wir besitzen das Zeugnis eines „alten Tschekisten", d.h. eines langjährigen Mitarbeiters der Sicherheitsdienste, der Ende 1927 Dienst als Chef des Grenzschutzes und der OGPU-Truppen im Nordkaukasus versah. Dieser berichtet von einem Fall, in dem der Vorsitzende der OGPU, V. R. Menžinskij, mit der Nachricht alarmiert wurde, im Kubangebiet sei ein Kosakenaufstand ausgebrochen. Im Zusammenhang damit habe man eine Reihe von Kosaken verhaftet. Menžinskij hielt die Information offenbar für unglaubwürdig und beauftragte den regionalen Bevollmächtigten der OGPU, den Sachverhalt persönlich zu klären, die verhafteten Kosaken auf freien Fuß zu setzen und die Schuldigen zu bestrafen.[112] Im Falle des „Ingenieurskomplotts" verhielt sich Menžinskij zunächst anscheinend ähnlich. Er wies die Anschuldigungen, die der Leiter der OGPU im Nordkaukasus, E. G. Evdokimov[113], erhoben hatte, zunächst zurück.[114] Offenbar glaubte jedoch eine Gruppe im ZK, deren einflußreichste Figur Stalin war, angesichts der wachsenden Schwierigkeiten im Bereich der Agrar- und Versorgungspolitik[115] und der latenten Führungskrise in der Partei[116] aus dem Hochspielen des „Ingenieurskomplotts" politisches Kapital schlagen zu können. Im März entschied das Politbüro – anscheinend gegen den Widerstand Rykovs und anderer Mitglieder – die Affäre, die die lokale OGPU unter dem Schutz des Generalsekretärs weiterverfolgt hatte, öffentlich zu machen.[117] Am 9. März mußte Rykov in seiner Funktion als Vorsitzender des SNK vor dem Plenum des Moskauer Sowjets die Öffentlichkeit von der Aufdeckung einer Ingenieursverschwörung berichten. Parallel dazu gab der Staatsanwalt des Obersten Gerichts eine Erklärung zu diesem Gegenstand heraus, die gemeinsam mit einer Erklärung des Zentralrats der Gewerkschaften und begleitet von einem Leitartikel am 10. 3. 1928 in der „Pravda" erschien.[118] Darin wurde einer nicht genannten Zahl von Beschuldigten

[111] Krylenko im Verhör des Angeklagten Belenkij, Pravda 31. 5. 1928; Reiman: Geburt, S. 104, 221; Avtorkhanov, S. 28; vgl. auch die Andeutungen Čičerins, in: Reiman: Geburt, S. 290f.

[112] Fomin, F. T.: Zapiski starogo čekista, Moskva 1962, S. 170; zu seiner Stellung 1927 ebd. S. 185; der Vorgang ist, soweit dem Zusammenhang des Textes zu entnehmen, 1926 oder 1927 anzusiedeln; Fomin geht bei seiner Darstellung sehr vorsichtig vor; so vermeidet er die Nennung von Namen und die Feststellung von Verantwortlichkeiten; die Parallele zu den Vorgängen um Šachty ist aber nicht von der Hand zu weisen; m.E. geht es Fomin in erster Linie darum, Menžinskij zu entlasten; vgl. Avtorkhanov, S. 28f., der Menžinskij im Falle Šachty ein ähnliches Verhalten wie oben geschildert zuschreibt.

[113] Aus westlichen und sowjetischen Berichten geht m.E. hervor, daß Evdokimov der verantwortliche Sicherheitsbeamte war; Avtorkhanov, S. 28; XVI s-ezd, S. 319; Reimans Bedenken, Geburt, S. 105, der den Leiter der Ukrainischen GPU, Balickij, als möglichen Verantwortlichen nennt, scheidet im Grunde angesichts der regionalen Zuständigkeiten aus; daß möglicherweise auch die ukrainische GPU Verhaftungen vornahm, Reiman: Geburt, S. 284ff., heißt keineswegs, daß sie die Federführung hatte; Reiman behandelt diese Quelle, wie andere auch, ungenau; zur Person Evdokimovs vgl. Orlow, A.: Kreml-Geheimnisse, Würzburg 1953, S. 30f.; dessen Wissen in der Regel allerdings auf Klatsch zurückzugehen scheint.

[114] Avtorkhanov, S. 28.

[115] Vgl. oben Anm. 58.

[116] Vgl. Reiman: Geburt, passim; Daniels: Gewissen, S. 373ff.; Cohen: Bukharin, S. 270ff.; vgl. auch unten Abschnitt 4.2.1.

[117] Avtorkhanov, S. 29; Reiman: Geburt, S. 106.

[118] Pravda 10. 3. 28, S. 1 u. 3.

– vor Gericht standen später 53 Personen – vorgeworfen, im Auftrag früherer Besitzer systematisch Sabotage im Kohlenbergbau betrieben zu haben. Im einzelnen beschuldigte die Staatsanwaltschaft sie, profitabel arbeitende Gruben stillgelegt bzw. zerstört zu haben, während sie solche, die Verluste machten, weiterbetrieben; ferner hätten sie Geld für nutzlose Technologie ausgegeben, die Zunahme von Arbeitsunfällen zugelassen und bewußt die Verschlechterung von Arbeits- und Lebensbedingungen der Belegschaften betrieben.[119] All diese Anschuldigungen wurden während des mit großem Aufwand an Öffentlichkeitsarbeit betriebenen Prozesses aufgenommen und im Urteil bestätigt. Von den 53 Angeklagten wurden 4 freigesprochen, 16 zu Freiheitsentzug unter, 22 zu Freiheitsentzug über fünf Jahren verurteilt. 11 Angeklagte sollten hingerichtet werden.[120]

Prozeß und Urteil waren jedoch nur Teil einer breit angelegten politischen Kampagne, deren Ziele das Vereinigte Plenum von ZK und ZKK im April 1928 formuliert hatte. Die Rolle der Partei und der politischen Organisationen im Bereich der Wirtschaftsleitung wurde heftig kritisiert, weitgehende Schlußfolgerungen für die Kaderpolitik und für Parteieinwirkung im Management formuliert. Während der Šachty-Prozeß und die damit einsetzende „Schädlingskampagne" sich deutlich gegen die „bürgerlichen Spezialisten" richtete, sie einzuschüchtern suchte und ihnen die Schuld für die Mißwirtschaft in die Schuhe zu schieben suchte, nahm die ZK-Mehrheit die Šachty-Affäre zum Anlaß, die Wirtschaftsleitung zu reformieren und die Entscheidungen im Wirtschaftsbereich stärker politischem Einfluß zu unterwerfen.

Die Entschließung des Plenums[121], die zu Beginn kurz auf die „Schädlingstätigkeit" „bürgerlicher Spezialisten" einging – nicht ohne zugleich von der „aufrichtigen Zusammenarbeit" eines Großteils des technischen Führungspersonals mit der Sowjetmacht zu sprechen –, ging hauptsächlich mit dem Versagen der politischen Institutionen in der Wirtschaftsleitung ins Gericht – mit dem Versagen der „roten Manager", dem Versagen der Gewerkschaften und dem Versagen des Parteiapparats. Das Plenum bemängelte die unzureichenden Kenntnisse der Parteikader in der Wirtschaftsleitung und ihre Unfähigkeit, in Leitungsprozesse konstruktiv einzugreifen. In der Entschließung hieß es:

> „... in vielen Betrieben bleibt die Rolle des Leiters bis jetzt vorherrschend auf die Rolle des *schlechten Kommissares in der Industrie* beschränkt, das heißt, anstelle wirklicher Leitung läuft es auf sogenannte ‚allgemeine Führung' hinaus."[122]

Den Gewerkschaften warf das Plenum vor, daß es ihnen nicht gelungen sei, größere Teile der Belegschaften an betrieblichen Entscheidungen zu beteiligen, daß sie ferner nicht entschieden für die Rechte der Arbeiter einträfen: die Autorität der Gewerkschaftsfunktionäre sei gering, der Kontakt mit den Arbeitern vor Ort, am Arbeitsplatz und zu Haus unzureichend.[123] Die Parteiorganisation kam nicht besser davon, das Plenum stellte trocken fest:

[119] Ebd., S. 1.
[120] Ebd., 6. 7. 1928, S. 1; 7. 7. 1928, S. 6f.; zum Prozeßverlauf vgl. die in Anm. 109 genannten Titel; das Urteil wurde im Politbüro vorentschieden – ein weiteres Indiz für den politischen Charakter des Prozesses; Bucharin berichtete Kamenev in einem Gespräch am 11. 7. 1928, Stalin habe sich gegen Erschießungen verwahrt, sei aber überstimmt worden: T. 1897, S. 2.
[121] KPSS, t. 4, S. 84–93.
[122] Ebd., S. 85; Hervorhebungen dort im Text.
[123] Ebd., S. 86.

„Die Führung der Wirtschaftsorgane durch die Parteiorganisation läuft häufig auf allgemeine deklarative Resolutionen hinaus ... Durch die Bank beschränken sich die lokalen Parteiorgane auf formale bürokratische Kritik der Mängel lokaler Behörden und zentraler Wirtschaftsorgane statt des aktiven Kampfes für die Beseitigung der Mängel selbst."[124]

Die Vorwürfe der Parteiführung richteten sich also nicht allein gegen die „bürgerlichen Spezialisten", die Šachty-Affäre diente nicht nur zur Einleitung einer Hexenjagd, die Ziele waren erheblich weiter gesteckt. In einem zur Zeit der NĖP nicht gekanntem Maße wurden politische Apparate für Wirtschaftsentscheidungen verantwortlich gemacht. Die Kampagne, die durch den Fall Šachty eröffnet wurde, diente der Mobilisierung der Gesellschaft und insbesondere der Mobilisierung der politischen Apparate für die forcierte Industrialisierung.

Die Maßnahmen, die das Plenum vorschlug, sahen denn auch vor, die Situation der Spezialisten entschieden zu verbessern, zugleich aber ihren Kastengeist zu bekämpfen. Die technischen Bildungsmöglichkeiten sollten verbessert und neue „rote" Wirtschaftskader herangezogen werden. Die Parteikader im Wirtschaftsbereich sollten sich technisch weiterqualifizieren, neue sollten aus der Arbeiterschaft aufsteigen. Die Arbeitsbedingungen der Produktionsarbeiter sollten verbessert, ihre Beteiligung an der Besprechung von Produktionsfragen verstärkt werden. Die Parteiorganisationen wurden verantwortlich gemacht für die Durchführung der „entscheidenden Wende" in der Arbeit der Wirtschaftsorgane.[125]

Diese recht gemäßigte Entschließung scheint Ergebnis eines Kompromisses im ZK zu sein. Wie verschieden einzelne Parteiführer die Šachty-Affäre beurteilten, wird deutlich, wenn man öffentliche Äußerungen in dieser Phase vergleicht. Ordžonikidze, der Vorsitzende der ZKK-RKI, ein enger persönlicher Freund Stalins, benannte in einer Rede vor Moskauer Hochschulabgängern am 26. März 1928 als eine der Hauptaufgaben der VKP die Schaffung eines sowjetischen, proletarischen Kommandobestandes in der Industrie, da nur ein solcher imstande sei, die Industrialisierung durchzuführen. Obgleich er die ‚bürgerlichen Spezialisten' nicht in ihrer Gesamtheit angriff, klingt aus der Rede dennoch starkes Mißtrauen gegenüber dem „fremden" Fachpersonal heraus.[126]

Wesentlich anders war der Tenor der Rede, die Kujbyšev, Vorsitzender des VSNCh zwei Tage später vor Moskauer Ingenieuren hielt.[127] Die Versammlung, die ein Ehrenpräsidium wählte, dem u. a. Rykov, Tomskij, Kujbyšev, Kržižanovskij, Prof. Osadčij von Gosplan, ein Gegner des hohen Industrialisierungstempos, und Prof. Ramzin, später einer der Hauptangeklagten im Prozeß gegen die „Industriepartei", angehörten, nicht aber Stalin, Bucharin oder Molotov, erfuhr, daß die Sowjetmacht durchaus nicht beabsichtige, die bisherige Haltung gegenüber Ingenieuren und Spezialisten aufzugeben. Kujbyšev setzte die Akzente deutlich anders als Ordžonikidze, er betonte sein Vertrauen in die überwiegende Mehrheit der Spezialisten und er versprach, daß die Regierung alle Maßnahmen ergreife, daß kein unschul-

[124] Ebd., S. 87.
[125] Ebd., S. 89ff.
[126] Ordžonikidze, G. K.: O Šachtinskom dele i zadačach molodych specialistov, in: ders.: Stat'i i reči v 2 tt., Moskva 1957, t. 2, S. 116ff.; vgl. seinen Brief vom 23. 3. 28, zit. bei Reiman: Geburt, S. 294–296, in der er den Organen der RKI schärfste Überwachung der „bürgerlichen Spezialisten", sowohl am Arbeitsplatz wie zu Hause, befiehlt; aus dem Brief ist auch ablesbar, daß die RKI durch den „Erfolg" der OGPU behördentaktisch ins Hintertreffen geraten war und nun suchte, selber „Erfolge" zu erzielen.
[127] Šachtinskoe delo i problema specialistov: Doklad tov. Kujbyševa, in: Pravda 30. 3. 1928, S. 3.

diger Ingenieur Schaden erleide, daß nur die Schuldigen bestraft würden.[128] Diese Äußerungen zeigen, in welchem Klima der Verunsicherung diese Rede gehalten wurde, wie sehr sich das Fachpersonal von der Šachty-Affäre bedroht fühlte. Dem wollte der Vorsitzende des VSNCh offenbar entgegenwirken.

Deutlich schärfer war der Tenor der Reden, die Bucharin und Stalin nach dem Aprilplenum am 13. April 1928 vor dem Leningrader bzw. vor dem Moskauer Parteiaktiv hielten.[129] Bucharin unterstrich die Gefahr, die aus der Verbindung konterrevolutionärer „Schädlinge" mit dem ausländischen Kapital hervorging, und ließ durchblicken, daß die Existenz anderer „Schädlingsorganisationen" nicht ausgeschlossen werden könne. Allerdings wandte er sich nach dieser Einleitung rasch den Zuständen innerhalb der VKP zu und kritisierte die Unterdrückung von Kritik und das Versagen von Parteiapparat und kommunistischen Wirtschaftlern. Und er geißelte den moralischen Verfall mancher Funktionsträger, der in den Skandalen von Rjazan', Soči und Voronež sichtbar geworden war. Nur durch verstärkte Kritik von unten, so Bucharin, durch Selbstkritik, seien ähnliche Vorfälle vermeidlich. Stalin faßte die Kritik an der VKP, die zweifellos in der Entschließung des Aprilplenums eingeschlossen war, viel vorsichtiger, er bagatellisierte, dagegen malte er die Gefahren ausländischer Intervention und einheimischer Schädlingsarbeit in grellen Farben. Abhilfe suchte er in einer Entmachtung der bürgerlichen Spezialisten im Betrieb, in der Ausbildung neuer, „roter" Fachleute und der Intensivierung der politischen Kontrolle.

In der Parteispitze wurde die Šachty-Affäre durchaus nicht einhellig begrüßt, insbesondere die stärker mit Wirtschaftsfragen befaßten Parteiführer erwarteten offenbar keine positiven Effekte.[130] Dem Generalsekretär, Teilen der OGPU, dem Leiter der ZKK-RKI und Teilen des ZK-Apparats paßte das „Ingenieurskomplott" offenbar in das politische Kalkül. Sie nutzten die Situation, um die Stellung der politisch legitimierten Apparate insgesamt und die Position der Stalinschen Klientel im besonderen zu festigen. Das geschah allerdings auf Kosten der Fachapparate, die im Šachty-Prozeß und der anschließenden Schädlingskampagne direkt unter Druck gesetzt wurden. Ideologisch legitimierte die Stalin-Gruppe dies Vorgehen durch die rasch formulierte Theorie von der Verschärfung des Klassenkampfes beim Übergang zum Sozialismus.[131]

Die Šachty-Affäre ist jedoch nicht allein im Rahmen von Gruppeninteressen zu interpretieren. Sie hatte erhebliche Bedeutung für die gesamte Politik der Wirtschaftsleitung und der Rekrutierung neuer Leitungskader – und das heißt zugleich für die Formierung der neuen Oberschicht –, und sie hatte offenbar auch tagespolitische Funktionen, nämlich durch die

[128] Ebd.; weiter unten fügte Kujbyšev hinzu: „. . . all diese Mängel gibt es, all diese Schwierigkeiten sind nicht überwunden [Mängel im Investbau, unzureichende Senkung der Selbstkosten u. ä.], doch wir sind nicht geneigt, daran allein den Spezialisten die Schuld zu geben."

[129] Bucharin, N. I.: Uroki chlebozagotovok Šachtinskogo dela i zadači partii, in: Pravda 19. 4. 1928, S. 3; auch als selbständige Broschüre, Leningrad 1928; Stalin, J. W.: Über die Arbeiten des Vereinigten Aprilplenums des ZK und der ZKK, in: ders.: Werke, Bd. 11, S. 25–57; eine geringfügig abweichende Version in: Pravda 18. 4. 1928.

[130] Es sei nur auf Rykovs hartnäckigen Widerstand gegen die Wende in der Spezialistenpolitik verwiesen, vgl. Ordžonikidze, XVI s-ezd, S. 319; Kaganovič, ebd., S. 77; verwiesen sei auch auf Kujbyševs vorsichtiges Taktieren bei dem oben zitierten Vortrag.

[131] Vgl. dazu Stalins Polemik gegen Bucharin im April 1929, Stalin, J. W.: Fragen des Leninismus, Berlin 1971 (reprogr. Nachdruck der Ausgabe Moskau 1947), S. 275–283.

Markierung von Sündenböcken, die für die verfehlten wirtschaftlichen Maßnahmen und die zahlreichen innerbetrieblichen Probleme verantwortlich gemacht wurden.[132] Das sticht bei der Behandlung des Šachty-Prozesses vielleicht am ehesten ins Auge. Im Winter 1927/28 war die sowjetische Wirtschaft in eine Krise geraten, die das Aprilplenum 1928 folgendermaßen beschrieb:

„... die Getreidebeschaffungskampagne des laufenden Wirtschaftsjahres ist auf eine Reihe von Schwierigkeiten gestoßen, die eine Zeit drohten, in eine allgemeine volkswirtschaftliche Krisis abzugleiten (Gefahr der Unterbrechung der Beschaffung von Getreide und Rohstoffen, Unterbrechung bei der Versorgung der Stadt, die Gefahr der Verletzung des Export-Import-Plans usf.).“[133]

In den Städten war die Krise schon Ende 1927 fühlbar geworden. Mehl, Graupen, Milch, Eier, Butter, Öl, in der Folge auch Brot, Fleisch, Tee, Kaffee und Textilien waren im Angebot der staatlichen und Genossenschaftsläden nur noch in geringen Mengen zu finden. Schlangen, die sich schon nachts vor den Kaufläden bildeten, waren ein alltäglicher Anblick.[134] Obwohl die materielle Situation der Arbeiter und Angestellten seit Beginn der NĖP ständig besser geworden war, begann die städtische Bevölkerung Unzufriedenheit zu äußern. Durch Präsentierung von Schuldigen konnte sich die Partei- und Sowjetführung wenigstens kurzfristig entlasten. Speziell im Bergbau gab es dazu zusätzliche Probleme. Zwar hatte man 1927/28 die Förderungsmengen von 1913 beinahe erreicht, doch war man beim Bau neuer Schachtanlagen nicht entscheidend vorangekommen, da 80 % der vorhandenen Mittel benötigt wurden, um den Betrieb der alten Gruben aufrechtzuerhalten. 1926/27 war es nicht gelungen, die Selbstkosten zu senken – im Gegenteil, sie waren um 2 % gestiegen. Die durchgreifende Mechanisierung der Kohleförderung hatte mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, nicht zuletzt mit dem Fehlen qualifizierter Arbeitskraft und einer hohen Fluktuationsrate.[135] Die Unfallhäufigkeit lag 1927 und 1928 im Kohlenbergbau um mehr als das Doppelte über dem Durchschnitt der Industrie.[136] Auch hier mußten die angeklagten Ingenieure als Sündenböcke herhalten. Die Anklageschrift und später auch die Urteilsbegründung warf ihnen vor, Bergbaubetriebe bewußt heruntergewirtschaftet, die Mechanisierung der Gruben böswillig hintertrieben und die Arbeiter durch Vernachlässigung des Wohnraumproblems – Ursache für Fluktuation – und Verletzung der Sicherheitsmaßnahmen zu Unmutsaktionen provoziert zu haben.[137] Für die Probleme, die vorwiegend auf Mangel an qualifizierten Kadern, Mangel an Finanzmitteln und auf überhöhtes Produktionstempo zurückgingen, wurde nun einer Handvoll Spezialisten Schuld zugewiesen.

[132] Vgl. dazu auch Diaconoff: Gosplan, S. 105 f.

[133] KPSS, t. 4, S. 75; vgl. die Darstellung bei Reiman: Geburt, S. 80 ff.

[134] Ebd., S. 96 f.

[135] Industrializacija SSSR, t. 1, S. 124, 137, 139, 140; Rašin, A.: Sostav fabrično-zavodskogo proletariata SSSR, Moskva 1930, S. 64 f.

[136] Kontrol'nye cifry po trudu na 1929/30 g., Moskva 1930, S. 113; allerdings war die Unfallhäufigkeit etwas gesunken, während sie im Bereich der Metallverhüttung 1927 und 1928 deutlich zugenommen hatte und im Industriedurchschnitt etwa auf gleichem Niveau blieb; auch die Zahl der Fälle, in denen Arbeitsschutzbestimmungen verletzt wurden, nahm nicht wesentlich zu; vgl. Jakubson: Narušenij, presleduemye v administrativnom porjadke i vzyskanija za nich, in: SO 1930, No. 5, S. 101–108, hier S. 104, für die Jahre 1927–1929.

[137] Pravda 10. 3. 1928, S. 1; 7. 7. 1928, S. 6 f.

Mit dem Angriff auf das Fachpersonal spekulierten Parteiführung und OGPU zudem auf Stimmungen innerhalb der Arbeiterschaft, die den bürgerlichen „Spec“ im Betriebsalltag immer wieder als Widersacher erfuhr, der besser wohnte, ein höheres Einkommen bezog, auf Intensivierung der Arbeit drängte und bei Tarifverhandlung gegen Arbeiterinteressen Stellung bezog.[138] Die Šachty-Affäre ermutigte die Belegschaften, offen gegen mißliebige Manager vorzugehen. Im Gefolge der Aufdeckung des „Ingenieurskomplotts“ kam es zu einer Welle von Konflikten zwischen Arbeitern und „bürgerlichen Spezialisten“.[139] In ihrer großen Mehrheit schenkten die Arbeiter den Vorwürfen gegen das Management offenbar Glauben und sie nützten die erschütterte Stellung der Fachleute, um in Arbeitskonflikten Vorteile zu erlangen. Ein Korrespondent des Organs der russischen Sozialdemokraten in der Emigration hörte 1930 anläßlich eines weiteren Schädlingsprozesses von Arbeitern Äußerungen wie folgende: „Du kannst einen Wolf füttern, soviel du willst, er will doch immer zurück in den Wald“ und „3000 [Rbl.] haben sie gekriegt, mit Automobilen sind sie 'rumgefahren, und wir fressen Brot und Kartoffeln“.[140] Die Abneigung gegen die bürgerlichen Fachleute war tief eingefressen. Als in dieser Zeit eine Spinnerei geschlossen und den Arbeiterinnen gekündigt werden sollte, griff die Belegschaft das propagierte Argumentationsmuster auf und beschuldigten die Verantwortlichen, sie seien „Schädlinge“ und Feinde der Sowjetmacht.[141] Das Vorgehen gegen Teile des Managements konnte also auf Unterstützung aus der Arbeiterschaft rechnen. Es diente insofern auch der Einbindung dieser Gruppe in das System politischer Herrschaft im Wege „negativer Integration“. Allerdings versuchte die Parteiführung diese Bewegung möglichst unter Kontrolle zu halten, da durchaus nicht beabsichtigt war, die Autoritätsbeziehungen innerhalb der Betriebe abzubauen; obendrein waren Spezialisten für die Durchführung der Industrialisierungspolitik dringend nötig. Mobilisierung von Arbeitern gegen das Management und forcierter Ausbau moderner Industrien standen durchaus im Widerspruch zueinander, eine der vielen Ungereimtheiten in der sowjetischen Innenpolitik dieser Periode, die einer genaueren Analyse bedürfen.

Auf der anderen Seite hatte die Šachty-Affäre gewiß einen Effekt für die Forcierung des industriellen Aufbaus: hier wurden Ingenieure öffentlich abgestraft „pour encourager les autres“. Wie oben gezeigt, waren Ende 1927, Anfang 1928 innerhalb der politischen und der Wirtschaftsleitung Auseinandersetzungen um das Tempo des industriellen Aufbaus im Gange.[142] Wenn in dieser Phase einer Gruppe von Ingenieuren in einer Schlüsselindustrie, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, der Vorwurf der Sabotage gemacht wurde, mußten sich angesichts der Äußerungen führender Parteileute, es gebe noch weitere, nicht enttarnte

[138] Vgl. dazu Lampert, S. 34f.; Bailes, S. 60f.

[139] Vgl. die Hinweise, ebd., S. 134f.; Carr/Davies: Foundations 1, S. 626f.; Lampert, S. 124ff.; Süß, W.: Der Betrieb in der UdSSR. Stellung, Organisation und Management 1917–1932, Frankfurt/M. usw. 1981, S. 346; vgl. die Warnungen vor „Spezfresserei“, vgl. Rykov, Tomskij in: Vos'moj s-ezd professional'nych sojuzov SSSR (10–24 dek. 1928 g.). Plenumy i sekcii. Polnyj stenografičeskij otčet. Moskva 1929, S. 11, 29; vgl. auch KPSS. t. 4, S. 88f.; Proverka raboty Šachtinskogo organizacii, in: PS 1930, No. 5, S. 49–55, hier S. 55; Aleksandrov, N.: Voprosy truda v processach vreditel'skich organizacii, in: SG 1932, No. 7–8, S. 132–146, hier S. 142.

[140] SV 1930, No. 24 (238), S. 14.

[141] Ebd., S. 16.

[142] Vgl. oben Abschnitt 2.1. und zu Beginn dieses Abschnittes.

Schädlingsgruppen[143], große Teile des Wirtschaftsleitungspersonals bedroht fühlen. Offener Widerstand gegen politisch motivierte Wirtschaftsentscheidungen war danach mit Gefahr verbunden. Die Šachty-Affäre diente auch dem Zweck, die „alten" Fachleute, die im Betrieb vor 1917 sozialisiert worden waren, einzuschüchtern. Wirtschaftliche Rationalität, wie sie von den im kapitalistischen Betrieb geschulten Spezialisten verstanden wurde, spielte bei Entscheidungsprozessen von nun an nur noch eine untergeordnete Rolle gegenüber politischen Opportunitätsüberlegungen. Viele Experten zogen es eben – wie Strumilin zynisch formuliert hatte – vor, für ein hohes Tempo zu stehen, statt für ein niedriges zu sitzen.[144]

Die Šachty-Affäre beeinflußte aber nicht allein das Arbeitsklima innerhalb der Wirtschaftsleitung, sie bezeichnete eine Wende in der „Kaderpolitik". Offenbar wurde der politischen Führung und der sowjetischen Öffentlichkeit erst 1928 bewußt, daß der forcierte Ausbau der Industrie ohne eine forcierte Vermehrung des Fachpersonals nicht durchführbar war. Geschickte Ingenieure, umsichtige Betriebsleiter, erprobte Konstrukteure, versierte Buchhalter und Meister mit großer praktischer Erfahrung konnte jedoch nicht einmal das Stalinsche ZK aus dem Boden stampfen. Allein die Hoch- und Fachschulausbildung eines Ingenieurs dauerte vier bis fünf Jahre, nicht gerechnet die Jahre, die der neugebackene Fachmann benötigte, um die Eierschalen abzustreifen und ein vollgültiger, vielseitig einsetzbarer technischer Manager zu werden. Bis 1927 hatten Partei- und Sowjetführung das Problem des industriellen Fachpersonals jedoch weitgehend vernachlässigt.[145] Im Gefolge der Šachty-Affäre begann endlich die Diskussion darüber, welche und wieviel „Kader" die Sowjetmacht im Prozeß des industriellen Aufbaus eigentlich benötige. ZK und ZKK richteten im April 1928 ihre Aufmerksamkeit zunächst auf politisches Profil und fachliche Qualifizierung des Leitungspersonals in der Industrie. Eine grundlegende Umstrukturierung der Hoch- und Fachschulausbildung mit dem Ziel, die Zahl der Ingenieure und Techniker zu vervielfachen, nahmen Partei- und Sowjetführung erst in der zweiten Jahreshälfte in Angriff.[146] Das Aprilplenum forderte eine verstärkte Ausbildung „roter" Spezialisten, durch Um- und Höherqualifizierung vorhandener Kader, durch Proletarisierung des Studentenbestandes und durch Verbesserung des „vydviženie"[147] – der Beförderung von Arbeitern aus der Produktion in verantwortliche Positionen.[148] Vordringlich war die Schaffung eines Industriekaders, der

143 Vgl. z.B. Stalin: Werke, Bd. 11, S. 57; Ordžonikidze: VIII s-ezd profsojuzov, S. 270; Bucharin: Uroki, S. 45.

144 Vgl. oben Anm. 68, in bezug auf die Experten bei Gosplan.

145 Vgl. Plenum CK o podgotovke techničeskich kadrov industrializacii, in: RiK 1928, No. 15, S. 5–6.

146 Vgl. dazu unten Abschnitt 2.3.

147 „vydviženie" – von „vydvigat'" – herausheben, befördern, abstrakt auch: „vydviženčestvo", ist ein Schlüssel für die Kaderpolitik der VKP in den zwanziger und dreißiger Jahren; er bezeichnet den Einsatz von Arbeitern und Bauern in verantwortlicher Funktion ohne vorherige Umqualifikation; zu den Problemen des „vydviženie" vgl. unten Abschnitt 2.4., 7.3., 7.4., 8.3.; vgl. ferner Fitzpatrick: Education, S. 203ff.; Čižova, L. M.: Vydviženie – važnejšaja forma podgotovki rukovodjaščich partijnych kadrov (1921–1937), in: V I KPSS 1973, No. 9, S. 51–59; Andrejuk, G. P.: Vydviženčestvo i ego rol' v formirovanii intelligencii (1921–1932), in: Iz istorii sovetskoj intelligencii, Moskva 1965, S. 5–38; Plan obespečenija narodnogo chozjajstva SSSR kadrami specialistov 1929/30–1932/33, Moskva 1930, S. 80ff.; der zeitgenössische Sprachgebrauch, dem ich folge, unterscheidet sich von dem der modernen Autoren, die auch Aufstieg über Ausbildung unter „vydviženie" fassen.

148 KPSS, t. 4, S. 89ff.; vgl. Za razvertyvanie proletarskoj demokratii, in: B 1928, No. 6, S. 3–7, hier S. 4f.; O rešenijach aprel'skogo ob-edinnenogo plenuma CK i CKK, in: B 1928, No. 8, S. 3–9, hier S. 8.

politisch verläßlich war – und die VKP erwartete Loyalität vor allem von Aufsteigern aus proletarischem Milieu –, aber auch so hoch qualifiziert, daß er mit der modernen Technologie umzugehen verstand, ohne die eine rasche Industrialisierung nicht denkbar war.

Die Šachty-Affäre bedeutete schließlich auch einen Wendepunkt für die – meist wenig qualifizierten – Parteiangehörigen in der Wirtschaftsleitung und für die Wirtschaftsarbeit des Parteiapparats. Die Führung der VKP forderte eine schärfere Überwachung der „bürgerlichen Spezialisten" durch die „Chozjajstvenniki" – die kommunistischen Wirtschaftskader – und machte die örtlichen Parteiapparate verstärkt verantwortlich für den Fortgang des industriellen Ausbaus in der Region, für die Realisierung der Investitionsprogramme, die Kontrolle der Arbeit der Fachleute.[149] Stärker als während der NĖP üblich wurden die Organisationen der VKP nun in wirtschaftliche Entscheidungsprozesse eingebunden.

Die Erfindung eines „Ingenieurkomplotts" durch die Provinzpolizei kam dem Generalsekretär und seinen Parteigängern gerade recht, um der sowjetischen Öffentlichkeit gegenüber eine Wende in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu signalisieren. Es ging ihnen nicht nur darum, die „bürgerlichen Spezialisten" einzuschüchtern, die Šachty-Affäre veränderte das Arbeitsklima in der Wirtschaftsleitung und erleichterte die Durchsetzung wirklichkeitsferner Planungsziele, vergrößerte schlagartig den politischen und Polizeieinfluß in der Wirtschaft, schuf Legitimation für die Reorganisation der Partei, die 1929/30 erfolgte, und verschaffte Stalin und seiner Fraktion eine günstige Ausgangsbasis im Konflikt mit Parteiführern wie Rykov, Tomskij und Bucharin.

2.3. „KADERFRAGE" UND INDUSTRIEAUFBAU 1928–1929

Die „Kaderfrage"[150] war mit der Šachty-Affäre in das Bewußtsein der Öffentlichkeit und der Parteiführung gerückt. Nachdem das Aprilplenum erste Anregungen gegeben hatte, befaßte sich das ZK noch zweimal – Juli 1928 und im November 1929 – auf Plenarsitzungen mit diesem Problem. Überlegungen allgemeiner Art hatte es allerdings bereits früher gegeben. Während des XV. Parteitages 1927 war verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß ein ganz erheblicher Mangel an technischen und wissenschaftlichen Fachleuten bestehe. Ein Delegier-

[149] Vgl. KPSS, t. 4, S. 93; Za razvertyvanie, in: B 1928, No. 6, S. 4; Bucharin: Uroki, S. 45 f.; Krumin, G.: Šachtinskoe delo, in: EO 1928, No. 7, S. 15–32, hier S. 32; Andreev, A.: O našich kadrach i učastii profsojuzov v chozjajstvennom stroitel'stve, in: Pravda 6. 6. 1928.

[150] „Kader" (russ.: „kadry" [Pl.], ursprünglich aus dem Französischen „cadres" – Stammpersonal eines Truppenkörpers, modern aber auch leitendes Personal, Vorarbeiter, Werkmeister) ist im sowjetischen Sprachgebrauch der Zeit, der auch für zivile Phänomene gerne militärische Termini verwandte – z. B. „Front", „Angriff", „Gegenangriff", „Begegnungsgefecht" (Stalin: Werke Bd. 11, S. 266 u. v. a.), auch „Säuberung" ist ja ein militärischer Begriff – ein gern gebrauchter Terminus; er kann sowohl das ganze Fachpersonal der Wirtschaft bezeichnen, als auch den Bestand an qualifizierten Arbeitern oder die Gesamtheit der Funktionsträger der VKP; mitunter bezieht er sich nur auf die Parteiangehörigen im Fachpersonal und in der Arbeiterschaft; „Kaderfrage" umfaßt den Komplex der Personalprobleme in diesen Bereichen, gleichgültig, ob es um quantitative oder qualitative Fragen geht; im vorliegenden Abschnitt ist vom Leitungspersonal der Industrie die Rede, im weiteren Text kann „Kader" jedoch auch in anderem Zusammenhang auftauchen.

ter namens Rojzenman hob hervor, daß das Fehlen qualifizierter Techniker und Wissenschaftler in der Industrie zu erheblichen Fehlern und damit auch zu Mehrausgaben bei Bau- und anderen Projekten führe, da oft genug ohne regelrechte Planung und Projektierung gearbeitet werde.[151] In seinen Schlußresolutionen ging der Parteitag auf dieses Problem jedoch nur am Rande ein.[152] Erst nach Šachty nahm sich die Parteiführung der Kaderfrage intensiver an.[153] Im Juli 1928 verabschiedete das Plenum des ZK schließlich eine Resolution, in der die Frage des Mangels an technisch qualifiziertem Personal in der Industrie und das Problem der Ausbildung von „neuen" Fachleuten thematisiert wurde. Das Plenum stellte fest, daß die Personalsituation in der Großindustrie äußerst unbefriedigend sei und daß dies die ganze Industrialisierungspolitik in Frage stelle.[154] Der Leitartikler der „Revoljucija i Kul'tura" resümierte den Diskussionsstand des Juli 1928:

> „Wir waren gezwungen, festzustellen, daß die Bereiche der menschlichen Kader der Industrialisierung im Plan der Entfaltung der Industrialisierung *äußerst perspektivlos* seien, daß das Niveau des technischen Personals das erforderliche Tempo und die erforderliche Effektivität bei der Durchführung der technischen Umrüstung nicht gewährleistet, daß wir infolgedessen an Tempo und Effektivität bei Investitionsarbeiten und bei der Rationalisierung verlieren, daß wir Millionen verlieren, die Errungenschaften von Wissenschaft und Technik nicht im erforderlichen Maße nutzen und oftmals ‚Amerika' da ‚entdecken', wo es schon lange entdeckt ist usf."[155]

Die vorhandenen Ausbildungsstätten waren nach Ansicht des ZK weder qualitativ noch quantitativ in der Lage, den Mangel an Fachleuten kurzfristig zu beheben.[156] Aus diesem Grunde beschloß die Parteizentrale eine umfassende Reorganisation der „vtuzy" (Technische Hochschulen) und Technika mit dem Ziel, bis zum Ende des 1. Fünfjahrplanes den Anteil des ingenieurtechnischen Personals zu verdoppeln.[157]

Allerdings besaß das ZK zu diesem Zeitpunkt noch keine präzise Vorstellung davon, wieviele Ingenieure und Techniker in der Industrie tatsächlich vorhanden waren[158] und wie groß der Bedarf tatsächlich war.[159] Bis 1929 konnte man lediglich auf die laufende Statistik des

[151] Rojzenman, XV s-ezd, S. 504 f.; seine Stellungnahme deckt sich in bemerkenswerter Weise mit den „kontr-tezisy" der ‚linken' Opposition, in denen es heißt, daß die Personalauswahl letztendlich eine Kostenfrage sei, da schlechte Kader und schlechte Leitung zu erheblichen Mehrausgaben führten, vgl. T 1039 c (Anfang November 1927?), Absatz 6 u. 7; die Opposition bezieht sich auf einen Artikel in der TPG vom 2. 8. 1927.

[152] Vgl. KPSS, t. 4, S. 24, 45, 46, 47; Ėjdeman, F./Samarin, A.: Bol'nye storony dela podgotovki specialistov, in: RiK 1928, No. 7, S. 5–16, hier S. 5.

[153] Plenum CK, in: RiK 1928, No. 15, S. 5; Kaganovič, XVI s-ezd, S. 77; Drobižev, V. Z.: Rol' rabočego klassa SSSR v formirovanii komandnych kadrov socialističeskoj promyšlennosti (1927–1936 gg.), in: Istorija SSR 1961, No. 4, S. 55–75, hier S. 67; Chavin, A. F.: Kapitany sovetskoj industrii 1926–1940, in: Vopr. Ist. 1966, No. 5, S. 3–14, hier S. 4.

[154] KPSS, t. 4, S. 111–118.

[155] RiK 1928, No. 15, S. 5.

[156] Ebd.; KPSS, t. 4, S. 112.

[157] KPSS, t. 4, S. 113 ff.; für die vorausgehende Diskussion vgl.: Fitzpatrick: Education, S. 113–135; Ėjdeman/Samarin, in: RiK 1928, No. 7, S. 5–16; Janau, V.: Podgotovka techničeskich kadrov dlja industrializacii strany, in: RiK 1928, No. 13, S. 7–17.

[158] Vgl. Grin'ko, G. F.: Bor'ba za kadry, in: PCh 1929, No. 10, S. 7–25, hier S. 12.

[159] Der Entwurf zum Fünfjahrplan von 1929 enthielt nur ganz allgemeine Hinweise zur Frage des Fachpersonals, wobei von einer Verdoppelung des Ingenieurpersonals zwischen 1927/28 und 1932/33 ausgegangen wurde; Pjatiletnij Plan, t. 1, S. 76 f., t. 2, č. 2, S. 243 f.; angesichts der beschränkten

VSNCh zurückgreifen. Genauere Angaben über Qualifikationsniveau und soziale Zusammensetzung der Spezialisten existierten nicht.[160] Im April 1929 wurde dann vom Narkomtrud (Volkskommissariat für Arbeit) eine Erhebung der Spezialisten durchgeführt[161] und im August desselben Jahres eine zweite von der CSU SSSR (Statistische Zentralverwaltung der UdSSR) und VSNCh gemeinsam, die das Personal der 25 größten Industriebetriebe, sowie von 2 Bauunternehmen, 6 Trusts, 2 Projektorganisationen und der Wissenschaftlich-technischen Verwaltung (NTU VSNCh) erfaßte, alles in allem 8995 Fachleute.[162]

Die Gesamtzahl der Spezialisten war in den ersten Jahren des Fünfjahrplans rasch gestiegen. Nach der laufenden Statistik des VSNCh entwickelte sich die Personalsituation im Industriebereich folgendermaßen:

Tab. 2: Anzahl und Ausbildungsstand des ingenieur-technischen und des administrativökonomischen Fachpersonals in der vom VSNCh planerisch erfaßten Industrie 1927–1929[163]

Jahr		*Anzahl der Spezialisten:*			
		mit höh. Ausb.	*mit mittl. Ausb.*	*Praktiker*	*Zusammen*
(a) 1. 10. 27	abs.:	15.422	15.415	19.961	50.798
	in %:	30,4	30,3	39,3	100
(b) 1. 10. 29	abs.:	24.160	27.756	48.575	100.291
	in %:	24,1	27,5	48,4	100
(c) Zunahme	in %:	156,6	178,7	243,3	187,4
(d) 1. 10. 29	abs.:	26.982	15.194	40.513	82.689
	in %:	32,6	18,4	49,0	100

Ausbildungskapazitäten prognostizierte der Entwurf ein Defizit von 15000 Ingenieuren 1932/33; ebd., t. 1, S. 77; nach mehrmaligem Anlauf wurde dann Anfang 1930 ein ausführlicher Kaderplan nachgereicht, der sich an den Entscheidungen des Novemberplenums 1929 und der Entschließung von ZIK und SNK SSSR vom 13. 1. 1930 orientierte; vgl. Plan obespečenija, S. 7f.; KPSS, t. 4, S. 334–345; Direktivy KPSS i Sovetskogo pravitel'stva po chozjajstvennym voprosam, t. 2, 1929–1945, Moskva 1957, S. 140–150; vgl. Položenie s kadrami specialistov, in: BEK 101. 1933, S. 11–19, hier S. 12.

[160] Vgl. Grin'ko, in: PCh 1929, No. 10, S. 12; Bejlin, A. E.: Kadry specialistov SSSR. Ich formirovanie i rost, Moskva 1935, S. 120, 133.

[161] Grin'ko, in: PCh 1929, No. 10, S. 13.

[162] Bejlin, S. 133f.; Chejnman, in: EO 1929, No. 12, S. 102–122; 1930, No. 1, S. 161–172; No. 2, S. 146–154, hier vor allem EO 1929, No. 12, S. 103.

[163] Vgl. Bejlin, S. 120f.; (a) laufende Statistik für den 1. Oktober 1927; 42,5 Tausend der Fachleute waren Ingenieure und Techniker, 8,4 Tausend zählten zum administrativ-ökonomischen Personal; (b) laufende Statistik für den 1. Oktober 1929; diese Zahlen wurden dem Fünfjahrplanentwurf zugrundegelegt; (c) Vergleich von (a) und (b); (d) Daten einer Erhebung des administrativen und ingenieur-technischen Personals 1929, die im Gegensatz zur laufenden Statistik die Fachleute in der lokalen Industrie nicht berücksichtigt, sowie eine Reihe von Kategorien des ökonomischen Personals außer acht läßt; vgl. Bejlin, S. 120; zum unmittelbaren Vergleich ist also (a) und (b) heranzuziehen; (d) wird angeführt, da sich in der Folge im Text verschiedene Aufgliederungen nach sozialer Herkunft usw. darauf beziehen; nach Angaben des Kaderplans von 1930 gab es am 1. Oktober in der gesamten sowjetischen Wirtschaft (Industrie, Transport, Landwirtschaft, Bauindustrie, Handel, Kommunalwirtschaft etc.) 104000 Personen in Ingenieursfunktionen, davon weit über 24000 ohne

Insgesamt war die Zahl der Personen, die als Fachleute eingesetzt waren, um nahezu 90% gestiegen. Allerdings war der Bestand an Ingenieuren und Technikern mit qualifizierter Ausbildung nicht im gleichen Maße gewachsen wie der der Praktiker. D. h. die Auffüllung des Industriekaders war vor allem mit Hilfe qualifizierter Arbeiter und „selfmademen" durchgeführt worden. Der Personalbestand des Spezialistenkaders war in den ersten Jahren des Fünfjahrplanes also nicht nur erheblich verjüngt worden – ein hoher Prozentsatz besaß nur eine sehr kurze Produktionserfahrung –, auch die Qualität der Vorbildung hatte im Durchschnitt erheblich abgenommen. Die Mehrzahl der ‚Praktiker', die keine qualifizierte wissenschaftliche und technische Vorbildung besaßen, befand sich zwar in untergeordneten Funktionen, doch stellten sie auch im Leitungsbereich einen nicht unerheblichen Anteil des Fachpersonals:

Tab. 3: Qualifikation des ingenieur-technischen und administrativen Personals in der Großindustrie 1929 (in % zur jeweiligen Gruppe)[164]

	höhere Ausbildung	*mittlere Ausbildung*	*Elementar-ausbildung*	*ohne Spezial-ausbildung*
(a) administrative Tätigkeit	36,3	14,7	5,0	44,0
(b) Spezialisten	42,9	26,9	4,9	25,3
(c) operative Tätigkeit	14,6	10,3	4,2	70,9
(d) Meister	3,3	7,1	4,6	85,0

Unmittelbar in der Leitung und Planung des Produktionsprozesses war demnach der Anteil der Kader mit qualifizierter Ausbildung am höchsten. Aber auch hier waren noch gut ein Viertel des Personals ‚Praktiker', d. h. Personen, die für eine derartige Tätigkeit nicht regulär qualifiziert waren. In den Leitungspositionen war diese Gruppe noch größer: beinahe die Hälfte des Leitungs- und Verwaltungspersonals der Industrie bestand aus ‚Praktikern', nur 51% besaßen eine höhere oder mittlere Spezialausbildung. Ein ganz beträchtlicher Teil der relevanten Positionen im Industriebereich lag also in den Händen von unterqualifiziertem oder wenig erfahrenem Personal.

Dies allgemeine Bild wird durch die oben bereits erwähnte Umfrage von VSNCh und CSU SSSR[165] ergänzt. Die Angaben dieser Untersuchung, die etwa 9% der Fachleute erfaßte,

Spezialausbildung, und 125000 in Technikerfunktionen; vgl. Plan obespečenija, S. 48f., 52f.; die Kontrollziffern für 1929/30 veranschlagen für den 1. 4. 1929 112400 Spezialisten, davon 81900 Ingenieure und Techniker, Kontrol'nye cifry po trudu, S. 64f.; dabei werden jedoch nur die Fachleute mit Hoch- oder Fachschulausbildung gezählt; vgl. ebd., S. 56f.; dort wird als Gesamtzahl von Spezialisten in Stellungen, die höhere Qualifikation erfordern, 116940 angegeben.

[164] Bejlin, S. 127; die Aufgliederung bezieht sich auf das in Anm. 163 unter (d) charakterisierte „sample"; zur Charakteristik der Tätigkeitsgruppen vgl. Bejlin, S. 121f.:
(a) Administrative Tätigkeiten: Mitarbeiter, die allgemein Verwaltungstätigkeiten ausüben, ferner Leiter von Produktionseinheiten, die nicht unmittelbar im Herstellungsprozeß tätig sind;
(b) Spezialisten: Fachleute ohne administrative Funktion, d.h. die eigentlich in der Produktion tätigen Ingenieure und Techniker;
(c) Operative Tätigkeiten: Mitarbeiter, die Teilaufgaben im Produktionsprozeß wahrnehmen;
(d) Meister: Meister und ihre Stellvertreter; sie gehören definitionsgemäß eigentlich zu Gruppe (c), werden hier aber getrennt aufgeführt.

[165] Vgl. oben Anm. 162.

beziehen sich zwar auf personell in der Regel etwas besser ausgestattete Großbetriebe und Leitungsorgane, so daß das Gesamtbild etwas zu positiv ist, doch ermöglichen hier komplexe Datenzusammenstellungen präzisere Aussagen über Erfahrung und Vorbildung des ingenieur-technischen Fachpersonals.

Der Bildungsstand des technischen Managements stellt sich danach folgendermaßen dar:

Tab. 4: Bildungsstand des ingenieur-technischen Fachpersonals 1929, gegliedert nach Dienstalter und Funktion (in %)[166]

	Hochschulausbildung		*mittlere Ausbildung*		*nied. Ausbild.*
	abgeschlossen	*nicht abgeschlossen*	*abgeschlossen*	*nicht abgeschlossen*	*Autodidakt*
alle Spezialisten	40,7	12,3	16,4	17,3	23,3
Spezialisten in leitenden Funktionen					
alle	66,2	8,7	9,2	4,1	11,7
Beginn der Arbeit als Spezialist:					
bis 1905	62,7	4,1	16,6	6,7	9,9
1906–1917	70,4	6,4	11,9	4,1	7,2
1918–1925	64,9	12,0	7,4	2,9	12,8
1926–1927	70,7	7,0	7,0	2,9	12,4
1928 u. später	63,0	10,1	5,0	5,0	16,9
übrige Spezialisten					
alle	23,8	14,6	21,2	9,4	31,7
Beginn der Arbeit als Spezialist:					
bis 1905	24,3	3,1	21,2	9,0	42,4
1906–1917	28,2	8,0	17,9	10,5	35,4
1918–1925	25,1	15,1	18,7	9,3	31,8
1926–1927	25,9	17,5	20,4	7,4	28,8
1928 u. später	20,2	18,8	25,0	9,4	26,6

In den hier erfaßten Industrieorganisationen war der Anteil des fachlich qualifizierten Personals etwas höher als in der VSNCh-Statistik für die gesamte Industrie ausgewiesen. Dennoch bezeichnet Chejnman, der Autor des Untersuchungsberichts, die Zahlen als „durchaus nicht günstig".[167] Immerhin waren die Ingenieure mit Hochschulausbildung in den führenden Positionen konzentriert. Doch ist ein merkliches Ansteigen des Anteils der ‚Praktiker' in den Gruppen der Spezialisten zu verzeichnen, die nach 1918 die Arbeit aufnahmen. Eine ähnliche Entwicklung – ein leichtes Ansteigen des Anteils der ‚Praktiker' – zeigt sich auch in der Gruppe mit Arbeitsbeginn 1928 und später.

[166] Bejlin, S. 143; Chejnman, in: EO 1929, No. 12, S. 114f., 116.

[167] Chejnman, in: EO 1929, No. 12, S. 114; ein Schlaglicht auf die allgemeine Qualifikation des Fachpersonals wirft die Tatsache, daß ein großer Teil von ihnen nicht in der Lage war, fremdsprachliche Fachtexte zu lesen:

Unter den Ingenieuren und Technikern, die sich nicht in führenden Stellungen befanden, war der Prozentsatz der Hochschulabsolventen erheblich geringer. Durchweg wurde er vom Anteil der ‚Praktiker' übertroffen. Merkbar ist auch hier der Einschnitt 1918. Der Anteil der Berufsanfänger ohne Ausbildung oder mit nicht abgeschlossener mittlerer Ausbildung, aber auch der der Hochschulabsolventen sank ab, der der Personen mit nicht abgeschlossener Hochschulausbildung stieg. Für die Berufsanfänger der Jahre 1928 bis 1929 war abermals ein Rückgang des Anteils der Hochschulabsolventen zu verzeichnen, dagegen nahm der Prozentsatz der Kader mit mittlerer Ausbildung sprunghaft zu.

Grundsätzlich kann festgestellt werden, daß die wissenschaftlich-technische Vorbildung des ingenieur-technischen Personals, das nach 1917 in den Arbeitsprozeß eintrat, im Durchschnitt schlechter war als die der Ingenieure der vorrevolutionären Zeit, und daß die Berufsanfänger der ersten Fünfjahrplanphase bis 1929 im Schnitt weniger hoch qualifiziert waren als ihre Vorgänger. Diese Einschätzung erlangt Bedeutung, wenn man die Verteilung des Fachpersonals in der Industrie nach Berufserfahrung betrachtet:

Tab. 5: **Jahr des Berufsantritts als Spezialist, August 1929 (in %)**[168]

	vor 1905	*1906–1917*	*1918–1925*	*1926–1927*	*1928 u. später*
Insgesamt	8,4	22,3	32,0	7,3	30,0
Tätigkeitsbereiche:					
Fabriken u. Werke	7,6	21,3	32,0	7,0	32,1
Bauunternehmen	9,4	26,1	35,9	6,4	22,2
Trustleitungen	21,4	40,2	21,0	4,7	12,7
Projektorganis.	8,7	16,6	26,2	10,9	37,6
NTU u. Forschung	7,1	21,6	36,6	8,1	26,6

Die Tabelle zeigt, daß in den Jahren 1928 und 1929 forciert „Fachleute" eingestellt worden sind. Während die Berufsanfänger der Jahre 1918–1925 im Jahresdurchschnitt nur 4%, die von 1926–27 sogar nur 3,45% aller Spezialisten ausmachen, waren es 1928 und 1929, in der Anfangsphase des Fünfjahrplans, pro Jahr 15%, wobei in Rechnung gestellt werden muß, daß die Untersuchung im August des Jahres 1929 stattfand, die Zahlen zum Jahresende also wahrscheinlich noch darüber lagen. Der Ausbau der Industrie hatte als eine Vermehrung des

Kenntnis mindestens einer Fremdsprache (in %)

alle Fachleute		34,3%
darunter:	ehemal. Arbeiter	17,3
	Parteimitglieder	12,1
Spezialisten in leit. Funktionen:		
Berufseintritt vor 1917		53,0
	1918–1925	50,0
	1926–1927	42,0
	1928–1929	38,6

ebd., S. 122. angesichts der Tatsache, daß die UdSSR gehalten war, in großem Umfang „know how" aus dem Ausland zu importieren, sind dies erschreckende Zahlen.

[168] Chejnman, in: EO 1929, No. 12, S. 106; Bejlin, S. 135.

ingenieur-technischen Personals zur Folge gehabt, die zu Lasten der fachlichen Qualifikation ging. Dabei fällt auf, daß in den Trustverwaltungen in überdurchschnittlichem Maße „alte" Ingenieure, Fachleute aus der vorrevolutionären Periode, konzentriert waren, während Organisationen, die sich mit der Ausarbeitung von Projekten befaßten, einen ungewöhnlich hohen Anteil von Spezialisten ohne oder mit nur einjähriger Berufspraxis besaßen. Das hatte gewiß auch Folgen für den Charakter der Planung.

Trotz der forcierten Vermehrung des Personals war es jedoch bis 1929 nicht gelungen, die Industrie in ausreichendem Maße mit Ingenieuren und Technikern zu versorgen. Nach wie vor bestand ein fühlbarer Mangel an Kadern.[169] Die Angaben über die „Sättigung" der Industrie mit Spezialisten weichen aber stark voneinander ab. So gibt die Statistik des VSNCh an, daß 1927/28 0,65 Ingenieure, 0,68 Techniker und 1,05 Praktiker auf 100 Arbeiter gekommen seien, zusammen 2,37 Fachleute auf 100 Arbeiter.[170] Dagegen gibt der Kaderplan für den 1. 10. 1929 im Bereich des VSNCh ein Verhältnis von 4,4 Spezialisten (einschließlich Ökonomen und Verwaltungspersonal) auf 100 Arbeiter an.[171] An anderer Stelle differenziert der Plan seine Angaben:

Tab. 6: „Sättigung" der Industrie mit ingenieur-technischem Fachpersonal am 1. 10. 1929 (in % der Arbeiter)[172]

	Sowjetunion 1. 10. 1929		*Deutsches Reich 1925*[173]
Ingenieure	1,3		–
davon: mit Hochschulabschluß		0,9	–
Techniker	1,9		–
davon: mit mittl. Ausbildung		1,0	–
Zusammen	3,2		5,0

[169] Vgl. Grin'ko, in: PCh 1929, No. 10, S. 12, 15; Plan obespečenija, S. 25; beide Quellen weisen auf die Schwierigkeiten hin, den Kaderbedarf genau zu bestimmen.

[170] Bejlin, S. 119; dagegen gibt Minc, L. E.: Trudovye resursy SSSR, Moskva 1975, S. 194, für den 1. 1. 1928 1,7 Ingenieure auf *1000* Arbeiter an.

[171] Plan obespečenija, S. 25.

[172] Ebd., S. 34; vgl. dagegen Černja, I.: O komandnom sostave socialističeskoj industrii, in: RiK 1929, No. 22, S. 17–21, hier S. 21, der (ohne Jahresangaben) angibt:
Auf 100 Arbeiter kommen:
in der Sowjetunion: 62,6 qualifiz. Arbeiter, 0,37 Ingenieure;
im Deutschen Reich: 41,3 qualifiz. Arbeiter, 1,38 Ingenieure;
vgl. ferner Rudnev-Razin, I.: Partija v bor'be za kadry, in: PS 1929, No. 1, S. 3–10, hier S. 4; Pjatiletnij Plan, t. 2, č. 2, S. 247:

Anteil der Ingenieure an der Arbeitskraft der Industrie

	UdSSR	*Deutsches Reich*	*USA*
ganze Industrie/Ingenieure	0,37 %	1,38 %	–
Ingenieure u. Techniker:			
– Steinkohlenbergbau	1,45	4,25	24 %
– Chemische Industrie	5,7	31,3	–

vgl. ferner Chozjajstvennoe stroitel'stvo i problema kadrov, in: EO 1928, No. 6, S. 5–14, hier S. 6.

[173] Für Deutschland 1925 nur Gesamtangabe.

Trotz der stark differierenden Angaben wird aus den internationalen Vergleichsdaten deutlich, daß in der sowjetischen Industrie ein nicht unbeträchtlicher Nachholbedarf bestand, der naturgemäß immer größer wurde, je rascher die Industrieproduktion wuchs. Die personellen Voraussetzungen für das von Partei- und Sowjetführung vorgegebene hohe industrielle Wachstumstempo waren weder qualitativ noch quantitativ gegeben.

Noch problematischer mußte der Parteiführung die Situation erscheinen, wenn sie die politische Haltung der technischen Manager betrachtete und den Grad ihrer Organisierung in der VKP. Naturgemäß erforderte eine tatsächliche Führung der Partei im Industriebereich einerseits ein bestimmtes Potential an qualifiziertem technischen und ökonomischen Wissen innerhalb der VKP und andererseits eine starke Präsenz von durch Parteimitgliedschaft oder proletarische Herkunft als politisch loyal ausgewiesenem Personal im Ingenieurkader.

Hier stieß die VKP jedoch auf erhebliche Probleme. Die Parteizählung von 1927 hatte gezeigt, daß nur ein Bruchteil der Parteimitglieder eine qualifizierte Ausbildung besaß:

Abb. 7: Bildungsstand der Mitglieder und Kandidaten der VKP 1927 (in %)[174]

Soziale Herkunft	*Höhere Bildung*	*Mittl. Bildung*	*Elementarbildung*	*Autodidakt*	*Analphabet*
Arbeiter	0,1	3,9	63,9	30,3	1,8
Bauern	0,1	3,6	60,9	28,5	6,9
Angestellte	3,0	20,9	62,8	12,8	0,5
andere	1,6	12,7	51,9	30,5	3,3
Zusammen	0,8	7,9	62,8	26,1	2,4

Nur 0,8% der Mitglieder besaßen einen Hochschulabschluß – dreimal so viele waren Analphabeten –, weitere 7,9% hatten eine Mittelschulbildung, zusammen 8,7%. Der Rest der Parteiangehörigen – 91,3% – besaß keine Vorbildung, die es ermöglichte, sie ohne Vorbereitung auf solchen Posten zu verwenden, die ein gewisses Fachwissen verlangten. Das mußte für die regierende Partei ein schweres Handikap darstellen. Da sich der Mitgliederzuwachs der folgenden Jahre vorwiegend aus Arbeitern zusammensetzte – 71% der Neuaufnahmen 1928, 78,5% 1929, 83,4% bis April 1930[175] –, muß man davon ausgehen, daß sich der Bildungszensus nicht wesentlich verbesserte, selbst wenn man seit Beginn des Fünfjahrplans verstärkt Parteimitglieder in Ausbildungsstätten entsandte.

[174] Vsesojuznaja partijnaja perepis' 1927 goda, Moskva 1927, S. 58; vgl. ebd., S. 56.

[175] Vgl. Rizel', F.: Rost partii za dva goda, in: PS 1930, No. 10, S. 8–13; danach setzte sich der Mitgliederzuwachs zwischen Ende 1927 und April 1930 prozentual folgendermaßen zusammen:

Arbeiter	77
Bauern	4
Angestellte in Staats- u. Wirtschaftsapparat	9
keine Angabe	10
	100%

Für den 1. 4. 1930 gibt Rizel' an, daß 48,6% der Parteimitglieder Arbeiter gewesen seien, ebd., S. 9; vgl. Partijnoe stroitel'stvo za dva goda, in: PS 1930, No. 11–12, S. 9–12, hier S. 9, wo der Anteil von Arbeitern und Batraken (der Beschäftigung nach) für den 1. 4. 1930 mit 68% angegeben wird.

Der niedrige Bildungsstand der VKP hatte zur Folge, daß die Partei innerhalb des ingenieur-technischen Fachpersonals der Industrie lediglich in zahlenmäßiger Hinsicht eine gewisse Rolle spielte. Von den im Oktober 1929 von einer Befragung erfaßten 82689 Ingenieuren und Technikern waren 18958, d.i. 22,9% Mitglieder der VKP. Dabei war der Anteil der Parteimitglieder unter den Meistern am höchsten – dort betrug er ca. ⅓, nämlich 33,5%. Ähnlich stark vertreten – 31,8% – war die Partei bei den Fachleuten in Leitungs- und Verwaltungsposten. Schwächer war der Prozentsatz der Kommunisten bei den Mitarbeitern in ‚operativer Tätigkeit' – 28,6% – und bei den Spezialisten ohne administrative Funktion – 12%.[176] Im Vergleich zu ihrer Vertretung in der Gesamtbevölkerung war die Partei damit aber im ingenieur-technischen Fachpersonal relativ stark präsent. In der sowjetischen Bevölkerung machte ihr Anteil 1929 nur 1,92% aus[177], unter Industriearbeitern 14,3%.[178] Offenbar war es der Parteiführung gelungen, einen Teil der Schlüsselpositionen in der Industrie mit Personen zu besetzen, die durch ihre Mitgliedschaft in der VKP ausgewiesen waren.[179] Zugleich hatte die Partei auch zahlreichen Arbeitern und Arbeiterkindern den Aufstieg in das technische Management vermittelt:

Tab. 8: Parteimitglieder und ehemalige Arbeiter
im ingenieur-technischen Kader 1929 (in %)[180]

	Parteimitgl.	*Arbeiter u. Arbeiterkinder*	
		insgesamt	*davon in d. VKP*
Administr. Tätigkeit	31,8	32,9	70,7
darunter: Betriebs-, Abteilungsleiter	29,3	33	71,7
Spezialisten	12,0	27,1	66,0
Operative Tätigkeit	28,6	61,2	80,4
darunter: Meister	33,5	72,1	82,1
Zusammen:	22,9	38,7	73,1

[176] Vgl. Bejlin, S. 122; zur Frage der Parteipräsenz im Industriekader vgl. auch K XVI s-ezdu, vyp. III, S. 3–90.

[177] Statističeskie svedenija o VKP(b), in: BSE, t. XI, Moskva [1]1930, c. 531–542, hier c. 532.

[178] Rizel', in: PS 1930, No. 10, S. 12.

[179] Zur Besetzung leitender Positionen in der Industrie durch Parteimitglieder vgl. Bejlin, S. 124; Umfrage des VSNCh vom 1. 10. 29, sample: 82.689:

Anteil von Parteimitgliedern in leitenden Funktionen (%)

Leiter von Betrieben und Behörden		84,9
Stellvertreter		37,9
Werksleiter		29,3
Abteilungsleiter		25,2
Abteilungen: Planung	– Leiter	18,1
	– Mitarbeiter	10,6
Kontrolle u. Rationalisierung d. Produktion		
	– Leiter	18,8
	– Mitarbeiter	10,6
Arbeit	– Leiter	33,8
	– Mitarbeiter	18,4

[180] Bejlin, S. 122; Erhebung vom 1. 10. 1929; sample: 82689.

Der überwiegende Teil derjenigen Kader, die aus proletarischem Milieu stammten, gehörte der Partei an. Ganz offensichtlich rekrutierte die VKP die Mehrheit ihres eigenen technischen Kaders aus der Arbeiterschaft, einerseits, weil hier bereits ein Potential an technischer und betriebspraktischer Erfahrung vorhanden war, zum andern, weil sie von der „Arbeiterklasse" in erhöhtem Maße Zustimmung zu den Zielen des sozialistischen Aufbaus erwartete. Das Plenum des ZK erklärte im November 1929:

> „... es ist unabdingbar, die Vorbereitung neuer, proletarischer Spezialisten höchstmöglich zu verstärken, auf die sich die Sowjetmacht in ihrer grandiosen Arbeit zum Aufbau des Sozialismus voll und ganz verlassen kann, die die wachsenden Anforderungen erfüllen, die uns feindlichen Elemente aus dem Spezialistenmilieu ersetzen können und den ganzen Kaderbestand der Industrie und Wirtschaft der UdSSR insgesamt grundlegend verbessern"[181]

Indem die VKP so auf die Zusammensetzung des industriellen Führungskaders Einfluß nahm und Mitgliedern der Arbeiterschaft sozialen Aufstieg vermittelte, wirkte sie auf den Prozeß gesellschaftlichen Wandels ein. Die Formierung einer neuen Führungsschicht, die sich im Laufe des Industrialisierungsprozesses vollzog, wurde wesentlich durch die Politik der kommunistischen Partei beeinflußt.

Kehrseite dieser Bemühungen um proletarische und Parteipräsenz im ingenieur-technischen Fachpersonal war jedoch die geringe Qualifikation der Aufsteiger. Die VKP verfügte weder in ihren eigenen Reihen, noch in der Arbeiterschaft über genügend fachlich qualifiziertes Personal. Das wird ganz deutlich, vergleicht man den Bildungszensus der Parteimitglieder im Fachpersonal mit dem aller Ingenieure und Techniker:

Tab. 9: Bildungsstand von Parteimitgliedern und Parteilosen im ingenieur-technischen Fachpersonal 1. 10. 1929 (in %)[182]

	Hochschulausbild.	*mittlere Ausbild.*	*Elementarausbild.*	*keine Spezialausb.*
alle Befragten	32,6	18,4	4,7	44,3
davon: Parteimitgl.	9,7	10,4	4,9	75,0
administr. Tätigkeit	36,3	14,7	5,0	44,0
davon Parteimitgl.	9,6	7,8	5,1	77,5
Spezialisten ohne administr. Funktion	42,9	26,9	4,9	25,3
davon: Parteimitgl.	20,3	21,8	5,7	52,3
operative Tätigkeit	14,6	10,3	4,2	70.9
davon: Parteimitgl.	3,6	6,9	4,1	85,4
Meister	3,3	7,1	4,6	85,0
davon: Parteimitgl.	1,4	5,7	4,2	88,7

[181] KPSS, t. 4, S. 335; vgl. die Entschließung des Juliplenums ebd., S. 116f.

[182] Bejlin, S. 126f.; sample wie in Anm. 135; vgl. Rjutin, M.: Rukovodjaščie kadry VKP(b), in: B 1928, No. 15, S. 18–29, hier S. 27, mit ähnlichen Ergebnissen für 1926 und 1928, bezogen auf Betriebsdirektoren.

Der Anteil der Nicht- und Niedrigqualifizierten war in allen Gruppen, selbst bei den Meistern, unter Parteimitgliedern deutlich höher als im Gesamtdurchschnitt. 75 % der Parteimitglieder unter den Ingenieuren und Technikern besaßen keine fachliche Ausbildung. Von den Parteimitgliedern in Leitung und Verwaltung waren 77,5 % nicht qualifiziert.

Ein ähnliches Bild zeigt die Erhebung des ingenieur-technischen Fachpersonals, die vom VSNCh und CSU SSSR im August durchgeführt wurde. Mit 16,8 % lag der Anteil der Parteimitglieder in den untersuchten Großbetrieben und Institutionen allerdings um fast ein Viertel niedriger als in dem von der oben benutzten Erhebung erfaßten Personalstamm. Dabei gab es nach Funktion und Bildung differenziert erhebliche Unterschiede in der prozentualen Vertretung der Parteimitgliedschaft:

Tab. 10: Anteil der Parteimitglieder im ingenieur-technischen Fachpersonal ausgewählter Betriebe und Behörden 1929 (%)[183]

Insgesamt	**16,8**
Personal in leitender technischer Position:	
mit Hochschulabschluß	5,4
mit mittlerer Ausbildung	**15,2**
ohne Spezialausbildung	**37,1**
übriges ingenieur-technisches Personal:	
mit Hochschulabschluß	4,2
mit mittlerer Ausbildung	13,1
ohne Spezialausbildung	**25,0**

Durchweg schwach war die VKP unter den höher qualifizierten Fachleuten vertreten, dagegen war es ihr gelungen, einen erheblichen Prozentsatz der leitenden Funktionen zu besetzen, meist allerdings mit fachlich nicht qualifiziertem Personal. Einen Überblick über die qualitative Zusammensetzung von Parteilosen und Parteimitgliedern gibt folgende komplexe Zusammenstellung (Tab. 11 u. 12), die unter anderem Allgemein- und Spezialausbildung, Berufserfahrung und Parteialter berücksichtigt.

Diese Aufstellung zeigt deutlich, welche schlechten Voraussetzungen proletarische Aufsteiger und Parteimitglieder zur Ausfüllung der mit ihnen besetzten ingenieur-technischen Funktionen mitbrachten. Die Masse der Parteimitglieder hatte keine Spezialausbildung und war auch an Allgemeinbildung den Parteilosen unterlegen. Dasselbe traf auch für aufgestiegene Arbeiter zu, deren Vorbildung deutlich hinter der der Nichtarbeiter zurückfiel.[184] Auch an Arbeitserfahrung lagen die Angehörigen der VKP deutlich hinter den Parteilosen zurück.

[183] Chejnman, in: EO 1929, No. 12, S. 112.

[184] Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der Untersuchung des Personals der wissenschaftlichen Institute, in deren Händen die industrielle Grundlagenforschung lag; vgl. Chejnman, S. A.: Naučno-issledovatel'skie kadry promyšlennosti, in: RiK 1930, No. 12, S. 25–29, hier S. 28; zur Personalsituation im wissenschaftlichen Bereich vgl. auch Sapožnikov, P.: O naučnych rabotnikach kommunistach, in: RiK 1928, No. 6, S. 15–22; E. V.: Ob organizacii naučno-issledovatel'skoj raboty v SSSR, in: RiK 1929, No. 19/20, S. 36–42; Zimin, N.: O naučnych kadrach partii, in: B 1929, No. 13–14, S. 58–69; Kudrjacev, K.: Sostav inženerno-techničeskich kadrov naučno-issledovatel'skich institutov NTU VSNCh, in: SO 1930, No. 3–4, S. 81–87.

Tab. 11: Zusammensetzung des ingenieur-technischen Personals in ausgewählten Betrieben und Institutionen 1929 (in % zur jeweiligen Gruppe)[185]

	Parteialter (bei Mitgl.)						*Kandidaten*	*Komsomol*	*Parteilose*
	bis 1917	*1918–1921*	*1922–1925*	*1926–1927*	*1928–1929*	*keine Angabe*			
1. Spezialausbild.									
höhere: alle	0,6	2,2	0,7	0,5	0,2	0,1	0,7	0,2	94,8
leit. Kader	0,8	2,5	0,7	0,6	0,1	0,0	0,7	0,2	94,4
mittlere: alle	0,3	1,3	5,4	2,4	2,3	0,2	1,7	3,8	82,5
leit. Kader	0,8	2,4	7,2	2,6	1,1	0,3	0,8	0,5	84,3
keine: alle	1,9	5,1	10,8	4,1	2,8	0,8	2,3	1,4	70,8
leit. Kader	4,4	12,9	13,1	3,3	1,1	1,0	1,3	0,8	62,1
2. soziale Herkunft									
Arbeiter	2,3	5,9	15,7	5,7	4,1	0,9	3,0	1,4	61,8
Nichtarbeiter	0,6	2,0	1,1	0,8	0,6	0,1	0,8	1,3	92,7
3. Parteimitglieder	6,8	20,0	36,2	14,6	10,5	2,4	9,5	–	–
Parteilose	–	–	–	–	–	–	–	1,6	98,4
4. Berufserfahrung									
bis 1905	0,8	0,8	1,2	0,1	0,7	–	1,3	0,1	95,0
1906–1917	0,9	1,6	2,4	0,7	0,8	0,3	0,8	–	92,5
1918–1925	1,3	4,1	5,3	1,8	1,1	0,3	1,3	0,4	84,4
1926–1927	1,7	4,7	8,1	3,5	2,6	0,5	1,8	1,1	76,0
1928–1929	1,2	4,3	10,4	4,8	3,2	0,6	2,5	3,7	69,3

Tab. 12: Zusammensetzung des ingenieur-technischen Personals in ausgewählten Betrieben und Institutionen 1929 (in % zur jeweiligen Gruppe)

	Allgemeinbildung:				*Elementarbildung*	*Autodidakt*
	höh. abgeschl.	*höh., nicht abgeschl.*	*mittl. abgeschl.*	*mittl., nicht abgeschlossen*		
1. Spezialausbildung						
höhere: alle	99,0	0,4	0,4	0,1	0,1	–
leit. Kader	99,2	0,3	0,3	0,1	0,1	–
mittlere: alle	10,1	2,2	83,7	2,8	1,1	0,1
leit. Kader	18,8	2,2	75,0	3,2	0,5	0,3
keine: alle	1,9	26,2	5,4	15,1	46,5	4,9
leit. Kader	3,7	32,4	4,4	14,5	39,0	6,0
2. soziale Herkunft						
Arbeiter	8,9	6,1	13,9	13,5	52,1	5,5
Nichtarbeiter	57,0	15,4	17,7	4,2	5,2	0,5
3. Parteimitglieder	12,7	7,5	13,5	14,0	47,7	4,6
Parteilose	46,3	13,2	17,0	6,0	15,8	1,7
4. Berufserfahrung						
bis 1905	44,4	3,6	18,8	7,8	21,6	3,8
1906–1917	50,2	7,2	14,7	7,2	18,8	1,9
1918–1925	41,1	13,9	14,1	6,8	21,9	2,1
1926–1927	42,6	13,6	15,4	5,7	20,5	2,2
1928–1929	31,6	16,5	19,7	8,2	22,0	2,0

Erst nach 1918 begann ihr Anteil unter den Spezialisten zu wachsen und erreichte dann 1928/29 einen Prozentsatz von 30,7 % unter den Berufsanfängern. Bezeichnenderweise entsprach dem Wachstum der Parteipräsenz im Fachpersonal ein Absinken des Anteils der Hochschulabsolventen – es gelang offenbar nicht rasch genug, Personal zu qualifizieren, das sowohl in fachlicher wie in politischer Hinsicht den Ansprüchen genügte. Zugleich wird hier noch einmal deutlich, welche Aufstiegschancen die Mitgliedschaft in der VKP bot. Zugespitzt ausgedrückt, bot das Parteibillet eine ähnliche Chance, in das Führungspersonal der Industrie einzurücken wie das Abschlußzeugnis einer Technischen Hochschule.

Die schlechte Vorbildung, die die Masse der Parteimitglieder im ingenieur-technischen Bereich im Vergleich zu den Parteilosen mitbrachte, wurde im übrigen in der Regel nicht durch längere Berufserfahrung kompensiert. Auch hier standen die Angehörigen der VKP zurück. Das wird ganz deutlich, wenn man den Anteil der Parteimitglieder an den verschiedenen Dienstaltersgruppen betrachtet:

Tab. 13: Anteil der Parteimitglieder an den Dienstaltersgruppen des ingenieur-technischen Fachpersonals der Industrie 1929[186]

	insges.	*Beginn der Arbeit als Spezialist:* *bis 1905*	*1906–1917*	*1918–1925*	*1926–1927*	*1928 u. später*
Insgesamt	100	8,4	22,3	32,0	7,3	30,0
darunter: Parteimitglieder						
in % zur jeweiligen Altersgruppe	16,8	4,9	7,5	15,2	22,9	27,0
in % zur Gesamtzahl	16,8	0,4	1,6	5,0	1,7	8,1

Der Anteil der Parteimitglieder wuchs, je geringere Berufserfahrung die jeweilige Spezialistengruppe besaß, und erreichte bei den Berufsanfängern von 1928/29 immerhin 27,0 %. Insgesamt gesehen wies der Parteikader daher nur geringe Berufspraxis auf. Lediglich 7 % des ingenieur-technischen Fachpersonals vereinigte Parteimitgliedschaft mit vier- und mehrjähriger Berufserfahrung. Die Vergleichszahl für alle Fachleute – Parteilose und Angehörige der VKP zusammengenommen – betrug dagegen 62,7 %. Die Kader der kommunistischen Partei waren also nicht nur der wissenschaftlichen und technischen Vorbildung, sondern auch der praktischen Berufserfahrung nach ihren parteilosen Kollegen hoffnungslos unterlegen. Ein aberwitziges Versetzungskarussell sorgte dabei dafür, daß die Parteimitglieder diesen Rückstand an Berufserfahrung nicht ohne weiteres aufholen konnten. Die Fluktuation der kommunistischen Wirtschaftskader war 1929 nach zeitgenössischen Angaben so hoch, daß 50 % von ihnen nicht länger als 1,5 Jahre an ein und derselben Stelle arbeiteten.[187] Angaben über

[185] Chejnman, in: EO 1929, No. 12, S. 120f.; die Angaben beziehen sich auf die Erhebung von VSNCh und CSU SSSR vom August 1929; vgl. auch Bejlin, S. 152f.; Daten mit ähnlicher Aussage für 1926 und 1928 vgl. bei Vasil ev, M.: O promkadrach, in: B 1928, No. 8, S. 61–71, hier S. 64.

[186] Vgl. Chejnman, in: EO 1929, No. 12, S. 106, 114; sample wie in Anm. 162, 165.

[187] Rudnev-Razin, in: PS 1929, No. 1, S. 6.

das Dienstalter in industriellen Leitungsgremien für 1926 und 1928 zeigen, daß selbst im Parteikader hoher Wirtschaftsorgane ein ständiges Kommen und Gehen herrschte:

Tab. 14: Fluktuation in Leitungsorganen der Wirtschaft 1926–1928 (in %)[188]

Dienstalter d. Leitungspersonals	*Januar 1926*		*Januar 1928*	
	Parteimitgl.	*Parteilose*	*Parteimitgl.*	*Parteilose*
Trusts				
bis zu 1 Jahr	46,1	25,3	39,5	19,2
1–2 Jahre	25,8	12,0	32,4	23,8
2–3 Jahre	10,7	14,7	12,4	13,7
3 u. mehr Jahre	17,4	48,0	15,7	38,3
	100,0	100,0	100,0	100,0
Syndikate				
bis zu 1 Jahr	36,2	11,4	52,6	11,8
1–2 Jahre	35,2	28,6	21,1	29,4
2–3 Jahre	24,2	37,1	12,8	11,8
3 u. mehr Jahre	4,4	22,8	11,5	47,0
	100,0	100,0	100,0	100,0
Aktiengesellschaften				
bis zu 1 Jahr	45,9	27,3	25,6	15,0
1–2 Jahre	33,3	–	51,2	45,0
2–3 Jahre	12,5	45,4	18,6	20,0
3 u. mehr Jahre	6,3	27,3	4,6	20,0
	100,0	100,0	100,0	100,0

Durch die Bank blieben parteilose Spezialisten länger in ihren Stellungen und verfügten im Durchschnitt über eine größere Berufserfahrung als die Wirtschaftskader der Partei. In den zwei Jahren von 1926 bis 1928 wurden in den Trustleitungen 71,9% der Parteimitglieder ausgetauscht, aber nur 43% der Parteilosen. In den Syndikaten war es ähnlich: 73,7% der Parteimitglieder waren 1928 noch keine zwei Jahre in dieser Position, von den Parteilosen dagegen nur 41,2%. Dieselbe Tendenz ist bei den Aktiengesellschaften erkennbar. Der Anteil von Leitungsmitgliedern, die mehr als 3 Jahre Praxis in dieser Funktion und in dieser Behörde hatten, war unter Nichtparteimitgliedern zweieinhalb- bis viermal so hoch wie unter Angehörigen der VKP. Die Partei verschliß ihre Kader, indem sie ihnen kaum Zeit ließ, sich an einem Ort wirklich einzuarbeiten.[189]

Die Kommunisten innerhalb des ingenieur-technischen Fachpersonals spielten also zu Beginn des 1. Fünfjahrplans infolge schlechter Vorbildung und geringer Berufserfahrung in fachlicher Hinsicht eine marginale Rolle. Ob sie bei technisch-ökonomischen Entscheidungen in Betrieb und Industrieleitungsbehörden ein wirkliches Gegengewicht zu ihren fachlich

[188] Vasil'ev, M.: O promkadrach, in: B 1928, No. 8, S. 63f.

[189] Vgl. u.a. Kaganovičs Äußerung auf dem XVI. Parteitag, XVI s-ezd, S. 79.

weit besser qualifizierten parteilosen Kollegen darstellen konnten, ob sie überhaupt in der Lage waren, als Kontrollinstanz und politisches Korrektiv eines an kapitalistischen Mustern orientierten Ingenieurs- und Managerdenkens zu wirken, muß angesichts der Qualifikation des Parteikaders bezweifelt werden. Die heftigen Vorwürfe, die ZK und ZKK 1928 an die Adresse der kommunistischen Wirtschaftler richteten, sprechen eine deutliche Sprache.

Doch nicht nur in fachlicher Hinsicht sah die Parteiführung Probleme; auch die politisch-theoretische Qualifikation des Parteikaders im Industriebereich war nicht über jeden Zweifel erhaben. Ganz allgemein war der Standard der politischen Bildung in der VKP niedrig. Die Parteizählung von 1927 hatte gezeigt, daß beinahe 60% der Mitglieder keine politische Schulung durchlaufen hatten:

Tab. 15: Politische Bildung in der VKP 1927 (in %)[190]

soziale Herkunft	*Insgesamt*	*Es hatten absolviert:* kom-vuzy	sovpart-školy	Schulen f. politgramota	Dorfsch. f. politgramota	*ohne politische Schulung*
Arbeiter	100	0,3	5,4	36,0	2,6	55,7
Bauern	100	0,2	5,8	9,5	16,2	68,3
Angestellte	100	0,4	7,0	29,1	3,9	59,6
andere	100	0,4	6,4	20,5	5,0	63,7
Zusammen	100	0,3	5,9	29,2	5,5	59,1
absolut:	1061860	3155	62212	309600	58180	628793

Nur ein kleiner Teil der Parteimitglieder – 6,2% – besaß 1927 eine breitere politische Schulung, die über das politische ABC hinausging. Zwar gab es neben den hier aufgezählten Schulungseinrichtungen noch eine Reihe freiwilliger Zirkel und Arbeitskreise[191], doch änderte das nichts daran, daß das ZK das Niveau der politischen Bildung in der VKP für zu niedrig hielt. Im Mai 1927 konstatierte die Parteiführung, daß der augenblickliche Zustand der politischen Bildung in der Partei „weit davon entfernt sei, die bedeutend gewachsenen Anforderungen zu erfüllen".[192]

Die Teile der VKP, aus denen das Fachpersonal vorzüglich aufgefüllt wurde, Arbeiter und Angestellte, waren im Durchschnitt besser geschult als der Rest der Mitglieder, doch auch hier lag der Prozentsatz der Personen, die keine politische Bildungseinrichtungen absolviert hatten, deutlich über 50%.[193]

Innerhalb der kommunistischen Wirtschaftler stand es nicht sonderlich gut mit der politischen Bildung. Zwar forderte die Parteiführung den sowohl fachlich wie politisch-theoretisch gebildeten „roten" Spezialisten, doch wurde in diesem Bereich bis Ende der zwanziger Jahre wenig geleistet:

[190] Vsesojuznaja partijnaja perepis', S. 61; ebd., S. 59; vgl. Mel'kumov, A.: Organizacionnoe stroitel'stvo VKP(b), Moskva 1929; komvuz – Parteihochschule; sovpartškola – Sowjet- und Parteischule; politgramota – politisches Grundwissen, politisches ABC.

[191] Vgl. Mel'kumov, S. 185.

[192] Nizovoe partijnoe prosveščenie, in Izv CK 1927, No. 42–43, S. 6–8, hier S. 8.

[193] Vgl. oben; vgl. auch Angaben über politische Weiterbildungseinrichtungen und ihre Hörerstruktur, in: Izv CK 1927, No. 32–33, S. 16.

> „Wir brauchen nicht einfach einen kenntnisreichen Fachmann, ... sondern einen Erbauer des Sozialismus. Das macht erforderlich, daß jeder rote Spezialist ideologisch und praktisch tief mit dem Proletariat und seiner Partei verbunden ist, daß er bewaffnet ist mit der Theorie des Leninismus. Man muß jedoch bekennen, daß unsere Hochschulen und Technischen Hochschulen auf diese Seite bisher wenig Aufmerksamkeit gerichtet haben."[194]

Die politisch-theoretische Schulung der Parteimitglieder in leitenden Funktionen galt durchweg als ungenügend. Die Gefahr, die nach Ansicht führender Parteikreise daraus erwuchs, exemplifizierte man am Beispiel Šachty, wo die Wirtschaftskader der Partei und die Kader im Apparat der VKP infolge ihrer schlechten theoretischen Schulung und des engen politischen Gesichtsfeldes außerstande gewesen waren – so hieß es –, die Arbeit der „Schädlinge" in der Industrie rechtzeitig aufzudecken.[195] Da die Šachty-Affäre eine Polizeiintrige war und die eigentlichen Ursachen der Mißstände eher zuschüttete denn aufdeckte, ist dies allerdings eine zweifelhafte Argumentation. Sie gibt aber einen Fingerzeig darauf, wie sich Teile der Parteiführung politische Schulung vorstellten: sie sollte die Parteimitglieder fungibel für die Politik der Führung machen.

Trotz ihrer schlechten politisch-theoretischen Kenntnisse unterschieden sich die Parteimitglieder innerhalb des ingenieur-technischen Personals in ihrem Arbeits- und Alltagsverhalten doch deutlich von den Parteilosen. Das zeigen Angaben aus der Umfrage, die im August 1929 von VSNCh und CSU SSSR durchgeführt wurde (Tab. 16). Wenngleich die Kategorien verschwommen sind und die Ergebnisse infolge von Verzerrungen, die sowohl bei der kategorialen Einordnung als auch bei der Befragung selbst auftreten mußten, nicht absolut genommen werden dürfen, ist doch der Unterschied zwischen Parteilosen und Parteiangehörigen signifikant. Die Mitglieder der VKP zeichneten sich durch eine politisch-wirtschaftliche Loyalität aus, die sowohl in ihrer Einstellung zur eigenen Arbeit, als auch in der Anpassung an von Partei- und Wirtschaftsführung eingeschlagenen Kurs der Festigung der Arbeitsdisziplin zum Ausdruck kam. Als Zeichen der Loyalität kann auch gewertet werden, daß Parteimitglieder sich in stärkerem Maße an Produktionsberatungen beteiligten als die parteilosen Ingenieure und Techniker.[196] Wenngleich also das politisch-theoretische und das fachliche Niveau der Parteimitglieder im ingenieur-technischen Personal niedrig war, konnte sich die Parteiführung in politischer Hinsicht offenbar doch auf diese Gruppe stützen. Die kommunistischen Fachleute vertraten im Betrieb und in der Industrieleitung in der Regel loyal die Parteilinie. Allerdings geschah das oftmals rein formal, da ihnen eben die politisch-theoretischen und die fachlich-technischen Voraussetzungen fehlten, auf den industriellen Aufbau in einer sozialistischen Zielvorstellungen entsprechenden Tendenz einzuwirken.

[194] Kin, D.: Teoretičeskaja podgotovka rabotnikov partstroitel'stva, in: PS 1930, No. 2, S. 28–30, hier S. 28; ähnlich auch: Chozjajstvennoe stroitel'stvo, in: EO 1928, No. 6, S. 7f.

[195] Rjutin, in: B 1928, No. 15, S. 23; wie niedrig das theoretische Niveau z. B. im Parteiapparat war, zeigen folgende Angaben aus dem Jahr 1928. Danach hatten von 1268 befragten Parteimitgliedern in leitenden Funktionen in den Apparaten von Gebiet (oblast'), Bezirk(okrug) und Region (kraj) – d. h. im Mittelmanagement der VKP – 962, d. i. 75,86 %, keine reguläre politische Schulung erhalten; vgl. Itogi i perspektivy partprosveščenija, in: PS 1930, No. 11–12, S. 48–55, hier S. 54; es gibt keinen Anhalt dafür, daß es mit der politisch-theoretischen Bildung bei kommunistischen Wirtschaftlern besser aussah als beim Durchschnitt des mittleren Führungskaders der VKP, zu dessen Aufgaben u. a. Agitation und Propaganda gehörte.

[196] Vgl. Chejnman, in: EO 1930, No. 1, S. 169f.

Tab. 16: Verhältnis zur Arbeitsdisziplin im Betrieb und Einstellung zur eigenen Arbeit im ingenieur-technischen Fachpersonal 1929 (in % zur jeweiligen Gruppe)[197]

	alle Befragten	*Parteimitglieder*	*Parteilose*
Einstellung zur Arbeitsdisziplin im Betrieb			
„feste, sowjetische Linie“	29,2	50,5	24,1
im allgemeinen gut	47,2	38,0	49,9
formal, nachtrablerisch, übertrieben drillmäßig	33,6	12,5	37,0
	100,0	100,0	100,0
Einstellung zur ausgeführten Arbeit			
aktiv sowjetisch	35,7	77,5	27,3
gewissenhaft, loyal	43,8	18,0	48,9
formal, kanzleihaft (teilweise dem Schädlingswesen benachbart)	20,5	4,5	34,8
	100,0	100,0	100,0

Es muß bezweifelt werden, ob die weitgehend formale Rolle, die die Parteimitglieder in der Industrieführung spielten, dem Anspruch der VKP, die sozialen und ökonomischen Prozesse zu führen, unter den Bedingungen der forcierten Industrialisierung wirklich genügte. Die Personalprobleme, die die Partei in diesem Bereich hatte, konnten nicht ohne Einwirkung auf die Wirtschaftspolitik und die Industrieführung bleiben. Eine Durchsetzung der führenden Rolle der VKP in der Industrie stellte ganz entschieden die ökonomische und technische Rationalität des industriellen Aufbaus in Frage. Die Kaderfrage war, wie Trockij es zugespitzt formuliert hatte, letztendlich eben eine Kostenfrage.[198]

In der Partei wurde das Problem der geringen Erfahrung und der unzureichenden Vorbildung der kommunistischen Industriemanager offen diskutiert.[199] Das Moskauer Parteikomitee konstatierte die Inkompetenz des Industriepersonals im Moskauer Gouvernement ohne Beschönigung:

[197] Nach Chejnman, in: EO 1930, No. 2, S. 146f., 150f.; die Einteilung in statistische Klassen ist naturgemäß nicht unproblematisch, da sie weitgehend vom subjektiven Eindruck des jeweiligen Befragers ausgeht; zudem werden die Kriterien der Kategorisierung von Chejnman nicht offengelegt; schließlich ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Befragten mitunter mit ihrer wahren Meinung hinter dem Berg hielten; dem suchten die Befrager offenbar dadurch zu begegnen, daß sie sich durch Rückfragen bei Arbeitern, Parteisekretären usw. sicherten, vgl. ebd., S. 146; zu „Arbeitsdisziplin“: als „sowjetisch“ gilt offenbar energisches Auftreten für Disziplin im Betrieb; negativ wird sowohl Schlappheit als auch drillmäßige Übertreibung gewertet; vgl. ebd., S. 146.

[198] Vgl. oben Anm. 151; welche konkreten Probleme Kadermangel nach sich ziehen konnte, dazu vgl. z. B. Proverka, in: PS 1930, No. 5, S. 49–55, hier S. 51, 55.

[199] Vgl. Rudnev-Razin, in: PS 1929, No. 1, S. 5; Vasil'ev, in: B 1928, No. 8, S. 65; Rjutin, in: B 1928, No. 15, S. 28; Chejnman, in: EO 1929, No. 12, S. 114; Kolman, É.: Vreditel'stvo v nauke, in: B 1931, No. 2, S. 73–81, hier S. 80.

> „In Besonderheit ist eine allgemeine Nichtentsprechung des Niveaus unserer führenden Wirtschaftskader in produktionstechnischer Hinsicht gegenüber den Anforderungen der Rekonstruktionsperiode unserer Industrie bemerkbar."[200]

Daß die Kaderfrage nicht allein als technisches Problem zu sehen war, sondern daß ihr in der industriellen Aufbauphase auch eine hervorragende politische Bedeutung zukam, wurde der Parteiöffentlichkeit am Beispiel der Šachty-Affäre deutlich gemacht. Die kommunistischen Manager – so die Schlußfolgerung – waren infolge ihrer fachlichen Inkompetenz weitgehend von den alten Spezialisten abhängig, sie waren „in der Gefangenschaft der alten Spezialisten"[201], die die Produktion dominierten. Die Schädlingstätigkeit, die man ihnen zuschrieb, war nach Eingeständnis von L. Kaganovič ein Index dafür, wie schwach die VKP im Wirtschaftsbereich präsent war:

> „Aber wir müssen auch mit aller Offenheit sagen, daß das Schädlingswesen unsere organisatorische Schwäche anzeigt, die Schwäche unserer Kader an der Wirtschaftsfront."[202]

Kaganovič wies darauf hin, daß es nötig sei, jene großartigen Kämpfer und Genossen, die leider keine Bilanz lesen könnten und nichts von Ökonomie verstünden, und die in Trusts und Betrieben bloß umhergetappt seien, endlich qualifiziert auszubilden.[203]

Die ZK-Mehrheit war sich im übrigen mit der sogenannten „rechten Opposition" in der Beurteilung der Qualifikation der Parteikader weitgehend einig. Bucharin, einer der Vertreter einer „rechten" Position, zitierte auf dem Juliplenum 1928 einen deutschen Professor.

> „Unlängst hat ein hervorragender deutscher Professor einen gewaltigen Artikel über die Sowjetunion veröffentlicht. Über uns Bolschewiki schrieb er: ‚bemerkenswerte, erstklassige Politiker, hervorragende politische Strategen, großartige Agitatoren, prächtige Lehrer der Frage, wie man Menschen politisch ummodeln muß, doch sie haben kein wirtschaftliches Training, keine wirtschaftliche Kultur. Obwohl zehn-, zwanzigtausend Bolschewiki, die an der Wirtschaftsfront stehen, sich in der Arbeit geradezu aufreiben und verschleißen, haben sie noch nicht genügend wirtschaftliche und kulturelle Fertigkeit.'
> Diese Charakteristik ist nicht so weit von der Wahrheit entfernt."[204]

Die rasche Ausbildung von fachlich qualifizierten kommunistischen Fachleuten mußte in der Phase der Industrialisierung vor allem anderen eine Aufgabe der Partei sein. Diese Kader mußten über umfassende Fähigkeiten verfügen: sie sollten die Aufgabe der sozialistischen Rationalisierung der Industrie lösen, die Industrie auf ein hohes technisches Niveau bringen, die Arbeitermassen in die Leitung der Produktion einbeziehen und die alten Spezialisten nicht bloß formal, sondern wirklich kontrollieren. Kurz, es wurde ein völlig neuer Typ von Manager gebraucht, ein Mann mit großem ökonomischen Wissen, ein erfahrener Administrator, technisch versiert, mit Detailkenntnissen ausgestattet, aktiv in gesellschaftlicher Arbeit,

[200] Zit. nach Rjutin, in: B 1928, No. 15, S. 28; vgl. auch Andreevs Äußerungen über die „technische Routine" in: Pravda 6. 6. 28.
[201] Rudnev-Razin, in: PS 1929, No. 1, S. 5.
[202] Kaganovič, L. M.: Očerednye zadači partraboty i reorganizacija partapparata, Moskva, Leningrad 1930, S. 9; vgl. ähnlich Kržižanovskij, G.: Vreditel'stvo v ėnergetike, in: PCh 1930, No. 10–11, S. 5–26, hier S. 25; vgl. Ordžonikidze, XVI s-ezd, S. 321.
[203] Kaganovič 1930, S. 12.
[204] Bucharin, Rede auf dem Plenum des ZK, (10.) Juli 1928, T 1901.

Mobilisator der Arbeitermassen und obendrein politisch „gestählt“ – unter den obwaltenden Umständen ein etwas utopisches Programm.[205]

Solange die sowjetische Industrie an dem Mangel qualifizierter Fachleute krankte, war die Errichtung einer Produktionsgüterindustrie, die Umwandlung des Agrarstaates in einen Industriestaat nicht gesichert. Das Entwicklungskonzept der Parteiführung war damit in Frage gestellt. Stalin unterstrich deshalb deutlich die Aufgabe der VKP im Personalsektor:

> „Hieraus folgt die Aufgabe der Partei – das Problem der Kader fest anzupacken und diese Festung um jeden Preis zu erobern.“[206]

2.4. HOCHSCHULREFORM UND KADERPLAN: DAS VERSPÄTETE QUALIFIZIERUNGSPROGRAMM

Der Mangel an qualifiziertem Personal, die geringe Zahl an Ausbildungsplätzen für technische Berufe, das sind Indizien dafür, daß die Beschleunigung des industriellen Aufbautempos keineswegs von langer Hand geplant, daß sie eher die kopflose Reaktion einer politischen Führung war, die wirtschaftliche und soziale Implikationen ihrer Entscheidungen nicht so recht übersah. So mußte 1928/29 die Personalplanung, die der Fünfjahrplanentwurf reichlich stiefmütterlich behandelt hatte, überstürzt nachgeholt werden.[207] Um kurzfristig das für die forcierte Industrialisierung benötigte Fachpersonal zu erhalten, griff die Parteiführung zum einen auf die in den zwanziger Jahren bereits geübte Technik des „vydviženie“ zurück, zum andern suchte sie die Ausbildung neuer Fachleute zu verkürzen und zu straffen.

Die Beschlüsse des Vereinigten Plenums von ZK und ZKK im April 1928, des ZK-Plenums im Juli 1928 und des vom November 1929, bestätigt durch den XVI. Parteitag, führten zu einer völligen Reorganisation des Hochschulwesens.[208] Die Ausbildungsreform wurde von der heftigen, langandauernden Auseinandersetzung zwischen VSNCh und Narkompros (Volkskommissariat für Bildungswesen) beeinflußt, in deren Verlauf sich der VSNCh die Kontrolle über das Netz der Technischen Hochschulen erstritt.[209] Da die Politik, die die Parteiführung im Kaderbereich einschlug, vor allem die Heranziehung loyaler, proletarischer Kader vorsah, führte die Reform auch zu einer Welle sozialen Aufstiegs.

[205] Dieser Katalog von Eigenschaften wurde vom Moskauer Parteikomitee aufgestellt, vgl. Rjutin, in: B 1928, No. 15, S. 28; vgl. eine ähnliche Typisierung bei Andreev, A.: Ob inženerach, in: RiK 1929, No. 21, S. 63–69, hier S. 67; in der Realität verkürzte man später die Ausbildungszeiten und strebte erhöhte Spezialisierung an, ein völlig anderes Konzept; vgl. dazu weiter unten Abschnitt 2.4.

[206] Stalin: Fragen, S. 325; Rede vom 7. 11. 29.

[207] Vgl. oben Anm. 159.

[208] Vgl. KPSS, t. 4, S. 91, 111f., 334f., 443; Zauzolkov, F. N.: Kommunističeskaja partija – organizator sozdanija naučnoj i proizvodstvenno-techničeskoj intelligencii SSSR, Moskva 1973, S. 80.

[209] Vgl. Fitzpatrick: Education, S. 113–135; vgl. Rudnev-Razin, in: PS 1929, No. 1, S. 6ff.; Grin'ko, in: PCh 1929, No. 10, S. 19ff.; Buchman, K.: Vysšaja škola RSFSR v tekuščem 1929/30 učebnom godu, in: SO 1930, No. 2, S. 75–81; Popov, in: RiK 1929, No. 17, S. 7–10; Kušner, B.: O specialistach, in: RiK 1929, No. 1, S. 15–18; Problema kadrov i period rekonstrukcii, in: RiK 1929, No. 17, S. 3–6; Bejlin, in: RiK 1929, No. 21, S. 6–14; Kagan-Sabšaj, in: RiK 1929, No. 1, S. 19–22; Černja, in: RiK 1929, No. 22, S. 17–21; Ėjdeman/Samarin, in: RiK 1928, No. 7, S. 5–16, u. v. a.

Der Fünfjahrplan für Kader, erstellt Anfang 1930, sah vor, den Bestand an verantwortlichem Personal im industriell-technischen Bereich zwischen 1929/30 und 1932/33 von 99,82 Tausend auf 204,34 Tausend, im ökonomisch-administrativen Bereich von 41,55 Tausend auf 71,72 Tausend aufzustocken.[210] Das war eine Steigerung um 104,7% bzw. 72,6%; absolut sollte der Bestand an verantwortlichem Fachpersonal in vier Jahren um 134690 Personen erweitert werden. Damit war der projektierte Bedarf allerdings erst zu ca. 90% gedeckt. Ferner sollte gemäß Plan 23% der Kader (16,8% der Ingenieure, 40,9% der Ökonomen) ohne angemessene Spezialausbildung auskommen.[211] Die neuen Kader wollte man zum einen im Rahmen der reformierten Hochschulen heranziehen, zum anderen war vorgesehen, Personal aus dem unteren und mittleren Managementbereich zu befördern – teilweise mit, meist aber ohne zusätzliche Ausbildung – und schließlich war ein gewisser Anteil an „vydvižency" vorgesehen, Arbeiter aus der Produktion, die ohne vorausgehende Qualifikation in verantwortliche Positionen eingesetzt werden sollten. Insgesamt war geplant, in den Jahren 1929/30–1932/33 99540 Hochschulabsolventen, 3530 Aufsteiger aus dem unteren und mittleren Management mit und 44220 ohne Umqualifizierung, sowie 12850 „vydvižency" in den industriell-technischen Leitungskader einzugliedern.[212]

Um diese starke Vermehrung des Fachpersonals durchzuführen und sicherzustellen, daß sich die neuen Fachleute vorwiegend aus solchen Kräften rekrutierten, die Partei und Sowjetstaat loyal gegenüberstanden, organisierte das ZK mehrfach Massenaufgebote von Parteimitgliedern zum Eintritt in die Hochschulen. In gleicher Weise mobilisierten auch die Gewerkschaften.[213] Die Studentenzahlen wuchsen rasch. Bereits im Herbst 1928 stiegen die Hörerzahlen um 15,7%. Die Zahl der Studienanfänger übertraf die des Vorjahrs sogar um 33%. Zuzug verzeichneten vor allem die Zweige Maschinenbau und Bautechnik, während Ökonomie, Jura, Kunst und Ethnologie stagnierten (Tab. 17).[214] Ein starkes Gewicht lag auf praktisch anwendbaren Fächern. Grundlagenwissenschaften wie Physik und Mathematik wurden ebenso vernachlässigt, wie Kulturwissenschaften. Das zeigt sehr deutlich, in welche Richtung die Ausbildungsreform gehen sollte: wichtig war, rasch praktisch verwendbare Spezialisten auszubilden, die möglichst bald für den industriellen Aufbau nutzbar zu machen waren. Das führte notgedrungen zu einer Vernachlässigung der Grundlagenfächer, die sich auf lange Sicht rächen mußte. Doch die allzuspäte Mobilisierung des Bildungssystems für die Industrialisierung ließ kaum einen anderen Weg.

In der Folge wurden die Studentenzahlen immer stärker ausgeweitet, bis sie 1932/33 beinahe das dreifache von 1927/28 ausmachten (Tab. 18).

Die Zahl der Hochschulen wurde im Rahmen der Reform und der mit ihr verbundenen Aufgliederung großer Hochschulen mehr als verfünffacht, die Studentenzahlen nahezu verdreifacht. Offensichtlich ging der Trend zur Einrichtung kleinerer, stärker spezialisierter Hochschulen. Die Ausbildungsfristen wurden auf drei bzw. vier Jahre herabgesetzt[215], die

[210] Plan obespečenija, S. 207; ebd., S. 48f., 55.

[211] Nach ebd., S. 207.

[212] Ebd., S. 46; vgl. zum Kaderplan auch die Zusammenfassung bei Bejlin, s. 187–195.

[213] Vgl. Fitzpatrick: Education, S. 184ff.; Zauzolkov, S. 80ff.; Mel'kumov, S. 152; der für das erste Aufgebot – wohl irrtümlich – den Juli 1927 (statt 1928) angibt; vgl. ferner Farber, L.: Nabor ‚tysjačnikov' i zadači podgotovki krasnych specialistov, in: PS 1930, No. 15, S. 21–27.

[214] Buchman, in: SO 1930, No. 2, S. 77.

[215] Plan obespečenija, S. 64; KPSS, t. 4, S. 113.

Tab. 17: Veränderung der Aufnahmezahlen in den Hochschulen der RSFSR 1927/28 – 1928/29 (in %; 1927/28 = 100 %)[216]

Agronomie	165
Forstwirtschaft	119
Agrarindustrie	128
Veterinärmedizin	156
Zusammen	153
Bergbau	145
Metallverhüttung	158
Mechanik	120
Chemie	130
Elektrotechnik	126
Textilind. u. a.	221
Maschinenbau	231
Physik/Mathem.	95
Bautechnik	229
Transport	167
Zusammen	148
Ökonomie, Recht	109
Medizin	115
Pädagogik	126
Kunst	90
Ethnologie	95
Insgesamt	133

Tab. 18: Entwicklung der Studentenzahlen an den Hochschulen der UdSSR 1927/28 – 1932/33[217]

Unterrichts-jahr	*alle Hochschulen:* Zahl	*Studentenzahlen* absolut	*Studentenzahlen* in %	*davon Arbeiter (%)*	*Technische Hochschulen: Studentenzahlen* absolut	*Studentenzahlen* in %	*davon Arbeiter (%)*
1927/28	129	159800	100,0	25,4	45200	100,0	38,3
1928/29	–	166800	104,4	30,3	52300	115,7	43,1
1929/30	–	191100	119,6	35,2	62800	138,9	46,4
1930/31	537	272100	170,3	46,4	130300	288,3	61,7
1931/32	645	394000	246,6	51,4	197300	436,5	63,7
1932/33	721	469800	293,9	50,3	233400	516,4	64,6

[216] Buchman, in: SO 1930, No. 2, S. 77.

[217] Vgl. Fitzpatrick: Education, S. 188; Socialističeskoe stroitel'stvo. Moskva 1934, S. 406f.; Bejlin, S. 74, 307; Kul'turnoe stroitel'stvo SSSR 1935, Moskva 1936, S. XXIV; die Angaben beziehen sich auf das jeweilige Unterrichtsjahr; Stichdatum ist der Jahreswechsel; für 1928/29 und 1929/30 keine Angaben für die Zahl der Hochschulen.

Durchlaufzeiten der Studenten verkürzt.[218] Dies ging nicht ohne Widerstand von seiten eines Teils der Professorenschaft ab, die argumentierten, die verkürzte Ausbildung werde die Studenten „verkrüppeln", sie sei auch nicht geeignet, Ingenieure heranzubilden, sie erzeuge bloß das „Surrogat eines Ingenieurs". Obendrein sahen die Hochschullehrer durch die Notwendigkeit, Kader gewissermaßen am Fließband zu produzieren, ihre eigene wissenschaftliche Betätigung in Frage gestellt, da ihnen dafür kaum noch Zeit blieb.[219] Andererseits wurde mancherorts die Neuordnung der Spezialistenausbildung etwas weit getrieben, z. B. wenn die anorganische Chemie einfach vom Lehrplan der Chemiker gestrichen wurde, Ingenieure sich nicht mehr mit dem Fach „Maschinenteile" befassen sollten und in der Fakultät für Mechanik die Kurse für theoretische Mechanik unter den Tisch fielen. Solche „Überspitzungen" wurden auch in der „Pravda" negativ herausgestellt.[220] Das Ziel der Hochschulreorganisation war die Ausbildung einer großen Zahl stark spezialisierter Fachleute. Der Typ des technisch umfassend gebildeten Ingenieurs mit gründlicher theoretischer Ausbildung, wie ihn z. B. die deutsche Hochschule jener Zeit produzieren wollte, wurde von den verantwortlichen sowjetischen Instanzen abgelehnt[221], da seine Ausbildung zu viel Zeit kostete und so die Kapazität der Technischen Hochschulen erheblich herabgesetzt hätte. Durch Spezialisierung und Ausrichtung des Studiums auf die industrielle Praxis gelang es, die Aufenthaltsdauer auf den Hochschulen stark zu verkürzen und damit den „output" des Ausbildungssystems in kurzer Zeit erheblich zu steigern:

Tab. 19: Ausstoß der Hochschulen der UdSSR 1928–1933 (Studienabschlüsse in 1000)[222]

Hochschultyp	*1928*	*1929*	*1930*	*1931*	*1932*	*1933*	*1928–1933*
industriell	8,9	11,0	20,8	18,8	17,3	7,5	84,3
landwirtsch.	6,4	7,0	6,7	8,5	8,4	4,9	41,9
sozial-ökonom.	2,0	4,8	4,8	5,0	3,2	3,1	22,9
medizinisch	6,2	4,0	4,4	6,5	4,1	4,4	29,6
pädagog., künstl.	5,2	5,7	7,2	11,6	10,3	10,5	50,5
zusammen	28,7	32,5	43,9	50,4	43,3	30,4	229,2

Die Zahl der Studenten, die die Hochschulen nach Absolvierung einer Ausbildung verließen, stieg zwischen 1928 und 1930 sprungartig an und sank dann allmählich wieder ab. Die höchsten Steigerungsraten gab es im industriellen Bereich und an sozial-ökonomischen Hochschulen. Die Zahl der fertigen Mediziner ging zunächst zurück und stagnierte dann – abgesehen von einem zwischenzeitlichen Anstieg 1931. Die Zahl der ausgebildeten Lehrer

[218] Vgl. Romanovskij, in: RiK 1930, No. 4, S. 30ff.

[219] Vgl. die Äußerungen von Prof. Terpigonov, Prorektor der Moskauer Bergakademie, Prof. Rodionov von der Moskauer Technischen Hochschule und der Professorenschaft des Plechanovinstituts für Volkswirtschaft, zit. bei Romanovskij, in: RiK 1930, No. 4, S. 31f.; auch im Hochschulbereich spielte die OGPU eine Rolle; vgl. dazu die Denunziation eines Professors für russische Linguistik durch seinen Nachfolger. Mitteilung des OGPU-Bevollmächtigten an die Gebiets-OGPU vom 15. 10. 1929, WKP 215, S. 202–200 (Zählung ist hier rückläufig).

[220] Romanovskij, in: RiK 1930, No. 4, S. 33.

[221] Vgl. Fitzpatrick: Education, S. 189.

[222] Bejlin, S. 313.

stieg langsam, aber kontinuierlich. Wieweit die Beschleunigung der „Kaderproduktion" einherging mit einem Abfall der Ausbildungsqualität, ist aus dem vorliegenden Material nicht zu ersehen. Allerdings stellt die Verengung des Gesichtsfeldes durch stärkere Spezialisierung bereits ein Minus dar und es steht zu vermuten, daß Kapazitätserweiterungen und Studienzeitverkürzung keine Qualitätsverbesserung der Hochschulabgänger zur Folge hatten.

Trotz der starken Beschleunigung der Ausbildung von Fachleuten im industriellen Bereich, gelang es aber nicht, die 1930 von Gosplan vorgegebenen Orientierungsdaten zu erreichen:

Tab. 20: Ausbildung von Ingenieuren 1929/30–1932/33. Plan und Wirklichkeit (in 1000)[223]

	1929	*1930*	*1931*	*1932*	*1933*	*1929–1933*
Plan 1930	31,44	13,91	18,9	36,0	–	99,54
wirklich	11,0	20,8	18,8	17,3	7,5	75,4

Der Kaderplan wurde im Bereich der Ausbildung von Ingenieuren nur zu drei Vierteln erfüllt. Immerhin wurde damit die Zahl der technischen Fachleute im Industrieführungsbereich nahezu verdoppelt.[224]

Neben der Ausweitung der Studentenzahlen verfolgte die Parteiführung bei der Reorganisation der Hochschulausbildung noch ein anderes Ziel: die Heranbildung eines Stamms qualifizierter Kader proletarischer Herkunft. Indem Produktionsarbeitern in stärkerem Maße Zugang zu den Hochschulen, insbesondere zu den Technischen Hochschulen verschafft wurde, organisierte die Parteiführung sozialen Aufstieg. Bereits der Beschluß des ZK-Plenums vom Juli 1928 hatte die Forderung aufgestellt, den „Arbeiterkern" an Technischen Hochschulen und Technika auszuweiten bis der Arbeiteranteil unter den Studenten 65 % ausmache. Um Arbeiter und Arbeiterkinder auf die Hochschulausbildung vorzubereiten, sollten Sonderkurse eingerichtet und die Kontingente der Arbeiterfakultäten erhöht werden.[225]

Tatsächlich gelang es im Verlaufe des 1. Fünfjahrplans zahlreiche Arbeiter in die Hochschulen hineinzuziehen. In den Technischen Hochschulen wurde der angestrebte Arbeiteranteil in der Studentenschaft tatsächlich erreicht. Die Lernenden rekrutierten sich während des Fünfjahrplans in erheblich stärkerem Maße aus Arbeitern als während der Periode der NĖP:

[223] Ebd.; Plan obespečenija, S. 46; die Angaben des Plans jeweils bezogen auf das Unterrichtsjahr (1929/30 usf.), die Bejlins auf das Kalenderjahr; deshalb wurden die beiden Reihen graphisch gegeneinander versetzt.

[224] Plan obespečenija, S. 46.

[225] KPSS, t. 4, S. 116f.; die Studenten der Arbeiterfakultäten stellten Ende der zwanziger Jahre fast ¼ der Gesamtstudentenzahlen; vgl. Buchman, in: SO 1930, No. 2, S. 78:

Hochschultyp	*Anteil der Hörer von Arbeiterfakultäten (%):*			
	von allen Studenten		*von den Studienanfängern*	
	1927/28	*1928/29*	*1927/28*	*1928/29*
alle Hochschulen	24,3	24,5	24,8	25,0
landwirtsch.	23,7	20,9	24,1	18,9
industrielle	31,7	38,6	38,2	41,5
ökonomische	33,2	31,1	38,3	24,0

Tab. 21: Soziale Herkunft der Hochschulstudenten 1924–1933 (in %)[226]

1. Alle Hochschulen

	Arbeiter	*Bauern*	*Angestellte*	*andere*
1924/25	17,8	23,1	39,8	19,3
1926/27	24,2	23,3	42,3	10,2
1927/28	25,4	23,9	33,9	16,8
1928/29	30,3	22,4	41,4	5,9
1929/30	35,2	20,9	37,6	6,3
1930/31	46,6	20,1	33,3	0,0
1931/32	51,4	–	–	–
1932/33	50,3	–	–	–

2. Technische Hochschulen

	(a) Fitzpatrick:	*(b) Bejlin:*			
	Arbeiter	*Arbeiter, Landarb.*	*Bauern*	*Angestellte*	*andere*
1924/25	–	27,3	16,9	39,4	16,4
1925/26	–	31,3	16,4	39,6	12,2
1926/27	–	33,3	14,6	42,8	9,8
1927/28	38,3	39,1	14,9	40,5	5,5
1928/29	43,1	43,7	15,2	35,8	5,9
1929/30	46,4	47,2	12,8	22,3	4,2
1. 10. 30	–	63,3	11,1	21,4	3,3
1930/31	61,7	–	–	–	–
1. 12. 31	–	70,4	8,2	18,7	2,7
1931/32	63,7	–	–	–	–
1932/33	64,6	–	–	–	–

3. Arbeiterfakultäten

	Arbeiter	*Kolchoz- u. Einzelbauern*	*Angestellte u. a.*
1928	55,5	35,4	9,1
1931	76,5	15,9	7,6
1933	66,8	21,6	11,6

Im gesamten Hochschulbereich wuchs der Arbeiteranteil auf 50 % und mehr, während der Prozentsatz der „Angestellten u. a." stark absank. Ein deutlicher Einschnitt liegt, wie nicht anders zu erwarten, 1928/29, dem Zeitpunkt der Reorganisation.

Bei der Proletarisierung des Spezialistennachwuchses wurden im ersten Planjahrfünft demnach ganz erhebliche Fortschritte erzielt. Studenten aus Arbeiter- und Bauernmilieu, die sich via Qualifikation sozialen Aufstieg erarbeiteten, machten bis zu ⅔ des Studentenkontin-

[226] Bejlin, S. 75; Fitzpatrick: Education, S. 188; vgl. Soc. Stroit. 1934, S. 410; Kul't Stroit., S. XXV, Buchman, in: SO 1930, No. 2, S. 78; die Angaben stimmen weitgehend überein.

gents aus.[227] Die Reform des Ausbildungssystems, erzwungen durch den erschreckenden Mangel an Fachpersonal, erwies sich also auch als ein wirksames Mittel zur Gesellschaftspolitik. Die Welle sozialen Aufstiegs, die hier organisiert wurde, mußte auf jene Gruppen, aus denen Aufsteiger rekrutiert wurden, einen starken sozialintegrativen Effekt haben. Das ist ein Moment, das angesichts der zentrifugalen Kräfte in dem durch Kollektivierung und industrielle Fehlplanung stark belasteten Gesellschaftssystem nicht unterschätzt werden darf.

Nicht im gleichen Ausmaße wie die Proletarisierung der Hochschulen gelang ihre Durchsetzung mit Parteiangehörigen, wiewohl auch hier eine deutliche Steigerung zu verzeichnen war:

Tab. 22: Anteil von Angehörigen der VKP und des VLKSM an den Studenten der Hochschulen 1928–1932 (in %)[228]

alle Hochschulen:	*VKP/b*	*VLKSM*	*nicht organisiert*
1928	15,3	19,2	65,5
1931	24,5	28,5	47,0
1933	22,5	30,5	47,0
darunter:			
industrielle Hochschulen:			
1928	21,3	16,2	62,5
1931	32,0	26,3	41,7
1933	29,0	30,0	41,0
Gesellschafts- und wirtschaftswiss. Hochschulen:			
1928	30,7	22,9	46,6
1931	36,4	25,2	38,4
1933	31,1	30,8	38,1
Arbeiterfakultäten			
1928	29,8	40.2	30,0
1931	27,0	35,6	37,4
1933	18,2	37,9	43,9

Der Anteil der politisch nicht organisierten Studenten ging stark zurück. Kommunisten und Komsomolzen dominierten im Hochschulbereich. Der Spezialistennachwuchs, besonders im industriellen und im wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereich war zu 50% in der regierenden Partei oder ihrem Jugendverband organisiert. Der Anteil der Parteimitglieder in der Studentenschaft lag 1931 und 1933 etwa um die Hälfte höher als im ingenieurtechnischen Personal 1929.[229] Das verbesserte für die Zukunft die Chance der Parteiführung, wirklich in die Industrieleitung eingreifen zu können, statt nur formal auf sie einzuwirken,

[227] Wieviele niedrige Angestellte im Rahmen der Ausdehnung der Studentenzahlen ihren Weg „nach oben" machten, ist nicht ersichtlich; diese Gruppe sollte aber nicht unberücksichtigt bleiben; vgl. Fitzpatrick: Education, S. 188f.

[228] Vgl. Bejlin, S. 311; Soc. Stroit. 1934, S. 410; Kul't. Stroit. S. XXV; Buchman, in: SO 1930, No. 2, S. 78; VLKSM = Kommunistischer Jugendverband.

[229] Vgl. oben Anm. 176.

bzw. sie durch Eingriffe von außen zu beeinflussen. Am stärksten waren VKP und Komsomol in den Arbeiterfakultäten, ein Zeichen dafür, daß Parteizugehörigkeit für Arbeiter nach wie vor den Aufstieg erleichterte. Doch ging der Anteil der Parteimitglieder hier im Gegensatz zur Gesamtentwicklung kontinuierlich zurück. Offenbar wurden nach der Hochschulreorganisation allmählich auch politisch nicht organisierte Arbeiter stärker als bisher in die Aufstiegsbewegung hineingezogen. Zur Ausweitung des Kaderpotentials reichten die Reserven der VKP trotz ständiger Mitgliederwerbung anscheinend nicht aus. Dennoch war der Charakter der künftigen sowjetischen Führungsschicht, soweit sie in dieser Phase gebildet wurde, außer von proletarischem Aufstieg stark durch Organisierung in der Partei gekennzeichnet. Gegenüber dem Spezialistenkader der NĖP war das ein unbestreitbarer Wandel.

Qualifizierung von Arbeitern war jedoch nicht der einzige Weg zur Erweiterung der Kaderreserve. Daneben wurde eine große Zahl von Personen nach Durchlaufen von Umschulungs- und Weiterbildungskursen oder aber ohne jede Ausbildung direkt in Positionen im oberen und mittleren Management eingesetzt. Ziel war, den proletarischen Kern der Industrieführung zu stärken, allerdings spielte auch eine Rolle, daß Hochschulabsolventen nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung standen. Zur Weiterbildung kommunistischer Wirtschaftler, die ja, wie oben gezeigt, in der Regel ohne technisches und ökonomisches Grundlagenwissen agierten, organisierte man Kurse „Roter Direktoren“[230], teilweise in Form von Abendkursen. Die Industrieakademie – Promakademija –, die 1927 gegründet worden war, wurde ausgebaut, Ende 1932 gab es elf solcher Akademien mit ca. 3000 Hörern.[231] 1931 schließlich schuf man an den Technischen Hochschulen sogenannte „FONy“ – „fakultety osobogo naznačenija (Sonderfakultäten) –, auf denen ‚Praktiker‘ aus dem Management sich weiterqualifizieren konnten.[232]

Doch diese Einrichtungen konnten im 1. Fünfjahrplan nur einen relativ kleinen Teil der benötigten Fachleute bereitstellen. Das wichtigste Mittel zur Vermehrung des Industriekaders blieb „vydviženie“[233], das ja schon in den zwanziger Jahren praktiziert worden war. 1927 waren von den 438832 Mitgliedern der VKP, die in Behörden und Apparaten tätig waren, 184184, d.i. 42%, der sozialen Herkunft nach Proletarier.[234] Im Verlauf von zehn Jahren Sowjetmacht war also eine nicht unbeträchtliche Zahl von Arbeitern über Partei, Gewerkschaften, Sowjets, durch Wahl oder vermittelt durch die Personalabteilungen in den Apparaten des Sowjetstaates vorgerückt. Während der Phase der NĖP entwickelte sich diese Bewegung langsam, „vydviženie“ wurde unsystematisch und nicht überall in gleichem Maße betrieben. Nach dem XIV. Parteitag setzte zwar eine Intensivierung ein[235], die Bewegung

[230] Drobižev, in: Istorija SSSR 1961, No. 4. S. 71; erstmals wurde ein derartiger Kurs 1925 in Moskau durchgeführt; in der Folge organisierte man sie auch in Leningrad, Nižnij Novgorod, Ivanovo-Voznesensk, im Ural und in der Ukraine.

[231] Drobižev, in: Istorija SSSR 1961, No. 4, S. 71; dagegen zählt Chavin, in: Vopr. Ist. 1966, No. 5, S. 5, 14 Promakademii; 1930 existierten 4, dazu eine Transportakademie mit 795 Hörern. K XVI s-ezdu partii, vyp. III, S. 73f.; N.S. Chruščev trat 1929 in die Stalin-Industrieakademie in Moskau ein und wurde ihr Parteisekretär, Avtorkhanov, S. 311; Koch, H., (Hrsg.): 500 Sowjetköpfe, Köln 1959, S. 271.

[232] Drobižev, in: Istorija SSSR 1961, No. 4, S. 71.

[233] Vgl. oben Anm. 147.

[234] Rabota partii v dele vydviženija rabotnikov, in: IzvCK 1927, No. 42–43, S. 3–6, hier S. 3.

[235] KPSS, t. 3, S. 253.

verbreiterte sich, doch wurde sie offenbar allein vom Parteiapparat vorangetrieben, die Gewerkschaften entzogen sich dieser Aufgabe.[236] Es traten auch Probleme auf, da die „vydvižency" oft den neuen Positionen nicht gewachsen waren und zudem im Apparat auf den Widerstand der eingesessenen Angestellten stießen.[237] So ist es zu erklären, daß die Aufstiegsbewegung wohl innerhalb der Parteihierarchie, teilweise auch im Gewerkschaftsapparat, Platz griff, daß die „vydvižency" im Staats- und Wirtschaftsapparat aber nur schwer Fuß faßten. So waren in Smolensk 1928 von 26 führenden kommunistischen Wirtschaftlern 24 im Bürgerkrieg in diesen Arbeitsbereich gelangt.[238] Eine Umfrage, die 1929 in elf Volkskommissariaten, davon sieben Wirtschaftskommissariaten, durchgeführt wurde, ergab, daß nur 1,4% der Mitarbeiter „vydvižency" aus dem Arbeitermilieu waren. Dazu kamen 9,4% ehemalige Arbeiter, die auf anderen Wegen als dem „vydviženie" in die Apparate gelangt waren.[239] Die Probleme, die die schlechte Vorbildung im Verein mit der fehlenden Erfahrung für die „vydvižency" schuf, waren Gründe dafür, daß die Parteiführung Ende der zwanziger Jahre eher auf die Qualifizierung neuer Spezialisten im Rahmen der Hochschulen setzte. Doch war der Bedarf an Fachpersonal derartig groß, daß das „vydviženie" nicht nur beibehalten, sondern sogar noch weiter ausgebaut wurde. 1928/29 wurde deshalb parallel zur Ausweitung der Studentenzahlen auch die Aufstiegsbewegung im Rahmen direkter Beförderung ausgebaut. 6% der Spezialisten waren 1930 nach Erhebung des Narkomtrud „vydvižency" des Jahrgangs 1929.[240] Auch im Staatsapparat setzte 1929 ein verstärkter Zuzug fachlich nicht vorgebildeter Aufsteiger ein.[241] Kaganovič erklärte Anfang 1930:

> „In der jetzigen Periode müssen wir das vydviženie nicht kampagnenartig durchführen, sondern in Form organischer Ablösung alter, unbrauchbarer, bürokratischer Elemente im Staatsapparat, im Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Kooperativapparat, und zwar nicht einzeln, sondern durch Hunderte, Tausende, Zehntausende von Arbeitern."[242]

Dabei war sich Kaganovič durchaus darüber im klaren, daß die bisherige Praxis des „vydviženie" den Anforderungen der forcierten Industrialisierung nicht entsprach. Deshalb forderte er einerseits eine bessere Vorbereitung der Beförderten für ihre neue Tätigkeit – bisher hatte man sie in der Regel ohne jede Umschulung in die Apparate geschickt[243] – zum andern eine

[236] Vgl. Rabota, in: IzvCK 1927, No. 42–43, S. 5; Mel'kumov, S. 152f. Kosior, XV s-ezd, S. 106f.; Zatonskij, ebd., S. 472; vgl. Rubinštejn, M.: Vydviženie rabočich v gosapparat, in: RiK 1929, No. 13, S. 6–10, hier S. 6.

[237] Vgl. Stalin, XV s-ezd, S. 72f.; Kosior, ebd., S. 107; Zatonskij, ebd., S. 472; Bogačev, ebd., S. 532; Krasovskaja, ebd., S. 589f.; Moroz, ebd., S. 556; Ordžonikidze, ebd., S. 465; Cirul', Ja.: Partijnye kadry v central'nych učreždenijach, in: PS 1930, No. 5, S. 21–25, hier S. 24; Dol'nikov, I.: Kak vypolnjaetsja direktiva CK o vydviženii rabočich, in: Izv CK 1928, No. 24, S. 6–8; A. Z.: Vydviženie rabočich i krest'jan v gosapparat, in: Izv CK 1927, No. 5–6, S. 3f.; Plenum MK VKP(b). Podbor i vydviženie rabotnikov, in: Pravda 7. 6. 27, S. 5; Rubinštejn, in: RiK 1929, No. 13, S. 8f.

[238] Goršin, in: Izv CK 1928, No. 9–10, S. 11.

[239] Latrygina, M.: Sostav apparata CIKa i central'nych narkomatov sojuza, in: SO 1930, No. 2, S. 82–92, hier S. 90; vgl. auch Kaganovič, XVI s-ezd, S. 76.

[240] Plan obespečenija, S. 80.

[241] Vgl. Rubinštejn, in: RiK 1929, No. 13, S. 6; Latrygina, in: SO 1930, No. 2, S. 90; Cirul', in: PS 1930, No. 5, S. 24; Kaganovič, XVI s-ezd, S. 77.

[242] Kaganovič, 1930, S. 14; vgl. ähnlich: Partijnyj apparat, in: PS 1930, No. 2, S. 6.

[243] Rubinštejn, in: RiK 1929, No. 13, S. 9.

gezieltere Auswahl der Bewerber.[244] Die Ausweitung des „vydviženie“ brachte auch auf einem anderen Feld erhebliche Probleme mit sich, da dadurch der ohnehin viel zu geringe Kader qualifizierter Arbeiter in der sowjetischen Industrie noch weiter ausgedünnt wurde.[245] Deshalb schlug Ordžonikidze vor, stärker auf die Absolventen der Fabrikschulen zurückzugreifen, die obendrein eine solide technische Grundausbildung besaßen, auf die sie bei verantwortlicherer Arbeit zurückgreifen konnten.[246] Tatsächlich sah der Kaderplan von 1930 vor, diese Reserve in größtmöglichem Umfang in das „vydviženie“ hineinzuziehen.[247] Die vorgesehene Intensivierung der Aufstiegsbewegung während des Fünfjahrplans machte es aber erforderlich, auch technisch nicht weiter vorgebildete Arbeiter auf verantwortliche Posten zu befördern:

Tab. 23: Orientierungszahlen für das „vydviženie“ in der Industrie 1929–1933 (nach dem Kaderplan von 1930)[248]

Jahr	*vydvižency:*		*davon ohne techn.*	*Index des jährl.*
	in 1000	*in % der Arbeiter*	*Spezialausbildung (in %)*	*vydviženie (1929/30 = 100 %)*
1929/30	52,8	2,4	55,5	100,0
1930/31	55,3	2,4	52,1	104,7
1931/32	67,1	2,6	45,2	127,1
1932/33	101,7	3,3	31,5	192,6
Insgesamt:	276,9	10,7	43,5	–

Den Orientierungsdaten zufolge sollte jeder zehnte sowjetische Arbeiter die Chance zum Aufstieg haben, ohne die Hochschule zu durchlaufen. Die Intensität dieser Bewegung sollte von Jahr zu Jahr zunehmen, die Vorbildung der „vydviženсy“ sollte sich von Jahr zu Jahr verbessern. So problematisch die Beförderung von nicht qualifiziertem Personal in verantwortliche Positionen auch sein mußte, war dies doch ein Projekt, das ähnliche soziale Folgen haben mußte, wie die Ausbildung einer großen Zahl von Arbeitern auf den Hochschulen. Es wurde eine Aufstiegswelle organisiert, die auf die Arbeiterschaft erhebliche integrative Wirkung haben mußte.

Die tatsächliche Entwicklung der Aufstiegsbewegung ist nur schwer nachzuvollziehen, da sie sich in den verschiedensten Apparaten vollzog und von verschiedenen Organisationen gefördert wurde. Der Parteiapparat spielte nach wie vor eine wichtige Rolle[249], doch nahmen

244 Kaganovič, 1930, S. 14ff.

245 Vgl. Ordžonikidze, XVI s-ezd, S. 317; das gilt im übrigen auch für die Delegierung von Arbeitern auf Hochschulen, vgl. Fitzpatrick: Education, S. 182.

246 XVI s-ezd, S. 317.

247 Vgl. Plan obespečenija, S. 82–84.

248 Ebd., S. 86; der Plan ging dabei von einem Wachstum der Arbeiterzahlen von 2,2 auf 3,08 Millionen aus; der Anteil der „vydviženсy“ an der Arbeiterschaft für die Jahre 1929/30–1932/33 errechnet sich durch einfache Addition der Prozentzahlen; das ist jedoch irreführend: setzt man die absolute Zahl der „vydviženсy“ (276900) in Bezug zur angenommenen Arbeiterzahl 1932/33 kommt man auf 8,99 %, setzt man sie in Bezug zur Arbeiterzahl für 1929/30, kommt man auf 12,5 %.

249 Vladimirskij, XVI s-ezd, S. 95f.; vgl. V. A., in: PS 1930, No. 3–4, S. 70; Bljumental', S.: Rabočie brigady po podboru kadrov, in: PS 1930, No. 9, S. 29–31, hier S. 30.

sich allmählich auch die Gewerkschaften verstärkt des „vydviženie“ an.[250] Auch die RKI gewann an Bedeutung, da sie bei der Revision der staatlichen Apparate verstärkt Arbeiter mobilisierte, die dann teilweise hinausgesäuberte Angestellte ersetzten.[251] Allein in Moskau wurden 1929/30 1500 Arbeiter, davon 60% mit mehr als zehn Jahren Produktionserfahrung in den zentralen Wirtschafts- und Staatsapparat befördert.[252] In anderen regionalen Organisationen geschah ähnliches. Nach Angaben der Parteistatistik verwandelten sich 1929 und 1930 jährlich 12% der proletarischen Parteimitglieder aus der Produktion von „Arbeitern an der Werkbank“ in „Arbeiter mit Aktentasche“.[253] Welches Ausmaß diese Bewegung im Fünfjahrplan annahm, läßt sich auch daran ablesen, daß zwischen dem 1. 10. 1929 und dem 1. 11. 1933 z. B. im Maschinenbau die Zahl der ‚Praktiker‘ im ingenieur-technischen und administrativen Personal von 10222 (43,4% des Bestandes) auf 45258 (60,9% des Bestandes), d. h. um 342,8% stieg.[254] Der Aufstieg von Arbeitern über die Hochschulen wurde also auf breiter Basis durch „vydviženie“ ergänzt. Diese Bewegung erreichte einen Umfang, daß sich die Masse der Kaderarbeiter im Fünfjahrplan eine reelle Chance ausrechnen konnte, entweder im Rahmen von Hochschulausbildung oder direkt im Betrieb, via Partei und Gewerkschaft, eine Position im Management zu erreichen.

So sehr diese Maßnahmen die Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft beeinflußten – insbesondere die Formierung einer führenden Schicht –, konnten sie den drängenden Mangel an Fachpersonal kurzfristig, d. h. innerhalb des ersten Planjahrfünfts, nicht beheben. Die sowjetische Industrie trat in die Phase der forcierten Industrialisierung mit einer Reihe von Hypotheken ein. Und das Unvermögen von Partei- und Sowjetführung, rechtzeitig geeignetes Personal bereitzustellen, war nicht das kleinste Versäumnis darunter.

[250] Švernik, XVI s-ezd, S. 661; Šegal, ebd., S. 682.

[251] Egorov, ebd., S. 389f.; vgl. Samokritika i vnutripartijnaja demokratija, in: PS 1930, No. 11, S. 21–29, hier S. 25.

[252] Kaganovič, XVI s-ezd, S. 77.

[253] Vgl. Rizel', in: PS 1930, No. 10, S. 9; Ukreplenie rjadov partii, in: PS 1930, No. 10–11, S. 13–20, hier S. 19.

[254] Vgl. Bejlin, S. 212f.

3. SOZIALER WANDEL IN DER SOWJETISCHEN ARBEITERSCHAFT

Die Herausformung des Stalinistischen Herrschaftssystems stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Formierung der neuen technischen und administrativen Führungsschicht im Prozeß der Industrialisierung. Die dominierende Rolle politischer Apparate erklärt sich zum Teil gewiß aus dem geringen Gewicht und der Heterogenität der Fachapparate – d.h. Apparate von Staat und Wirtschaft in Gegensatz zu Parteiapparat, OGPU und ZKK-RKI – zu Beginn des forcierten Industrieausbaus. Andererseits ist jedoch auch zu fragen, wie sich die unmittelbaren Produzenten, die Arbeiter, zu dem sich formierenden System politischer Herrschaft verhielten, was sie dieser Entwicklung an Widerstand entgegensetzen konnten, bzw. wieweit sich die Arbeiter in diesem Herrschaftssystem wiedererkannten. Es ist dabei zu überdenken, ob bei der sowjetischen Arbeiterschaft überhaupt von einer geschlossenen Gruppe mit einheitlichen Interessen gesprochen werden kann, von einer „Klasse für sich", die selbständig politisch agierte. Der grundlegende soziale Wandel, dem die Arbeiterschaft in den Jahren seit der Forcierung des industriellen Aufbaus unterworfen wurde, die Veränderung der materiellen Lage und die Einbindung in das System mittels Gewerkschaftsreform und sozialistischem Wettbewerb, sind Faktoren, die bei der Beantwortung dieser Fragen nicht außer acht gelassen werden können.

3.1. DIE SOWJETISCHE ARBEITERSCHAFT ENDE DER ZWANZIGER JAHRE

Die sowjetische Arbeiterschaft war in den Jahren des Kriegskommunismus und der NĖP ständigem Wandel unterworfen. Im Bürgerkrieg waren zahlreiche Arbeiter gefallen, viele waren aufs Land gegangen, um der Hungersnot zu entgehen, andere hatten in den Apparaten der Sowjetmacht Funktionen übernommen und ihre Tätigkeit im Betrieb aufgegeben. Während der NĖP erhielt das ausgezehrte, zahlenmäßig zusammengeschrumpfte Proletariat wieder Zulauf. Ehemalige Arbeiter kehrten aus dem Dorf zurück, „neue" Arbeiter kamen in die Fabriken, teils Bauern und Landproletarier, teils aber auch Jugendliche aus Arbeiterfamilien. Der Wandel des sozialen Profils, der Hand in Hand ging mit dem des Selbstverständnisses, des politischen Bewußtseins und des Arbeitsverhaltens, schritt 1928/29 weiter voran und gewann mit dem Übergang zur forcierten Industrialisierung an Tempo. Mit der revolutionären Klasse des Jahres 1917 hatte die Arbeiterschaft von 1928/29 nur noch wenig gemein. Allerdings stand sie sowohl politisch als auch produktionstechnisch vor einer gänzlich anderen Situation. Die forcierte Industrialisierung, die auf Einführung neuester westlicher Technologie angewiesen war, verlangte von den Arbeitern vermehrt technische Qualifikation, zugleich aber auch eine verstärkte Spezialisierung. Ferner mußte der Arbeiter bereit sein, sich in den industriellen Fertigungsprozeß einzuordnen und sich dem von der Maschinerie vorgegebenen Rhythmus zu unterwerfen. Da die Industrialisierung bestimmte politische und sozialökonomische Ergebnisse zeitigen sollte – Stichwort: Aufbau des Sozialismus –, forderte die Parteiführung von den Arbeitern eine Grundeinstellung, deren hervorstechendes Merk-

mal Loyalität gegenüber Parteiführung und Betriebsleitung war. Dieser Anspruch der politischen Obrigkeit mußte allerdings dann zum Konflikt führen, wenn es innerhalb der Arbeiterschaft ein gewachsenes proletarisches Selbstverständnis gab, das es ihr ermöglichte, gegen Druck „von oben" als Gruppe zu reagieren. Über den Bewußtseinsstand der Arbeiter finden sich in den Quellen jedoch kaum brauchbare Angaben. Immerhin verfügen wir über Zusammensetzung und Qualifikationsstruktur des sowjetischen Proletariats dieser Zeit recht ausführliche Daten.

Im Frühjahr 1929 wurde von den Gewerkschaften eine repräsentative Erhebung durchgeführt, die etwa 25 % der Beschäftigten der in die Befragung einbezogenen Industriezweige erfaßte.[255] Zu diesem Zeitpunkt gab es in der sowjetischen Industrie ca. 2,7 Mill. Arbeiter[256], dazu im Baugewerbe 776,5 Tausend[257] und bei der Eisenbahn 1,157 Mill.[258] Insgesamt betrugen die Beschäftigtenzahlen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor – Arbeiter und Angestellte – um 10 Millionen.[259] Dazu kamen Anfang 1929 etwa 1 Million registrierte Arbeitslose[260], die tatsächlichen Arbeitslosenzahlen lagen wahrscheinlich deutlich höher.

Die 2,7 Millionen Industriearbeiter stellten in den Augen der Parteiführung den eigentlichen Kern des Beschäftigtenheeres dar, die Gruppe, auf die es bei der Industrialisierung am meisten ankam und die politisch am verläßlichsten war. Die Gewerkschaftsumfrage, die Aufschluß über ihr Profil geben sollte, konzentrierte sich auf drei Industriezweige, auf Bergbau, Metallindustrie und Textilindustrie.[261] Ausgewählt wurden die Branchen zum einen nach Bedeutung – es handelte sich um Schlüsselindustrien bzw. einen wichtigen Industrie-

[255] Ergebnisse dieser Erhebung zusammengefaßt bei Rašin: Sostav; eine deutsche Zusammenfassung bei Meyer, G.: Sozialstruktur sowjetischer Industriearbeiter Ende der zwanziger Jahre. Ergebnisse der Gewerkschaftsumfrage unter Metall-, Textil- und Bergarbeitern 1929, Marburg 1981; einen Überblick über die publizierten Ergebnisse der Umfrage, ebd., S. 183; zur zeitgenössischen kritischen Reaktion vgl. Markus, B. L.: K voprosu o metodach izučenija social'nogo sostava proletariata SSSR, in: Istorija proletariata SSSR 2. 1930, S. 23–71, hier S. 67; zur Repräsentativität der Umfrage vgl. Rašin: Sostav, S. 1; in die Auswertung wurden allerdings nicht alle Fragebögen einbezogen, ebd., S. 2.

[256] Diese Angabe gilt für Frühjahr 1929, vgl. Chejnman, S. A.: Trud v SSSR, in: EO 1929, S. 121–137, hier S. 126; Trud v SSSR. Spravočnik 1926–1930, Moskva 1930, S. 7; Čislennost' personala cenzovoj fabrično-zavodskoj promyšlennosti na 1 janvarja 1929 g., in: SO 1928, No. 12, S. 116–117; vgl. ferner, Sac, V.: Čislennost' personala cenzovoj fabrično-zavodskoj promyšlennosti na 1 ijulja 1929 g., in: SO 1929, No. 9, S. 86–87; Avdienko, M.: Sdvigi v strukture proletariata v pervoj pjatiletke, in: PCh 1932, No. 6–7, S. 145–170, hier S. 147; Soc. Stroit. 1934, S. 323, 324f., 306f.; SO 1930, No. 1, S. 127.

[257] Trud v SSSR 1926–1930, S. 21; vgl. Soc. Stroit. 1934, S. 306; die Zahlen schwankten saisonal sehr stark, sie stiegen von 372,4 Taus. im März auf 1171,3 im Oktober, um im Dezember wieder auf 777,5 Taus. zurückzufallen.

[258] Trud v SSSR 1926–1930, S. 21; alle Mitarbeiter einschließlich Angestellte; Jahresmittel.

[259] Chejnman, in: EO 1929, No. 9, S. 121, 1930, No. 1, S. 127; Soc. Stroit. 1934, S. 306f., mit leicht abweichenden Daten.

[260] Die Angaben über die Arbeitslosenzahlen schwanken infolge der Unzulänglichkeit der Registration sehr stark; am 1. April 1929 sind bei den Arbeitsbörsen 1,335 Mill. Personen registriert; die Gewerkschaften zählen zu diesem Zeitpunkt 2,239 Mill. arbeitslose Mitglieder; Chejnman, in: EO 1929, No. 9, S. 131f.; vgl. Trud v SSSR 1926–1930, S. 30; ebd., S. 71, gibt an, daß nur 985 100 Personen Arbeitslosenunterstützung erhielten; ca. ⅕ der registrierten Arbeitslosen stammte aus der Industrie.

[261] Rašin: Sostav, S. 1.

zweig der Konsumgüterindustrie – zum anderen deshalb, weil diese Branchen zahlenmäßig die größten Arbeitergruppen stellten. Am 1. 1. 1929 waren von 2,788 Millionen Industriearbeitern 594,8 Tausend (21,3%) im Bergbau, 502,7 Tausend (18,02%) in Maschinenbau und Metallverarbeitung sowie 877,9 Tausend (31,5%) im Textilbereich tätig, zusammen 1,9754 Millionen (70,8%).[262] Für die Auswertung der Erhebung wurden die Daten von 92879 Arbeitern aus Bergbau und Metallverhüttung, 57443 aus Metallverarbeitung und Maschinenbau und 118986 Textilarbeitern herangezogen, zusammen 169308 Fragebogen.[263] Damit stand eine Stichprobe zur Verfügung, die Rückschlüsse auf die gesamte Arbeiterschaft dieser Industriezweige erlaubte. Die zeitgenössische Kritik machte allerdings geltend, daß der Zeitpunkt der Umfrage – April, Mai, teilweise noch Juni 1929 – zu einer Verzerrung der Ergebnisse geführt habe, da in diesen Monaten der Großteil der Saisonarbeiter zur Frühjahrsbestellung ins Dorf zurückgekehrt sei. Angaben über die Bindung der Arbeiter ans Land, die charakteristisches Merkmal war für diese Arbeiterschaft im Umbruch, seien nur mit Vorbehalt verwertbar. Ferner sei die Zahl der Textilarbeiter infolge konjunktureller Schwankungen gerade rückläufig. Kritisiert wurde auch die Ungenauigkeit der Fragestellung, die Rückschlüsse auf die Klassenherkunft der Arbeiter nicht zulasse.[264] Soweit diese Kritik zutreffend ist – und in bezug auf die saisonal bedingte Abwanderung ist sie gewiß nicht ohne Berechtigung –, muß sie bei der Auswertung berücksichtigt werden. Trotz dieser Vorbehalte erlauben die Ergebnisse der Umfrage Schlüsse auf die gesamte Arbeiterschaft der fraglichen Industriezweige.

Die Gewerkschaftsumfrage zeigt zunächst einmal deutlich, welchem Umbruch die Arbeiterschaft seit 1917 unterworfen war – die Hälfte der Arbeiter war erst nach der Oktoberrevolution in die Betriebe gekommen:

[262] Berechnet nach Trud v SSSR 1926–1930, S. 7; vgl. Soc. Stroit. 1934, S. 323; unter der Kategorie „Bergbau“ sind hier auch Metallverhüttung, Erdölförderung und -verarbeitung gefaßt; für den Textilbereich sind hier alle Einzelbranchen einschließlich Konfektionsindustrie zusammengezogen; die baumwollverarbeitende Industrie, auf die sich die Umfrage bezog, hatte am 1. 1. 29 524000 Arbeiter (18,8%); Trud v SSSR 1926–30, S. 7; Chejnman, in: EO 1929, No. 9, S. 126.

[263] Rašin: Sostav, S. 3; damit wurden 15,6% der Berg- und Hüttenarbeiter, 11,4% der Metaller und 24,1% der Textilarbeiter in die Auswertung einbezogen; die Daten für Textilarbeiter sind bezogen auf Baumwollindustrie 1. Mai 1929; Chejnman, in: EO 1929, No. 9, S. 126; vgl. auch Anm. 264.

[264] Markus, B. L.: K voprosu o metodach izučenija social'nogo sostava proletariata SSSR, in: Istorija proletariata SSSR. Sbornik 2. 1930, S. 23–71, hier S. 66f.; die Bemerkung über saisonale bzw. konjunkturelle Schwankungen ist teilweise berechtigt, vgl. die Angaben bei Chejnman, in: EO 1929, No. 9, S. 126:

Arbeiterzahlen in der Zensusindustrie 1928/29 (in 1000)

Industriezweig	*1928*			*1929*		
	1. Januar	*1. April*	*1. Juli*	*1. Januar*	*1. April*	*1. Juli*
Erzförderung	149,9	152,9	225,7	163,3	162,7	238,4
Steinkohle	253,0	241,5	247,9	273,0	266,1	261,6
Baumwollind.	492,5	509,6	520,2	524,0	507,1	485,1

Deutlich wird der Rückgang der Arbeiterzahlen in der Textilindustrie, der offenbar konjunkturell bedingt war; dagegen sind in der Erz- bzw. in der Steinkohlenförderung saisonale Schwankungen erkennbar: im Steinkohlenbergbau relativ schwache mit Maximum im Winter, im Erzbergbau stärkere mit Maximum im Sommer.

Tab. 24: Betriebserfahrung der sowjetischen Arbeiter 1929 (in %)[265]

Region u. Branche	*Arbeitsantritt in der Industrie:* bis 1917	1918–1921	1922–1925	1926 u. später	*Lange Unterbrechung der Produktionsarbeit (Bürgerkrieg)*
Baumwollindustrie					
Leningrad	50,9	5,1	25,9	18,1	27,5
Moskau	55,6	7,4	20,9	16,1	19,4
Gebiet Moskau	58,8	7,4	19,4	14,4	17,2
Gebiet Ivanovo-Vozn.	61,8	5,3	17,8	15,1	25,2
Metallverarbeitung					
Leningrad	51,5	8,3	21,3	18,9	17,3
Gouv. Moskau	50,2	10,5	19,3	20,0	14,6
Ukraine	52,5	10,9	22,2	14,4	16,0
Metallverhüttung					
Ukraine	40,1	9,3	24,3	26,3	13,0
Ural	49,2	10,5	21,3	19,0	7,5
Steinkohlenförderung					
Donbass	33,2	10,8	21,7	34,3	6,0
Ural u. Sibirien	37,5	13,6	18,6	30,3	5,6
Erdölindustrie	50,7	13,9	25,0	10,4	11,2

Bereits an dieser Tabelle werden regionale und branchenbezogene Eigenheiten deutlich. In der Berg- und Hüttenindustrie ist der Stamm „alter" Arbeiter signifikant schwächer, der Zuzug der Jahre 1926–27 deutlich stärker als in den anderen Industrien. Vergleicht man die Regionen Ural bzw. Ural/Sibirien mit der Ukraine bzw. Donbass, fällt auf, daß innerhalb der vorrevolutionären Generation der ortsfeste Kern, der während des Bürgerkriegs im Betrieb blieb, im Ural relativ größer, die Betriebsflucht geringer ist. Das sind Indizien, die auf die unterschiedliche Lage einzelner Arbeitergruppen hinweisen, bedingt durch regionsspezifische Entwicklungen – Ural – oder durch Eigenheit des Industriezweiges – z. B. des Bergbaus, der auf niedrigstem technischen Niveau arbeitete und keinen qualifizierten Arbeiterkader besaß, anders als z. B. der Maschinenbau. Die Arbeiterschaft, eine gesellschaftliche Gruppe,

[265] Nach Rašin: Sostav, S. 5, 10; vgl. die Angaben über Alterszusammensetzung, ebd., S. 48, danach waren 1929 von den befragten Arbeitern 1917 17 Jahre und jünger:

Textilindustrie:	Leningrad	52,5 %
	Moskau	45,5
	Gebiet Ivanovo	47,5
Metallverarbeitung:	Leningrad	50,4
	Gebiet Moskau	55,9
Metallverhüttung:	Ukraine	59,7
	Ural	57,2
Steinkohleförd.:	Donbass	64,6
	Ural/Sibirien	52,8
Erdölindustrie:		41,3

die sich über ihre Stellung im Prozeß der gesellschaftlichen Produktion definierte, war durchaus heterogen. Das wird noch deutlicher, betrachtet man die soziale Herkunft der befragten Arbeiter:

Tab. 25: Soziale Herkunft sowjetischer Arbeiter 1929 (in %)[266]

Region u. Branche	*Beruf des Vaters:* Arbeiter	Angestellter	Bauer	Handwerker u. a.
Baumwollindustrie				
Leningrad	**57,7**	4,8	35,5	2,0
Moskau	49,4	3,5	45,9	1,2
Gebiet Moskau	61,1	3,7	34,7	1,5
Gebiet Ivanovo	52,7	2,1	**43,6**	1,6
Metallverarbeitung u. Maschinenbau				
Leningrad	51,8	7,1	38,6	2,5
Gouv. Moskau	**54,6**	5,6	38,0	1,8
Ukraine	**62,6**	**7,0**	**26,8**	**3,8**
Metallverhüttung				
Ukraine	**41,2**	3,1	53,7	2,0
Ural	69,9	2,3	**26,4**	1,4
Steinkohlenförderung				
Donbass	33,8	1,9	63,0	1,3
Ural/Sibirien	**37,6**	**1,6**	58,4	2,4
Erdölförderung	33,5	1,7	62,6	2,2

Die Industrien, die in urbanisierten Räumen mit industrieller Tradition angesiedelt waren, wie z. B. Textilindustrie in Leningrad oder Ivanovo-Voznesensk oder Metallverarbeitung in Leningrad und im Gouvernement Moskau, verfügten über einen Arbeiterstamm, der sich z. T. selbst reproduzierte. Der Anteil der Beschäftigten bäuerlicher Herkunft war beschränkt und lag bei den Berufsanfängern der zwanziger Jahre deutlich unter den Vorkriegswerten.[267] Ähnliche Verhältnisse herrschten in der Metallverhüttung des Ural, in dessen Arbeiterkader, der sich bis 1917 nahezu zu 80% selbst reproduziert hatte, allmählich eine zunehmende Anzahl Bauern eindrang. Deutlich andere Verhältnisse herrschten im Steinkohlenbergbau, in der Erdölindustrie und bei der ukrainischen Metallverhüttung. Hier dominierten die Arbeiter bäuerlicher Herkunft, die in der ersten Generation in der Industrie arbeiteten.

Wenngleich nicht auszumachen ist, aus welcher Schicht innerhalb der bäuerlichen Bevölkerung die Zuwanderer stammten, ob sie bereits vorher im Handwerk oder Wandergewerbe gearbeitet hatten, bzw. ob sie übergangsweise als Saisonarbeiter tätig waren, ehe sie endgültig in der Fabrik blieben, so kann man doch davon ausgehen, daß die Masse jener Arbeiter, die eine dörfliche Sozialisation erfahren hatten, bei der Eingliederung in den industriellen Produktionsprozeß mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hatten als solche aus Arbeiterfami-

[266] Rašin: Sostav, S. 17; im Lauf der Jahre verschob sich die soziale Zusammensetzung der Arbeiter, vgl. ebd., S. 19–22; dazu exemplarisch Daten über Textilindustrie in Ivanovo-Voznesensk, metallverarbeitende Industrie in Leningrad und Bergbau im Donbass:

lien. Gewöhnung an städtische Kultur, Einbeziehung in das Milieu der proletarischen Sozialbeziehungen – Klubs, Kneipen, Freundschaften u. ä. –, Erfahrung mit dem maschinell vorgegebenen Arbeitsrhythmus erleichterten Anfängern aus dem Arbeitermilieu die Eingewöhnung in den Betrieb. Die Bindung der Industriearbeiterschaft an den bäuerlichen Bereich wurde aber nicht nur an der Herkunft der einzelnen Arbeiter sichtbar, sie war auch daran ablesbar, daß ein Teil der Arbeiter nach wie vor Landwirtschaft betrieb (Tab. 26).

Allein aus diesen Angaben wird deutlich, wie komplex die Bindung der sowjetischen Industriearbeiter an der Landwirtschaft war. Es wäre kurzschlüssig, Landbesitz und Landwirtschaft gleichzusetzen mit geringer Produktionserfahrung, bäuerlicher Psyche und allgemeiner Rückständigkeit. Je nach Branche und Wohnort hatte die eigene Landwirtschaft durchaus unterschiedliche Wirkung für den Arbeiter. So stellten Arbeiter aus städtischen Räumen, deren Land fernab im alten Heimatort lag, einen anderen Typ dar als solche, die in einem ländlich strukturierten Industriegebiet lebten, arbeiteten und ihre Nebenerwerbslandwirtschaft betrieben. Zu unterscheiden sind auch Saisonarbeiter, die ihr industrielles Arbeitsjahr regelmäßig unterbrachen, um ihre Felder zu bestellen, und Abwanderer, die zwar noch den Besitztitel an ihrem Land hatten – oft im Rahmen der Feldumteilungsgemeinde –, es aber nicht bestellten, oder aber durch zurückgelassene Familienmitglieder bewirtschaften ließen. Die Bindung ans Land kann also sehr vielgestaltig sein und recht unterschiedliche Wirkung auf das Verhalten des Arbeiters haben. Z. B. verfügten die Textilarbeiter in Ivanovo-Voznesensk und die Metaller im Moskauer Gouvernement (nicht aber die dortigen Textilarbeiter),

Datum des Arbeitsantritts	*Arbeiter*	*Angestellte*	*Bauern*	*Handwerker u. a.*
Textilindustrie, Gebiet Ivanovo-Voznesensk				
vor 1905	44,0%	0,9%	53,6%	1,5%
1905–13	47,8	1,2	49,5	1,5
1914–17	55,8	1,1	41,7	1,4
1918–21	58,6	2,1	38,2	1,1
1922–25	61,6	3,5	33,2	1,7
1926–27	58,2	4,9	35,3	1,6
1928 u. später	62,3	4,7	31,1	1,9
Metallverarbeitung, Leningrad				
vor 1905	43,1	2,6	52,0	2,3
1905–13	52,2	4,1	42,0	1,7
1914–17	56,9	3,9	37,3	1,9
1918–21	60,0	7,4	29,8	2,8
1922–25	55,1	10,4	31,3	3,2
1926–27	51,6	13,5	32,0	2,9
1928 u. später	50,5	13,7	33,1	2,7
Steinkohlenbergbau, Donbass				
vor 1905	33,3	1,0	64,0	1,4
1905–13	37,9	1,0	59,5	1,6
1914–17	45,0	1,8	52,1	1,1
1918–21	39,5	1,9	57,3	1,3
1922–25	33,0	1,6	63,9	1,5
1926–27	30,1	3,0	66,0	0,9
1928 u. später	26,0	2,6	70,5	0,9

[illegible] Vgl. Rašin: Sostav, S. 19–22; vgl. die in Anm. 266 dokumentierten Ausschnitte.

die Land besaßen, über größere Arbeitserfahrung und höheres Einkommen als Arbeiter ohne Land. Der Anteil derer, die Land am Arbeitsort besaßen, war hier sehr hoch. Eine Spezialuntersuchung, die am Beispiel von drei Textilbetrieben im Zentralen Industriegebiet das Verhalten von Arbeitern mit und ohne Landwirtschaft am Betriebsort verglich[268], kam zu dem Ergebnis, daß Arbeiter mit Nebenerwerbslandwirtschaften ein recht eigenartiges Verhaltensprofil zeigten. Ihre Arbeitsdisziplin war höher als bei anderen Arbeitern, sie fehlten seltener, sie wechselten kaum den Arbeitsplatz – die Fluktuation der Arbeitskraft war eines der

Tab. 26: Landbesitz und landwirtschaftliche Betätigung sowjetischer Industriearbeiter 1929 (in %)[269]

	Baumwollindustrie:				*Metallverarbeitung:*		
	Leningrad	*Moskau*	*Geb. Mosk.*	*Geb. Ivanovo*	*Leningrad*	*Mosk. Gouv.*	*Ukraine*
Anteil der Arbeiter m. Landbesitz	4,4	11,2	24,1	16,7	12,4	31,7	5,7
davon mit Aussaat	84,6	93,7	77,5	90,0	86,5	91,7	62,5
mit Arbeitsvieh	57,4	70,3	48,9	68,3	64,2	61,6	12,8
am Wohnort	2,2	1,8	68,3	66,6	4,7	36,4	85,9
Bearbeitung erfolgt							
– mit eigener Kraft	83,7	84,9	78,2	81,9	86,2	83,9	77,3
– mit eigener Kraft und fremder Lohnarbeit	13,4	13,0	19,3	16,1	10,7	11,6	16,6
– nur mit fremder Lohnarbeit	1,8	2,1	0,7	1,2	1,8	1,7	3,9
– unbekannt	1,1	–	1,8	0,8	1,3	2,8	2,2
Durchschnittliche Berufserfahrung (in Jahren)							
Arbeiter mit Land	13,5	11,2	12,9	16,2	12,4	12,4	11,5
Arbeiter ohne Land	10,8	13,5	14,0	13,3	10,9	9,9	11,4
Durchschnittlicher Tageslohn (in Rbl.)							
Arbeiter mit Land	3,66	2,86	2,39	2,59	5,10	4,45	3,86
Arbeiter ohne Land	2,88	2,54	2,47	2,32	4,92	4,50	4,36

[268] Semenov, N.: Lico fabričnych rabočich, proživajuščich v derevnjach i politprosvetrabota sredi nich. Moskva Leningrad 1929; die Untersuchung wurde anscheinend um 1928 durchgeführt.

[269] Rašin: Sostav, S. 25, 29, 38; infolge des Durchführungstermins der Umfrage sind die Angaben über die Bindung von Berg- u. Hüttenarbeitern ans Land nicht vorbehaltlos benutzbar, sie werden hier also ausgeklammert; vgl. oben Anm. 264; vgl. auch Trud v SSSR 1926–30, S. 27ff.; vgl. Sidorov, Rezension: Metallisty SSSR. izd. VCSPS 1930, in: Istorija Proletariata SSSR. Sbornik 3–4. 1930, S. 227–230, hier S. 228; Kalistratov, Ju.: K voprosu o trudovoj discipline v promyšlennosti SSSR, in: SO 1929, No. 2, S. 45–54, hier S. 50; Zauzolkov, F.: K charakteristike sostava rabočego klassa SSSR, in: B 1929, No. 22, S. 31–40, hier S. 36ff.; zusätzliche Informationen über Bindung städtischer Arbeiter ans Land können der Zählung der Stadtbevölkerung von 1926 entnommen werden; vgl. Krasil'nikov, M.: Svjaz' naselenij Moskvy s nadel'noj zemlej, in: SO 1928, No. 6, S. 103–7; ders.: Svjaz' leningradskogo rabočego s zemlej, in: SO 1929, No. 4, S. 107–10; die Daten, die für 1926/27 gelten, sind infolge des raschen Wandels in der Arbeiterschaft mit den im Text zitierten nicht

Hauptprobleme –, da sie durch die Landwirtschaft an den Ort gebunden waren, und sie waren seltener in Arbeitskonflikte verwickelt.[270] Andererseits war ihre Produktivität geringer, besonders in der Zeit der Feldarbeiten, ihre Beteiligung an Produktionsberatungen schwach, ihr Interesse an Rationalisierungsmaßnahmen gering. Der Grad der Organisierung in Gewerkschaft und Partei war niedrig, ihr politisches Interesse schwach entwickelt.[271] Wenngleich diese Gruppe innerhalb der Belegschaften ein stabilisierendes Element war, entsprach ihr Verhalten keineswegs den Wünschen der politischen Führung, da sie keinen „Produktionsenthusiasmus" zeigte und sich politischer Einflußnahme entzog.

Noch problematischer war allerdings der Umgang mit jenen Arbeitern, die unlängst vom Dorf in die Industrie gekommen waren und ihre ökonomischen Beziehungen zum Dorf nicht gelöst hatten, mitunter die Industriearbeit nur annahmen, um die eigene Landwirtschaft zu finanzieren. Dieser Arbeitertyp, der sich an industrielle Arbeit noch nicht gewöhnt hatte, wurde wegen seiner schlechten Arbeitsdisziplin und seiner gänzlich unzulänglichen Qualifikation kritisiert.[272] 1929 war sein Anteil an den Belegschaften jedoch noch relativ klein. Diese Arbeiter trugen auch bäuerliche Stimmungen in den Betrieb und erschwerten der VKP die Aufgabe, das Industrieproletariat ungeachtet der wachsenden Unzufriedenheit in der bäuerlichen Bevölkerung zur Identifikation mit der Sowjetmacht zu veranlassen.[273] Die Gewerkschaftsumfrage zeigt im übrigen, daß die Masse der Arbeiter mit Land ihre Wirtschaft ohne fremde Hilfe betrieben, d. h. keineswegs der dörflichen Oberschicht zuzurechnen waren, ein großer Teil besaß nicht einmal Arbeitsvieh. Die Gefahr der „Kulakensabotage", die zeitgenössische Propagandisten an die Wand malten[274], entsprach zwar den Denkschemata der Parteibeamten, hatte aber recht wenig mit dem Betriebsalltag zu tun.

unmittelbar vergleichbar; sie geben jedoch Anhaltspunkte über soziale Merkmale der „landbesitzenden Schicht" (SO 1928, No. 6, S. 104f.; SO 1929, No. 4, S. 107, 109):

Anteil der Bevölkerungsgruppen in der Stadt mit Land 1926/7 (%)

		Moskau:		Leningrad:	
		Familien	*Alleinstehende*	*Familien*	*Alleinstehende*
Angestellte		6,4	18,5	5,0	12,5
freie Berufe		1,5	1,6	1,4	1,5
Arbeitslose		6,9	19	7,1	15,6
Arbeiter		13,4	39,9	9,6	25,5
davon:	Bauarb.	23,0	68,7	17,8	54,3
	Metaller	13,1	37,0	7,8	21,4
	Textilarb.	9,4	21,5	9,6	15,3
	Drucker	8,7	26,4	4,6	10,8

[270] Ebd., S. 42–50.

[271] Ebd., S. 42, 50f., 54ff.; vgl. auch Olenčenko, L.: Rabota s rabočimi živuščimi v derevne, in: PS 1931, No. 12, S. 57–59.

[272] Vgl. Kalistratov, in: SO 1929, No. 2, S. 50.

[273] Vgl. die Rede Uglanovs auf dem Plenum des ZK (Juli 1928?), T 1835; vgl. Schröder: Arbeiterschaft, S. 328f.; nimmt man die Arbeiter bäuerlicher Herkunft, die 1926–29 in die Produktion kamen, so beträgt ihr Anteil an der jeweiligen Arbeitergruppe 1929 (Rašin: Sostav, S. 19ff.):

Textilindustrie		*Metallverarbeitung*	
Leningrad	3,97 %	Leningrad	6,15 %
Moskau	4,46	Moskauer Gouv.	7,1
Moskauer Gebiet	4,08	Ukraine	4,3
Geb. Ivanovo-V.	5,0		

[274] Vgl. z. B. Chain, A./Chandros, V.: Kto oni – novye ljudi na proizvodstve, Moskva 1930, S. 4.

Die Daten über Herkunft, Produktionserfahrung und Verhältnis zum Dorf zeigen, daß es mit der Homogenität der sowjetischen Arbeiterschaft so weit nicht her war. Innerhalb der Arbeiterschaft der einzelnen Industrien und Regionen sind durchwegs wenigstens zwei Verwerfungslinien zu erkennen: ein Generationsbruch zwischen jenen Arbeitern, die die Revolution bewußt erlebten, u. U. daran teilnahmen und den kapitalistischen Betrieb noch kannten, und den jüngeren, die seit 1921 nachrückten; und eine Unterscheidung zwischen Arbeitern, die dem städtisch-industriellen Milieu entstammten bzw. sich angepaßt hatten, und solchen, die vom „Dorf" geprägt waren. Die Arbeiterschaft des Jahres 1929 war fraktioniert, die Voraussetzungen für ein geschlossenes Vorgehen in einer gesellschaftlichen Konfliktsituation, wie es das auf den harten Kern zusammengeschrumpfte Proletariat des Jahres 1921, ansatzweise auch 1923, geübt hatte, waren nicht günstig.

Bot diese Heterogenität der Partei- und Sowjetführung Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Politik des „divide et impera", war sie im Sinne eines raschen Ausbaus der Industrie problematisch. Der Kader erfahrener Arbeiter war zu schwach, anderen Teilen der Arbeiterschaft fehlte Produktionsdisziplin und fachliche Qualifikation. Nur ein geringer Anteil der Jungarbeiter durchlief eine Ausbildung wie die der FZU, der Fabrik- und Werksschulen, die technische Fertigkeiten und industrielle Arbeitshaltung vermitteln konnten und Sozialisationsunterschiede hätten nivellieren können. Beim Übergang zur forcierten Industrialisierung mußte das Fehlen qualifizierter Arbeitskraft hinderlich sein, zumal die Einführung neuer Technologien nicht nur mehr, sondern auch anders qualifizierte Arbeiter verlangte. Wenngleich sich die Ökonomen nicht darüber einig waren, ob die technologische Entwicklung die Ausbildung umfassend gebildeter Arbeiter verlangte oder zu einer allgemeinen Dequalifizierung führen werde, da mit dem Fortschreiten der Fließbandarbeit nur noch ein kleiner Teil der Arbeiter wirklich Spezialkenntnisse besitzen müsse, konnte es keinen Streit darüber geben, daß 1929 qualifizierte Arbeiter an allen Ecken und Enden fehlten.[275] Der Fünfjahrplan illustrierte das mit folgenden Angaben (Tab. 27).

Der Vergleich der beiden Länder ist nicht unproblematisch, da die Methoden zur Bestimmung des Qualifikationsgrades unterschiedlich sind[276], die Niveauunterschiede sind jedoch so groß und in der Tendenz so einheitlich, daß eine generelle Aussage gewagt werden kann. Offenbar war der Anteil der qualifizierten Arbeitskraft in der Sowjetunion deutlich unter dem Stand, der für eine moderne Industrie erforderlich war. Die Angaben der Gewerkschaftsumfrage können für die Frage der Qualifikation nur unter Vorbehalt herangezogen werden, da sie Qualifikation an der Einstufung in Tarifgruppen festmachten, aber nicht auf Tätigkeitsmerkmale eingingen.[277] Will man dennoch eine Vorstellung von der Qualifikations-

[275] Kontrol'nye cifry po trudu, S. 11f., 18f.; Černych, A.: Voprosy truda v Pjatiletnem plane, in: PCh 1929, No. 3, S. 240–262, hier S. 257f.; Serebrennikov, G.: Podgotovka rabočej sily i rabočee obrazovanie, in: RiK 1928, No. 19, S. 29–38, hier S. 29; Gajsinovič, S.: Problema kačestva novogo rabočego, in: RiK 1930, No. 9–10, S. 38–41, hier S. 38; Pjatiletnij Plan, t. 2, č. 2, S. 243ff.

[276] Pjatiletnij Plan, t. 2, č. 2, S. 244.

[277] Rašin: Sostav, S. 73; Rašin geht davon aus, daß Unterschiede in der Tarifgruppe weitgehend identisch sind mit Unterschieden in der Qualifikation; dies gibt aber keine Auskunft über das Vorhandensein technischer Fertigkeiten, die für Beherrschung neuer Produktionstechnologien unabdingbar waren; zum statistisch faßbaren Zusammenhang von Lohn, Bildung, Produktionserfahrung und Einordnung in Tarifgruppen, vgl. Ljustich, E.: Vlijanie obrazovanija i staža na ėffektivnost' truda rabočich, in: PCh 1930, No. 7–8, S. 273–292 (anhand des Materials der Gewerkschafts-

Tab. 27: Qualifizierte Arbeitskraft in Deutschland und der UdSSR (in %)[278]

Industriezweig	*Arbeitergruppe*	*UdSSR 1927/8*	*Dtschld. 1925*
Ganze Industrie	qualifiziert	41,8	62,6
	nicht qualifiziert	58,7	37,4
Berg- u. Hütten-industrie	qualifiziert	42,6	74,4
	nicht qualifiziert	57,5	25,6
Metallverarbeitung	qualifiziert	46,1	60,5
	nicht qualifiziert	53,9	39,5
Maschinenbau	qualifiziert	55,3	74,8
	nicht qualifiziert	44,7	25,2

struktur in der Industrie erhalten, kann man auf Angaben über die Beziehung von tariflicher Einstufung und Arbeitserfahrung sowie über die Schulbildung von Arbeitern zurückgreifen (Tab. 28). Am Beispiel ausgewählter Industriezweige der Moskauer Region wird deutlich, daß die Einstufung der Arbeiter in Tarifklassen – die, so Rašin, weitgehend identisch war mit der Zuordnung von Qualifikationsstufen – sowohl mit Arbeitserfahrung wie mit schulischer Vorbildung in Zusammenhang stand. Offenbar qualifizierten sich die Arbeiter im Verlaufe praktischer Tätigkeit, nicht durch Lehre, denn unter „qualifizierten" und „hochqualifizierten" waren solche mit langjähriger Produktionserfahrung deutlich überrepräsentiert. Zugleich lag das Bildungsniveau – sowohl, was Lesekundigkeit angeht, als auch hinsichtlich der Länge des Schulbesuchs – in diesen Gruppen über dem der unteren Tarifklassen. Da die älteren Arbeiter in der Regel eine schlechtere Schulbildung besaßen als die jüngeren[279], spielt schulische Bildung bei der Festlegung von Tarifstufen eine größere Rolle als in den Daten

umfrage); Angaben über qualifizierte Tätigkeiten in einzelnen Branchen vgl. bei Avdienko, in: PCh 1932, No. 6–7, S. 156ff.

[278] Pjatiletnij Plan, t. 2, č. 2, S. 244; zum Vergleich die Einstufungen bei Rašin: Sostav, S. 76f., 80f., 84:

	hoch-qualif.	*quali-fiziert*	*halb-qualif.*	*nicht qualif.*
Baumwollindustrie:				
– Leningrad	7,2 %	20,1 %	55,2 %	12,6 %
– Moskau	9,9	28,4	37,4	16,9
– Geb. Ivanovo	9,6	33,3	36,3	17,5
Metallverarbeitung:				
– Leningrad	3,1	19,3	41,7	32,5
– Gouv. Moskau	5,3	19,7	40,9	29,3
– Ukraine	3,7	17,3	42,7	30,8
Metallverhüttung:				
– Ukraine	7,4	20,9	33,6	14,2
– Ural	4,2	26,3	42,5	22,9
Kohlenbergbau:				
– Donbass	23,5	13,3	31,9	27,8
– Ural/Sibirien	32,2	21,3	30,2	13,5

zu den Einstufungskriterien vgl. oben Anm. 277 und unten Anm. 280.

[279] Rašin: Sostav, S. 110ff.

Tab. 28: Tarifliche Einstufung, Produktionserfahrung und Schulbildung sowjetischer Arbeiter 1929 (in %)[280]

1. Produktionserfahrung:

	bis 5 Jahre	*6–10 Jahre*	*11–15 Jahre*	*16–20 Jahre*	*21–25 Jahre*	*26–30 Jahre*	*über 30 Jahre*
Baumwollindustrie, Gebiet Moskau							
alle Arbeiter	28,3	18,5	16,9	10,8	8,9	7,3	9,3
– hochqualif.	5,6	11,3	19,2	13,5	13,4	13,8	23,2
– qualif.	12,5	20,5	22,0	13,9	11,6	9,2	10,3
– halbqualif.	25,7	20,9	17,7	11,0	9,0	7,0	8,7
– nichtqualif.	57,3	17,4	9,8	5,0	3,8	2,8	3,9
Metallverarbeitung, Gouv. Moskau							
alle Arbeiter	35,8	23,4	16,2	8,3	5,8	4,6	5,9
– hochqualif.	1,2	8,3	17,1	18,8	16,4	15,6	22,6
– qualif.	8,2	20,8	23,2	14,6	11,2	9,8	12,2
– halbqualif.	33,3	29,2	18,2	7,4	4,6	3,3	4,0
– nichtqualif.	55,6	22,9	10,7	4,4	2,9	1,5	2,0

2. Bildungsstand:

	lese-kundig	*mit Schul-bild.*	*Schulbildung bis 2,5 Jahre*	*2,5–4,5 J.*	*4,5–6,5 J.*	*über 6,5 J.*	*Mittel in J.*
Baumwollindustrie, Gebiet Moskau							
alle Arbeiter	74,4	73,4	33,7	48,5	10,1	7,6	3,3 J.
– hochqualif.	90,6	85,7	22,5	58,3	11,4	7,8	3,6
– qualif.	73,7	72,7	36,2	49,9	7,9	6,0	3,1
– nichtqualif.	72,6	72,5	37,1	46,5	9,4	7,0	3,2
Metallverarbeitung, Gouv. Moskau							
alle Arbeiter	94,7	92,1	16,2	57,3	13,9	12,6[281]	3,9
– hochqualif.	98,5	94,1	11,5	58,2	16,7	13,6	4,1
– qualif.	96,8	95,2	11,5	61,7	14,1	12,7	4,1
– halbqualif.	96,0	93,8	16,3	59,3	12,7	11,7	3,9
– nichtqualif.	89,3	86,4	22,1	56,3	12,0	9,6	3,7

[280] Rašin: Sostav, S. 76f., 80f., 84, 117ff.; zur Festlegung des Qualifikationsgrades, der sich aus der Einordnung des Arbeiters in eine bestimmte Tarifgruppe ergibt, vgl. ebd., S. 75; die Angaben beschränken sich auf eine Region, das Gebiet bzw. Gouvernement Moskau, und auf zwei Industriezweige, da hier nur exemplarische Strukturen vorgestellt werden können.

[281] Im Original fälschlich 1,6%; aus dem Zusammenhang ergibt sich jedoch die Angabe 12,6%.

unmittelbar zum Ausdruck kommt.[282] Dennoch scheint Anciennität das entscheidende Prinzip der Einstufung gewesen zu sein, ein Prinzip, das mit der Einführung neuerer Technologien im Fünfjahrplan allerdings hinfällig werden mußte, da dann in zunehmendem Maße spezielle Fertigkeiten gefordert wurden, die Arbeiter im Lauf ihrer langjährigen Tätigkeit in der russischen bzw. sowjetischen Fabrik nicht erwarben. Obendrein verlangte der forcierte Ausbau der Industrie kurzfristig erheblich mehr qualifizierte Arbeiter als vorhanden waren. Der Typ des erfahrenen Arbeiters mit langjähriger Praxis, doch ohne gründliche Spezialausbildung mußte also durch den intensiv geschulten, wenngleich kaum produktionserfahrenen abgelöst werden – der im übrigen nicht zur Verfügung stand. Der Wandel in der Arbeiterschaft bezog also auch Berufsbild und berufliches Selbstverständnis ein. Generationswechsel, Verschiebung der sozialen Zusammensetzung und Wandel der Arbeitsplatzstruktur in der Industrie wirkten zusammen.

Ehe der Übergang zur forcierten Industrialisierung diese Entwicklung zur Entfaltung brachte, gab es jedoch durchaus Anzeichen von Konsolidierung. Unter den Arbeitern, die 1926, 1927 und später in die Betriebe kamen, überwogen die Arbeiterkinder.[283] Das war auch fühlbar im Bereich der Arbeitsdisziplin. Die Zahl der durch „Blaumachen" verlorenen Tage ging zurück – auch wenn Malenkov, damals auf einem führenden Posten im Apparat des ZK, 1929 das Gegenteil behauptete (Tab. 29).

Aus der Verteilung von Fehl- und Arbeitstagen und aus dem Rückgang der „blaugemachten" Tage – d.h. der ohne Grund versäumten Tage – ist ablesbar, daß sich in der Arbeiterschaft allmählich eine diszipliniertere Haltung durchsetzte – oder durchgesetzt wurde. „Blaumachen" war aber nur eine der Formen, in denen sich Disziplinlosigkeit am Arbeitsplatz äußern konnte. Im „Statističeskoe Obozrenie" suchte ein Autor namens Kalistratov die Verstöße gegen Arbeitsdisziplin in einem Schema zu ordnen. Er unterschied „Desorganisation bei der Ausnutzung des Arbeitstages" (Verspätung, „Blaumachen"), „Desorganisation des Produktionsprozesses" (Beschädigung von Maschinen, Erzeugung von Ausschuß, Verletzung der technischen Instruktionen, Nichtbefolgung von Anweisungen des Leitungspersonals), „allgemeine Desorganisation der Arbeitsordnung" (Trunkenheit, Kartenspiel, Schlafen, Sonnenblumkernessen in der Arbeitszeit, Schlägereien, Streit) und schließlich strafrechtlich zu wertende Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin (Diebstahl von Betriebseigentum, Fälschung in den Arbeitspapieren, Verprügeln von Vorgesetzten).[284] Da Vorkommnisse dieser Art statistisch nicht erfaßt wurden, sind sichere Aussagen über Verbesserung und Verschlechterung der Arbeitsdisziplin in den zwanziger Jahren kaum möglich. Angaben über Entlassungen und deren Begründung, die hilfsweise herangezogen werden können[285], deuten auf eine Verbesserung der Arbeitsdisziplin hin, doch sind die Abweichungen zu geringfügig, um wirklich gültige Aussagen zu ermöglichen. Zudem kann Entlassung unter allen möglichen Vorwänden erfolgen, so daß aus den Begründungen kaum gültige Schlüsse gezogen werden können. Die

[282] Ljustich, in: PCh 1930, No. 7–8, S. 292, der die Faktoren untersucht, die die Arbeitsproduktivität beeinflussen, kommt zu dem Schluß, daß Bildung der wichtigste Faktor ist.

[283] Vgl. Anm. 266; diese Feststellung gilt nicht für den Steinkohlenbergbau, der von jeher seine Arbeiter zum überwiegenden Anteil aus bäuerlichem Milieu rekrutierte.

[284] Vgl. Kalistratov, in: SO 1929, No. 2, S. 46, und No. 10, S. 46; vgl. WKP 300, S. 16; Chejnman, in: EO 1929, S. 138.

[285] Kalistratov, in: SO 1929, No. 2, S. 49.

Tab. 29: Ausnutzung des Arbeitsjahres in der Zensusindustrie 1926/27–1928/29 (Tage pro Arbeiter im Mittel)[286]

	1926/27	*1927/28*	*1928/29*	*Okt.–Dez. 1928*	*Okt.–Dez. 1929*
Tatsächl. gearbeitet	262,07	263,87	263,0	68,35	69,53
Stillstandszeiten	1,63	1,69	1,74	0,54	0,11
Sonn- u. Feiertage	61,59	61,65	63,07	16,13	15,58
Fehltage					
Arbeit in Organis.	1,49	1,62	2,0	0,43	0,48
Urlaub	14,14	14,18	13,79	0,96	1,09
medizinische Gründe:					
– Krankheit	11,49	11,87	12,31	3,13	–
– Geburt	3,35	3,17	3,02	0,77	–
zusammen:	14,84	15,04	15,33	3,90	3,97
Versäumnistage:					
– begründet	2,01	1,91	1,61	0,41	0,35
– unbegründet	7,23	6,04	4,46	1,28	0,89
zusammen:	9,24	7,95	6,07	1,69	1,24
Fehltage, insgesamt	39,71	38,79	37,19	6,98	6,78

[286] Trud v SSSR 1926–30, S. 18f.; ebd., S. XVII; vgl. SO 1930, No. 1, S. 128; No. 2, S. 101; No. 3–4, S. 111; Soc. Stroit. 1934, S. 339; Chejnman, in: EO 1929, No. 9, S. 137, mit Angaben über monatliche Schwankungen Okt. 1927 bis Juni 1929; Kalistratov, in: SO 1929, No. 2, S. 45; ders.: Trudovaja disciplina v promyšlennosti SSSR, in: SO 1929, No. 10, S. 44–50; Kontrol'nye cifry po trudu, S. 22; WKP 300, S. 15f., über Rückgang der Versäumnistage im westl. Gebiet; G. Malenkov: Povyšenie proizvoditel'nosti truda i zadači partijnoj raboty, in: B 1929, No. 6, S. 67–84, hier S. 70, behauptet, die Versäumnistage hätten zugenommen; für 1927 gibt er 26 Fehltage (ohne Urlaub) und vergleicht sie mit 9,8 Fehltagen 1913; für „blaugemachte" Tage gibt er eine Gesamtzahl von 14557000 Tagen im Kalenderjahr 1927 ohne Vergleichszahl; dies sind offenbar manipulative Angaben mit dem Ziel, ein politisch wünschbares Ergebnis – Steigerung der Arbeitsproduktivität – zu propagieren; tatsächlich kommt man für 1927 auf ca. 25,2 Fehltage, für 1913 aber auf 9,8 (vgl. Kalistratov, in: SO 1929, No. 10, S. 49); da aber 6,4 Stillstandstage und 88,6 Feiertage 1913 im Jahre 1927 1,7 bzw. 63,4 Tg. gegenüberstehen, wurden 1927 260,7 Tage tatsächlich gearbeitet, 1913 aber nur 257,8 Tage; es ergibt sich also folgendes Bild:

	1913		*1927*	
	Tage	*in %*	*Tage*	*in %*
tatsächl. gearbeitet	257,8	70,6%	260,7	71,4%
Sonn- u. Feiertage	88,6	24,2	63,4	17,4
Stillstandstage	6,4	1,8	1,7	0,5
Urlaub	2,4	0,7	14,0	3,8
Übrige Fehltage	9,8	2,7	25,2	6,9
	365,0	100,0	365,0	100,0

aus der Zahl der tatsächlichen Arbeitstage läßt sich ein Sinken der Arbeitsdisziplin gewiß nicht ablesen.

Autoren, die sich mit der Entwicklung der Arbeitsdisziplin befassen, vertreten denn auch recht unterschiedliche Standpunkte – teils erkennen sie eine Verbesserung der Arbeitsdisziplin, teils eine Verschlechterung.[287] Aus heutiger Perspektive läßt sich im Grunde nur soviel sagen, daß es Anhaltspunkte dafür gibt, daß sich die Arbeitsdisziplin in der Industrie zwischen 1927 und 1929 nicht wesentlich verschlechterte. Gegenüber der ersten Hälfte der zwanziger Jahre war sie jedoch deutlich besser geworden – sicherlich nicht nur Folge der verstärkten Rekrutierung von Arbeitern aus städtischem Milieu, sondern Ergebnis strafferer Organisation im Betrieb und besserer Versorgung mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs.

Wenn ein Sinken der Arbeitsdisziplin Ende der zwanziger Jahre an den veröffentlichten Daten auch nicht ablesbar war, so darf man nicht annehmen, daß die sowjetische Arbeiterschaft sich widerspruchslos dem System betrieblicher und politischer Herrschaft untergeordnet hat. Es gibt eine Reihe von Indizien dafür, daß in der Arbeiterschaft, auch wenn sie sich den Anforderungen des industriellen Arbeitsalltages nicht entzog, Unzufriedenheit und Unbehagen mit den Lebensverhältnissen vorhanden war. Neben der starken Fluktuation – ungewöhnlich häufig wechselten Arbeiter ihre Arbeitsplätze[288] – ist der Anstieg des Alkoholkonsums ein mögliches Anzeichen dafür. Im Laufe der zwanziger Jahre nahmen mit der Besserung der materiellen Lage die Ausgaben für Alkohol in Arbeiterfamilien zu, zugleich wurde der Anteil der Familien, in deren Budget solche Ausgaben erschienen, immer größer:

Tab. 30: Alkoholkonsum in Moskauer Arbeiterfamilien 1924–28[289]

	Anteil der befragten Familien, die Ausgaben für Wodka ausweisen (in %)	*Anteil der befragten Familien, die Ausgaben für Alkohol (Wodka, Samogon, Wein, Bier) ausweisen (in %)*	*Wachstum des Alkoholkonsums in Arbeiterfamilien (umgerechnet in reinen Alkohol, in %)*
1924	–	–	100
1925	27,2	58,9	300
1926	56,8	76,1	444
1927	75,3	86,8	600
1928	93,1	95,1	800

Die Parteiöffentlichkeit zeigte sich von dieser Entwicklung beunruhigt, insbesondere, weil Alkohol am Arbeitsplatz die Produktionsdisziplin gefährdete und Versuche, die Freizeitgestaltung politisch zu steuern, erschwerte. Allerdings gingen viele Parteioffizielle gegen Alkoholkonsum nur halbherzig vor, denn auch Parteimitglieder und Parteibeamte „soffen" – und

[287] Ebd.; vgl. aber Chejnman, in: EO 1929, No. 10, S. 138.

[288] Vgl. dazu unten Abschnitt 8.2.

[289] Larin, Ju.: Struktura rabočego alkogolizma, in: RiK 1929, No. 2, S. 43–52, hier S. 45; vgl. die Entwicklung in Smolensk, WKP 300, S. 30, und im Unionsquerschnitt, Trud v SSSR 1926–30, S. 52f., mit ähnlicher Tendenz; vgl. Kalistratov, in: SO 1929, No. 2, S. 52; zur regionalen und schichtenspezifischen Vergleichbarkeit vgl. Kabo, Ė.: Rabočij byt i kul'tura, in: RiK 1929, No 8, S. 34–40, hier S. 37:

während der kirchlichen Feiertage Weihnachten und Ostern sogar unmäßiger als Parteilose.[290] Geläufig war die Entschuldigung: „Ja, was soll denn ein Arbeiter tun, wenn nicht trinken?"[291] Tatsächlich war Alkoholismus in den Städten vordringlich ein Arbeiterproblem. Vergleiche mit Angestelltenbudgets zeigten, daß Arbeiter erheblich mehr für Wodka, Bier und Selbstgebrannten aufwandten als Angestellte, während diese größere Summen für „Kultur und Bildung" verausgabten.[292] Gewiß schlagen hier Faktoren zu Buch wie Unterschiede im Bildungsniveau und im Lebensstandard, insbesondere in den Wohnverhältnissen[293], sicher spielt auch das Fehlen eines ausreichenden Freizeitprogramms eine Rolle, das Arbeiter angesprochen hätte. Alkohol war aber auch ein fester Bestandteil im Festtagsprogramm vieler Arbeiter. Sowohl an hergebrachten kirchlichen Feiertagen wie Ostern, Weihnachten und Himmelfahrt, wie auch an den neuen revolutionären Festen wie dem 7. November und dem 1. Mai wurde heftig getrunken. Nach solchen Tagen machten viele Arbeiter „blau", um ihren Rausch auszuschlafen, viele erschienen verkatert an ihrer Drehbank oder mit einem „blauen Auge", Andenken an eine Schlägerei im Suff.[294] Vor Festtagen bildeten sich vor den Spirituosenläden lange Käuferschlangen, da jedermann sich einen kleinen „Vorrat" anlegen wollte.[295] Als der Moskauer Stadtsowjet 1928 während der Revolutionsfeiertage im November den Alkoholausschank untersagte, sank nicht nur die Zahl der Betrunkenen, die in die Ausnüchterungszelle gesteckt wurden, um die Hälfte, in den Moskauer Großbetrieben ging auch die Zahl der Arbeiter, die „blaumachten", um die Hälfte zurück.[296] In Leningrad schlug der Dachdecker Lušov in einem Metallbetrieb eine andere Lösung vor: er verlangte, die Revolutionsfeiern auf drei Tage auszudehnen, denn „in zwei Tagen kann man unmöglich das nötige Quantum Wodka trinken, es braucht dann einen dritten Tag im Betrieb, um mit dem Wodka Rest zu machen".[297] Eine derartige Haltung, die – wie andere Äußerungen zeigen –

Ausgaben für Alkohol und Kultur in Familienbudgets 1927

	1. Alkoholische Getränke (Rbl.)	*2. Ausgaben für Kultur u. Bild., Kindererziehung (Rbl.)*	*3. „2." in % zu „1."*
Leningrad, Moskau:			
– Angestellte	22,64 R.	77,67 R.	343 %
– Arbeiter	51,01	40,90	80
Ural: Arbeiter	35,53	12,89	36
Donbass: Bergleute	55,69	21,58	39
UdSSR: Angestellte	14,47	46,87	324
Arbeiter	38,27	24,55	64

vgl. ferner: Bogoslovskij, S.: Sostojanie zdorov'ja promyšlennych rabočich i služaščich, in: SO 1927, No. 12, S. 91–98, hier S. 95f.

[290] Larin, in: RiK 1929, No. 2, S. 52.

[291] „Da čto rabočemu delat', kak ne pit'?", vgl. Rafail, M.: Protiv rycarej sorokogradusov, in: RiK 1928, No. 13, S. 29–33, hier S. 33.

[292] Larin, in: RiK 1929, No. 2, S. 47; Kabo, in: RiK 1929, No. 8, S. 37; vgl. oben Anm. 289.

[293] Larin, in: RiK 1929, No. 2, S. 51.

[294] Vgl. die plastische Schilderung bei Riščev, A.: Byt tekstil'ščikov, kak on est', in: RiK 1928, No. 9, S. 20–31, hier S. 26f.

[295] Ebd., S. 25f.

[296] Larin, in: RiK 1929, No. 2, S. 46.

[297] Rafail, in: RiK 1928, No. 13, S. 29.

für Arbeiter und Parteibeamte an der Basis nicht untypisch war[298], entsprach jedoch nicht den Vorstellungen, die in der Parteiöffentlichkeit propagiert wurden und die auf Festigung der Produktionsdisziplin und Einbindung der Arbeiter in das kulturelle und politische Leben des Sowjetstaates abzielten.

Wenngleich es nicht gelungen war, traditionelle Verhaltensweisen wie z. B. den orthodoxen Festtagsrhythmus aus dem Alltag der Arbeiter ganz zu verdrängen, und wenn die Aufwendungen für „Kultur und Bildung" in proletarischen Familien weit niedriger waren als bei Angestellten, so besaß die Masse der Arbeiter doch eine Elementarbildung und wurde in der Mehrheit von den Medien des Sowjetstaates erreicht. Ein Teil der Industriearbeiter hatte sich auch eng an die regierende Partei angeschlossen. Die Gewerkschaftsumfrage gibt Auskunft über Lesefähigkeit und Lesehunger der Arbeiter:

Tab. 31: Lesefähigkeit und Verbreitung von Zeitungslektüre in der Arbeiterschaft 1929 (in %)[299]

Region u. Branche	*Analphabeten:* alle Arbeiter	Männer	Frauen	*Zeitungslektüre:* Regelmäßig: Männer	Frauen	Unregelmäßig: Männer	Frauen	Gar nicht: Männer	Frauen
Baumwollindustrie:									
Leningrad	16,0	5,3	19,7	81,3	49,8	11,3	23,3	7,4	26,9
Geb. Moskau	21,0	6,5	30,0	72,7	30,9	15,4	23,1	11,9	46,0
Geb. Ivanovo	20,2	6,1	27,9	73,1	33,6	14,0	22,3	12,9	44,1
Metallverarbeitung:									
Leningrad	2,8	2,4	5,4	86,8	58,5	9,7	30,6	3,5	10,9
Gouv. Moskau	3,6	2,2	14,5	76,9	47,2	18,2	30,7	4,9	22,1
Ukraine	2,9	2,8	6,9	84,7	68,1	10,9	20,6	4,4	11,3
Metallverhüttung:									
Ukraine	9,5	8,9	23,7	69,9	43,5	17,3	25,3	12,8	31,2
Ural	14,2	11,7	35,7	53,8	26,6	25,3	24,3	20,9	49,1
Kohlenbergbau:									
Donbass	15,2	13,8	33,8	45,5	19,8	29,4	25,3	25,1	54,9
Ural/Sibirien	17,8	17,4	26,8	48,9	43,9	22,6	22,4	28,5	33,7
Erdölind.	19,5	19,5	–	57,7	–	18,5	–	23,8	–

Auch an diesen Daten wird deutlich, wie unterschiedlich sich Arbeiter verschiedener Regionen und Branchen verhielten. Während in der Metallverarbeitung und im Maschinenbau die Masse der Arbeiter zu lesen verstand und auch tatsächlich las, traf dies im Kohlenbergbau für erheblich weniger Arbeiter zu. Dort, in der Erdölindustrie und in der Textilindustrie gab es vergleichsweise hohe Analphabetenraten. Deutlich war auch das Gefälle zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen. Durchweg war ein größerer Anteil der Männer zu lesen imstande und an Zeitungslektüre interessiert, als dies bei Frauen der Fall war. Die Daten geben allerdings lediglich an, wieweit die Arbeiterschaft für die damaligen Massenmedien – Rundfunk begann erst später in den dreißiger Jahren eine Rolle zu spielen – erreichbar war. Wie sie diese

[298] Ebd., S. 30.
[299] Nach Rašin: Sostav, S. 97, 152.

rezipierte, was sie in den Zeitungen las, wie sie es aufnahm, darüber kann man kaum etwas aussagen. 1923 hatten Massenagitatoren noch geklagt, daß die Gewerkschaftspresse von den Arbeitern widerwillig gelesen werde – „geschluckt wie ein Knochen" – und künstlich verbreitet werden müsse.[300] Ob sich das bis 1929 geändert hatte, kann anhand des vorliegenden Materials nicht entschieden werden.

Wir verfügen jedoch über Angaben zum Leseverhalten von Arbeiterjugendlichen, die Fabrikschulen besuchten bzw. in sie eintreten wollten.[301] Der Kreis, der von diesen Befragungen erfaßt wurde, war allerdings für die Masse der sowjetischen Arbeiter nicht repräsentativ, sein Bildungsniveau war höher, nur wenige stammten aus dem Dorf, infolge der qualifizierten Ausbildung, die sie in den Fabrikschulen erfuhren, waren ihre Aufstiegschancen viel besser als die jener Arbeitssuchenden, die mit ihrem Bündel auf dem Rücken in die Stadt kamen und an den Füßen noch die „lapti" hatten, die bäuerlichen Bastschuhe. Insofern sind die Ergebnisse nicht zu verallgemeinern. Dennoch werfen sie ein Schlaglicht auf das Leseverhalten einer bestimmten Gruppe von Arbeiterjugend. Die Moskauer Fabrikschüler lasen fast alle Zeitung, und zwar vorwiegend das Gewerkschaftsblatt – in diesem Falle „Gudok" („Die Dampfpfeife") – (23 %), dann die „Rabočaja Gazeta" (16,1 %), die „Izvestija" (14,3 %), die „Pravda" (10,1 %), „Rabočaja Moskva" (8,7 %), „Komsomol'skaja Pravda" (7,4 %) u. a.[302] Die großen politischen Blätter liegen also deutlich hinter der Gewerkschaftspresse. Inhaltlich interessierten die Fabrikschüler vor allem die Berichte über die internationale Lage und Gerichtsreportagen[303], die 1928/29 deutlich erkennbar Vehikel innenpolitischer Feindbildpropaganda waren. Nur wenige lasen den Sportteil (1,4 %) und die Produktionsberichte (1,1 %).[304] Offenbar besaßen große Sportereignisse in der sowjetischen Gesellschaft bei weitem nicht den Stellenwert wie heute, während Berichte über das Ausland und Verbrechen die Abenteuerlust der Jugendlichen ansprachen. Dazu stimmt auch, daß die bevorzugte Buchlektüre Utopien, Abenteuerromane (einschließlich Revolutionsabenteuer) und Reiseberichte waren. Politische Literatur rangierte unter „ferner liefen".[305]

Inwieweit das typisch ist, läßt sich kaum sicher sagen. Bei einer Erhebung des Bücherverkaufs in Moskau ergab sich ein anderes Bild. Arbeiter erwarben vorwiegend Lehrbücher, technische und sozialökonomische Literatur.[306] Hier schlägt gewiß der Altersunterschied zu Buch. Erwachsene Arbeiter lasen eher unter dem Aspekt der Weiterqualifizierung als Fabrikschüler, möglicherweise sahen sie eher Gründe, sich mit politischer und Produktionsliteratur zu befassen.

Neben Literatur und Presse waren Klubs und Arbeitskreise ein weiteres Mittel, Arbeiter politisch und kulturell zu beeinflussen. Allerdings nahm nur ein geringer Teil der Arbeiter diese Möglichkeiten wahr:

[300] Trotzki, L. [Trockij, L. D.]: Fragen des Alltagslebens, Hamburg 1923, S. 99.
[301] Es liegen vor, eine Befragung von ca. 500 Fabrikschülern in Moskauer Metallbetrieben, vgl. Belokopytova, M. N.: Povedenie rabočego podrostka, Moskva, Leningrad 1930, sowie eine von 2500 Fabrikschülern im Transportbereich, vgl. Kolodnaja, A.: Čto čitaet rabočaja molodež, in: RiK 1928, No. 8, S. 39–42.
[302] Ebd., S. 40f.
[303] Ebd., S. 41; Belokopytova, S. 56ff.
[304] Ebd., S. 56.
[305] Ebd., S. 60.
[306] Blinkov, I.: Lico sovremennogo pokupatelja knig, in: RiK 1930, No. 11, S. 51–57, hier S. 52.

Tab. 32: Beteiligung von Arbeitern an Klubarbeit und Arbeitskreisen in Abhängigkeit vom Alter 1929 (in % der Altersgruppe)[307]

Region und Branche	Klubmitglieder: bis 22 J.	23–29 J.	30–39 J.	40 J. u. mehr	Arbeitskreisteilnehmer: bis 22 J.	23–29 J.	30–39 J.	40 J. u. mehr
Baumwollindustrie								
Leningrad	8,9	5,5	2,9	1,8	11,0	5,4	1,8	1,3
Gebiet Moskau	21,9	7,6	3,6	2,1	15,9	5,2	2,3	1,2
Gebiet Ivanovo	16,7	5,1	2,4	1,3	14,0	4,0	1,9	0,8
Metallverarbeitung u. Maschinenbau								
Leningrad	25,7	14,0	8,5	5,4	20,4	10,1	5,2	1,7
Gouv. Moskau	22,5	11,2	6,9	5,4	20,4	8,3	3,8	2,3
Ukraine	40,4	25,4	18,0	14,3	24,6	12,1	6,3	3,5
Metallverhüttung								
Ukraine	21,9	11,7	7,1	4,6	13,7	6,0	3,4	1,4
Ural	19,4	8,1	5,1	2,8	18,7	6,3	2,7	0,9
Steinkohlenförderung								
Donbass	18,2	10,2	8,6	6,1	11,1	4,2	2,0	1,1
Ural/Sibirien	16,4	5,5	4,8	3,6	15,3	5,6	2,8	1,2
Erdölförderung	36,8	15,4	10,0	5,0	22,5	8,7	4,4	2,6

Die Beteiligung der Arbeiter an der Arbeit von Klubs und Zirkeln war regional und nach Industriezweigen recht unterschiedlich. Die Bereitschaft verschiedener Arbeiterschichten, solche Freizeitangebote wahrzunehmen, spielt dabei ebenso eine Rolle, wie die Frage, ob solche Freizeitangebote am Ort überhaupt gemacht wurden, wie aktiv und interessant der jeweilige Klub war, ob es Konkurrenzangebote gab, in welcher Entfernung die Arbeiter zu Betrieb und Klub wohnten usf. So sehr also differenziert werden muß[308], wird an der Tabelle doch deutlich, daß lediglich junge Arbeiter in größerer Zahl mit Hilfe von Klubs und Zirkeln erreicht werden. Arbeiter über 23, zumal wenn sie Familie hatten, oder aber in der Freizeit politische Funktionen ausfüllten, nahmen derartige Angebote offenbar kaum an. Allerdings arbeiteten die „Klubs" und die „Roten Ecken", die im kleineren Maßstab eine ähnliche Aufgabe wahrnahmen, meist sehr schlecht; die Räume waren dürftig, die Leiter unqualifiziert, finanzielle Mittel fehlten. In Smolensk wurde 1929 eine ganze Reihe von Klubs geschlossen.[309] Als Instrument zur Umgestaltung des proletarischen Alltags waren sie nicht wirksam.

Die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterschaft war demgegenüber recht hoch und im Vergleich zum Beginn der zwanziger Jahre erheblich fortgeschritten.

[307] Rašin: Sostav, S. 149, der Kreis der Klubmitglieder und der Arbeitskreisteilnehmer war weitgehend identisch, die Mehrzahl der Klubmitglieder rekrutierte sich aus den Arbeitskreisen, vgl. Ginzburg, R.: Čem bol'ny kluby, in: RiK 1928, No. 20, S. 28–36, hier S. 28.

[308] Die niedrigen Mitgliederzahlen in Leningrad z. B. sind wohl darauf zurückzuführen, daß die „Kulturpaläste" dort allen, nicht nur Mitgliedern offenstanden; es gab so keine Notwendigkeit, den Klubs beizutreten; vgl. Ginzburg, in: RiK 1928, No. 20, S. 28.

[309] WKP 300, S. 52–53; vgl. Ginzburg, in: RiK 1928, No. 20, S. 28ff.; Riščev, in: RiK 1928, No. 9, S. 30f.; vgl. Kalistratov, in: SO 1929, No. 2, S. 53, zeigt, wie der Ausbau von Klubs und Bibliotheken hinter der Entwicklung der Arbeiterzahlen zurückbleibt.

Beinahe alle Arbeiter gehörten den Gewerkschaften an[310], eine nicht unbedeutende Gruppe der Partei oder der kommunistischen Jugendorganisation:

Tab. 33: Anteil der politisch Organisierten in der sowjetischen Arbeiterschaft 1929 (in %)[311]

Region und Branche	*Mitglieder und Kandidaten der VKP(b)*	*Mitglieder und Kandidaten der VLKSM*[312]	*Nicht-organisiert*
Baumwollindustrie			
Leningrad	11,8	14,1	74,1
Moskau	10,3	8,2	81,5
Gebiet Moskau	5,8	5,4	88,8
Gebiet Ivanovo	7,1	6,2	86,7
Metallverarbeitung und Maschinenbau			
Leningrad	24,5	14,0	61,5
Gouv. Moskau	14,6	9,3	76,1
Ukraine	15,5	12,2	72,3
Metallverhüttung			
Ukraine	12,1	8,9	79,0
Ural	13,9	9,2	76,9
Steinkohlenbergbau			
Donbass	9,0	8,0	83,0
Ural/Sibirien	13,3	7,5	79,2
Erdölförderung	30,9	6,9	62,2

Vergleicht man den Organisationsgrad in der Arbeiterschaft mit dem zu Beginn oder in der Mitte der zwanziger Jahre, erkennt man eine deutliche Zunahme.[313] Trotz eines ständigen Zustroms neuer Arbeitskräfte war es der Partei gelungen, einen Kern von Arbeitern politisch zu organisieren, an die VKP zu binden und diese stetig zu erweitern. Die Scheidung in parteilose und organisierte Arbeiter war neben dem Generationsbruch und den Unterschieden in der sozialen Herkunft ein weiteres Element der Fraktionierung innerhalb der Industriearbeiterschaft. Einer Gruppe, die das politische System bewußt bejahte und teilweise auf Aufstieg orientiert war, stand eine größere, gesellschaftlich eher passive Gruppe gegenüber.

[310] Trud v SSSR 1926–1930, S. 65; Belonosov, I.I.: Profsojuznaja statistika kak istočnik izučenija čislennosti profsojuzov i tvorčestvo aktivnosti rabočego klassa SSSR (1917–1941 gg.), in: Rabočij klass i industrial'noe razvitie SSSR, Moskva 1975, S. 229–238, hier S. 230; zu den Mitgliederzahlen der Gewerkschaften vgl. auch Cirul', Ja.: Partija i massy, Moskva, Leningrad 1928, S. 102; Rabinovič, A.: Problema truda v SSSR (Itogi za desjat' let), in: EO 1927, Okt., S. 147–168, hier S. 151.

[311] Rašin: Sostav, S. 126, 137; Trud v SSSR 1926–30, S. 34; vgl. Izv CK 1927, No. 41, S. 20 für 1927; danach war der Organisierungsgrad der Angestellten durchweg mehr als doppelt so hoch wie der der Arbeiter; 1927 gehörten 10,5 % der Industriearbeiter, aber 21,3 % der Angestellten in der Industrie der VKP(b) an.

[312] Die Mitglieder und Kandidaten des VLKSM, die zugleich der Partei angehören, werden bei Parteimitgliedern mitgerechnet.

[313] Schröder: Arbeiterschaft, S. 94, 277, 341.

Nur auf einen Teil der Arbeiterschaft konnten sich Partei- und Sowjetführung wirklich stützen.

Beim Übergang zur forcierten Industrialisierung war die sowjetische Arbeiterschaft also, was soziale Herkunft, Erfahrungshorizont, politische Erwartungshaltung, Produktionserfahrung und Qualifikation betrifft, aus vielen verschiedenen Teilgruppen zusammengesetzt. Angesichts dessen, daß die Industrialisierung die Betriebsumwelt und das Produktionsprofil der Arbeiterschaft rasch verändern mußte, war es fraglich, ob es gelingen konnte, die Masse der neu zu rekrutierenden Arbeiter zu integrieren. Darin lag für die Partei- und Sowjetführung ein Problem. Die Eingliederung der neuen Arbeiterschichten in den Produktionsprozeß mußte beim Fehlen einer homogenen Arbeiter- und Arbeitskultur erheblich erschwert werden. Es lag darin aber auch eine Chance für die Sowjetführung: eine Selbstorganisation der Arbeiter, die Anknüpfung an revolutionäre Traditionen, die Entstehung einer Arbeiterbewegung, die ins Politische umschlug, war durch die Fraktionierung der Arbeiterklasse erheblich erschwert. Andererseits konnte sich die VKP auf eine Schicht parteiloyaler, aufstiegsorientierter, mitunter auch für den sozialistischen Aufbau enthusiasmierter Arbeiter stützen.

3.2. WACHSTUM DER ARBEITERZAHLEN UND LIQUIDIERUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT IM VERLAUFE DES 1. FÜNFJAHRPLANS

Der forcierte Ausbau der Industrie, der die gewaltige Steigerung der Arbeiterzahlen nötig machte, war der Schaffung einer geschlossenen Arbeiterschaft nicht förderlich. Der Zuwachs der Beschäftigtenzahlen in der sowjetischen Industrie war in den Jahren des 1. Fünfjahrplanes ganz erheblich. Im Planentwurf waren die Verantwortlichen davon ausgegangen, daß die Lohnarbeit im nichtlandwirtschaftlichen Bereich um etwa 30% steigen sollte:

Tab. 34: Geplantes Wachstum der Lohnarbeit im nichtlandwirtschaftlichen Bereich 1927/28–1932/33[314]

Jahr	*Zahl d. Personen in Lohnarbeit*		*Zahl der Industriearbeiter:*					
			Gruppe A		*Gruppe B*		*Zusammen*	
	Taus.	*in %*	*Taus.*	*in %*	*Taus.*	*in %*	*Taus.*	*in %*
1927/28	9226	100,0	1036	100,0	1067	100,0	2103	100,0
1932/33	12897	139,8	1545	149,1	1261	118,2	2806	133,4

Die reale Entwicklung der Beschäftigtenzahlen gestaltete sich jedoch erheblich dramatischer als der Plan es vorsah:

[314] Pjatiletnij Plan, t. 2, č. 1, S. 247; t. 2, č. 2, S. 165; es handelt sich hier um die Optimalvariante des Plans; vgl. Schwarz, S. [Švarc, S.M.]: Arbeiterklasse und Arbeiterpolitik in der Sowjetunion, Hamburg 1953, S. 19f.; bereits 1929/30 zeichnete es sich ab, daß das Wachstum erheblich rascher vor sich gehen würde als geplant, Kontrol'nye cifry po trudu, S. 15.

Tab. 35: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen 1928–1932

	1928	1929	1930	1931	1932
Arbeiter und Angestellte, insgesamt[315]					
in 1000:	11599,0	12167,9	14530,9	18989,5	22942,8
in %:	100,0%	104,9%	125,3%	163,7%	197,8%
Arbeiter und Angestellte, Großindustrie[316]					
in 1000:	3096,0	3365,9	4263,8	5483,3	6302,8
in %:	100,0%	108,7%	137,7%	177,1%	203,6%
Arbeiter, Großindustrie[317]					
in 1000:	2690,8	2923,3	3674,9	4619,1	5152,8
in %:	100,0%	108,6%	136,6%	171,7%	191,5%
Arbeiter, Baugewerbe[318]					
in 1000:	361,9	423,6	668,8	1496,3	2476,0
in %:	100,0%	117,0%	184,8%	413,5%	684,2%
Arbeiter und Angestellte, Transport[319]					
in 1000:	1270,0	1302,2	1499,2	1972,2	2222,0
in %:	100,0%	102,5%	118,0%	155,3%	174,96%

315 Soc. Stroit. 1934, S. 7, vgl. S. 310ff.; einschließlich Landwirtschaft; rechnet man die Arbeiter und Angestellten der Landwirtschaft ab, erhält man folgende Daten:

1929	10592,3
1930	12978,9
1931	16690,8
1932	20085,3

vgl. zu diesen Angaben auch: Stalin, XVI s-ezd, S. 33; Kraval': Položenie rabočego klassa v SSSR i v kapitalističeskich stranach, in: B 1932, No. 20, S. 97–116, hier S. 102; Kontrol'nye cifry po trudu, S. 9; Profsojuznaja perepis' 1932–1933 g., vyp. I, zusammengestellt von M.T. Gol'cman u. L.M. Kogan, Moskva 1934, S. 3, mit teilweise abweichenden Daten; zur Bevölkerungsentwicklung und Beschäftigungsbewegung insgesamt vgl. auch Eason, W.W.: in: Black, C. E. (Hrg.): The Transformation of Russian Society, Cambridge/Mass. 1960, S. 88; Lorimer, F.: The Population of the Soviet Union: History and Prospects, Geneva 1946, vor allem S. 100ff., 218–230.

316 Soc. Stroit. 1934, S. 7, 306ff.; vgl. Rezul'taty pjatiletnego plana rekonstrukcii narodnogo chozjajstva SSSR, in: BEK 102, 1933, S. 1–24, hier S. 19; vgl. ferner: Trud v SSSR, Moskva, Leningrad 1932, S. 57ff.; Sac, in: SO 1929, No. 9, S. 86–87; Schwarz: Arbeiterklasse, S. 43ff.; Kraval', in: B 1932, No. 20, S. 102; O rabočej sile v SSSR (za gody pervogo pjatiletnego plana), in: BEK 114, 1934, S. 6–14, hier S. 11.

317 Einschließlich Fabrikschüler, Soc. Stroit. 1934, S. 306f., 323, vgl. ebd., S. 324f.; vgl. ferner SO 1930, No. 1, S. 127; No. 2, S. 100; No. 3–4, S. 110; No. 5, S. 159; No. 6, S. 154; Stalin, XVI s-ezd, S. 33; Trud v SSSR 1926–30, S. 7; BEK 114, 1934, S. 10; Sac, in: SO 1929, No. 9, S. 86; Trud v SSSR 1932, S. 61; teilweise mit leicht abweichenden Angaben; vgl. dagegen folgende Arbeiten, die bei Angabe der Arbeiterzahlen offenbar entweder den Begriff „Arbeiter" oder aber den Terminus „Industrie"

Tab. 36: Verteilung der Industriearbeiter (ohne Fabrikschüler) auf Produktions- und Konsumgüterindustrie 1928–1932[320]

Jahr	*Ganze Industrie*		*Produktionsgüter-industrie (Grp. A)*		*Konsumgüter-industrie (Grp. B)*	
	in 1000	*in %*	*in 1000*	*in %*	*in 1000*	*in %*
1928	2398,6	100,0	1302,0	100,0	1096,1	100,0
1929	2655,5	110,7	1453,5	111,63	1202,0	109,7
1930	2980,5	124,3	1767,8	135,8	1212,7	110,6
1931	3829,9	159,7	2419,3	185,8	1385,7	126,4
1932	4665,9	194,5	3027,7	232,5	1562,0	142,5
1933	4676,4	194,96	3047,4	234,05	1599,5	145,9

Die Bestimmung der Arbeiterzahlen birgt Probleme in sich, da die Quellen nicht immer hinreichend genau zwischen Arbeitern und Angestellten unterscheiden. Insgesamt stiegen die Zahlen in der Industrie, im Verkehrswesen, im Staats- und Verwaltungsapparat, im Handel, im Bauwesen usf. innerhalb von vier Jahren nahezu auf das Doppelte an. Mehr als 11 Millionen Personen wurden in dieser Phase in Verwaltung, Verteilung und nichtlandwirtschaftliche Produktion hineingezogen.[321] Drei Millionen davon gingen in die Industrie, eine Million in das Transportwesen. Die Zahl der Bauarbeiter, nicht gerechnet die Angestellten im Baugewerbe, versechsfachte sich, sie stieg um zwei Millionen. Die Bevölkerungsstruktur begann sich allmählich zu verschieben. Das Gewicht der ‚Stadt' nahm beträchtlich zu (Tab. 37).

ausweiten und so zu abweichenden Ergebnissen kommen: Profsojuznaja perepis', S. 3; Strana sovetov za 50 let, Moskva 1967, S. 52; Vdovin, A. I./Drobižev, V. Z.: Rost rabočego klassa SSSR 1917–1940 gg., Moskva 1976, S. 97; Mitrofanova, A. V.: Istočniki popolnenija i sostav rabočego klassa SSSR v gody tret'ej pjatiletki (1938 – ijun' 1941), in: Izmenenija v čislennosti i sostave sovetskogo rabočego klassa. Sbornik statej, Moskva 1961, S. 203–230, hier S. 220; vgl. dagegen Rašin, A. G.: Dinamika promyšlennych kadrov SSSR za 1917–1958, ebd., S. 7–73, hier S. 15, 18, 20, 23.

318 Jeweils zu Jahresbeginn; die Angabe unter 1932 für den 1. 10. 1932; Trud v SSSR 1932, S. 76; vgl. die Beschäftigtenzahlen im Baugewerbe bei Mitrofanova, in: Izmenenija v čislennosti, S. 220; Soc. Stroit. 1934, S. 306f.; Trud v SSSR 1926–30, S. 1; BEK 114. 1934, S. 9.

319 Soc. Stroit. 1934, S. 306f.; vgl. BEK 114. 1934, S. 9; Trud v SSSR 1932, S. 57; Mitrofanova, in: Izmenenija v čislennosti, S. 220; zu den Eisenbahnerzahlen allein vgl. Trud v SSSR 1932, S. 77; SO 1930, No. 1, S. 127; No. 2, S. 100; No. 3–4, S. 110; No. 5, S. 159; No. 6, S. 154.

320 Soc. Stroit. 1934, S. 324f.; 1928–1930, 1933, jeweils am 1. 1.; 1931 und 1932 Durchschnitt des 1. Quartals; Abweichungen zur Tabelle oben erklären sich aus abweichender Terminierung bzw. durch Einschluß oder Weglassen der Fabrikschüler; 1931, 1932, 1933 gibt es Betriebe, die weder der Grp. A noch der Grp. B zugeordnet waren, so daß die Summe der Arbeiterzahlen unterhalb der Gesamtarbeiterzahl liegt.

321 Vgl. die Angaben oben zu Beschäftigtenzahlen; durch die Analyse der Bevölkerungsbewegung kommt Lorimer, S. 150, für die Migrationsbewegung Stadt–Land, die mit der Verschiebung der Arbeitskraft vom landwirtschaftlichen in den nichtlandwirtschaftlichen Sektor nicht identisch ist, in der Größenordnung zu ähnlichen Ergebnissen:

Tab. 37: Bevölkerungsentwicklung 1928–1932[322]

Jahr	*Gesamtbevölkerung*		*nichtlandwirtsch. Bevölkerung*		*landwirtschaftliche Bevölkerung*	
	in 1000	*in %*	*in 1000*	*in %*	*in 1000*	*in %*
1928	152300	100%	38100	25,0%	114200	75,0%
1932	161000	100%	48100	30,8%	108000	69,2%

Tab. 38: Soziale Herkunft der sowjetischen Industriearbeiter 1929 und 1931 (in % zur jeweiligen Gruppe)[323]

Region und Branche	*Jahr*	*soziale Herkunft:*				*Bindung ans Land*	
		Arbeiter	*Bauern*	*Angestellte*	*andere*	*ja*	*nein*
Leningrad							
Maschinenbau	1929	51,8	38,6	7,1	2,5	12,4	87,6
	1931	48,7	40,8	7,0	3,5	11,8	88,2
Textilindustrie	1929	57,7	35,5	4,8	2,0	4,3	95,7
	1931	60,1	31,6	4,7	3,6	5,6	94,4
Ukraine							
Maschinenbau	1929	62,5	26,8	7,0	3,7	5,7	94,3
	1931	60,0	31,2	5,7	3,1	4,1	95,9
Hüttenindustrie	1929	41,2	53,7	3,1	2,0	21,0	79,0
	1931	47,3	48,7	2,3	1,7	12,3	87,7
Kohlenförderung	1929	33,8	63,1	1,9	1,2	27,4	73,6
	1931	27,1	70,6	1,2	1,3	33,3	66,6
Ural							
Hüttenindustrie	1929	69,9	26,5	2,3	1,3	32,0	68,0
	1931	49,5	48,7	1,3	1,5	7,9	92,1

1928	1062
1929	1392
1930	2633
1931	4100
1932	2719
zusammen	11906

vgl. dazu auch Trud v SSSR 1936, S. 7; vgl. unten Abschn. 8.2.

[322] Eason, in: Black, S. 88.

[323] Nach: Avdienko, in: PCh 1932, No. 6–7, S. 153; die Angaben für 1929 basieren auf der Gewerkschaftsumfrage von 1929; da die Daten wegen der raschen Zunahme der Arbeiterzahlen bald veralteten, führten Gosplan bzw. CUNChU jeweils in der ersten Jahreshälfte 1930 und 1931 abermals in ausgewählten Betrieben Umfragen durch, vgl. Profsojuznaja perepis', S. 63; Trud v SSSR 1932, S. 46; eine Zusammenfassung der Ergebnisse ebd., S. 82ff.; die im Text zitierten Daten

Die rasche Zunahme der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung und das starke Wachstum der Beschäftigtenzahlen in diesem Bereich markiert den Strukturwandel, der sich in der sowjetischen Gesellschaft in der Periode der forcierten Industrialisierung vollzog.

Starken sozialen Veränderungen unterlag auch die sowjetische Arbeiterklasse. Die Industriearbeiterschaft wuchs, wie oben gezeigt, um 2,5 Millionen. Dabei nahmen vor allem die Arbeiterzahlen im Produktionsgütersektor zu, während die Steigerungsraten in der Konsumgütererzeugung planmäßig zurückblieben. Der gewaltige Zuzug neuer Arbeitskraft veränderte das soziale Profil der sowjetischen Arbeiterschaft ganz erheblich. Das wird sehr deutlich, wenn man die Angaben der Zentralverwaltung für volkswirtschaftliche Registratur (CUNChU) für die Jahre 1929 und 1931 miteinander vergleicht (Tab. 38). Die Angaben können punktuell ergänzt werden durch Angaben der Gewerkschaftsumfrage von 1932/33:

Tab. 39: Soziale Herkunft der sowjetischen Industriearbeiter 1932/33 (in %, Beruf des Vaters)[324]

Branche:	*Arbeiter*	*Bauern*	*davon arme B.*	*Mittelb.*	*Kolchos*	*Angestellte*	*andere*	*Landbindung*
Hüttenindustrie	52,4	45,1	30,8	10,2	4,1	1,5	1,0	15,1
Transportmaschinenbau	56,8	38,6	24,5	10,3	3,8	3,3	1,3	12,6
Landmaschinen	52,2	41,8	28,2	9,6	4,0	4,0	2,0	10,3
Automobilbau	48,5	45,1	22,7	13,4	9,0	4,9	1,5	17,7
Elektroindustrie	49,4	42,6	24,7	12,3	5,6	6,3	1,7	12,1
Torf, Ölschiefer	26,6	71,1	28,9	25,8	16,4	1,8	0,5	43,6
Zement, Keramik	37,1	60,0	32,0	18,8	9,2	1,4	1,5	29,0
Papierindustrie	48,1	48,2	28,2	15,7	4,3	2,1	1,6	17,3
Baumwollverarb.	59,0	39,0	23,2	12,1	3,6	1,5	0,5	14,6
Nahrungsmittel	39,2	57,4	34,1	17,9	5,4	2,0	1,4	19,7
Eisenbahnbau	25,5	72,2	36,5	22,6	13,1	1,5	0,8	39,0
Kommunalbetriebe	44,9	50,9	31,9	14,1	4,9	2,9	1,3	14,5

basieren auf diesen Angaben; Juli 1932–März/April 1933 wurde schließlich von den Gewerkschaften in Verbindung mit dem Umtausch der Gewerkschaftsausweise eine neue Umfrage durchgeführt, die 1,5 Mill. Arbeiter erfaßte, vgl. Profsojuznaja perepis', S. 4, 63ff.; die Ergebnisse wurden ebd., passim, publiziert; zu dem Problem der Verschiebungen innerhalb der Arbeiterschaft vgl. auch BEK 114, 1934, S. 12ff.; Vdovin/Drobižev, S. 114f.

324 Profsojuznaja perepis', S. 94ff.; ohne Fabrikschüler, vgl. ebd., S. 28:

Soziale Herkunft der sowjetischen Industriearbeiter 1929–1932/33

Branche	*Jahr*	*Soziale Herkunft:* *Arbeiter*	*Bauern*	*Angestellte*	*andere*
Hüttenind., Ural	1929	69,9%	26,4%	2,3%	1,4%
	1933	60,8	36,8	1,8	0,6
Elektroindustrie,	1929	54,9	34,4	8,3	2,4
– Moskau, Leningrad	1933	51,6	38,7	8,1	1,6
Baumwollindustrie,	1929	61,1	34,7	2,7	1,5
– Moskau	1933	59,0	39,0	1,5	0,5

Die Gegenüberstellung der Ergebnisse der verschiedenen Umfragen gibt ein sehr heterogenes Bild, das durch widersprüchliche Angaben (z. B. zur Entwicklung der Hüttenindustrie im Ural) noch zusätzlich verwirrt wird. Offensichtlich war die Entwicklung in den verschiedenen Branchen und Regionen nicht einheitlich. Zweifellos ist das zum Teil ein methodisches Problem. Die Umfragen erfassen stets nur Teile der Arbeiterschaft, und es ist fraglich, wie weit die einzelnen Umfragen miteinander vergleichbar sind. Angesichts der wechselnden Formen der Erhebung selbst und der unterschiedlichen Reichweite der einzelnen Untersuchungen ist an ihrer Gleichwertigkeit erheblicher Zweifel möglich. Zudem scheint die Zusammensetzung einzelner Sektionen der sowjetischen Arbeiterschaft infolge einer sehr starken horizontalen und vertikalen Mobilität ständig geschwankt zu haben, so daß die Erhebungen nicht mehr sein können als Momentaufnahmen. Immerhin läßt sich erkennen, daß die sowjetische Arbeiterschaft im städtischen Bereich und insbesondere in Branchen, die eine gewisse fachliche Fertigkeit erforderten, wie z. B. im Maschinenbau, sich zu gut der Hälfte aus Arbeiterkindern rekrutierte. Im Lauf des Fünfjahrplans ging ihr Anteil jedoch offensichtlich zurück. In anderen Bereichen, insbesondere im Steinkohlen-, Ölschiefer- und Torfabbau, in der Bau- und Baumittelindustrie dominierten Arbeiter, die aus bäuerlichem Milieu stammten. Insgesamt nahm ihr Anteil anscheinend in fast allen Branchen zu. Das wird besonders deutlich, wenn man die Daten der Gewerkschaftsumfrage von 1932/33 über soziale Herkunft und Beginn der Arbeit in der Produktion in Form einer Kreuztabelle anordnet (Tab. 40).

Die Zusammenstellung zeigt, wie von Jahr zu Jahr mehr Personen bäuerlicher Herkunft in die Betriebe strömten. Selbst in der Moskauer Baumwollindustrie, die im 1. Fünfjahrplan bei weitem nicht in demselben Tempo expandierte wie die Branchen der Produktionsgüterindustrie, stieg seit 1930 der bäuerliche Anteil deutlich an. In den Branchen der Gruppe A – der Produktionsgütererzeugung – hatte diese Entwicklung schon früher eingesetzt. Allerdings erlangten die Zuwanderer aus dem Dorf erst in der Phase des Fünfjahrplanes wirklich Übergewicht.[325] Möglicherweise ist dies auch Folge der Kollektivierungspolitik, die viele Bauern aus dem Dorf vertrieb. Gewiß kommen hier auch die Rekrutierungsmaßnahmen der Sowjetmacht zum Tragen, der Rückgriff auf die Arbeitskraftüberschüsse des Dorfes nach Ausschöpfung der Arbeitskraftreserven in der Stadt. In jedem Fall ist festzuhalten, daß sich offenbar über die Hälfte des wenigstens 2,5 Millionen umfassenden[326] Heeres von Neuarbeitern aus bäuerlichem Milieu rekrutierte.[327] Wieweit es gelang, diese Gruppen sozial und kulturell zu integrieren, und wie sich die Zuwanderung auf das Verhalten der Arbeiterschaft als Ganzem auswirkte, muß untersucht werden.

Aus der oben angeführten Tabelle wird auch deutlich, wie sehr die Arbeiterschaft sich verjüngt hatte und welche geringe Rolle die Arbeiterkader aus der Revolutionszeit in ihr zahlenmäßig noch spielten. Selbst in der kaum expandierenden Baumwollindustrie war über die Hälfte der Arbeiter erst in den Jahren nach 1921 in den Betrieb gekommen. In der Hüttenindustrie betrug dieser Anteil über 70%, 49,3% waren sogar erst in den letzten vier

[325] Bei der Auswertung ist zu beachten, daß die soziale Zusammensetzung der früheren Jahrgänge durch verschiedene Faktoren verzerrt sein kann: z. B. durch unterschiedliche Aufstiegschancen für die verschiedenen sozialen Gruppen.

[326] Vgl. oben; wenn die Arbeiterzahlen um 2,5 Mill. stiegen, muß der Neuzuzug noch um einiges größer gewesen sein, da er ja auch Verluste durch Tod, Aufstieg usw. decken mußte.

[327] Vgl. Profsojuznaja perepis', S. 36.

Tab. 40: Datum des Arbeitsbeginns und soziale Herkunft sowjetischer Industriearbeiter 1932/33 (in %)[328]

Jahr des Eintritts in die Produktion	*Alters-gruppen*	*Soziale Herkunft: Arbeiter*	*Bauern*
Hüttenindustrie:			
bis 1917	22,5	67,6	30,5
1918–1921	5,7	64,3	32,8
1922–1925	13,0	56,8	40,7
1926–1927	9,5	52,2	45,2
1928–1929	13,0	50,4	46,6
1930	12,8	46,5	50,3
1931	12,2	35,3	62,2
1932/33	11,3	36,1	62,1
zusammen	100,0	53,2	45,1
Automobil- und Traktorenbau			
bis 1917	15,0	59,4	36,5
1918–1921	5,5	58,8	35,3
1922–1925	11,8	56,5	36,0
1926–1927	10,4	52,3	41,1
1928–1929	16,2	50,2	41,6
1930	15,7	43,8	47,2
1931	15,9	36,1	58,1
1932/33	9,5	33,7	61,2
zusammen	100,0	49,0	43,7
Baumwollindustrie, Moskau			
bis 1917	44,8	60,3	38,6
1918–1921	4,7	63,8	34,2
1922–1925	16,1	65,0	32,5
1926–1927	5,5	61,0	36,5
1928–1929	8,0	65,2	31,9
1930	5,5	57,7	39,1
1931	8,3	43,1	54,2
1932/33	7,1	43,0	54,4
zusammen	100,0	58,5	39,7

[328] Profsojuznaja perepis', S. 94 f.; mit Fabrikschülern; vgl. Avdienko, in: PCh 1932, No. 6–7, S. 154; Arutjunjan, Ju.: Kollektivizacija sel'skogo chozjajstva i vysvoboždenie rabočej sily dlja promyšlennosti, in: Formirovanie i razvitie sovetskogo rabočego klassa (1917–1961), Moskva 1964, S. 100–116, hier S. 115; allgemein über die Zunahme des bäuerlichen Elements vgl. Vdovin/Drobižev, S. 114 ff.; Dadykin, R. P.: O čislennosti i istočnikach popolnenija rabočego klassa SSSR, in: Istor. Zapiski, t. 87, 1971, S. 28–56, hier S. 33; Chain/Chandros, S. 3 f.; BEK 114. 1934, S. 13; Tverdochleb, A. A.: Čislennost' i sostav rabočego klassa Moskvy v 1917–1937, in: Vestnik Mosk. Univ. 1970, No. 1, S. 16–33, hier S. 26.

Jahren 1928–1932 in die Produktion eingetreten. Ähnlich sah es im Automobil- und Traktorenbau aus, mit 79,5% bzw. 57,3%. Im Verlauf des 1. Fünfjahrplanes wurde die Arbeitergeneration, die im kapitalistischen Betrieb und partiell in der russischen Arbeiterbewegung sozialisiert worden war, und deren Ablösung schon in den zwanziger Jahren begonnen hatte, endgültig durch eine neue Generation abgelöst, deren politische und berufliche Erfahrung sich erheblich von der der älteren Generation unterschied.

Der Strukturwandel der sowjetischen Arbeiterschaft hing aber auch mit der Einführung neuer Technologien und neuen Formen der Arbeitsorganisation zusammen, die einen Wandel der Berufsstruktur erzwangen. Die Mechanisierung von Arbeitsprozessen und die verstärkte Einführung von Fließbandarbeit stellten an die Qualifikation der Arbeiter andere Anforderungen als bisher. Im Kohlenbergbau z.B. benötigte man nun Hauer, die mit Preßlufthämmern umgehen konnten, Elektromonteure und Reparaturschlosser, Berufssparten, die es 1927 im Kohlenbergbau noch gar nicht gegeben hatte. Die Zahl der einfachen Hauer ging im Verlauf des 1. Fünfjahrplanes zurück, während die Anzahl der Maschinisten, die Schrämmaschinen bedienten, stieg.[329] Ähnliche Prozesse vollzogen sich auch in anderen Produktionszweigen.[330] Die Arbeitskräfteplanung ging davon aus, daß nun neben der Masse wenig qualifizierter Arbeiter eine große Gruppe hochspezialisierter Arbeiter erforderlich war, die die Arbeit der Aggregate und Mechanismen organisieren konnten.[331]

Die Um- und Neuqualifizierung von Arbeitern stellte die sowjetische Industrie, die ohnehin an einem eklatanten Mangel an qualifizierter Arbeitskraft litt, vor erhebliche Probleme. Das existierende Berufsausbildungssystem war durchaus überfordert.[332] Zudem wuchsen die Arbeiterzahlen mit atemberaubender Geschwindigkeit, und es gelang nicht, die Masse der unqualifizierten Arbeitskräfte, die in die Betriebe strömten, in ausreichendem Maße zu qualifizieren. Trotz aller Anstrengungen sank das durchschnittliche Qualifikationsniveau der Arbeitskraft im 1. Fünfjahrplan ab. Als Illustration mag die Entwicklung in der Leningrader Maschinenbauindustrie dienen:

Tab. 41: Qualifikationsniveau der Leningrader Maschinenbauarbeiter 1929 und 1931[333]

Jahr	*Arbeiter-zahl*	*hochqualif. Arbeiter*	*qualif. Arbeiter*	*halbqualif. Arbeiter*	*nichtqualif. Arbeiter*
1929					
absolut	91642	3022	18328	39679	30793
in %	100,0%	3,2%	20,0%	43,2%	33,6%
1931					
absolut	161329	3710	26296	64531	66789
in %	100,0%	2,3%	16,3%	40,0%	41,4%
Zuwachs					
in %	176,04%	122,76%	143,5%	162,6%	216,9%

[329] Vgl. Avdienko, in: PCh 1932, No. 6–7, S. 157.
[330] Ebd., S. 156ff.
[331] Kontrol'nye cifry po trudu, S. 30f.
[332] Ebd., S. 11f., 27, 32ff.
[333] Avdienko, in: PCh 1932, No. 6–7, S. 158; Rechenfehler korrigiert.

Wenngleich die Zahl qualifizierter und hochqualifizierter Arbeiter absolut gestiegen war, war ihr Gewicht unter den Leningrader Maschinenbauern erheblich zurückgegangen. Die Steigerungsraten dieser Kategorien lagen weit unter denen halb- bzw. nichtqualifizierter Arbeiter.

Es sank jedoch nicht nur das Qualifikationsniveau, es sank auch der Anteil der Kaderarbeiter, d.h. jener Arbeiter, die bereits lange Jahre im industriellen Produktionsprozeß standen und daher spezifische berufliche und soziale Verhaltensweisen eingeübt hatten:

Tab. 42: Verteilung der Arbeiter nach Berufserfahrung 1929 und 1932/33 (in %)[334]

Branche und Region	*Jahr*	*Berufserfahrung:* bis 2 J.	3–5 J.	6–10 J.	11–15 J.	über 15 J.
Baumwollindustrie						
Moskau	1929	11,1	28,9	18,9	13,7	26,8
	1932/3	20,7	13,6	19,0	9,4	37,3
Hüttenindustrie						
Ural	1929	15,9	30,4	22,9	12,5	18,3
	1932/3	30,0	22,3	17,6	9,3	20,8
Ukraine	1929	12,3	22,2	21,7	17,2	26,6
	1932/3	32,6	23,7	20,5	7,8	15,4
Metallverarbeitung						
Leningrad	1929	13,5	23,4	23,4	14,3	25,4
	1932/3	25,4	22,8	18,2	10,2	23,4

Abgesehen von der Baumwollindustrie war in allen Branchen der Anteil junger Arbeiter mit geringer Produktionserfahrung deutlich gestiegen. Der Prozentsatz der Kaderarbeiter mit über fünfjähriger Produktionserfahrung war zurückgegangen. In der Leningrader Metallindustrie war er von 63,1% auf 51,8% zurückgegangen, in der Hüttenindustrie des Ural von 53,7% auf 47,7% und in der der Ukraine von 65,5% auf 43,7%. Zugleich war der Anteil der ganz unerfahrenen Arbeiter, die erst in den letzten beiden Jahren in die Produktion gekommen waren, auf das Zweifache angestiegen: von 13,5% auf 25,4% in Leningrad, von 25,9% auf 30% im Ural und von 12,3% auf 32,6% in der Hüttenindustrie der Ukraine.

Das rasche Wachstum der Arbeiterzahlen führte auch dazu – und das ist gewiß eine Leistung, die positiv bewertet werden muß –, daß Arbeitslosigkeit schon Anfang 1931 weitgehend verschwunden war:

[334] Vgl. Rašin: Sostav, S. 64; Profsojuznaja perepis', S. 74ff.; hier ist der Versuch gemacht worden, durch Auswahl von Branchen und Regionen beide Umfragen vergleichbar zu machen; das wird aber durch die veränderte Organisationsstruktur der Gewerkschaften (vgl. Kaganovič, L.: O zadačach profsojuzov SSSR na dannom ètape razvitija, in: PS 1932, No. 10, S. 1–15, hier S. 1–5) erschwert; dennoch scheint bei der Baumwollindustrie und dem Hüttenwesen ein Vergleich unbedenklich; allein im Bereich „Metallverarbeitung" wird „Metallindustrie, Leningrad" 1929 verglichen mit „Transportmaschinenbau, Leningrad" 1932/3; Baumwollindustrie 1932/3: einschließlich Fabrikschüler; Hüttenindustrie und Metallverarbeitung 1932/3: ohne Fabrikschüler.



Tab. 43: Zahl der registrierten Arbeitslosen 1926–1931 (in 1000)[335]

1. Okt. 1926	1071
1. Apr. 1929	1741
1. Apr. 1930	1081
1. Jan. 1931	236
1. Aug. 1931	18

Während in der NÈP ungeachtet des Wachstums der Arbeiterzahlen das Angebot an Arbeitskraft die Nachfrage ständig übertroffen hatte, kehrte sich das Verhältnis nun um. Diese Entwicklung führte zu einem Wechsel der sowjetischen Arbeitspolitik: die Arbeitslosenhilfe wurde per Erlaß beseitigt, an die Stelle einer Arbeitsmarktpolitik trat Arbeitskräfteplanung.[336]

Die Zunahme der Arbeiterzahlen in den Jahren 1928–1933 verstärkte die Tendenzen der Aufsplitterung der Arbeiterschaft, die schon Ende der zwanziger Jahre zu beobachten gewesen waren. Die Daten über soziale Herkunft, Qualifikationsniveau und Produktionsalter legen den Schluß nahe, daß die sowjetische Arbeiterschaft am Ende des 1. Fünfjahrplans infolge des raschen Wachstums eine sehr heterogene Gruppe darstellte, deren Formierung im Prozeß industrieller Produktion noch ausstand. Es ist kaum möglich, in dieser Phase einen einheitlichen Typ des Industriearbeiters zu umreißen. Die zeitgenössische Sozialforschung unterschied drei soziale Typen: zunächst den des „echten Proletariers", der aus einer Arbeiterfamilie stammte, lange Zeit im Großbetrieb gearbeitet hatte und zur Landwirtschaft, etwa als Nebenerwerbslandwirt, keine Verbindung mehr besaß. Demgegenüber besaß der Typ des „werdenden Proletariers" noch Land, betrieb teilweise auch noch Landwirtschaft, stammte aus nichtproletarischem Milieu und arbeitete erst kurze Zeit in der Industrie. Schließlich unterschied man noch den Typ des „bourgeoisen Proletariats", das sich aus Kulaken und Ex-Kapitalisten zusammensetzte.[337] Dabei wurden dem Typ des „echten Proletariers" die Eigenschaften politischer Bewußtheit und „gesellschaftlicher und produktiver Aktivität" zugeordnet, Eigenschaften, die beim „werdenden Proletarier" in geringerem Maße entwickelt waren, während der „bourgeoise Proletarier" ein potentieller Feind war.

Eine derartige Schematisierung ist, denkt man an die oben dargelegten Fraktionierungen innerhalb der Arbeiterschaft, sehr unscharf. Der sowjetische Autor sieht über die Unterschiede zwischen Arbeitern verschiedener Branchen, verschiedener Qualifikation und unterschiedlicher Lohngruppen hinweg, über solche der Nationalität, der regionalen Charakteri-

[335] Trud v SSSR 1932, S. 9; die absoluten Zahlen sind nur unter Vorbehalt verwendbar, wie ebd. auch angemerkt, der Trend ist unbestreitbar; vgl. Trud v SSSR 1926–30, S. 36; Schwarz: Arbeiterklasse, S. 55ff.; Rogačevskaja, L.S.: Likvidacija bezraboticy v SSSR 1917–1930, Moskva 1973, S. 249; Gimmel'farb, S.: Likvidacija bezraboticy v SSSR i problema kadrov, in: PE 1931, No. 4–5, S. 23–56, hier S. 31.

[336] Vgl. Schwarz: Arbeiterklasse, S. 55ff., 62ff.

[337] Markus, in: Istorija Proletariata SSSR. Sb. 2, 1930, S. 57; neuere sowjetische Autoren sehen die Heterogenität der sowjetischen Arbeiterklasse in den zwanziger und dreißiger Jahren auch; vgl. Matjugin, A. A. Osnovnye napravlenija razvitija rabočego klassa SSSR v perechodnyj period ot kapitalizma k socializmu, in: Formirovanie 1964, S. 37–54, hier S. 45; Matjugin gibt allerdings dem Kapitalismus die Schuld an dieser Heterogenität; vgl. ebd.; zu den Wirkungen der ersten beiden Fünfjahrpläne ebd., S. 51.

stika der Arbeitergruppen, über die Rolle der Frauenarbeit und bezieht sich allein auf drei Merkmale: auf die soziale Herkunft, die Länge der Produktionserfahrung und die Momente, die auf weiterbestehende Bindung ans Dorf hinweisen. Immerhin kann man bereits daran deutlich machen, wie sehr die sowjetische Arbeiterschaft in sich differenziert war. Allerdings ist durchaus fraglich, ob den jeweiligen Typen tatsächlich das entsprechende politische Verhalten charakteristisch war. Es ist denkbar, daß alte, erfahrene Arbeiter eher gewerkschaftliches Verhalten an den Tag legten als Berufsanfänger.[338] Diese Gruppe konnte auch viel besser als die neuen Arbeiter ermessen, in welchem Maße sich die materielle Situation der Arbeiter im 1. Fünfjahrplan verschlechterte. Aus der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre ist auch bekannt, daß hochqualifizierte Arbeiter nicht in so hohem Maße in der VKP organisiert waren wie der Arbeiterdurchschnitt.[339] Das politische Verhalten der einzelnen Arbeiterschichten darf also nicht von vornherein als gesetzt angenommen werden. Ferner muß erwogen werden, daß sich die Zusammensetzung der Belegschaften teilweise stark veränderte, ein Moment, das sich auf das Verhalten der Belegschaft als Gruppe auswirken mußte. Da gerade in den Neubauten des Fünfjahrplanes junge Arbeiter mit geringer Produktionserfahrung konzentriert waren, kann man davon ausgehen, daß sich hier andere Verhaltensweisen entwickelten als in bestehenden Betrieben, deren Belegschaften über einen Stamm älterer Arbeiter verfügten. Man muß daher annehmen, daß sich in den Jahren des 1. Fünfjahrplanes ein allgemein charakteristisches Verhalten bestimmter, durch Herkunft, Produktionsalter und Bindung ans Land typisierter Arbeiterschichten nur schwer wird nachweisen lassen.

3.3. DIE VERSCHLECHTERUNG DER MATERIELLEN LAGE

Man kann davon ausgehen, daß Änderungen der materiellen Situation, wie die der Lebens- und Arbeitsbedingungen – je nach der regionalen, branchenspezifischen und individuellen Entwicklung – Arbeiterverhalten und Arbeiterbewußtsein beeinflußten. Die materielle Lage der sowjetischen Arbeiter aber verschlechterte sich in den Jahren des 1. Fünfjahrplans deutlich.[340]

Die negative Entwicklung setzte etwa 1928/29 ein. Während der NĖP war der Lebensstandard der Industriearbeiter ständig gestiegen. Der durchschnittliche Reallohn wuchs zwischen

[338] Vgl. z.B. die Hinweise bei Serge, V.: Beruf: Revolutionär. Erinnerungen 1901–1917–1941, Frankfurt/M. 1967, S. 349; vgl. auch Iochved, L.: Den' inženera Marka Sotogo, in: RiK 1930, No. 3, S. 43–49, hier S. 44f.

[339] Vgl. Malenkov, G.: Vovlečenie rabočich v partiju, in: B 1926, No. 21–22, S. 41–53, hier S. 47f.

[340] Die folgenden Abschnitte stützen sich weitgehend auf Vorarbeiten U. Weißenburgers: Die Entwicklung von Realeinkommen und materieller Lage der Arbeiter und Angestellten in der Periode der Vorkriegsfünfjahrpläne (1928/9–1941), Ms., Bremen 1980; ders.: Wohnungsbau und Wohnverhältnisse während der Vorkriegsfünfjahrpläne, Ms., Bremen 1980; die beiden Aufsätze entstanden im Rahmen des Bremer Editionsprojekts: Eichwede, W. (Hrsg.): Die Sozialstruktur der Sowjetunion. Bd. Die soziale und materielle Lage der Stadtbevölkerung (in Vorbereitung); ich danke Herrn Weißenburger für die Überlassung der Manuskripte.

1921/22 und 1927, von saisonal und währungspolitisch bedingten Schwankungen abgesehen, stetig an und erreichte 1927/28 etwa das Dreifache des Lohns von 1921/22. Das Niveau von 1913 wurde 1926/27 in den meisten Branchen erreicht, in einigen auch übertroffen.[341] Das Wachstum des Reallohns schlug sich im Arbeiterbudget nieder: der Verzehr von Fleisch- und Milchprodukten nahm die zwanziger Jahre hindurch zu, Schwarzbrot wurde mehr und mehr von Weizenbrot ersetzt, echter Tee und echter Kaffee verdrängten die Surrogate.[342] Ein zeitgenössischer Beobachter – Menschewik und der Partei- und Sowjetführung durchaus nicht wohlgesonnen – vertrat die Ansicht, in den Jahren 1924–27 hätten sich die Arbeiter so gut ernährt wie nie zuvor.[343]

Gegen Ende der zwanziger Jahre schlug die Entwicklung um. Der durchschnittliche reale Arbeiterlohn stagnierte.[344] Gosplan stellte 1930 fest, daß es nicht gelungen war, die projektierte Reallohnsteigerung zu realisieren.[345] Das rasche Wachstum der Preise habe das Ansteigen der nominalen Löhne „aufgeschluckt", so daß der Reallohn lediglich um 2–3 Prozentpunkte nach oben geklettert sei.[346] Tatsächlich stieg der Preisindex in den ersten Jahren des Fünfjahrplans mit zunehmender Geschwindigkeit:

Tab. 44: Preisindex 1928–1930 (auf der Grundlage von Budgetuntersuchungen, in %)[347]

Periode	*1928 = 100%*	*1929 = 100%*	*zum Vorjahr*
Okt.–Dez. 1928	100,0	86,6	–
Okt.–Dez. 1929	115,5	100,0	115,5
Okt. 1930	188,7	163,4	163,4

Die Teuerung hielt in der ganzen Fünfjahrplanperiode an. Die Arbeiterlöhne hielten damit nicht Schritt:

[341] Vgl. Strumilin, S. G.: Dinamika uslovij truda v SSSR za 1917–1927. Pod'em 1921–1927, in: ders.: Izbrannye, t. 3, S. 369–409, hier S. 405; Rabinovič, in: EO 1927, Okt., S. 158f.; Trud v SSSR 1926–30, S. XXI; Markus, B.: Voprosy truda i oppozicija, in: VT 1927, No. 11, S. 3–16, hier S. 5; Pjatiletnij Plan, t. 2, č. 2, S. 190; zur Quellenlage vgl. Tverdochleb, A. A.: Istoriografija material'nogo blagosostojanija rabočego klassa SSSR v perechodnyj ot kapitalizma k socializmu period, in: Istorija SSSR 1974, No. 3, S. 113–131, hier S. 119.

[342] Strumilin: Izbrannye, t. 3, S. 408; Trud v SSSR 1926–30, S. XXV, 57; Bjudžety rabočich i služaščich, vyp. I, Bjudžet rabočej sem'i v 1922–1927 gg., Moskva 1929, S. 98f.

[343] Valentinov-Vol'skij, S. 115f.

[344] Die sowjetischen Stellen suchten die Entwicklung zu verschleiern, indem sie nur noch Daten über Nominallöhne veröffentlichten, Indexberechnungen manipulierten und die Bedeutung des Reallohns als Indikator für die Lager der Arbeiterschaft in Frage stellten; Weißenburger: Entwicklung, passim; Polljak, G.: K voprosu ob urovne žizni rabočego klassa SSSR, in: PCh 1931, No. 5–6, S. 62–119, hier S. 62ff., 70ff.; Krivickij, M.: K voprosu ob urovne rabočich v SSSR, in: PE 1933, No. 5, S. 51–74, hier S. 70f.

[345] Vgl. Pjatiletnij Plan, t. 2, č. 2, S. 187; Černych, A.: Voprosy truda v pjatiletnem plane, in: PCh 1929, No. 3, S. 240–262, hier S. 251f.

[346] Kontrol'nye cifry po trudu, S. 12f.; vgl. Polljak, in: PCh 1931, No. 5–6, S. 66.

[347] Nach ebd., S. 68; vgl. BEK 102. 1933, S. 17f., über Preisentwicklung mit Angaben auf anderer Basis.

[348] Weißenburger: Entwicklung, S. 14ff.; die Aufstellung stützt sich im wesentlichen auf: Malafeev, A. N.: Istorija cenoobrazovanija v SSSR 1917–1963 gg., Moskva 1964, S. 163, 401ff.; zur Kritik an dieser Tabelle, die den Preisauftrieb noch untertreibt, vgl. Weißenburger: Entwicklung, S. 114ff.; 1932: nur 1. Halbjahr.

Tab. 45: Lohn- und Preisentwicklung 1927–1932 (in %)

Preisindex, alle Waren (1927/8 = 100%)[348]				*Nominallohn Arbeiter*[349]	
Jahr	*sozialisierter Einzelhandel*	*privater Einzelhandel*	*zusammen*	*Jahr*	*(1927 = 100%)*
1927/28	100,0	100,0	100,0	1927	100,0
1928/29	104,3	126,2	106,6	1928	109,7
				1929	120,1
1930	108,7	231,1	132	1930	128,9
1931	137,0	409,0	179,7	1931	143,4
1932	176,6	769,3	251,8	1932	177,9

Der Vergleich von Preis- und Lohnentwicklung zeigt deutlich, wie die Preise den Löhnen davonliefen. War bis 1928/29 noch eine geringe Verbesserung des Reallohns zu verzeichnen, erkennt man seit 1930 einen zunehmenden Rückgang.[350] Dazu kam es vielerorts zu Verzögerungen und Unstimmigkeiten bei der Lohnauszahlung[351], wodurch es ähnlich wie 1923 angesichts der fortschreitenden Geldentwertung zu Kursverlusten und damit noch zu einer zusätzlichen Senkung des Lohnniveaus kam.

Die Teuerung war Funktion der katastrophalen Verschlechterung der Versorgungslage. Die staatlichen Zwangsmaßnahmen während der Getreidebeschaffungskrisen und die gewaltsam durchgeführte Kollektivierung hatten einen starken Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zur Folge. Der Viehbestand wurde dezimiert, da die Bauern ihr Vieh abschlachteten, und die Getreideernte sank nach anfänglichen Steigerungen unter den Stand von 1928. Angesichts des Wachstums der städtischen Bevölkerung[352] war dies eine bedrohliche Entwicklung. Tatsächlich sank der Pro-Kopf-Konsum bei hochwertigen Lebensmitteln ganz erheblich, eine Folge der Versorgungskrise und der Verschiebung des Preisgefüges:

Tab. 46: Pro-Kopf-Konsum der städtischen Bevölkerung 1928–1932 (in kg)[353]

Jahr	*Getreide, Getreideprod.*	*Kartoffeln*	*Fleisch, Speck, Geflügel*	*Butter*
1928	174,39	87,6	51,68	2,97
1929	169,82	108,84	47,5	2,84
1930	198,09	136,18	33,16	2,25
1931	207,81	144,22	27,29	1,79
1932	211,3	110,0	16,93	1,75

349 Trud v SSSR 1932, S. 130; 1931: nur die ersten 9 Monate; 1932 nach Trud v SSSR 1935, S. 96f.

350 Das bestätigen die Korrespondenzen des „Socialističeskij Vestnik", vgl. SV 1931, No. 23, S. 16; No. 1, S. 15; 1932, No. 4, S. 9; 1933, No. 3, S. 10; No. 12, „Rabočie nastroenija".

351 Vgl. SV 1931, No. 1, S. 14; No. 12, S. 23; 1932, No. 1/2, S. 22; No. 6, S. 15.

352 Vgl. oben Abschn. 3.2.

353 Weißenburger: Entwicklung, S. 49; Moškov, Ju. A.: Zernovaja problema v gody splošnoj kollektivizacii (1928–1932 gg.), Moskva 1966, S. 136.

Der Verzehr von tierischem Eiweiß – Fleisch, Speck, Geflügel, Butter – sank seit 1928 stetig, dagegen stieg der Konsum von weniger hochwertigen Lebensmitteln wie Brot und Kartoffeln. Die Stadtbevölkerung paßte sich der Versorgungslage an und suchte ihren Kalorienhaushalt durch vermehrte Aufnahme von Kohlehydraten zu decken. Die Arbeiterhaushalte machten hier keine Ausnahme. Der Verzehr von Weizenmehlprodukten, Fleisch, Eiern, Milch, Zukker ging zurück, dafür stieg der von Roggenmehl, Kartoffeln und Graupen an:

Tab. 47: Monatlicher Lebensmittelkonsum in Leningrader Arbeiterfamilien (in kg pro Familienmitglied)[354]

	1928/29	*1929/30*	*1931*	*1933*
	(nur Ernährung zu Hause)		*(einschließlich Ernährung außer Haus)*	
Roggenmehl, -brot	7,29	7,32	7,93	10,11
Weizenmehl, -brot	7,69	7,36	9,38	7,61
andere Getreideprod.	0,38	1,12	0,63	0,28
Graupen	0,98	1,2	0,92	0,89
Kartoffeln	6,46	7,38	6,37	7,16
Gemüse	2,67	2,77	2,99	2,82
Früchte u. Beeren	1,18	1,03	1,27	0,32
Fleisch u. Speck	4,34	3,75	2,92	1,21
Fisch	1,0	1,4	1,42	1,07
Butter	0,28	0,29	0,22	0,15
Pflanzenfette	0,15	0,28	0,2	0,04
Milch	4,11	4,24	2,76	1,47
Milchprodukte	0,21	0,22	0,22	0,19
Zucker	0,57[355]	1,33	1,4	0,79
andere Süßwaren	0,26	0,44	0,59	0,49

Insbesondere 1932/33 war ein Einbruch zu verzeichnen: der Verzehr von Fleisch und Milch ging gegenüber 1928/29 nahezu auf ein Viertel zurück. Die Ernährungssituation der Leningrader Arbeiter war im Verlauf des 1. Fünfjahrplans spürbar schlechter geworden. Ein Umstand, der die Unruhe und die Unzufriedenheit innerhalb der Arbeiterschaft, die in den Streiks von 1932 zum Ausdruck kam, erklärlich macht.

Während sich die Ernährung qualitativ verschlechterte, nahm sie im Ausgabenbudget der Arbeiterfamilien allmählich immer mehr Raum ein. Hatte ein Arbeiterhaushalt im November 1926 45,6% und im November 1927 43,6% seines Budgets für Nahrungsmittel aufge-

354 Škaratan, O.I.: Material'noe blagosostojanie rabočego klassa SSSR v perechodnyj period ot kapitalizma k socializmu (po materialam Leningrada), in: Istorija SSSR 1964, No. 3, S. 17–44, hier S. 40; vgl. Tverdochleb, A.A.: Material'noe blagosostojanie rabočego klassa Moskvy v 1917–1937 gg., kand. diss., Moskva 1970, S. 347, zit. bei: Weißenburger: Entwicklung, S. 48 (auf Mitteilung J. Barbers); Trud v SSSR 1926–30, S. XXIV, 57; Polljak, in: PCh 1931, No. 5–6, S. 76; Schwarz: Arbeiterklasse, S. 156f., mit ähnlichen Angaben.

355 Trud v SSSR 1926–30, S. 57, gibt für mehrere Städte (sample 1370 Familien) 1,3 kg an.

wandt[356], waren es 1929 im Mittel 47,1 %. Im Laufe des Jahres 1930 bewegte sich der Anteil von 45,1 % (1. Quartal) über 45,3 % (2. Qu.), 54,7 % (3. Qu.) auf 51,5 % (4. Qu.; Jahresmittel 49,3 %). Auf diesem Niveau pendelte sich der Anteil der Ausgaben für Ernährung an den Gesamtausgaben im 1. Halbjahr 1931 ein (1. Qu.: 49,1 %, 2. Qu. 50,9 %).[357] Trotz erheblicher Verschlechterung der verzehrten Lebensmittelration und trotz starker nominaler Lohnsteigerungen stieg der Anteil des Familienbudgets, den die Arbeiter für ihre Ernährung aufwenden mußten. Das ist ein deutliches Signal für die Verschlechterung ihrer materiellen Lage und dafür, wie stark sie von der Inflation getroffen wurden.

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich auch im Bereich der industriellen Konsumgüter.[358] Sowohl bei der Produktion wie bei der Verteilung von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln war die Sowjetwirtschaft in der Phase der forcierten Industrialisierung überfordert. Auf dem XVI. Parteitag griffen Stalin, seines Zeichens Generalsekretär der VKP und Identifikationsfigur der Parteibeamtenschaft, und Švernik, als Sprecher der Gewerkschaften, die Handels- und Versorgungsorgane heftig an.[359] Kirov mußte im Oktober 1931 auf dem Plenum des Leningrader Gebietskomitees gestehen:

> „Gerade auf diesem sehr wichtigen Sektor in der Sache der Arbeiterversorgung arbeiten wir noch sehr schlecht."[360]

1928 hatte man begonnen, einzelne Produkte, vor allem Brot, zu rationieren. Im Laufe des folgenden Jahres waren nach und nach alle wichtigen Lebensmittel und eine Reihe von Industrieerzeugnissen in die Rationierung einbezogen worden.[361] Gleichzeitig wurde auch der private Einzelhandel durch staatliche Maßnahmen im Bereich der Verteilung, der Steuerpolitik und der Transporttarife immer stärker zurückgedrängt.[362] Die Konsumgenossenschaften, die den Privathandel ersetzen sollten, kamen jedoch angesichts des Mangels an Lebensmitteln und anderen Konsumgütern, aber auch wegen ihrer schlechten Organisation mit der Versorgung der Bevölkerung und insbesondere der Arbeiterschaft nicht zurecht. So forderte der XVI. Parteitag eine entschiedene Reorganisation der Genossenschaften.[363] Am 10. 5. 1931 gaben ZK, SNK und Centrosojuz schließlich eine Verordnung heraus, die Organisation und Geschäftsgebaren neu regeln sollte[364], und die im Oktober durch eine zweite ergänzt wurde, die u. a. eine Dezentralisierung der Versorgung in Form einer Selbstversorgungswirtschaft der Betriebe forderte.[365] Die Zahl der Genossenschaften wurde vervielfacht und im Laufe des Jahres 1931 entstanden zahlreiche „geschlossene Arbeiterkooperative", die einzelnen Betrieben zugeordnet waren.[366] Trotz großer Anstrengungen, vor allem von seiten der

[356] Bjudžety 1929, S. 28.
[357] Trud v SSR 1926–30, S. 153.
[358] Zum Erwerb von industriellen Konsumgütern vgl. Škaratan, in: Istorija SSSR 1964, No. 3, S. 42.
[359] Vgl. Stalin, XVI s-ezd, S. 34, 43; Švernik, ebd., S. 659; Mikojan, ebd., S. 258, 261; u. v. a.
[360] Zit. bei Dugin, V.: Rabočee snabženie, in: SS 1932, No. 1, S. 23–34, hier S. 23.
[361] Weißenburger: Entwicklung, S. 8.
[362] Prokopovicz: Rußland, S. 313 ff.
[363] KPSS, t. 4, S. 468.
[364] Direktivy 1957, t. 2, S. 273–278.
[365] Ebd., S. 327–331; vgl. auch Krasnogorskij, A.: Snabženie v 1931 g., in: PCh 1931, No. 2–3, S. 79–91, hier S. 91.
[366] Dugin, in: SS 1931, No. 1, S. 25; Gaza, I.: Bol'ševistskaja perestrojka v novych uslovijach, in: PS 1931, No. 17, S. 7–13, hier S. 9.

VKP[367], gelang es jedoch bis zum Ende des 1. Fünfjahrplanes nicht, die Arbeiterversorgung entscheidend zu verbessern. Tatsächlich war, wie wir oben gesehen hatten, die Lebensmittelversorgung am Ende des 1. Fünfjahrplanes so schlecht wie in keinem anderen der Planjahre. Nach Mitteilungen menschewistischer Gewährsleute empfanden die Arbeiter die Reformen der Verteilungsapparate als Verschlechterung.[368] Nach wie vor gab es Mängel in Qualität und Quantität des Sortiments. In der Mehrzahl der Genossenschaften gab es Engpässe bei Fleisch, Fisch, Fett, Graupen, bei Schuhen, Kleidern und anderen Dingen.[369] Allerorts standen Schlangen vor den Geschäften, selbst nach Brot mußte man vielerorts anstehen. Infolge des knappen Angebots in den Kooperativen und den „Geschlossenen Verteilern" mußten die Arbeiter oft in den freien Markt ausweichen und dort erheblich höhere Preise zahlen.[370] Gegenüber der Periode der NĖP hatte sich die Ernährungs- und Versorgungslage der Arbeiter ganz erheblich verschlechtert. Das erfuhren die Arbeiter und ihre Angehörigen nicht nur durch den mageren Speisezettel, das wurde in der Umstellung des ganzen Alltags deutlich, beim Schlangestehen am frühen Morgen, bei der Jagd nach Lebensmitteln und Schuhen oder anderen dringend benötigten Gebrauchsgegenständen.

Zu der schlechten Versorgungslage kam die große Wohnungsnot, die sich mit dem raschen Wachstum der Stadtbevölkerung erheblich verschärfte. Bereits in den zwanziger Jahren war die Wohnsituation der Arbeiter ausgesprochen schlecht gewesen und sie hatte sich – im Gegensatz zur Versorgungslage – im Laufe der NĖP noch verschlechtert, da die Arbeiterzahlen stetig wuchsen und der Wohnungsbau nicht nachkam. Im Laufe der zwanziger Jahre entwickelte sich die Situation folgendermaßen (Tab. 48).

Die Kontrollziffern für 1929/30 gingen davon aus, daß – wollte man alle Arbeiter mit Wohnraum über 6 m² pro Kopf versehen – 12 Millionen m² Wohnfläche neu geschaffen werden mußten, bezogen auf die gesamte städtische Bevölkerung sogar 30 Millionen m².[371] Das schloß die Versorgung des unerwartet starken Zustroms der Arbeitskraft vom Land in die Stadt noch nicht ein. Die ca. 27 Millionen m² Wohnfläche, die während des 1. Fünfjahrplanes neu geschaffen wurden[372], reichten daher bei weitem nicht aus, die Wohnsituation zu verbessern. Im Gegenteil, die durchschnittliche Wohnfläche ging bis 1932 stetig zurück (Tab. 49).

[367] Vgl. Klekovkin, I.: Usilit' rukovodstvo rabočim snabženiem, in: PS 1931, No. 7, S. 43–45; Verov, V.: Ukrepit' partijnye jačejki zakrytich rabočich kooperativov, in: PS 1931, No. 15–16, S. 50–54; Mamgušev, M.: Mobilizovat' massy na bor'bu za ulučšenie rabočego snabženija, in: PS 1932, No. 3–4, S. 49–51; Kuz'min, A.: Konkretizirovat' rukovodstva, in: PS 1932, No. 6, S. 56–59; Rabočemu snabženiju – krepkoe partrukovodstvo, in: PS 1932, No. 11–12, S. 14–19; Bulgakov, V.: Uporno borot'sja za ulučšenie rabočego snabženija, in: PS 1932, No. 19–20, S. 45–46.

[368] Jugov, A.: Achillesova pjata, in: SV 1932, No. 14, S. 6–8, hier S. 8.

[369] Dugin, in: SS 1932, No. 1, S. 27.

[370] Vgl. Mamgušev, in: PS 1932, No. 3–4, S. 49; Kuz'min, in: PS 1932, No. 6, S. 57; Rabočemu snabženiju, in: PS 1932, No. 11–12, S. 14ff.; Pis'ma iz SSSR, in: BO 1930, No. 17–18, S. 37–39, hier S. 38; Pis'mo professionalista, in: BO 1931, No. 19, S. 20f.; S. Švarc: Pobeda vol'nogo rynka i profsojuzy, in: SV 1932, No. 12, S. 8–10; Jugov, in: SV 1932, No. 14, S. 8; Kaganovič, L., XVII s-ezd Vsesojuznoj Kommunističeskoj Partii (b), 26 janvarja–10 fevralja 1934 g., stenografičeskij otčet, Moskva 1934, S. 544.

[371] Kontrol'nye cifry po trudu, S. 136.

[372] Komarov, N.: Žiliščnoe chozjajstvo i blagoustrojstvo gorodov SSSR, in: PCh 1933, No. 4, S. 70–93, hier S. 75; vgl. Weißenburger: Wohnen, S. 7.

Tab. 48: Durchschnittlicher Wohnraum pro Kopf der Bevölkerung 1923–1926–1928 (in m²)[373]

	1923	*1926*	*1928*	*1932*
UdSSR, Mittel	6,45	5,85	5,91	4,66
UdSSR, Arbeiter, Mittel	4,79	4,91	4,98	
Erhebung in 225 Städten				
davon 89 Städte	–	5–6	–	–
64 Städte	–	4–5	–	–
5 Städte	–	3,7–4	–	–
einzelne Städte/Regionen				
Ivanovo-Voznesensk	5,7	4,3	(unter 4)	–
Stalino	4,9	4,4	–	–
Tula	4,7	4,5	(unter 4)	–
Stalingrad	5,9	4,7	–	–
Sverdlovsk	5,3	4,8	4,0	–
Kuzbass	–	4,6	4,0	–
Donbass	–	–	3,3–3,8	–
Industriezweige				
Textilindustrie	–	4,36	4,34	–
Papierindustrie	–	5,79	5,74	–

Tab. 49: Entwicklung der Wohnfläche pro Kopf der Bevölkerung 1927–1933 (in m²)

Jahr	*UdSSR*[374] *(Jahresmittel)*	*Leningrad*[375] *(jeweils 1. Jan.)*
1927	–	8,7
1928	5,9	8,5
1929	5,4	8,1
1930	5,39	7,7
1931	4,9	6,8
1932	4,66	5,8
1933	–	5,6

Die Verschlechterung der Wohnraumsituation wirkte sich auf die Konsolidierung der Lebenssituation der Arbeiter negativ aus, sie führten zu einer verstärkten Fluktuation. Die unhaltbaren Lebens- und Wohnverhältnisse veranlaßten große Teile der Arbeiterschaft, sich

[373] Kontrol'nye cifry po trudu, S. 136f.; Angaben stets nur für einzelne Phasen und Bevölkerungsgruppen; vgl. ferner Sosnovy, T.: The Housing Problem in the Soviet Union, New York 1954, S. 119; Weißenburger: Wohnen, S. 6.

[374] Weißenburger: Wohnen, Anm. 20; Kontrol'nye cifry po trudu, S. 136.

[375] Industrializacija Severo-Zapadnogo Rajona v gody vtoroj i tret'ej pjatiletok (1933–1941 gg.), Leningrad 1969, S. 300.

immer wieder auf die Suche nach neuen Arbeitsplätzen zu machen, in der Hoffnung dort eine menschenwürdige Unterkunft zu erhalten.[376]

Zweifellos hatte sich die materielle Lage der sowjetischen Industriearbeiter insgesamt spürbar verschlechtert. Die durchschnittliche Arbeiterfamilie von 1932 aß schlechter und wohnte beengter als die von 1927/28, das Einkommen war deutlich gesunken. Dem wirkte partiell entgegen, daß zunehmend bisher nicht erwerbstätige Familienmitglieder Arbeit annahmen, die Zahl der Lohnempfänger in Arbeiterfamilien also anstieg:

Tab. 50: Durchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen in einer Arbeiterfamilie 1928/29–1934[377]

1928/29	*1929/30*	*1931*	*1932*	*1933*	*1934*
1,245	1,315	1,45	1,44	1,44	1,44

Die Zahl der Erwerbstätigen pro Arbeiterfamilie stieg damit zwischen 1928/29 und 1932 um 15,6%. So ergab sich, daß, während der Nominallohn eines einzelnen Arbeiters zwischen Ende 1928 und Anfang 1931 nur um 12% stieg, die Einnahmen einer Arbeiterfamilie um 36% wuchsen.[378] Allerdings besagt diese Durchschnittszahl nichts darüber, wieviele Arbeiterfamilien – bzw. -haushalte überhaupt von dieser Entwicklung profitierten und wie hoch die Zusatzeinnahmen tatsächlich waren. Wenn die Reallohnsenkung also durch eine Vermehrung der Erwerbstätigkeit in einem Teil der Arbeiterfamilien teilweise aufgefangen wurde – wobei dahingestellt bleiben mag, ob das Abgleiten der Löhne diese Entwicklung nicht erst erzwang –, änderte dies doch nichts an der spürbaren Verschlechterung der Versorgungssituation, dem Mangel an Fleisch, Speck, Butter und anderen Konsumwaren, an den Schlangen vor den Läden und an der zunehmend schwieriger werdenden Versorgungssituation.

Es sollte allerdings nicht übersehen werden, daß der Verschlechterung der materiellen Lage und der Intensivierung der Arbeit im Betrieb eine Reihe von Verbesserungen gegenüberstand. Die Arbeitslosigkeit war beseitigt, der Arbeitstag war – wenigstens nominell – gekürzt, der Arbeitertourismus wurde ausgebaut, das Budget der Sozialversicherung aufgestockt.[379] Allerdings ist nicht immer klar, wieweit diese Errungenschaften der Arbeiterklasse wirklich zugute kamen. Die Zahl der Krankheitstage je 100 Versicherte z. B. ging zwischen 1928 und 1932 um 20–40% zurück.[380] Angesichts der eiweißarmen Ernährung und der elenden Wohnsituation eine Entwicklung, die den Verdacht nahelegt, daß die Zahl der Kranken auf administrativem, nicht auf medizinischem Wege verringert wurde.

[376] Vgl. u.a. Kopylov, XVI s-ezd, S. 384; Omel'janskij, ebd., S. 518; Grjadinskij, XVII Konferencija VKP(b), stenografičeskij otčet, Moskva 1932, S. 47; Pudalov, ebd., S. 116; Nalimov, ebd., S. 123; Chitarov, in: PS 1933, No. 21, S. 64; Rafail', in: PS 1930, No. 3–4, S. 60; Tekučest' rabočich v krupnoj promyšlennosti SSSR, in: BEK 116, 1934, S. 13–19, hier S. 18; Bronštejn, E.: Problema rabočej sily k tret'emu godu pjatiletki, in: PCh 1930, No. 12, S. 198–214, hier S. 211; vgl. ferner SV 1931, No. 1, S. 16; 1933, No. 16–17, S. 8; BO 1932, No. 32; u.v.a.

[377] Nach Polljak, in: PCh 1931, No. 5–6, S. 66; Schwarz: Arbeiterklasse, S. 158f.

[378] Vgl. Polljak, in: PCh 1931, No. 5–6, S. 66.

[379] Ebd., S. 79ff.; Soc. Stroit. 1934, S. 337, 433; Ioselani, E.: Semičasovoj rabočij den', in: SO 1929, No. 8, S. 18–24; Chejnman, S.: Problema truda v plane socialističeskogo nastuplenija, in: PCh 1930, No. 12, S. 215–240, hier S. 237ff.

[380] Soc. Stroit. 1934, S. 425; vgl. Polljak, in: PCh 1931, No. 5–6, S. 89; vgl. unten Abschnitt 8.3.

Insgesamt waren diese Verbesserungen, die man nicht übersehen sollte, jedoch wohl nicht so erheblich, daß sie die schlechte Versorgungssituation und die akute Wohnraumnot aufwogen. Obendrein wurde die Arbeitslosenunterstützung abgeschafft und die Unterstützung Kranker restriktiv gehandhabt, so daß die soziale Sicherung für Arbeiter nicht immer direkt erfahrbar war.

Will man erschließen, wie die Verschlechterung der materiellen Lage von der Arbeiterschaft aufgenommen wurde, muß man bedenken, daß Durchschnittsdaten gerade angesichts der starken Differenzierung innerhalb dieser Gruppe und des Nachrückens einer neuen Arbeitergeneration nur bedingte Aussagekraft haben. Aufstiegsmobilität und sozialer Wandel mögen durchaus bewirkt haben, daß eine große Gruppe in der Arbeiterschaft, die Lebens- und Arbeitsplatzsituation von 1927/28 nicht kannte, das Abgleiten der materiellen Lage nicht so dramatisch erfuhr wie ein Arbeiter, der 1923 in den Betrieb gekommen war. Andererseits konnte ein altgedienter Arbeiter durch Qualifizierung und „vydviženie" u. U. seinen materiellen Besitzstand wahren und seinen Sozialstatus sogar verbessern. Zweifellos gab es eine große Gruppe von Arbeitern, deren Lage sich zwischen 1928 und 1932/33 direkt verschlechterte, doch sind auch andere Gruppen zu benennen, die einer solchen Verschlechterung partiell entgingen. Das politische Verhalten der verschiedenen Gruppen und Schichten innerhalb der sowjetischen Arbeiterschaft und die Einwirkungsmöglichkeiten politischer Organisation muß in der Folge differenziert betrachtet werden.

3.4. WEGE DER PARTIZIPATION: ZERSCHLAGUNG DER GEWERKSCHAFTEN UND „SOZIALISTISCHER WETTBEWERB"

Die Politik der forcierten Industrialisierung führte nicht nur zu einem außergewöhnlichen Anwachsen der Arbeiterzahlen und zum Absinken des Lebensstandards, sie hatte auch Veränderungen der Situation am Arbeitsplatz zur Folge. Mehr oder minder erfolgreich waren Sowjet- und Parteiführung bemüht, Freiräume im Produktionsprozeß, die die Arbeiter in der NĖP noch besessen hatten, einzuengen und die Arbeiter für Steigerung der Produktion zu mobilisieren. Das geschah zum einen im Rahmen des technologischen Wandels – westliche, kapitalistische Technologie wurde in großem Maßstab eingeführt –, durch Verbesserung der Normung und der Normenüberwachung, durch gestaffelte Akkordlohnsätze u. ä.[381], aber auch durch verstärkte politische Einflußnahme im Betrieb. Die Parteiorganisation an der Basis wurde reformiert[382], die Gewerkschaften und ihr Apparat durchgreifend umgestaltet und eine Reihe von Mobilisierungskampagnen initiiert, deren wichtigste der „sozialistische Wettbewerb" war.

[381] Die Problematik ist angeschnitten bei Süß: Betrieb; Tatur, M.: „Wissenschaftliche Arbeitsorganisation" – Arbeitswissenschaften und Arbeitsorganisation in der Sowjetunion 1921–1935, Berlin 1979; dort auch die ältere Literatur; eine endgültige Behandlung der Frage, insbesondere bezogen auf die wirkliche Betriebspraxis, steht noch aus; derzeit befassen sich damit D. Filtzer (London/Birmingham) und H. Temmen (Bremen).

[382] Vgl. dazu unten Abschnitt 4.1.2.

Die sowjetischen Gewerkschaften hatten in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre eine von Doppeldeutigkeiten nicht freie Rolle als Vermittler zwischen unmittelbaren Produzenten und Staats- und Wirtschaftsbürokratie gespielt.[383] Wiewohl der Gewerkschaftsapparat bürokratisiert war und mit den Arbeitern nur wenig Kontakt hatte[384], bildete er in seinem aus der russischen Arbeiterbewegung erwachsenen Verständnis von Arbeitervertretung ein Hemmnis für die Politik der beschleunigten Akkumulation, die auf Kosten der Arbeiter durchgeführt wurde. Die Autonomie der Gewerkschaften war auch ein Hindernis für die von oben durchgreifende Wirtschaftsplanung.[385] So ging denn die Gruppe um Stalin 1928 im Zuge der Durchsetzung ihrer Politik der beschleunigten Industrialisierung auch gegen die Gewerkschaftsführung vor, löste sie ab und organisierte im Lauf der folgenden Jahre den gesamten Gewerkschaftsapparat neu.

Der Feldzug gegen die bestehende Gewerkschaftsorganisation und die Gewerkschaftsführung um Tomskij setzte Anfang 1928 ein. Anläßlich der Šachty-Affäre erhob das ZK eine ganze Reihe gewiß nicht unberechtigter Vorwürfe gegen die Gewerkschaften insgesamt: danach gebe es keine systematische Produktionsbetreuerung durch sie, Produktionsberatungen und Provisorische Kontrollkommissionen seien schlecht organisiert, kurz, die Gewerkschaften würden bei der Wirtschaftsarbeit durch die Bank versagen; andererseits aber würden sie auch ihre Schutzfunktion gegenüber den Arbeitern nicht wahrnehmen, sie würden den Kampf gegen die Verletzung der Urlaubs- und Feiertagsregelungen ebenso vernachlässigen wie den für die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen u.a.m.[386] Im Mai 1928 nahm Stalin diese Kritikpunkte auf und sprach vor dem Komsomolkongreß explizit vom „Bürokratismus der Gewerkschaften".[387] Dieser Vorwurf wurde Anfang Juni im Aufruf des ZK zur Entfaltung der Selbstkritik wiederholt, dort war die Rede von Verletzung der Gewerkschaftsdemokratie und von der „entschiedenen Entfernung bürokratischer Elemente" aus der Führung.[388] Im Sommer und Herbst verschärfte die Gruppe um Stalin, vor allem gestützt auf die „Komsomol'skaja Pravda", die Kampagne gegen den Gewerkschaftsapparat.[389] Es gelang ihr, die Gewerkschaftsführung um Tomskij derart in die Enge zu treiben, daß einer ihrer Vertreter im November 1928 klagte:

> „Rund um die Gewerkschaftsbewegung wird eine solche Atmosphäre geschaffen, daß es gänzlich unmöglich ist zu arbeiten."[390]

[383] Vgl. die Einschätzung Isaac Deutschers in ders.: Die sowjetischen Gewerkschaften. Ihr Platz in der sowjetischen Arbeitspolitik, Frankfurt 1969, S. 90ff.; vgl. die Hinweise bei Schröder: Arbeiterschaft, S. 384f.; Carr/Davies: Foundations 1, S. 582–591.

[384] Vgl. z.B. Radčenko, XV s-ezd, S. 315f.; Kosior, ebd., S. 94, vgl. aber ebd., S. 93.

[385] Vgl. Carr/Davies: Foundations 1, S. 583ff.; Daniels: Gewissen, S. 397f.; Deutscher: Gewerkschaften, S. 98ff.; daß davon Ende der zwanziger Jahre sowohl Tomskij, der Vorsitzende des Zentralrats der Gewerkschaften, wie auch Mitglieder der ZK-Mehrheit um Stalin eine Vorstellung hatten, dazu vgl. Kaganovič, XVI s-ezd, S. 63; Čuvyrin, ebd., S. 667; Segal, ebd., S. 680; Švernik, ebd., S. 646.

[386] KPSS, t. 4, S. 86f.; Carr/Davies: Foundations 1, S. 588, erkennt Vorzeichen des „aufziehenden Sturms" bereits auf dem 4. Kongreß der Profintern, auf dem die sowjetischen Gewerkschaften von einem Mitglied des Exekutivkomitees scharf getadelt werden.

[387] Stalin: Werke, Bd. 11, S. 64.

[388] KPSS, t. 4, S. 97.

[389] Vgl. Carr/Davies: Foundations 1, S. 588f.; Daniels: Gewissen, S. 397ff.

[390] Zitiert von Segal, XVI s-ezd, S. 680; vgl. dort auch ähnlichlautende Äußerungen Tomskijs und Mel'ničanskijs.

Wenn es der alten Gewerkschaftsführung auch gelang, die Wahl der Delegierten zum VIII. Gewerkschaftskongreß im Dezember 1928 weitgehend unter Kontrolle zu halten, wurden doch auf dem Kongreß fünf Vertreter der ZK-Mehrheit in den Zentralrat der Gewerkschaften gewählt, darunter Kaganovič, Ordžonikidze und Ždanov.[391] Im Frühjahr 1929 schließlich, auf der Politbürositzung am 9. Februar und auf dem Vereinigten Plenum von ZK und ZKK im April, auf denen die sogenannte „rechte Opposition" verurteilt wurde, ging die ZK-Mehrheit dann auch in aller Schärfe gegen Tomskij vor, den sie absetzte als Vorsitzenden des Zentralrats der Gewerkschaften und dessen Politik sie als Gegenüberstellung von Partei und Gewerkschaften kritisierte.[392] Auf dem XVI. Parteitag im Juni 1930 beschrieb Kaganovič Ziel und Vorgehensweise des ZK ganz offen:

> „Wenn es um eine zehnmillionenköpfige Organisation geht, dann geht es nicht um Personen, sondern um die Aufrüstung der Gewerkschaften für die Aufgaben der Hebung und Entwicklung der Industrie, für die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus. Das ZK hat deshalb nicht nur eine politische Einschätzung gegeben, sondern hat sie auch organisatorisch verstärkt ... Wir haben sie dadurch organisatorisch verstärkt, daß ein Teil der Führung der Gewerkschaftsbewegung von selbst gegangen ist, und ein Teil „gegangen wurde". (Gelächter) Auf diese Weise wurde in der Gewerkschaftsbewegung die Mehrheit des Zentralrats und der Zentralkomitees der Einzelgewerkschaften ausgetauscht. Man kann das als Verletzung der proletarischen Demokratie bezeichnen, doch, Genossen, es ist lange bekannt, daß für uns Bolschewiki Demokratie kein Fetisch ist ..."[393]

Das ZK tauschte die gesamte Führungsspitze der Gewerkschaften aus. Dabei verfolgte die ZK-Mehrheit das Ziel, den Massenapparat, der mit den Gewerkschaften zur Verfügung stand, für die Politik der beschleunigten Industrialisierung in Dienst zu nehmen. Der Wunsch, einen lästigen Konkurrenten im Politbüro und einen führenden Vertreter der „Rechten", Tomskij, politisch zu eliminieren und ihm den organisatorischen Rückhalt zu nehmen, spielte im Kalkül der Gruppe um Stalin gewiß ebenfalls eine Rolle, zumal in der gegebenen innerparteilichen Situation der Zugriff auf die Gewerkschaften und ihre Indienstnahme erst nach Ausschaltung Tomskijs und seiner engeren Anhänger erfolgen konnte. Und gegen die Gewerkschaften war es kaum möglich, die Masse der Arbeiter für eine Intensivierung der Arbeit und die Besserung der Arbeitsdisziplin zu gewinnen. Zentrale Planung und hohes Industrialisierungstempo verlangten, so die Vorstellungen der ZK-Mehrheit, eine Einbeziehung der Gewerkschaften in die Wirtschaftsarbeit und eine Beschneidung ihrer Autonomie. Ein Vertreter der „neuen" Gewerkschaftsführung, Segal vom VCSPS, faßte die inhaltliche Kritik an der Tomskijschen Politik auf dem XVI. Parteitag zusammen:

> „Die Partei forderte die Mobilisierung aller Kräfte der Arbeiterklasse für die Entfaltung des Tempos des sozialistischen Aufbaus, zur Erfüllung des Fünfjahrplanes, zur Überwindung der Schwierigkeiten, aber die frühere Gewerkschaftsführung hat die Gewerkschaften eifrig von der Arbeit zur Hebung der Arbeitsproduktivität abgehalten und hat demgegenüber die Schutzfunktion in den Vordergrund gestellt."[394]

[391] Daniels: Gewissen, S. 401; zu den Vorgängen auf dem VIII. Gewerkschaftskongreß vgl. Vajnberg, XVI s-ezd. S. 190f.; Dogadov, ebd., S. 276.
[392] KPSS, t. 4, S. 180–199, hier S. 185, 187, 195f.
[393] Kaganovič, XVI s-ezd, S. 63.
[394] Segal, XVI s-ezd, S. 680; Sperrung im Original; vgl. ähnliche Äußerungen von Švernik, ebd., S. 646ff.; Semagin, ebd., S. 679; Kaganovič, ebd., S. 63 u. a.

Mit der Ablösung der alten Führung – Nachfolger Tomskijs wurde Švernik – war es deshalb nicht getan, der gesamte Gewerkschaftsapparat mußte reorganisiert, die Gewerkschaftsarbeit auf die Produktion hin ausgerichtet, die hergebrachten gewerkschaftlichen Denk- und Verhaltensweisen mußten umgestülpt werden. Parteiapparat und neue Gewerkschaftsführung begannen sogleich, den Apparat der Gewerkschaften zu säubern, der offenbar nicht bereit war, sein Verständnis als Vertretung von Arbeiterinteressen aufzugeben.[395] Die Säuberung der Mitarbeiter des Zentralrats der Gewerkschaften und der Zentralkomitees der Einzelgewerkschaften wurde vom ZK VKP(b) angeordnet, das Präsidium des VCSPS stimmte zu und die ZKK führte sie durch. Innerhalb eines Zeitraums von 19 Monaten – zwischen Dezember 1928 und Juni 1930 – wurden von 257 Präsidiumsmitgliedern 174 abgesetzt, dafür kamen 190 neue. Bis zum April 1930 wurden 71,5 % der Abteilungsleitungen und 69,4 % des Abteilungspersonals ausgetauscht.[396] Die lokalen Apparate wurden mit Hilfe von Neuwahlen gesäubert und mit neuen Mitarbeitern bestückt. Dabei war das ZK so vorsichtig, zunächst nur in einer Gewerkschaft, bei den Metallern, eine Wahlkampagne durchzuführen, die anderen Verbände zogen später nach. Die Neuwahlen erbrachten die gewünschten Ergebnisse. In der Ukraine wurden die gewerkschaftlichen Betriebskomitees zu 70–80 %, in einigen Großbetrieben zu 100 % erneuert, in Leningrad wurde die gesamte Gewerkschaftsführung ausgewechselt; eine Erneuerungsquote von 65–80 % war unionsweit nicht ungewöhnlich.[397] Allerdings stießen ZK-Mehrheit und neue Gewerkschaftsführung hier bald an Grenzen. Den Gewerkschaften fehlten weitgehend qualifizierte Mitarbeiter, es fehlten Leute, die in der Lage waren, die betriebliche Arbeit durchzuführen und auf den vom ZK vorgegebenen neuen Kurs auszurichten. Die wenigen befähigten Personen zog der Parteiapparat an sich. So blieb nicht aus, daß viele der neuen Komitees bald aus Mangel an Erfahrung und infolge des Fehlens von qualifizierten Mitarbeitern in der praktischen Arbeit versagten und sich vielerorts die Arbeit von den Parteikomitees aus der Hand nehmen ließen.[398] Typisch war das Versagen der Gewerkschaftsorganisation bei der Kampagne der „25000“, die nur dort griff, wo die VKP den Gewerkschaften auf die Finger sah.[399]

Während die Reorganisation des Gewerkschaftsapparats sich in die Länge zog und die neuen Gewerkschaftskader mit erheblichen Startschwierigkeiten zu kämpfen hatten, wurden die Verbände schon von der Parteizentrale in den Dienst genommen. Im Januar 1930

[395] Vgl. die Bemerkungen Šverniks auf dem IX. Gewerkschaftskongreß, IX vsesojuznyj s-ezd professional'nych sojuzov SSSR, stenografičeskij otčet, Moskva 1933, S. 66; zur Reorganisation der Gewerkschaften vgl. auch Kaganovičs Bemerkungen auf der Beratung führender lokaler Parteivertreter beim ZK im Januar 1930, Kaganovič 1930, S. 24f.; und die Ergänzungen des Sekretärs des VCSPS Polonskij dazu, in: Pravda 19. 1. 1930, S. 3; ferner Kaganovič und Švernik auf dem XVI. Parteitag, XVI s-ezd, S. 63f., 663f.

[396] Kaganovič, ebd., S. 63; Švernik, ebd., S. 664; Segal, ebd., S. 681; Polonskij, ebd., S. 233f.; Smirnov, ebd., S. 691; zu den Verschiebungen des Personals vgl. K XVI s-ezdu VKP(b), vyp. III, S. 195ff.

[397] Kaganovič, XVI s-ezd, S. 64; Čuvyrin, ebd., S. 667; Alekseev, ebd., S. 670; Švernik, ebd., S. 694, in Ivanovo-Voznesensk wurden innerhalb von 2 Monaten 140 Betriebskomitees aufgelöst, Polonskij, in: Pravda 19. 1. 1930, S. 3.

[398] Ebd.: Alekseev, XVI s-ezd, S. 670; Čuvyrin, ebd., S. 667.

[399] Polonskij, in: Pravda 19. 1. 1930, S. 3; im November 1929 beschloß das Plenum des ZK 25000 Arbeiter auf Posten in Kolchosen und MTS zu entsenden, vgl. KPSS, t. 4, S. 350; vgl. Lynne, V.: The ‚25000 ers‘: A Study in a Soviet Recruitment Campaign During the First Five Year Plan, in: Russian History/Histoire Russe, vol. 10, pt. 1, 1983, S. 1–30; Istorija KPSS, t. 4, kn. 2, S. 44.

resümierte Kaganovič die geleistete Arbeit des letzten halben Jahres und umriß die neuen Aufgaben recht präzise – von Schutz der Arbeiterinteressen war da aber nicht die Rede:

> „Die Massen des Gewerkschaftsaktivs haben sich um die leninsche Linie des ZK zusammengeschlossen. In einem halben Jahr praktischer Arbeit ist etwas zur tatsächlichen Realisierung der Losung ‚Front zur Produktion' geschehen. Doch das ist zu wenig. Der tatsächliche Umschwung muß sich vor allem auf einen objektiven Index auswirken, wie Hebung der Produktivität und Senkung der Selbstkosten. Bekanntlich ist dieser Index völlig unbefriedigend."[400]

„Front zur Produktion", Steigerung der Produktivität und Senkung der Selbstkosten – das waren nunmehr die proklamierten Ziele der Gewerkschaften und auch der VKP. Um das von der politischen Führung hochgeschraubte Industrialisierungstempo im Betrieb durchzusetzen, entfalteten die Basisorganisationen von Partei und Gewerkschaften eine breitangelegte Kampagne im Industriebereich. Unter Rückgriff auf früher entwickelte Formen suchten sie mit „Sozialistischem Wettbewerb", „Gegenplänen", Produktionsberatungen und anderen Partizipationsangeboten die Belegschaften für eine rasche Steigerung des Produktionstempos zu mobilisieren.[401]

Grundprinzip und Begriff des „socialističeskoe sorevnovanie" (Sozialistischer Wettbewerb) waren bereits im Kriegskommunismus entstanden. Lenin hatte sich mehrfach über die neue Beziehung zur Arbeit und den Wettbewerb geäußert, der IX. Parteitag 1920 hatte den Wettbewerb als Mittel zur Steigerung der Produktivität und zur sozialistischen Erziehung der Werktätigen empfohlen.[402] In der Phase der NĖP spielten Wettbewerb und Stoßarbeit dann nur eine untergeordnete Rolle. Das änderte sich mit dem Übergang zur Politik der forcierten Industrialisierung. In den Jahren 1927 und 1928 entwickelten vor allem junge Arbeiter und Mitglieder des Komsomol Formen von Wettbewerb. In einer Reihe von Betrieben entstanden Stoßbrigaden des Komsomol, die sich bemühten, durch Senkung der Ausschußrate, sorgfältigen Umgang mit Maschinen und Material, durch bessere Ausnutzung von Arbeitszeit und Steigerung der Produktionsmengen einen Beitrag zur Entfaltung neuer Beziehung zur Arbeit zu leisten.[403] Gleichzeitig entwickelte auch die Presse durch Abdruck von Betriebsaufrufen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und durch „Produktionsbesichtigungen" in einzelnen Unternehmen und Betrieben eine intensive Produktionspropaganda.[404] Doch erst 1929 entfaltete sich um den „Sozialistischen Wettbewerb" herum eine Massenbewegung. Gegen Ende 1928 begannen in den Zeitungen vermehrt Aufrufe und Selbstverpflichtungen von Betrieben zu erscheinen. Zugleich publizierte das ZK erstmals Lenins Artikel „Wie soll man den Wettbewerb organisieren" als Broschüre und verteilte ihn in hoher Auflage. Am 5. März 1929 wandten sich die Arbeiter des Werkes „Krasnyj Vyboržec" in Leningrad an die Öffentlichkeit und forderten alle Betriebe der Sowjetunion zum „Sozialistischen Wettbewerb" heraus.

[400] Kaganovič 1930, S. 25.

[401] Vgl. zusammenfassend dazu: Süß: Betrieb, S. 364–385; Rogačevskaja, L. S.: Socialističeskoe sorevnovanie v SSSR. Istoričeskie očerki 1917–1970 gg., Moskva 1977, S. 83ff.; die Aufgaben der Gewerkschaften in diesem Zusammenhang schlüsselt Švernik auf, XVI s-ezd, S. 649–655; resümierend für den 1. Fünfjahrplan mit Perspektiven für 1933ff., vgl. Švernik, IX s-ezd profsojuzov, S. 68–82.

[402] KPSS, t. 2, S. 153f.; Rogačevskaja: Socsorevnovanie, S. 22ff., S. 52ff.

[403] Ebd., S. 72ff.

[404] Rogačevskaja: Socsorevnovanie, S. 78ff.

Dieser Schritt löste eine Welle von Selbstverpflichtungen und Gegenherausforderungen anderer Betriebe aus.[405] Zeitlich fiel diese Entwicklung mit der Verabschiedung des 1. Fünfjahrplanes zusammen[406], sie entsprach im Trend auch den Zielen der ZK-Mehrheit. Denn die Realisierung der gesteckten Planziele erforderte eine massive Steigerung der Arbeitsintensität und eine landesweite Mobilisierung der Arbeitskraft. Die Parteizentrale griff die Kampagne, die Anfang 1929 in der Industrie initiiert worden war, auf und erließ am 9. Mai ein Dekret über den „Sozialistischen Wettbewerb", in dem es hieß:

> „1. Die Lösung der Aufgaben der sozialistischen Rekonstruktion der ganzen Volkswirtschaft fordert die Mobilisierung der ganzen Arbeiterklasse zum Kampf für ein schnelles Industrialisierungstempo des Landes.
>
> Eine der wichtigsten Methoden zur sozialistischen Erziehung des Proletariats und zur Einbeziehung der breitesten Arbeitermassen in die Sache der Wirtschaftsleitung muß die weitere und erheblich verbreiterte Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs der Werke und Fabriken, der Zechen und Werkstätten sein, auf deren Grundlage wir die allseitige Entwicklung der schöpferischen Initiative der Massen erreichen müssen, die Einbeziehung der rückständigeren Schichten der Arbeiter in den neuen sozialistischen Aufbau und den Aufstieg breitester Kader neuer Organisatoren aus den Reihen des Proletariats."[407]

Als Hauptaufgaben des Wettbewerbs deklarierte das ZK die Senkung der Selbstkosten, die Steigerung der Produktivität, Kampf mit dem „Blaumachen" und gegen die Produktion von Ausschuß, die Hebung der Arbeitsdisziplin und Rationalisierung der Produktion. Federführend sollten die Gewerkschaften sein. Zur Motivierung der Belegschaften sollte ein besonderer Prämienfonds eingerichtet werden, daneben veranlaßte das ZK die Schaffung eher ideeller Anreize wie „roter Listen", Ehrenurkunden, Wanderfahnen etc.[408] Der Parteiöffentlichkeit stellte sich der „Sozialistische Wettbewerb" als entscheidendes Instrument zur Herstellung sozialistischer Produktionsbeziehungen dar, als ein wichtiger Schritt in Richtung auf die sozialistische Gesellschaft.[409] Sie erwartete davon eine Umerziehung der Masse der Arbeiterschaft.

Im Gefolge der Pressekampagne und gefördert von den Basisorganisationen der VKP, die in dieser Phase gerade reorganisiert wurden und das Schwergewicht ihrer Arbeit in den Bereich der Produktion verlagerten, breitete sich der „Sozialistische Wettbewerb" rasch aus. Nach Angaben Švemiks auf dem XVI. Parteitag waren am 1. 3. 1930 2 Millionen der rund 3,5 Millionen Industriearbeiter in den Wettbewerb einbezogen. Etwa 1,5 Millionen nahmen an der Stoßarbeiterbewegung teil, die sich im Zusammenhang mit dem Wettbewerb zwischen den Betrieben innerhalb der einzelnen Betriebe entfaltete.[410] Nach offiziellen Angaben entwickelte sich die Bewegung folgendermaßen:

[405] Vgl. ebd., S. 97ff.
[406] Vgl. oben Abschnitt 2.1.
[407] KPSS, t. 4, S. 264–266, hier S. 264.
[408] KPSS, t. 4, S. 265f.
[409] Vgl.: O socialističeskom sorevnovanii, in: RiK 1929, No. 7, S. 5–7; Lesnovskij, G.: Sorevnovanie i sociologija truda, in: RiK 1929, No. 23–24, S. 28–35; Chejnman, S.: Problema truda v plane socialističeskogo nastuplenija, in: PCh 1930, No. 12, S. 215–240, hier S. 230.
[410] XVI s-ezd, S. 649.

Tab. 51: Einbeziehung der Industriearbeiter in den „Sozialistischen Wettbewerb" und die Stoßarbeiterbewegung 1930–31 und 1933 (in % der jeweiligen Gruppe)[411]

<table>
<tr><th>Branche</th><th colspan="5">Beteiligung an Wettbewerb und Stoßarbeit:</th></tr>
<tr><th></th><th>1. 11. 30</th><th>1. 1. 31</th><th>1. 6. 31</th><th>1. 11. 33</th><th>1932/33</th></tr>
<tr><td>Ganze Industrie</td><td>58,4</td><td>65,5</td><td>71,3</td><td>64,3</td><td>–</td></tr>
<tr><td>Stromerzeugung</td><td>57,4</td><td>76,8</td><td>79,6</td><td rowspan="2">74,8</td><td>–</td></tr>
<tr><td>Elektrotechn. Ind.</td><td>75,5</td><td>79,7</td><td>81,7</td><td>76,4</td></tr>
<tr><td>Metallverhüttung</td><td>65,8</td><td>75,7</td><td>75,0</td><td>68,0</td><td>70,7</td></tr>
<tr><td>Transportmaschinen</td><td>60,1</td><td>59,6</td><td>71,8</td><td>73,1</td><td>69,6</td></tr>
<tr><td>Automobilbau</td><td>46,5</td><td>65,5</td><td>71,9</td><td>62,2</td><td>64,0</td></tr>
<tr><td>Landmaschinenbau</td><td>59,1</td><td>68,0</td><td>68,0</td><td>65,6</td><td>65,0</td></tr>
<tr><td>Textilindustrie</td><td>49,1</td><td>60,8</td><td>75,8</td><td>–</td><td>(55,8)[412]</td></tr>
<tr><td>Nahrungsmittelind.</td><td>66,0</td><td>73,9</td><td>75,3</td><td>(66,0)[413]</td><td>(55,9)[413]</td></tr>
</table>

Offensichtlich dehnte sich der „Sozialistische Wettbewerb" sehr rasch aus. In den 1½ Jahren zwischen der Ausrufung des Wettbewerbs und dem 1. November 1930 waren über die Hälfte aller Industriearbeiter in die Kampagne der Selbstverpflichtungen von Betrieben, Abteilungen und Brigaden einbezogen, ein halbes Jahr später beinahe drei Viertel. Dabei gab es keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Industriezweigen. Der erreichte Stand konnte auch weitgehend gehalten werden. 1933 lagen jedenfalls die Beteiligungsquoten nur geringfügig unter denen von 1931. Offenbar war es der VKP gelungen, die kampagnenartig begonnene Aktion zu stabilisieren.

Allerdings entwickelten sich die Dinge keineswegs so glatt, wie die statistischen Angaben suggerieren. Es ist durchaus fraglich, wieviele der angegebenen, in Verträgen und Selbstverpflichtungen nominierten Arbeiter wirklich aktiv an Wettbewerb und Stoßarbeit teilnahmen, und wieviele nur auf dem Papier um ideeller oder materieller Vorteile willen als Stoßarbeiter figurierten, oder aber von einem übereifrigen Parteisekretär, der unter Erfolgszwang stand, nach oben weitergemeldet wurden. Von Anfang an war die Bewegung bei Teilen der Arbeiterschaft und im Narkomtrud auf Widerstand gestoßen. 1931 warf der „Bol'ševik", die theoretische Zeitschrift der VKP, der abgelösten „opportunistischen" Führung des Volkskommissariats für Arbeit noch nachträglich Zweifel an den neuen Methoden der Arbeitsorganisation, Nachtrablertum und Bürokratismus vor.[414] Offenbar stand sie ihnen, wie auch die Gewerkschaften ursprünglich, mit Skepsis und Reserve gegenüber. In den Betrieben kam es

[411] Angaben für 1930 und 1931 nach: Trud v SSSR 1932, S. 121; 1. 11. 1933: laufende Statistik der Gewerkschaften, zit. nach Profsojuznaja perepis', S. 56; 1932/33. Ergebnisse der Gewerkschaftsumfrage, ebd., S. 156ff., ohne Fabrikschüler; vgl. ferner die Angaben bei: Samokritika, in: PS 1930, No. 11, S. 26; Belonosov, in: Rabočij klass 1975, S. 235; Trud v SSSR 1926–30, S. 24f.; vgl. Kujbyšev, XVI s-ezd, S. 503; Kaminskij, ebd., S. 514; Švernik, ebd., S. 649f.; Vejnberg, XVII konf., S. 220; zur Qualität der Angaben vgl. unten; vgl. ferner Abschnitt 4.1.2.

[412] Nur Moskauer Baumwollindustrie.

[413] Nur Mühlen- und Bäckereiindustrie.

[414] Kuznecov, A.: Voprosy organizacii truda v 1931 godu, in: B 1931, No. 2, S. 28–46, hier S. 41f.

vielerorts zu offenen Protesten. Arbeitergruppen setzten sich gegen die Einführung des Wettbewerbs zur Wehr. In der Fabrik „3. Kongreß der Komintern" erklärten Arbeiterinnen: „Man will uns bloß die Haut abziehen!" und versuchten die Belegschaftsversammlung zu sprengen.[415] In Rostov beteiligten sich Komsomolzen und Parteimitglieder an einer Flüsterkampagne gegen die Einführung des Wettbewerbs[416], in Orel traten Arbeiter offen dagegen auf, ohne daß die Parteiorganisation gegen sie vorging.[417] In einer Textilfabrik erhielten zwei Stoßarbeiterinnen folgenden schönen Brief:

> „Micheeva und Sizova! Ihr macht uns die Arbeit kaputt und macht viel her mit dem Sozwettbewerb. Wir bitten Euch, schließt keinen Brigadevertrag ab. Damit macht ihr die Arbeit kaputt. Wir bitten Euch, das nicht zu tun und auf die Brigade zu verzichten, auf Ehre, aber wenn ihr nicht hört und das nicht laßt, dann versuchen wir selbst, Euch zu bremsen und Eure Brigade irgendwie zu zerschlagen. In der Brigade lassen wir Euch nicht arbeiten. Ihr habt als erste über Arbeitsintensivierung [uplotnennuju rabotu; eigentlich: ‚verdichtete Arbeit'] gequatscht ... Wenn Ihr damit nicht aufhört, wird's Euch schlecht gehen. Entweder schlagen wir Euch die Fresse ein oder wir dreschen Euch ganz zum Teufel, aber arbeiten lassen wir Euch sowieso nicht. Selber arbeiten wir nicht und Euch lassen wir auch nicht. Denkt mal ein bißchen gut nach."[418]

Der sozialistische Impetus mancher Kollegen erschien vielen Arbeitern sehr unglaubhaft, sie bezeichneten Teilnahme am Wettbewerb schlicht als Karrierismus und unterstellten, die Stoßarbeiter wollten sich bloß die Taschen füllen.[419] In Leningrad unterliefen Arbeiter die Kampagne und suchten die Normerhöhung, die sie mit sich brachte, durch Langsamarbeit zu verhindern.[420]

Die Vorbehalte, die große Arbeitergruppen dem „Sozialistischen Wettbewerb" gegenüber hegten, und die schlechten materiellen und organisatorischen Bedingungen, mit denen die sowjetische Industrie zu kämpfen hatte, führten dazu, daß die Stoßarbeit oft nur formalen Charakter hatte. Ein nicht unbedeutender Teil der Arbeiter, die am Wettbewerb teilnahmen, löste die Selbstverpflichtung nicht ein und unterlief so die Ziele der Kampagne. Die Angaben über den Anteil dieser „Pseudostoßarbeiter" schwanken. Der Parteisekretär des Leningrader Großbetriebs „Krasnyj Putilovec" ging davon aus, daß 2000 seiner Stoßarbeiter dies bloß auf dem Papier waren, der Sekretär der „Nadeždinskij zavod" sprach von einer 50%-Quote.[421] In Dnepropetrovsk entdeckte 1933 eine Parteirevision, daß von 1100 Arbeitern der Gießerei der „Petrovskij zavod" 1125 Stoßarbeiter waren[422] – eine nicht ganz glaubhafte Zahlenrelation. Die Mehrheit der Parteiorganisationen war im übrigen gar nicht in der Lage, präzise Angaben über die Erfüllung der eingegangenen Selbstverpflichtungen zu machen, da es keine konkreten Kennziffern für den Wettbewerb gab und Normenkontrolle und Buchführung in den

[415] Repikov, P.: Chvostizm i razvertyvanie samokritiki, in: PS 1930, No. 6, S. 39–43, hier S. 39.
[416] Nevodin, L.: Vozglavit' proizvodstvennuju aktivnost' mass, in: PS 1930, No. 5, S. 35–39, hier S. 36.
[417] Rafail: Gnojnik kak rezul'tat zažima, in: PS 1930, No. 3–4, S. 58–62, hier S. 59.
[418] Mitgeteilt von Kaganovič, XVI s-ezd, S. 61.
[419] Rakino, V.: Postanovka raboty s novymi slojami rabočich, in: PS 1931, No. 13, S. 49–52, hier S. 51.
[420] PS 1933, No. 1-2, S. 54.
[421] Avangardnaja rol', in: PS 1931, No. 3–4, S. 21–41, hier S. 35; vgl. ebd., S. 22, 25, 26, 30, 34, 35, 38, 39; vgl. dazu Švernik, XVI s-ezd, S. 651; Egorov, in: PS 1930, No. 15, S. 35; D.S., in: PS 1931, No. 11, S. 45; Ivanov, in: PS 1931, No. 15–16, S. 36; Žezlov, in: PS 1932, No. 14, S. 35; Kačestvo, in: PS 1932, No. 9, S. 47; BO 1931, No. 23, S. 22, berichtet, daß sowjetische Arbeiter Stoßarbeit für völlig wirkungslos hielten.
[422] KPSS, t. 5, S. 105.

Betrieben durchaus nicht auf der Höhe waren.[423] Produktivitätssteigerungen und Selbstkostensenkungen in einzelnen Arbeitsbereichen konnten deshalb kaum präzise festgestellt werden. Im Lichte dieser Feststellungen ist die oben angeführte Tabelle mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten. Tatsächlich war der Prozentsatz der Arbeiter, die sich aktiv, bewußt und ernsthaft am „Sozialistischen Wettbewerb" beteiligten, erheblich niedriger.

Dennoch erfaßte der Wettbewerb wenigstens formal relativ starke Teile der Industriearbeiterschaft und rief in einigen Gruppen offenbar auch wirklichen Enthusiasmus hervor.[424] Die Masse der Arbeiter war allerdings durch Vorstellungen ideologischer Art allein nicht zur Beteiligung am Wettbewerb zu bewegen. Neben die Prämierung erfolgreicher Stoßarbeiter trat deshalb bald ein ganzes System von Privilegien, die Stoßarbeitern zugutekamen. Dies wurde für die Arbeiter vor allem angesichts der Versorgungskrise wichtig. Defizitäre Waren – eiweißreiche Lebensmittel, Schuhe, Wintermäntel – wurden über die geschlossenen Verteiler bevorzugt an Teilnehmer des „Sozialistischen Wettbewerbs" ausgegeben. In vielen Betrieben wurden für Stoßarbeiter und Nicht-Stoßarbeiter getrennte Kantinen mit unterschiedlichem Essen eingerichtet.[425] Der „Sozialistische Wettbewerb" wurde damit ganz auf persönliche, materielle Interessiertheit abgestellt. Das Moment der Erziehung zu einer neuen sozialistischen Arbeitshaltung ging gänzlich unter. Das wird sehr deutlich, wenn man die als musterhaft herausgestellte Wettbewerbsherausforderung liest, die die beste Brigade des Moskauer Elektrowerks an die anderen Brigaden richtete:

> „Die Brigade ist volle 420 Minuten ausgelastet, den Plan erfüllt sie zu 135 %, der Lohn der Arbeiter ist gestiegen. Ich, Brigadier Minaev, fordere alle Brigadiere des Kombinats zum Sozwettbewerb über die volle Auslastung des Arbeitstags von sieben Stunden heraus. Indem wir 420 Minuten voll arbeiten, erhöhen wir in der Schicht das Programm und den Lohn der Arbeiter. Arbeite mehr und besser – dann kriegst Du auch mehr Lohn. Das ist die Lösung in meiner Brigade. Ich warte auf Eure Antworten, Genossen Brigadiere!"[426]

Neben dem Arbeitsenthusiasmus einer Schicht vorwiegend jüngerer Arbeiter[427] spielten vor allem materielle Anreize eine Rolle bei der Stabilisierung des „Sozialistischen Wettbewerbs". Dabei förderten Partei- und Sowjetführung ganz bewußt die Aufsplitterung der Arbeiterschaft und die Herausbildung einer materiell bessergestellten Gruppe, gewissermaßen einer „Arbeiteraristokratie".[428]

Zu den am häufigsten angewandten Verfahren, Arbeiter für die aktive Mitarbeit in Produktions- und Planungsprozesse zu gewinnen und sie zugleich für die Beteiligung am „Sozialistischen Wettbewerb" zu mobilisieren, gehörten die Produktionsberatungen – und eng damit verflochten – das „izobretatel'stvo" (wohl am ehesten mit „Neuererwesen" zu übersetzen).

[423] Avangardnaja rol', in: PS 1931, No. 3–4, S. 38; Egorov, in: PS 1930, No. 15, S. 35.

[424] Vgl. dazu unten Abschnitt 8.1.

[425] Vgl. Ivanov, in: PS 1931, No. 15–16, S. 36, Šenderovič, in: PS 1933, No. 5, S. 36; Pervye itogi čistki partii. Sbornik statej, Moskva 1934, S. 30; Verov, in: PS 1931, No. 15–16, S. 53; Dugin, in: SS 1932, No. 1, S. 29; Čekmenev, V.P.: L'goty ITR, Moskva 1932, S. 20; BO 1930, No. 17–18, S. 38; BO 1931, No. 19, S. 37; SV 1931, No. 14, S. 6; SV 1932, No. 4, S. 16.

[426] Jurov, in: PE 1933, No. 6, S. 141; vgl. ähnliche Beobachtungen über die Motive von Stoßarbeitern bei Rakino, in: PS 1931, No. 13, S. 51; vgl. SV 1931, No. 12, S. 23.

[427] Vgl. PS 1931, No. 22, S. 10f.

[428] Vgl. unten Abschnitt 8.3.

Produktionsberatungen existierten in sowjetischen Betrieben bereits seit 1923/24.[429] Es handelte sich dabei um eine Einrichtung, die Arbeiter eines Betriebes oder einer Abteilung zusammenfassen sollte, um Produktionsfragen zu beraten und Verbesserungsvorschläge zu machen. Die Teilnahme stand jedem Belegschaftsmitglied frei, strenge Organisationsformen gab es zunächst nicht, so daß die Zusammensetzung der Beratungen stark fluktuierte. Da Gewerkschaften und Partei diese Bewegung energisch unterstützten, breitete sie sich in den zwanziger Jahren rasch aus. Ende 1925 bestanden in Moskau 371 Produktionsberatungen mit 34000 Teilnehmern, in Leningrad 204 mit 36000 Teilnehmern und in Tver' 198 mit 13000.[430] 1927, am Vorabend des Übergangs zur forcierten Industrialisierung, war die Bewegung der Produktionsberatungen soweit ausgebaut worden, daß – nach Aussage von Kaganovič – in allen Branchen und allen Regionen regelmäßig Produktionsberatungen tagten.[431] Jedoch wurde nur ein kleiner Teil der Arbeiterschaft durch diese Institution aktiviert. Die Zahlenangaben schwanken. In der Moskauer Metallindustrie sollen 40% der Arbeiter an Produktionsberatungen teilgenommen haben, in zehn Moskauer Trusts 20%, in Leningrad 35% und in Nižnij Novgorod 64%.[432] Insgesamt wurden jedoch nur 10–15% der Industriearbeiterschaft von dieser Bewegung erfaßt.[433] Die Ursache für die geringe Bedeutung dieser Einrichtungen, die ja eigentlich den Belegschaften Partizipation an Betriebsentscheidungen anbot, und das Desinteresse der Arbeiter war vor allem darin zu suchen, daß die Beratungen nur selten praktische Ergebnisse hatten. Die überwiegende Mehrheit des Managements lehnte Produktionsberatungen ab und beteiligte sich nicht an ihnen.[434] Von den Vorschlägen, die die Beratungen ausarbeiteten, wurde nur ein Bruchteil realisiert. Kaganovič ging 1927 zwar davon aus, daß rund 60% der Vorschläge verwirklicht wurden[435], doch scheint diese Zahl überhöht, wenn man die Klagen der Mitarbeiter vor Ort besieht. Ein Delegierter des XV. Parteitages wies darauf hin, daß meist das Geld für die praktische Umsetzung der Vorschläge fehle.[436] Oft wurde die Ausführung verschleppt, die Arbeiter erfuhren nichts über das Schicksal ihrer Initiativen, sie klagten, daß alles auf dem Papier bleibe. Die Produktionsberatungen – so eine verbreitete Meinung – seien „Schwatzbuden", es werde sowieso nichts von dem, was erörtert würde, realisiert.[437] Zweifellos waren die Arbeiter auch davon demotiviert, daß die Produktionsberatungen in vielen Fällen keine echte Möglichkeit zur Mitbestimmung eröffneten, sondern von Partei- und Betriebsleitung zur Steigerung der Produktivität und

[429] Vgl. Gen'kina, É. B.: Vozniknovenie proizvodstvennych soveščanij v gody vosstanovitel'nogo perioda (1921–1925), in: Istorija SSSR 1958, No. 3, S. 63–89, hier S. 75ff.; Koch, W.: Bemerkungen zum Problem der proletarischen Führerkontrolle in der bolschewistischen Staatswirtschaft, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Bd. 56, 1932, S. 1–40, hier S. 29ff.

[430] Vgl. ebd., S. 30; Molotov, XIV s-ezd VKP(b), stenografičeskij otčet, Moskva, Leningrad 1926, S. 60.

[431] XV s-ezd, S. 95; über die Bedeutung, die die VKP den Beratungen zumaß, vgl. Prelkov, in: B 1927, No. 7–8, S. 83.

[432] Kaganovič, XVI s-ezd, S. 95.

[433] Ebd.; Koch, in: Schmollers Jahrbuch 56, 1932, S. 31; Myškin, Ju.: Nedočety v rabote po racionalizacii proizvodstva, in: Izv CK 1928, No. 11, S. 8–9, hier S. 9; Meerzon, in: B 1929, No. 4, S. 71, 75.

[434] Vgl. Chejnman, in: EO 1930, No. 1, S. 168ff.; Myškin, in: Izv CK 1928, No. 11, S. 9.

[435] Kaganovič, XV s-ezd, S. 95.

[436] Bogačev, XV s-ezd, S. 533.

[437] Gurevič, in: Izv CK 1928, No. 2, S. 7; Cirul': Partija i massy, S. 128f.; Koch, in: Schmollers Jahrbuch 56, 1932, S. 32ff.

Intensivierung der Arbeit instrumentalisiert wurden.[438] Obgleich Produktionsberatungen 1927 also weit verbreitet waren und durch Produktionskonferenzen und Provisorische Kontrollkommissionen ergänzt wurden, gelang es 1927 und 1928 doch nicht, die Masse der Industriearbeiter zur Mitarbeit in ihnen heranzuziehen. Insofern führten sie ein Schattendasein.

Mit dem Übergang zur forcierten Industrialisierung und parallel zur Organisierung des „Sozialistischen Wettbewerbs" suchte die Partei- und Sowjetleitung auch die Produktionsberatungen aufs Neue zu aktivieren.[439] Mitte 1929 gab der Rat der Volkskommissare ein Dekret heraus, das die Rolle der Produktionsberatungen unterstrich und die Wirtschaftsleitungen verpflichtete, auf die Vorschläge der Produktionsberatungen einzugehen.[440] Den Beratungen sollten alle benötigten Unterlagen zur Verfügung stehen, der Direktor wurde für die rasche Behandlung der Vorschläge verantwortlich gemacht, die Prämienauszahlung neu geregelt – die Hälfte der zugesprochenen Prämie sollte nun sofort ausgezahlt werden, die andere Hälfte nach Realisierung des Vorschlags – und die RKI wurde beauftragt, ein Statut für Produktionsberatungen auszuarbeiten.[441] Ähnlich wie in der Parteiorganisation sollte der Schwerpunkt der Arbeit der Beratungen nun in die Werksabteilung verlegt werden, um ihre Arbeit ‚konkreter' zu gestalten.[442] „Sozialistischer Wettbewerb" und Gegenplanbewegung gaben den Produktionsberatungen neue Inhalte. Dennoch gelang es nicht, genug Arbeiter zu mobilisieren. 1930, auf dem XVI. Parteitag, urteilte Kujbyšev:

> „Im Gefolge von sozialistischem Wettbewerb und Stoßarbeiterbewegung kam es auch zu einer Belebung der Arbeit der Produktionsberatungen. Gewiß, da ist noch nicht alles getan, und das wird besonders deutlich an einer Reihe von Vorfällen, die sich in der letzten Zeit in Zusammenhang mit dem Kampf gegen Verluste ereigneten. Die Produktionsberatungen konnten die Aktivität der Arbeitermassen nicht in ausreichendem Maße mobilisieren."[443]

Die geringe Resonanz, die die Produktionsberatungen offenbar bei der Masse der Arbeiter hatten, war wohl u.a. auch mit davon verschuldet, daß nach wie vor nur ein Teil der Vorschläge wirklich realisiert wurde – teilweise sank der Anteil der ausgeführten Vorschläge sogar (Tab. 52). Gegenüber den Jahren der NĖP waren die Anteile ausgeführter Vorschläge zwar etwas höher – obgleich man auch hier gewisse Übertreibungen annehmen muß –, doch schwankten die Zahlen nicht unerheblich. Das kann sowohl von der Qualität der Vorschläge abhängen, die von der technischen Qualifikation der Arbeiter bestimmt war, als auch von den betrieblichen Bedingungen, z.B. dem Fehlen von Geldmitteln, der Verschleppung durch die Administration usw., weist aber in jedem Fall auf Probleme hin, die bei der Entwicklung von Arbeiterinitiative auftraten.

438 Vgl. den Vorfall in Leningrad 1928 (Trud 3. 7. 28), zitiert bei L. Sosnovskij: Četyre pis'ma iz ssylki, in: BO 1929, No. 3–4, S. 15–29, hier S. 24.

439 Zum Zusammenhang von „Sozialistischem Wettbewerb" und Produktionsberatungen vgl. Rogačevskaja: Socsorevnovanie, S. 92f.

440 Direktivy 1957, t. 2, S. 88f.; Dekret des SNK vom 18. 7. 1929.

441 Ebd.

442 Kaganovič, XVI s-ezd, S. 62.

443 Ebd., S. 503; zur Verbreitung von Produktionsberatungen 1932–1935 vgl. Belonosov, in: Rabočij klass 1975, S. 234.

Tab. 52: Realisierung der Vorschläge von Produktionsberatungen 1927–1929 (in %)[444]

	1927/28	*1928/29*	*1929/30*
Moskau	77,9	(62,8)[a]	–
Artemovsker Bezirk	–	(61,1)[b]	(53,1)[c]
Šachty	–	(67,3)[b]	(77,2)[d]
Tula	–	42	52
Leningrad	74,5	69,8	–
Ural (1 Bezirk)	75	58	–

1931 wurde auf Beschluß des Zentralrats der Gewerkschaften die Leitung der Produktionsberatungen Betriebsorganisatoren übertragen, die zugleich die Funktion eines stellvertretenden Direktors wahrnahmen. Dadurch sollte die Leitung der Beratungen gestrafft und die Realisierung ihrer Beschlüsse sichergestellt werden.[445] Im Rahmen der Bewegung „Front zur Produktion" und der Verlagerung der Massenarbeit in die Werksabteilungen wurde die Zahl der Produktionsberatungen erheblich vermehrt. Die durchschnittliche Anzahl der Beratungen pro Betrieb stieg Ende 1932 bis Ende 1934 von 75 auf 105 im Vierteljahr, wobei vor allem die Zahl der Brigade- und Gruppenberatungen wuchs – von 49 auf 72 – während die Zahl der Beratungen auf Gesamtbetriebsebene relativ geringfügig stieg – von 26 auf 33.[446] Besonders die Basisorganisationen der Partei waren im Rahmen ihrer eigenen Reorganisation gehalten, die Produktionsberatungen zu aktivieren.[447] Wieweit die Masse der Arbeiter daran beteiligt war, ist kaum zu beurteilen, da hier keine Daten vorliegen.[448] Die Verlagerung der Arbeit an die Basis ermöglichte sicher eine breitere Heranziehung von Produktionsarbeitern. Andererseits läßt die Verlegung der Versammlungstermine in die arbeitsfreie Zeit[449] und die zunehmende bürokratische Erstarrung der Beratungen[450] die Vermutung zu, daß die Produktionsberatungen bei der Mobilisierung der Arbeiter auch am Ende des 1. Fünfjahrplanes keine wesentliche Rolle spielte.

In engem Zusammenhang mit der Arbeit der Produktionsberatungen stand das Neuererwesen (izobretatel'stvo). Sowohl innerhalb der Beratungen wie auch individuell sollten die Arbeiter ermutigt werden, Verbesserungsvorschläge zu machen und Produktionsinitiative zu entwickeln. Dabei hoffte die Parteiführung, die Arbeiter zu motivieren, sich besser mit dem eigenen Arbeitsplatz vertraut zu machen, sich technisch weiterzubilden und die Einstellung zur eigenen Arbeit zu verändern.[451] Wie die Produktionsberatungen sollte auch das Neuerer-

[444] Samokritika i vnutripartijnaja demokratija, in: PS 1930, No. 11–12, S. 21–29, hier S. 28; a: 1. Halbjahr 1929, b: 1. Halbjahr 1928/29, c: 2. Halbjahr 1928/29, d: 1. Quartal 1929/30; vgl. Kujbyšev, XVI s-ezd, S. 503, über Abhilfemaßnahmen.
[445] Grigoriew, G. A. [Grigor'ev, G. A.]: Produktionsberatungen und Arbeiterinitiative, Moskau 1932, S. 13ff.
[446] Belonosov, in: Rabočij klass 1975, S. 234.
[447] Vgl. Kurakin, in: PS 1933, No. 7, S. 59; Položitel'nyj, in: PS 1933, No. 5, S. 21; Postanovlenie Mosgorkoma, in: PS 1932, No. 13, S. 30f.
[448] Vgl. Belonosov, in: Rabočij klass 1975, S. 234.
[449] Vgl. Jurov, in: PE 1933, No. 6, S. 142.
[450] Vgl. SV 1932, No. 23, S. 16.
[451] Sverdlov, V.: Rabočee izobretatel'stvo, in: RiK 1928, No. 18, S. 20–27, hier S. 22.

tum dazu dienen, bei den Arbeitern ein sozialistisches Verhältnis zur Arbeit zu schaffen und zugleich die Produktivität zu steigern. Trotz erheblicher propagandistischer Bemühungen, trotz Prämien und Orden[452], ging die Neuererbewegung nach anfänglicher Expansion jedoch allmählich zurück:

Tab. 53: Entwicklung des Neuererwesens 1929–1932[453]

	Okt.–Dez. 1929	*Okt.–Dez. 1930*	*Okt.–Dez. 1931*	*Okt.–Dez. 1932*
Zahl der untersuchten Betriebe	883	1339	1042	1734
Zahl der Arbeiter (in 1000)	1359,1	1535,7	1608,2	2834,4
Zahl der Vorschläge im Quartal	46815	169921	122859	176684
Zahl der Vorschläge				
– pro Betrieb	**53**	126,9	117,9	101,9
– pro 100 Arbeiter	**3,4**	**11,0**	**7,6**	**6,2**
Angenommene Vorschläge (in %)	85,1%	63,1%	49,5%	39,3%
Realisierte Vorschläge (in %)[454]	52,2%	39,5%	30,9%	22,9%

Die Zahl der Vorschläge pro Betrieb und pro Arbeiter stieg 1930 auf ein mehrfaches an und fiel dann langsam ab. Dies kann man recht gut mit der Quote der realisierten Vorschläge in Übereinstimmung bringen. 1930 wurden 80% der Vorschläge für gut befunden und die Hälfte verwirklicht. Das wirkte ermutigend. In den folgenden Jahren fiel die Quote der angenommenen und umgesetzten Vorschläge steil ab, so daß die ‚Erfinder' demotiviert wurden. Aus der Entwicklung kann man entweder darauf schließen, daß die Auswahlkommissionen wählerischer wurden, oder aber, daß die Qualität der Vorschläge deutlich zurückging. Letzteres würde mit dem Qualifikationsabfall in der Arbeiterschaft korrespondieren. Allerdings muß auch darauf verwiesen werden, daß die Arbeitererfinder auf große Vorbehalte stießen. Aufgrund der – teilweise wohl durch Erfahrung gestützten – Annahme, daß Arbeitererfinder wegen ihres begrenzten technischen Wissens in der Regel nur minder wichtige Vorschläge machten, und angesichts der eigenen Arbeitsüberlastung verfolgten viele Betriebsleitungen

452 Grigoriew, S. 31 ff.; zur Mobilisierung von seiten der VKP vgl. Gaza/Lysakov, in: PS 1931, No. 17, S. 12.

453 Krivickij, in: PE 1933, No. 5, S. 62; Rechenfehler korrigiert auf der Basis der absoluten Größenangaben.

454 Krivickij gibt folgende Zahlenreihe an:

1929	61,3%
1930	62,6
1931	60,8
1931	60,8
1932	58,5

Diese Prozentangaben beziehen sich offenbar nur auf die angenommenen Vorschläge, anders ist nicht zu erklären, daß z.B. 1931 49,5% der Vorschläge angenommen, aber 60,8% verwirklicht werden; in der Texttabelle werden diese Prozentangaben umgerechnet, Ausgangsbasis sind nun alle Vorschläge.

Arbeitervorschläge nicht weiter.[455] Obendrein waren die Prämienfonds niedrig und wurden kaum ausgenutzt.[456] All dies führte zu einer Stagnation des Neuerertums im Fünfjahrplan. Auch wenn es gelang, eine kleine Gruppe von Arbeitern zu aktivieren, glückte es doch hier ebensowenig wie bei den Produktionsversammlungen, die Masse der Arbeiter für die aktive Mitarbeit in Produktionsfragen zu gewinnen.

Der Versuch, über Neuererwesen und Produktionsberatungen Arbeiterinitiative für den industriellen Aufbau nutzbar zu machen, und die Arbeiter für von der Parteiführung vorgegebene produktive und gesellschaftliche Aufgaben zu mobilisieren, ordnet sich in ein ganzes Spektrum von Maßnahmen organisatorischer und propagandistischer Natur ein, mit deren Hilfe die Arbeiterschaft für Wirtschafts- und Parteiarbeit verfügbar gemacht werden sollte. Die Ausrichtung der Partei auf die Produktion, der Ausbau der Basisapparate, die verstärkte Rekrutierung von Arbeitern in die VKP, die Reorganisation der Gewerkschaften, die Gegenplanbewegung, chozrasčet-Brigaden u. a. m., all das diente dem doppelten Ziel, sowohl den industriellen Aufbau voranzutreiben und die Produktion zu steigern, als auch die Arbeiterschaft zu Identifikation mit dem politischen und betrieblichen Herrschaftssystem zu bringen und den Strom der neuen Arbeiter einzugliedern. Im Zentrum all dieser Mobilisierungsmaßnahmen stand der „Sozialistische Wettbewerb", auf den sich bald die Arbeit der Basisorganisationen von Partei und Gewerkschaften, der Produktionsberatungen vor allem bezog.

[455] Vgl. Iochved, in: RiK 1930, No. 3, S. 45; vgl. Grigoriew, S. 59ff. über Behinderungen durch den „Klassenfeind".
[456] Koch, in: Schmollers Jahrbuch 56. 1932, S. 37.

4. DIE REORGANISATION DER VKP/b IN DER ANLAUFPHASE DER INDUSTRIALISIERUNG

Der Umschwung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, der Übergang zur forcierten Industrialisierung traf nicht nur Gewerkschaften, Wirtschaftsleitung und Planer unvorbereitet, auch die Partei selbst, deren Führung die Wende bewirkt hatte, war weder organisatorisch noch politisch auf die neuen Aufgaben vorbereitet, die sie bei der Durchsetzung der zentralen Direktiven nunmehr übernehmen mußte. Die Personalbasis war schmal, das Organisationsnetz in den Betrieben weitmaschig und die Apparate der Parteikomitees, auf die die eigentliche Arbeit entfiel, waren schlecht organisiert und verfügten nicht über die nötigen technischen, ökonomischen und ideologischen Kenntnisse. Obendrein war ein großer Teil der Parteibeamten nicht rechtzeitig auf die Linie der forcierten Industrialisierung eingeschwenkt, die einem loyalen Parteigänger der ZK-Mehrheit durchaus trotzkistisch erscheinen mußte. Die Durchsetzung des hohen Industrialisierungstempos und die Mobilisierung der Arbeiter ging deshalb parallel mit einer durchgreifenden Reorganisation der VKP/b.

Der Mitgliederbestand der Partei wurde ausgeweitet, die Basisorganisationen ausgebaut und auf Steigerung des industriellen Produktionstempos hin ausgerichtet, der Parteiapparat unter Gesichtspunkten der Effizienz reformiert und eine Kampagne gegen die sogenannte „rechte Abweichung" eingeleitet, die die Parteimitglieder auf das Industrialisierungskonzept der Gruppe um Stalin festlegte. Diese Neuformierung der VKP, die die Partei motivieren und in den Stand setzen sollte, die Industrialisierung zu leiten, war gezielt auf die Durchsetzung eines politisch-ideologisch legitimierten Konzepts gegen eines, das auf ökonomischem Rationalitätsdenken fußte.

4.1. DER UMBAU DER PARTEIORGANISATION

4.1.1. Mitgliederrekrutierung und Mitgliederentwicklung seit 1927

Die Mitgliederzahlen der VKP/b wuchsen während des 1. Fünfjahrplanes mit großer Schnelligkeit. Zwischen 1927 und 1932 verdreifachten sie sich (s. Tab. 54). Die Zuwachsraten, die anfangs bei 13–17% gelegen hatten und 1929 unter 10% gefallen waren, erreichten 1930 und 1931 30% und sanken erst 1932 wieder auf 23 v. H. Innerhalb von drei Jahren – zwischen dem 1. Januar 1930 und dem 1. Januar 1933 – wurden 1877428 neue Mitglieder in die Partei hineingezogen. Die Zusammensetzung der VKP wurde damit in kurzer Zeit stark verändert. Für die Mehrzahl der Parteiangehörigen des Jahres 1932 waren die politischen Flügelkämpfe der zwanziger Jahre Geschichte, aus eigener Erfahrung kannten sie nur den vom Apparat beherrschten, auf die Stalin-Gruppe im Zentrum orientierten und ideologisch eingeebneten Parteialltag der dreißiger Jahre. Zeitweise bestand die Partei zu mehr als 40% aus Kandidaten. Die „Podpol'ščiki", die Bolschewiki der vorrevolutionären Periode, stellten in dieser Massenpartei keine relevante Größe mehr dar. Die Generation des Kriegskommunismus und

der NÉP stellte nur noch eine Minderheit, besetzte aber die Schlüsselstellungen im Parteiapparat.

Tab. 54: Mitgliederzahlen der VKP/b 1927–1933[457]

Jahr	*Mitglieder*	*Kandidaten*	*Zusammen*	*in % (1927 = 100%)*	*jährl. Zuwachs (%)*
1927, 10. 1.	774798	372276	1147074	100,0	–
1928, 1. 1.	913221	391250	1304471	113,7	**13,7**
1929, 1. 1.	1089661	442686	1532347	133,6	**17,5**
1930, 1. 1.	1184651	493259	1677910	146,3	**9,5**
1931, 1. 1.	1369400	842819	2212225	192,6	**31,8**
1. 4.	–	–	2258908	196,9	–
1932, 1. 1.	1278542	980366	2883161	251,3	**30,3**
1. 7.	1807930	1309189	3117119	271,7	–
1933, 1. 1.	2203951	1351387	3555338	309,9	**23,3**

Im Rahmen des Wachstums der Mitgliederzahlen gelang es der VKP, eine große Anzahl von Produktionsarbeitern in ihre Reihen zu ziehen. Der sozialen Zusammensetzung nach kam sie 1932 dem Ideal der „Partei des Proletariats" näher als irgendwann zuvor (Tab. 55 u. 56).
Bei raschem Wachstum der Mitgliederzahlen insgesamt, stieg der Anteil von Arbeitern der sozialen Herkunft nach bis 1932 auf zwei Drittel, der von Bauern auf ein Viertel, während der von Parteiangehörigen, die aus anderen sozialen Schichten stammten, unter 10 v.H. sank. Geht man allerdings nach den ausgeübten Berufen, bietet sich ein anderes Bild: Der Anteil der Produktionsarbeiter stagniert nach anfänglichem Zuwachs von 1927 auf 1928. Das gilt auch für die Gruppe der Industriearbeiter. Der Anteil der Landwirte wächst seit Beginn der Kollektivierung allmählich, ebenso der der Landarbeiter. Der Prozentsatz der Angestellten

[457] 1927: Vsesojuznaja partijnaja perepis', S. 3f., 6f.; ohne Kamčatka, Rayon Pamir und zwei Bezirke der Jakutischen SSR; vgl. Mel'kumov, S. 134; Kaganovič 1930, S. 30; Rigby, T.H.: Communist Party Membership in the USSR, 1917–1967, Princeton, N.J. 1968, S. 53; Malenkov, G.: Postanovka massovoj raboty v svjazi s verbovkoj v partiju rabočich, in: Izv CK 1928, No. 24, S. 1–6, hier S. 1; BSĖ, t. XI, c. 531; Peskarev, G.: Dinamika rosta i problema regulirovanija sostava partii, in: PS 1931, No. 17, S. 29–44, hier S. 33.
1928: BSĖ, t. XI, c. 531; vgl. Mel'kumov, S. 134; Rigby, S. 53; Peskarev, in: PS 1931, No. 17, S. 33; Kaganovič 1930, S. 30; Partija v cifrach, in: Izv CK 1928, No. 16–17, S. 27f. (ohne Kommunisten in der Roten Armee).
1929: BSĖ, t. XI, c. 531; vgl. aber Izv CK 1929, No. 10, S. 27f.; Rigby, S. 53; Kaganovič 1930, S. 30; Peskarev, in: PS 1931, No. 17, S. 33, mit geringfügigen Abweichungen.
1930: Rigby, S. 53; BSĖ, t. XI, c. 531; für 1. 4. 1930: 1840206, Rizel', F.: Rost partii za dva goda, in: PS 1930, No. 10, S. 8–13, hier S. 8; vgl. Partijnoe stroitel'stvo za dva goda, in: PS 1930, No. 11–12, S. 9–12, hier S. 9; Antonov, G.: Die Erfahrung der KPdSU bei der Regulierung des Wachstums und der sozialen Zusammensetzung der Partei, Moskau 1933, S. 77.
1931: Rigby, S. 53; dagegen Peskarev, in: PS 1931, No. 17, S. 33: 2057400; für 1. 4.: ebd.; Mil'čakov, A.: Rost partii i zadači perestrojki, in: PS 1931, No. 13, S. 5–10, hier S. 5.
1932: Für 1. 1.: PS 1932, No. 9, S. 50f.; für 1. 7.: PS 1932, No. 21, S. 48; vgl. Rigby, S. 53; Antonov: Erfahrung, S. 77, für 1. 4. 1932: 3050000.
1933: Rigby, S. 53.

Tab. 55: Soziale Herkunft der Parteimitglieder 1927–1932 (in %)[458]

Jahr	*Arbeiter*	*Bauern*	*Angestellte*		*andere*
1927, 1. 10.	56,4	18,4	22,4		2,8
1928, 1. 1.	57,8	22,3	17,9		2,0
1929, 1. 1.	61,6	21,5	15,6		1,3
1930, 1. 1.	65,3	20,2	13,4		1,1
1931, 1. 1.	66,6	23,3	–	10,1	–
1932, 1. 1.	65,5	26,4	–	8,4	–
1. 7.	65,2	26,9	–	7,9	–

Tab. 56: Zum Stichtag ausgeübter Beruf der Parteimitglieder (in %)[459]

Beruf	*1927*	*1928*	*1929*	*1930*	*1931*	*1932*	
	10. 1.	*1. 1.*	*1. 1.*	*1. 1.*	*1. 1.*	*1. 1.*	*1. 7.*
Arbeiter	28,6	38,4	39,6	40,4	(44,1)	39,9	(43,5)
darunter:							
– Industriearb.	18,8	–	25,3	26,1	–	25,5	–
Landarbeiter	1,4	1,3	1,9	3,0	–	3,9	–
Landwirte	10,1	14,4	12,0	11,3	(16,3)	18,5	18,3
darunter:							
– nebenberuflich in d. Verwaltung	1,8	4,1	2,8	2,1	–	–	–
Angestellte, Dienstpersonal	41,0	35,5	29,8	29,3 }		26,9	28,4
Studenten	5,1 }		5,2	5,6 }		7,8	7,5
Handwerker	0,5 }	10,5 }	11,5	0,2 }	39,5 }	3,3	0,4
Militär u. a.	13,3 }			10,2 }			1,9

[458] 1927: Mitglieder und Kandidaten; Vsesojuznaja partijnaja perepis', S. 16f.; 1928: Mitglieder und Kandidaten, ohne Rote Armee und Flotte, Izv CK 1928, No. 16–17, S. 27f.; 1929: Mitglieder und Kandidaten, einschließlich Rote Armee und Flotte, Izv CK 1929, No. 10, S. 27f.; 1930: BSÈ, t. XI, c. 532; vgl. Peskarev, in: PS 1931, No. 17, S. 34; Antonov: Erfahrungen, S. 77 (68,2% Arbeiter); Rizel', in: PS 1930, No. 10, S. 9; Partijnoe, in: PS 1930, No. 11–12, S. 9; 1931: Peskarev, in: PS 1931, No. 17, S. 34; 1932: für 1. 1.: Rost partii, in: PS 1932, No. 21, S. 46–48; insgesamt vgl. Rigby, S. 116; BSÈ, t. XI, c. 533; Peskarev, in: PS 1931, No. 17, S. 34; Mel'kumov, S. 135f.; Anhang.

[459] 1927: Vsesojuznaja partijnaja perepis', S. 18f., 22f.; 1928: ohne Rote Armee und Flotte, Izv CK 1928, No. 16–17, S. 27f.; 1929: einschließlich Rote Armee und Flotte, Izv CK 1929, No. 10, S. 27f.; 1930: BSÈ, t. XI, c. 533; für April 1930 vgl. Antonov: Erfahrungen, S. 77; Rizel', in: PS 1930, No. 10, S. 9; 1931: Rigby, S. 116; eine detailliert aufgeschlüsselte Berufsstatistik war nicht aufzufinden; die Angabe für Arbeiter enthält offenbar Landarbeiter; 1932: für 1. 1.: PS 1932, No. 9, S. 50f.; für 1. 7.: PS 1932, No. 21, S. 46–48, Arbeiter offenbar einschließlich Landarbeiter; „–" bedeutet „keine Angabe"; insgesamt vgl. ferner Rigby, S. 116; Mel'kumov, S. 136, Anhang; Peskarev, in: PS 1931, No. 17, S. 35; Antonov: Erfahrungen, S. 77; Probleme liegen bei der Abgrenzung der Gruppe „Arbeiter", in der vorliegenden Tabelle wurden die Industrie-, die Transport- und andere Lohnarbeiter außer Landarbeitern sowie das niedere Dienstpersonal in der Industrie dazu gezählt; Landarbeiter sind als eigene Kategorie aufgeführt; niederes Dienstpersonal in Behörden wurde zur Kategorie „Angestellte"

sinkt zwischen 1927 und 1929 und pendelt sich dann auf einem Niveau von 28–29% ein. Die hohen Zuwachsraten der Fünfjahrplanphase sorgten also zwar für eine starke Rekrutierung aus proletarischem Milieu, doch erstaunlicherweise veränderte sich die Berufsstruktur der rasch wachsenden Partei nur in geringem Maße. Industriearbeiter machten 1929–1932 etwa ein Viertel, Arbeiter insgesamt ca. 40% der Mitglieder aus. Landwirte und Landarbeiter stellten 1928 16%, ein Anteil, der bis 1932 auf 22,4% stieg. Angestellte, Dienstpersonal und Studenten bildeten in etwa ein Drittel der Mitgliedschaft. Die Diskrepanz zwischen den Angaben über soziale Herkunft und ausgeübten Beruf illustriert, welche Möglichkeiten die VKP für Aufsteiger bot. Offenbar war sie in der Lage, zahlreichen Parteimitgliedern aus Arbeitermilieu Zugang zu Funktionen im Leitungs- und Verwaltungsbereich zu verschaffen. Andererseits wird deutlich, daß die Angehörigen der Verwaltung, der Administration in der VKP eine erheblich größere Rolle spielten als die Statistik über soziale Herkunft verrät. Die Arbeiter in der Industrie und im Transportwesen stellten zwar die stärkste Mitgliedergruppe, bildeten aber insgesamt nur eine starke Minderheit. Die Entscheidung des ZK von 1927, die Arbeiterrekrutierung derart zu verstärken, daß 50% der Mitglieder Arbeiter „von der Werkbank" waren[460], wurde bis 1932 nicht erfüllt. Nach einer Phase der verstärkten Rekrutierung von Bauern und Landarbeitern in den Jahren 1925 und 1926 hatte das ZK Ende 1926 ernste Fehler in der Aufnahmepolitik konstatiert, die zu einer Stagnation des Arbeiteranteils in vielen Organisationen geführt hätten, dazu deutliche Mängel bei der Mitgliederwerbung in Großbetrieben.[461] Nach Abschluß der Parteizählung Anfang 1927 beschloß das ZK deshalb eine Reihe von Maßnahmen zur Hebung des Arbeiteranteils in der VKP. Aus Anlaß des 10. Jahrestages der Oktoberrevolution wurde abermals – wie schon nach dem Tode Lenins – eine Rekrutierungskampagne organisiert, durch die in kurzer Zeit 105721 Arbeiter in die Partei geworben wurden. Der Apparat des ZK arbeitete einen Plan aus, nach dem zwischen dem 1. 10. 1927 und dem 1. 1. 1930 545000 Personen aufzunehmen waren, davon 435000 Produktionsarbeiter.[462] Offenbar wurde der Plan nicht in allen Parteiorganisationen durchgängig erfüllt; der Anteil der Produktionsarbeiter lag unter dem Voranschlag.[463] Im November 1928 nahm das ZK seine alte Forderung wieder auf und legte fest, daß der Anteil der Arbeiter „von der Werkbank" Ende 1930 50% erreichen sollte.[464] Um das zu realisieren, wurde beschlossen, die Aufnahme von Nichtarbeitern auf ein Minimum zu begrenzen und die Aufnahmeprozedur für Arbeiter zu vereinfachen.[465] Tatsächlich wuchsen die Mitgliederzahlen der Partei rasch, wenngleich es auch nicht überall gelang, den Neuzuzug in die Parteiarbeit zu integrie-

geschlagen; zum Wert der Urdaten und zu den Problemen der Definition sozialer Gruppen in der Parteistatistik vgl. Rigby, S. 159–163; vgl. ferner das Smolensker Parteiarchiv WKP 33, S. 61, und WKP 213, S. 115ff.

[460] Vgl. Kosior, XV s-ezd, S. 113; KPSS, t. 3, S. 543.

[461] O regulirovanie rosta partii, in: Izv CK 1927, No. 1, S. 2–3; Rizel', F.: Čislennyj rost i dinamika social'nogo sostava partii, in: Izv CK 1927, No. 24–25, S. 4–7, hier S. 5.

[462] Zur Aufnahmepolitik 1927 vgl. KPSS, t. 4, S. 20; XV s-ezd, S. 113, 118; WKP 30, S. 48f.; Mel'kumov, S. 122; Za dva goda, in: Izv CK 1927, No. 40, S. 4–10, hier S. 7; zum Oktoberaufgebot vgl. Pravda 13. 11. 27, S. 1: „V partiju Lenina!"; KPSS, t. 3, S. 543; vgl. auch Malenkov, in: Izv CK 1928, No. 24, S. 1; WKP 33, S. 2; zur Mitgliederplanung vgl.: Rizel', F.: Realizacija dvuchletnego plana verbovki rabočich v partiju, in: Izv CK 1928, No. 24, S. 4–6, hier S. 4.

[463] Ebd.; Kaganovič 1930, S. 32.

[464] KPSS, t. 4, S. 148f.

[465] Ebd., S. 149; vgl. Jaroslavskij, E. (Hrsg.): Kak provodit' čistku partii, Moskva 1929, S. 91.

ren.[466] Die Parteiorganisationen wurden von der Zentrale ständig angehalten, die Mitgliederaufnahme voranzutreiben und den Arbeiteranteil zu steigern.[467] Zwischen Dezember 1927 und April 1930 wurden über 600000 Produktionsarbeiter in die Partei aufgenommen.[468] Dieses rasche Wachstum hielt an: traten im 1. Quartal 1930 223000 Personen in die Partei ein, waren es im 4. Quartal 170000 und im 1. Quartal 1931 248000, davon 156000 Produktionsarbeiter.[469] Im ganzen Jahr 1931 traten 997398 Personen ein, davon 629803 Arbeiter (darunter 395322 Industriearbeiter).[470] Im 1. Quartal 1932 waren es abermals 233859 (davon 158434 Arbeiter).[471]

Die Basisorganisationen trieben die Rekrutierung mit aller Macht voran. Darunter litt jedoch die Qualität der Aufnahmearbeit ganz erheblich. Seit Anfang 1931 häuften sich die Klagen über die Fehler bei der Auswahl neuer Kandidaten und über das „mechanische" Vorgehen der Parteiorganisationen. Der Anteil der Stoßarbeiter und der der Kandidaten mit politischer Vorbildung ging zurück. Die Basisorganisationen arbeiteten teilweise so schlampig, daß sie keine Angaben über das soziale Umfeld der einzelnen Bewerber machen konnten. Darüber hinaus kümmerten sich die meisten Parteikomitees nicht weiter um die Eingliederung der ‚Neuen' in die Parteiarbeit.[472] Im Rayon Černoreč z. B. waren im 2. Quartal 1932 von 86 Aufgenommenen nur 14 qualifizierte Arbeiter in zentral wichtigen Produktionsbereichen, nur 3 waren vorher ‚gesellschaftlich aktiv' gewesen und alle waren ‚politische Analphabeten'. In Zlatoust waren von 93 Neuen 3 Arbeiter im eigentlichen Produktionsbereich, immerhin 12 besaßen politisches Grundwissen und 32 nahmen an der Stoßarbeiterbewegung teil. Ähnlich sah es in anderen Betrieben aus.[473] Auf der Jagd nach der großen Zahl gingen die Parteiorganisationen bei der Aufnahme offenbar recht wahllos vor.

Anläßlich der Parteisäuberung von 1933/34 wurde diese Aufnahmepolitik einer vernichtenden Kritik unterzogen. Den Parteiorganisationen von Leningrad, Moskauer Gebiet, vom Ural und von Sibirien wurde mangelnde Klassenwachsamkeit bei der Auswahl der Bewerber bescheinigt.[474] Jaroslavskij konstatierte, daß die „Verschmutzung" der Partei vor allem Folge

466 Kaganovič, XVI s-ezd, S. 83f.; Ob itogach rosta partii za pervyj kvartal 1930 g. i ulučšenie partijnoj raboty na predprijatijach, in: PS 1930, No. 15, S. 63.

467 Vgl. z. B. Rjabokon', V.: Partija i ee rezervy, in: PS 1930, No. 3–4, S. 35–41; Šitarev, G.: Zakrepit' tempy rosta partii, in: PS 1930, No. 15, S. 38–41; Gusev, B.: Opportunističeskij samotek tormozit rost partii, in: PS 1931, No. 3–4, S. 61–63; N. N.: Protiv samoteka, za aktivnuju verbovku, in: PS 1931, No. 9–10, S. 23–26.

468 Rizel', in: PS 1930, No. 10, S. 8; vgl. Ukreplenie rjadov partii, in: PS 1930, No. 11–12, S. 13–20, hier S. 143f.

469 Mil'čakov, in: PS 1931, No. 13, S. 5.

470 Itogi 1931 goda, in: PS 1932, No. 7–8, S. 53f.

471 V. V.: Itogi I. kvartala 1932 g., in: PS 1932, No. 15, S. 51f.

472 Vgl. z. B. Tandit, L./Šenderovič, R.: Peredovye proletarii v rjady partii, in: PS 1931, No. 9–10, S. 19–23, hier S. 20f.; Šenderovič, R.: O čem signalizirujut cifry rosta partii?, in: PS 1931, No. 23, S. 37f., hier S. 38; Upor na kačestvo, in: PS 1932, No. 3–4, S. 37–41, hier S. 39f.; Bannajan, I.: Vypravit' ošibki v roste partii, in: PS 1932, No. 17–18, S. 67f.; Čal'jan, M.: Net dolžnoj bor'by za kačestvo priema v partiju, in: PS 1932, No. 17–18, S. 68f.; Protiv samoteka i kampanejščinu – za kačestvo, in: PS 1932, No. 17–18, S. 16.

473 Rost partii, in: PS 1932, No. 21, S. 47.

474 Pervye itogi, S. 32f., 50, 69f., 142f.

des nachlässigen, oberflächlichen Vorgehens der Parteiorganisationen bei der Aufnahme neuer Mitglieder sei.[475] Und Kaganovič erklärte auf dem XVII. Parteitag:

> „Das zeigt, wie weit die Verzerrungen gehen. Das unaufmerksame, aber oft auch liberale Verhalten bei der Aufnahme in die Partei – was denn, wird gesagt, der Mensch bittet doch darum, warum soll man ihn nicht aufnehmen – führt oft dazu, daß im Zuge der Aufnahme von wunderbaren Menschen unserer Epoche, die zum aktiven Kampf in die Avantgardepartei gehen, auch Leute in die Reihen der Partei gelangen, die nicht nur theoretisch und praktisch nicht vorbereitet sind, sondern auch solche, die der Partei fremd sind: Karrieristen, Egoisten, Leute, die nicht an den Sieg der Partei glauben und die die eiserne proletarische Disziplin der Partei und des proletarischen Staates nicht annehmen können."[476]

Die trotzkistische Emigration nahm diese Kritik schon sehr früh auf und wendete sie ins Grundsätzliche. Sie bemängelte nicht nur die niedrige Qualität des Neuzuzugs, sie wies vor allem auf seine politische Indolenz hin und vertrat die Ansicht, daß durch die „Auflösung der Partei in die Klasse", die nun stattfinde, die Partei als Ganzes jede Funktion verliere, und der Apparat der VKP nun vollends zum Alleinherrscher werde.[477] Die These von der Entpolitisierung der Partei und der Verfestigung des Apparats ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Die personelle Aufblähung der VKP und die Orientierung auf Produktionserfolge weisen auf einen Wandel der Partei und auf einen Verlust politischer Funktionen hin. Das wäre im Zusammenhang mit der Organisationsreform 1929/30 weiter unten näher zu betrachten.

Mit der Säuberung von 1933/34 fand die Phase des regellosen Mitgliederwachstums zunächst einmal ein Ende. Der XVII. Parteitag 1934 erschwerte den Zugang zur Partei. Die Zahl der Bürgen, die der Bewerber stellen mußte, wurde erhöht, das Parteialter der Bürgen heraufgesetzt. Selbst ein Arbeiter von der Werkbank mit fünfjähriger Produktionspraxis – Kategorie eins in der Aufnahmeregelung – benötigte drei Bürgen, die seit mindestens fünf Jahren in der Partei sein mußten; ein Landarbeiter brauchte fünf, ein Bauer ebenfalls fünf und dazu die Empfehlung des Vorsitzenden der Politabteilung der MTS oder des Rayonsekretärs. Ein Angestellter hatte – falls er nicht Ingenieur oder Techniker unmittelbar im Produktionsbereich war – fünf Bürgen mit einem Parteialter von zehn Jahren zu stellen.[478] Ziel war dabei, mit der mechanischen Aufnahme Schluß zu machen, und nur noch in gesellschaftlicher Arbeit bewährte Aktivisten nach gründlicher Überprüfung in die VKP hineinzulassen.[479] Im Januar 1933 wurde die Aufnahmearbeit im Zusammenhang mit der Parteirevision eingestellt; infolge fortgesetzter Säuberungen begannen die Mitgliederzahlen in den folgenden Jahren dann bald zu fallen und unterschritten 1937 die Zwei-Millionen-Grenze.[480]

475 Ebd., S. 7; vgl. ähnlich Kaganovič, L.: O čistke partii, in: PS 1933, No. 11, S. 1–11, hier S. 4; vgl. Jaroslavskij, E.: K čistke partii, in: B 1933, No. 7–8, S. 12–31, hier S. 17, 24.
476 Kaganovič, XVII s-ezd, S. 552.
477 Vgl. N. Markin: Rastvorenie partii v klasse, in: BO 1930, No. 19, S. 9–10; Trockij, L.: Problemy razvitija SSSR, in: BO 1931, No. 20, S. 2–15, hier S. 6.
478 KPSS, t. 5, S. 161 f.; vgl. (Kaganovič, L.) K XVII partijnomu s-ezdu – organizacionnye voprosy, in: PS 1934, No. 1, S. 1–14, hier S. 7.
479 Ebd., S. 3; KPSS, t. 5, S. 154 f.
480 Vgl. die Aufstellung bei Rigby, S. 53.

Die Eingliederung des Neuzuzugs der Jahre 1928–1932 verlief im übrigen nicht so glatt, wie es wünschbar gewesen wäre. Die Mitgliederfluktuation war hoch, dazu schieden eine ganze Reihe von Neuaufgenommenen während der Säuberungen 1929/30 und 1933/34 wieder aus der VKP aus. Im Lauf des Jahres 1929 verließen 153401 Personen die Partei. Davon gingen 15410 freiwillig, 102273 wurden im Rahmen der Säuberung ausgeschlossen und 35718 „tote Seelen" aus der Kartei getilgt.[481] Insgesamt wurden in der Säuberung, die vom Mai 1929 bis Mai 1930 andauerte, 170000 Mitglieder und Kandidaten, d.i. 11% des Bestandes, aus der VKP ausgeschlossen.[482] Obwohl die Säuberung die Arbeiterzellen insgesamt weniger stark berührte als den Rest der Partei, ging in einigen Parteiorganisationen der Arbeiteranteil um einige Prozentpunkte zurück, da offenbar überdurchschnittlich viele Produktionsarbeiter als „tote Seelen" geführt und im Laufe der Revision aus der Kartei gestrichen wurden.[483]

Ein ähnliches ‚Aussieben' gab es auch in den folgenden Jahren mit ihrem raschen Mitgliederwachstum. In Krivoj Rog z.B. schieden in den einzelnen Quartalen der Jahre 1931 und 1932 von den Neuaufgenommenen bis zu 18% alsbald wieder aus.[484] Im Laufe des Jahres 1931 standen in der Partei 997000 Neuaufnahmen einem Verlust von 171000 Mitgliedern und Kandidaten gegenüber, so daß die VKP faktisch nur um 826000 Personen wuchs.[485] Dabei war den Parteistellen nicht immer ganz klar, wo die Ursachen für die Abgänge zu suchen waren. Neben den Ausschlüssen und den Fällen, wo Mitglieder freiwillig ausschieden, kam es immer wieder vor, daß Parteiangehörige bei Ortswechsel aus der Parteiarbeit herausfielen oder nach der Abmeldung in der alten Organisation in keiner neuen mehr registriert wurden. Desinteresse der Parteimitglieder scheint hier ebenso eine Rolle gespielt zu haben, wie Desorganisation und Mißwirtschaft im Parteiapparat. Die Zeitschrift „Partijnoe Stroitel'stvo" machte für 1931 folgende Rechnung über den Mitgliederschwund auf (Tab. 57).

Die VKP hatte demnach 997000 neue Mitglieder aufgenommen und 14000 ehemalige wieder in ihre Rechte eingesetzt – wahrscheinlich in Abschluß von Verfahren, die nach der Säuberung 1929/30 anhängig waren –, alles in allem ein Zuwachs von 1011000 Personen. Innerhalb der Partei waren 531000 aus anderen Organisationen übergewechselt, anläßlich eines Ortswechsels oder infolge Entlassung aus der Armee. Dem standen 90000 Mitglieder gegenüber, die ausgeschlossen wurden, freiwillig gingen oder verstorben waren. 27000 Parteimitglieder wurden zur Roten Armee eingezogen und wurden in der dortigen, eigenständigen Parteiorganisation registriert. 507000 verließen wegen Ortswechsels eine regionale Parteiorganisation, von denen 10000 offenbar Ende 1931 anderswo noch nicht wieder registriert worden waren. Weitere 90000 aber waren einfach verschwunden. Zählt man die regulären Verluste und die durch Ortswechsel bzw. Verschwinden zusammen, kommt man auf 190000 Abgänge, eine Zahl, die den anfangs errechneten Schwund von 171000 um etliches übersteigt. Das illustriert das Durcheinander in der Mitgliederregistratur, das den ‚Schwund'

[481] Rizel', in: PS 1930, No. 10, S. 10.

[482] Ukreplenie, in: PS 1930, No. 11–12, S. 18; vgl. Kaganovič, XVI s-ezd, S. 85, mit abweichenden Angaben.

[483] Vgl. Rizel', in: PS 1930, No. 10, S. 9; eine ähnliche Entwicklung konnte man 1925–27 beobachten, als viele Arbeiter, die im Rahmen des „Leninaufgebots" in die Partei gekommen waren, die VKP freiwillig bzw. „mechanisch" wieder verließen; vgl. Kosior, XV s-ezd, S. 112; Mel'kumov, S. 132f.; Mežol', K.: Vychody iz partii i ich pričiny, in: Izv CK 1927, No. 24–25, S. 7–8.

[484] Upor, in: PS 1932, No. 3, S. 39.

[485] V.V., in: PS 1932, No. 9, S. 49.

Tab. 57: Entwicklung des Mitgliederbestandes der VKP/b im Jahre 1931[486]

Bestand am 1. 1. 1931	2057000
Bestand am 1. 1. 1932	2883000
Zuwachs 1931	826000
Aufnahmen 1931	997000
Schwund	171000

Bilanz:

Zunahme 1931:		*Abgaben 1931:*	
a. aufgenommen	997000	a. ausgeschlossen	64000
b. in die Rechte von Mitgliedern wiedereingesetzt	14000	b. ausgeschieden	13000
		c. gestorben	13000
c. überführt aus der Roten Armee	34000	d. abgegeben an die Rote Armee	27000
d. überführt im Rahmen des Wechsels von einer Organisation in die andere	497000	e. abgegeben im Rahmen des Wechsels von einer Organisation in die andere	507000
		f. aus den Listen gestrichen als ausgeschieden, unbekannt wohin	90000
Summe	1542000		714000

offenbar mitverursachte. Zu der Mißwirtschaft im Parteiapparat kam dann noch die starke Fluktuation – wenigstens ein Viertel der Mitglieder wechselte im Verlauf eines Jahres die Organisation – und das Desinteresse zahlreicher Wechsler, sich an dem neuen Ort wieder im Parteibüro registrieren zu lassen und sich an der Parteiarbeit zu beteiligen.[487] All das zeigt, daß in der Phase des raschen Mitgliederwachstums innerhalb der VKP ein erhebliches organisatorisches Durcheinander herrschte und der Apparat offensichtlich nicht in der Lage war, alle neuen Mitglieder in die Parteiarbeit zu integrieren.

Zu dem laufenden „otsev" („Aussieben") und Weggang von Mitgliedern kamen 1933/34 noch erhebliche Verluste durch die Säuberung. Auf dem XVII. Parteitag 1934 berichtete Rudzutak über die Ergebnisse der Säuberung in zehn Gebietsorganisationen. Danach wurden 17% der Parteiangehörigen ausgeschlossen und 6,1% zu Kandidaten zurückgestuft.[488] Die absolute Zahl der Ausgeschlossenen in zehn Parteiorganisationen gab Kaganovič mit 182500 an[489], ein nicht unbeträchtlicher Aderlaß. Die Zugänge der Jahre 1927–1933 stellten dabei den Löwenanteil der Ausschlüsse: 52,8% – ein weiterer Hinweis auf die laxe Aufnahmepraxis

[486] V. V., in: PS 1932, No. 9, S. 49; vom Verfasser ergänzt; während die Differenz zwischen Bestand 1. 1. 1931 und 1. 1. 1932 826000 Mitglieder beträgt, macht die Differenz zwischen Gesamtzunahme und Gesamtabgabe 1931 828000 aus; damit wäre der Verbleib weiterer 2000 Mitglieder unklar.

[487] Zur fehlenden Motivation für politische Betätigung, insbesondere bei Arbeitern vgl. SV 1932, No. 20, „Po Rossii".

[488] Rudzutak, XVII s-ezd, S. 285ff., vor allem S. 287; Jaroslavskij, in: Pervye itogi, S. 6, gibt nach Erledigung der Appellationen leicht abweichende Zahlen; zur ganzen Säuberung vgl. 9.3.

[489] Kaganovič, XVII s-ezd, S. 552.

und die schlechte Eingliederungsarbeit der Parteiorganisationen in dieser Phase. Das wird auch durch die Tatsache unterstrichen, daß 24,1 % der Ausgeschlossenen den Laufpaß wegen „Passivität" erhielten.[490] Wenngleich Arbeiter aus der Produktion insgesamt recht glimpflich behandelt wurden und von allen Gruppen am wenigsten litten, war der Anteil der „Passiven" unter ihnen doch sehr hoch: 37,5 % der ausgeschlossenen Produktionsarbeiter traf der Vorwurf der „Passivität".[491] Das korrespondiert mit den Berichten über das ‚Aussieben' der Jahre 1930, 1931, 1932. Im Bestreben, eine möglichst hohe Quote von Produktionsarbeitern zu erreichen, hatten die Basisorganisationen der VKP diese relativ wahllos geworben und sich meist nur wenig um ihre Eingliederung gekümmert. Viele Arbeiter stellten so in der Partei bloß „tote Seelen" dar, schieden bei Ortswechsel aus – und die Fluktuation innerhalb der Arbeiterschaft war hoch – oder wurden wegen „Passivität" hinausgesäubert.

Trotz allem gelang es der VKP im Laufe des 1. Fünfjahrplans eine relativ starke Präsenz in der Arbeiterschaft zu erreichen. Bezogen auf die gesamte erwachsene Bevölkerung der UdSSR kamen 1927 auf 100 Einwohner 1,46 Parteiangehörige, 1928 1,68 und 1929 1,92.[492] In den industriellen Ballungszentren war die Präsenz der VKP allerdings erheblich größer. Anhand des Materials der Parteizählung errechnete die statistische Abteilung des ZK folgende Daten für den Anteil der Parteimitglieder unter den Arbeitern und Angestellten:

Tab. 58: Anteil der Parteimitglieder unter den Beschäftigten der Industrie 1927 (in %)[493]

	Arbeiter	*Angestellte*	*niederes Dienstpers.*	*zusammen*
Gesamte Industrie	10,5	21,3	8,8	11,6
Metallverarb. Ind.	**13,6**	17,6	**8,1**	13,8
Bergbau	**9,1**	25,3	**11,0**	10,5
Textilindustrie	**6,2**	24,0	**8,2**	7,3
Chemische Industrie	**13,4**	17,1	**8,9**	13,6

Unter den Beschäftigten der Industrie hatte die VKP 1927 festen Fuß gefaßt. Allerdings war sie bei den Angestellten erheblich stärker präsent als bei den Arbeitern unmittelbar in der Produktion. Ferner schwankten ihre Anteile in den verschiedenen Industriezweigen – der Anteil der politisch organisierten Metaller war hoch, der der organisierten Textilarbeiter und -arbeiterinnen relativ niedrig.

Ein ähnliches Bild ergab die Gewerkschaftsumfrage von 1929. Danach waren im Durchschnitt 12,1 % der Arbeiter in der VKP organisiert.[494] Dabei gab es aber erhebliche Unterschiede im Organisationsgrad der Arbeiter verschiedener Altersstufen und Industriezweige:

[490] Jaroslavskij, in: Pervye itogi, S. 9.
[491] Ebd., S. 11.
[492] BSE, t. XI, c. 532; vgl. Vsesojuznaja partijnaja perepis', S. 10f., bezogen auf 100 Einwohner (einschließlich Kinder) 0,7 für 1927.
[493] Izv CK 1927, No. 41, S. 20; vgl. Izv CK 1927, No. 20–21, S. 16; BSE, t. XI, c. 534, mit ungenaueren Angaben.
[494] Trud v SSSR 1926–30, S. XVI.

Tab. 59: Organisationsgrad sowjetischer Industriearbeiter 1929 (in %)

	Mitgl. u. Kand. der VKP	*Mitgl. d. Komsomol*	*Nicht organisiert*
a. *Altersgliederung*[495]			
bis 22 Jahre	5,7	30,7	63,6
23–29 Jahre	18,3	2,4	79,3
30–39 Jahre	14,8	–	85,2
über 40 Jahre	8,9	–	91,1
zusammen	12,1	8,5	79,4
b. *Aufschlüsselung nach Branche und Berufsalter (Beispiel)*[496]			
Metallverarbeitende Industrie, Leningrad			
Arbeitsaufnahme			
vor 1905	17,5	–	82,5
1906–13	28,9	–	71,1
1914–17	35,8	1,6	62,6
1918–21	33,7	10,0	56,6
1922–25	26,7	27,4	45,9
1926–27	17,0	37,1	45,9
1928 und später	13,0	35,9	51,1
	24,5	14,0	61,5
Textilind., Moskau			
Arbeitsaufnahme			
vor 1905	8,1	–	91,1
1906–13	13,6	–	86,4
1914–17	15,9	0,2	83,9
1918–21	13,3	2,0	84,7
1922–25	11,9	15,6	72,5
1926–27	5,5	26,6	67,9
1928 und später	1,4	33,3	65,3
zusammen	10,3	8,2	81,5

Bei dieser Aufschlüsselung wird ganz deutlich, in welchem unterschiedlichen Ausmaß die verschiedenen Arbeiterschichten in der VKP organisiert waren. Durchweg wurden die jüngeren Arbeiter stärker erfaßt als die älteren, auch wenn viele von ihnen lediglich dem Komsomol angehörten, nicht der VKP. Der Anteil der Parteiangehörigen war am höchsten in der Gruppe der 23–29jährigen, die zum Zeitpunkt der Revolution 11–17 Jahre alt gewesen waren. Das korrespondiert mit der Angabe, daß diejenigen Arbeiter, die um 1917 erstmals in den Betrieb kamen, den höchsten Organisationsgrad in der Partei besaßen. Neben diesem

[495] Ebd., S. XVI u. S. 34.
[496] Rašin: Sostav, S. 126, 131, 133; Trud v SSSR 1926–30, S. XVI.

Generationsunterschied spielte die Branchenzugehörigkeit eine Rolle. Metaller waren in der Regel eher in der Partei organisiert als Textilarbeiter, ein Phänomen, das wohl mit dem starken Anteil weiblicher Arbeitskräfte in der Textilindustrie und der bei Textilarbeitern stärker vorhandenen Bindung ans Land zusammenhängt.

Daß sich Bindung ans Land, z.B. in Form von Wohnen im bäuerlichem Umland des Industrieorts, negativ auf die politische Aktivität der Arbeiter auswirkte, zeigt eine Umfrage unter Textilarbeitern im Zentralen Industriegebiet, die 1927/28 durchgeführt wurde:

Tab. 60: Organisationsgrad von Textilarbeitern im Zentralen Industriegebiet 1927/28 (in %)[497]

	Nižne-Sered. Werkst. (Gouv. Ivanovo-Vozn.)	*Fabrik F. Engels (Gouv. Vladimir)*	*Istominsk. Werkstätten (Gouv. Moskau)*
Organisationsgrad d. Arbeiter			
Insgesamt	5,8	5,8	4,6
Arbeiter mit Wohnsitz			
– am Fabrikort	9,4	16,4	8,5
– im Dorf	1,2	2,3	1,1
Anteil der Arbeiter mit Wohnsitz im Dorf			
in der Gesamtbelegschaft	39,8	77,0	52,0
unter den Parteimitgliedern	11,5	29,4	30,5

Die Arbeiter, die im Umland wohnten, waren erheblich schwächer in der Partei repräsentiert als die am Fabrikort. Die langen Fahrtzeiten der Pendler, der Besitz eigenen Landes, das bestellt werden mußte, und die räumliche Entfernung vom Fabrikort, dem kulturellen und politischen Zentrum, führte offenbar dazu, daß die Parteiorganisationen diese Arbeiter nicht erfassen konnten, bzw. daß es den Arbeitern selbst bei gutem Willen schwer wurde, in der Partei aktiv zu werden. Dies Beispiel illustriert ebenso wie die vorstehenden Daten einmal mehr, wie stark die sowjetische Arbeiterschaft in sich differenziert war.[498] Das schlug sich eben auch im Grad der politischen Aktivität und im Grad der Erfassung durch die Partei nieder.

Als Resultat der intensiven Rekrutierung von Industriearbeitern in den Jahren des 1. Fünfjahrplans stieg der Organisationsgrad dieser Gruppe allmählich an, obwohl ständig neue Arbeitskräfte in großer Zahl in die Betriebe strömten. Insbesondere in Großbetrieben wuchs die Parteipräsenz (Tab. 61). Dabei schwankten die Anteile in den einzelnen Branchen und Altersgruppen (Tab. 62).

Die Entwicklung in den einzelnen Industriezweigen verlief recht unterschiedlich. Die Parteiorganisationen im Textilbereich holten rasch auf, während das Wachstum des Anteils Organisierter in der Metallverarbeitung, im Erdölbereich, in der Chemischen Industrie stetig,

497 Semenov: Lico, S. 9, 54.
498 Vgl. oben Abschnitt 3.1. und 3.2.

Tab. 61: Organisationsgrad der Industriearbeiter 1930–1931 (in %)[499]

Betriebsgröße	*1. 1. 1930*	*1. 1. 1931*	*1. 4. 1931*
1000–3000 Arbeiter	12,4	13,5	13,9
3000–5000 Arbeiter	12,2	13,0	14,5
5000–10000 Arbeiter	13,3	14,3	15,4
10000 und mehr Arbeiter	13,9	15,4	15,8

Tab. 62: Organisationsgrad der sowjetischen Arbeiterschaft 1930–1931 (in %)

a. *nach Branchen*[500]

	1. 1. 1930	*1. 1. 1931*	*1. 4. 1931*
Erdöl	19,6	19,7	20,5
Chemische Industrie	14,9	15,6	16,3
Textilindustrie	9,8	12,2	14,2
Papierindustrie	11,7	12,1	13,1
Druckgewerbe	16,9	19,1	–
Steinkohlenförderung	7,9	8,9	8,6
Metallindustrie, Maschinenbau	15,9	16,3	17,3
Transport	16,3	14,5	10,8
Elektroenergie	8,5	11,2	7,5

b. *nach Altersstruktur (am Beispiel der metallverarbeitenden Industrie, 1931)*[501]

	„AMO" (Moskau):		*„Serp i Molot" (Moskau):*	
	Mitgl. u. Kand. d. VKP	*Mitgl. d. Komsomol*	*Mitgl. u. Kand. d. VKP*	*Mitgl. d. Komsomol*
bis 22 Jahre	4,9	48,6	3,7	40,2
23–29 Jahre	26,7	2,7	21,3	1,4
30–39 Jahre	23,9	–	27,0	–
über 40 Jahre	21,6	–	21,4	–
insgesamt	16,9	20,9	15,3	16,8

[499] Peskarev, in: PS 1931, No. 17, S. 38; vgl. aber Avdienko, in: PCh 1932, No. 6–7, S. 170, mit Gesamtzahlen zur Zensusindustrie:

Organisationsgrad der Arbeiter in der Zensusindustrie

1. 1. 1928	13,9%
1. 1. 1930	14,6
1. 1. 1931	13,9
1. 1. 1932	15,6

Danach blieb das Wachstum der VKP im Jahr 1930 hinter dem Wachstum der Arbeiterschaft zurück; möglicherweise spielte auch die Säuberung 1929/30 eine Rolle.

[500] Nur Großbetriebe; Peskarev, in: PS 1931, No. 17, S. 38; vgl. Einzelangaben bei: Ukreplenie, in: PS 1930, No. 11–12, S. 14.

[501] Trud v SSSR 1932, S. 26, 93; Umfrage Gosplan, Frühjahr 1931.

aber langsam verlief. Das führte tendenziell zu einer Nivellierung des Organisationsgrades in Einzelbereichen der Industrie. Insgesamt war der Anteil der Parteimitglieder unter den Arbeitern gegenüber 1927 deutlich gestiegen; es scheint ferner, daß die Generationsunterschiede weniger scharf waren als 1929. Alarmierend war jedoch, daß der Organisationsgrad in manchen Bereichen (Transport, Elektroenergie, Steinkohle) stagnierte oder sogar fiel. Auch unter den Arbeitern der großen Bauvorhaben lag die Quote der Parteimitglieder niedrig, wofür „Partijnoe Stroitel'stvo" die schlechte Arbeit der regionalen Organisationen verantwortlich machte.[502] Insgesamt sank der Organisationsgrad der Arbeiter im Verlauf des Jahres 1930 deshalb um einige Zehntel ab: von 14,6% auf 13,9%, erholte sich in der Folge aber wieder.[503] Ein großes Problem stellte die Organisierung der qualifizierten Arbeiter dar. Die Angehörigen der „führenden Berufe" innerhalb der Arbeiterschaft waren zwar proklamiertes Schwerpunktobjekt der Werbearbeit, doch nicht überall hatte das Erfolg. So erzielte man in Moskau, Leningrad und Kerč gute Resultate: bei „Serp i Molot" waren 53,2% der Drahtzieher, 70,4% der Schweißer und 70,3% der Former Parteimitglieder bei einem Betriebsdurchschnitt von 20,1%. Im Leningrader Werk „Krasnyj Putilovec" waren 38% der Arbeiter der mechanischen Abteilung und 60% in der für Traktorenproduktion in der VKP organisiert gegenüber einem Belegschaftsdurchschnitt von 19,1%. Ähnlich sah es im Eisenwerk von Kerč und in den Leningrader Stalinwerken aus. Dagegen waren in der Spinnerei „Sowjetstern" zwar 10% der Arbeiter in den Hilfs- und Vorbereitungsabteilungen Mitglieder der VKP, aber nur 6,1% in der Spinnereiabteilung, dem Herzstück der Fabrik. Im Betrieb „Roter Chemiker" waren zwar 60% der Erdarbeiter und ein Drittel der Zimmerleute und Ofensetzer in der Partei, aber kein einziger der Chemiefacharbeiter.[504] Zu der Stagnation in bestimmten Branchen und zu der unterschiedlichen Erfassung einzelner Arbeitersparten kam eine starke Fluktuation, sowohl der Arbeitskräfte allgemein, als auch der Parteimitglieder im besonderen, die – wie oben gezeigt – vielerorts zu einem Schwund der Parteipräsenz im Betrieb führte. So wurden im Juli–August 1931 in 18 Hüttenwerken 4290 Personen in die Partei aufgenommen, in 24 Bergwerken 540, doch die Mitgliederzahlen der betreffenden Parteiorganisationen wuchs nur um 626 bzw. 130 Personen. 3660 bzw. 410 Parteimitglieder waren abgewandert.[505] Diese rasche Umschichtung der Parteimitgliedschaft führte gemeinsam mit der Regellosigkeit der Aufnahmepolitik, die die politische Qualität der Bewerber weitgehend außer Acht ließ, dazu, daß das nominelle Wachstum der Parteipräsenz innerhalb der Arbeiterschaft nicht vollends in Zunahme des Parteieinflusses auf die Arbeiter umschlug. Ein Autor der Zeitschrift „Bol'ševik" urteilte 1932:

> „Wie wird die Forderung erfüllt, alle Arbeiter, ohne Ausnahme, mit politischer Arbeit und bolschewistischem Einfluß zu erfassen? Man muß deutlich sagen – noch unbefriedigend. Selbst in so großen Betrieben wie z. B. ‚Krasnyj Putilovec' gibt es noch keine merkbaren Fortschritte bei der besseren Erfassung der Arbeiter durch die politische Agitation."[506]

[502] Peskarev, in: PS 1931, No. 17, S. 38f.
[503] Avdienko, in: PCh 1932, No. 6–7, S. 170; vgl. oben Anm. 499.
[504] Antonov: Erfahrungen, S. 84; Samuèli, S.: Vooružit' novye kadry partrabotnikov bol'ševistskom opytom, in: PS 1931, No. 22, S. 40–46, hier S. 43.
[505] Šenderovič, in: PS 1931, No. 23, S. 37; vgl. Gudev, in: PS 1931, No. 3–4, S. 61.
[506] Ščerbakov, A.: Partijno-massovaja rabota na predprijatijach, in: B 1932, No. 16, S. 30–45, hier S. 35.

Infolge des starken Wachstums der Arbeiterzahlen in den Jahren 1931–32 veränderte sich der Organisationsgrad in der Folge nur noch unwesentlich. Soweit die Daten der Gewerkschaftsumfrage mit früheren Angaben von 1931 vergleichbar sind, sind – wenn überhaupt – nur noch geringfügige Steigerungen zu verzeichnen. Im Werk „Serp i Molot" sank der Anteil der Parteiangehörigen zwischen 1931 und 1932 von 16,9 % auf 16,2 % ab, im Werk „AMO" stieg er von 15,3 % auf 18,2 %. Der Anteil der Angehörigen des Jugendverbandes nahm dabei in beiden Betrieben stärker zu: er wuchs bei „Serp i Molot" von 20,9 % auf 25,3 % und bei „AMO" sogar von 16,8 % auf 25,9 %.[507] Das hängt wohl mit dem allgemeinen Wandel der Altersstruktur zusammen, weist aber auch darauf hin, daß die Mitgliederwerbung der VKP mit dem Wachstum der Arbeiterzahlen nicht Schritt hielt. Insgesamt stellte sich die Parteipräsenz in der Arbeiterschaft 1932/33 folgendermaßen dar:

Tab. 63: Anteil der Parteimitglieder in der Arbeiterschaft 1932–33 (in %)[508]

Branche	*Anteil der Parteimitglieder unter den Arbeitern*										
	Mit Fabrikschülern		*Ohne Fabrikschüler*								
			Eintritt in die Produktion:								
	VKP(b)	*Komsomol*	*bis 17*	*1918–21*	*1922–5*	*1926–7*	*1928–9*	*1930*	*1931*	*1932*	*Insgesamt*
Hüttenind.	13,9	14.7	22,1	24,8	25,5	22,6	13,7	8,7	5,9	2,5	15,9
Transportmaschinen	16.1	19,2	24,1	29,4	28,9	23,0	14,9	10,1	5,9	2,7	18,5
Landmaschinen	14,6	21,7	26,7	28,1	29,4	21,6	14,1	9,3	5,7	2,3	17,0
Automobilbau	12,7	21,3	24,0	27,2	26,3	19,6	10,7	7,3	5,9	2.7	14,2
Elektrotechn.	15,3	20,3	26,1	28,0	27,6	20,0	12,7	7,4	4,3	1,9	16,9
Torf (ohne Saisonarb.)	7,7	10,3	16,6	14,8	12,8	9,1	4,2	3,2	2,2	2,1	8,0
Papierind.	12,0	12,0	17,2	21,0	20,2	16,2	12,7	7,3	3,7	1,5	12,9
Baumwollverarb.	9,4	6,1	11,8	12,3	12,9	9,9	8,7	5,2	2,6	1,3	9,8
Verteilung der Mitglieder des Komsomol											
Hüttenind.			0,2	0,8	2,4	6,5	14,0	20,5	15,6	7,3	
Transportmaschinen			0,2	1,1	3,3	10,2	21,6	31,6	21,1	11,9	
Landmaschinen			0,3	1,1	5,1	13,9	22,0	30,5	23,1	13,6	
Automobilbau			0,3	1,4	5,4	14,2	25,5	31,9	24,7	15,5	
Elektrotechn. Industrie			0,2	1,2	4,0	12,1	23,6	33,4	24,8	15,4	
Torf (ohne Saisonarbeiter)			0,3	0,9	3,6	7,4	12,7	14,5	12,1	7,6	
Papierindustrie			0,2	0,5	2,2	6,8	14,9	19,6	11,7	10,6	
Baumwollverarbeitung			0,1	0,3	1,5	5,9	12,1	23,9	16,2	9,2	

Zieht man die Angaben vom April 1931 zum Vergleich heran, erkennt man z.B. in der Metallverarbeitung eine Stagnation bei der Entwicklung des Organisationsgrades (Transportmaschinen 18,5 % – Landmaschinen 17,0 % – Automobilbau 14,2 % gegenüber 17,3 %),

[507] Vgl. oben Anm. 501; Profsojuznaja perepis', S. 156f., 180f.; vgl. aber Antonov: Erfahrungen, S. 84, der den Organisationsgrad der Arbeiter von „Serp i Molot" mit 20,9 % angibt, eine Zahl, die anscheinend für das Jahr 1931 oder 1932 gelten soll; entweder liegt hier eine Verwechslung mit der Angabe für den Komsomol vor bzw. ein anderer Fehler, oder aber, der Organisationsgrad lag irgendwann zwischen Anfang 1931 und 1932 tatsächlich erheblich höher; dann wäre bis Ende 1932 – durch Fluktuation z.B. – ein starker Rückgang zu verzeichnen.

[508] Nach Profsojuznaja perepis', S. 59f.; vgl. ebd., S. 156ff.

ebenso in der Textilindustrie und in der Papierindustrie. Jedoch war der Anteil der Parteimitglieder in der Arbeiterschaft gegenüber den letzten Jahren der NĖP trotz der starken Zunahme der Arbeiterzahlen deutlich angestiegen. In manchen Branchen war jeder sechste Arbeiter organisiert, bezieht man die Komsomolmitglieder mit ein, sogar jeder dritte. Das war, wenigstens nominell, ein erheblicher Fortschritt. Bedenklich war allerdings, daß es offenbar nicht gelungen war, die neuen Arbeiter, die erst im Laufe des Fünfjahrplans in die Betriebe gekommen waren, in gleicher Weise zu erfassen wie die Stammarbeiter. Diese Gruppe, die 1932/33 teilweise die Hälfte und mehr der Belegschaften stellte – 49,3 % der Hüttenarbeiter, 42,5 % der Arbeiter im Transportmaschinenbau, 54,1 % der im Landmaschinenbau, 57,3 % der im Automobilbau und 47,7 % der in der elektrotechnischen Industrie[509] –, wurde von der VKP nur zu einem sehr geringen Teil organisiert.

Die Heterogenität der sowjetischen Arbeiterschaft, die am Ende des 1. Fünfjahrplanes regional, der sozialen Herkunft und der betrieblichen Sozialisation nach in zahlreiche Schichten und Grüppchen zerfiel, wurde also auch in der politischen Organisation nicht überwunden. Dennoch besaß die VKP in bestimmten Bereichen der Arbeiterschaft einen recht soliden Rückhalt, wenn es ihr auch nicht völlig gelang, die Massen der neuen Arbeiter, die in die Betriebe strömten, zu integrieren. Allerdings nahm ihr hier der Komsomol einen Teil der Arbeit ab. Doch war offensichtlich auch die Jugendorganisation nicht in der Lage, die Masse des Zuzugs von 1931 und 1932 zu erfassen. Jedenfalls lag der Organisationsgrad dieser Arbeitergruppe deutlich unter dem der Jahrgänge bis 1930. Das starke Wachstum der Arbeiterzahlen führte dazu, daß es 1931/32 nicht gelang, die Vertretung der Partei in der Arbeiterschaft prozentual nennenswert zu erhöhen. Gleichzeitig war die Organisation der VKP von dem starken Zufluß der Jahre 1930, 1931 und 1932 sichtlich überfordert. Unter dem Druck der Parteispitze, die eine zahlenmäßige Expansion der VKP anstrebte, da nur so eine organisatorische und politische Integration der Masse der neuen Arbeiter möglich schien, zogen die Basisorganisationen zwar große Personenzahlen in die VKP, vernachlässigten dabei aber sowohl die Auswahl nach „qualitativen" Kriterien als auch die Eingliederung der neuen Mitglieder in die Parteiarbeit. Das zahlenmäßige Wachstum der Partei hatte so nur einen Teil des möglichen Effekts.

4.1.2. Die Reorganisation der Basis: „Front zur Produktion"

Die organisatorische Krise innerhalb der VKP und insbesondere in den Organisationseinheiten an der Basis hatte sich schon im Ausgang der zwanziger Jahre abgezeichnet. Die Infrastruktur, die im Laufe der NĖP aufgebaut worden war, mit deren Hilfe die ZK-Mehrheit die verschiedenen oppositionellen Gruppierungen überspielt, ein relativ dichtes Zellennetz im Industriebereich geschaffen und eine politische Leitung und Kontrolle der Fachapparate installiert hatte, genügte unter den Bedingungen der forcierten Industrialisierung nicht mehr den an sie gestellten Anforderungen. Der Parteiapparat auf höherer und mittlerer Ebene konnte infolge der niedrigen Qualifikation seiner Kader und aufgrund seiner undifferenzierten Organisationsstruktur auf die zunehmend komplexer werdenden Prozesse der Wirt-

[509] Profsojuznaja perepis', S. 12.

schaftsleitung kaum anders als formal einwirken. Die Basisorganisationen im Industriebereich waren angesichts des forcierten Ausbaus der industriellen Anlagen und des raschen Wachstums der Arbeiterschaft zu schwach, das Zellennetz nicht mehr dicht genug, so daß der Partei die Erfassung der Arbeiterschaft nicht mehr gewährleistet schien. Unter diesen Umständen entschloß sich die Führung der VKP zu einer durchgreifenden Reform der parteiinternen Infrastruktur, sowohl im oberen und mittleren Führungsbereich, als auch in den Basisorganisationen. Diese Reorganisation wurde 1929/30 in Angriff genommen.[510]

Das Organisationsnetz im Industriebereich war in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre ausgebaut worden. Die Zahl der Betriebszellen war gewachsen, das Parteiaktiv erweitert worden, die Intensität der Parteiarbeit hatte gegenüber den Anfangsjahren der NĖP zugenommen.[511] Die Parteizählung von 1927 zeigte dann, daß die Parteiarbeit gerade in Großbetrieben erhebliche Mängel aufwies und daß insbesondere die Massenarbeit zu wünschen übrig ließ. Die Parteiorganisationen im Betrieb hielten mit dem raschen Ausbau der Industrie und dem Wachstum der Arbeiterzahlen offenbar nicht Schritt. Die Organisationsstruktur war dem Schichtsystem, das in zunehmenden Maße eingeführt wurde, nicht angepaßt, die Massenbindung der Parteizellen vielerorts schwach, die Apparate der Basisorganisationen teuer und ineffizient.[512] Zur Abhilfe schlug das ZK im Spätsommer 1927 eine Reihe von Maßnahmen vor, u.a. die Intensivierung der Massenarbeit, die personelle Verstärkung von Großbetriebszellenbüros durch Zukommandierung erfahrener Parteibeamter und durch Neuorganisation der Zellenstruktur. Zentrale Bereiche der Parteiarbeit sollten nun in Werkabteilungszellen verlagert werden, während die übergeordnete Betriebszelle organisatorisch hinaufgestuft und einem Rayonkomitee gleichgestellt werden sollte.[513] Die Massenarbeit sollte sich schwerpunktmäßig mit Wirtschaftsfragen (Rationalisierung, Sparmaßnahmen, Arbeitsproduktivität, Arbeitsdisziplin u.ä.) und mit den alltäglichen Bedürfnissen und der materiellen Lage der Arbeiter (Tarifverträge, Kooperative, Arbeitskonflikte) befassen.[514]

[510] Vgl. u.a. Kaganovič, XVI s-ezd, S. 82; Jakovlev, V.: Za kačestvo rukovodjaščej raboty, in: B 1928, No. 15, S. 62–67; Kaganovič 1930, S. 42; ders.: Ob apparate CK VKP(b), in: PS 1930, No. 2, S. 9–13; O reorganizacii apparata CK VKP(b), in: PS 1930, No. 2, S. 70–72; vgl. Malejko, L.A.: Iz istorii razvitija apparata partijnych organov, in: V I KPSS 1976, No. 2, S. 111–122; Andruchov, N.P.: Partijnoe stroitel'stvo v period bor'by za pobedu socializma v SSSR 1917–1937, Moskva 1977, S. 178ff.; Pališko, V.K.: Rost i ukreplenie partijnych rjadov v uslovijach stroitel'stva i upročenija socializma, Kiev 1979, S. 115ff.; KPSS, t. 4, S. 184; Pavlov, B.V.: Rost i ukreplenie pervičnych partijnych organizacij v gody pervoj pjatiletki, in: Problemy istoriografii i istočnikov istorii KPSS, No. 2, 1973, S. 199–203; vgl. ferner: Sadler, A.: The Party Organization in the Soviet Enterprise 1928–1934, Unpublished Masters' Essay, Birmingham 1978/79; diese Arbeit wurde mir freundlicherweise von Prof. R.W. Davies zur Verfügung gestellt.

[511] Vgl. dazu: Za dva goda, in: Izv CK 1927, No. 40, S. 4–10, hier S. 8; Mel'kumov, S. 162f.

[512] Rjutin, M.: Nizovaja rabota i zadači partijnogo rukovodstva, in: B 1927, No. 5, S. 49–57, hier S. 50; Prelkov, V.: Massovaja rabota na predprijatii, in: Izv CK 1927, No. 7–8, S. 78–87, hier S. 79; Organizacionnaja rabota partii, in: Izv CK 1927, No. 41, S. 1–8, hier S. 5; zur Situation auf Werkabteilungsniveau vgl. Prokov'ev, XV s-ezd, S. 161f., der Schwächen der Gewerkschaftsarbeit benennt; zur Rationalisierung der Parteiorganisation vgl. Andreev, G.: Provedenie režima ėkonomii v partapparate, in: Izv CK 1927, No. 20–21, S. 14; zusammenfassend die Entschließung des ZK vom 19. 8. 27: O partijnoj rabote na krupnych predprijatijach, in: Pervičnaja partijnaja organizacija, Dokumenty KPSS, Posleoktjabr'skij period, Moskva 1970, S. 147–149, hier S. 147.

[513] Pervičnaja, S. 148f.; vgl. ähnlich Izv CK 1927, No. 41, S. 5; Prelkov, in: B 1927, No. 7–8, S. 84.

[514] Izv CK 1927, No. 41, S. 5; Rjutin, in: B 1927, No. 5, S. 51f.

Der XV. Parteitag im Dezember 1927 gab keine neuen Anregungen zum Parteiaufbau an der Basis. Im folgenden Jahr konzentrierte sich das Organisationsbüro deshalb darauf, die Massenarbeit zu verbessern, die vorhandenen Organisationsformen an die Erfordernisse des Betriebes anzupassen und den Parteiapparat billiger und effektiver zu machen. Dabei ging es der Führung der VKP einerseits um die Rationalisierung der Parteiarbeit und die Senkung der Ausgaben für den Apparat, andererseits aber um die bessere Erfassung und Betreuung der Arbeiter in den Großbetrieben.

Die schlechte Arbeitsorganisation im Parteiapparat, die Überlastung der meisten Parteiarbeiter durch falsche Arbeitsverteilung in der Zelle, bzw. dem Büro, zu häufige Sitzungen und Planlosigkeit in der Alltagsarbeit, die geringe Budgetdisziplin, die dazu führte, daß viele Parteiorganisationen mehr ausgaben, als ihnen zustand, belastete die Parteiarbeit stark. Durch Abbau hauptamtlicher Mitarbeiter, Umverteilung der Arbeit auf nichtbezahlte, ehrenamtliche Helfer, Einführung einheitlicher Stellenpläne, besserer Arbeitsplanung und durch Verminderung der Zahl der Sitzungen, bzw. ihrer strafferen Durchführung versprach die Parteiführung sich die Entlastung des Etats und die Effektivierung der Arbeit bei gleichzeitiger Aktivierung der Mitglieder, die verstärkt zur Mitarbeit herangezogen werden sollten.[515]

Die Neuorientierung, die hier vorgenommen wurde, stand unter der Parole „licom k proizvodstvu" – „Front zur Produktion". Ziel war es, die Parteiarbeit im Betrieb verstärkt in den Dienst des industriellen Aufbaus zu stellen. Das war vor dem Übergang zur forcierten Industrialisierung nicht in dem Maße der Fall gewesen. Kaganovič berichtete 1930:

> „Eine 1927 vom Zentralkomitee durchgeführte Untersuchung der 65 größten Betriebe zeigte, daß wir einen Bruch haben zwischen dem Ausbau der Produktion und dem Inhalt der Parteiarbeit in der Produktion."[516]

In der Periode zwischen dem XV. und dem XVI. Parteitag drang das ZK darauf, daß die Trennung von Parteiarbeit und Produktion im Betrieb überwunden wurde. Die Parteiorganisationen auf Betriebsebene sollten sich verstärkt mit Fragen der Produktion befassen, mit Selbstkostensenkung, Rationalisierung, Tarifproblemen, Steigerung der Produktionszahlen und Verbilligung des Leitungsapparates. Die Anweisungen und die Maßnahmen des ZK bewirkten bald eine Umorientierung der Parteizellen im Industriebereich. Wieder Kaganovič:

> „Im Ergebnis der Maßnahmen der Partei erreichten wir eine Wende mit der Front zur Produktion, die Erfüllung und Übererfüllung der Kontrollziffern von 1928/29.
>
> Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, die Kontrollziffern von 1929/30 erfolgreich zu erfüllen, und die Basiszellen spannen alle ihre Kräfte an zur Erfüllung dieser Kontrollziffern. . . ."[517]

[515] Vgl. Gasjuk, N.: Ob izpol'zovanie vneštatnych neoplačivaemych rabotnikov v partapparate, in: Izv CK 1928, No. 4, S. 10f.; ders.: O partbjudžete, režime ėkonomii v partapparate i členskich vnosach, in: Izv CK 1928, No. 1, S. 11–13; K voprosu o racionalizacii partijnoj i massovoj raboty, in: Izv CK 1928, No. 5, S. 8–10; Zajcev, P.: K voprosu o racionalizacii partijnoj raboty, in: Izv CK 1928, No. 12–13, S. 23–26; I. Zolotov: O formach i metodach racionalizacii partijnoj raboty, in: Izv CK 1928, No. 12–13, S. 6f.; T. Lulov: Ešče k voprosu o racionalizacii partijnoj raboty, in: Izv CK 1928, No. 21, S. 7f.; Glebov, M.: Za racionalizaciju uslovij raboty partijcev, in: RiK 1928, No. 6, S. 23–25; vgl. Zamarjanov, V.G.: Naučnaja organizacija truda v partijnom apparate v 20-e gody, in: V I KPSS 1973, No. 4, S. 66–77, hier S. 69f.

[516] XVI s-ezd, S. 65.

[517] XVI s-ezd, S. 65.

Die gesamte Parteiarbeit wurde nun auf Produktionsfragen und Planerfüllung abgestellt. Die Akzentverschiebung gegenüber früher war deutlich spürbar. 1927 hatte der „Bol'ševik", theoretisches Organ der Partei, die Zellen aufgefordert, sich stärker um die Alltagssorgen der Arbeiter zu kümmern und bessere Beziehungen zu ihnen aufzubauen. Nur auf dieser Basis könne man sie für Industrialisierung und innerbetriebliches Sparsamkeitsregime gewinnen.[518] Der Autor zitierte Stalin:

> „‚Heute wird maximale Aufmerksamkeit selbst gegenüber den unbedeutendsten Kleinigkeiten verlangt, denn das Alltagsleben (byt) der Arbeiter setzt sich eben aus diesen Kleinigkeiten zusammen.' (Stalin)"[519]

Mit dem Übergang zur forcierten Industrialisierung verschoben sich die Gewichte. In den Mittelpunkt der Parteiarbeit rückte nun die Produktion. In einem Brief an alle Parteiorganisationen unterstrich das ZK am 21. 2. 1929 die Notwendigkeit, Arbeitsproduktivität und Arbeitsdisziplin zu heben, da die Erfüllung des Wirtschaftsplanes gefährdet sei. Partei, Verwaltung und Gewerkschaften sollten sich viel stärker als bisher auf diese Fragen konzentrieren:

> „Deshalb müssen Fragen der Hebung der Arbeitsdiszplin und der Arbeitsproduktivität in der jetzigen Zeit erheblich mehr, als es früher der Fall war, wichtigster Sektor in der Arbeit von Partei-, Sowjet- und Gewerkschaftsorganisationen sein."[520]

Den Parteiorganisationen diktierte das ZK in diesem Zusammenhang einen umfassenden Katalog von Maßregeln, die ihr Verhalten im Betrieb, im Spannungsfeld zwischen Arbeitern und Management, bestimmen sollten. Danach war es Aufgabe der Parteiorgane in der Industrie, die Arbeiter für die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu mobilisieren und Faulenzer und Störer der Disziplin sozial zu isolieren. Das technische Management sollten die Parteiorgane in jeder Hinsicht unterstützen und darauf drängen, daß auch diese Gruppe sich verstärkt für eine Steigerung der Arbeitsdisziplin einsetzte. Sie sollten das ingenieur-technische Fachpersonal auch vor unberechtigten Angriffen schützen, wenn seine Vertreter z. B. durch Beharren auf Disziplin unter den Arbeitern Unwillen erregt hatten. Ausdrücklich untersagte das ZK, gesellschaftliche Arbeit (Versammlungen, Sitzungen, Einsammeln von Mitgliedsbeiträgen etc.) in der Arbeitszeit durchzuführen. Produktionsberatungen und Massenarbeit, die sich mit der Organisierung und Verbesserung der Produktion befaßte, waren dagegen auf breiter Basis zu fördern.[521] Hier hatte es bisher erhebliche Mängel gegeben:

> „. . . die Organisationen haben es bisher nicht verstanden, die Aktivität der Arbeitermassen im gebotenen Maße um die Aufgaben der Produktion zu mobilisieren. Darin besteht jetzt der Hauptmangel der Zustände der Betriebsarbeit.
>
> Charakteristisch ist in dieser Hinsicht vor allem ein Abriß breiter Parteimassen von der Beteiligung am Produktionsaufbau."[522]

Parteiversammlungen befaßten sich bisher kaum mit Produktionsfragen, die VKP leitete Gewerkschaften und andere Massenorganisationen nicht zur Produktionsarbeit an, wichtige

[518] Rjutin, in: B 1927, No. 5, S. 49–57, S. 50ff.
[519] Ebd., S. 57.
[520] KPSS, t. 4, S. 169–175, hier S. 169.
[521] KPSS, t. 4, S. 172ff.
[522] Meerzon, in: B 1929, No. 4, S. 65.

Fragen, wie Entlassung von Arbeitern oder Abschluß von Lohnverträgen wurden vielerorts ohne Mitwirkung der Parteiorgane behandelt.[523] Derartige Probleme gab es in vielen Organisationen: in Artemovsk, Iževsk, Nikolaev, Nižnij Novgorod, Jaroslavl', Sverdlovsk, Moskau, Leningrad und Dnepropetrovsk konstatierten Revisionen des ZK schwache Kontakte zwischen Basisorganisationen und Arbeitern. Produktionsberatungen erfaßten in Sverdlovsk 7%, in Dnepropetrovsk 10–12% der Belegschaften.[524] In Iževsk kritisierte die ZKK vor allem die Unfähigkeit der Parteiorganisation, die Unzufriedenheit der Arbeiter aufzufangen:

> „Das Partei- und Gewerkschaftsaktiv, das die Unzufriedenheit der Arbeiter in Fragen des Lohns, des Arbeitsschutzes und der Beziehungen zum administrativ-technischen Personal freudig und energisch anführt, versteht es nicht, diese Unzufriedenheit gegen konkrete Schuldige und konkrete Ursachen für die Mängel in der Arbeit des Apparates zu lenken. Im Ergebnis erscheint im Bewußtsein einzelner Arbeiterschichten als Schuldiger an diesen Mängeln das ganze System der Leitung insgesamt – Direktion, Rayonparteikomitee, gewerkschaftliches Betriebskomitee."[525]

Die Parteiorganisationen waren nicht auf die Aufgabe vorbereitet, die Masse der unmittelbaren Produzenten für den industriellen Aufbau zu mobilisieren. Es bedurfte einer grundlegenden Umorientierung und einer organisatorischen Reform der Basisapparate, um die Betriebsorganisationen der VKP für die von der Parteiführung betriebene forcierte Industrialisierung fungibel zu machen. Der Charakter der Parteiarbeit an der Basis verwandelte sich dabei ganz erheblich. Politische Propagandaarbeit und jene Restelemente proletarischer Interessenvertretung, die es bis Ende der zwanziger Jahre in der Basisarbeit durchaus noch gegeben hatte, traten zurück zugunsten einer allein auf Steigerung des industriellen Ausstoßes gerichtete, oftmals rein ökonomisch orientierten Mobilisierungsarbeit. Inwieweit das zu einer grundsätzlichen Änderung der sozialen Rolle der VKP führt, zu einer Aufgabe der Rolle als „politische" Organisation, als Organisation, die das politische System ideologisch legitimierte und ihm Entwicklungsziele vorgibt, wäre zu erörtern.

Wenn auch 1927 einzelne Mängel abgestellt wurden, gelang es kurzfristig nicht, die Arbeit des Parteiapparats an der Basis wirksamer zu gestalten. Eine durchgreifende Reform tat not. Ein Ansatz zu solchen Reformen, die letztlich doch nicht die gewünschte Wirkung zeitigten, war die Reorganisation der Apparate, die 1929/30 in Angriff genommen wurde.

Während es im Mittelmanagement der Partei um eine Rationalisierung der Parteiarbeit und um eine wirksamere Führung ging, suchte die Parteizentrale im Industriebereich nach einer Organisationsform, die es erlaubte, die Masse der Arbeiter auch nach der Umstellung auf Schichtarbeit und angesichts des forcierten Ausbaus der Industrieproduktion zu erreichen. Ein Autor der „Izvestija CK VKP(b)" umriß die Aufgaben im März 1928:

> „Die Komplexität der Aufgaben, die vor der Partei stehen, erfordert notwendig die Erhöhung der Aktivität aller Mitglieder der Partei, die Annäherung des Parteiapparats an die breiten Massen der Arbeiter und die Verstärkung der Parteiführung im wirtschaftlichen Aufbau. Die Lösung dieser Aufgaben hängt im wesentlichen Maße von der organisatorischen Gestaltung, der qualitativen

[523] Ebd., S. 65.

[524] Ebd., S. 66ff.; zu Dnepropetrovsk vgl. auch die Entschließung des ZK, in: Pervičnaja, S. 156–158; zu Nižnij Novgorod vgl. Gurevič, D.: Postanovka massovoj i nizovoj vnutripartijnoj raboty na krupnych predprijatijach, in: Izv CK 1928, No. 2, S. 6–9.

[525] Aus den Materialien der Untersuchungskommission der ZKK, zitiert nach Meerzon, in: B 1929, No. 4, S. 67.

> Verbesserung und der Stärkung der unteren Glieder der Partei im Betrieb ab – den Abteilungszellen, den Parteigruppen, den Parteiorganisatoren in der Schicht und in der Arbeitsgruppe."[526]

Bereits in der auf dem XIV. Parteitag 1925 verabschiedeten Satzung der Partei war die Möglichkeit vorgesehen, in Großbetrieben außer der Gesamtbetriebszelle auch Parteizellen in den einzelnen Werksabteilungen zu organisieren. 1927 war die Betriebszelle dem Status nach aufgewertet worden. 1928 diskutierte man nun eine weitere Untergliederung der Betriebsparteiorganisation, eine Aufteilung in Schichtabteilungszellen.[527] Mit der verstärkten Einführung von Schichtarbeit trat nämlich die Gefahr auf, daß große Teile der Arbeiterschaft – eben die Arbeiter der Früh- und Spätschicht – am Arbeitsplatz nicht von der Parteiorganisation erfaßt wurden, und daß Betriebsversammlungen, Produktionsberatungen, politische und kulturelle Veranstaltungen nur Teile der Belegschaft erreichten. Durch Einrichtung von Parteizellen für jede der Schichtbelegschaften in jeder Werksabteilung suchte man dies Problem zu lösen. Das hatte nach Ansicht der Befürworter eines solchen Systems nicht nur den Vorteil, daß die VKP überall präsent war und differenziert auf die Probleme jeder Schicht und die Bedürfnisse jeder Arbeitergruppe eingehen konnte, auch das Aktiv – d. h. die Gruppe der unmittelbar zu politischer Arbeit herangezogenen Parteimitglieder – konnte erweitert werden, da nun in jeder Schicht ein Team von Parteiorganisatoren benötigt wurde. Es wurden jedoch auch Stimmen gegen die Einrichtung von Schichtzellen laut, die vor der Zersplitterung der Parteiorganisation warnten. So sprach sich eine Autorin im „Bol'ševik" entschieden dafür aus, den Schwerpunkt der Arbeit in der Werksabteilung zu belassen und die Schichtarbeiter durch Vermehrung der „Gruppenorganisatoren" und durch bessere Verteilung der Parteikräfte in den Schichten besser zu erfassen. Eine Dreiteilung der Werksabteilungszelle, so warnte sie, werde zu einem Wirrwarr in der Parteiarbeit führen.[528] In der Praxis erprobten die Betriebsorganisationen verschiedene Formen. In der Fabrik „Krasnyj Perekop" organisierte man Partei und Gewerkschaften abteilungsweise auf Schichtebene, in Moskau, Ivanovo-Voznesensk und Vladimir behielt man die geschlossene Abteilungszelle bei.[529] Vor einer endgültigen Entscheidung wollte der ZK-Apparat derart Erfahrungen sammeln. Zugleich rügte er aber die regionalen Parteiorganisationen, die die Probleme der komplizierter werdenden Betriebsarbeit nicht erkannten und die Organisationen an der Basis nicht wirksam unterstützten.[530]

Diese Rüge bezog sich nicht nur auf das Problem der Schichtarbeit. Ganz allgemein scheint die Leitung der Zellen durch die übergeordneten Komitees nicht sonderlich effektiv gewesen zu sein.[531] Auch die Verlagerung des Schwergewichts der Parteiarbeit von den Gesamtbe-

[526] S. G.: Ukreplenie nizovych zven'ev partii na predprijatijach, in: Izv CK 1928, No. 9–10, S. 14–16, hier S. 14.

[527] Zu dieser Entwicklung vgl. KPSS, t. 3, S. 305; Dymšic, I.: O smennych cechovych partjačejkach, in: B 1928, No. 10, S. 36–41, hier S. 37; vgl. ebd., S. 36–41, über Schichtzellen; vgl. Kolokol'ceva, E.: Nužny li smennovye cechovye jačejki?, in: B 1928, No. 12, S. 73–77; Dymšic, I.: O smennych cechjačejkach, in: B 1928, No. 15, S. 63–72; Opyt raboty smennych cechjačejkach, in: Izv CK 1928, No. 3, S. 10f.; V. S.: Partijnaja i massovaja rabota na trechsmennych predpriajtijach, in: Izv CK 1928, No. 19, S. 4–6.

[528] Kolokol'ceva, in: B 1928, No. 12, S. 73ff., 76f.; vgl. V. S., in: Izv CK 1928, No. 19, S. 4f.

[529] Ebd., S. 4.

[530] Ebd., S. 6.

[531] Vgl. z. B. Solov'ev, F.: Itogi vesennych perevyborov bjuro jačeek, in: Izv CK 1923, No. 25, S. 9–10.

triebszellen in die Abteilungszellen ging erst allmählich vor sich. Die Bindung der Arbeiter an die Basisorganisation der VKP war vielerorts sehr schwach, dazu herrschte zwischen Zellenbüros und Parteimitgliedern in der Regel ein außerordentliches Informationsgefälle, das der Aktivierung der einfachen Parteiangehörigen nicht gedeihlich war. Die beiden Fragenkomplexe, die als zentrale Themen der Parteiarbeit im Betrieb galten, Produktionsfragen und der Bereich Alltag und materielle Lage der Arbeiter, spielten auf den Parteiversammlungen nur eine marginale Rolle.[532] Trotz wiederholter Kritik seitens des Apparats wurde die Arbeit der Basisorganisationen nur allmählich verbessert.

Anfang 1929 unternahm die Parteiführung schließlich ernsthafte Schritte zur Reorganisation der Basisorganisationen. Im Zusammenhang mit einer breit angelegten Kampagne zur Werbung von Arbeitern, die von einer Säuberung begleitet werden sollte und bezweckte, den Anteil der Arbeiter aus der Produktion in der VKP auf wenigstens 50 % zu bringen[533], wurden auch die Parteizellen in der Industrie verstärkt. Im Januar 1929 wies das ZK die Parteizellen in Großbetrieben mit mehr als 5000 Arbeitern an, anstelle von einer Betriebszelle ein Betriebsparteikomitee zu errichten. Die neuen Betriebsparteikomitees sollten durch erfahrene Parteiarbeiter, die an die Basis delegiert wurden, verstärkt werden. Die Agitpropabteilung des ZK erhielt den Auftrag, Propaganda- und Organisationsgruppen in die Großbetriebe zu entsenden und Maßnahmen zur Weiterbildung und Höherqualifizierung der bisherigen Zellensekretäre auszuarbeiten.[534] Dieser allgemeinen Entschließung folgten in den nächsten Monaten eine ganze Reihe von Dekreten, die sich mit einzelnen Großbetrieben oder Industriezweigen befaßten, die Partei- und Produktionsarbeit in diesen Bereichen kritisierten und Abhilfemaßnahmen vorschlugen.[535]

Alle Handlungsanweisungen legten auf drei Dinge besonderes Gewicht: auf die Bedeutung, die Produktionsfragen nun in der Parteiarbeit spielten – alle anderen Themen, auch die Frage der materiellen Lage der Arbeiter traten demgegenüber in den Hintergrund –, auf die Verlagerung des Schwerpunkts der Parteiarbeit in die einzelnen Werksabteilungen und schließlich auf die Notwendigkeit zur Umstrukturierung und Differenzierung der Parteiorganisation im Betrieb. Die Parteikomitees im Textilbereich wurden z. B. vom ZK aufgefordert, die Senkung der Selbstkosten und die Beseitigung von Produktionsstörungen in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen:

[532] Gurevič, D.: Postanovka massovoj i nizovoj vnutripartijnoj raboty na krupnych predprijatijach, in: Izv CK 1928, No. 2, S. 6–9; Pastuchov, N.: O soderžanii raboty proizvodstvennych jačeek, in: Izv CK 1928, No. 11, S. 9–11; Ukreplenie nizovych zven'ev partii na predprijatijach, in: Izv CK 1928, No. 9–10, S. 14–16.

[533] Vgl. oben; vgl. KPSS, t. 4, S. 142–150; Entschließung des ZK-Plenums vom September 1928; vgl. Korotkov, I.: K proverke i čistke proizvodstvennych jačeek, in: Jaroslavskij, E. (Hrsg.): Kak provodit' čistku partii, Moskva 1929, S. 83–95, hier S. 91.

[534] Pervičnaja, S. 155 f.; vgl. Sadler, S. 77.

[535] Vgl. O zadačach ugol'noj promyšlennosti Donbassa, 17. 1. 29, in: KPSS, t. 4, S. 158–161; O sostojanii i perspektivach tekstil'noj promyšlennosti, 3. 5. 29, ebd., S. 254–263; O sostojanii i postanovke raboty na Dneprostroe, 25. 1. 29, in: Pervičnaja, S. 156–158; O rabote na tekstil'nych predpriajtijach, 25. 3. 29, ebd., S. 158–164; O postanovke agitacii sredi rabočich, 29. 3. 29, ebd., S. 164–166; O partijnoj i massovoj rabote na fabrike imeni Lenina, 12. 4. 29, ebd., S. 167–171; zur Reorganisation der Artemovsker Parteiorganisation, Entschließung vom 21. 6. 29, vgl. PS 1929, No. 2, S. 59; u. v. a.; vgl. auch Mel'kumov, S. 211.

„a) Die gesamte Arbeit der Parteiorganisationen in den Textilregionen muß auf die Überwindung der Schwierigkeiten ausgerichtet sein, die mit der Rekonstruktion und mit der Erfüllung der Parteidirektive über die 0,7prozentige Senkung der Selbstkosten der Produktion verbunden sind. Es ist notwendig, die Produktionsarbeit aktiver zu führen, indem in jedem Betrieb vor den Arbeitermassen die allerwichtigsten praktischen Fragen, die die mit den Schwierigkeiten bei der Entwicklung der Produktion verbunden sind (Nachlässigkeit bei der Arbeit, Probleme mit Rohstoffen und anderen Materialien usw.), in aller notwendigen Schärfe gestellt werden, und indem die Arbeitermassen zur Überwindung dieser Schwierigkeiten mobilisiert werden."[536]

Fragen der materiellen Lage der Arbeiter wurden nicht oder nur ganz marginal berührt.[537]

Die Bindung der Arbeiter an die Parteiorganisation sollte durch die Erweiterung des Aktivs und durch Differenzierung der Organisationsstruktur sowie durch stärkere Betonung der Rolle der Zelle unmittelbar am Arbeitsplatz, in der Werkhalle, bzw. der Werksabteilung verbessert werden. Die Parteileitung im Betrieb sollte von der alltäglichen Arbeit weitgehend entbunden werden. Von einer derartigen Arbeitsteilung versprach sich die Parteizentrale offenbar sowohl eine bessere Führungsarbeit im Betriebsparteikomitee, als auch eine Verbesserung der Massenbindung:

„c) Es ist eine radikale Änderung der Praxis der Massenarbeit in den Textilbetrieben notwendig, bei der bisher das ganze Schwergewicht der Arbeit auf den Führungsapparat der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen entfällt, das sehr breite Aktiv aber, das in den Abteilungsorganisationen herangewachsen ist, nur schwach zur wirklichen Beteiligung an der Führungsarbeit herangezogen wird und in Wahrheit nicht selten eine rein technische Rolle spielt (Austragen von Einladungen, Benachrichtigung über Versammlungen usw.). Es gilt, die begonnene Linie der Verlagerung der Arbeit in die Werksabteilung entschiedener durchzuführen, wobei die Werkskollektive und die Betriebskomitees weniger mit der laufenden operativen Arbeit belastet werden und ihre führende Rolle immer mehr verstärken."[538]

Zur Erweiterung des Aktivs, zur stärkeren Heranziehung einfacher Parteimitglieder, in der Hoffnung, zur Lösung von Produktionsproblemen das in der VKP vorhandene Wissen zu mobilisieren, schlug das ZK die Organisierung von freiwilligen Gruppen vor, die sich jeweils mit einzelnen Aspekten der Produktions- bzw. Parteiarbeit befassen sollten:

„3. Der Parteiorganisation wird die Aufgabe gestellt, auf der Grundlage der breiten Anwendung von Freiwilligkeit bei der Wahl der Arbeitsformen alle Kommunisten, die keine Parteiverpflichtung haben, zu praktischer Arbeit heranzuziehen. Mit diesem Ziel sollen die vielversprechenden organisatorischen Versuche einiger Zellen (...) bei der Gründung freiwilliger Gruppen („Bereiche") zur Bearbeitung einzelner Fragen der Zellenarbeit verbreitet werden."[539]

Die Reorganisation der Parteizellen im Industriebereich und die Wendung der Politik mit der „Front zur Produktion" – unter dieser Losung wurden die Maßnahmen propagiert[540] – erfaßte allmählich immer weitere Teile der Parteiorganisation. Die Betriebsparteikomitees und die regionalen Leitungsgremien der VKP entwickelten in den Jahren 1929 und 1930 eine Vielzahl abweichender Formen der Basisorganisierung. Das ZK ließ ihnen dabei ganz bewußt freie

[536] Pervičnaja, S. 161.

[537] Vgl. z. B. KPSS, t. 4, S. 161; Rjabkon', V.: Čistka partii i massovaja rabota na predprijatii, in: Izv CK 1929, No. 14–15, S. 9–11, hier S. 11.

[538] Pervičnaja, S. 162; über die Parteiarbeit im Textilbereich.

[539] Ebd., S. 169; Anweisungen zur Massenarbeit in der Textilfabrik „Lenin" in Kostroma.

[540] Vgl. den Aufsatz: Jačejki – licom k proizvodstvu (obzor), in: PS 1929, No. 2, S. 55–58, hier S. 55; vgl. oben Abschnitt 3.4.

Hand, da es davon ausging, daß wirksame Formen der Massen- und Basisarbeit am besten durch Initiative der Parteiarbeiter vor Ort selbst entwickelt und in der Praxis erprobt würden.[541]

Weite Verbreitung erlangte anscheinend vor allem ein im Moskauer Elektrowerk entwickeltes Modell, nach dem die gesamte Produktionsarbeit in eine Anzahl von „Bereichen" bzw. „Sektoren" aufgeteilt wurde, die auf jeder Ebene der betriebsinternen Parteihierarchie von besonderen Parteigruppen betreut wurden.[542] Im Elektrowerk gab es 1930 18 solcher „funktionalen Bereiche", die sich mit folgenden Themen befaßten: 1. Wirtschaft und Produktion, 2. Gewerkschaft, 3. Kultur- und Massenarbeit, 4. Agitation, 5. Ausbildung, 6. Information und Statistik, 7. Registration und Verteilung (Personal), 8. Gruppenorganisatoren, 9. Mitgliederwerbung und Kandidatenarbeit, 10. Sowjetarbeit, 11. Genossenschaften, 12. freiwillige Gesellschaften, 13. Kabinett für Parteiarbeit, 14. Jugend, 15. Frauen, 16. Presse, 17. nationale Minderheiten und 18. Verbindung zum Ausland. Jedem Bereich stand ein Mitglied des Betriebsparteikomitees vor. Die Bereichsgliederung wiederholte sich auf der Ebene der Betriebsabteilungen (otdely) und der Werksabteilungen (cechi). Im Betrieb gab es so eine vertikale Struktur – Werksabteilungszelle – Abteilungszelle – Betriebsparteikomitee, durchbrochen von einer horizontalen, funktionalen Struktur, eben der der „Bereiche", die sich durch die verschiedenen Organisationsebenen hindurchzog. Insgesamt waren Ende 1929 115 von den 335 Parteimitgliedern in dieses Organisationssystem einbezogen.[543]

Eine andere Organisationsform stellte die „partgruppa" (Partijnaja gruppa, Parteigruppe) dar. Dabei wurden jeweils die Parteimitglieder an einem Aggregat oder in einem Produktionsabschnitt zusammengefaßt; innerhalb einer Werksabteilungszelle existierten mehrere solcher Parteigruppen, die jede etwa 5–10 Mitglieder hatte. Die Parteigruppen kümmerten sich vordringlich um den Produktionsablauf in ihrem Bereich – Arbeitstempo, Disziplin, Propaganda von Stoßarbeit usf. –, befaßten sich aber auch mit abteilungsübergreifenden Themen wie Selbstkosten und Produktivität des Betriebes, Arbeitsorganisation, Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen, Quantität und Qualität der erzeugten Waren. In manchen Betrieben spezialisierten sich Parteigruppen auf jeweils eins dieser Themen, mitunter bearbeiteten sie auch alle, dann spezialisierten sich die Mitglieder auf einzelne Fragenkomplexe.[544] Auch bei dieser Form der Basisorganisation wurde ein erheblicher Teil der Parteimitglieder unmittelbar in die Produktions- und Parteiarbeit mit einbezogen.

Die vielfältigen Formen der Parteiorganisation im Betrieb, die die Parteiführung in dieser Phase der Reorganisation erprobte, waren nicht Selbstzweck. Es ging darum, die politische Organisation dem rasch expandierenden industriellen Aufbau anzupassen, und die Masse der Arbeiter, insbesondere auch die neue Arbeitergeneration, die nun in die Betriebe strömte, in das politische Leben und in den Arbeitsprozeß zu integrieren. Die Arbeit der Betriebsparteikomitees bewertete die Parteiführung in erster Linie nach den Produktionserfolgen der

[541] Kaganovič, XVI s-ezd, S. 66.

[542] Kaganovič 1930, S. 36; Jačejki, in: PS 1929, No. 2, S. 55; Ammosov, M.: Massovaja rabota v uslovijach rekonstrukcii, in: PS 1929, No. 2, S. 49–54, hier S. 52.

[543] Vgl. Jačejki, in: PS 1929, No. 2, S. 55; Aleksandrov, D.: Struktura partorganizacii na Ėlektrozavode, in: PS 1930, No. 3–4, S. 63–67, hier S. 63 f.; vgl. ebd. die graphische Darstellung der Betriebsstruktur (vgl. unten S. 145).

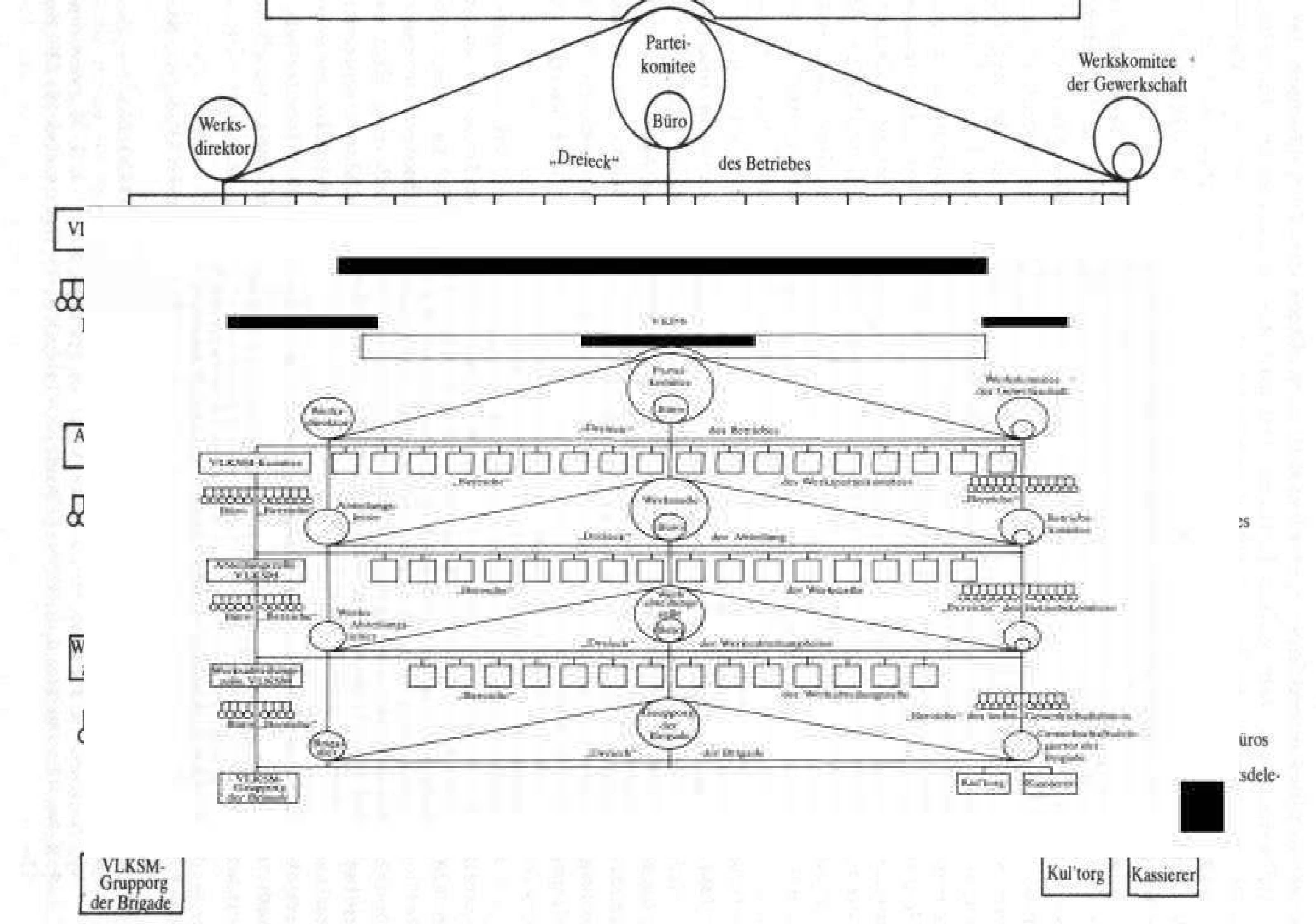
[544] Vgl. Krymskij, N.: Opyt raboty partijnych grupp, in: PS 1929, No. 1, S. 53–55; Brandman, L.: Opyt perestrojki partraboty, in: PS 1929, No. 2, S. 59–60; Jačejki, in: PS 1929, No. 2, S. 56.

Betriebe, sodann nach Kriterien wie Arbeitsdisziplin der Belegschaft, Beteiligung am „Sozialistischen Wettbewerb", Realisierung des Beschlusses über die Einzelleitung und schließlich auch nach dem Wachstum der Mitgliederzahlen, d. h. nach dem Erfolg der Rekrutierungsarbeit. Politische oder ideologische Kriterien spielten bei der Bewertung der Leistung eines Betriebsparteikomitees in den Jahren der forcierten Industrialisierung kaum noch eine Rolle, es sei denn, man warf einem Komitee, dessen Betrieb den Plan nicht erfüllte, Rechts- oder Linksopportunismus vor. Doch auch solchen Vorwürfen fehlte im Grunde der politische Gehalt. Die Reorganisation der Parteibasis im Betrieb, die „perestrojka" (Umbau), brachte also eine weitgehende Entpolitisierung des Parteilebens mit sich. Die Anstrengungen der Parteibasis richteten sich vordringlich auf Realisierung solcher ZK-Anweisungen wie der über Arbeitsdisziplin[545], über den „Sozialistischen Wettbewerb"[546] und Einzelleitung[547], weniger auf politische Mobilisierung von Arbeitern, geschweige denn auf Steigerung ihrer politischen Diskussionsfähigkeit.

Im Laufe des Jahres 1930 wurde die Reorganisation des Parteiaufbaus im Industriebereich energisch vorangetrieben. Dabei traten allerdings eine Reihe von Problemen auf. In einer Reihe von Organisationen war zunächst der Widerstand und die Passivität der Parteibeamten zu überwinden. In der Fabrik „Parižskaja Kommuna" z. B. lehnten die Sekretäre der Werksabteilungszellen eine Änderung der Organisationsstruktur anfangs ab, ließen sich dann aber eines Besseren belehren.[548] Offener Widerstand war jedoch anscheinend selten. Desto häufiger kam es vor, daß die Parteiorganisatoren an der Basis die Anweisungen des ZK schlicht ignorierten und so weitermachten wie bisher. Im Ural gab es 1930 Betriebsparteiorganisationen, die keinen Schritt zur Änderung ihrer Organisationsstruktur unternommen hatten. Dort, im Donbass, in Leningrad, in Nižnij Novgorod und in Rostov am Don führte ein Großteil der Produktionszellen die Wendung zur Produktion nicht wirklich durch, sondern begnügten sich mit einigen Scheinreformen.[549] Ähnlich war die Situation in der Vyšnevolocker Textilindustrie, wo die Parteizellen keine Strukturreform durchführten, Produktionsfragen vernachlässigten und auch den „Sozialistischen Wettbewerb" nicht vorantrieben. Die dortige Parteileitung wurde aus diesem Grunde abgelöst.[550] Auch die Parteizelle des Bauprojekts Magnitogorsk wurde erst durch Eingreifen des Uraler Gebietskomitees veranlaßt, die neuen Organisationsformen einzuführen.[551]

Probleme warf vielerorts die Tatsache auf, daß viele Betriebe die Reform rein formal durchführten, ohne inhaltliche Änderung der Arbeit, d. h. ohne sich auf Produktionsfragen zu konzentrieren. Eine Inspektion, die das ZK in den Betrieben der Textilindustrie durchführte, erbrachte, daß dort die im Moskauer Elektrowerk entwickelte Organisationsstruktur

545 Vgl. KPSS, t. 4, S. 169–175.
546 Ebd., S. 264–266.
547 Pervičnaja, S. 182–190.
548 V. A.: Na chodu perestrojki, in: PS 1930, No. 3–4, S. 68–73, hier S. 69; vgl. auch Šachty, wo der Widerstand anscheinend von der Betriebsleitung ausging, PS 1930, No. 2, S. 50–54; vgl. auch Egorov, P.: Orggruppy kak forma partrukovodstva na predprijatii, in: PS 1930, No. 5, S. 35–39, hier S. 35 f.
549 Nevodin, L.: Vozglavit' proizvodstvennuju aktivnost' mass, in: PS 1930, No. 5, S. 35–39, hier S. 35 f.
550 Smirnov, I.: Neskol'ko vyvodov iz opyta perestrojki, in: PS 1930, No. 9, S. 48–50, hier S. 48.
551 Čarkin, A.: Magnitogorskaja partorganizacija na perelome, in: PS 1930, No. 9, S. 37–40, hier S. 39 f.



Partei-
komitee
Büro
Werkskomitee
der Gewerkschaft
Werks-
direktor
„Dreieck"
des Betriebes
VLKSM-
Grupporg
der Brigade
Kul'torg
Kassierer

teilweise blind übernommen worden war, obwohl sie den Bedingungen der Parteiarbeit im Textilbereich mit dem hohen Frauenanteil und der Schwäche der Parteipräsenz durchaus nicht angemessen war.[552] In der Region Nordkaukasus veränderten die Parteizellen lediglich ihre Organisationsformen, ohne die Parteimitglieder im Verlauf der Reform für die Erfüllung der Produktionsaufgaben zu mobilisieren. Das führte teilweise zu Einbrüchen bei der Planerfüllung, die von der Zentrale scharf kritisiert wurden.[553]

Tatsächlich waren – wie oben angedeutet – Planerfüllung und Steigerung der Produktionsaktivität zu den entscheidenden Kriterien geworden, nach denen die Parteiführung die Arbeit der Parteiorganisationen im Industriebereich beurteilte. Erfüllung der betrieblichen Produktionspläne, steigende Produktivität, eine hohe Beteiligung am „Sozialistischen Wettbewerb" wiesen ein Betriebsparteikomitee als politisch erfolgreich aus. In zahlreichen Betrieben wurden hier offenbar auch ansehnliche Fortschritte erzielt. Durch Druck der Betriebsparteikomitees auf die Betriebsleitungen, durch Mobilisierung der Parteimitglieder, Erstellung von Gegenplänen und Forcierung des Wettbewerbs gelang es vielerorts, Produktionssteigerungen herbeizuführen. Durch massive Werbearbeit wurden immer mehr Arbeiter veranlaßt, am Wettbewerb teilzunehmen. Teilweise gelang es offenbar auch, Arbeiter, die die Disziplin verletzten, „blau machten" oder zuviel Ausschuß produzierten, durch Agitationsmaßnahmen sozial zu isolieren.[554] Die Beteiligung am Wettbewerb z. B. stieg in den ersten Monaten des Jahres rasch an; allerdings gelang es offenbar nicht, die Parteimitglieder in gleicher Weise zu aktivieren wie die Parteilosen (Tab. 64).

Die Angaben schwanken von Industriezweig zu Industriezweig und innerhalb kurzer Zeiträume sehr stark. Die Angaben einzelner Betriebe liegen deutlich unter denen der jeweiligen Branche für März. Das zeigt die Unsicherheit der Angaben, vielleicht auch die schlechte Verankerung der Bewegung. Dennoch wird deutlich, daß es – wenigstens formal – gelang, die Teilnehmerzahlen des Wettbewerbs in die Höhe zu treiben. In vielen Betrieben verstanden es aber die Parteimitglieder offenbar besser als die Parteilosen, sich den Forderungen der Betriebsparteileitung zu entziehen.

Bereits 1930 wurde aber auch eine Schwäche der auf Produktionsfragen ausgerichteten Parteiarbeit offenkundig. Es wurde für die Arbeiter und für die Basisorganisationen der VKP immer schwerer zu erkennen, wie sich die Funktion der Betriebsparteikomitees von der der Betriebsleitung unterschied. Unter dem Druck der vorgeordneten Parteikomitees, die die Qualität der Parteiarbeit an den Produktionsergebnissen maßen, gingen immer mehr Betriebsparteikomitees dazu über, sich in die Arbeit der Betriebsleitungen einzumischen. Das stieß von seiten des Managements, das seit dem Beginn der „Schädlingskampagne" sichtlich eingeschüchtert war, kaum auf Gegenwehr. Im Gegenteil, viele Wirtschaftler waren offenbar froh, wenn sie Verantwortlichkeiten verwischen und Entscheidungen auf die fachlich nicht sonderlich kompetenten Parteiorgane abschieben konnten. Das war eine der Folgen der

[552] Partijnaja i massovaja rabota na tekstil'nych predprijatijach, in: PS 1930, No. 10, S. 48–53, hier S. 49.

[553] Svetličnyj, V.: Načinat' s perestrojki soderžanija raboty, in: PS 1930, No. 10–11, S. 69–71, hier S. 69.

[554] Vgl. Smirnov, in: PS 1930, No. 9, S. 49; V. A., in: PS 1930, No. 3–4, S. 71; Nevodin, in: PS 1930, No. 5, S. 38; PS 1930, No. 2, S. 53; Kaganovič, XVI s-ezd, S. 65; Isakov, ebd., S. 228; Semjačkin, ebd., S. 534.

Tab. 64: Beteiligung am „Sozialistischen Wettbewerb" 1930 (in %)[555]

a. *Parteimitglieder und Komsomolzen:*

Branche:	*20. 1. 1930*		*1. 3. 1930*	
	VKP	*Komsomol*	*VKP*	*Komsomol*
Papierindustrie	21,3	27,3	59,8	69,4
Holzverarb.	20,3	26,5	72,9	64,2
Metallindustrie	30,0	31,6	76,0	63,7
Chemische Ind.	34,6	31,5	72,3	62,9
Textilindustrie	23,8	24,7	59,2	56,6

b. *Organisierte und Nichtorganisierte 1. 4. 1930:*

Betrieb	*Parteimitgl.*	*Komsomolzen*	*Parteilose*
Krasnoe Sormovo (Metall)	42,5	20,1	49,8
Mosėlektrik (Elektrotechn.)	33,6	43,1	40,9
Serp i Molot (Metall)	46,5	39,8	59,1
Trechg. m–a (Textil)	41,8	22,5	44,0
Krasnyj proletarij (Druckerei)	51,5	41,0	53,1

Šachty-Affäre. Bei der Parteiführung stieß das wiederum auf heftige Kritik, da diese klare Verantwortlichkeiten wünschte. Durch die Politik der „Front zur Produktion" erreichte sie im Grunde das Gegenteil.[556]

Bald wurden auch grundsätzliche Schwächen der Parteireform deutlich. Das komplizierte System vertikaler und horizontaler Strukturen überforderte vielfach die Parteiorganisatoren an der Basis. Zwar wurden die Sekretäre des Gesamtbetriebes entlastet, sie konnten sich stärker auf Führungs- und Verwaltungsarbeit konzentrieren – und lösten sich damit endgültig aus dem Arbeitermilieu –, doch die Kommunikation der „Bereiche" auf verschiedener Ebene untereinander und mit den Gremien erwies sich als sehr kompliziert und unübersichtlich[557], zumal die Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Bereichen durchaus nicht immer einleuchtete. Langfristig wurde hier eine durchgreifende Reform nötig, die zu einer Vereinfachung der Strukturen und einer Verkürzung der Kommunikationswege führen mußte. Sie wurde auch dadurch erforderlich, daß die neue Basisstruktur viel zu viele Kader benötigte, über die die Partei ohnehin nicht verfügte. Bereits 1930 begann man deshalb mit der Vereinfachung der Organisation: zunächst baute man die Schichtzellen ab, für deren Einführung man zwei Jahre zuvor noch plädiert hatte. Angesichts der ohnehin sehr komplizierten Organisation an der Basis und aufgrund der Erfahrung, daß die Belegschaften der einzelnen Schichten stark

[555] Perestrojka partijnoj raboty, in: PS 1930, No. 11–12, S. 36–47; zum „Sozialistischen Wettbewerb" vgl. Abschnitt 3.4; hier geht es lediglich um den Mobilisierungseffekt im Rahmen der Umstellung der Parteiarbeit.

[556] Zur Verletzung der Einzelleitung vgl. Partijnaja, in: PS 1930, No. 10, S. 50f.; Čarkin, in: PS 1930, No. 9, S. 38; Brejtman, in: PS 1930, No. 6, S. 50; Nevodin, in: PS 1930, No. 5, S. 37; Perestrojka, in: PS 1930, No. 11–12, S. 37f.

[557] Zur Entlastung der Sekretäre vgl. PS 1930, No. 3–4, S. 47; zu Kommunikationsschwierigkeiten PS 1930, No. 9, S. 28.

fluktuierten, so daß eine kontinuierliche Parteiarbeit in diesem Rahmen nicht möglich war, gingen die Parteikomitees 1930 vielerorts daran, die Schichtzellen zu liquidieren.[558]

Insgesamt führte die „perestrojka“ der Jahre 1929/30 wohl zu einer Aktivierung der Partei in der Industrie, schuf der Basis infolge des Durcheinanders auch einen gewissen Freiraum zur Entwicklung von Selbsttätigkeit, löste aber nicht die strukturellen Mängel der Basisorganisationen: ihren Kadermangel, die ungenügende Verankerung in den Belegschaften und die geringe Flexibilität der Parteiführung. Das wurde ganz deutlich, als die aufbrechende Versorgungskrise in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 die Betriebsparteiorganisationen vor gänzlich neue Aufgaben stellte, wollten sie die Unzufriedenheit der Arbeiter dämpfen.[559]

Anfang 1931 hielt das ZK den Zeitpunkt für gekommen, die politische und organisatorische Arbeit an der Basis durch eine zentrale Anweisung einheitlich zu regeln. Mit der Entschließung „Über Partei- und Massenarbeit in Werksabteilung und Brigade“ vom 21. März 1931 gab die Zentrale den Basisorganisationen präzise Richtlinien über Inhalte und Formen der Parteiarbeit im Betrieb an die Hand.[560] Inhaltlich standen die Erweiterung und Regulierung des „Sozialistischen Wettbewerbs“, die Einbeziehung aller Parteimitglieder in diese Bewegung, der Ausbau der Produktionsberatungen und ihre Ausrichtung auf Fragen der Planerfüllung, Maßnahmen zur Hebung des technischen Bildungsniveaus und die Verwirklichung der Einzelleitung im Vordergrund. Um diese Politik organisatorisch zu sichern, forderte die Entschließung eine Umverteilung der Parteimitglieder im Betrieb, in deren Rahmen insbesondere die für den Produktionsprozeß zentralen Abteilungen personell verstärkt werden sollten. Ferner wollte man die Bildungs- und Kaderarbeit an der Basis verbessern. Die Betriebszelle sollte nunmehr in allen Betrieben mit mehr als 500 Kommunisten durch eine dreigliedrige Organisation abgelöst werden, an deren Spitze ein Betriebsparteikomitee stehen sollte. Diese hatte die Arbeit der Werksabteilungszellen (cechjačejki) zu leiten und zu koordinieren, die sich wiederum in Parteigruppen (partgruppy) gliederten, die jeweils einer Brigade bzw. einem Aggregat zugeordnet waren. Umfaßte eine Parteigruppe mehr als 15 Mitglieder, konnte sie sich im Rahmen der Werksabteilungszelle als Gruppenzelle (zvenjačejka) mit eigenem Büro konstituieren. Die vertikale Dreigliederung in Betriebsparteikomitee-Werksabteilungszelle-Parteigruppe bzw. Gruppenzelle sollte durch 7–8 Sektoren ergänzt werden, die Schwerpunktfragen der Parteiarbeit zu behandeln hatten (Mitgliederwerbung, politische und technische Bildung, Agitationsarbeit, „Sozialistischer Wettbewerb“ und Stoßarbeit, Verteilung der Parteiverpflichtungen bzw. der gesellschaftlichen Arbeit usw.).[561] Die Entschließung zog die Summe aus den Erfahrungen der Jahre 1929 und 1930 und legte die Parteiorganisationen der Industrie auf ein einheitliches Organisationsmuster fest. Dabei wurde der komplizierte Verbund vertikaler und horizontaler Strukturen beibehalten, doch wurde die Zahl der Sektoren auf 7–8 begrenzt. Damit war eine strukturelle Schwäche der Basisorganisation zunächst einmal festgeschrieben.

1931 kam es nicht zu weiteren Veränderungen in den Organisationsformen der Basis im Industriebereich. Die vorhandene Struktur wurde beibehalten und ausgebaut. Dabei stand

[558] Smirnov, in: PS 1930, No. 9, S. 49; Gilinskij, in: PS 1930, No. 9, S. 27; vgl. aber Pervičnaja, S. 215f.
[559] Vgl. Grancev, V.: Partijnaja obščestvennost' i voprosy rabočego snabženija, in: PS 1930, No. 15, S. 17–20, hier S. 17.
[560] Pervičnaja, S. 220–225.
[561] Ebd.

die VKP in diesem Bereich vor wachsenden Problemen. Die rasch wachsenden Arbeiterzahlen, die Versorgungs- und Wohnungskrise, die zu einer Verschlechterung der materiellen Situation der Arbeiter führte, die daraus resultierende Fluktuation der Arbeitskraft, stellten die Integrationsfähigkeit der Partei auf eine harte Probe. Der desolate Zustand der Wirtschaft – Transportkrise, stagnierende Produktivität und steigende Selbstkosten – erforderte von den Parteiorganisationen in der Industrie vermehrte Anstrengungen. Die Parteiarbeit an der Basis war durch Auseinandersetzung mit Versorgungs- und Produktionsproblemen gekennzeichnet und durch Bemühungen, die Arbeiter stärker an die Betriebe zu binden. Die „Sechs Punkte", die Stalin im Juni 1931 in einer Rede vor Wirtschaftlern formulierte[562], wurden in dieser Phase Leitprogramm der Parteiarbeit im Betrieb. Planerfüllung war – wie dies nach der Wende zur Produktion immer wieder unterstrichen wurde – auch jetzt noch das wichtigste Kriterium bei der Beurteilung der Arbeit einer Parteiorganisation. Die Redaktion der Zeitschrift „Partijnoe Stroitel'stvo" erklärte 1932:

> „... die Partei schätzt die Qualität der Parteiführung und der politischen Massenarbeit in den Betrieben danach ein, wie gut es die Parteiorganisation versteht, die Massen zur vollen Planerfüllung zu mobilisieren."[563]

Gerade bei der Planerfüllung traten aber 1931/32 große Schwächen auf, die der moderne Beobachter allerdings kaum den Basisorganisationen der VKP allein in die Schuhe schieben wird. Industrielle Wachstumsprobleme, hypertrophe Planung, Mangel an qualifizierten Fachleuten und an qualifizierten Arbeitern, die Transportkrise und die durch gewaltsame Kollektivierung hervorgerufene Agrar- und Versorgungskrise taten das ihre dazu; und es scheint vermessen, all dies allein durch politisches Muskelspiel überwinden zu wollen. Dennoch machte die Parteiführung nur allzuoft die örtlichen Parteikomitees für Planeinbrüche und Produktionsrückstände verantwortlich: in der Traktorenindustrie, in der Metallverhüttung, im Erzbergbau von Lipeck, in der Buntmetallindustrie des Ural, in Ostsibirien, in der Moskauer Nahrungsmittelindustrie, in der von Char'kov, bei der Papiererzeugung und in vielen anderen Bereichen.[564] Wenngleich die Schwierigkeiten in der industriellen Produktion gewiß nicht unmittelbar den Parteiorganisationen anzulasten sind, kann man dennoch nicht leugnen, daß ihre Arbeit Mängel aufwies. So lag die Massenarbeit in der Regel im argen. Die Organisationen der VKP verstanden es vielerorts nicht, zu den verschiedenen Arbeitergrup-

562 Neue Verhältnisse – neue Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus, in: Stalin: Fragen, S. 402–424; vgl. unten Abschnitt 7.2.

563 Redaktionelle Anmerkung PS 1932, No. 23–24, S. 51; vgl. Špigel'glas, S.: Perevybory bjuro jačeek i boevye voprosy partraboty, in: PS 1931, No. 13, S. 11–14, hier S. 14.

564 Vgl. KPSS, t. 5, S. 60; V. V.: Partijno-massovuju rabotu podčinit' zadačam proizvodstva, in: PS 1931, No. 8, S. 5–8; Ivanov, S.: Pod znakom realizacii ukazanij voždja, in: PS 1931, No. 15–16, S. 35–38; Avangardnaja rol' kommunista na proizvodstve, in: PS 1931, No. 3–4, S. 21–41, hier S. 34 f.; Tam, gde direktiva CK slabo realizuetsja, in: PS 1931, No. 19–20, S. 31–34; Kasparov, V.: Dat' kadry, naladit' operativnoe rukovodstvo, in: PS 1931, No. 9–10, S. 27–30; Levin, V.: Otstavšij učastok v černoj metallurgii, in: PS 1932, No. 10, S. 53–54; Berzon, V.: Podnjat' kačestvo organizacionno-partijnoj raboty, in: PS 1932, No. 21, S. 35–38; Lepilin, M.: V bor'be za kačestvo produkcii, in: PS 1932, No. 14, S. 49–52; K. A.: Tam, gde otstaet partrukovodstvo, in: PS 1932, No. 22, S. 69–71; Žezlov, Ja.: Protiv izvraščenij, za rešitel'nyj perelom, in: PS 1932, No. 1–2, S. 34–38; Mil'čakov, in: PS 1931, No. 13, S. 5–10; Ščerbakov, in: PS 1932, No. 17–18, S. 49–54.

pen einen differenzierten Zugang zu finden.[565] Die Distanz zwischen Partei und Arbeiterschaft, die in vielen Betrieben spürbar war, war wohl auch dadurch verschuldet, daß viele Parteikomitees es nicht verstanden, auf die existentiellen Nöte und Sorgen der Arbeiter einzugehen und sich für eine Besserung der Wohn- und Versorgungssituation nicht ernsthaft genug einsetzten.[566] Das war wohl nicht zuletzt Ausdruck der Abhängigkeit, in der die Basisorganisationen gegenüber Parteiführung und Apparat standen, die von ihnen Produktionserfolge forderten, während die Arbeiter ihrerseits die Stabilisierung ihrer materiellen Lage wünschten. Neben den inhaltlichen Schwächen der Massenarbeit, die an den Interessen der breiten Arbeitermassen vorbeiging, schlug auch zu Buche, daß in einem großen Teil der Betriebe die Parteiorganisation in den unteren Bereichen nicht funktionierte. Vielerorts z. B. existierten die Parteigruppen nur auf dem Papier.[567]

Trotz aller organisatorischen Bemühungen war es der Parteiführung nach 1930 also offenbar nicht gelungen, die Basisorganisationen in die Lage zu versetzen, ihren Aufgaben angesichts des Wachstums der Arbeiterzahlen und des forcierten industriellen Aufbaus nachzukommen. Hier wirkte der große Mangel an politisch und organisatorisch qualifizierten Kadern sich ebenso aus wie die strukturellen Schwächen des Organisationsmodells.

Aufgrund der Reorganisierungsbemühungen seit 1929, die vorstehend beschrieben wurden, und infolge des schnellen Wachstums der Partei, war das Netz der Basisorganisationen der VKP in den Jahren des Fünfjahrplans stark expandiert (Tab. 65 u. 66). Diese Angaben machen deutlich, wie sehr die VKP im Verlaufe des 1. Fünfjahrplans bemüht war, ihr Organisationsnetz an der Basis auszubauen und zu differenzieren. Die Aufgliederung der Gesamtbetriebszellen und die Neugründung von Parteiorganisationen in neuen Werken und Fabriken führte zu einer starken Vermehrung der Grundeinheiten im industriellen Sektor. Allerdings wurde diese Steigerung bei weitem vom Wachstum der Basisorganisationen auf dem Lande übertroffen: die Zahl der Kolchos-, Sovchoz-, Waldarbeiter- und Dorfzellen verdreifachte sich in derselben Zeit, in der die Zahl der Industriezellen lediglich um 70% stieg. Das ist zweifellos einer intensiven Organisationsarbeit im Agrarbereich zuzuschreiben, die sich bemühte, den Rückstand der Parteiarbeit im Dorf, der im Verlauf von Agrarkrisen und Kollektivierung nur allzudeutlich geworden war, aufzuholen. Demgegenüber war die VKP 1928 im Industriebereich relativ gut verankert, war aber gezwungen, der raschen industriellen Entwicklung Rechnung zu tragen. Vergleicht man das Wachstum der Zahl der Grundeinheiten in der Industrie mit dem Wachstum der Arbeiterzahlen, erkennt man eine gewisse Verhältnismäßigkeit der Zunahme: vermehrten sich die Parteiorganisationen zwischen 1928 und 1932 um 70%, stiegen die Arbeiterzahlen um 90%. In der zahlenmäßigen Entwicklung blieben die Parteiorganisationen also geringfügig hinter der Entwicklung der Arbeiterschaft zurück.

[565] Vgl. ebd.; vgl. Organizacionno-partijnuju i vospitatel'nuju rabotu na vysšuju stupen', in: B 1932, No. 5–6, S. 1–9, hier S. 8.

[566] Ščerbakov, in: PS 1932, No. 17–18, S. 50; vgl. Kuz'min, in: PS 1932, No. 6, S. 56–59; Mamgušev, in: PS 1932, No. 3–4, S. 49–51; Mobilizovat', in: PS 1931, No. 19–20, S. 1–5; Klekovkin, in: PS 1931, No. 7, S. 43–45; Verov, in: PS 1931, No. 15–16, S. 50–54.

[567] V. V., in: PS 1931, No. 8, S. 8; K. A., in: PS 1932, No. 22, S. 70; Lepilin, in: PS 1931, No. 14, S. 52; Iškova, in: PS 1931, No. 9, S. 18; Chochlov, V.: Voprosy perestrojki partraboty v mestnych partijnych žurnalach, in: B 1931, No. 11, S. 91–96, hier S. 91f.

Tab. 65: Zahl der Verteilung der Parteizellen bzw. Parteiorganisationen 1925–1933[568]

Jahr		*Zahl der Zellen*	*Kandidatengrp.*	*davon: Industrie*	*Transport*	*Militär*	*Behörden*	*Dorf*	*andere*
1925	abs.:	30834	–	4788	1933	5282	4043	13879	969
	in %:	100,0	–	15,5	6,3	17,1	13,1	45,1	2,1
1926	abs.:	34978	1502	5455	1860	5830	5167	15819	747
	in %:	100,0	–	15,6	5,3	16,7	14,8	45,2	2,4
1927	abs.:	38783	3427	6110	2252	6102	6214	17456	659
	in %:	100,0	–	15,7	5,8	15,7	16,0	45,0	1,8
1928	abs.:	46433	3452	7384	2706	6640	7405	20930	1468
	in %:	100,0	–	15,9	5,8	14,3	15,7	45,1	3,2
1929	abs.:	51885	3897	8881	2915	6876	8148	23458	1607
	in %:	100,0	–	17,1	5,6	13,3	15,7	45,2	3,1
1930	abs.:	54000	–	(12738)[569]	–	–	–	(30000)	–
	in %:	100,0	–	(23,6)	–	–	–	(55,6)	–
1931	abs.:	–	–	–	–	–	–	–	–
	in %:	–	–	–	–	–	–	–	–
1932	abs.:	115000	–	12673	6210	–	20585	64690	10925
	in %:	100,0	–	11,0	5,4	–	17,9	56,2	9,5
1933	abs.:	139 000	–	–	–	–	–	(80000)	–
	in %:	100,0	–	–	–	–	–	(57,6)	–

Tab. 66: Zunahme von Industrie- und Agrarparteizellen 1928–1933 (in %)[570]

Jahr	*alle Zellen*	*Industrie*	*Transport*	*Dorf*
1928	100,0	100,0	100,0	100,0
1929	112,0	120,3	107,7	112,1
1930	108,2	(172,5)	–	143,3
1931	–	–	–	–
1932	230,5	171,6	229,5	309,1
1933	278,6	–	–	382,2

[568] 1925–1929: BSĖ, t. XI, c. 535 f.; vgl. Erchov, G. P.: Stroitel'stvo i razvitie fabrično-zavodskich partijnych jačeek (1921–1930 gg.), in: V I KPSS 1974, No. 4, S. 77–86, hier S. 82; beide Angaben sind identisch, allerdings wurden die Kategorien verschieden definiert, insofern ist hier nicht Sadler, S. 143 ff., zu folgen, der Widersprüche festzustellen glaubt; bei der Überprüfung der Angaben für die Jahre 1925 bis 1928 ergaben sich kleinere Rechenfehler in der Vorlage, die aber nicht wesentlich ins Gewicht fallen; 1930: Kaganovič, XVII s-ezd, S. 555, 557; Erchov, in: V I KPSS 1974, No. 4, S. 83: Stichdatum: XVI. Parteitag 1930; für Kandidatengruppen und Verteilung außer Industrie- und Dorfparteiorganisationen keine Angaben; 1932: für 1. 7. 1932, PS 1932, No. 21, S. 46, 48; für 1. 1. 1932 gibt PS 1932, No. 9, S. 48 u. 51, 99439 Zellen an; in der Aufstellung wurden zusammengefaßt: Industrie und Bauindustrie zu ‚Industrie'; Waldwirtschaft, Fischfang, Sowchosen, Kolchosen, MTS, Dorf und „Aul" zu ‚Dorf'; Genossenschaften und Sowjetapparat zu ‚Behörden'; die übrigen Kategorien zu ‚andere'; die Anzahl der Zellen in Roter Armee und Flotte war für 1932 nicht zu ermitteln; 1933: 1. Okt. 1933, Kaganovič, XVII s-ezd, S. 555, 557; vgl. Sadler, S. 143.

[569] Vermutlich Industrie- *und* Transportzellen.

[570] Errechnet anhand vorstehender Daten, 1928 = 100 %; bei der Kategorie ‚alle Zellen' wurden Zellen und Kandidatengruppen zusammengezogen.

Die Angaben über Größe und Ausdehnung des Organisationsnetzes der VKP sagen allerdings noch nichts über die Wirksamkeit der Parteiarbeit aus, sie zeigen lediglich an, welche Wirkungsmöglichkeiten rein organisatorisch gegeben waren. Danach zu urteilen, waren die Voraussetzungen für die Erfassung der Arbeiterschaft durch die Parteiorgane am Ende des 1. Fünfjahrplanes infolge der stärkeren Präsenz der Partei innerhalb der Arbeiterschaft einerseits etwas günstiger, andererseits aufgrund der geringeren relativen Dichte des Organisationsnetzes ein wenig schlechter als zu Beginn. Die Differenzierung der Basisorganisation und die Mobilisierung des Parteiapparats im Rahmen der Reformen mögen teils zu einer Verbesserung der Massenarbeit geführt haben. Indes war die Parteiführung, wie wir gesehen haben, mit der Wirksamkeit der Arbeit vieler Parteiorganisationen durchaus nicht zufrieden. Schuld daran trug u. a. sicher das Grunddilemma, in dem sich die Arbeiterpolitik der VKP seit 1917 befand – der Konflikt zwischen Vertretung von Produktionsinteressen und den unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft. Schuld trugen auch die strukturellen Mängel, die der Organisation der VKP nach der Reform von 1929/30 anhafteten. Ein wichtiger Umstand war auch die geringe Zahl und die schlechte Qualität der Parteikader. Dem Parteiapparat gelang es trotz großer Anstrengungen bis zum Ende des 1. Fünfjahrplans nicht, einen stabilen Bestand von Mitarbeitern zu schaffen, der den vielfältigen Aufgaben, vor denen die VKP im Rahmen der Industrialisierung stand, gewachsen war. Im gesamten Apparat der Partei wies die Kaderpolitik große Mängel auf. In zahlreichen Artikeln der Zeitschrift „Partijnoe Stroitel'stvo“ wurde 1932/33 immer wieder kritisiert, daß die regionalen Parteiführungen keinen Überblick über die vorhandenen Parteikräfte hätten und nicht systematisch an der Heranziehung neuer und der Höherqualifizierung der vorhandenen Kader arbeiten würden. Die Vorbildung der Mitarbeiter sei in der Regel ungenügend, Weiterbildungsmöglichkeiten kaum vorhanden und die Führung und Verteilung des Personals durch die vorgesetzten Komitees sei schlecht. Dazu kam die starke Verbreitung von Cliquenwirtschaft, die sich stark auf die Personalpolitik auswirkte. In vielen Parteiorganisationen gab es „Seilschaften“ – oder „Kettchen“ (cepočki), wie es auf russisch hieß – die sich beim Aufstieg gegenseitig unterstützten und bei Versetzung gegenseitig nachzogen.[571] All das führte zu einer hohen Kaderfluktuation, zu einem wahren Karussell von Beförderungen, Versetzungen und Entlassungen, unter dem die tägliche Arbeit der Parteibehörden naturgemäß leiden mußte.

Die Ungereimtheiten der Kaderpolitik waren auch im Basisapparat zu spüren. Ohnehin mußten hier erhebliche Probleme auftreten, da der Bedarf an geeigneten Mitarbeitern infolge der Ausdehnung und Differenzierung des Organisationsnetzes erheblich wuchs, eine Reserve qualifizierter Kader jedoch nicht vorhanden war. Immerhin schuf der Zugang von Arbeitern in die VKP ein Reservoir, aus dem neue Parteiarbeiter rekrutiert werden konnten. Stellt man die vorhandenen, bruchstückhaften Daten über die Zusammensetzung des Parteikaders im Bereich der industriellen Basisorganisationen zusammen, ergibt sich folgendes Bild:

[571] Zum Kaderproblem vgl. u. a.: Markovič, V.: K voprosu o podgotovke novych rukovodjaščich kadrov v partii, in: Izv CK 1927, No. 2–3, S. 11–12; Rjutin, in: B 1928, No. 15, S. 18–29; Mel'kumov, S. 148 ff.; Tumanov, P.: Razrešenie problemy kadrov – central'naja zadača, in: PS 1932, No. 6, S. 18–20; ders.: Rabota po kadram otstaet, in: PS 1932, No. 9, S. 9; O tekučesti partijnych kadrov, in: PS 1932, No. 11–2, S. 35–37; Tumanov, P.: Ot tekučki i kustarščiny k planovoj rabote, in: PS 1932, No. 16, S. 13–15; ders.: Za perestrojku učeta i izučenija kadrov, in: PS 1933, No. 9, S 12–15; ders.: O postanovke učeta i izučenija kadrov (opyt Moskvy), in: PS 1933, No. 13–14, S. 64–66; Markovič, in: PS 1933, No. 15, S. 23–25.

Tab. 67: Zusammensetzung des unteren Parteikaders in der Industrie 1927–1932 (in %)

	Zellensekretäre			*Parteikomitees*[572]:						*Sekretäre:*	
	1927[573]	*1928*[574]	*1929*[575]	*1930 a*	*1930 b*	*1930 c*	*1932 a*	*1932 b*	*1932 c*	*1932 d*[576]	*1932 e*[577]
Soziale Herkunft:											
Arbeiter	80,5	82,5	85,2	–	–	–	–	–	–	–	84,2
Bauern	7,4	6,9	5,5	–	–	–	–	–	–	–	2,3
Angestellte u. a.	12,1	10,6	9,3	–	–	–	–	–	–	–	13,5
Parteialter:											
vor 1917	1,1	0,9	0,6	4,3	5,2	4,7	3,9	3,5	3,1	} 26,3[578]	20,3
1917–23	45,3	40,3	23,0	31,9	24,9	21,7	15,2	22,5	18,9		
1924–27	53,6	58,8	52,9	44,8	44,5	45,8	44,1	30,8	35,1		}74,4
1927–29	–	–	20,5	}18,1	23,7	27,5	33,5	40,1	42,0	}50,3	} 5,3
1930 ff.	–	–	–							}23,4	
Ausgeübter Beruf:											
Parteiarbeiter	36,6	33,1	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Arbeiter	35,4	39,0	–	–	–	–	–	–	–	–	–
andere	28,0	27,9	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Erfahrung in Parteiarbeit:											
0–1 Jahr	–	–	–	–	–	–	–	–	–	38,4/43,7	–
über 2 J.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	25 /15	–
Produktionserfahrung:											
0–1 Jahr	–	–	–	–	–	–	–	–	–	} 30,7[579]	–
6–10 Jahre	–	–	–	–	–	–	–	–	–	32,5	–
10 u. mehr	–	–	–	–	–	–	–	–	–	36,8	–

Obwohl sich der direkte Vergleich dieser Daten[580] verbietet – lediglich die Angaben für 1927–1929 sowie die Angaben 1930 a–c und 1932 a–c sind jeweils in sich konsistent – wird

[572] Herbst 1927; 8307 Arbeiterzellen (d. h. wahrscheinlich Transport- und Industriezellen), Sekretäre: Izv CK 1928, No. 4, S. 20.

[573] Frühjahr 1928; 6364 Arbeiterzellen (vgl. oben Anm. 572), Sekretäre, Izv CK 1928, No. 26, S. 20.

[574] Herbst 1929, Arbeiterzellen; Sostav rukovodjaščich partorganov, in: PS 1930, No. 11–12, S. 30–35, hier S. 31.

[575] Zu den Angaben der Spalten 1930a–c u. 1932a–c: Mitglieder der Parteikomitees in Moskauer Industriebetrieben: a. Metallverhüttung, b. Maschinenbau, c. Leichtindustrie; Piterskij, G.: Peredovoj opyt Moskvy, in: PS 1932, No. 6, S. 21–25, hier S. 22; Oktober 1930 und Januar 1932.

[576] Parteisekretäre in der Metallverhüttung 1932, wechselnde samples; vgl. Ermakov, D.: Lico partijnych kadrov černoj metallurgii, in: PS 1933, No. 3–4, S. 52–54.

[577] 133 Parteiorganisatoren und Sekretäre bei der Eisenbahn 1932/33: Sidorov, A.: Za ukreplenie partkadrov na transporte, in: PS 1933, No. 5, S. 47–50, hier S. 48; Parteialter, Gliederung: bis 1917, 1917–1925, 1925–1930; Führungserfahrung: 1–3 Jahre – 15%, 3–5 Jahre – 9,8%, über 5 Jahre – 75,2%.

[578] Gliederung: bis 1925, 1926–1930, 1930 und später.

[579] In einzelnen Betrieben war dieser Anteil beträchtlich höher, z. B. 47,3% im Il'ič-Werk; vgl. das Vojkov-Werk, in dem 20% der Sekretäre nicht einmal 1 Jahr Produktionserfahrung hatten, vgl. ebd., S. 52.

[580] Vgl. ergänzend die Angaben Kaganovičs für 1933, XVII s-ezd, S. 555:

doch eine Tendenz erkennbar. In zunehmendem Maße wurden junge Parteimitglieder in den Basiskader hineingezogen. In der Moskauer Industrie waren 1932 über ein Drittel der Kader nach 1927 in die VKP eingetreten. In der Hüttenindustrie allgemein waren es bei den Sekretären etwa ein Viertel; im folgenden Jahr rekrutierten sich 50% der Abteilungssekretäre aus den Jahrgängen 1930–1933. Die Ausdehnung des Basisnetzes macht es offenbar erforderlich, auch Parteimitglieder, die erst kurz in der Partei waren, in Leitungsfunktionen einzusetzen. Dabei gelang es wohl vielerorts nicht, in ausreichendem Maße Schulungsplätze bereitzustellen, so daß die Kader nicht einmal eine allgemeine politische Vorbildung erhielten. Da die Parteiarbeiter infolge verfehlter Besetzungspolitik und schlechter Lebens- und Arbeitsbedingungen häufig wechselten und so selten an einer Stelle langfristig Erfahrung sammeln konnten, war die Qualität der Basisarbeit in der Mehrzahl der Organisationen unbefriedigend.[581] Auf einer Beratung über Organisationsfragen, die im März 1932 beim ZK stattfand, mußten die Versammelten – Mitarbeiter des ZK-Apparates und Sekretäre aus verschiedenen Betrieben – konstatieren, daß die Kaderarbeit kaum Fortschritte gemacht hatte. Kaderreserven fehlten in der Regel, die vorhandenen waren wenig qualifiziert, die Kaderauswahlgremien arbeiteten unbefriedigend und die Schulung erfaßte zu wenig Personen.[582]

Die Unerfahrenheit und die schlechte Vorbildung der Basiskader mußte gerade in der Phase des Fünfjahrplanes Probleme aufwerfen, da die Wendung zur Produktion, das rasche Wachstum der Mitgliederzahlen, die komplizierte Organisationsstruktur der VKP an der Basis, die Krise der Versorgung und die Segmentierung der Arbeiterschaft die Partei im Betrieb vor eine Unzahl schwieriger Aufgaben stellte. Es ist so nicht verwunderlich, daß sich in den Basisorganisationen ein ungeheurer Bürokratismus breitmachte und die Sekretäre der Übernahme von Verantwortung auszuweichen versuchten:

> „Man muß ganz offen sagen, daß es die ‚Funkcionalka' [d.h. das System funktionaler Arbeitsteilung, z.B. in den Sektoren] und die allgemeinen Resolutionen auch in den Parteiorganisationen gibt. Da schreibt man ohne Ende Protokolle, Resolutionen, Berichte und Referate, und meist sind wir, die führenden Parteiorgane, daran schuld. Wenn der Instruktor zum Sekretär der Basisparteiorganisation kommt und anfängt, seine Arbeit zu überprüfen, wirft er sich vor allem anderen auf die Protokolle: ist die Frage erörtert worden, hat man sich mit jener Frage befaßt? Kurz gesagt, der Sekretär unserer Basisorganisation sucht, sich mit allen Arten und Formen von Resolutionen derart zu versehen, daß ihn keiner hereinlegen kann. (Gelächter)"[583]

Zusammensetzung der Sekretäre von Abteilungszellen, 85 Großbetriebe, 1500 Abteilungen:

Parteieintritt:	vor 1925	25%
	1925–29	25%
	nach 1929	50%
Produktionsalter über 10 Jahre		60%

vgl. auch die Bemerkungen bei Ščerbakov, in: B 1932, No. 16, S. 42.

581 Vgl. z.B. Ščerbakov, in: B 1932, No. 16, S. 42; Bol'še vnimanija nizovym kadram, in: PS 1932, No. 16, S. 11–13; K. A., in: PS 1932, No. 22, S. 71; Piterskij, in: PS 1932, No. 6, S. 21ff.; Ermakov, in: PS 1933, No. 3–4, S. 52ff.; Dnevnik orgsoveščanija CK: Pod znakom ukreplenija i podgotovki rukovodjaščich partijnych kadrov, in: PS 1932, No. 22, S. 24–30; Bal'jan, V.: Partkadry na predprijatijach tjaželoj promyšlennosti, in: PS 1932, No. 14, S. 42–46.

582 Dnevnik, in: PS 1932, No. 22, S. 24–30, vor allem S. 30.

583 Kaganovič, XVII s-ezd, S. 556.

Die defensive Grundeinstellung vieler Sekretäre und ihre Ausrichtung auf die vorgesetzten Organe konnte einer wirkungsvollen Massenarbeit nicht zuträglich sein. Die Basisorganisationen der VKP steckten zwar bis über die Ohren in Arbeit, waren aber im Spannungsfeld zwischen Arbeitern und Parteiapparat sowohl in politischer, als auch in organisatorischer und fachlicher Hinsicht überfordert. Unter den Bedingungen der forcierten Industrialisierung waren sie nicht imstande, die Arbeiterschaft insgesamt zu erfassen und der Partei- und Sowjetführung verfügbar zu machen. Repression und administrativer Zwang sowie ein differenziertes System materieller Anreize gewannen im Verhältnis VKP – Arbeiterschaft zunehmend an Bedeutung.

4.1.3. Die Reform des Parteiapparats – die „funkcionalka"

Während die Basisorganisationen vermehrt und neu formiert, die Inhalte der Parteiarbeit gänzlich auf ökonomische Leistung abgestellt wurden, wurde auch der Parteiapparat auf mittlerer und oberer Ebene einer umfassenden Reorganisation unterzogen. Auch hier ging es ebenso wie an der Parteibasis darum, die VKP in den Stand zu setzen, in die Arbeit der Wirtschaftsorgane einzugreifen und das vom ZK angestrebte Industrialisierungstempo durchzusetzen. Um das wirksam tun zu können, mußte der Parteiapparat jedoch erheblich umgestaltet werden.

Seit dem Beginn der NÉP hatte sich die Parteizentrale alle erdenkliche Mühe gegeben, eine parteiinterne Infrastruktur aufzubauen. Bis Ende der zwanziger Jahre war es ihr gelungen, einen leidlich arbeitsfähigen Apparat beim ZK zu schaffen und in den Industriegebieten und in den Städten ein relativ dichtes Netz hierarchisch gegliederter Parteikomitees zu schaffen, das vom Zentrum her einer recht wirksamen politischen Kontrolle unterworfen war.[584] In dem Maße aber, in dem der Parteiapparat die Leitung von Verwaltung und Wirtschaft an sich zu ziehen suchte und auf zentraler und regionaler Ebene vermehrt in die Entscheidungen anderer Apparate einzugreifen suchte, entstanden Probleme. Der Parteiapparat stieß an die Grenzen seiner personellen und organisatorischen Kapazität. Das wurde mit dem Übergang zur forcierten Industrialisierung um so deutlicher, als mit dem raschen Ausbau und der Modernisierung der Industrie die Zahl und der Schwierigkeitsgrad der auftretenden Probleme wuchs, und zu ihrer Lösung in erhöhtem Maße Spezialwissen erforderlich wurde. Dabei erwies sich die Verquickung der Kompetenzen von Fachapparaten und fachlich nicht unbedingt kompetenten politischen Apparaten als nicht sonderlich glücklich.

Der Apparat der VKP war nach dem 1925 auf dem XIV. Parteitag verabschiedeten Statut auf der Grundlage des „demokratischen Zentralismus" unter Zugrundelegung territorialer Gliederung organisiert.[585] Das bedeutete, daß jede regionale Organisationseinheit der Partei, die ein bestimmtes Gebiet betreute, allen Parteiorganisationen übergeordnet war, die Teile dieses Gebiets betreuten. Der Aufbau der VKP entsprach der regionalen und hierarchischen Gliederung der sowjetischen Verwaltung. Am Ende der zwanziger Jahre ergab sich damit in etwa folgendes Organisationsschema: dem Zentralkomitee (Central'nyj Komitet, CK/ZK),

[584] Vgl. Schröder: Arbeiterschaft, passim.
[585] KPSS, t. 3, S. 297.

zuständig für das gesamte Territorium der UdSSR, unterstanden die ZK der verschiedenen nationalen Parteien sowie die Gebiets- und Regionskomitees (oblastnoj komitet, obkom/ kraevyj komitet, krajkom), die ihrerseits die nationalen Republiken bzw. Gebiete (oblast') oder Regionen (kraj) betreuten. Den Gebietskomitees waren wiederum die Bezirkskomitees (okružnyj komitet, okružkom) untergeordnet (bzw. den Regionskomitees die Komitees der autonomen Gebiete)[586], und diesen die Rayonskomitees (rajonnyj komitet, rajkom). Die Rayonkomitees schließlich führten die Betriebs-, Dorf- u.a. Zellen.[587] An der Spitze jeder Organisationseinheit stand das Komitee, das nominell von der jeweiligen regionalen Delegiertenkonferenz gewählt wurde. Allerdings hatte sich in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre der Brauch durchgesetzt, daß die Kandidaten von den übergeordneten Komitees „empfohlen" wurden. Die Hierarchie der Parteikomitees, von der Zentrale her organisiert und de facto ihren Weisungen unterworfen, stellte das Rückgrat der Parteiorganisation dar. Dabei kam den Plena der jeweiligen Komitees, die relativ selten tagten, nur eine zweitrangige Funktion zu. Die eigentliche Leitungsarbeit wurde vom Sekretär des jeweiligen Komitees geleistet, der dabei in der Regel auf das Präsidium des Komiteeplenums zurückgriff. Diese kleine Führungsgruppe stützte sich in ihrer täglichen Arbeit auf einen parteieigenen Verwaltungsapparat, der die Entscheidungen der Parteikomitees vorbereitete und ausführte.[588]

In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre war die wichtigste Abteilung in den Apparaten von ZK und regionalen Komitees jeweils die „Orgraspred" (Organizacionno-raspredelitel'-nyj otdel), das Department für Organisations- und Personalfragen. Diese Abteilung vereinigte in ihrem Tätigkeitsbereich alle relevanten Funktionen. Sie sicherte die Verbindung zu den nachgeordneten Parteiorganisationen, überwachte deren Tätigkeit, versorgte sie mit Instruktionen und Personal, griff über die Parteifraktionen in die Arbeit der Wirtschafts-, Sowjet- und Gewerkschaftsapparate ein, leitete deren Tätigkeit und wirkte auch hier bei der Entscheidung von Sach- und Personalfragen mit.[589] Alle politischen, ökonomischen und administrativen Fragen in der jeweiligen Region fielen damit in die Zuständigkeit der betreffenden Orgraspred. Die anderen Departments, der zu den Komitees gehörenden Apparate, traten demgegenüber an Bedeutung zurück. Die größte Rolle spielte „Agitprop", die Abteilung für Agitation und Propaganda, die für Presse, politische Bildung, Durchführung von Massenkampagnen u.ä. verantwortlich war. Abteilungen wie die für Frauenarbeit, Arbeit auf dem Dorfe, Finanzfragen usw. hatten jeweils nur sektoral Bedeutung und spielten keine Rolle bei politischer Entscheidungsfindung.

Dieser personell nicht sonderlich starke Führungsapparat mit seiner wenig differenzierten inneren Gliederung geriet in dem Maße in Schwierigkeiten, in dem mit dem raschen Ausbau

[586] ‚Kraj' – Region, und ‚avtonomnaja oblast' – autonomes Gebiet, waren Verwaltungseinheiten autonomer Völkerschaften bzw. Nationalitäten; von diesen abgesehen war das Territorium der Republiken, die in die UdSSR eingingen, in Gebiete (oblast') gegliedert.

[587] Vgl. KPSS, t. 3, S. 297ff.; dieses Schema wurde mehrfach durchbrochen, u.a. bei großen Städten, die z.T. selbständige Stadt- und Rayonkomitees mit direkter Unterstellung unter die Gebietskomitees besaßen, sowie bei der Roten Armee, die eine weitgehend eigenständige Parteiorganisation besaß; vgl. ebd.

[588] Zu Einzelheiten vgl. Schröder: Arbeiterschaft.

[589] Vgl. Mel'kumov, S. 143.

der Industrie der Umfang seiner Aufgaben immer rascher wuchs. Kaganovič erklärte auf dem XVI. Parteitag 1930 bezüglich des Parteiaufbaus vor 1929:

> „Eine der wichtigsten Unzulänglichkeiten des Apparates von ZK und lokalen Organisationen war seine ungenügende Anpassung an die komplexer gewordenen Aufgaben der Rekonstruktionsperiode. Im Apparat gab es ein aufgetürmtes Durcheinander [mnogo nagromoždennosti], es fehlte eine klare Aufteilung der Funktionen."[590]

Die neuen Aufgaben, vor denen die VKP in der Phase der forcierten Industrialisierung stand, faßte das Parteiorganisationsjournal Anfang 1930 in einem Leitartikel zusammen.[591] Im Zentrum der Parteiarbeit sollten nun Produktionsfragen stehen, Produktionsprogramme, Planfragen in ganz konkreter Form. Wie oben schon beschrieben, wurde von allen Parteiorganisationen eine Wendung mit „Front zur Produktion" gefordert sowie eine ‚operative' Mitarbeit in der Produktion. Wert gelegt wurde ausdrücklich auf eine allgemeine Beschleunigung des „Tempos" in allen Bereichen der Produktion. Dabei hatten die Parteiorganisationen der Kaderfrage maximale Aufmerksamkeit zuzuwenden; einerseits sollte durch „vydviženie" und durch Ausbildung neuer Spezialisten der Kaderbestand erweitert und aufgefrischt werden, andererseits sollte man die vorhandenen Parteikader neu mustern und straffer führen. Der „stählerne" Einfluß der VKP sollte überall fühlbar sein:

> „Die Partei als Führer in allen Bereichen des Aufbaus – dieses ABC des Leninismus muß man jetzt mit besonderer Festigkeit in Erinnerung rufen, ..."[592]

Die zentrale Rolle wies man dabei dem Apparat der Partei zu, da dieser „fest auf der Generallinie" stehe und die Partei bei aller operativen Tätigkeit führe.[593]

Dieser Aufgabenstellung war der Parteiapparat, wie er sich in den zwanziger Jahren herausgebildet hatte, nicht gewachsen. Ende 1927, auf dem XV. Parteitag, mokierte sich Stalin, der Generalsekretär des ZK, über die Handwerkelei bei der Führung des Wirtschaftsapparates durch die Parteiorganisation und betonte, welche ernsten Mängel es in diesem Bereich gebe.[594] Immer wieder zog das ZK regionale Parteikomitees wegen schlechter Führungsarbeit im Industriebereich zur Verantwortung. So wurde z.B. Anfang 1928 dem Bezirkskomitee von Sverdlovsk in zahlreichen Punkten Versagen vorgeworfen. Das Komitee habe sich nicht intensiv genug für die Senkung der Selbstkosten in der Industrie eingesetzt, mit Arbeitsschutz und Arbeitsdisziplin sei es im Zuständigkeitsbereich des Komitees schlecht bestellt; es sei ihm auch nicht gelungen, die Arbeitermassen für den Ausbau zu mobilisieren, dagegen sei die Zahl der Arbeitskonflikte gestiegen, die Parteikader im Industriebereich würden zu häufig wechseln, kurz, das Bezirkskomitee von Sverdlovsk versage auf der ganzen Linie.[595] Ähnlich lautende Kritik übte der ZK-Apparat 1930 an der Parteiorganisation von Šachty. Die Instruktoren des ZK warfen der lokalen Parteiführung vor, das „Tempo" der Produktion nicht genügend beschleunigt, die Massen nicht mobilisiert und die Kaderfrage

[590] XVI s-ezd, S. 82.
[591] Partijnyj apparat na novom ėtape, in: PS 1930, No. 2, S. 3–8, vor allem S. 5f.
[592] PS 1930, No. 2, S. 6.
[593] Ebd., S. 7.
[594] Stalin, XV s-ezd, S. 77.
[595] Goršin, I.: Nedočety partrukovodstva chozjajstvennym stroitel'stvom (Iz materialov obsledovanija Sverdlovskoj or-cii otv. instruktorom CK), in: Izv CK 1928, No. 9–10, S. 10–11.

vernachlässigt zu haben. Produktionsrückstand und schlechte Qualität der Erzeugnisse seien vor allem auf Führungsmängel der Partei zurückzuführen. Das Kreiskomitee von Šachty sei außerstande gewesen, die Produktion konkret zu führen. Es habe sich mit dem „Abstempeln" vorgelegter Pläne begnügt und rein formal geleitet.[596]

Das sind nur zwei Beispiele aus einer langen Reihe. 1928 erklärte V. Jakovlev im „Bol'ševik" rundweg, daß die Qualität der Arbeit, die von den Parteikomitees geleistet würde, durch die Bank niedrig sei. Die Apparate seien mit Kleinkram überlastet, sie seien nicht willens, weniger wichtige Fragen zur Entscheidung zu delegieren, die Arbeitsteilung innerhalb der Parteiapparate ginge nicht weit genug, so daß die Führungsarbeit der Parteikomitees im wirtschaftlichen und sozialen Bereich in der Regel oberflächlich sei.[597]

Die Kritik am Parteiapparat konzentrierte sich vor allem auf zwei Punkte: zum einen auf den „Bürokratismus" der Apparate, d.h. ihre geringe Flexibilität, die unzureichende Spezialisierung, die ungenügende Arbeitsteilung und die unrationelle Ausnutzung der Arbeitszeit; zum andern – und dies war wohl auch Folge der vorgenannten Mängel – die schlechte Ausnutzung des Personals, sein falscher Einsatz und die regellose Versetzungspolitik.

Die tägliche Arbeit des Parteiapparates stand oft genug im Zeichen großer Zeitverschwendung. Die Parteiarbeiter brachten einen beträchtlichen Teil ihrer Arbeitsstunden auf Sitzungen und Konferenzen zu, die sich infolge schlechter Vorbereitung oft unmäßig lange hinzogen und wenig konkrete Ergebnisse erbrachten. Die zeitliche Überlastung führte wieder dazu, daß die Parteikader oft nicht in der Lage waren, sich inhaltlich auf die zur Entscheidung anstehenden Probleme vorzubereiten und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Folge war nicht nur, daß auf den Sitzungen allzuoft leeres Stroh gedroschen wurde, eine derartige Praxis mußte die Parteiarbeiter auch psychisch und physisch verschleißen.[598] In der Zeitschrift „Revoljucija i Kul'tura" beschrieb M. Glebov sarkastisch das fiktive Schicksal eines Parteiarbeiters, der den sinnlosen Versuch unternahm, seine Zeit rational vorauszuplanen:

> „Stellen Sie sich vor, wir fingen mit der Rationalisierung und Arbeitskultur bei uns selbst an. Sie haben für die Woche einen Plan gemacht. Sie wissen, welche Arbeit in der Woche zu erledigen ist. Doch da beginnen sich ‚unvorhergesehene Umstände' einzumischen. Das Telephon erreicht Sie sogar im Bett. Im Endergebnis stellt es sich heraus, daß sie heute außer dem vorgesehenen noch einen weiteren Vortrag halten müssen – äußerst dringend, Stoßarbeit – morgen die unvorhergesehene Revision einer Behörde oder eines Betriebs, übermorgen zwei Sitzungen zur selben Zeit – eine, sagen wir, im Rayon Krasnaja Presnja, die andere im Moskauer Komitee usw. Alle Pläne gehen schief. Sie essen im Gehen, schlafen kaum, lesen nicht. Sie verwandeln sich in einen aufgeriebenen Neurastheniker, dem man obendrein ein Referat ‚Über die Organisierung geistiger Arbeit' aufhalst."[599]

[596] Proverka raboty Šachtinskoj organizacii, in: PS 1930, No. 5, S. 49–55, hier vor allem S. 54f.
[597] Jakovlev, V.: Za kačestvo rukovodjaščej raboty, in: B 1928, No. 15, S. 62–67, hier S. 63f.
[598] Glebov, M.: Za racionalizaciju uslovij raboty partijcev, in: RiK 1928, No. 6, S. 23–25, hier S. 24; Novyj, P.: K voprosu o racionalizacii partraboty, in: PS 1930, No. 13–14, S. 43–44, hier S. 43.
[599] Glebov, in: RiK 1928, No. 6, S. 24; daß der Hinweis auf den physischen und psychischen Verschleiß der Kader, die Verwandlung der „stählernen" Bolschewiki in Nervenbündel durchaus einen realen Hintergrund hatte, dazu vgl. Vnukov, V.: Rešajuščie zven'ja v ochrane zdorov'ja kadrov, in: RiK 1930, No. 4, S. 40–43; Gannuškin, P.: Ob ochrane zdorov'ja partaktiva, in: RiK 1930, No. 4, S. 43–46.

Die Überlastung der einzelnen Parteiarbeiter war nicht nur Folge von Planlosigkeit und Unpünktlichkeit – viele Sitzungen begannen mit Verspätung, da die Teilnehmer gewöhnlich nicht rechtzeitig eintrafen –, sie war auch von der ungenügenden Arbeitsteilung verschuldet. Der Omnipotenzanspruch des Parteiapparates führte angesichts seiner undifferenzierten Organisationsstruktur dazu, daß wenige Parteibeamte eine Vielzahl verschiedenartiger Probleme zu entscheiden hatten. Diese verstanden es offenbar in der Regel nicht, sich von Detailarbeit zu entlasten, sich auf bestimmte Fragenbereiche zu spezialisieren und hier Führungsarbeit zu leisten, ohne sich an Kleinigkeiten zu verlieren.[600] Wichtige Probleme konnten unter solchen Umständen – falls sie überhaupt als solche erkannt wurden – kaum anders als formal behandelt werden. Obendrein lag auch die Kommunikation innerhalb des Apparats der VKP im argen. Offenbar funktionierte der Informationsaustausch zwischen ZK und regionalen Komitees nur selten. Anscheinend verfügten auch die regionalen Apparate nicht immer über regelmäßige Informationen aus den ihnen unterstellten Parteiorganisationen.[601] Andererseits nutzten die Apparate das Informationsmaterial, das sie bei Parteisäuberungen und Revisionen einzelner Organisationen erhielten, meist nicht aus.[602] Die schlechte Kommunikation innerhalb der Hierarchie der Parteikomitees führte auch dazu, daß viele Anweisungen, Entscheidungen und Beschlüsse des ZK vielerorts nur mit Verzögerung oder überhaupt nicht ausgeführt wurden.[603] Die Kontrolle der Ausführung gegebener Anweisungen ließ sehr zu wünschen übrig. Der Apparat der VKP war in großen Teilen inflexibel, unbeholfen, nicht in der Lage, Staats- und Wirtschaftsapparat anders als formal zu führen.

Das wurde besonders im Kaderbereich deutlich. Wie bereits oben gezeigt, herrschte innerhalb der VKP ein fühlbarer Mangel an fachlich und politisch-theoretisch qualifizierten Kadern. Die Partei verfügte nur über einen beschränkten, zur Lösung der gestellten Aufgaben kaum ausreichenden Personalstamm. Seine sorgfältige Verteilung mit dem Ziel, jeden einzelnen in eine Funktion einzusetzen, die seinen Qualifikationen entsprach, um seine Arbeitskraft möglichst wirksam für den sozialistischen Aufbau einzusetzen, mußte eine der wichtigsten Aufgaben des Parteiapparates sein. Damit aber war es nicht zum besten bestellt. Obgleich die Arbeit der Kader- und Verteilungsapparate in den zwanziger Jahren erheblich verbessert worden war, hatte sie noch gravierende Mängel, die um so spürbarer wurden, je größer mit dem Umgang zur forcierten Industrialisierung der Kaderbedarf wurde. Durchweg wurde dem Parteiapparat am Ende der zwanziger Jahre vorgeworfen, daß er die Kader planlos verteile und systemlos auswähle.[604] Die Gründe dafür lagen vor allem darin, daß die Personalabteilungen keine präzisen Vorstellungen über die vorhandene Personalreserve besaßen und neue Kader nicht planmäßig rekrutierten:

> „Welches sind die grundlegenden Mängel bei der Sache der Kaderauswahl? Es gibt keine Kader, die analysiert sind. Es gibt keine Reserve mit Ausnahme der Hörer der Marxismuskurse. Die Registrie-

[600] Vgl. Jakovlev, in: B 1928, No. 15, S. 63f.

[601] Vgl. Bulatov, V.: Organizacionno-partijnaja rabota v novych uslovijach, in: PS 1930, No. 3–4, S. 10–15, hier S. 10; Kavrajskij, V.: Za novuju sistemu partijnoj informacii, in: PS 1930, No. 16, S. 18–20, hier S. 18.

[602] Novyj, in: PS 1930, No. 13–14, S. 44.

[603] Ebd., S. 43.

[604] Vgl. Rjutin, XV s-ezd, S. 322f.; O raspredelitel'noj rabote mestnych partijnych organizacij (Postanovlenie CK ot 27 ijunja 1927 g.), in: Izv CK 1927, No. 29, S. 6–7; Glebov, in: RiK 1928, No. 6, S. 23.

rung neuer Kräfte, die am Ort heranwachsen, ist schlecht organisiert. Die Umqualifizierung von Kadern verläuft ebenfalls ohne jede Planmäßigkeit."[605]

Hauptproblem bei der planmäßigen Erfassung der Kader nach Eignung war dabei die Frage, anhand welcher Kriterien man über die Eignung des jeweiligen Parteiarbeiters urteilen sollte. Die Orgraspred des ZK ging 1927 nach sogenannten „objektiven" Kriterien vor. Sie errechnete aus Parteialter, Wissensstand, Erfahrung in Beruf und Parteiarbeit einen Koeffizienten, den sie bei der Einstufung des Personals zugrundelegte.[606] Die Personalabteilungen der regionalen Parteikomitees gingen offenbar nach ähnlichen Merkmalen vor. Parteialter und Berufspraxis spielten eine Rolle, wichtig war auch das Kriterium „Soziale Herkunft". Ende 1929 kam es in der Zeitschrift „Partijnoe stroitel'stvo" zu einem harten Schlagabtausch, als ein Autor namens G. Alichanov die bisherige Praxis der Kaderauswahl einer scharfen Kritik unterzog.[607] Alichanov forderte, im Rahmen der notwendig gewordenen Reform des Apparats die Methoden der Kaderauswahl neu zu überdenken. Die Kriterien, die bisher in der Auswahlpraxis vorgeherrscht hätten, beschrieb er folgendermaßen: wichtig sei vor allem das Parteialter, das die „revolutionäre Stählung" anzeige, ferner die soziale Herkunft, dann die Erfahrung in praktischer Arbeit und schließlich das Kriterium, ob der Bewerber aus der eigenen Organisation stamme, einer von „uns" sei, oder aus einer fremden Clique komme.[608] Dieses Raster, so Alichanov, könne, zumal mit seinen weithin praktizierten Verdrehungen, den Anforderungen der Industrialisierungsperiode nicht genügen. Alichanovs Ansicht nach sollte der Parteikader neben den in der Wiederaufbauphase erforderlich gewesenen Eigenschaften – der Fähigkeit, innerparteiliche Demokratie zu entwickeln, Massenarbeit zu leiten und an der Wirtschaftsleitung teilzunehmen – nunmehr noch eine Reihe weiterer Qualitäten besitzen: hohes Kulturniveau, die Befähigung, komplexe ökonomische Prozesse zu analysieren, und die Fähigkeit, die Linie der Partei in den verschiedensten Bereichen des sozialistischen Aufbaus auch unter den Bedingungen des verschärften Klassenkampfes durchzusetzen.[609]

Alichanovs Ausführungen stießen auf heftige Kritik. Noch in demselben Heft von „Partijnoe Stroitel'stvo" antwortete ihm ein Parteifunktionär namens Rudnev-Razin.[610] Er warf Alichanov falsche Darstellung der Auswahlpraxis vor. Er habe zwei wichtige Kriterien weggelassen – das „političeskoe lico", die politische Charakteristik, und die Qualifikation des Bewerbers.[611] Parteialter und soziale Herkunft als Auswahlkriterien verteidigte Rudnev-Razin gegen Alichanovs Angriffe. Daß lokales „Ingroup-Verhalten" bei der Kaderauswahl eine wesentliche Rolle spiele, stritt er rundweg ab.[612] Allerdings klammerte er dabei aus, daß gerade dies in der politischen Charakteristik seinen Niederschlag fand – die Fähigkeit, sich an den herrschenden Gruppenkonsens sowohl im Rahmen der Gesamtpartei als auch in den

605 Bulatov, in: PS 1930, No. 3, S. 15.
606 Kurskij, XV s-ezd, S. 127.
607 Alichanov, G.: Protiv starych metodov podbora ljudej, in: PS 1929, No. 2, S. 27–31.
608 Ebd., S. 28ff.
609 Ebd., S. 28.
610 Rudnev-Razin, I.: Partijnye kadry dybom, in: PS 1929, No. 2, S. 32–38.
611 Ebd., S. 34.
612 Ebd., S. 34ff.; vgl. aber Meerzon: Partrukovodstvo i rešajuščie zven'ja v rabote, in: B 1929, No. 4, S. 64–76, hier S. 67, der eben dies beschreibt und kritisiert.

Grenzen der lokalen Organisation anzupassen, schlug sich wohl in der Charakteristik nieder und wirkte sich durchaus auf das Fortkommen des Parteiarbeiters aus.[613] Solchen Überlegungen gab Rudnev-Razin jedoch keinen Raum. Er forderte einen Kader von bolschewistischem Typ – unbürokratisch, in der Lage „kulturvoll" zu arbeiten – und unterstrich die Notwendigkeit politisch-theoretischer Ausbildung und die der verstärkten Heranziehung proletarischer Aufsteiger.[614] In einem abschließenden Artikel, der das offenbar recht breite Leserecho zusammenfaßte, wurde Alichanov „Halbtrotzkismus" vorgeworfen, die „nichtparteiliche Behandlung des Problems", und man schrieb, er habe sich alles aus den Fingern gesogen. Auch in diesem Artikel wurde hervorgehoben, daß die politische Charakteristik das wichtigste Auswahlkriterium sei, und daß daneben Parteialter und soziale Herkunft eine hervorragende Rolle spielen sollten.[615] Offensichtlich wurde im Parteiapparat großes Gewicht auf die politische Loyalität der Mitarbeiter gelegt, selbst wenn dann unter den gegebenen Bedingungen dem Kriterium fachliche Qualifikation notgedrungen nur untergeordneter Stellenwert eingeräumt werden konnte. Als Indices für politische Zuverlässigkeit galten dabei vor allem langjährige Parteimitgliedschaft und proletarische Herkunft. Von proletarischen Aufsteigern erwartete der Parteiapparat augenscheinlich in erhöhtem Maße Loyalität. Dieses kaderpolitische Konzept, das den Parteiapparat kurzfristig nicht in die Lage versetzen konnte, die Industrialisierung wirklich inhaltlich, also nicht bloß formal, zu führen, wahrte die Rolle der VKP als Vermittler sozialen Aufstiegs. Auch in einer Phase gesellschaftlichen Umbruchs, wie ihn die Periode der forcierten Industrialisierung darstellte, kontrollierte die VKP die Formierung und die Auffüllung der Führungsschicht und betrieb eine Politik, die die unmittelbaren Produzenten vermittels von Aufstiegsangeboten zu integrieren suchte.

Über solche Kriterien wie Herkunft, Parteialter und politische Charakteristik hinaus besaßen die Kaderabteilungen des Parteiapparats jedoch meist nur sehr unscharfe Vorstellungen über die von ihnen verwalteten Parteiarbeiter.[616] Die mangelnde Kenntnis von den Fähigkeiten der zu Verfügung stehenden Parteiarbeiter und die Überlastung des Parteiapparats, der den im Rahmen der Industrialisierung steigenden Anforderungen nicht gewachsen war, führten denn auch weithin zu Planlosigkeit und Durcheinander in der Personalpolitik.[617] Besonders deutlich zeigte sich das an der großen Fluktuation im Parteikader, die oft genug verhinderte, daß Parteimitglieder in bestimmten Bereichen längerfristig einschlägige Berufserfahrung sammeln konnten.[618] 1927 wurde z. B. in Nižnij Novgorod innerhalb von 6 Monaten 40 % der Parteiangehörigen im Volkswirtschaftsrat ausgetauscht, in Smolensk im Verlauf des Jahres 78 % der Gouvernementsfinanzabteilung.[619] Mehr als die Hälfte aller parteigebundenen Fachleute saß 1929 seit weniger als 1,5 Jahren in der augenblicklichen Position.[620] Der

[613] Vgl. Trockijs Bemerkungen zur Kaderpolitik der Partei 1927: „Tezis o Klemanso" i režim v Partii, Ms. vom 14. 9. 27, S. 5, T 3092.

[614] Rudnev-Razin, in: PS 1929, No. 2, S. 37f.

[615] Ešče k voprosu o partijnych kadrach, in: PS 1930, No. 2 (4), S. 31–34, vor allem S. 33f.

[616] Vgl. etwa Izv CK 1927, No. 29, S. 7.

[617] Ebd.; vgl. auch Glebov, in: RiK 1928, No. 6, S. 23.

[618] Vgl. Mel'kumov, S. 151; vgl. oben über die Fluktuation der Parteimitglieder im ingenieur-technischen Personal, Abschnitt 2.3.

[619] Izv CK 1927, No. 29, S. 7; vgl. ebd., S. 6, danach wurden in Tula innerhalb von 2 Jahren 80 % des Gouvernementsaktivs ausgetauscht.

[620] Rudnev-Razin, in: PS 1929, No. 1, S. 6; vgl. die Angaben über den Personalaustausch in Banken und

häufige Wechsel war einerseits Ergebnis des rasch wachsenden Kaderbedarfs – immer wieder galt es, neugeschaffene verantwortliche Positionen mit loyalen Kadern zu besetzen –, andererseits aber Folge von Fehlern der Verteilungspolitik: Parteiarbeiter wurden nicht gemäß ihrer Qualifikation eingesetzt und mußten von ihren Funktionen wieder entbunden werden, da sie nicht damit zurechtkamen.[621] Probleme lagen – gerade bei den Parteifunktionären im Bereich Industrie und Wirtschaft – auch im System der Verteilung selbst. Dabei spielte nicht nur eine Rolle, daß die Orgraspredy der Parteikomitees organisatorisch und sachlich bei der Auswahl des Wirtschaftsleitungspersonals überfordert waren, es schlug auch zu Buche, daß hier ein wahrer Rattenkönig von sich gegenseitig überschneidenden Zuständigkeiten herrschte. Neben dem regionalen Parteikomitee wirkten bei der Besetzung von Managerposten das Präsidium des VSNCh mit, die entsprechende Hauptverwaltung, das ZK der entsprechenden Gewerkschaft, die lokale Kontrollkommission und „last not least" die Organe der OGPU.[622] Ein Autor des „Bol'ševik" urteilte 1928:

> „Das existierende System der Verteilung von Wirtschaftlern leidet wenigstens an zwei grundlegenden Mängeln. Erstens zieht der extreme Parallelismus bei Auswahl und Verteilung der Mitarbeiter die Aufmerksamkeit auf sich. Eine unglaubliche Vielzahl von Behörden ist mit dieser Angelegenheit befaßt und man kann nicht sagen, daß dies einen besonderen Effekt erzielt. Zweitens fällt der erstaunlich langsame und bürokratisch endlose Gang der Ernennungen durch die Instanzen ins Auge."[623]

Personalentscheidungen für führende Wirtschaftspositionen durchliefen in der Regel nicht weniger als fünf Gremien – „Fegefeuer" nennt sie Vasil'ev –, die im Durchschnitt an die zehn Mitglieder hatten. Der herrschende Kadermangel komplizierte das Auswahlverfahren noch, da man bei Besetzung eines Postens einen Parteiarbeiter von einem anderen Posten abrufen mußte, ein Vorgang, der in der Regel zu heftigen Protesten, Interventionen und Gegenaktionen von seiten der betroffenen Behörde führte.[624] Angesichts dieses organisatorischen Durcheinanders und der Unfähigkeit der meisten Personalabteilungen sich ein präzises, zutreffendes Bild von den vorhandenen Personalreserven zu machen, herrschten bei der Auswahl von Parteiarbeitern für den Industriebereich Zustände, wie sie das Plenum des ZK anläßlich der Šachty-Affäre folgendermaßen charakterisierte:

> „Bei der Auswahl der Mitarbeiter geht es in der Regel ohne eine ernsthafte Überprüfung der bisher geleisteten Arbeit ab; oft werden Wirtschaftler, die wegen schlechter Arbeit abgelöst wurden, zu einer neuen und sogar verantwortlicheren Tätigkeit eingesetzt, statt die Wirtschaftsorgane von diesen Elementen zu säubern und neue Wirtschaftskader zu befördern. Bei der Ernennung zu verantwortlicher Arbeit äußern sich ungesunde ‚Vetterleswirtschaft', ‚Kumpanei' usf."[625]

Der Apparat der VKP war zu Beginn des 1. Fünfjahrplanes also weder organisatorisch noch personell in der Lage, die Anforderungen zu erfüllen, die der rasche industrielle Aufbau

Genossenschaften 1926/27 bei Bogomolov, N.: Rabota po podboru rabotnikov dlja central'nogo sovetskogo apparata, in: Izv CK 1927, No. 42–43, S. 8–11, hier S. 9.

621 Vgl. z.B. ebd., S. 10.

622 Vasil'ev, in: B 1928, No. 8, S. 67; vgl. auch Izv CK 1927, No. 29, S. 7; ferner Revskij, B.: Ob ulučšenii podbora rukovodjaščich kadrov, in: Izv CK 1929, No. 20–21, S. 3–7.

623 Vasil'ev, in: B 1928, No. 8, S. 67.

624 Ebd.

625 Izv CK 1928, No. 12–13, S. 15.

stellte. Das galt selbst für einen so zentralen Bereich wie die Personalverteilung im Industriesektor. Wollte die Parteispitze den Führungsanspruch der VKP aufrechterhalten und inhaltlich füllen, so stand sie vor der Notwendigkeit, die Organisationsstruktur der Partei zu reformieren und die bisherige Personalpolitik zu überdenken. Eventuell war sie sogar gehalten, die traditionell auf den Proletarier ausgerichtete Rekrutierungspolitik der VKP zu verändern mit dem Ziel, mehr Fachleute in die Reihen der Partei zu ziehen. Dabei galt es allerdings das, was in den Bereichen Massenmobilisierung und Arbeiterintegration erreicht worden war, nicht zu gefährden und die zentrale Rolle des Parteiapparats unter allen Umständen zu wahren.

Angesichts der zahlreichen Mängel ging die Parteiführung 1929 daran, den Parteiapparat einer durchgreifenden Reorganisation zu unterziehen. Dabei wurde die Notwendigkeit der Reform mit den gewachsenen Anforderungen der Industrialisierungsphase begründet. Die Rolle, die der Apparat der VKP innerparteilich und gesamtgesellschaftlich spielte, sollte nicht gemindert werden, ungeachtet der lautgewordenen Kritik. Kaganovič schrieb 1930:

> „Wir reorganisieren den Parteiapparat, weil die Ansprüche des Lebens gewachsen sind, und diese Reorganisation ist kein Zerbrechen des Parteiapparats, sondern seine Adaption, damit er die Grundaufgaben der Partei erfüllen kann, darunter auch die voll in Kraft bleibenden Aufgaben des Kampfes mit dem Opportunismus in unseren eigenen Reihen."[626]

Ziel der Reorganisation war, die Apparate des ZK und der regionalen Parteiorganisationen soweit zu differenzieren, daß sie in der Lage waren, die Führungsaufgabe der VKP wirksam zu erfüllen. Die Parteispitze sollte in den Stand gesetzt werden, über einen effizient arbeitenden Apparat inhaltlich in die Arbeit der Fachapparate eingreifen zu können. Die Reorganisation der Basisparteiorganisationen, die parallel zur Strukturreform der Komiteeapparate durchgeführt wurde, sollte dies auf Betriebsebene unterstützen. Dabei hatten die Parteiorganisationen an der Basis vor allem die Aufgabe, die Masse der unmittelbaren Produzenten an die Partei heranzuziehen und sie für den industriellen Aufbau zu mobilisieren.

Die Reorganisation, der die VKP unterzogen wurde, begann mit einer Reform des ZK-Apparates.[627] Nachdem bereits im April 1929 das Vereinigte Plenum von ZK und ZKK von der Notwendigkeit gesprochen hatte, Arbeit und Struktur aller Organe der proletarischen Diktatur umzustrukturieren[628], gab das ZK im Januar 1930 eine Entschließung heraus, die die neue Gliederung des ZK-Apparates festlegte.[629] Danach sollten die Abteilungen des Zentralapparates nunmehr nach dem „funktionalen Prinzip" neu aufgeteilt werden. Aufbau nach funktionalem Prinzip („postroenie po funkcional'nomu priznaku") hieß, daß sich nun im Parteiapparat besondere Arbeitsgruppen bilden sollten, die sich auf einzelne Bereiche spezia-

[626] Kaganovič 1930, S. 42; vgl. ebd., S. 5; vgl. unmittelbar vor dem hier zitierten Satz die Einlassungen Kaganovičs über „trotzkistische" Kritik; ob sich das konkret auf linksoppositionelle Äußerungen bezieht, oder auf Kritik von seiten der Fachapparate, die mit dem Etikett „trotzkistisch" versehen wurde, konnte nicht festgestellt werden. Zur Begründung der Reorganisation vgl. Kaganovičs Äußerungen auf dem XVI. Parteitag, XVI s-ezd, S. 82; vgl. auch die Überlegungen von V. Jakovlev, in: B 1928, No. 19, S. 67.

[627] Kaganovič, XVI s-ezd, S. 82.

[628] KPSS, t. 4, S. 184.

[629] Vgl. Kaganovič 1930, S. 54ff., vgl. O reorganizacii apparata CK VKP(b), in: PS 1930, No. 2; einen Überblick gibt Malejko, in: V I KPSS 1976, No. 2, S. 111–122.

lisierten, mit denen sich die Parteiarbeit befaßte, etwa Wirtschaftsarbeit, Massenkampagnen usw., und hier alle Kompetenzen – von der Personalverteilung bis hin zur Lösung von Einzelfragen – in einer Hand vereinigten.[630] Kaganovič erklärte 1930 auf der Organisationsberatung, die das ZK veranstaltete:

> „Anstelle des Universalismus, der Vereinigung verschiedenartiger Funktionen in einer Abteilung, nur weil sie äußerlich verwandt sind, gliedern wir den Apparat entsprechend den grundlegenden Kampfaufgaben der Partei."[631]

Er erläuterte das am Beispiel der Orgraspred, zu deren Aufgaben bisher Kaderauswahl, organisatorische Führung des regionalen Apparates und der Basisorganisationen gehört hatte. Mit diesem weitgespannten und sehr komplexen Aufgabenbereich sei die Abteilung aber nicht fertig geworden. Deshalb überlasse man die Kaderauswahl nun den einzelnen Abteilungen des ZK selbst und verteile die restlichen Aufgaben der Orgraspred auf zwei Departments, von denen sich eins mit Partei-, das andere mit Wirtschaftsarbeit befassen werde.[632] Von einer derartigen Differenzierung des Apparats erwartete die Parteiführung eine Steigerung der Effizienz bei gleichzeitiger Verringerung des Personaletats.[633] Der Apparat sollte in den Stand versetzt werden, die vier Aufgaben, denen die Parteiführung zentrale Bedeutung zumaß, befriedigend zu lösen, nämlich das Problem der Kader, die Verbesserung der politischen Agitation und Massenmobilisierung, die Propagierung des Leninismus und die Hebung des politischen Bildungsniveaus in der Partei sowie die Verbesserung der parteiinternen Führungsarbeit und die bessere Regulierung des Parteiwachstums.[634]

Allerdings wurde die Umgliederung des Apparats nach funktionalem Prinzip in der VKP nicht einhellig gutgeheißen. Vladimirskij, Sprecher der Zentralen Revisionskommission, wies im Rahmen seiner Verteidigung der Reform auch auf gewisse Schwächen des neuen Organisationsprinzips hin:

> „Der grundlegende Vorteil der funktionalen Gliederung des Apparats besteht darin, daß diese Gliederung besser als irgendeine andere Gliederungsform die Führung der Apparatarbeit von seiten des leitenden Organs, in diesem Falle von seiten des Sekretariats des ZK, garantiert. Bei funktionalem Aufbau, wenn jede Abteilung nur eine Funktion des dem Zentralapparat untergeordneten Organs oder der Organisation leitet, wird der ganze Apparat von dem Kollegium geleitet, das an der Spitze dieses Apparates steht, im gegebenen Fall vom Sekretariat des ZK, und das beseitigt die behördliche Beschränktheit der Abteilungen.
> Doch auch von diesem Standpunkt aus ist bei funktionaler Gliederung des Apparats, denke ich, ein gewisser Parallelismus unvermeidlich, den Sie nicht im Wesen der Arbeit selbst ausmerzen. ... Soweit bei funktionaler Gliederung einunddieselbe Organisation Objekt der Führung von seiten einzelner Teile des Apparates ist, setzt das die Notwendigkeit voraus, daß die Abteilungen sich vorab untereinander verständigen."[635]

Die Reorganisation des Parteiapparates, die eine Verbesserung der Arbeitsteilung, eine stärkere Spezialisierung der Parteiarbeiter und ihren planvolleren Einsatz anstrebte, schuf

[630] Vgl. Partijnyj apparat na novom ėtape, in: PS 1930, No. 2, S. 3–8, hier S. 7
[631] Ebd.; vgl. Kaganovič 1930, S. 46.
[632] Kaganovič 1930, S. 46f.
[633] Kaganovič, L.: Ob apparate CK VKP(b), in: PS 1930, No. 2, S. 9–13, hier S. 9 und 13.
[634] Kaganovič 1930, S. 46.
[635] Vladimirskij, XVI s-ezd, S. 94.

also zugleich durch Aufteilung der Zuständigkeiten und Zersplitterung der Führung die Voraussetzungen für das Weiterbestehen des Organisationswirrwarrs im Apparat. Insofern waren die Reformmaßnahmen durchaus zweischneidig. Doch stellten sie gegenüber dem bisherigen organisatorischen Zustand der VKP und ihres Apparats, der geringen Flexibilität und den wenig differenzierten Strukturen, einen gewissen Fortschritt dar.

Im einzelnen wurde der ZK-Apparat Anfang 1930 folgendermaßen neu gegliedert:[636] Die Aufgaben der alten Orgraspred wurden nun von zwei Abteilungen wahrgenommen. Die „Organizacionno-instruktorskij otdel" (Organisations- und Instruktionsabteilung; Orgotdel) befaßte sich mit Führung und Organisierung der Parteiarbeit. Die bisher selbständigen Departments für Information und Parteistatistik wurden ihr eingegliedert, so daß der gesamte organisatorische Sektor der Parteiarbeit in der Orgotdel zusammengefaßt war. Die Kaderauswahl, die vorher in der Hand der Orgraspred gelegen hatte, wurde den verschiedenen, im Einzelfalle fachlich zuständigen Abteilungen des ZK anvertraut. Mitarbeiter der Organisationsabteilungen wurden nun von der Orgotdel ausgewählt, Mitarbeiter der Agitationsabteilungen von der entsprechenden ZK-Abteilung usf. Die Verteilung von Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Verwaltungskadern wurde in einer eigens dafür geschaffenen Abteilung konzentriert (Otdel raspredelenija administrativno-chozjajstvennych i profsojuznych kadrov; Abteilung zur Verteilung von administrativ-wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Kadern). Zumindest in diesem wichtigen Bereich der Kaderauswahl wurde damit eine Spezialisierung des Parteiapparates erreicht. Allerdings blieb offen, wie die Abteilungen angesichts des herrschenden Kadermangels ihre Arbeit in Übereinstimmung bringen und wie Konkurrenz und Konflikte vermieden werden konnten. Problematisch war auch das Fehlen einer zentralen Instanz, die sich mit der Heranbildung und Förderung neuer Kader befaßte.

Der Arbeitsbereich der Agitprop wurde ebenfalls aufgeteilt, und zwar in eine Abteilung für Kultur und Propaganda und eine für Agitation und Massenkampagnen. Insgesamt besaß der Apparat des ZK damit vier Hauptdepartments, die durch eine Geheimabteilung, eine allgemeine Verwaltung und durch das Lenininstitut ergänzt wurden. Von den vier Hauptabteilungen befaßte sich die Orgotdel mit der organisatorischen Führung des Parteiapparats, die Verteilungsabteilung mit Personalpolitik in Wirtschaft, Staat und Gewerkschaften, die Kultur- und Propagandaabteilung mit Volksbildung, Presse, politischer Schulungsarbeit und Verbreitung des Marxismus-Leninismus und die Abteilung für Agitation und Massenkampagnen mit der Kontrolle der Massenorganisationen und mit der Durchführung lang- und kurzfristiger Kampagnen, wie z.B. dem „Sozialistischen Wettbewerb", den Sowjet- und Gewerkschaftswahlen, den Kampagnen für die Kollektivierung, zur Senkung der Selbstkosten, Steigerung der Produktivität und der alljährlichen Aussaatkampagne.

Zwei Abteilungen des ZK-Apparats, die Abteilung für Arbeit auf dem Dorfe und die für Frauenarbeit, die „Ženotdel", wurden ganz aufgelöst. Kaganovič begründete das mit „historischer Notwendigkeit".[637] Die Bedeutung der ländlichen Bereiche wie auch die Kenntnis über sie sei im Laufe der Getreidebeschaffungskampagnen und der Kollektivierung derart

[636] Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die Entschließung des ZK vom Januar 1930, publiziert in der Pravda vom 17. 1. 1930; identische Wiedergabe bei Kaganovič 1930, S. 54–59; PS 1930, No. 2, S. 70–72.

[637] Kaganovič 1930, S. 49.

gewachsen, daß sich nun der ganze Parteiapparat mit Agrarfrage und Bauernschaft befassen müsse und könne. Die Abteilung für Arbeit auf dem Dorfe werde mit dem „gigantischen Umwälzungsprozeß", der im Dorfe vor sich gehe, allein nicht mehr fertig.[638]

Ähnlich wurde in bezug auf die Auflösung der Frauenabteilung argumentiert, die offensichtlich von den Mitarbeiterinnen dieses Departments durchaus nicht gebilligt wurde.[639] Kaganovič erklärte, das Kulturniveau der Frauen habe sich in den letzten Jahren so weit gehoben, daß Frauen gleichberechtigt am sozialistischen Aufbau beteiligt seien. Damit habe sich die „Ženotdel" überlebt.[640]

Diese Gründe können nicht befriedigen. Gerade die aufgelösten Abteilungen hatten ja dem funktionalen Prinzip, das nun im Parteiapparat realisiert werden sollte, durchaus entsprochen. Sowohl die Abteilung für Arbeit auf dem Dorf, wie die für Frauenarbeit hatten sich auf einen bestimmten inhaltlichen Sektor konzentriert. Die Forderung, der ganze Parteiapparat solle sich nun mit Agrarfrage und Frauenfrage befassen, lief der Intention der Reform diametral entgegen. Kaganovič, dem dies nicht entging, kommentierte den Widerspruch aber nur trocken mit der Bemerkung, hier habe man nicht die Sache dem Schema, sondern das Schema der Sache untergeordnet.[641] Es muß vermutet werden, daß es für die Auflösung dieser Abteilungen noch andere Motive gab als die, die Kaganovič anführte. Einerseits sollte man sich vergegenwärtigen, daß die „Ženotdel" und die Abteilung für Arbeit auf dem Dorf in der alten Apparatstruktur Fremdkörper gewesen waren. Ihre Arbeit hatte sich sowohl mit der von Orgraspred, wie der von Agitprop überschnitten. Zweifellos bestand hier nach zahllosen organisatorischen Reibereien eine erhebliche Spannung, die nun durch Auflösung der beiden Abteilungen gelöst wurde. Zum anderen muß darauf verwiesen werden, daß die ländlichen Parteiorganisationen, für die die Abteilung für Arbeit auf dem Dorfe verantwortlich war, während der Getreidekrisen und der anlaufenden Kollektivierung teilweise sehr negativ auf den vom Zentrum vorgegebenen Kurs reagiert hatten.[642] Eine Auflösung des verantwortlichen Departments beseitigte nicht nur ein potentielles Zentrum agrarischer Opposition, es straffte auch die Führung der ländlichen Parteikomitees durch das ZK.[643] Reibereien hatte es offenbar auch mit der „Ženotdel" gegeben. Kaganovič spricht von einer „Krise in der Lösung solcher Probleme, wie der Beförderung weiblicher Kader, der Arbeit zur Verbesserung des weiblichen Alltags u. a."[644], so daß es die Parteiführung für angezeigt hielt, dieses allzu autonome Department im Rahmen der allgemeinen Umgliederung aufzulösen.

Die Reorganisation des ZK-Apparates wurde noch im Laufe des ersten Halbjahres 1930 durchgeführt. Zum Zeitpunkt der Eröffnung des XVI. Parteitages war sie im wesentlichen

[638] Ebd.; vgl. ähnlich Kaganovičs Rede vor dem Orgbüro, in: PS 1930, No. 2, S. 11f.

[639] Vgl. Kaganovičs Bemerkungen ebd., S. 12; ders. 1930, S. 51.

[640] Ebd., PS 1930, No. 2, S. 12.

[641] Kaganovič 1930, S. 49.

[642] Vgl. dazu Merl, S.: Der Agrarmarkt und die Neue Ökonomische Politik. Die Anfänge staatlicher Lenkung der Landwirtschaft in der Sowjetunion 1925–1928. München, Wien 1981, vor allem Kap. III.

[643] Die Einrichtung politischer Abteilungen bei den MTS in den Jahren 1933f. zeigt in die gleiche Richtung: das Zentrum mißtraute den ländlichen Parteiorganisationen, die den Widerspruch zwischen dörflicher Wirklichkeit und Agrarpolitik der Zentrale aushalten mußten; vgl. unten Abschnitt 9.2.

[644] PS 1930, No. 2, S. 12.

abgeschlossen. Es stand lediglich noch die Reform des technischen Hilfsapparates aus, der alle Abteilungen des ZK bedienen sollte. Das Fehlen dieses Apparates, der Zentralarchiv, Verbindungsdienste, Kanzlei usw. umfaßte, schuf allerdings im ersten Halbjahr 1930 eine Reihe Unregelmäßigkeiten – Aktenverwaltung und interner Schriftwechsel gerieten in Unordnung –, doch war das nur eine Übergangserscheinung.[645] Insgesamt gelang es offenbar, die Arbeit des ZK-Apparates zu straffen und seinen Personaletat zu kürzen. Umfaßte der Zentralapparat 1927, zur Zeit des XV. Parteitags 653 Mitarbeiter[646], waren es Anfang 1930, zu Beginn der Reorganisation 550, im Juni 1930, nach der Umgliederung nur noch 375.[647] Wenigstens das Ziel, den Apparat zu verkleinern, war im Rahmen der Reorganisation offenbar erreicht worden. Wieweit es gelungen war, die Führungsarbeit effizienter zu gestalten, mußte die Zukunft zeigen. Jedenfalls wohnten der Reform mit der Aufgliederung der Leitung und der Zersplitterung der Zuständigkeiten erhebliche Probleme inne, die in der täglichen Arbeit bewältigt werden mußten.

Der Erfolg der Parteireform war aber von der raschen Neugliederung der regionalen Apparate abhängig. Die Differenzierung des ZK-Apparates mußte ohne Folgen bleiben, solange vor Ort der Löwenanteil der Arbeit von einer einzigen, völlig überlasteten Organisationsabteilung geleistet wurde. Deshalb hatte die Parteiführung die Reorganisation des ZK-Apparates vorab mit den führenden Vertretern der regionalen Parteiapparate abgestimmt. Am 13. Januar 1930 beschloß eine aus Repräsentanten von nationalen ZK, Regions-, Gebiets- und Bezirkskomitees zusammengesetzte Beratung, die Apparate der Parteikomitees auf der Ebene von Bezirk, Gebiet, Region und nationalen Republiken entsprechend dem Vorbild des ZK zu reorganisieren.[648] Die regionalen Parteiapparate bis hinunter zum Bezirk sollten ebenfalls in Organisations- und Instruktionsabteilung, Abteilung für Verteilung des Personals im Wirtschafts- und Gewerkschaftsbereich, Kultur- und Propagandaabteilung sowie Abteilung für Agitation und Massenkampagnen gegliedert werden.

Eine ‚allgemeine Verwaltung' und eine Geheimabteilung sollten sie aber, anders als der ZK-Apparat, nicht besitzen.[649] Die regionalen Komitees wurden angewiesen, die Neugliederung ihrer Apparate innerhalb von zwei Wochen durchzuführen. Zugleich wurde das Orgbüro beauftragt, die Apparate der ländlichen Rayonkomitees und der Stadtrayonkomitees zu reorganisieren und die Arbeit der Parteizellen auf die Erfordernisse des neugegliederten Parteiapparates abzustimmen.[650]

[645] Vladimirskij, XVI s-ezd, S. 94.
[646] So Vladimirskij, ebd.; vgl. die Angaben Kurskijs, XV s-ezd, S. 123:

ZK-Sekretariat u. Abteilungen	657
Istpart, ZKK-Apparat	314
Lenininstitut	169
	1140

Die von Vladimirskij angegebenen Zahlen beziehen sich also nur auf das Sekretariat des ZK mit seinen Abteilungen; die Abweichung um 4 Personen ist nicht wesentlich.
[647] Vladimirskij, XVI s-ezd, S. 93; Kaganovič, ebd., S. 82.
[648] Vgl. PS 1930, No. 2, S. 72; Kaganovič 1930, S. 58f.; Malejko, in: V I KPSS 1976, No. 2, S. 115.
[649] Welche Funktion die Geheimabteilung (sekretnyj otdel) beim ZK hatte, war aus den vorliegenden Unterlagen nicht zu ermitteln.
[650] Kaganovič 1930, S. 59; PS 1930, No. 2, S. 72.

Im Rahmen dieser Reorganisation wurde der Bestand an hauptamtlichen Parteiarbeitern nach sowjetischen Angaben um 10,1% gekürzt. Dabei traf die Kürzung vor allem den mittleren und oberen Bereich des Parteiapparates, der um 35% des Personals verringert wurde, während der Personaletat der Basisorganisationen bis hinauf zum Rayonkomitee um 20% aufgestockt wurde.[651] Die Einsparungen an Personal wurden dabei in den mittleren und oberen Rängen dadurch erzielt, daß man bezahlte Mitarbeiter durch ehrenamtliche ersetzte[652] – die Kürzung der Personaletats war also nur finanziell, nicht organisationstechnisch eine Erleichterung. Immerhin war es trotz des raschen Wachstums der Partei gelungen, die Zahl der hauptamtlichen Parteiarbeiter insgesamt zu senken. Bei einer Steigerung der Mitgliederzahlen von 1212505 im Jahre 1927 auf 1677910 im Jahre 1930[653] um ca. ⅓ wuchs nach Kaganovič die Zahl der Mitglieder pro hauptamtlichen Parteiarbeiter von 49 auf 82 um ca. ⅔.[654] Danach wäre der Bestand an Parteibeamten zwischen 1927 und 1930 von 24750 auf 20460 gesunken.

Im Zusammenhang mit der Umgliederung des Parteiapparates suchte die Parteiführung auch die parteiinterne Kommunikation und die Kaderauswahl zu verbessern. Sie drang darauf, daß die regionalen Parteikomitees ein funktionierendes Informationsnetz aufbauten, um regelmäßig und umfassend Nachrichten über politische und ökonomische Vorgänge in den nachgeordneten Parteiorganisationen zu erhalten. Dazu sollte insbesondere ein Stamm von Informanten aus verantwortlichen Mitarbeitern der relevanten Betriebe und Organisationen geschaffen werden, eine Aufgabe, die man allerdings für schwer lösbar hielt.[655] Darüber hinaus wurden die regionalen Apparate angehalten, die gesammelten Informationen besser auszuwerten und sie an die untergeordneten Parteiorganisationen weiterzugeben, um diese in die Lage zu versetzen, auf Probleme und neue Entwicklungen flexibler zu reagieren als bisher.[656]

Die Kaderauswahl wollte man durch Schaffung von Kommissionen verbessern, zu denen freiwillige Mitarbeiter herangezogen werden sollten. Bei der Verteilungsarbeit des ZK z.B.

651 Vladimirskij, XVI s-ezd, S. 93; Malejko, in: V I KPSS 1976, No. 2, S. 115; die Angaben sind in sich nicht ohne Widerspruch: eine Kürzung der mittleren und oberen Ränge um 35% kann bei Aufstockung der sehr zahlreichen Basiskomitees um 20% kaum zu einer Kürzung von 10% führen; vgl. daher die Aufgliederung bei Malejko, ebd.:

Verschiebungen des Personaletats 1928–1932 (1928 = 100%)

Apparat des ZK	64,0%
Apparat der ZK d. nationalen Republiken der Gebiets-, Regions-, Bezirkskomitees	71,2
Apparat d. Rayonkomitees, Dorfzellen	114,8
Apparat der Betriebszellen	103,1

Der Anteil des Basisapparates am Gesamtbudget der VKP stieg von 23% 1927/28 über 27% 1928/29 auf 33% 1929/30, Vladimirskij, XVI s-ezd, S. 92f.

652 CPA IML, f. 17, op. 21, ed.chr. 730, l. 117, zit. nach Malejko, in: V I KPSS 1976, No. 2, S. 115; Kaganovič, XVI s-ezd, S. 82; Vladimirskij, ebd., S. 95f.

653 Rigby, S. 53; vgl. BSĖ, t. XI, c. 531; vgl. oben Abschnitt 4.1.1.

654 Kaganovič, XVI s-ezd, S. 82; die absoluten Zahlen für Mitarbeiter des Parteiapparats wurden anhand dieser Quoten und der im Text vorstehenden absoluten Zahlen errechnet; sie sind deshalb nicht als präzise Angaben zu werten, geben aber eine Vorstellung von den Größenordnungen.

655 Vgl. Kavrajskij, in: PS 1930, No. 16, S. 18f.

656 Ebd., S. 20.

hatte man Freiwilligenbrigaden organisiert, die die Personalauswahl in bestimmten Bereichen unterstützten. Mitte 1930 gab es bereits sechs solcher Brigaden, die sich mit den Bereichen Landwirtschaft, Handel und Genossenschaften, Schwerindustrie, Leichtindustrie, Auslandskader und Transport befaßten.[657] Ähnliche Einrichtungen sollten als ‚Kadersektoren' auch bei Parteikomitees und Betriebszellen geschaffen werden.[658] Auf diese Weise wollte der Parteiapparat die Verteilungsabteilungen entlasten und zugleich die bei Parteimitgliedern in Wirtschaft und Industrie vorhandenen Spezialkenntnisse für die Auswahl der Kader verfügbar machen.

Schließlich wollte die Parteizentrale im Rahmen der Reorganisierung des VKP-Apparates noch ein strukturelles Problem lösen. Nach Abschluß der Gebietsreform, des „rajonirovanie", in deren Verlauf die alte, noch aus der Zarenzeit stammende Verwaltungsgliederung in Amtsbezirk (volost') – Kreis (uezd) – Gouvernement (gubernija) durch eine neue, nach Kriterien ökonomischer und administrativer Rationalität vorgenommene Einteilung in Rayon (rajon) – Bezirk (okrug) – Gebiet (oblast') abgelöst worden war, hatten sich einige Mängel der neuen Verwaltungsgliederung bemerkbar gemacht. Zwar hatte sich nach Ansicht des ZK die Schaffung von ‚Gebieten' bewährt, doch traten in der Kommunikation zwischen Zentrale einerseits und Bezirk und Rayon andererseits erhebliche Probleme auf. Direktiven des Zentrums gelangten nicht bis hinunter in die Rayons. Kaganovič berichtete von seinen Erfahrungen:

> „Oft weiß das Rayon weder von den Direktiven des ZK noch von den Direktiven des Gebietskomitees. Bei meiner Reise durch die Rayons ... stieß ich auf eine Reihe charakteristischer Tatsachen von der Art, daß die Rayonfunktionäre die grundlegenden Direktiven des ZK nicht gelesen hatten ... Dafür hatten sie aber die Direktive des Bezirkskomitees, daß man die Kollektivierung bis zum Frühjahr abschließen müsse, vortrefflich studiert. Ehrlich gesagt, ich bin auf solche Dinge gestoßen wie die, daß die Rayonfunktionäre nicht einmal die ‚Pravda' lasen."[659]

Der regional neugegliederte Apparat hatte offenbar 1929 eine Eigendynamik entwickelt, die vom ZK nicht mehr völlig unter Kontrolle gehalten werden konnte. Aus diesem Grund und, um durch Auflösung eines Teils des Apparats eine Personalreserve zu gewinnen, beschloß die Parteiführung, den Bezirk (okrug) wieder abzuschaffen und die Rayons direkt den Gebieten zu unterstellen.[660]

Die Apparate der regionalen Parteikomitees wurden 1930 also einer durchgreifenden Reform unterzogen. Dabei wurden offenbar die Personaletats in gewissem Rahmen einge-

[657] Vladimirskij, XVI s-ezd, S. 95.

[658] Vgl. Gerštejn, V.: O sektorach po kadram na predprijatijach, in: PS 1930, No. 16, S. 26–7; im Moskauer Gebietskomitee fand zu dieser Frage eine Konferenz statt, die in mehreren Artikeln der „Pravda" (25. 5. 30) und der „Rabočaja Pravda" (28. 5. 30) ihren Niederschlag fand; vgl. PS 1930, No. 16, S. 26.

[659] Kaganovič, XVI s-ezd, S. 82.

[660] Vgl. ebd., S. 93; vgl. Ėjche, ebd., S. 116f.; Gološčekin, ebd., S. 128; Chataevič, ebd., S. 164f.; Rumjancev, ebd., S. 177 u. v. a.; vgl. ferner: Čarkin, A.: Za ukreplenie rajonnoj partorganizacii, in: PS 1930, No. 13–14, S. 31–36; Enukidze, A.: Za ukreplenie rajonnych partijnych i sovetskich organizacij, in: B 1930, No. 18, S. 20–27; Grinblat, K.: Kadry dlja rajonov v svjazi s likvidaciej okrugov, in: PS 1930, No. 15, S. 13–16; vgl. ferner das Zirkular des ZK: O likvidacii okrugov, in: PS 1930, No. 15, S. 62; vgl. Talankin, V.: Ukrepit' rukovodjaščie kadry rajonov, in: PS 1930, No. 11–12, S. 62–64.

schränkt, eine Neugliederung der Abteilungen nach ‚funktionalem Prinzip' durchgeführt und die regionale Struktur durch Auflösung der Bezirkskomitees erheblich vereinfacht. Eine erhöhte Flexibilität des Apparats, die Steigerung der „Operativität" und „Manövrierfähigkeit"[661] sowie eine Straffung der Leitung durch die Parteizentrale wurden wahrscheinlich erreicht, wenngleich sich auch hier Probleme bemerkbar machen mußten, die aus der Einführung des Funktionalitätsprinzips erwuchsen.

Wieweit die Reorganisierung des Apparats mit einem Revirement des Personals verbunden war, läßt sich anhand des vorliegenden Materials nicht sagen. Das Resumée der Zeitschrift „Partijnoe Stroitel'stvo" zum XVI. Parteitag lautete dazu:

> „Die Partei hat in der Berichtsperiode [1928–1930] die Kader ihres Apparates in bedeutendem Umfang erneuert, wobei sie natürlich ihr grundlegendes Gerüst, die alte bolschewistische Garde, bewahrt hat . . ."[662]

Im Berichtszeitraum wurden danach 40% aller Parteisekretäre abgelöst, wobei es sich allerdings zu einem nicht feststellbaren Prozentsatz um Umsetzungen in den Wirtschaftsbereich handelte, die durch die Ausweitung des Industrieleitungspersonals erforderlich geworden waren, oder um Umsetzungen, die im Rahmen der Verwaltungsreform erfolgten.[663]

1929 und 1930 stellte sich das Profil des Parteikaders wie in Tabelle 68 dar. Diese bruchstückhafte, in sich nicht konsistente Tabelle, die nach den Angaben verschiedener Autoren zusammengestellt wurde, erlaubt nur sehr vorsichtige Schlußfolgerungen. Es scheint jedoch, als seien wenigstens die Plena der Bezirkskomitees zwischen 1929 und 1930 erheblich verjüngt worden. Darüberhinaus ist die Feststellung möglich, daß noch 1930 die Intelligenz neben den Arbeitern in den Schlüsselstellen des Parteiapparates eine nicht unbedeutende Rolle spielte und daß die Parteimitglieder aus der Zeit der Illegalität und des Bürgerkrieges im oberen und mittleren Management der VKP dominierten. Die Gruppe der 1329 Parteibeamten aus 165 Bezirken (g.) stellt dabei einen Querschnitt durch den mittleren Parteikader in Wirtschafts-, Verwaltungs- und Parteiarbeit dar, dem man eine gewisse Repräsentativität zubilligen kann. Gegenüber dem Parteidurchschnitt[664] waren Parteiangehörige, die aus der Angestelltenschaft stammten, weit überrepräsentiert. Bauern spielten im mittleren Parteimanagement praktisch keine Rolle. Der Kern des Personals auf Bezirksebene entstammte der Bürgerkriegsgeneration. Sie waren zur Partei gestoßen, als im Kriegskommunismus Wirtschafts- und Innenpolitik unter dem Druck der Umstände weitgehend durch Anwendung von Zwang und administrati-

[661] Partijnoe, in: PS 1930, No. 11–12, S. 10f.

[662] Ebd., S. 11.

[663] PS 1930, No. 11–12, S. 11.

[664] Vgl. oben Abschnitt 4.1.1.; BSĖ, t. XI, c. 533, für

1929:	Arbeiter	61,4%
	Angestellte u.a.	16,9
	Bauern	21,7;

Vgl. ferner Antonov: Erfahrung, S. 77:

Soziale Herkunft	*1. 7. 1929*	*1. 4. 1930*	*Ende 1931*
Arbeiter	64,0%	68,2%	65,5%
Bauern	20,5	18,7	26,1
Angestellte u.a.	14,3	12,1	8,4
Beruf			
Arbeiter an der Werkbank	46,7	48,6	43,8

Tab. 68: Zusammensetzung von Parteigremien 1929 und 1930 (in %)

	Soziale Herkunft			*Beruf:*	*Parteialter:*			
	Arbeiter	*Angestellter u. a*	*Bauer*	*Arbeiter an d. Werkbank*	*bis 1917*	*1917–1923*	*1924–1927*	*1928 und später*
1929								
a. Plena d. Bezirkskomitees[665]	72,9	–	–	33,5	–	–	–	–
b. Gebietskomitees[666]								
– Plena	74,7	–	–	–	23,3	54,1	36,1[667]	–
– Büros	69,9	–	–	–	50,7	44,9	4,4	–
c. Regionskomitees								
– Plena	67,3	–	–	–	17,3	51,8	30,9	–
– Büros	58,1	–	–	–	22,6	74,2	3,2	–
1930								
d. Bezirkskomitees[668]	–	–	–	–	51		49	
e. Betriebszellen	–	–	–	–	23		77	
f. Dorfzellen	–	–	–	–	25		75	
g. Verantwortl. Parteiarbeiter, Bezirk[669]	47,3	46,6	6,1	–	11,4	81,7	6,5	0,4
h. Sekretär, Bezirkskomitee[670]	58	–	–	–	27	–	–	–
i. Sekretäre der ZK nationaler Parteien, Gebiets-, Regionskomitees	43	–	–	–	69	–	–	–

ven Entscheidungen bestimmt waren. In der Folge hatte diese Gruppe die Schule der parteiinternen Konflikte durchlaufen und stellte nun, nachdem im Laufe der zwanziger Jahre unsichere Kantonisten hinausgedrängt worden waren, einen Kader loyaler, in Parteiarbeit erfahrener Funktionäre dar.

In den Anfangsjahren des 1. Fünfjahrplanes wurde die VKP also einer durchgreifenden Reorganisation unterzogen, die das Ziel hatte, die Parteiorganisation an die Erfordernisse der forcierten Industrialisierung anzupassen. Die Parteiführung suchte der Unfähigkeit, die Leitung der Industrie tatsächlich auszuüben, durch eine Neugliederung des Parteiapparates und durch eine Umorientierung der Basisorganisationen hin zur Produktion zu begegnen. Dieser Prozeß wurde 1929 in Gang gesetzt und war zur Zeit des XVI. Parteitages 1930 noch nicht abgeschlossen. Trotz zahlreicher struktureller Mängel hatte die Reorganisation zweifellos insofern Erfolg, als es gelang, den ganzen Parteiapparat auf die Industrialisierungspolitik hin auszurichten und eine beträchtliche Anzahl von Parteimitgliedern für die Produktionsar-

665 Kaganovič 1930, S. 41; außer den aufgeführten Daten keine Angaben; das gilt für die gesamte Tabelle; in dieser Spalte Angaben für Moskau, Ivanovo-Voznesensk, Westl. Gebiet, Nördl. Region, Region von Nižnij Novgorod.
666 b. und c.: ebd., S. 42, mit denselben Einschränkungen.
667 Offensichtlich inkorrekte Angabe, da sie sich zu 113,5 % aufaddieren.
668 d.–f.: PS 1930, No. 11–12, S. 11.
669 Kaganovič, XVI s-ezd, S. 82; es handelt sich um 1329 Mitarbeiter aus 165 Bezirken.
670 h.–i.: ebd.

beit zu mobilisieren. Ob es jedoch gelang, den Parteiapparat kurzfristig für eine wirklich inhaltliche, nicht nur formale Mitwirkung in der Industrieleitung zu qualifizieren, muß bezweifelt werden. Während der Periode der Umgliederung, also wenigstens bis Herbst 1930 war der Apparat partiell immobilisiert, und ob er danach den Anforderungen besser gewachsen war, muß bezweifelt werden.

4.2. DIE POLITISCHE NEUORIENTIERUNG

4.2.1 Der Kampf gegen die „rechte Abweichung": Kreierung einer Feindstereotype

Die Durchsetzung einer Industrialisierungspolitik, die vorrangigen Ausbau der Produktionsgüterindustrie und hohes Ausbautempo mit der gewaltsamen Verstaatung des Agrarsektors verband, war nicht allein ein organisatorisches oder technisches Problem. Es ging auch darum, innerhalb der Parteispitze eine politische Linie zu formulieren und diese gegen den Widerstand in den Führungsgremien und später auch in den regionalen Apparaten durchzusetzen. Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Wende erscheint so letztlich auch als Ergebnis einer heftigen Fraktionsauseinandersetzung, in deren Verlauf Gegner der forcierten Industrialisierung als „Rechte" abgestempelt und aus politischen Schlüsselstellungen entfernt wurden.

Die Gegensätze zwischen Vertretern des forcierten Entwicklungstempos und ihren Gegnern, die im Bereich der wirtschaftspolitischen Diskussion, z.T. auch bei politischen Entscheidungen wie im Falle Šachty, bereits 1927 und Anfang 1928 aufgetreten waren, kamen Ende September 1928 offen zum Ausbruch. Der Konflikt, der bisher innerhalb der Gremien ausgetragen worden war, erhielt nun eine neue Qualität – er wurde öffentlich.[671] Die Fraktionen innerhalb des ZK hatten sich im Laufe des Jahres 1928 geklärt: der Konflikt um die Methoden zur Behebung der Getreidekrise, um die Behandlung der technischen Spezialisten nach Šachty und das Tempo der Industrialisierung riß zwischen Rykov, Tomskij, Uglanov, Bucharin und ihren Anhängern einerseits und Kaganovič, Stalin, Švernik und den Parteiführern, die sich um sie gruppierten, andererseits einen tiefen Graben auf.[672] Zu ersten scharfen Auseinandersetzungen kam es im Februar 1928, als Bucharin, Rykov und Tomskij den Generalsekretär wegen der Härte der von ihm geleiteten Getreidekampagne attackierten. Im Gegenzug begann Stalin gegen die Anhänger der Bucharingruppe im Parteiapparat vorzugehen und sie aus ihren Positionen zu verdrängen. Auf dem Aprilplenum 1928 gab es offenbar deutlich erkennbare Meinungsverschiedenheiten zwischen den Fraktionen. Das ist ablesbar an Ton und Tendenz der Berichte, die Stalin und Bucharin in der Moskauer und der

[671] Vgl. die Gesamtdarstellungen bei Carr/Davies: Foundations 2, S. 80ff.; Daniels: Gewissen, S. 373ff.; Reiman: Geburt, S. 145ff.; Cohen: Bukharin, S. 270ff.; Cohen geht davon aus, daß im Politbüro die Trennung in Stalin-Gruppe und ‚Gemäßigte' im Januar 1928 vollzogen war, ebd., S. 278.

[672] Über die Entwicklung der Auseinandersetzungen innerhalb des ZK vgl. ebd., S. 278–291; darauf stützen sich die folgenden Ausführungen.

Leningrader Parteiorganisation gaben.[673] Beide referierten die Plenumsbeschlüsse – Fortsetzung der NEP, allmähliche Kollektivierung unter Einbeziehung der Mittelbauern, Verurteilung der „kulaki" und Spekulanten – ziemlich eingehend, doch ihre Kommentare unterschieden sich doch. Stalin richtete seine Kritik unterschwellig gegen Bucharinsche Positionen, wenn er ausführte:

> „Es gibt aber Leute, die da meinen, die NÖP bedeute nicht eine Verstärkung des Kampfes gegen die kapitalistischen Elemente, darunter auch gegen das Kulakentum, zum Zwecke ihrer Überwindung, sondern die Einstellung des Kampfes gegen das Kulakentum und die anderen kapitalistischen Elemente. Es braucht nicht betont zu werden, daß solche Leute mit Leninismus nichts gemein haben, denn für solche Leute ist in unserer Partei kein Platz und kann kein Platz sein."[674]

Bucharin dagegen spielte deutlich auf die Stalinschen Aktivitäten bei der Getreidebeschaffungskampagne an:

> „Andererseits beobachten wir manchmal ein Überspringen gewisser notwendiger Etappen, das sich, sagen wir, in Unverständnis des bedingten, des Übergangscharakters der außerordentlichen Maßnahmen ausdrückt. Manche glauben, daß diese Maßnahmen fast schon normal sind; es gibt eine Tendenz, die Bedeutung des Wachstums der Individualwirtschaften zu negieren, oder die Methoden des Administrierens allgemein zu überschätzen, da vergißt man manchmal verschiedene hübsche Dinge, die man immer im Kopf behalten muß, zum Beispiel die Rolle der Mittelbauernschaft."[675]

Wiewohl keine Namen genannt werden, ist das jeweilige Feindbild schwer zu verkennen. Stalin warnt vor der Gruppe um Bucharin, Rykov und Tomskij, die die Ratio der außerordentlichen Maßnahmen bei der Getreidebeschaffung in Frage stellten, Bucharins Kritik wandte sich gegen Stalin und seine Parteigänger, die bei der Getreidekrise im Januar und Februar mit aller Härte vorgegangen waren. Er machte auch deutlich, in welcher Richtung er eine Lösung des Agrarproblems suchte: in der Erweiterung des Warenangebots auf dem Lande, in der Steigerung der Produktion von Erzeugnissen für den bäuerlichen Markt.[676] Hier zeichnete sich ein Industrialisierungskonzept ab, das meilenweit von dem 1929 verabschiedeten abwich.

Auf der anderen Seite ging Stalin in seiner Rede über die Beschlüsse des Aprilplenums hinaus, indem er zunächst ausführlich über die Methode der Selbstkritik sprach. Anknüpfend an die Schlußformel der Resolution über die Šachty-Affäre[677] forderte Stalin die „Massen" auf, verstärkt an den „Führern" „Selbstkritik" zu üben. Durchaus zutreffend stellte er fest, daß sich die „Führer" der Partei von den „Massen" entfernt, von ihnen losgelöst hätten; als Gegenmittel empfahl er, den „Führern" im Rahmen der „Selbstkritik" „den Kopf zu waschen".[678] Der Generalsekretär verschaffte damit einer Kampagne verstärkte Publizität,

[673] Vgl. Bucharin: Uroki, passim; Stalin: Werke Bd. 11, S. 25ff.; Cohen: Bukharin, S. 282f.; Stalin: Werke, Bd. 11, S. 25, bestritt übrigens in der Öffentlichkeit ausdrücklich, daß es Fraktionen im ZK gebe.

[674] Stalin: Werke, Bd. 11, S. 42; Cohen: Bukharin, S. 282.

[675] Bucharin: Uroki, S. 32f.; Cohen: Bukharin, S. 283.

[676] Bucharin: Uroki, S. 37f.

[677] Hauptvoraussetzung für die Effektivierung der Parteileitung war danach „die Durchführung der Losung des XV. Parteitags über die Selbstkritik", KPSS, t. 4, S. 93; die Beschlüsse des Parteitags, ebd., S. 13–74, heben die Losung der Selbstkritik nicht explizit hervor, doch wird immerhin mehrfach die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Bürokratismus angesprochen.

[678] Stalin: Werke, Bd. 11, S. 26–35, hier S. 28f.

die gerade allmählich anlief, die gewiß basisdemokratische Elemente enthielt, die sich aber auch vorzüglich dazu eignete, unliebsame Parteiführer und Parteibeamte zu disziplinieren. Anfang Juni griff das ZK die Losung offiziell auf und rief alle Arbeiter und alle Parteimitglieder auf, verstärkt Kritik „von unten" zu üben.[679] Der nach Eingeständnis der Resolution selbst von oben initiierten Kampagne wurde ein ähnlich hoher Stellenwert zugemessen wie der „Schädlingskampagne", der Selbstbesteuerungs- und der Frühjahrsaussaatkampagne auf dem Dorfe, die sie flankierte und unterstützte. Das ZK erklärte:

> „Die Losung von der Selbstkritik – *‚ohne Ansehen der Person', der Kritik von oben nach unten und von unten nach oben ist eine der zentralen Losungen des Tages.*
> Die Partei hat schon ziemlich viel getan für die Organisierung dieser Selbstüberprüfung und Selbstkritik, indem sie die entsprechende Kampagne in der Presse durchgeführt hat, und indem sie so der Sache von oben geholfen hat.
> ... *nur die konsequente Durchführung der innerparteilichen und Gewerkschaftsdemokratie* – echte Wahl der Partei- und Gewerkschaftsorgane, die volle Möglichkeit, einen beliebigen Sekretär, ein beliebiges Büro, Komitee etc. abzulösen, läßt eine ständige Massenkontrolle entstehen, ..."[680]

Ein Indiz für die innerparteilich-fraktionelle Funktion dieser Kampagne, die sich vordergründig gegen Ineffektivität und Bürokratie richtete und bei der Mobilisierung der „Massen" für die forcierte Industrialisierung in diesem Sinne eingesetzt wurde, ist der Termin der Verabschiedung der 2. 6. 1928. Im Mai hatte sich das Verhältnis zwischen Stalin und der Bucharin-Gruppe rapide verschlechtert.[681] Im Politbüro drängte Bucharin auf Beendigung der außerordentlichen Maßnahmen auf dem Land und Wiederherstellung normaler Marktverhältnisse. Seine Anhänger begannen in der „Pravda" Parteigänger Stalins offen anzugreifen.[682] Am 18. Mai hielt Stalin eine Rede über die Agrarfrage vor Studenten des Instituts der Roten Professur, der Kommunistischen Akademie und der Sverdlov-Universität, in der er die Bucharinsche Linie offen angriff, freilich immer noch, ohne Namen zu nennen. Er sprach von Leuten, die den Ausweg aus der Agrarkrise in Entwicklung der „Kulakenwirtschaft" sähen, bezeichnete solche Pläne als reaktionär und drohte, es sei „gefährlich, von solchen Dingen zu schwatzen".[683] Im Juni spitzte sich die Situation im Politbüro derart zu, daß sich, wie Bucharin erzählte, die Kontrahenten auf Sitzungen gegenseitig anbrüllten: „Das ist Verleumdung!" „Du lügst!"[684] Stalin sei, so Bucharin zu Kamenev, ein prinzipienloser Intrigant, mit dem er seit Wochen kein Wort mehr wechsele.[685] Die Ergebnisse des Juliplenums (4.–12. 7. 1928) schienen nach außen eine Versöhnung zu signalisieren.[686] Intern stießen die Fraktionen jedoch mit aller Heftigkeit aufeinander. Sokol'nikov, ZK-Mitglied und Befürworter einer „rechten" Wirtschaftspolitik beschrieb den Ablauf des Plenums folgendermaßen:

[679] KPSS, t. 4, S. 94–98; publiziert 3. 6. 28.
[680] KPSS, t. 4, S. 95f.; Hervorhebungen im Original; Bucharin verstand die „Selbstkritik"-Kampagne durchaus als gegen sich gerichtet: „Die Selbstkritik ist in Wirklichkeit gegen Tomskij und Uglanov gerichtet. Resultat wird eine Polizeiherrschaft sein." Vgl. T 1897, S. 2.
[681] Vgl. Cohen: Bukharin, S. 284f.
[682] Ebd.
[683] Stalin: Werke, Bd. 11, S. 77f.; im Institut der Roten Professur gab es einen hohen Anteil an Bucharinisten, vgl. Mechlis, L.: Institut Krasnoj Professury i problema kadrov, in: PS 1930, No. 2, S. 24–27, hier S. 25.
[684] T 1897, S. 2.
[685] Ebd.
[686] Cohen: Bukharin, S. 289f.; die Beschlüsse des Plenums, in: KPSS, t. 4, S. 104–118.

„Sok[ol'nikov] stellt die Mechanik des Plenums so dar: den Angriff hat Ryk[ov] eröffnet, es antwortet St[alin]. Die Petersburger zögerten, Steckij zu desavouieren. Da hat sich Buch[arin] eingegraben und unter der Erde Trancheen vorgetrieben, doch keine einzige Mine hochgehen lassen. Molotov hat die ‚Pravda' bloßgestellt und unter Beschuß genommen, besonders Astrov, doch allgemein auch die Einseitigkeit der ganzen ‚Pravda' und die Anmerk[ungen] zu Krieman usw. usw. Da hat Tomskij Molotov angefallen, doch mild in der Form. Da hat St[alin] Tomskij grob und direkt angegriffen."[687]

Bucharin sah sich von den Winkelzügen Stalins derart in die Ecke gedrängt, daß er versuchte, Kontakte mit der trotzkistisch-sinowjewistischen Opposition anzuknüpfen und am 11. 7. 28, noch während des Plenums, ein persönliches Gespräch mit Kamenev führte, das dieser aufzeichnete.[688] Offenbar rechnete Bucharin damit, daß sich Stalin mit den Resten der „Linken" verbünden werde.

Während des 6. Kongresses der Komintern im Juli wurde die Auseinandersetzung fortgesetzt. Hier setzte sich die Stalin-Gruppe durch – die „rechte Abweichung" wurde in der Komintern zur Hauptgefahr erklärt.[689] Im September endlich entschloß sich Bucharin, die Kontroverse öffentlich zu machen und zwar am Beispiel der Industrialisierungspolitik. In einem „Pravda"-Artikel übte er scharfe Kritik an dem wirtschaftspolitischen Konzept der ZK-Mehrheit. Bucharin verurteilte die bisherige Agrarpolitik, die durch fehlerhafte Preisgestaltung die Getreidekrise verursacht habe, und griff die jüngsten Planentwürfe als „irreell" an.[690] Sowohl das Investitionskonzept, als auch das Verhältnis von Konsum und Produktionsgüterindustrie und das forcierte Aufbautempo verurteilte er scharf.

Bucharins öffentliche Abrechnung mit dem verfehlten Industrialisierungskonzept der Stalin-Gruppe löste bei dieser scharfe Reaktionen aus. Der Konflikt wurde nun nicht mehr verdeckt ausgetragen. Das Politbüro tadelte das Erscheinen des Artikels, gleichzeitig begann die Stalin-Gruppe, die Gegner der forcierten Industrialisierung aus politisch einflußreichen Positionen zu verdrängen. Die Parteigänger Bucharins verloren ihren Einfluß in der Moskauer Parteiorganisation, in den Presseorganen, ihr Einfluß in den Gewerkschaften wurde beschnitten.[691] Auf dem gemeinsamen Plenum von Moskauer Komitee und Moskauer Kontrollkommission lieferte Stalin eine Definition der sogenannten „rechten Abweichung", unter die alle Gegner der forcierten Industrialisierung gefaßt werden konnten:

„Die rechte Abweichung im Kommunismus bedeutet *unter sowjetischen Entwicklungsbedingungen* ... die Neigung ... eines Teils der Kommunisten, von der Generallinie der Partei zur bürgerlichen Ideologie hin abzuschwenken. Wenn gewisse Kreise unserer Kommunisten die Partei von den Beschlüssen des XV. Parteitags zurückzuzerren suchen und die Notwendigkeit der Offensive gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes leugnen; oder wenn sie die Einschränkung unserer Industrie fordern, da sie ihr gegegenwärtiges schnelles Entwicklungstempo als für das Land verderblich betrachten; oder wenn sie die Zweckmäßigkeit der staatlichen Zuwendungen an die Kollektiv- und

[687] Am 12. 7. 28 in dem weiter unten im Text erwähnten Gespräch mit Kamenev, T 1897, S. 5.
[688] T 1897.
[689] Cohen: Bukharin, S. 294.
[690] Bucharin, N.I.: Zametki ėkonomista. K načalu novogo chozjajstvennogo goda, in: Pravda 30. 9. 1928, S. 2–3; deutsch: ders.: Vor dem elften Jahr der Oktoberrevolution. Zum Beginn des neuen Wirtschaftsjahres in der Sowjetunion. Bemerkungen eines Ökonomen, in: Inprekorr 1928, No. 117, S. 2291–5; No. 118, S. 2320–2; No. 119, S. 2340–2; hier S. 2321, 2341.
[691] Einzelheiten bei Cohen: Bukharin, S. 296ff.; Daniels: Gewissen, S. 389ff.; Avtorkhanov, S. 75, 92f., 62ff.

> Sowjetwirtschaften leugnen und sie (die Zuwendungen) als hinausgeworfenes Geld betrachten; oder wenn sie die Zweckmäßigkeit des Kampfes gegen den Bürokratismus auf der Grundlage der Selbstkritik leugnen, da sie annehmen, daß die Selbstkritik unseren Apparat zerrütte; oder wenn sie die Lockerung des Außenhandelsmonopols verlangen usw. usf., so bedeutet dies, daß es in den Reihen unserer Partei Leute gibt, die vielleicht ohne es selber zu bemerken, bemüht sind, die Sache unseres sozialistischen Aufbaus dem Geschmack und den Bedürfnissen der ‚Sowjetbourgeoisie' anzupassen."[692]

Der Generalsekretär verknüpfte also Gegnerschaft zu der von der ZK-Mehrheit favorisierten Variante der Wirtschaftspolitik mit ideologischer Abweichung, er rückte sie in die Nähe bourgeoiser Ansichten – im Koordinatensystem parteiinterner Polemik ein äußerst schwerer Vorwurf. Gegner eines überhöhten Industrialisierungstempos – neben Bucharin, Rykov und anderen Politikern die Mehrzahl der Wirtschafts- und Planungsexperten –, Gegner der erzwungenen Kollektivierung und der gewaltsamen Getreidebeschaffung, – neben der Bucharingruppe die Mehrzahl der Agrarexperten und ein großer Teil des Parteiapparats auf dem Dorfe –, Gegner der Selbstkritik – darunter konnte eine große Zahl von Partei-, Gewerkschafts- und Verwaltungsbeamten gefaßt werden –, all diese Gruppen konnten mit dem Etikett „rechte Abweichung" versehen und damit politisch isoliert werden. Daß mit dem Begriff „Abweichung" implizit das Vorhandensein einer „richtigen Linie" unterstellt wurde, die dann gar nicht mehr zu diskutieren war, die quasi axiomatischen Charakter hatte, war ein üblicher, leicht durchschaubarer, trotzdem aber wirksamer Kunstgriff.

Die Entmachtung Uglanovs in der Moskauer Parteiorganisation und die Installierung von fünf Parteigängern der Stalin-Gruppe im Zentralrat der Gewerkschaften zeigte an, daß die Bucharin-Gruppe mehr und mehr ins Abseits gedrängt wurde. Bis Oktober 1928 hatte sie noch einen gewissen Anteil an der Parteiführung.[693] Das war nun vorbei. Die politische Niederlage von Bucharin, Rykov, Tomskij und ihren Anhängern wurde auf der gemeinsamen Sitzung von Politbüro und Präsidium der ZKK Ende Januar, Anfang Februar 1929 öffentlich gemacht.[694] Dieses Gremium verurteilte Bucharins Ansichten und seine „oppositionelle" Tätigkeit scharf und empfahl dem Plenum von ZK und ZKK, dieses Verdikt zu bestätigen.[695] In der Tat nahm das Aprilplenum 1929 die Vorwürfe auf. Bucharin und Tomskij wurden aus ihren Positionen in den Gewerkschaften, in der Komintern und der „Pravda" entfernt, ihnen wurde bei der geringsten Verletzung von ZK-Entscheidungen die Entfernung aus dem Politbüro angedroht.[696] Damit waren die wichtigsten Gegner jener kopflosen Industrialisierungs- und Kollektivierungspolitik im ZK politisch ausgeschaltet. Endgültig desavouiert wurden die „Rechten", wie sie hartnäckig von der Mehrheitsfraktion bezeichnet wurden, schließlich in einer Pressekampagne, die am 21. August 1929 gegen sie eröffnet wurde und sich über die letzten Monate des Jahres bis Ende 1929 hinzog.[697]

Der Angriff gegen die „rechte Abweichung" – den „pravyj uklon" – ging aber weit über die Führungskreise hinaus. Die Erfindung dieses Begriffs durch die Stalin-Gruppe – man kann es

[692] Stalin: Werke, Bd. 11, S. 200; Hervorhebungen im Original; Rede gehalten am 19. 10. 1928.
[693] Cohen: Bukharin, S. 300f.
[694] Vgl. ebd., S. 304f.; Stalin: Werke, Bd. 11, S. 285–291; KPSS, t. 4, S. 187–199.
[695] KPSS, t. 4, S. 187–199.
[696] Ebd., S. 180–187.
[697] Cohen: Bukharin, S. 332ff.

schlecht anders nennen, da es eine organisierte Oppositions- und Fraktionstätigkeit, wenn überhaupt, nur im engsten Führungskreis gegeben hatte[698] – diente der Mobilisierung der VKP für die Politik der forcierten Industrialisierung und der politischen Ausschaltung aller vorsichtigen und zögerlichen Parteibeamten. Gewiß konzentrierten sich die Angriffe vor allem auf die Personen Rykov, Bucharin und Tomskij[699] und vielleicht spielten hier auch persönliche Rivalitäten eine Rolle, doch politisch wirksam wurde die Kampagne gegen die „Rechten" durch die Hexenjagd, die im Herbst 1929 in der Partei eingeleitet wurde. Die Formel, die zur Bekämpfung von Abweichlern aller Art geprägt wurde, hieß „pravyj uklon v praktike" – „rechte Abweichung in der Praxis". Ein ukrainischer Delegierter auf dem XVI. Parteitag erläuterte das so:

> „Wenn hier im Zentrum die ZKK hart mit der rechten Abweichung kämpfte, mit den Ideologen der rechten Abweichung, so mußte man bei der lokalen Arbeit mit dem Reservoir kämpfen, das die ganze Zeit die rechte Abweichung genährt hat. In der Praxis stellte sich die rechte Abweichung oft als kaum faßbare Elemente dar und man mußte sehr aufmerksam sein, um sie zu bemerken."[700]

Alle diejenigen, die die Linie der ZK-Mehrheit nicht entschieden genug vertraten, waren der Gefahr ausgesetzt, als „Rechte" markiert zu werden. Das galt für Parteisekretäre, in deren Rayon die Kollektivierung nicht recht voranging, für Gewerkschaftler, die die Arbeitsschutzbestimmungen ernster nahmen als Produktivitätssteigerung, für Betriebsparteikomitees, in deren Betrieben die Promfinpläne – die Planansätze auf Betriebsebene – nicht erfüllt wurden. Daß es eine starke Unruhe in der VKP gab und zahlreiche Mitglieder die Industrialisierungs- und Kollektivierungspolitik nicht billigten, ist an den heftigen Angriffen ablesbar, die auf dem XVI. Parteitag gegen die „rechte Abweichung in der Praxis" gerichtet wurden. Nach dem Zeugnis der Delegierten muß es in zahlreichen Organisationen zu verbalem oder auch praktischem Widerstand gegen die Durchführung der Linie des ZK gekommen sein.[701] Ein Autor des trotzkistischen „Bjulleten' Oppozicii" zählte allein für Mai und Juni anhand der Pravda über 300 Unmutsäußerungen, davon 249 eher „rechts", 47 eher „trotzkistisch" und 17, die übertriebene Härten gegen die Kritik des ZK verteidigten.[702] Urteilt man nach Äußerungen auf dem XVI. Parteitag, kam der stärkste Widerstand vom Land – angesichts der Schwäche der Parteiorganisation im Dorf und der Größe der Aufgabe, nämlich Zerstörung und Neugestaltung der ökonomischen und sozialen Beziehungen innerhalb der Bauernschaft – nicht unerwartet. Bereits 1929 hieß es in einer Argumentationshilfe für Moskauer Agitatoren:

> „Es tut not, das Auftreten der rechten Abweichung in der Praxis der Getreidebeschaffungsarbeit entschieden und konsequent zu überwinden, die auftritt bei einzelnen unteren Gliedern des Partei-,

[698] Vgl. Pen'kov, XVI s-ezd, S. 363f.

[699] Vgl. nur die gleichsam rituellen Einleitungen fast aller Redebeiträge auf dem XVI. Parteitag, in denen die genannten Politiker verurteilt wurden.

[700] Kiselev, XVI s-ezd, S. 367; Ežov, N./Mechlis, L./Pospelov, P.: Pravyj uklon v praktičeskoj rabote i partijnoe boloto, in: B 1929, No. 16, S. 39–62; prinzipielle Einschätzung, S. 39, danach zahlreiche Einzelbeispiele.

[701] Kaganovič, XVI s-ezd, S. 88; Leonov, ebd., S. 114; Varejkis, ebd., S. 132; Chataevič, ebd., S. 163; Čubar', ebd., S. 167; Zelenskij, ebd., S. 174; Uchanov, ebd., S. 231; Razumov, ebd., S. 268; Zatonskij, ebd., S. 327; Bogdanov, ebd., S. 381.

[702] N.M.: O „novom" v partii, in: BO 1930, No. 14, S. 5–6.

> Komsomol-, Sowjet- und Genossenschaftsapparats sowie bei einzelnen Parteimitgliedern, die oft den Kulaken im Dorfe nicht sehen, passiv sind oder dem Kulaken gegenüber gar Nachsicht üben und nicht verstehen, daß ein gnadenloser Kampf gegen ihn nötig ist."[703]

In der Tat hielt eine große Zahl von Parteimitgliedern die vom ZK betriebene Agrar- und Bauernpolitik für falsch und schädlich. Nicht nur in einzelnen Apparaten, in einer Vielzahl von Organisationen machte sich Unmut Luft. In der Region „Untere Wolga" erklärte ein altes Parteimitglied namens Ul'janov seinen Unwillen:

> „Für mich war klar, daß die Unzufriedenheit mit dem Kurs der Partei zu einem Bauernaufstand gegen die Sowjetmacht führt und daß damit alle Errungenschaften des Oktobers in Gefahr sind."[704]

All diese Unzufriedenen und Kritiker ordneten die Parteigänger der ZK-Mehrheit der „rechten Abweichung" zu[705], ein probates Mittel, um sie mundtot zu machen.

Ähnlich verhielten sich die Vertreter der Mehrheitsfraktion, wenn es um Industrie- und Arbeiterpolitik ging. Bereits in den Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft in den Gewerkschaften 1928 hatte die Stalin-Gruppe der Tomskijschen Gewerkschaftsführung die Beschränkung auf die Verteidigung von Arbeiterinteressen und die Vernachlässigung von Produktionsfragen vorgeworfen.[706] Das wurde ein stereotyper Vorwurf gegen „Rechte" – oder umgekehrt: Verteidigung von Arbeiterinteressen qualifizierte den Betreffenden rasch als „Rechtsabweichler". Zweifel an den Wohltaten „sozialistischer Rationalisierung", Hinweise auf die Probleme der Arbeiterversorgung angesichts des hohen Entwicklungstempos, enger, „defensiver" Zugang zu Arbeitsschutzfragen, Forderungen nach besserer Entlohnung im Rahmen von Kollektivvertragskampagnen und fehlende Initiative bei Wende der Gewerkschaften mit „Front zur Produktion" zogen den Vorwurf nach sich, man verhalte sich „rechtsopportunistisch" bzw. man sei ein „Rechtsabweichler in der Praxis".[707] Derselbe Vorwurf traf auch diejenigen – Ingenieure wie Arbeiter –, die sich der enormen Beschleunigung des Produktionstempos, der verstärkten Einführung von Stoßarbeit und der Verschärfung der Arbeitsdisziplin widersetzten.[708]

Indem die ZK-Mehrheit und ihre Parteigänger im Apparat die Fiktion einer organisierten Rechtsopposition schufen, die die Einheit der Partei bedrohte, verschafften sie sich einen

[703] APPO MK VKP(b): O prodovol'stvennom položenii, Moskva 1929, S. 11; ein anschauliches Bild von der Beschaffungs- und Kollektivierungskampagne geben Kopelew, L.: Und schuf mir einen Götzen, München 1981, S. 238–245; Kravchenko, V. A. [Kravčenko, V. A.]: Ich wählte die Freiheit, Hamburg o.J. [1946?], S. 124–176.

[704] Berichtet von Šeboldaev, XVI s-ezd, S. 135.

[705] Vgl. ebd.; Gej, ebd., S. 140; Bergavinov, ebd., S. 170; Milch, ebd., S. 249; Kiselev, ebd., S. 367; Kuznecov, ebd., S. 606; Šlichter, ebd., S. 616; vgl. ferner Szamueli, T.: The Elimination of Opposition between the Sixteenth and Seventeenth Congress of the CPSU, in: Soviet Studies XVII, 1965/66, S. 318–338, hier S. 321.

[706] Vgl. oben Abschnitt 3.4.

[707] Vgl. Chejnman, in: PCh 1930, No. 12, S. 216; Vojtinskij, I.: Regulirovanie truda i trudovoe pravo na novom ėtape, in: SGRP 1930, No. 11–12, S. 130–145, hier S. 132, 144; Dugin, in: SS 1932, S. 23; Lominadze, XVI s-ezd, S. 198; Kaminskij, ebd., S. 514; Švernik, ebd., S. 648; Čuvyrin, ebd., S. 666.

[708] Počinščikov, P.; Syskov, S.: O rabote nizovogo partijnogo zvena (na opyte partorganizacii Magnitostroja), in: B 1931, No. 19–20, S. 51–62, hier S. 53; Gimmel'farb, S.: Likvidacija bezraboticy v SSSR i problema kadrov, in: PE 1931, No. 4–5, S. 23–56, hier S. 48; Kručinin, XVI s-ezd, S. 234; Amosov, ebd., S. 275; Kaminskij, ebd., S. 514; Chopljankin, ebd., S. 546; Gordienko, ebd., S. 678; Segal, ebd., S. 680.

Rechtstitel, jeden, der die forcierte Industrialisierung und die gewaltsame Kollektivierung ablehnte, als Gegner der Partei und des sozialistischen Aufbaus zu behandeln. Die Stalin-Gruppe ging aber noch weiter, sie markierte skeptische Parteimitglieder nicht nur als „Rechte", sie suchte die „Rechte Abweichung" als Ganzes zu kriminalisieren, indem sie sie in die Nähe konterrevolutionärer Aktivitäten und von „Schädlingstätigkeit" rückte. Kosior führte das auf dem XVI. Parteitag vor:

„Vor kurzem wurden in der Ukraine zwei sehr große konterrevolutionäre Organisationen liquidiert. Diese konterrevolutionären Organisationen wiederholten in ihrer ganzen Existenz, in ihrem Bestand und hauptsächlich in ihrer ganzen Ideologie, in ihren Losungen und in ihrem Programm, das sie aufstellten, voll und ganz die Plattform der rechten Abweichler. Sie erklärten direkt, daß sie nicht mehr wollen als die Verwirklichung der Plattform der Rechten."[709]

Die Parallelen zwischen sogenannten „Rechten" und sogenannten „Schädlingen" – beide Gruppen waren Fiktionen der Industrialisierungspropaganda, ihre „Mitglieder" gerieten wegen technischen Sachverstandes und wirtschaftspolitischen Augenmaßes ins Schußfeld – wurden um 1930 in der sowjetischen Publizistik immer wieder hervorgehoben.[710] Dem Angehörigen der VKP, dem diese beiden Fiktionen glaubwürdig erschienen – und der Informationsstand der Masse der Parteimitglieder macht es unwahrscheinlich, daß sie die Machinationen der Stalin-Gruppe durchschauten –, mußte die rechte Abweichung als gefährliche Bedrohung erscheinen, gegen die letztlich auch strafrechtliche Maßnahmen zulässig waren. Eine Bucharinsche Politik war damit in der Parteiöffentlichkeit desavouiert, Alternativen für die Stalinsche Industrialisierungspolitik in der Sowjetunion nicht mehr diskutierbar.

Die Kampagne gegen das „Rechtsabweichlertum" disziplinierte und mobilisierte die Parteimitglieder gleichermaßen. Während die abweichende Meinung mit Sanktionen belegt wurde, wurde die Politik der ZK-Mehrheit – forcierte Industrialisierung in Verbindung mit gewaltsamer Kollektivierung der Landwirtschaft – massiv propagiert. Die VKP trat von nun an erheblich geschlossener auf, auch wenn sie ein wichtiges Moment bolschewistischer Tradition endgültig aufgegeben hatte – die politische Auseinandersetzung um den einzuschlagenden Kurs, die Meinungsbildung durch öffentliche Debatte. Kaganovič sah das allerdings anders:

„... im Kampf mit dem Trotzkismus, mit der rechten Abweichung und dem Versöhnlertum ist die Partei erstarkt, die Partei ist gigantisch gewachsen. Hier zeigte sich die alte Tradition der bolschewistischen Partei. Unsere Partei wuchs und erstarkte im Kampf mit dem Opportunismus."[711]

4.2.2. Die Parteisäuberung 1929/30

Parallel zu der politischen Kampagne gegen Abweichler und zu der durchgreifenden Reform von Parteiapparat und Parteibasisorganisation führte das ZK – gewissermaßen als flankie-

[709] Ebd., S. 179; vgl. ähnlich Šeboldaev, ebd., S. 135f.

[710] Kržižanovskij, G.: Vreditel'stvo v ėnergetike, in: PCh 1930, No. 10–11, S. 5–26, hier S. 9; Ragol'skij, M.: O vreditel'skoj teorii planirovanija Gromana-Bazarova, in: PCh 1930, No. 10–11, S. 60–97, hier S. 92; Klimov, M.: Vreditel'stvo – metod klassovoj bor'by, in: SGRP 1930, No. 10, S. 123–136, hier S. 126; Molotov, V.: Perevybory i perestrojka sovetov, in: B 1931, No. 3, S. 10–26, hier S. 16.

[711] Kaganovič 1930, S. 40.

rende Maßnahme – eine Parteisäuberung durch. Explizit wurde eine Generalrevision des Mitgliederbestandes im November 1928 gefordert[712], zu einem Zeitpunkt, da die innerparteilichen Auseinandersetzungen noch nicht entschieden waren. Beschlossen wurde sie am Vorabend der XVI. Parteikonferenz vom Vereinigten Plenum von ZK und ZKK.[713] Die Parteikonferenz selbst verabschiedete dann eine formelle Resolution zur Säuberung und Überprüfung der Mitglieder[714], die schließlich noch durch Ausführungsbestimmungen ergänzt wurde.[715]

Die Aufgaben der Revision von Organisation und Mitgliederbestand waren vielschichtig, sie sind keinesfalls auf das Moment politischer Disziplinierung eingeengt zu sehen, auch wenn es gewiß eine Rolle spielte. Die „čistka" stand im Kontext der massiven Anstrengungen des ZK, auf organisationstechnischem und politischem Gebiet die Masse der Partei für die Industrialisierungspolitik zu mobilisieren und die VKP zur Leitung dieses Prozesses fähig zu machen. Die „Säuberung" stand denn auch in engem Zusammenhang mit einer neuen Kampagne zur Werbung von Arbeitern. Bis Ende 1930 sollte die Partei zur Hälfte aus Arbeitern „an der Werkbank" bestehen.[716]

Der Beschluß der Parteikonferenz im April 1929 sah vor, eine „Generalsäuberung" der VKP durchzuführen und vor dem XVI. Parteitag, der dann von 26. Juni bis 13. Juli 1930 stattfand, zum Abschluß zu bringen. Die Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen wurde der ZKK überlassen, jedoch bestimmte die Konferenz, daß die Säuberung öffentlich – „in Anwesenheit parteiloser Arbeiter- und Dorfarmen-, Arme Bauern- und Mittelbauernmassen" – stattfinden sollte. Und sie sollte eingebunden sein in eine breit angelegte Massenkampagne, die Parteilose und Parteiangehörige ansprechen sollte.[717] Erklärtes Ziel war es, die Partei „in der Periode der Rekonstruktion der sozialistischen Wirtschaft", angesichts des „sozialistischen Angriffs auf die kapitalistischen Elemente" und der damit verbundenen „Verschärfung des Klassenkampfes" – so lautete die Stalinsche Erklärung für die selbsterzeugte politische Krise – gegen kleinbürgerliche Einflüsse abzuschirmen.[718] Alle „nichtkommunistischen" Elemente sollten die VKP verlassen – unverbesserliche Bürokraten, solche, die sich aus Eigennutz in die Partei eingeschlichen hatten, solche, die den Klassenfeind unterstützten, korrupte Personen, Antisemiten, Gläubige (oder, wie es hieß, heimliche Anhänger des religiösen Kultes), aber auch Trotzkisten, Dezisten, Mjasnikov-Anhänger und „Vertreter anderer parteifeindlicher Gruppen".[719] Wie dies im einzelnen zu verstehen war, hatte man bereits im Vorfeld in der Presse erörtert; dazu gab Emel'jan Jaroslavskij auf der Parteikonferenz eine Reihe praktischer Winke. In der Diskussion wurde deutlich, daß Teile des Parteiapparats die Generalsäuberung für unnütz und arbeitsstörend hielten. Über solche Einwände ging die Zentrale jedoch hinweg.[720] Sie legte aber Wert darauf, abzuklären, welche

712 KPSS, t. 4, S. 148f.
713 Ebd., S. 184.
714 Ebd., S. 238–248.
715 Instrukcija po organizacii i provedeniju general'noj čistki i proverke rjadov VKP (b), in: Jaroslavskij, E. (Hrsg.): Kak provodit' čistku partii, Moskva 1929, S. 145–157.
716 KPSS, t. 4, S. 149.
717 Ebd., S. 247f.
718 Ebd., S. 239, 243f.
719 Ebd., S. 244.
720 O predstojaščej čistke partii, in: B 1929, No. 4, S. 3–17, hier S. 8f.

Verhaltensweisen im einzelnen mit Parteistrafen belegt werden sollten. Die einzelnen Parteiorganisationen hatten bei der Vorbereitung der Säuberung ursprünglich unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. Während z. B. in Jaroslavl' nach sozial fremden Elementen gefahndet wurde – nach ehemaligen Gendarmen, Gutsbesitzerssöhnen und dörflichen Ausbeutern –, konzentrierte sich die Organisation in Baku auf Parteispießer, auf Betbrüder, Säufer und politisch träge Egoisten.[721] Doch so sehr auch die Parteiethik ein Kriterium sein sollte, entscheidend war das Merkmal der „klassenmäßigen Fremdheit" und das der „Verzerrung der Klassenlinie".[722] In seinem heiter angehauchten Vortrag vor der XVI. Parteikonferenz unterstrich Jarsolavskij diesen Gesichtspunkt:

> „Ihr seht, Genossen, in dieser Aufzählung *liegt das Schwergewicht auf dem klassenmäßigen Profil des Kommunisten*, auch wenn ganz unterschiedliche Anlässe für den Ausschluß aufgezählt werden."[723]

Jaroslavskij wandte sich gegen eine engstirnige Auffassung der kommunistischen Moral, die Parteimitglieder allein infolge Alkoholkonsums und gutbürgerlicher Wohnungsausstattung verurteilte. Er führte als Beispiel die Schnüffelpraxis eines Moskauer Rayons an, die Nachbarn von Parteiangehörigen Fragen vorlegte wie: „Was für Gäste hat er? Wie sind diese Leute gekleidet? Hat er Bedienstete? Warum brennt bis 2, 3 Uhr morgens Licht? Glauben Sie nicht, daß dann eine Sauferei stattfindet?" In Nižnij Novgorod teilte man die Parteimitglieder nach Mobiliar in drei Klassen ein: In die mittlere entfielen solche, die 8 Wiener Stühle, einen Tisch, eine Garderobe und ein Bettgestell ohne Verzierungen besaßen. Die gleichmacherischen Tendenzen, die sich in solchem Vorgehen ausdrückten, fanden nicht den Beifall der Zentrale. Jaroslavskij wandte sich auch dagegen, speziell „Rechtsabweichler" zu bestrafen – die „Rechtsabweichung müsse man politisch bekämpfen. Allerdings solle man Parteimitglieder, die in der Praxis von der Parteilinie nach rechts abgewichen seien, die die Industrialisierungs- oder die Kollektivierungspolitik sabotierten, selbstverständlich aus der Partei entfernen.[724] Dies öffnete der Abstrafung sowohl von Bucharinisten als auch von moderat gestimmten Basisparteisekretären natürlich Tür und Tor.

Neben der Eliminierung politischer Gegner und „fremder" Elemente sollte die Generalrevision auch der Mobilisierung von Partei und Apparat dienen. Im Bereich der Sowjetbehörden zielte die Säuberung auf Beseitigung bürokratischer Mißstände und wollte hier verstärkt proletarische Kader heranziehen.[725] Im Industriebereich standen die Säuberungskommissionen vor einer komplizierten Aufgabe. Sie sollten Arbeiter zur Erörterung der Arbeit von Parteimitgliedern heranziehen, Arbeiter zum Eintritt in die VKP werben, zugleich aber auch auf bessere Arbeitsdisziplin und Intensivierung der Arbeit drängen.[726] Hier war – und das wurde in der Zentrale auch erkannt – ein möglicher Konflikt zwischen Partei und Arbeitern angelegt, der bei der öffentlichen Diskussion der Parteiarbeit aufbrechen konnte. Den Kommissionen vor Ort gab man aber eindeutige Richtlinien:

[721] Vgl. ebd., S. 9f.; vgl. Jaroslavskij, XVI konf., S. 589f.

[722] B 1929, No. 4, S. 10.

[723] Jaroslavskij, XVI konf., S. 593.

[724] Alle Beispiele bei: Jaroslavskij, XVI konf., S. 594f., 597ff., 609f.

[725] Vgl. Lebed', D.: Proverka sovetskich jačeek VKP(b), in: Jaroslavskij 1929, S. 96–102, hier S. 96, 98f., 100.

[726] Vgl. Korotkov, I.: K proverke i čistke proizvodstvennych jačeek, in: Jaroslavskij 1929, S. 83–95.

> „Auch wenn die organisierte Avantgarde des Proletariats, seine politische Partei, die Stimmungen und Interessen der Arbeiter in jedem einzelnen Moment in Rechnung stellt und wiedergibt, kann sie sich nicht allein von den Stimmungen und Interessen des Augenblicks leiten lassen. Im Gegenteil sie, die Avantgarde, der Führer der Klasse, muß manchmal im Namen der allgemeinen Interessen des ganzen Proletariats gegen die in der Arbeitermasse vorherrschenden Stimmungen vorgehen."[727]

Die Einbeziehung der Belegschaften in die Säuberung der Parteizellen sollte nicht zu einer Kritik an der Industrialisierungspolitik mit allen ihren negativen Implikationen für Arbeitsalltag und Versorgung der Arbeiter führen, das sollten die Parteibeamten vor Ort verhindern. Demgemäß sollte die Beurteilung der einzelnen Parteimitglieder nicht durch die Vollversammlung erfolgen, sondern allein durch die Säuberungskommissionen.[728]

Federführend bei der Durchführung der Revision war die Zentrale Kontrollkommission sowie die ihr nachgeordneten lokalen Kontrollkommissionen, die die Überprüfungskommissionen zusammenstellten und bestätigten.[729] Zur Vorbereitung der Säuberung sollten nicht nur die lokalen Parteibehörden Charakteristiken vorbereiten, die Mitglieder der VKP wurden ermutigt, die Kommissionen mündlich oder schriftlich über den Zustand der Parteiorganisationen und die Situation einzelner Kommunisten zu informieren: Denunziation war Teil des Systems.[730] Durch Bevollmächtigte von ZK und ZKK wurde die Arbeit der lokalen Apparate überwacht.[731] Begleitet wurde die Säuberung von einer Pressekampagne und einer Mitgliederwerbung, die 600000 neue Parteimitglieder erbrachte.[732]

Tatsächlich scheint es gelungen zu sein, eine große Zahl von Parteilosen zur Anwesenheit bei Sitzungen der Überprüfungskommissionen zu bewegen.[733] Offenbar gelang es auch großenteils, „ungesunde" Strömungen im Zaum zu halten, etwa Beschuldigungen von Kommunisten als Bürokraten, weil sie sich energisch für Steigerung der Produktivität einsetzten.[734] Allerdings brachte die notorische Inkompetenz des Parteiapparats vielfach Probleme mit sich. So waren viele der vorab erstellten Charakteristiken unbrauchbar. Darunter waren Stilblüten wie diese: „Standhaft, politisch gebildet. Ohne eigene feste Überzeugung; wartet ab, daß andere reden" oder: „Politisch standhaft, ideologisch schwankend".[735] Mit solchen Äußerungen ließ sich natürlich wenig anfangen. Eine andere Schwäche der Parteibeamten war die Vorstellung, je mehr man hinaussäubere, ein desto aktiverer Bolschewist sei man.[736] Ein derartiger, eher formaler Zugang führte nicht zu den von der Zentrale gewünschten Ergebnissen. Insofern machten sich auch bei der Generalrevision wieder die bekannten Schwächen des Parteiapparats bemerkbar.

[727] Ebd., S. 85; vgl. ebd., S. 87.
[728] Jaroslavskij, XVI s-ezd, S. 608; vgl. auch Rjabkon', V.: Čistka partii i massovaja rabota na predprijatii, in: Izv CK 1929, No. 14–15, S. 9–11.
[729] Instrukcija, in: Jaroslavskij 1929, S. 147.
[730] Ebd., S. 148.
[731] Mitrofanov, A.: O rukovodstve proverkoj i čistkoj rjadov partii, in: Izv CK 1929, No. 7, S. 3–5, hier S. 3.
[732] Ebd., S. 4; Ordžonikidze, XVI s-ezd, S. 323; vgl. Bogdanov, ebd., S. 380; Ukreplenie, in: PS 1930, No. 11–12, S. 18.
[733] Ordžonikidze, XVI s-ezd, S. 323; vgl. Bogdanov, ebd., S. 353.
[734] Instrukcija, in: Jaroslavskij 1929, S. 150; Rjabkon', in: Izv CK 1929, No. 14–15, S. 9.
[735] Jaroslavskij, XVI s-ezd, S. 339.
[736] Sol'c, ebd., S. 360.

Im Ergebnis der Generalsäuberung von 1929/30 wurden ca. 11% der Mitglieder und Kandidaten ausgeschlossen, an die 170000 Personen.[737] Das traf vor allem die Parteizellen auf dem Lande, die 15,4% ihres Bestandes einbüßten, während die Behörden- und Betriebszellen mit 8,6% bzw. 7,5% glimpflicher davonkamen.[738] Hier fand sicher zunächst die zugespitzte Situation auf dem Dorf ihren Niederschlag, doch es zeigt auch, daß in dieser Säuberung neben Arbeitern auch die Behördenangestellten geschont wurden.

Aus welchen Gründen die Ausschlüsse erfolgten, läßt sich nur schwer feststellen. „Partijnoe Stroitel'stvo“ machte darüber folgende Angaben:[739]

49420	Verstöße gegen die Parteidisziplin (Beteiligung an Fraktionsarbeit, mangelnde Parteistandhaftigkeit, Verweigerung von Parteiarbeit, Passivität)
46797	Fälle von nichtkommunistischem Verhalten im Alltag (Alkoholismus, Grobheit in der Familie, sexuelles Fehlverhalten, Zersetzung)
26991	Bruch von Parteidirektiven (davon 11745 Verzerrung der Klassenlinie und Verbindung mit sozial fremden Elementen)
4898	Verletzung der Arbeitsdisziplin, Nachtrablertum
4505	Weigerung, in den Kolchos einzutreten
2257	Verbergen von Getreideüberschüssen
1120	Bewußte Behinderung bei der Befreiung der Frau (im Transkaukasus und Mittelasien)
2466	Bürokratismus, Verschleppung von Angelegenheiten, kommunistische Hoffart
138454	

dazu kommen:

ca. 25000 klassenmäßig fremde und feindliche Elemente
ca. 21000 Ausschlüsse wegen krimineller Vergehen.

So unscharf die Kategorieneinteilung auch ist und so wenig sie Rückschlüsse auf tatsächliche Ausschlußgründe zuläßt, so stechen doch einige Dinge ins Auge: offensichtlich führte die Beteiligung der Basis nicht dazu, daß verschärft gegen Bürokraten vorgegangen wurde. Die Zahl der Verstöße ist hier, selbst wenn man davon ausgeht, daß einige Fälle kriminellen Vergehens in diesen Bereich fallen, geradezu lächerlich gering. Dagegen ist die Zahl der Verstöße gegen Anforderungen, die von oben, von der Führung gestellt wurden, sehr groß. Trotz der Öffentlichkeit der Säuberung sind basisdemokratische Elemente an den Ergebnissen nicht ablesbar. Offenbar diente die Form der offenen Versammlung nur dazu, plebiszitäre Zustimmung zu Disziplinierungsmaßnahmen einzuholen und zugleich die Basis zu mobilisieren. Verbergen von Getreideüberschüssen, Weigerung, in den Kolchos einzutreten, Nachtrablertum und Verletzung der Arbeitsdisziplin, Verletzung von Parteidirektiven und Ver-

[737] Vgl. Samokritika i vnutripartijnaja demokratija, in: PS 1930, No. 11–12, S. 21–29, hier S. 25; Ukreplenie, in: PS 1930, No. 11–12, S. 18; Rizel', in: PS 1930, No. 10, S. 8; Ordžonikidze, XVI s-ezd, S. 323, geht nach unvollständigen Daten erst von 130500 (10,2%) aus; Kaganovič, ebd., S. 85, von 116000 (10,4%); das sind offenbar jeweils vorläufige Ergebnisse, bei denen die Prozentberechnung nicht ganz stimmig ist; Voprosy členstva v VKP(b), in: Partijnaja žizn' 1947, No. 20, S. 73–83, hier S. 78, gibt keine Zahlen.

[738] Ukreplenie, in: PS 1930, No. 11–12, S. 18; Samokritika, in: PS 1930, No. 1–12, S. 25; vgl. Ordžonikidze, XVI s-ezd, S. 323, und Jaroslavskij, ebd., S. 340, mit nahezu identischen Zahlen auf der Basis des vorläufigen Ergebnisses; vgl. Jaroslavskij, E.: K čistke partii, in: B 1933, No. 7–8, S. 12–31, hier S. 17.

[739] Samokritika, in: PS 1930, No. 11–12, S. 26; die Gesamtaddition ergibt 184454 liegt also deutlich über 170000; möglicherweise gab es für manche Ausschlüsse mehrere Gründe.

stöße gegen die Parteidisziplin stehen für ein Verhalten, das – sei es aus Wurstigkeit, sei es aus lokalpolitischem Kalkül oder aus besserer Einsicht – nicht auf die politischen Vorgaben der Zentrale reagierte. Viel stärker als die „Čistka" von 1921 stand die Generalsäuberung von 1929 im Dienst der Durchsetzung einer bestimmten Politik, nämlich der von der Stalin-Gruppe propagierten forcierten Industrialisierungs- und Kollektivierungspolitik.

Insofern war Jaroslavskijs Einschränkung, mit der „rechten Abweichung" führe die Partei nur einen *ideologischen* Kampf[740], nicht einen Pfifferling wert. Die Überprüfungskommissionen kritisierten politisch-ideologische Abweichung scharf und verfolgten sie auch mit Parteistrafen. Das Urteil der Kommission über die Parteizelle des Finanzkommissariats, in der 139 von 268 Mitgliedern gemaßregelt wurden (35 mit Parteiausschluß), davon 10 wegen Abweichung oder mangelnder ideologischer Standhaftigkeit[741], enthielt folgende Passage:

> „Sie ließ die ideologische Unterstützung der rechten Abweichung durch einzelne Mitglieder der Zellen außer acht ... sie entwickelte eine versöhnlerische Haltung zu einzelnen Ideologen dieser Abweichung und leistete dem Auftreten der rechten Abweichung in der Praxis nicht energisch genug Widerstand."[742]

Der Vorwurf der „rechten Abweichung" mit seiner Spitze gegen Gegner der forcierten Industrialisierung nahm im Denken der Überprüfungskommissionen einen zentralen Platz ein. Das sprach Kaganovič im nachhinein – anläßlich der Säuberung 1933 – offen aus, wobei er das Kalkül der Generalsäuberung 1929, wahrscheinlich um das Vorgehen von 1933 zu legitimieren, allein auf den politischen Aspekt reduzierte:

> „So war es 1929 auch, als die Partei zum entfalteten sozialistischen Angriff auf der ganzen Front überging, als reaktionäre Elemente innerhalb der Partei diesem entfalteten sozialistischen Angriff Widerstand leisteten, die die rechte Abweichung bildeten. Als sie, nach dem Vorbild der Trotzkisten, begannen, die eiserne Disziplin der Partei zu verletzen, gegen die von der Partei durchgeführte Linie aufzutreten und eine kulakische, antiparteiliche Politik zu propagieren, als sie versuchten den Enthusiasmus der Arbeitermassen für den sozialistischen Wettbewerb und Stoßarbeit zu brechen, wie das rechtsabweichlerische, tradeunionistische Gewerkschaftler taten, da hat ihnen die Partei nicht nur eine Abfuhr erteilt, sondern hat in Antwort auf die neue, feindliche Attacke eine Säuberung ihrer Reihen organisiert, damit sie den Angriff auf die kapitalistischen Elemente auf der ganzen Front erfolgreicher vortragen konnte."[743]

Die Generalrevision von Mitgliedern und Parteiorganisationen ordnete sich also in den durchgreifenden organisatorischen und politischen Umgestaltung der VKP ein, die die Partei in den Stand setzen sollte, Industrialisierung und Umgestaltung des Agrarbereichs zu leiten. Organisatorische Reformen, die den ungefügen Apparat mit seinem technisch und ökono-

[740] Jaroslavskij, XVI konf., S. 609; vgl. oben.
[741] Cirul', Ja.: Partijnye kadry v central'nych učreždenijach, in: PS 1930, No. 5, S. 21–25, hier S. 22.
[742] Ebd., S. 21; Auslassung dort im Original; ebd., ähnliche Aussagen über die Parteizelle des NKVD.
[743] Kaganovič, L.: O čistke partii, in: PS 1933, No. 11, S. 1–11, hier S. 3; an dem Zitat ist die Veränderung des Klimas politischer Auseinandersetzung zwischen 1929 und 1933 erkennbar: Kaganovič verurteilt seine politischen Gegner gänzlich unverhohlen und hat – anders als Jaroslavskij 1929/30 – kein schlechtes Gewissen, wenn gegen ideologische Abweichung administrativ vorgegangen wird. Das verleitet den Verfasser zu der Annahme, daß Kaganovič 1933 einen Teil des tatsächlichen Kalküls der Säuberung 1929 offenlegt. Es darf aber nicht übersehen werden, daß Kaganovič das Vorgehen von 1933 durch Tradition legitimieren will und u.U. Ideen von 1933 nach rückwärts projiziert.

misch weitgehend inkompetenten Personal den Erfordernissen einer modernen Industriegesellschaft anpassen sollten – was kurzfristig nicht gelang –, wurden begleitet von Maßnahmen zur Verdrängung politisch Andersdenkender und einer politischen Disziplinierung der Masse von Mitgliedern und Parteibeamten. Kritik an der von der ZK-Mehrheit betriebenen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zog Maßregelungen von seiten des Apparats nach sich. Das bedeutete, daß Diskussionen über grundsätzliche Probleme der Industrialisierungspolitik und Suche nach einer sinnvollen, den Umständen eher angemessenen Strategie nicht mehr möglich war. Andererseits gelang es, den Parteiapparat soweit zu mobilisieren, daß er – im Rahmen des in ihm vorhandenen ‚know hows' – versuchte, die Industrialisierung voranzutreiben.

5. VERSCHÄRFUNG DER REPRESSION: EINSCHÜCHTERUNG UND MOBILISIERUNG DER GESELLSCHAFT

Welche Rolle politischer Druck und die Zunahme von Zwangsmaßnahmen bei der Durchsetzung der hypertrophen Industrialisierungspolitik spielten, ist bereits mehrfach angeklungen. Sowohl bei der Konzipierung des Fünfjahrplanes, bei der Disziplinierung des Wirtschaftsmanagements durch den Šachty-Prozeß und die Schädlingsvorwürfe, bei der Zerschlagung der alten Gewerkschaftsführung, als auch bei der Ausschaltung der Bucharin-Gruppe, insbesondere aber bei den Maßnahmen zur Kollektivierung und Getreidebeschaffung wurde Druck ausgeübt und Zwangsmaßnahmen angewandt. Im Rahmen der sozialen und politischen Entwicklung erlangte die OGPU zunehmenden Einfluß auf die Politik und machte auch selber Politik. Das veränderte das Klima der politischen Diskussion innerhalb der Sowjetunion erheblich. So schwer die Rolle von Justiz, Polizeiapparat und insbesondere auch OGPU konkret faßbar ist, soll doch versucht werden, die zunehmende Bedeutung der Repressionsapparate an zwei Entwicklungen zu analysieren: am Ausbau der Repressionsapparate, der Hand in Hand ging mit einer Veränderung der Haftvollzugspolitik, und an der „Schädlingskampagne", die mit dem Šachty-Prozeß einsetzte und sich bis 1931 hinzog.

5.1. DER AUSBAU DES REPRESSIONSAPPARATES I: DIE OGPU

Der Ausbau der OGPU und die Ausweitung von Kompetenzen und Arbeitsbereich dieser Behörde in der Phase der forcierten Industrialisierung ist m.W. bisher nicht gründlich untersucht worden. Gewiß gibt es im Rahmen übergreifender Arbeiten eine Reihe von Hinweisen[744], doch steht eine wissenschaftliche Behandlung der Entwicklung der Staatssicherheitsdienste in den zwanziger und dreißiger Jahren noch aus. Der vorliegende Abschnitt kann diese Lücke nicht füllen, zumal das verfügbare Quellenmaterial eine erschöpfende Behandlung dieses Fragenkomplexes kaum erlaubt. Es soll aber der Versuch gemacht werden, die veränderte Rolle der OGPU in der Gesellschaft wenigstens anhand von Einzelbeobachtungen sichtbar zu machen.

Die GPU bzw. OGPU wurde als Nachfolgeorganisation der VČK (Vserossijskaja Črezvyčajnaja Komissija po bor'be s kontr-revoljuciej i sabotažem; Allrussische Außerordentliche Kommission zum Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage) gegründet, die 1922 aufgelöst worden war.[745] Die GPU – zunächst eine nachgeordnete Behörde des Volkskommissa-

[744] Vgl. Wolin, S./Slusser, R.M.: The Soviet Secret Police, New York 1957, S. 9–13; Carr, E.H.: Socialism in One Country, 3 Bde., London 1958ff., Bd. 2, S. 421ff.; Carr/Davies: Foundations 2, S. 376ff.; Juviler, P.H.: Revolutionary Law and Order, New York 1976, S. 33f.; Solomon jr., P.H.: Soviet Penal Policy 1917–1934: A Reinterpretation, in: Slavic Review 1980, No. 2, S. 195–217, hier S. 207ff.; vgl. auch Fainsod: Smolensk, S. 152ff.; Lewytzkyj, B.: Vom roten Terror zur sozialistischen Gesetzlichkeit, München 1961, S. 45ff.; Fainsod: Rußland, S. 476ff.

[745] Vgl. SU 1922, No. 4, st. 42 vom 30. 12. 1921 und SU 1922, No. 16, st. 160 vom 6. 2. 1922.

riats für Inneres der RSFSR – wurde nach der Gründung der UdSSR aus dem NKVD RSFSR ausgegliedert, als selbständige Organisation anderen Volkskommissariaten auf Unionsebene gleichgestellt und in OGPU umbenannt.[746] Im Kampf gegen politische und ökonomische Konterrevolution, gegen Spionage und Banditismus – so definierte die Verfassung der UdSSR die Aufgaben der OGPU[747] – standen ihr auch Mittel zu Gebote, die über rein polizeiliche Kompetenzen hinausgingen. Bereits im August und Oktober 1922 hatte die Sowjetmacht „Sonderkommissionen" zugelassen, in denen die GPU großen Einfluß ausübte, und die das Recht hatte, Konterrevolutionäre auf administrativem Wege auszuweisen oder zu verschicken, im Falle von Banditentum oder bewaffnetem Raub Strafen bis hin zur Erschießung zu verhängen sowie Personen, die antisowjetische Aktivitäten ausübten bis zu drei Jahren in Konzentrationslager (so wörtlich: koncentracionnyj lager') einzuweisen.[748]

Urteilt man nach den zugänglichen Daten, waren die zwanziger Jahre für die OGPU eine Phase der Konsolidierung. Das Budget dieser Behörde wuchs nicht rascher als das anderer Volkskommissariate bzw. als das Gesamtbudget:

Tab. 69: Entwicklung der Ausgaben für die OGPU im Staatsbudget der UdSSR 1923/24–1928/29 (in %)[749]

	1923/24	*1924/25*	*1925/26*	*1926/27*	*1927/28*	*1928/29*
Anteil am Allunionsbudget						
OGPU	2,9	1,9	1,7	1,5	1,5	1,5
Sondertruppen	1,8	1,5	1,6	1,5	1,6	1,6
Volkskommissariat für Krieg und Marine	29,1	26,3	24,6	23,2	23,5	24,8
Wachstum der Ausgaben (1923/24 = 100 %)						
Allunionsbudget	100	123,9	176,16	213,9	247,0	267,3
Volkskommissariat für Krieg und Marine	100	112,0	149,0	170,2	199,15	228,2
VSNCh	100	142,3	191,5	173,9	184,7	210,2
Post u. Telegraph	100	189,3	261,4	322,5	351,4	374,2
OGPU	100	79,8	99,7	106,3	124,1	132,2
Sondertruppen	100	106,3	158,1	175,2	211,9	237,7
Konvoitruppen	100	80,9	108,2	116,8	138,5	163,4

[746] Vgl. Wolin/Slusser, S. 10 u. 39; danach wurde die OGPU offiziell mit der Verfassung der UdSSR vom 6. 7. 1923 geschaffen, mit einem Dekret vom 15. 11. 23 wurden die Kompetenzen festgelegt; vgl. auch SZ 1924, No. 19, st. 183 mit Bestätigung des Dekrets; vgl. Osnovnoj zakon (konstitucija) SSSR, in: Istorija sovetskoj konstitucii (v dokumentach) 1917– 1956, Moskva 1957, S. 458–473, hier S. 471 f.

[747] Ebd.

[748] SU 1922, No. 51, st. 646; No. 65, st. 844; 1923, No. 8, st. 108; vgl. SZ 1933, No. 19, st. 108; vgl. Carr: Socialism 2, S. 431–433; vgl. Jakovlev, B.: Koncentracionnye lageri SSSR, Mjunchen 1955, S. 20.

[749] Nach: Slusser, R.: The Budget of the OGPU and the Special Troops from 1923/24 to 1928/29, in: Soviet Studies X, 1958/9, S. 375–383, hier S. 381; die Zahlen enthalten nicht die Ausgaben für Auslandsspionage, vgl. ebd., S. 379.

Trotz aller Unwägbarkeiten – so geht aus den Angaben nicht hervor, ob die GPU noch zusätzlich Mittel aus anderen Budgets erhielt[750] – scheint der Schluß möglich, daß die Geheimpolizei zwischen 1923 und 1929 nicht exzessiv ausgebaut wurde. Eine fühlbare Zunahme war ab 1927/28 erkennbar. Das Budget der Sondertruppen wuchs rascher, das Wachstum übertrifft das der Ausgaben für die Rote Armee nur geringfügig. Diese Beobachtungen decken sich mit der allgemeinen Beobachtung, daß die OGPU in den zwanziger Jahren zwar präsent war – bei der Verfolgung von Sozialdemokraten, Sozialrevolutionären, Anarchisten und Weißgardisten, beim Aufspüren parteiinterner Opposition, aber auch bei der Bekämpfung von Gewaltkriminalität –, daß sie das gesellschaftliche Leben aber nicht dominierte und vor dem Übergang zur forcierten Industrialisierung nur eine untergeordnete Rolle spielte.

Nichtsdestoweniger hatte die Geheimpolizei in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre bereits begonnen, eine Vielzahl gesellschaftlicher Bereiche zu überwachen. Nach dem Zeugnis G. A. Agabekovs, des OGPU-Residenten in Konstantinopel, der am 19. Juni 1930 überlief[751], war die OGPU Ende der zwanziger Jahre in 11 Abteilungen gegliedert:[752]

1. Abteilung für Gegenspionage (KRO; Leiter: Ol'skij)
2. Auslandsabteilung (INO; Leiter: Trilisser)
3. Geheimabteilung (SO; Leiter: Deribas)
4. Sonderabteilung (OO; Leiter: Jagoda; Stellvertr.: Ol'skij)
5. Spezielle Abteilung (SPEKO)
6. Volkswirtschaftliche Abteilung (ĖKO; Leiter: Prokof'ev)
7. Informationsabteilung (INFO; Leiter: Alekseev; Stellvertr.: Zaporožec).
8. Operative Abteilung (OPO)
9. Orientabteilung (VO; Leiter: Triandafilov)
10. Abteilung für Grenzschutz
11. Administrative Abteilung

Vorsitzender: Men'žinskij
Stellvertreter: Trilisser, Jagoda

Während die Auslandsabteilung Auslandsspionage organisierte, die Abteilung für Grenzschutz den Schmuggel bekämpfte und für den Einsatz der Sondertruppen verantwortlich war, befaßten sich – außer der Administrationsabteilung, die der allgemeinen Verwaltung diente – alle anderen Departments mit dem Inland: die KRO sollte ausländische Spionage innerhalb der UdSSR bekämpfen, die SPEKO organisierte die Geheimhaltung von Staatsgeheimnissen und die Ausarbeitung von Chiffren, die INFO überwachte Literatur, Medien und Post, die OO Armee und Flotte, die VO die mittelasiatischen Republiken, während die OPO die

[750] Folgt man Slusser, in: Soviet Studies X. 1958/59, S. 383, macht es nicht den Eindruck, daß die OGPU in den zwanziger Jahren zusätzliche Gelder erhielt; andererseits ist bekannt, daß Ende der zwanziger Jahre lokale Behörden Zahlungen an die OGPU leisteten, WKP 215, p. 199; Einnahmen aus eigenen Gewerbebetrieben (Straflager) können bis 1930 keine wesentliche Rolle gespielt haben, vgl. unten Abschnitt 5.2; zu Nebeneinnahmen vgl. auch Agabekov, G. A.: Die Tscheka an der Arbeit, Stuttgart usw. o. J. [um 1930], S. 36; zur Verteilung des Personals auf verschiedene Budgets vgl. unten Anm. 761.

[751] Agabekow: Tscheka, S. 191, 206f.; vgl. auch die leicht abweichende russische Version: Agabekov, G. S.: G. P. U. (zapiski čekista), Berlin 1930.

[752] Agabekow: Tscheka, S. 30; Agabekov: G. P. U., S. 12f.

operative Tätigkeit der OGPU leitete: Beschattung von Personen, Haussuchungen, Festnahmen.[753] Politische Bedeutung gewannen vor allem die Volkswirtschaftliche (ĖKO) und die Geheimabteilung (SO). ĖKO sollte nicht nur die Wirtschaftsspionage bekämpfen, sie verfolgte auch Wirtschaftskriminalität und Versagen bei der Planerfüllung. Im Rahmen der „Schädlingskampagne" mußte die Abteilung eine zentrale Rolle spielen. Die SO war mit dem Kampf gegen feindliche politische Parteien befaßt, mit der Beobachtung von Fraktionen innerhalb der VKP und mit Kirchenfragen. Diese Abteilung war es, die das ZK beim Vorgehen gegen die parteiinterne Opposition massiv unterstützte.[754] Wie eng die Zusammenarbeit zwischen OGPU und Parteibehörden mitunter war, zeigt das Smolensker Parteiarchiv. Immer wieder wandten sich die Bevollmächtigten der OGPU an die lokalen Parteiorganisationen und informierten sie über Fehlverhalten von Parteimitgliedern, über alkoholische Exzesse[755] ebenso wie über oppositionelle Äußerungen.[756] In dieser Zusammenarbeit zwischen politischer Organisation und Geheimpolizei war bereits ein Element Stalinscher Systemerhaltung angelegt, der Ersatz von Politik durch Repression. Angesichts der engen Zusammenarbeit zwischen ZK-Mehrheit und OGPU nimmt es denn auch nicht wunder, daß Stalin die Sicherheitsbehörden geradezu hymnisch pries – als „Schrecken der Bourgeoisie", „wachsamer Hüter der Revolution" und „blankes Schwert des Proletariats".[757]

Im Kampf mit der Opposition und angesichts der angeblichen Bedrohung durch die „Kulaken" gewann die OGPU gegen Ende der zwanziger Jahre an politischem Gewicht. Der Sicherheitsapparat wurde offenbar nun rascher ausgebaut.[758] In diesem Rahmen ist wohl auch die Rekrutierung neuer Mitarbeiter für die OGPU im Bezirk Brjansk zu sehen, über die wir Archivmaterial besitzen.[759] 23 Parteimitglieder schlug das Bezirkskomitee zur Arbeit in der OGPU vor – im Rahmen des „vydviženie". Die Kandidaten wurden auf physische Tauglichkeit hin untersucht und vom Bezirksbevollmächtigten der OGPU interviewt. Alle arbeiteten zum Zeitpunkt der Rekrutierung im Produktionsbereich, meist als Arbeiter, einer war Gewerkschaftsfunktionär an der Basis, drei weitere Parteibeamte. Vier wurden als „untauglich" eingestuft, fünf weitere lehnten den Eintritt in die OGPU ab, dreizehn wurden dem Gebietsbevollmächtigten der OGPU vorgeschlagen, einer wurde wegen früherer Unterschleife abgelehnt. Die fünf Arbeiter, die ablehnten, motivierten ihre Verweigerung durchweg materiell – in der OGPU verdienten sie weniger als im Betrieb. Sie ließen aber auch

[753] Ebd., Agabekow: Tscheka, S. 30–33.
[754] Vgl. z.B. Jaroslavskij, XV s-ezd, S. 551 f.; Serge: Beruf, S. 247, 259, 261 u.v.a., Reiman: Geburt, S. 237–242, und passim.
[755] WKP 226, Meldung vom 8. 3. 26.
[756] WKP 11, Vorgang vom 14. XII. 27. Febr. 1928.
[757] Stalin: Werke, Bd. 10, S. 204; Äußerung vom 5. 11. 1927.
[758] Vgl. oben Anm. 749; Fainsod: Smolensk: S. 158; vgl. Bergson, A.: The Real National Income of Soviet Russia Since 1928, Cambridge 1961, S. 67, gibt an:

Regierungsausgaben für die Geheimpolizei (Mrd. Rbl., Preise von 1937)

1928	0.33 Mrd. Rbl.
1937	3.0
1940	5.5

Man muß aber berücksichtigen, daß der Aufgabenbereich des NKVD 1937 weit größer ist als der der OGPU 1928 (Feuerwehr, Miliz etc.).
[759] WKP 215, p. 121–119; vgl. Fainsod: Smolensk, S. 158f.

durchblicken, daß sie zur Arbeit „in den Organen" keine rechte Lust hatten.[760] Die OGPU ihrerseits legte darauf Wert, daß sich die potentiellen Mitarbeiter mit ihrer Behörde weitgehend identifizierten. Positiv bewertet wurde – wie allgemein beim „vydviženic" – proletarische Herkunft und Parteimitgliedschaft. Das erlaubt gewiß keine Rückschlüsse auf den gesamten Apparat, über dessen Ausdehnung und Zusammensetzung m.W. brauchbare Daten nicht vorliegen.[761]

Die Verschärfung der politischen und sozialen Konflikte auf dem Dorf, und der Versuch der ZK-Mehrheit, eine Politik der gewaltsamen Kollektivierung durchzusetzen, erhöhte die Bedeutung der OGPU. OGPU und Sondertruppen spielten bei der Getreideaufbringung und in der Folge auch bei der Durchsetzung der Kollektivierung eine wichtige Rolle. Insbesondere die „Liquidierung der Kulaken als Klasse" lag in der Hand der Sicherheitsbehörden, die für Erfassung, oft auch Verhaftung und Deportation mißliebiger Elemente in der Bauernschaft sorgte.[762] Dabei gingen sie über das vertretbare Maß aber weit hinaus. Eine geheime Instruktion, die ZK und Rat der Volkskommissare im Mai 1933 ausgaben, verurteilte das Verhalten der OGPU in aller Schärfe:

> „Es erstaunt nicht, daß bei einer derart zügellosen Verhaftungspraxis die Organe, die verhaften dürfen, darunter auch die Organe der OGPU und besonders der Miliz, das Gefühl für den Maßstab verlieren und häufig Verhaftungen ohne jeglichen Grund vornehmen, indem sie nach der Regel vorgehen ‚erst verhaften, dann untersuchen'."[763]

Zu diesem Zeitpunkt – 1933 – waren in der gesamten Sowjetunion – allerdings ohne Besserungsarbeitskolonien und -lager – nach Angaben der Instruktion 800000 Personen in Haft, und es erging die Anweisung, diese Zahl binnen zwei Monaten auf 400000 zu senken sowie die

[760] WKP 215, p. 121–119.

[761] Vgl. auch Merl, S.: Die politischen und ökonomischen Kampagnen in den Jahren 1928 und 1929 und ihre Bedeutung für die Kollektivierung, in: Erler, G./Süß, W. (Hrsg.): Stalinismus. Probleme der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg, Frankfurt/M. 1982, S. 46–65, hier S. 49; Chejnman, S.: Gosudarstvennyj apparat SSSR, Moskva 1929, S. 12, 26, gibt allgemeine Daten über das Personal der „Ochrana obščestv. bezopasnosti i porjadka", d.h. der Miliz, des Haftvollzugs und ev. auch der OGPU; ob die OGPU in die Daten eingeht ist unklar; Chejnman macht folgende Angaben:

Personal der Ordnungs- u. Sicherheitsbehörden

	1.7.1924	*1.5.1925*	*1.5.1926*	*1.1.1927*	*1.1.1928*
a. absolut	109426	124046	131625	142361	155859
b. in % zum Vorjahr	–	113,4%	106,1%	108,2%	109,5%
c. Verteilung an Budgets:					
– Staatsbudget	–	5,4%	6,7%	10,5%	10,2%
– lokale Budgets	–	89,1	89,4	83,1	79,3
– selbsttragend (chozrasčet)	–	5,5	3,9	6,4	10,5

Es ist anzunehmen, daß sich die Kategorie „selbsttragend" vornehmlich auf das Personal der Arbeitskolonien bezieht, während über lokale Budgets vornehmlich die lokalen Organe der Miliz (vielleicht auch der OGPU?) finanziert wurden.

[762] Vgl. Fainsod: Smolensk, S. 241f.; Slusser/Wolin, S. 13; Lewytzkyj: Terror, S. 57f.; Reiman: Geburt, S. 292; WKP 162, p. 4; die Arbeit der OGPU im Agrarbereich dauerte den Fünfjahrplan über an, vgl. SV 1931, No. 24 (261), „Po Rossii"; Kopelew, L.: Aufbewahren für alle Zeit, München 1979, S. 233f.; WKP 162, p. 105–6; Kravchenko, S. 141.

[763] WKP 178, p. 135.

Verschickung von Familien, die daneben noch erfolgte, zahlenmäßig zu begrenzen.[764] 1927/28 hatte die Zahl der Gefängnisinsassen, für die zu diesem Zeitpunkt noch das Volkskommissariat für Inneres zuständig war, ca. 200000 betragen, zuzüglich etwa 30000 Häftlinge in OGPU-Lagern.[765] Kollektivierung und Industrialisierung waren also von einer Verhaftungswelle bisher nicht gekannten Ausmaßes begleitet.

Nicht nur im Agrarbereich spielten die Sicherheitsbehörden eine wichtige Rolle, auch in der Industrie nahm ihre Bedeutung seit 1928 erheblich zu. Zwar war die OGPU bei der Auswahl von Personal für den Wirtschaftsbereich bereits in den zwanziger Jahren beteiligt[766], doch 1927/28 begann sie auch direkt in Produktion und Planung einzugreifen. Bereits Ende 1927 wurden – auf Anregung Menžinskijs und gutgeheißen von Stalin – im Staats- und Behördenapparat „Beobachtungszellen" organisiert, die unzuverlässige Elemente auffinden sollten.[767] Ende 1927, Anfang 1928 gelang es der Nordkaukasischen OGPU dann für ihre Polizeiintrige gegen Bergbauingenieure in Šachty politische Unterstützung zu finden.[768] Die Mehrheit der Partei- und Wirtschaftsbeamten hielt die Vorwürfe zunächst für falsch, doch mit Hilfe der ZK-Mehrheit um Stalin konnte der OGPU-Apparat seine Position festigen und durch Konstruktion weiterer „Schädlingsaffären" ausbauen. Ordžonikidze beschrieb 1930 auf dem XVI. Parteitag den Bewußtseinswandel in der Parteiöffentlichkeit:

> „Es ist unnötig zu wiederholen, welche gewaltige Rolle die GPU bei der Aufdeckung des Schädlingswesens gespielt hat. Genosse Evdokimov, damals Vorsitzender der GPU im Nordkaukasus, hat unserer Partei in dieser Hinsicht unzweifelhaft große Dienste geleistet, wie auch andere unserer GPU-Mitarbeiter. Dasselbe passierte bei der Eisenbahn. Die Mitarbeiter der GPU bei der Bahn, die Genossen Blagonravov und Kiškin haben all das Gesindel mit einem unwahrscheinlichen Mut aufgestöbert, und damals war das nicht so einfach. Heute sind wir das gewöhnt und wissen, daß es viele solcher Schädlinge gibt und daß es nicht so besonders schwierig ist, sie zu entlarven. Aber damals hat eine große Zahl unserer Mitarbeiter nicht daran geglaubt, sie waren der Ansicht, daß die GPU übertreibt, und es kostete große Mühe, sie zu überzeugen, daß es Schädlingswesen wirklich gibt."[769]

Mit der Entlarvung von „Schädlingen" griff die OGPU nunmehr offen in Wirtschaftsentscheidungen ein. Bei Jugostal' entdeckte sie unwirtschaftliche Nutzung von Importausrüstung und verhaftete den technischen Leiter[770], bei der Beurteilung der Bautätigkeit des Volkskommissariats für Post und Telegraph war ein Mitglied der Überprüfungskommission ein Tsche-

[764] Ebd.; die üblichen Schätzungen liegen weit über der Zahl 800000, sie bewegen sich zwischen 1,62 Mio. und 5 Mio., teilweise allein bezogen auf Arbeitslager, vgl. Wheatcroft, S.: On Assessing the Size of Forced Concentration Camp Labour in the Soviet Union, 1929–1956, in: Soviet Studies, XXXIII, 1981, S. 265–295, hier S. 267f., vgl. aber Wheatcrofts skrupulöse Schätzungen, ebd., S. 288, die für die Arbeitslager des NKJust eine Population von 160000 angeben, für andere Haftanstalten des NKJust 150000; zu diesen Gruppen muß dann noch die nicht bekannte Zahl der Häftlinge in OGPU-Lagern gerechnet werden; zu dem gesamten Fragenkomplex vgl. unten Abschnitt 5.2.

[765] Solomon, in: Slavic Review 39, 1980, S. 202.

[766] Vasil'ev, in: B 1928, No. 8, S. 67.

[767] Reiman: Geburt, S. 244f., 258.

[768] Vgl. oben Abschnitt 2.2.

[769] Ordžonikidze, XVI s-ezd, S. 319; zum behördeninternen Widerstand gegen die „Schädlingskampagne" vgl. auch Reiman: Geburt, S. 284–291, 294–296.

[770] Gurevič, XVI s-ezd, S. 506f.

kist.[771] Auch wenn die OGPU nicht konstruktiv bei Wirtschaftsentscheidungen mitwirkte, so beeinflußte ihre ständige Präsenz doch gewiß die Entschlußfreudigkeit des Managements.

1929/30 war die Geheimpolizei offenbar direkt in den größeren Betrieben und Behörden durch Beauftragte bzw. durch „specotdely" (Spezialabteilungen) vertreten.[772] Diese Spezialabteilungen versahen – so eine Zusammenstellung Rosenfeldts[773] – offenbar verschiedenartige Aufgaben. Zunächst überwachten sie das Personal und sammelten Daten und Charakteristiken über die Beschäftigten, sie hatten Mitspracherecht bei Einstellungen oder Beförderungen. Daneben befaßten sie sich mit Absicherung des Betriebs und sorgten für Einhaltung der Geheimhaltungsvorschriften. Schließlich beobachteten sie die Produktionsabläufe und gingen allen Unregelmäßigkeiten nach. Wieweit die Spezialabteilungen diese Aufgaben wirklich wahrnahmen und welchen Einfluß sie in den verschiedenen Entwicklungsphasen besaßen, ist kaum zu klären. Für 1930–1934 besitzen wir immerhin eine Schilderung von Verhalten und Arbeitsweise der Werks-OGPU der Char'kover Lokomotivenfabrik, die auch Panzerkampfwagen herstellte.[774] Danach entfalteten der Bevollmächtigte der OGPU, Aleksandrov, und sein Stellvertreter Majevskij ihre Tätigkeit auf verschiedenen Ebenen. Einerseits nahmen sie an Sitzungen des Betriebsparteikomitees und an Abteilungsversammlungen teil, sie arbeiteten eng mit Betriebszeitung und Arbeiterkorrespondenten zusammen, die ihnen teilweise Meldungen und Berichte zukommen ließen, und sie verfügten neben „offenen Komsomolzen-Aktivisten" auch über ein Netz von Konfidenten, mit denen sie unter konspirativen Bedingungen zusammentrafen. Auf diese Weise verschaffte sich die Werks-OGPU Einblick in alle Bereiche des Betriebes. Folgt man der Darstellung Kopelevs waren die Mitarbeiter der OGPU zunächst an Stimmungsberichten interessiert, sie wollten wissen, ob es „Kulaken-Propaganda" oder „trotzkistische und bucharinistische Rückfälle" gab. Weiter suchten sie das Arbeitsverhalten der Belegschaft unter Beobachtung zu halten: ob ein Brigadier sich weigerte, höhere Soll-Verpflichtungen einzugehen oder ein Ingenieur die Übererfüllung von Plänen als törichte Utopie bezeichnete. Schließlich richtete die Werks-OGPU ihre Aufmerksamkeit auf die Produktion, sie zog Informationen ein, wenn es in der Gießerei bei der Erzeugung von Chrom-Nickel-Stahl zu Blasenbildung („Lunkerbildung") kam oder in der Schweißerei in einer bestimmten Schicht Ausschuß produziert wurde.[775] Anläßlich der Wahlen zum Stadtsowjet suchte sie ideologische Gegner auszukundschaften und schaltete durch eine geschickt eingefädelte Intrige einen mißliebigen Kandidaten aus.[776] Die OGPU überwachte also politische und ideologische Entwicklungen, sie übernahm auch Funktionen bei der Durchsetzung von Arbeitsdisziplin und der Erfüllung von Produktionsplänen.

[771] Ordžonikidze: Stat'i, Bd. 2, S. 168.
[772] Wann die „specotdely", die in ähnlicher Form in den dreißiger Jahren und nach dem Krieg weiterbestanden, geschaffen wurden, konnte nicht ermittelt werden; zu den „specotdely" selbst vgl. Wolin/Slusser, S. 118ff., 196f., 256; Rosenfeldt: Knowledge, S. 74ff.; Scott, J.: Jenseits des Ural, Stockholm 1944, S. 102f.; Weissberg-Cybulski, A.: Hexensabbat. Rußland im Schmelztiegel der Säuberungen, Frankfurt/M. 1951, S. 28; vgl. Kopelew: Aufbewahren, S. 230ff.; Kopelew: Und schuf, S. 259ff.
[773] Rosenfeldt: Knowledge, S. 73.
[774] Kopelew: Aufbewahren, S. 230ff.; ders.: Und schuf, S. 259ff.
[775] Kopelew: Aufbewahren, S. 232; ders.: Und schuf, S. 260.
[776] Ebd.

Die Rolle der OGPU bei der Disziplinierung von Arbeitern bestätigen auch die Korrespondenten des Exilorgans der russischen Sozialdemokraten „Socialističeskij Vestnik". Mehrfach berichten sie über Eingriffe der Sicherheitsbehörden in Arbeitskonflikte und Arbeiterproteste.[777] Um 1929/30 begann die OGPU auch eigene technische Büros einzurichten und eigene Großprojekte in Angriff zu nehmen.[778] Dabei konnte sie auf die große Zahl der verhafteten Ingenieure zurückgreifen. Im Zusammenhang mit dem weiter unten geschilderten Ausbau von Arbeitslagern begann die Sicherheitspolizei ein ernstzunehmender Faktor im Wirtschaftsleben zu werden.

Die OGPU unterstützte den industriellen Aufbau auch anderweitig – durch Agitation zur Abwendung von Brandstiftung[779] und Aufklärung von Diebstählen[780], aber auch durch die „Goldkampagne" von 1931/32.[781] Die „Goldkampagne" verfolgte das Ziel, alle im Land noch vorhandenen, in privaten Händen befindlichen Bestände an Gold, Valuta und anderen Wertsachen in staatlichen Besitz zu bringen. Die ĖKO OGPU lud überall – die vorliegenden Zeugnisse beziehen sich auf Leningrad, Moskau und Char'kov – potentielle Besitzer solcher Gegenstände – z. B. Juweliere, Uhrmacher, Zahnärzte, Nėpleute, Geistliche, Angehörige freier Berufe – vor und forderte sie auf, vorhandene Wertgegenstände und Devisen abzugeben. Teilweise bot man ihnen offenbar zum Tausch Gutscheine für Torgsin-Läden (Valuta-Läden) an. Im Weigerungsfall wurden die „Spekulanten" und „Valjutčiki" eingesperrt und massiv unter Druck gesetzt. Mitunter verschärften die OGPU-Beamten die Haftbedingungen derart – überheizte, überbelegte Zellen, versalzenes Essen und Wasserentzug[782] –, daß das Wort „Folter" angebracht ist. Allein im Leningrader Wehrkreis erpreßte die OGPU auf diese Weise 22 Millionen Rubel in Gold und Wertgegenständen.[783] So leistete auch die Wirtschaftsabteilung der OGPU ihren bescheidenen Beitrag zum sozialistischen Aufbau.

Neben der Tätigkeit im Agrarbereich, in der Industrie und bei der Kapitalakkumulation entwickelte die Sicherheitspolizei eine beachtliche Aktivität beim Aufspüren und Überwachen politischer Abweichler. Sie verfolgte nicht nur Menschewiki und Parteigänger der „trotzkistisch-sinowjewistischen" Opposition, sie organisierte auch innerhalb der VKP ein Bespitzelungssystem, das zumindest im Führungsbereich effektiv war. Nach dem Vorbild der Šachty-Affäre begann die Geheimpolizei politische Abweichler eigens erfundener Verbrechen zu beschuldigen und im Rahmen öffentlicher Prozesse zu verurteilen. So gab es nach dem Šachty-Prozeß einen Prozeß der „Industriepartei" und einen gegen die „menschewistischen Planer"[784], in der Ukraine „entdeckte" man eine „Ukrainische Volkssozialistische Partei", die ein „rechtes" Wirtschaftsprogramm vertrat[785], in den Wehrkreisen Leningrad und

[777] SV 1931, No. 14 (252), „Po Rossii"; 1932, No. 22 (283), S. 16; 1933, No. 20–21 (305–6), S. 13.

[778] Vgl. Gorky, M. u. a. (Hrsg.): Belomor. An Account of the Construction of the New Canal Between the White Sea and the Baltic Sea, New York 1935, S. 21 ff., und passim; SV 1931, No. 6–7 (244–245), S. 19.

[779] WKP 162, p. 21–22.

[780] Račočemu snabženiju – krepkoe partrukovodstvo, in: PS 1932, No. 11–12, S. 14–19, hier S. 17.

[781] Vgl. Kopelew: Und schuf, S. 371 f.; SV 1932, No. 21 (282), S. 16; Fomin: Zapiski, S. 157–169.

[782] Kopelew: Und schuf, S. 371 f.

[783] Fomin: Zapiski, S. 168.

[784] Vgl. dazu unten Abschnitt 5.3.; zu dem gesamten Komplex der Schauprozesse vgl. Ziehr, passim.

[785] Postyšev, XVI s-ezd, S. 109.

Moskau veranlaßte sie 1932 die Ablösung zahlreicher Kommandeure wegen „Verschwörung“.[786]

Die Verfolgung von Trotzkisten durch die OGPU hatte schon Mitte der zwanziger Jahre eingesetzt. Post wurde überwacht und Oppositionelle wurden bespitzelt. Die Zusammenarbeit zwischen OGPU und Parteiapparat funktionierte. Z. B. gelang es der OGPU im Jahr 1927 einen ehemaligen Wrangeloffizier als „agent provocateur“ in die Reihen der Opposition einzuschmuggeln, der eine illegale Druckerei auffliegen ließ und dann selber als Beweis für Verbindungen zwischen Opposition und Weißgardisten herhalten mußte.[787] Weniger spektakulär ging es in den Niederungen der Parteibasis her, wo die Bevollmächtigten der OGPU oppositionelle Äußerungen per Denunziation erfuhren und an die Parteistellen „zur Veranlassung“ weiterleiteten. So erfuhr z. B. ein Kreisparteikomitee im Gouvernement Smolensk davon, daß Genosse Sorokin, Mitglied einer landwirtschaftlichen Genossenschaft, die China-Politik des ZK für verfehlt hielt und erteilte ihm einen „strengen Verweis mit Vorwarnung“.[788] In einem anderen Fall wurde der Leiter der Besonderen Abteilung des Westlichen Wehrkreises am 23. 8. 1929 vom OGPU-Bevollmächtigten des Westlichen Gebiets – das Gouvernement Smolensk war in der Verwaltungsreform aufgelöst worden – in Kenntnis gesetzt, daß ein Ehrenzug des 86. Regiments mit Musik und Patenschaftsbanner am Begräbnis eines bekannten „Kulaken“ teilgenommen hatte, und ihm anheimgestellt, die Verantwortlichen zu bestrafen.[789]

1928 überwachte die Sicherheitspolizei auch systematisch führende Parteimitglieder, die der Rechts- oder Linksopposition verdächtig waren. Im Laufe des Gesprächs, das Bucharin am 11. 7. 1928 heimlich mit Kamenev führte, gab er ihm u. a. folgende Hinweise:

> „Sprich mit mir nicht am Telephon, mein Anschluß wird abgehört. Mich verfolgt die GPU und auch bei dir steht die GPU.“[790]

In der Folge war es auch die OGPU, die die Repressionsmaßnahmen gegen die Opposition durchführte: Verhaftungen, Haussuchungen, administrative Verschickung, die Untersuchungshaft und die Verhöre.[791] Dabei verwischten offenbar im Bewußtsein der Parteiöffentlichkeit allmählich die Grenzen zwischen Sekretärsapparat und OGPU. Für die Parteibeamten war es 1929/30 gang und gäbe, Kritikern mit der OGPU zu drohen, wie es der Sekretär des Bezirkskomitees von Kuzneck tat.[792] Und im Jahre 1931 nahmen an allen Sitzungen des Politbüros angeblich jeweils 3–4 führende Mitglieder der OGPU teil.[793] Es ist unklar, wieweit

[786] So SV 1932, No. 23 (284), S. 16.
[787] Stalin: Werke, Bd. 10, S. 162ff.; Deutscher, I.: Trotzki II. Der unbewaffnete Prophet 1921–1929, Stuttgart usw. 1972, S. 344f.
[788] WKP 11, Vorgang 14. XII. 27–12. I. 1928
[789] WKP 215, p. 203.
[790] T 1897, S. 3; auch Rykov wurde überwacht, vgl. BO 1930, No. 12–13, S. 24.
[791] Vgl. Kopelew: Aufbewahren, S. 222f.; Trotzki, L. [Trockij, L. D.] Mein Leben. Versuch einer Autobiographie, Berlin 1961, S. 496ff. 513; BO 1931, No. 19, S. 19; BO 1930, No. 11, S. 31; BO 1933, No. 35, S. 26; BO 1929, No. 3–4, S. 15.
[792] Sosnovskij, L.: Četyre pis'ma iz ssylki, in: BO 1929, No. 3–4, S. 15–29, hier S. 25.
[793] BO 1931, No. 25–26, S. 46; an den Parteitagen nahmen in der Regel ebenfalls Mitarbeiter der OGPU teil, teils direkt von der OGPU delegiert, teils normal gewählt:

die Verbindung von VKP und OGPU institutionalisiert war. Einige Historiker nehmen an, daß der „Besondere Sektor des ZK-Sekretariats" (Osobyj sektor Sekretariata CK), dessen Leiter seit 1928 A. N. Poskrebyšev war[794], die Parteibehörde gewesen sei, die den Kontakt mit der OGPU gehalten habe.[795] Das ist anhand der Quellen schwer zu erweisen. Deutlich ist, daß der „Besondere Sektor" für Geheimhaltungsfragen verantwortlich war, d. h. für Behandlung und Versand von als „geheim" klassifizierten Unterlagen.[796] In diesem Zusammenhang mußte er eng mit der „Specotdel" der OGPU zusammenarbeiten[797], so daß es wahrscheinlich punktuell recht enge Kontakte gab. Andererseits gewinnt man aus dem Smolensker Archiv den Eindruck, daß wenigstens bis 1930/31 auf lokaler Ebene die Kontakte zwischen VKP und OGPU über die Parteisekretäre direkt verliefen.[798] Auf welche Weise, über welche Personen und Institutionen die Stalin-Gruppe auf die Führung der OGPU einwirkte, ist anhand des vorliegenden Materials nicht sicher zu klären.[799]

Seit 1928 wurde der Sicherheitsapparat in zunehmendem Maße zu einem Faktor, der das politische Klima im Land und auch in der VKP beeinflußte und derart auch auf politische und Wirtschaftsentscheidungen einwirkte. Offenbar wurde die Arbeit der OGPU auch immer intensiver. Ein Korrespondent des „Socialističeskij Vestnik" urteilte 1931:

> „Die, die lange aus Rußland weg sind und die Tschcka der alten Zeit kennen, die handwerkelte, können sich die heutige *‚rationalisierte' und raffinierte Arbeit der GPU* nicht vorstellen."[800]

Nach Ansicht Nikolaevskijs, eines der Führer der sozialdemokratischen Emigration, war 1933 das Spitzelnetz der OGPU so dicht, daß jede oppositionelle Äußerung, die in Gegenwart von zwei bis drei Personen gemacht wurde, alsbald bei den Sicherheitsbehörden bekannt war.[801] Zweifellos war die OGPU wenigstens im städtischen Bereich beinahe überall präsent. Das ging aber nicht immer Hand in Hand mit einer Verbesserung des Informationsstandes. Gerade im Wirtschaftsbereich täuschte sie durch Erfindung von Straftaten zwar Kompetenz

Parteitag/Konferenz	*Offizielle OGPU-Vertreter*	*OGPU-Mitarbeiter unter den Delegierten (soweit bekannt)*
XVI. Parteikonf.	2	(1)
XVI. Parteitag	3	(2)
XVII. Parteikonferenz	7	–
XVII. Parteitag	7	(5)

vgl. XVI konf., S. 692, 706, 719; XVI s-ezd, S. 759, 767, 769, 771, 775; XVII konf., S. 281, 285–288, 291; XVII s-ezd, S. 693, 700f., 703, 708–10, 712.

794 Vgl. BSĖ, t. 46, Moskva 1940, c. 514; WKP 191, p. 2.

795 Vgl. Fainsod: Rußland, S. 224; Schapiro, L.: The Communist Party of the Soviet Union, New York 1971, S. 399, 407, Anm. 4; erheblich differenzierter mit Aufarbeitung aller verfügbaren Quellen: Rosenfeldt: Knowledge, S. 63–97.

796 Vgl. ebd., S. 92; WKP 191, p. 2.

797 Vgl. WKP 138, p. 1, 20–25; WKP 162, p. 36; z. B. sollten Geheimunterlagen durch den Feldverbindungsdienst der OGPU versandt werden, nicht durch die Post; Geheimnisträger mußten durch die OGPU überprüft werden.

798 Vgl. WKP 11; WKP 215, p. 203; WKP 162, p. 4.

799 Zu dem gesamten Komplex vgl. Rosenfeldt: Knowledge, S. 63–97.

800 SV 1931, No. 23 (260), S. 15; Hervorhebung im Original.

801 Nicolaevsky, B. I.: Power and the Soviet Elite, New York usw. 1965, S. 42f.

vor, versagte in der Tat aber völlig und behinderte ganz entschieden das Wirtschaftsmanagement. Anders im politischen Bereich: Die OGPU war ein Instrument zur Durchsetzung der politischen Vorstellungen der Stalin-Gruppe, sie ergänzte und unterstützte den Parteiapparat bei der Eliminierung von Abweichlern. Das tat sie so erfolgreich, daß innerhalb der trotzkistischen und der sozialdemokratischen Emigration, anscheinend auch in der VKP selbst Stimmen laut wurden, Stalin regiere die Partei nur noch vermittels der „Tscheka".[802]

Indes gewann die OGPU durch Aufdeckung immer neuer „Verschwörungen", durch ihre Rolle bei der gewaltsamen Kollektivierung und den Ausbau eines Netzes von Arbeitslagern in allen gesellschaftlichen Bereichen an Bedeutung. Erweitern konnte sie ihren Einfluß auch durch das Gesetz vom 7. August 1932, das Diebstähle auf der Eisenbahn und bei Wassertransport, Diebstähle von Kolchos- und Genossenschaftseigentum sowie alle Versuche, Bauern zum Austritt aus den Kolchosen zu bewegen mit Erschießung oder Haft bis zu 10 Jahren bedrohte und die Täter als „Volksfeinde" brandmarkte.[803] Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte der Einfluß der OGPU Ende 1932, als für die gesamte UdSSR ein Paßsystem geschaffen wurde, dessen Handhabung bei der Miliz (d.i. die Polizei) lag, die nun der OGPU unterstellt wurde. Am 27. 12. 1932 beschlossen das Zentrale Exekutivkomitee und der Rat der Volkskommissare, für alle Sowjetbürger über 16 Paß- und Meldezwang einzuführen. Vom Zeitpunkt der Einrichtung des einheitlichen Paßsystems an, das vordringlich in Moskau, Leningrad, Char'kov, Minsk, Rostov am Don und Vladivostok eingeführt werden sollte, war jeder Sowjetbürger über 16 verpflichtet, bei der polizeilichen Anmeldung, bei der Aufnahme einer Arbeit in Betrieb und Behörde und bei Aufforderung durch Miliz oder andere Behörden seinen Paß vorzulegen.[804] Offenbar suchte die Sowjetführung dabei mehrere Probleme auf einen Schlag zu lösen: die Landflucht, Ergebnis der durch die Kollektivierungspolitik erzeugten Hungerkatastrophe, sollte gestoppt, die starke Fluktuation der Arbeiter, die auf der Jagd nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen ständig den Arbeitsplatz wechselten, verlangsamt und die gesamte Bevölkerung kontrollierbar gemacht werden.

Ein erheblicher Machtzuwachs für die OGPU ergab sich aus der Unterstellung der Miliz, die vorher den Volkskommissariaten für Inneres bzw. eigenen Hauptverwaltungen bei den Räten der Volkskommissare in den einzelnen Unionsrepubliken zugeordnet war.[805] Bei der OGPU wurde gemäß dem Erlaß des Zentralen Exekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare eine Hauptverwaltung der Arbeiter- und Bauernmiliz eingerichtet[806], die die

[802] SV 1931, No. 21 (259), S. 12; Trockij, L.: Problemy razvitija SSR, in: BO 1931, No. 20, S. 2–15, hier S. 6; vgl. Likvidacija GPU, in: SV 1934, No. 7, S. 1–2.

[803] SZ 1932, No. 62, st. 360; Krylenko, N.: Ochrana i ukreplenie obščestvennoj (socialističeskoj) sobstvennosti, in: SG 1932, No. 7–8, S. 3–24; SV 1933, No. 4–5 (289–290), S. 24, noch 8 Wochen vorher hatten ZEK und SNK für die Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit plädiert und ungesetzliche Verhaftungen verurteilt (SZ 1932, No. 50, st. 293), nun zogen sie nach.

[804] SZ 1932, No. 84, st. 516, 517; 1933, No. 3, st. 22; vgl. dazu Schwarz: Arbeiterklasse, S. 110f.; Kopelew: Und schuf, S. 351; Garvi, P.: Pasportizacija Rossii, in: SV 1933, No. 3 (288), S. 4–7, zur Durchführung dieser Maßnahmen, die mit einem Massenexodus Beschäftigungsloser aus den Städten verbunden war, die infolge des Mangels an Photoapparaten und -material aber auch auf Schwierigkeiten stießen, vgl. ebd., S. 16.

[805] Vgl. SZ 1932, No. 84, st. 518, 519; zum früheren Stand vgl. Širvindt, E.: Zadači NKVD i ego mestnych organov v rekonstruktivnyj period, in: Administrativnyj Vestnik 1930, No. 2, S. 1–5, hier S. 4; SZ 1931, No. 33, st. 247.

[806] SZ 1932, No. 84, st. 518, 519.

Tätigkeit der Milizorgane überwachen, die Ausbildung leiten, sowie Satzungen, Instruktionen und Gesetzesvorlagen ausarbeiten sollte. Ferner lag die gesamte operative Leitung des Paßsystems und die Auswahl des zuständigen Personals in der Hand dieser Hauptverwaltung. Der ganze Polizeiapparat war nun unter Einfluß der OGPU und über das neu eingeführte Meldesystem konnte sie die gesamte Stadtbevölkerung erfassen und Bevölkerungsbewegungen kontrollieren. Wie effektiv das System war, wieviele Sowjetbürger durch die Maschen schlüpften und mit welchen technischen und personellen Schwierigkeiten die Sicherheitsdienste dabei zu kämpfen hatten, muß dahingestellt bleiben – gewiß waren erhebliche Probleme zu lösen.[807]

Doch Ende 1933 wurden die Rechte der OGPU punktuell wieder eingeschränkt; eine Staatsanwaltschaft der UdSSR wurde eingerichtet, die u. a. die „Gesetzlichkeit und Korrektheit der Tätigkeit der OGPU" beaufsichtigen sollte.[808] Anfang 1934 kursierten unter ausländischen Korrespondenten in Moskau Gerüchte über die bevorstehende Auflösung der OGPU bzw. ihre Unterstellung unter bzw. ihre Umwandlung in ein normales Volkskommissariat.[809] Die Gerüchte bewahrheiteten sich rasch. Im Juli 1934 erfolgte tatsächlich eine derartige Maßnahme. Die Sicherheitspolizei wurde Teil eines neugeschaffenen Unionsvolkskommissariats für Inneres (NKVD), dessen Leiter Jagoda wurde – Menžinskij war im Mai 1934 gestorben.[810] Das NKVD sollte die „revolutionäre Ordnung" und die staatliche Sicherheit aufrechterhalten, das gesellschaftliche Eigentum schützen, die Grenzen kontrollieren und das Personenstandsregister führen. Dazu wurde das Volkskommissariat in folgende Hauptverwaltungen gegliedert:[811]

1. Hauptverwaltung für Staatssicherheit
2. Hauptverwaltung der Arbeiter- und Bauernmiliz
3. Hauptverwaltung des Grenz- und Inlandschutzes
4. Hauptverwaltung für Brandschutz
5. Hauptverwaltung für Besserungsarbeitslager und Arbeitssiedlungen[812]
6. Abteilung für Personenstandsakte
7. Administrations- und Wirtschaftsverwaltung.

Der gesamte Bereich der „inneren Sicherheit" und des Haftvollzuges war also in einer Art ‚Superministerium' zusammengefaßt. Zwar war die OGPU hier eingegliedert und wichtiger Bereiche – Miliz, Paßsystem und Arbeitslager – beraubt, doch waren alle Befugnisse wieder in einer Behörde konzentriert. Daß deren Chef einer der führenden Leute der alten OGPU war, verhieß allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz nichts Gutes. Positiv zu Buche schlug allein, daß die Gerichtskollegien der OGPU aufgelöst wurden. Ihre Befugnisse gingen an das Oberste Gericht der UdSSR über, das aus diesem Anlaß personell aufgestockt wurde.[813] Die

[807] Vgl. SV 1933, No. 3 (288), S. 16; wie das Meldesystem wirkte und wie es mitunter unterlaufen werden konnte, dazu vgl. z. B. Mandelstam, N.: Das Jahrhundert der Wölfe. Eine Autobiographie, Frankfurt/M. 1973, S. 21, 211, 283f., 294f. u.a.

[808] SZ 1933, No. 40, st 239; SZ 1934, No. 1, st. 2a, 2b, vgl. Istorija sovetskoj prokutarury, Moskva 1947, S. 469, 475ff.

[809] VSV 1934, No. 7 (316), S. 1.

[810] Wolin/Slusser, S. 15; Pravda 11. 7. 1934, S. ; SZ 1934, No. 36, St 283.

[811] SZ 1934, No. 36, st. 283.

[812] Das ist der vielzitierte „GULAG".

[813] SZ 1934, No. 36, st. 283 Abschn. 5; st. 284.

„Pravda" fand dafür die Begründung, daß das sowjetische Gericht „jetzt" in der Lage sei, die vollständige und rasche Behandlung aller mit Staatssicherheit verbundenen Prozesse zu gewährleisten.[814] Mit der Trennung von Rechtsprechung und Exekutive hätte die Sowjetführung den Machtbereich der Sicherheitsorgane tatsächlich beschnitten und die Wahrung einer „sozialistischen Gesetzlichkeit" gewiß erleichtert. Doch führt das Dekret über die Bildung des NKVD, das die Gerichtskollegien der OGPU abschaffte, diese in Abschnitt 8 durch die Hintertür wieder ein:

> „8. Beim Volkskommissariat für Inneres der UdSSR ist eine Sonderberatung zu organisieren, die auf der Grundlage der betreffenden Verordnung das Recht erhält, auf administrativem Wege Verbannung, Ausweisung, Haft in Arbeitsbesserungslagern bis zu fünf Jahren und Ausweisung aus den Grenzen der UdSSR zu verhängen."[815]

Bei der Umgruppierung des Polizeiapparats büßte dieser im Grunde keine seiner wesentlichen Befugnisse ein, die er in der Anlaufphase der forcierten Industrialisierung und während der Kollektivierung so exzessiv ausgeübt hatte.

5.2 DER AUSBAU DES REPRESSIONSAPPARATES II: STRAFVOLLZUGSPOLITIK UND ARBEITSLAGER

Der Ausbau der OGPU ging Hand in Hand mit einem Wandel der Strafvollzugspolitik und mit der Entstehung regelrechter Zwangsarbeitslager, die teilweise auch der Leitung der OGPU unterstanden. Ein gewisser Anteil des sozialistischen Aufbaus wurde in Form von Zwangsarbeit[816] geleistet, und das wirkte sich auf das politische und gesellschaftliche Klima aus. Soziale und politische Konflikte wurden mit Hilfe der Sicherheitsorgane gelöst. Die Drohung, verhaftet und beim Bau von Großprojekten oder beim Holzfällen eingesetzt zu werden, traf Bauern, die sich der Kollektivierung widersetzten ebenso wie Ingenieure, die u.U. als Schädlinge entlarvt werden konnten, und später alle Personen, denen man den Diebstahl von sozialistischem Eigentum nach dem Gesetz vom 7. August 1932 anlastete.

[814] Na straže revoljucionnogo porjadka i gosudarstvennoj bezopasnosti, in: Pravda 11. 7. 1934.

[815] SZ 1934, No. 36, st 283; die Sonderberatungen wurden Ende 1934 tatsächlich eingerichtet, SZ 1935, No. 11 , st. 84, Dekret vom 5. 11. 1934.

[816] Mit „Zwangsarbeit" wird hier stets von Häftlingen unter Bewachung in Arbeitslagern oder -kolonien durchgeführte Arbeit bezeichnet, nicht das immer stärker repressiv geregelte allgemeine Arbeitsverhältnis; allgemein zur Frage der Zwangsarbeit vgl. u.a.: Dallin, D.J./Nicolaevsky, B.I.: Forced Labor in Soviet Russia, New Haven 1947; Jakovlev: Koncentracionnye lageri; Swianiewicz, S.: Forced Labour and Economic Development, London usw. 1965; Juviler: Revolutionary law; Solomon, in: Slavic Review 1980, No. 2, S. 195–217; Rittersporn, G.T.: Du Goulag de la littérature à l'histoire de la politique pénale en Union soviétique, 1933–1935, in: Critique politique, nov. 1980–avril 1981, no. 7–8, S. 3–68; zur weiteren Information über Erinnerungen und westliche Literatur vgl. Zorin, L.: Soviet Prisons and Concentration Camps. An Anotated Bibliography, Newtonville/Mass. 1980; zur sowjetischen Literatur, soweit greifbar, vgl. die bei Solomon und Rittersporn benutzten Titel.

Die sowjetische Rechts- und Strafvollzugspolitik orientierte sich in den zwanziger Jahren an liberalen und fortschrittlichen Vorbildern. In dem im Strafgesetzbuch der RSFSR von 1922 vorgesehenen Instrumentarium von Strafmaßnahmen nahmen die Haftstrafen einen untergeordneten Platz ein, Haftzeiten waren in der Regel kürzer als vor der Revolution und entsprachen in etwa der Praxis der liberaleren unter den westlichen Ländern. Neueingeführt wurde „als am meisten sozialistische Strafe"[817] die Besserungsarbeit, d.h. der Verurteilte arbeitete – oft auf seiner eigenen Arbeitsstelle – zu einem reduzierten Lohn und wurde nicht in Haft genommen.[818] Typisch für die Auffassung von „Strafe" war der Begriff „mera social'noj zaščity" (Maßnahme sozialen Schutzes), der 1924 in die offizielle Rechtssprache einging und den Begriff „Strafe" ersetzte. Auch das Strafgesetz von 1926 übernahm diesen Terminus.[819] Eng damit im Zusammenhang stand das „Klassenprinzip" im Strafrecht, das als Verbrechen (bzw. gemeingefährliche Handlungen) alle Handlungen definierte, die sich gegen das Sowjetsystem und die von ihm festgelegte Rechtsordnung richteten.[820] Die Klassenzugehörigkeit der Täter sollte bei der Strafzumessung beachtet werden.[821] Das Strafgesetz von 1926, das – mit gewissen Korrekturen – bis in die dreißiger Jahre hinein gültig war, teilte die „Maßnahmen sozialen Schutzes in drei Kategorien ein: 1. Maßnahmen gerichtlich bessernden Charakters, 2. Maßnahmen medizinischen Charakters und 3. Maßnahmen medizinisch-pädagogischen Charakters. An „Maßnahmen gerichtlich-bessernden Charakters" sah das Strafgesetz vor:

1. Erklärung zum Feind der Werktätigen und Verlust des Bürgerrechts mit obligatorischer Ausweisung;
2. Freiheitsentzug in Besserungsarbeitslagern in abgelegenen Gebieten der UdSSR (bis 20. 5. 1930: Freiheitsentzug mit strenger Isolierung);
3. Freiheitsentzug, verbüßt in allgemeinen Haftanstalten (bis 20. 5. 1930: Freiheitsentzug ohne strenge Isolierung);
4. Besserungsarbeit ohne Freiheitsentzug;
5. Aberkennung der politischen und einzelner bürgerlicher Rechte;
6. Ausweisung aus der UdSSR auf Zeit;
7. Ausweisung aus der RSFSR oder bestimmten Orten mit Zwangsansiedlung, bzw. Verbot, sich an bestimmten Orten aufzuhalten;
8. Dienstentlassung und Verbot, ein bestimmtes Amt auszuüben;
9. Verbot, ein bestimmtes Gewerbe bzw. eine bestimmte Tätigkeit auszuüben;
10. Öffentlicher Tadel;
11. Völlige oder teilweise Konfiskation des Vermögens;

[817] So der NKJu Kurskij, nach Solomon, in: Slavic Review 1980, No. 2, S. 198.

[818] Ebd. S. 198f. über die Entwicklungstendenzen des sowjetischen Strafrechts in den zwanziger Jahren.

[819] Ėstrin, A./Trachterev, V.: Razvitie sovetskoj ispravitel'no-trudovoj politiki kak časti sovetskoj ugolovnoj politiki, in: Vyšinskij, A. Ja. (Hrsg.): Ot tjurem k vospitatel'nym učreždenijam, Moskva 1934, S. 17–71, hier S. 34f.; Volkov, G.: Nakazanie v sovetskom ugolovnom prave, in: Problemy ugolovnoj politiki, t. 1, Moskva 1935, S. 40–47, hier S. 44f.; vgl. das Strafgesetzbuch der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik vom 22. 11. 1926, übersetzt von W. Gallas, Berlin, Leipzig 1931, S. 9–24.

[820] Ebd. S. 9f.; Ėstrin/Trachterev, in: Vyšinskij: Ot tjurem, S. 35.

[821] Solomon, in: Slavic Review 1980, No. 2, S. 199; Volkov, in: Problemy ugolovnoj politiki, Bd. 1, S. 47f.

12. Geldstrafe;
13. Verpflichtung zur Wiedergutmachung des angerichteten Schadens;
14. Verwarnung;
– in besonders gelagerten Fällen: Erschießung.[822]

Als wichtigste Maßnahmen galten die unter 2, 3 und 4 aufgeführten Strafen.[823] Tatsächlich spielten Geldstrafen bis 1929 eine große Rolle, wurden dann aber zuungunsten von ‚Besserungsarbeit ohne Freiheitsentzug' abgebaut. 1934 gab ein offizielles Sammelwerk folgende Daten:

Tab. 70: Von den Gerichten in der RSFSR verhängte Strafen 1922–1930[824]

	1922	*1923*	*1924*	*1925*	*1926*	*1927*	*1928*	*1929*	*1930*
Verurteilungen (Mio.)	k. A.	k. A.	k. A.	0,974	1,03	1,1	1,106	1,45	k. A.
Verurteilt zu:									
1. Erschießung	0,1 %	0,1 %	0,1 %	0,1 %	— unter 0,1 % —				0,1 %
2. Freiheitsentzug ohne Bewährung:									
5–10 Jahre	0,7	0,9	0,5	0,6	0,7	0,7	0,7	0,9	0,6
2–5 Jahre	1,5	2,6	1,9	2,8	2,4	2,0	2,0	2,4	2,6
1–2 Jahre	3,1	3,9	2,2	3,3	2,9	2,2	2,9	4,6	4,6
0,5–1 Jahre	7,9	6,8	3,6	5,2	5,6	4,1	4,2	1,9	1,9
bis 0,5 Jahre	8,0	7,4	9,2	20,2	27,8	28,0	21,4	1,9	
3. Freiheitsentzug mit Bewährung	9,5	11,9	14,2	21,2	14,3	8,0	7,3	3,4	2,6
4. Zwangsarbeit ohne Freiheitsentzug	20,2	23,6	14,5	15,6	14,0	18,6	22,0	50,8	56,5
5. Verbannung, Ausweisung	—	—	—	—	—	—	—	1,6	4,5
6. Vermögensstrafen	33,7	38,0	49,3	25,6	30,4	34,0	31,0	26,7	17,2
7. andere Maßnahmen	15,3	4,5	4,5	5,4	1,9	2,4	8,5	5,7	9,5
	100	100	100	100	100	100	100	100	100

[822] Aminova, I./Benediktov, B. u. a.: Sovetskaja ugolovnaja repressija, Moskva 1934, S. 47; Strafgesetzbuch 1926, S. 14; Korrekturen nach SU 1930, No. 26, St. 344.

[823] Strafgesetzbuch 1926, S. 14.

[824] Ėstrin/Trachterev, in: Vyšinskij: Ot tjurem, S. 60; k. A. = keine Angabe; 1922: nur 2. Halbjahr; die absoluten Zahlen über Verurteilungen in der RSFSR bei Juviler: Revolutionary law, S. 31; aus Ėstrin/Trachterev geht nicht hervor, ob sich die Prozentaufgliederung auf die RSFSR oder die ganze UdSSR beziehen; aufgrund der administrativen Verhältnisse – für Angaben dieser Art waren in den zwanziger Jahren Republiksbehörden zuständig, unionsweite Angaben sind unüblich – steht zu vermuten, daß es sich um Daten für die RSFSR handelt; es ist ferner zu beachten, daß der Strafvollzug 1928/29 einen Wandel durchmacht, vgl. unten in diesem Abschnitt; Verurteilungen durch Organe der OGPU sind in dieser Tabelle nicht erfaßt; vgl. die leicht abweichenden Daten bei Ašraf'jan, Z./L'vov, A./Kuz'min, P.: Programma pravogo opportunizma v ugolovnoj politike, in: SGRP 1930, No. 11–12, S. 106–129, hier S. 107; Ėstrin, A.: Ugolovnaja politika i ugolovnoe zakonodatel'stvo v 1929 i 1930 gg. i reforma UK, in: Ežegodnik sovetskogo stroitel'stva i prava na 1931 god, S. 394–428, hier S. 414 f.; vgl. unten Anm. 848.

Aus der Aufstellung ist zu ersehen, daß lange Haftstrafen eine untergeordnete Rolle spielten, vorherrschend waren zunächst Geld- und Vermögensstrafen, kurze Freiheitsstrafen und solche mit Bewährung. Zwangsarbeit ohne Freiheitsentzug spielte eine gewisse Rolle.

Die Durchführung des Strafvollzugs lag in den zwanziger Jahren in den Händen der NKVD – der Volkskommissariate für Inneres – in den einzelnen Republiken, die für administrative und Ordnungsaufgaben zuständig waren, und gingen nach deren Auflösung im Jahre 1930 an die NKJu – Volkskommissariate für Justiz – über. Daneben existierte eine begrenzte Zahl von Konzentrationslagern, die die OGPU in eigener Regie unterhielt, in denen aber bis 1928 die Häftlinge nicht zur Produktionsarbeit eingesetzt wurden.[825] Dagegen galt im Strafvollzugssystem der NKVD Arbeit als das wichtigste Mittel zur Resozialisierung. Dabei konnten sich die sowjetischen Rechtspolitiker auf Marx berufen, der produktive Arbeit als „einziges Besserungsmittel" für „gemeine Verbrecher" bezeichnet hatte.[826] Das hatte sich bereits 1918 in der Instruktion über Freiheitsentzug niedergeschlagen und fand dann 1920 in der Verordnung über Besserungsarbeitspolitik in sowjetischen Haftanstalten und 1924 im Besserungsarbeitsgesetzbuch der RSFSR seinen Ausdruck.[827] Das Prinzip der Besserungsarbeit war ganz auf Resozialisierung der Straftäter abgestellt.[828] Das Gesetzbuch sah ein differenziertes System von Haftanstalten, Besserungsarbeitshäusern, Besserungsarbeitskolonien, Isolatoren und Überleitungsbesserungsarbeitshäusern vor, in denen den Insassen, je nach Reglement größere und kleinere Freiräume und verschiedenartige Arbeitsmöglichkeit eingeräumt wurden.[829] Dies System wurde mit der Direktive des SNK SSSR vom 11. Juli 1929 abgelöst. Tatsächlich waren die Prinzipien des Besserungsarbeitsvollzugs nicht umgesetzt worden. Noch 1929 arbeiteten erst 69% Häftlinge, die übrigen waren ohne produktive Beschäftigung.[830] Dazu waren die Haftanstalten chronisch überbelegt[831] und für den Ausbau des Gefängnissystems fehlten die Mittel. Eine Reorganisierung des Besserungsarbeitssystems, das die Kapazitäten der Haftanstalten erweiterte und diese auf Eigenfinanzierung umstellte, war angesichts der Ausweitung der Repression und angesichts der Knappheit der öffentlichen Mittel wünschbar. Das erfolgte 1929 mit der Einrichtung von Besserungsarbeitskolonien und Besserungsarbeitslagern. Binnen vier Monaten, zwischen dem 1. 8. 1929 und dem 1. 1. 1930 wurden 63823 Häftlinge aus Arbeitshäusern in Lager überführt[832], zwischen dem 1. 9. 1929 und dem 1. 5. 1930 stieg die Zahl der Insassen von Arbeitskolonien von 6948 auf 59343.[833]

[825] Solomon, in: Slavic Review 1980, No. 2, S. 201 ff.; vgl. Širvindt, E. G./Utevskij, B. S.: Sovetskoe ispravitel'no-trudovoe pravo, Moskva ²1931, S. 212f. über Organisation der NKVD-Haftanstalten; vgl. SZ 1930, No. 60, st. 640.

[826] Marx, Karl: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei (1875), in: Marx, K./Engels, F.: Studienausgabe in 4 Bd., Hrsg. I. Fetscher, Bd. III, Frankfurt 1966, S. 174–190, hier S. 189; vgl. Ėstrin/Trachterev, in: Vyšinskij: Ot tjurem, S. 22.

[827] Ebd. S. 22f., 391 ff.; SU 1921, No. 23–24, st. 141; SU 1924, No. 86, st. 870; vgl. auch die Artikel „Ispravitel'no-trudovaja politika" und „Ispravitel'no-trudovoj kodeks", in: BSĖ t. 29, Moskva 1935, c. 598–602.

[828] SU 1924, No. 86, st. 870 § 6.

[829] Ebd. §§ 46–195; vgl. Apeter, in: Vyšinskij: Ot tjurem, S. 436.

[830] Menšagin, in: Ežegodnik sovetskogo stroitel'stva, S. 432; vgl. Ėstrin/Trachterev, in: Vyšinskij: Ot tjurem, S. 49 f.

[831] Ebd. S. 51; vgl. Gercenson, A. A.: Bor'ba s prestupnost'ju v RSFSR, in: Sovetskoe pravo, vyp. III, Moskva 1929, S. 95–117, hier S. 107.

[832] Menšagin, in: Ežegodnik sovetskogo stroitel'stva, S. 435. [833] Ebd. S. 432.

Der Versuch, die Entwicklung von Pression quantitativ zu erfassen, stößt auf erhebliche Schwierigkeiten. Sowjetischerseits liegen nur Teilangaben vor, im übrigen sind wir auf grobe Schätzungen angewiesen. Wie sich die Häftlingszahlen in allen Haftanstalten auf dem Territorium der UdSSR in den zwanziger Jahren entwickelten, läßt sich nur erschließen. Daten liegen lediglich für die Anstalten vor, die dem NKVD RSFSR unterstanden, für die übrigen sind wir auf Schätzungen angewiesen:

Tab. 71: Entwicklung der Häftlingszahlen in den Haftanstalten der UdSSR 1923–1929

Jahr	*NKVD RSFSR*[834]	*UdSSR*[835]	*OGPU-Lager*[836]	darunter: *Solovki*[837]
1923	65849	—	—	3000
1924	84053	87800	—	5000
1925	99350	148000	—	7000
1926	104759	155000	—	8000
1927	122951	198000	—	10000
1928	95578	—	30000	15000
1929	118888	—	6–700000	19000

In den zwanziger Jahren spielten die Konzentrationslager der OGPU zahlenmäßig eine völlig untergeordnete Rolle, obgleich sie – will man den Schätzungen glauben – allmählich ausgeweitet wurden. Doch erst nach dem Übergang zur forcierten Industrialisierung begannen sie den Strafvollzug zu dominieren. Gegenüber der Zahl der Gefängnisinsassen vor der Revolution lagen die Zahlen für die UdSSR absolut etwas niedriger.[838] Zieht man allerdings in Betracht, daß die Sowjetunion eine deutlich niedrigere Bevölkerungszahl hatte als das zaristische Rußland[839], war die staatliche Repression Ende der zwanziger Jahre jedoch intensiver als vor der Revolution: 1900 kam auf 1384 Einwohner ein Häftling, 1927 aber einer

[834] Jakubson, V.: Naselenie mest zaključenija v SSSR, in: SO 1929, No. 5, S. 105–110, hier S. 105; jeweils zum 1. Januar; vgl. Gercenson, in: Sovetskoe pravo, vyp. III, S. 107; für 1930 läßt sich nach Menšagin, in Ežegodnik sovetskogo stroitel'stva, S. 432 folgende Rechnung aufmachen: am 1. 5. 30 waren 30% aller Häftlinge der Anstalten des NKVD RSFSR in Besserungsarbeitskolonien untergebracht: 59343 Personen. Das ergibt für 100% 197810 Personen, d. i. gegenüber dem 1. 1. 1929 eine Steigerung um 66%, gegenüber dem 1. 1. 1928 um 106% und dem 1. 1. 1927 um 60,8%.

[835] Jeweils Januar; Dallin/Nicolaevsky, S. 160; vgl. Juviler: Revolutionary Law, S. 35; Solomon, in: Slavic Review 1980, No. 2, S. 202 gibt für 1927 an (Schätzung): 192000; geht man davon aus, daß die Angaben für die RSFSR korrekt sind, scheinen die Zahlen für die UdSSR 1924 etwas niedrig; für 1923 und 1928/29 keine Angaben.

[836] Für 1923–1927 keine Angaben; 1928–1929: Dallin/Nicolaevsky, S. 52, 54; Solomon, in: Slavic Review 1980, No. 2, S. 202; 1930 existierten sechs OGPU-Lager: Soloveckij Ostrov, ‚Kond-Insel' (Onegabucht), ‚Myag-Insel' (Onegabucht), Karelien (zwischen Petrozavodsk und Murmansk), Region von Archangel'sk, Turkestan, vgl. Dallin/Nicolaevsky, S. 52; zum Ausbau des Lagersystems vgl. unten; die Zahlen sind Schätzungen eines ehemaligen Mitarbeiters der Geheimpolizei.

[837] Rozanov, S. 119; die Zahlenangaben basieren auf Schätzungen ehemaliger Häftlinge; vgl. Solomon, in: Slavic Review 1980, No. 2, S. 202.

[838] Juviler: Revolutionary Law, S. 35.

[839] Vgl. Prokopovicz: Rußland, S. 7; Chromov, P. A.: Ėkonomičeskoe razvitie Rossii v XIX–XX vv., Moskva 1950, S. 436–9, 452–4;

auf 779.[840] Der sozialen Zusammensetzung nach stammte 1927 die Mehrzahl der Insassen von Haftanstalten aus der Bauernschaft – 55,4% –, 14,3% waren Arbeiter, 9,2% Angestellte, 4,8% Arbeitslose und 10,3% gehörten zu keiner dieser Gruppen.[841]

Mit dem Übergang zur forcierten Industrialisierung trat im Strafrecht und Strafvollzug deutlicher Wandel ein.

Etwa 1928 setzte ein Umdenkungsprozeß ein. Noch am 26. 3. 1928 forderte der SNK RSFSR – offenbar in einem Versuch, die Reformpolitik im Strafrecht zu bewahren[842] – harte Strafen nur gegen Klassenfeinde und Berufsverbrecher zu verhängen, bei anderen Tätern aber vorzugsweise Zwangsarbeit ohne Freiheitsentzug.[843] Ein Umschwung zeichnete sich aber im Frühjahr 1929 ab, als der VI. Kongreß der Mitarbeiter von Staatsanwaltschaft, Gerichts- und Untersuchungsbehörden Richtlinien für eine neue Strafrechtspolitik formulierte. Im „Eżegodnik sovetskogo stroitel'stva i prava" wurden die Ergebnisse des Kongresses folgendermaßen zusammengefaßt:

> „... der Kongreß schlug folgende grundlegenden Leitsätze zu dieser Frage vor:
> ‚Die Notwendigkeit, solche Haftanstalten wie Besserungsarbeitshäuser (ispravtruddomy) und Isolatoren (izoljatory) durch andere Besserungsarbeitseinrichtungen (Fabrik- und Werks-, bzw. landwirtschaftliche Kolonien u.a.) zu ersetzen mit Rücksicht auf die *Haupt*masse ... der Verurteilten aus werktätigem Milieu.' (Für Klassenfeinde, Berufsverbrecher und Wiederholungstäter, aber auch für die Werktätigen, die besonders gefährliche Verbrechen verübt haben, schlug der Kongreß Konzentrationslager und Isolatoren vor ...)."[844]

In Praxis umgesetzt wurden diese Richtlinien mit der Direktive des SNK SSSR vom 11. Juli 1929.[845] Darin gab der Rat der Volkskommissare die Anweisung, das gesamte Netz der Haftanstalten zu reorganisieren. Grundtyp sollte von nun an die Besserungsarbeitskolonie (Ispravitel'no-trudovaja kolonija, ITK) sein, ergänzt von Besserungsarbeitslagern (Ispravitel'no-trudovoj lager'). Im November 1929 wurde dieser Direktive auch durch eine Änderung der Unionsrichtlinien für das Strafgesetzbuch Rechnung getragen. Die Novelle sah vor, daß Häftlinge, die zu drei und mehr Jahren Freiheitsentzug verurteilt waren, ihre Strafe in Besserungsarbeitslagern in abgelegenen Gebieten ableisten sollten. Häftlinge mit Freiheitsstrafen unter drei Jahren dagegen in Besserungsarbeitskolonien.[846] Dahinter stand eine Abkehr von bisherigen Vorstellungen in Sachen Strafvollzugspolitik. Bei „Maßnahmen sozia-

zaristisches Rußland:	1900	132,9 Mio.
	1910	160,7
	1917	184,6
Sowjetunion	1922	131,7
	1926	147,0
	1929	154,3

[840] Berechnet nach Anm. 839 und Juviler: Revolutionary Law, S. 35.

[841] Vnukov, V.: Lico sovremennoj prestupnosti, in: RiK 1929, No. 6, S. 14–20, hier S. 18.

[842] So interpretiert bei Solomon, in: Slavic Review 1980, No. 2, S. 206.

[843] Ėstrin, in: Eżegodnik sovetskogo stroitel'stva, S. 413; Aminova/Benediktov, S. 49.

[844] Menšagin, V.D.: Ispravitel'no-trudovaja politika, in: Eżegodnik sovetskogo stroitel'stva, S. 429–449, hier S. 431.

[845] Ebd. S. 432, 434f.; warum Solomon, in: Slavic Review 1980, No. 2, S. 208, Anm. 60, der diese Direktive als erster westlicher Forscher erwähnt, sie als „geheim" bezeichnet, ist nicht recht verständlich.

[846] SZ 1929, No. 72, st. 686; vgl. Ėstrin, in: Eżegodnik sovetskogo stroitel'stva, S. 415f.

len Schutzes" wollten die sowjetischen Juristen und Rechtspolitiker nunmehr unterscheiden zwischen Maßnahmen zur „Klassenunterdrückung" (klassovoe podavlenie), die gegen klassenfeindliche Elemente angewandt werden sollten, und solche zur zwangsweise erzieherischen Beeinflussung für Rechtsbrecher aus dem Milieu der Werktätigen.[847] Straftäter, die zu mehr als drei Jahren Haft verurteilt waren, wollte man nun nicht mehr „erziehen", sondern

Tab. 72: Zahl der Verurteilungen an Gerichten der RSFSR 1925–1934[848]

Jahr	*absolute Zahlen:*		*Index (in %, 1928 = 100%):*		
	a. Šljapoč-nikov	*b. SGRP u. a.*	*c. Šljapoč-nikov*	*d. Juviler*	*e. neu be-rechnet*
1925	974000	—	—	88	—
1926	1030000	—	—	93,5	—
1927	1100000	—	—	99,5	—
1. Hj. 1928	—	443755	100,0	—	—
2. Hj. 1928	—	465499	104,9	—	—
1928	1106000	*909254*	—	100,9	—
1. Hj. 1929	—	550256	124,0	—	—
2. Hj. 1929	—	638564	143,9	—	—
1929	1450000	(*1175130*) bzw. 1188820	—	131	129,2 bzw. 130,7
1. Hj. 1930	—	625695	141,0	—	—
2. Hj. 1930	—	523631	118,0	—	—
1930	1392000	1149326	—	126	126,4
1. Hj. 1931	—	677614	152,7	—	—
2. Hj. 1931	—	613713	138,3	—	—
1931	1570000	1921327	—	142	142,0
1932	keine Angaben				
1. Hj. 1933	—	675395	152,2	—	—
2. Hj. 1933	—	635901	143,3	—	—
1933	1590000	1311296	—	144	144,2
1. Hj. 1934	—	518305	116,8	—	—
2. Hj. 1934	—	449968	101,4	—	—
1934	1182000	968273	—	107	106,4

[847] Estrin/Trachterev, in: Vyšinskij: Ot tjurem, S. 61; Ėstrin, in: Ežegodnik sovetskogo stroitel'stva, S. 424; Menšagin, ebd. S. 435; Volkov, in: Problemy ugolovnoj politiki, Bd. 1, S. 44f; Juviler: Revolutionary law, S. 48.

[848] Vgl. Juviler: Revolutionary Law, S. 31, 50; Šljapočnikov, A.: Prestupnost' i repressija, in: Problemy ugolovnoj politiki, Bd. 1, S. 78; Ėstrin, in: Ežegodnik sovetskogo stroitel'stva, S. 414; A. G-i: Repressija v 1928 i 1929 gg., in: SGRP 1931, No. 1, S. 150–151;

a. basiert auf den Angaben von Juviler, der diese nach o.a. Aufsatz Šljapočnikovs und einer Monographie desselben Autors berechnet;
b. ist eine Neuberechnung auf der Grundlage des von Šljapočnikovs gegebenen Indexes, doch anderer Ausgangszahlen, hier kursiv, vgl. SGRP 1931, No. 1, S. 150;

massiv bestrafen – in Besserungsarbeitslagern. Parallel mit der Aufgabe fortschrittlicher Positionen im Strafrecht und der Rückkehr zu Strafe und Repression ging der zunehmende Einsatz von Häftlingen als Arbeitskraft und die verstärkte Politisierung des Strafrechts, d.h. die Markierung von politischen Abweichlern als Straftäter, und die Charakterisierung von Straftatbeständen als konterrevolutionär.[849]

Nach Einsetzen der forcierten Industrialisierung und mit der Strafrechtsreform stieg die Zahl der von Gerichten ausgesprochenen Verurteilungen rasch an (Tab. 72). Wenngleich Daten über die Verurteilungen durch Instanzen der OGPU gänzlich fehlen, wird doch deutlich, wie sehr die Aktivität der Gerichte ab 1928 zunahm, 1933 stagnierte, 1934 aber wieder auf das Niveau von 1927/28 zurückging. Die Beobachtung deckt sich mit der Folgerung, die oben im Abschnitt zuvor gezogen wurde. Der Druck der OGPU wurde Ende 1933 zurückgenommen, die Repression wurde gemildert.

Der Umbruch der Rechtspolitik 1928/29 wurde nicht nur durch eine Zunahme der Verurteilungen markiert, sondern auch – wie oben bereits angemerkt – durch einen Wandel der verhängten Strafen. Kurze Haftstrafen wurden kaum noch ausgesprochen, statt dessen wurde die Masse der Angeklagten zu Besserungsarbeit ohne Freiheitsentzug verurteilt, oder zu Haftstrafen über einem Jahr. Zwischen 1926 und 1929 verschob sich der Charakter der Strafzumessung deutlich:

Tab. 73: Verteilung der von Gerichten der RSFSR verhängten Strafen 1926–1929 (in %)[850]

Jahr	*Freiheitsentzug bis zu einem Jahr*	*Freiheitsentzug über einem Jahr*	*Besserungsarbeit ohne Freiheitsentz.*	*andere Strafen*
1926	33,4	5,0	14,0	47,6
1927	31,0	5,0	18,0	46,0
1928 1. Hj.	30,2	6,6	15,3	47,9
2. Hj.	21,3	4,9	28,0	46,1
1929 1. Hj.	4,5	6,3	49,7	39,5
2. Hj.	3,2	9,2	51,7	35,9

Der Trend ging offenbar dahin, die Haftanstalten zu entlasten, indem die Gerichte darauf verzichteten, kurze Haftstrafen zu verhängen, dafür nahm der Anteil langer Haftstrafen

c. nach Šljapočnikov;
d. Juviler;
e. neu berechnet nach b.;
in diesen Angaben nicht enthalten sind Verurteilungen durch die OGPU und administrative Maßregelungen durch Miliz und Verwaltung; zu letzteren vgl. Jakubson: Narušenija, presleduemye v administrativnom porjadke i vzyskanija za nich, in: SO 1930, No. 5, S. 101–108.

849 Vgl. Solomon, in: Slavic Review 1980, No. 2, S. 208; ein gutes Beispiel für politische Wertung von kriminellen Delikten ist das Gesetz vom 7. 8. 1932 über Diebstahl sozialistischen Eigentums.

850 Nach Ašraf'jan/L'vov/Kuz'min, in: SGRP 1930, No. 11–12, 107f.; vgl. A. G-i, in: SGRP 1931, No. 1, S. 151; zur Verschärfung der Urteile vgl. auch Ašraf'jan/L'vov/Kuz'min, in: SGRP 1930, No. 11–12, S. 122; vgl. oben Anm. 824.

absolut und relativ zu. Diese Verschärfung gerichtlicher Repression wurde in den Jahren des 1. Fünfjahrplanes noch forciert. Besonders 1932 und 1933 wurden vermehrt lange Haftstrafen verhängt:

Tab. 74: Verteilung der von den Gerichten der RSFSR verhängten Strafen 1928–1934 (in %)[851]

Strafe	*1928*	*1932*		*1933*		*1934*
		1. Hj.	*2. Hj.*	*1. Hj.*	*2. Hj.*	*1. Hj.*
Erschießung	0,0	0,0	0,2	0,3	0,1	0,1
Freiheitsentzug:						
insgesamt	31,2	13,7	25,2	33,6	24,2	21,9
5–8 Jahre	0,5	0,7	2,2	2,9	2,7	2,4
8–10 Jahre	0,2	0,2	5,0	12,6	6,2	4,1
auf Bewährung	7,3	1,1	1,2	1,0	1,5	1,3
Besserungsarbeit:						
ohne Bewährung	22,0	57,9	49,3	44,1	55,6	57,7
auf Bewährung	—	4,6	4,6	3,9	6,3	8,2
Verbannung	—	3,2	3,0	4,6	2,3	0,8
andere Maßnahmen:						
Geldstrafe	31,1	19,1	11,1	8,3	6,0	6,1
Dienstentlassung	—	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1
öffentl. Tadel	2,6	4,0	3,4	1,8	2,6	2,8

Im Vergleich mit 1928, dem Jahr vor der Veränderung des Strafrechts waren die Urteile 1932 und 1933 erheblich härter. Man muß sich obendrein vor Augen halten, daß die Zahl der Verurteilungen um 40–50% über der von 1928 lag, ferner daß Haftstrafen über 3 Jahren in Arbeitslagern in abgelegenen Gebieten der UdSSR abzubüßen waren und daß die Repressionsmaßnahmen, die die OGPU administrativ verhängte, in diesen Daten gar nicht enthalten sind, um sich einen Begriff davon zu machen, in welchem Maße die staatliche Gewaltaus-

[851] Šljapočnikov, *in: Problemy ugolovnoj politiki*, Bd. 1, S. 99; aufgrund der Neuorganisierung des Strafvollzugssystems seit Ende 1929 und wegen der Kategorienaufteilung sind diese Angaben mit denen zu Anm. 850 nicht direkt vergleichbar; die Angaben Šljapočnikovs sind offenbar ungenau oder enthalten Rechenfehler, da sich die Prozentzahlen nicht zu 100% aufaddieren; eine Neuberechnung ist nicht möglich; die Angaben für 1928 sind in etwa korrekt; vgl. A.G-i, in: SGRP 1931, No. 1, S. 151:

Freiheitsentzug	31,2%	
darunter: 5–8 Jahre		0,5%
8–10 Jahre		0,2
Verurteilungen auf Bewährung	7,3	
Besserungsarbeit ohne Freiheitsentzug	22,0	
Verbannung	—	(144 Fälle)
Vermögensstrafen	31,0	
Öffentlicher Tadel	2,6	
Andere Maßnahmen	5,9	
	100,0%	

übung im 1. Fünfjahrplan zunahm. Das gibt einen Fingerzeig darauf, wie Partei- und Sowjetführung mit sozialen und politischen Konflikten umgingen, die im Lauf der forcierten Industrialisierung aufbrachen, – nämlich durch Anwendung von Zwangsmaßnahmen.

Diese Politisierung der Strafjustiz wird an den vorliegenden Daten jedoch kaum sichtbar:

Tab. 75: Charakter der von den Gerichten der RSFSR festgestellten Straftatsbestände 1926–1934 (in %)[852]

a. Gercenson:

Art des Vergehens:	*1926*	*1927*	*1928*
a. Konterrevolution[853]	0,1	0,08	0,08
b. Diebstahl (7. 8. 32)	—	—	—
c. Vergehen gegen die öffentl. Ordnung (Hooliganismus)	48,2	49,9	42,8
d. Dienstvergehen	6,2	5,8	7,7
e. Wirtschaftsvergehen	2,3	1,8	2,4
f. Eigentumsdelikte	21,4	20,0	20,5
g. Gewaltverbrechen	21,8	22,4	26,5
	100,0	(99,98)	(99,98)

b. Šljapočnikov:

	1928 1. Hj.	*1928 2. Hj.*	*1929 1. Hj.*	*1929 2. Hj.*	*1932 1. Hj.*	*1932 2. Hj.*	*1933 1. Hj.*	*1933 2. Hj.*	*1934 1. Hj.*	*1934 2. Hj.*
a.	0,1	0,1	0,2	0,6	0,1	0,5	0,6	0,4	0,2	0,3
b.	—	—	—	—	—	1	8,3	4,4	2,8	2,5
c.	49,3	41,3	40,6	44,5	44,0	40,7	39,3	26,1	28,9	33,0
d.	8,2	7,3	9,6	12,9	23,1	19,8	21,5	28,7	33,1	28,9
e.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
f.	20,4	20,5	25,4	22,9	27,1	31,3	27,3	36,7	30,6	29,7
g.	22,0	30,8	24,0	19,0	5,7	5,4	3,0	3,7	4,4	5,5
	100,0	100,0	(99,8)	(99,9)	100,0	(98,7)	100,0	100,0	100,0	(99,9)

[852] Šljapočnikov, in: Problemy ugolovnoj politiki, Bd. 1, S. 78; Gercenson, in: Sovetskoe pravo, vyp. III, S. 103; Prozentzahlen vom Verfasser errechnet nach Neuberechnung der Gesamtsumme; an der letzten Stelle sind Rundungsfehler möglich; Wirtschaftsvergehen sind bei Šljapočnikov nicht gesondert aufgeführt; vgl. ferner: Juviler: Revolutionary Law, S. 52; auch Jakubson, in: SO 1929, No. 5, S. 109 mit Angaben über Verteilung der Insassen der Haftanstalten nach Straftatsbeständen.

[853] Aus diesen Angaben, sowie aus den Angaben in Tab. 72 errechnet sich folgende Entwicklung beim Straftatsbestand Konterrevolution, d. h. Vergehen, die nach Strafgesetzbuch 1926, § 58^1–58^{14} eingestuft werden:

Jahr		*absolut*	*Index (1928 = 100%)*
1928	1. Hj.	444	100,0%
	2. Hj.	465	104,7%
1929	1. Hj.	1100	247,7
	2. Hj.	3831	862,8
1933	1. Hj.	4052	912,6
	2. Hj.	2543	572,7
1934	1. Hj.	1036	233,3
	2. Hj.	1349	303,8

Konterrevolutionäre Verbrechen wurden nur einem Bruchteil der Verurteilten zur Last gelegt. Selbst wenn man Straftaten nach dem Gesetz vom 7. 8. 1932 mit heranzieht, ist der Anteil der explizit politisch begründeten Verurteilungen nicht sonderlich hoch. Das mag seinen Grund darin haben, daß gerade solche Delikte von den Kollegien der OGPU abgeurteilt wurden.[854]

Aus den Angaben wird aber deutlich, daß zwischen 1928 und 1932–1934 ein Wandel bei der Zuordnung der Straftaten durch die Gerichte, möglicherweise auch bei der Häufigkeit der Delikte selbst eintrat. Die Zahl der Gewaltverbrechen ging danach absolut und relativ dramatisch zurück, dagegen stiegen Zahl und Prozentanteil der Eigentumsdelikte (und hierzu sind auch Straftaten nach dem Gesetz vom 7. August 1932 zu rechnen) und der Dienstvergehen stark an.[855] Eine gültige Interpretation dieser Entwicklung ist kaum möglich, solange nichts über das Verhalten der ‚parallelen' Gerichtsbarkeit, der Kollegien der OGPU bekannt ist. Ferner muß dahingestellt bleiben, ob die – von in der Regel nicht allzu qualifizierten Richtern gefällten – Urteile tatsächliche Straftaten ahndeten und, wenn dies der Fall war, wieweit das Strafgesetzbuch korrekt benutzt wurde. Das war offensichtlich nicht immer der Fall. Für 1929/30 z. B. stellte die Zeitschrift des „Instituts für Sowjetordnung und Recht" bei den Richtern angesichts des Wandels der Strafgesetze eine große Verunsicherung fest, die vielerorts zu „linksabweichlerischen" Tendenzen und zu einer „nihilistischen, nachlässigen Einstellung zur Losung der revolutionären Gesetzlichkeit" führte[856] – zu deutsch: viele Richter sperrten völlig willkürlich ein.

Parallel zur Verschärfung des Strafrechts wurde auch der Haftvollzug neu organisiert. Besserungsarbeitskolonien, die zunächst dem NKVD, dann dem NKJu unterstanden, und deren Insassen durchweg zu Freiheitsstrafen unter drei Jahren verurteilt waren, setzten ihre Gefangenen bei der Landwirtschaft, bei Großbauten und bei der Holzbeschaffung ein. Bereits 1928 hatte das NKVD mit Versuchen begonnen, im Uralgebiet eine Arbeitskolonie zur Holzbeschaffung aufzubauen. Das erste Experiment ging fehl. Nach etlichen Mißgriffen der Leitung kam es zu massenhaften Arbeitsverweigerungen und zu Selbstverstümmelungen. Die Kolonie wurde aufgelöst, 1929/30 aber mit neuem Personal neu formiert und arbeitete nun erfolgreich.[857] Das war nicht der einzige Versuch. Am 1. September 1929 gab es 6 Arbeitskolonien zur Holzbeschaffung, 17 für landwirtschaftliche Arbeiten und 4 im Industriebereich. In der unmittelbaren Folgezeit schuf man noch 19 Holzbeschaffungskolonien, 12 landwirtschaftliche und 26 industrielle.[858] Das NKJu definierte – nachdem es das Strafvollzugssystem übernommen hatte – vier Typen von Besserungsarbeitskolonien: Fabrik- und Werkskolonien, landwirtschaftliche Kolonien, Kolonien für Massenarbeiten und schließlich Strafkolonien für diejenigen Häftlinge, die sich der Disziplin in anderen Kolonien nicht

[854] Vgl. oben zu Anm. 748.

[855] Die absoluten Zahlen lassen sich mit Hilfe der Angaben zu Anm. 848, 852 u. 853 in etwa bestimmen; von einem starken Ansteigen der Diebstähle berichtet Stalin im Januar 1933, ders.: Werke, Bd. 13, S. 186ff.

[856] Ašraf'jan/L'vov/Kuz'min, in: SGRP 1930, No. 11–12, S. 103; vgl. auch Juviler: Revolutionary Law, S. 53ff.; Solomon, in: Slavic Review 1980, No. 2, S. 213ff.; vgl. auch: Vrednoe uproščenstvo v sledstvennoj i sudebnoj rabote, in: SovJust 1934, No. 10, S. 7f.

[857] Vgl. S. P. Z.: Opyt rabot ispravitel'no-trudovych lesozagotovitel'nych kolonii, in: Administrativnyj Vestnik 1930, No. 6, S. 41–45, hier S. 42f.

[858] Širvindt/Utevskij, S. 90.

fügten.[859] 1932 arbeiteten 46 % der Gefangenen in der Industrie oder auf Sowchosen, 32 % waren bei Massenarbeiten eingesetzt und 22 % mit Verwaltungs- und Wirtschaftsaufgaben beschäftigt.[860] Neben Erdarbeiten und Wegebau war Waldarbeit, d.h. Holzfällen, eine häufige Beschäftigung von Häftlingen in Massenarbeitskolonien. Den starken Mangel an Waldarbeitern, der die Energiepläne und die Pläne für den Holzexport gefährdete, suchten die Wirtschaftsbehörden im Ural und in Sibirien durch den Einsatz von Häftlingen zu beheben. Bereits im Februar 1930 arbeiteten allein 10000 Häftlinge bei der Brennstoffbeschaffung für die Hüttenindustrie des Trustes Uralmet.[861] Für die landwirtschaftliche Arbeit organisierte die Strafvollzugsbehörde eine Reihe von Sowchosen.[862] Eine große Anzahl von Strafgefangenen wurde schließlich bei Industriegroßbauten eingesetzt. Die Bauprojekte in Magnitogorsk, in Stalingrad, Čeljabinsk, in Moskau, Tambov, Saratov, Perm' und in vielen anderen Städten wurden mit Hilfe von Zwangsarbeitern aus Besserungsarbeitskolonien durchgeführt.[863] In der Char'kover Lokomotivenfabrik „Komintern", die neben schweren Traktoren und Dieselmotoren auch Panzerkampfwagen und U-Boot-Diesel herstellte, arbeiteten Häftlinge bei den Erweiterungsbauten. Sie waren in der Nähe des Werks in Baracken untergebracht und wurden von einem Kommando bewacht, daß sich aus Aufsehern des NKVD und einem Häftlingskommando zusammensetzte. Die Bauleiter waren ebenfalls Strafgefangene, ein Ingenieur, der seine Frau ermordet hatte, und ein Trotzkist.[864] 1931 wurden in dem Werk auch „Schädlinge", Ingenieure, die in dem Prozeß gegen die „Industriepartei" verurteilt worden waren, in leitenden Funktionen eingesetzt.[865] In Magnitogorsk arbeiteten um 1933 etwa 50000 „Itekovcy" (Insassen von ITK), davon nach Auskunft eines amerikanischen Beobachters ca. 18000 „Kulaken", d.h. Bauern, die im Verlauf der Kollektivierung als „Kulaken" festgenommen worden waren, und 20000–35000 Kriminelle, Diebe, Prostituierte und Defraudanten. Sie wohnten in einem besonderen Stadtteil in Zelten, standen unter Bewachung und wurden in der Regel bei Erdarbeiten, beim Schlackeschippen und ähnlicher Schwerarbeit, die keine besondere Qualifikation erforderte, eingesetzt.[866] Die

[859] Vgl. die Thesen Apeters, des Leiters der Haftanstalten bei NKJu (Solomon, in: Slavic Review 1980, No. 2, S. 212): Osnovnye principy ispravitel'no-trudovoj politiki NKJu i tipy mest lišenija svobody i organov ispravitel'no-trudovych rabot bez soderžanija pod stražej, in: SovJust 1931, No. 18, S. 23–26, hier S. 25; an dieser Einteilung hielt auch der Besserungsarbeitskodex von 1933 fest: Utevskij, B.S.: Sovetskaja ispravitel'no-trudovaja politika, Moskva 1935, S. 57f.

[860] Kessnej/Olejnik, in: Vyšinskij: Ot tjurem, S. 120.

[861] Černychov, I.: Nevypolnenie lesozagotovitel'noj programmy na Urale sozdaet ser'eznye zatrudnenija dlja ural'skoj promyšlennosti, in: Izvestija 25. 2. 1930; zur Waldarbeit von Häftlingen vgl. auch Ancelovič, XVI s-ezd, S. 386; Vopros o prinuditel'nom trude, in: BEKP 88, 1931, S. 1–10, hier S. 2.

[862] Širvindt/Utevskij, S. 91.

[863] Vgl. Tadevosjan, V.: Ispravitel'no-trudovye kolonii massovych rabot v bor'be za perekovku osuždennych, in: SovJust 1934, No. 32, S. 7–9, und No. 33, S. 2–5.

[864] Kopelew: Und schuf, S. 251, 257, 271.

[865] Ebd. S. 277f.

[866] Scott, J.: Jenseits des Ural. Die Kraftquellen der Sowjetunion, Stockholm 1944, S. 24ff., 102ff.; Scott gibt aber auch Beispiele dafür, daß „Itekovcy" als qualifizierte Arbeiter, Schweißer oder Monteure, eingesetzt wurden. Scott differenziert nicht zwischen GPU und NKJu, aus seinen Angaben über Bezeichnung (ITK) und Haftzeiten (1–5 Jahre) geht aber hervor, daß es sich um Strafvollzug handelt, der bis 1934 dem NKJu unterstand.

Besserungsarbeitskolonien nahmen auch am „Sozialistischen Wettbewerb" teil. Von der Arbeitsleistung wurde die Lebensmittelration, gegebenenfalls auch die Gewährung von Strafverkürzung abhängig gemacht.[867]

Ein zentrales Prinzip der Besserungsarbeitskolonien war die Selbstfinanzierung.[868] Nach sowjetischen Angaben gelang es bis 1932 nicht nur die Haftvollzugseinrichtungen aus Eigenmitteln zu unterhalten, sondern sogar Gewinne zu erzielen.[869] Über das Wachstum der Produktion in den Besserungsarbeitskolonien gibt derselbe Autor folgende Daten:

Tab. 76: Index der Bruttoproduktion der Besserungsarbeitskolonien des NKJu RSFSR (in %, 1930 = 100 %)[870]

Jahr	*landwirtsch. Kolonien*	*industrielle Kolonien*	*Massenarbeiten*	*Zusammen*
1931	233	186	343	220
1932	333	300	464	335
1933 (Plan)	(933)	(400)	(1000)	(552)

Das Ausmaß der Strafarbeit wuchs offenbar rasch, am raschesten in Massenarbeitskolonien. Merkwürdig berührt die expansive Planung, die offenbar mit einer starken Steigerung der Häftlingszahlen für 1933 rechnete. Insbesondere bei „Massenarbeiten" war ja nicht kurzfristig mit einer raschen Steigerung der Produktivität zu rechnen, da es sich hier eben um unqualifizierte Arbeiten handelte. Produktionszuwachs bedeutete also in erster Linie Häftlingszuwachs. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf die Einstellung der Strafvollzugsbehörden zu Gesellschaft und sozialistischer Gesetzlichkeit.

Die stolzen Wachstumszahlen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zustände in den Arbeitskolonien keineswegs ideal waren. Die Bildungsarbeit, die untrennbarer Bestandteil von Besserungsarbeit sein sollte, fand in der Regel nicht statt[871], den Kolonien wurde von den Lokalbehörden oft kein Land für die Selbstversorgungswirtschaft zugeteilt[872], viele Haftvollzugsanstalten verloren auch das eigentliche Ziel – die Resozialisierung der Häftlinge – aus den Augen und konzentrierten sich auf Steigerung der Produktion.[873] Vielerorts praktizierte das Anstaltspersonal alte Gefängnistraditionen. Es gab oftmals keine „Klassenlinie" bei der Behandlung der Häftlinge, Häftlingsklagen ließ man unter den Tisch fallen, Normen allgemeiner Hygiene wurden nicht berücksichtigt.[874] In einem Einzelfall wissen wir

[867] Ebd. S. 104; Obraščenie GUITU, in: SovJust 1934, No. 1, S. 11, mit einem Aufruf zum „Sozialistischen Wettbewerb".

[868] Apeter, in: SovJust 1931, No. 18, S. 24.

[869] Bulatov: Ispravitel'no-trudovaja politika RSFSR, in: SovJust 1934, No. 2, S. 17–21, hier S. 18.

[870] Ebd. S. 18f.; vgl. Apeter, M.: 15 let sovetskoj ispravitel'no-trudovoj politiki, in: SovJust 1932, No. 33, S. 18–20, hier S. 19, mit nach oben abweichenden Angaben; vgl. Dallin/Nicolaevsky, S. 211.

[871] Vgl. Praktika mestnych organov ispr. trud. učreždenij, in: SovJust 1934, No. 14, S. 15.

[872] Isdkovskij, A.: Ukreplenie zemlepol'zovanija ispravitel'no-trudovych učreždenij, in: SovJust 1934, No. 14.

[873] Utevskij, B.: Čto dal smotr administrativnoj raboty ITU, in: SovJust 1933, No. 23, S. 13–15, hier S. 13.

[874] Ebd. S. 14.

Genaueres: In einer „Offenen Arbeitskolonie" ca. 180 km südlich von Smolensk kam es 1934 zu Massendesertionen von Häftlingen. Die Untersuchung, die das Westliche Gebietskomitee der VKP veranlaßte, erbrachte, daß dort niederschmetternde Verhältnisse herrschten. Die Ernährung war völlig unzureichend, oft gab es kein Brot, von anderen Lebensmitteln ganz zu schweigen. Die Häftlinge erhielten in der Regel während des Arbeitstages kein Essen, die ärztliche Versorgung war völlig unzureichend, die Baracken verdreckt, die Bettstellen standen zu eng, die Waschgelegenheiten waren mangelhaft, politischer Unterricht fand in der Regel nicht statt. Für die 431 vorgefundenen Insassen gab es 319 Decken, 309 Matratzen, 157 Kissenbezüge. Waren die sanitären und die Wohnverhältnisse schlecht, so sah es mit Arbeitskleidung noch schlimmer aus. Für die 431 Kolonisten, von denen 149 bei Waldarbeiten, 109 bei Lagerarbeiten, 30 beim Verladen und 50 im Sägewerk eingesetzt waren – die übrigen waren krankgeschrieben, freigestellt oder in der Verwaltung tätig –, existierten 22 Jacken, 60 Mützen, 127 Unterziehwämser, keine Stiefel, 25 wattierte Hosen und 128 Paar Fußlappen. Daß angesichts dieser Verhältnisse von Oktober bis Dezember 1933 507 Häftlinge und vom Januar bis März 1934 weitere 433 wegliefen, kann nicht erstaunen.[875] Das System der Besserungsarbeitskolonien war also in der Phase der forcierten Industrialisierung trotz oder wegen der starken Ausweitung des Netzes der Haftanstalten nicht in der Lage, eine Resozialisierung durch Arbeitserziehung durchzuführen. Der Haftvollzug des NKJu verkam zur Organisation von Arbeitseinsatz und Aufbewahrung von immer mehr Häftlingen.

Das parallele Besserungsarbeitssystem, das der Besserungsarbeitslager (ITL) wurde Anfang 1930, bald nach der Neuorientierung im Strafvollzug, der OGPU unterstellt.[876] Anders als die Arbeitskolonien sollten ihnen alle Strafgefangenen zugewiesen werden, die zu mehr als 3 Jahren Freiheitsentzug verurteilt waren.[877]

Vor 1929 war die OGPU nicht eigentlich Träger von Strafvollzug. Die ČK, ihre Vorgängerin, hatte Straflager organisiert[878], nach Beginn der NĖP und der Reformierung der Sicherheitsorgane verfügte die OGPU aber lediglich über einige Konzentrationslager im Norden der UdSSR, unweit des Polarkreises. Der Kern dieser Lager, die unter der Bezeichnung SLON (Severnye Lageri Osobennogo Naznačenija; Nördliche Lager mit besonderer Bestimmung) zusammengefaßt wurden[879], war das Konzentrationslager Solovki.[880] Die Gefangenen waren zum größten Teil politische Gegner der Sowjetmacht – Angehörige der Weißen Armeen, Kronstädter Matrosen, Anarchisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Angehörige des vorrevolutionären Staatsapparats, Geistliche, aber auch Nepleute und Kriminelle waren unter den Häftlingen.[881] Zur Produktionsarbeit wurden die Häftlinge der OGPU offenbar

[875] WKP 351, p. 45–58.

[876] SZ 1930, No. 22, st. 248.

[877] Vgl. oben zu Anm. 845–847; Ėstrin/Trachterev, in: Vyšinskij: Ot tjurem, S. 60f.; Utevskij: Sovetskaja, S. 54f.; Aminova/Benediktov, S. 86ff.

[878] Vgl. SU 1919, No. 12, st. 124; No. 20, st. 235.

[879] Dallin/Nicolaevskij, S. 168f.; die Behörde der OGPU, die SLON verwaltete, wurde als USLON (U für upravlenie, Verwaltung) bezeichnet.

[880] Vgl. Rozanov, M.: Soloveckij Konclager' v Monastyre v 2 kn., o. O. (Eigenverlag) 1979; Dallin/Nicolaevsky, S. 168f.; zur Existenz von Solovki und zur Bezeichnung „Konzentrationslager" vgl. SZ 1925, No. 38, st. 287.

[881] Jakovlev: Koncentracionnye lageri, S. 28f.; Dallin/Nicolaevskij, S. 174; Rozanov, passim.

erst um 1928/29 herangezogen, zunächst zur Holzgewinnung im Norden der UdSSR.[882] Mit der Einrichtung von Besserungsarbeitslagern und ihrer Übernahme durch die OGPU weitete sich das wirtschaftliche Engagement der Sicherheitsorgane stark aus. Zwischen dem 1. 8. 1929 und dem 1. 1. 1930 transferierte das NKVD 63823 Häftlinge an die OGPU zur Unterbringung in Lagern.[883] Das Lagersystem der OGPU, nunmehr organisiert von GULAG (Glavnoe Upravlenie Lagerej; Hauptverwaltung der Lager)[884], weitete sich immer mehr aus, alsbald entstanden Lager in der Uchta-Region (Öl, Kohle), in Chibinsk (Phosphat), Vorkuta (Kohle) und an anderen Orten.[885] Eine neue Stufe erreichte die OGPU-organisierte Zwangsarbeit mit der Übernahme von Großbauprojekten wie dem Weißmeer-Ostsee-Kanal in Karelien, Svir'-stroj im Gebiet Leningrad, dem Tulomsker Polarkreiswasserkraftwerk bei Murmansk oder dem Eisenbahnbau in der Autonomen SSR Komi und an der Bajkal-Amur-Magistrale.[886] Die größte Publizität erreichte der Belomor-Kanal (Weißmeer–Ostsee–Kanal)[887], bei dessen Bau nach Emigrantenberichten und westlichen Schätzungen 250000–300000 Häftlinge eingesetzt waren.[888]

1931 organisierte die ĖKO OGPU ein Sonderkonstruktionsbüro (OKB; Osoboe Konstruktorskoe Bjuro) mit verhafteten Ingenieuren, die am 1. Juli 1931 ein Kanalprojekt vorlegten.[889] Im November desselben Jahres begannen die Bauarbeiten und im Sommer 1933, nach 20 Monaten Bauzeit, wurde der Kanal eröffnet. Stalin, Kirov und Vorošilov befuhren feierlich die neue Wasserstraße, die aus diesem Anlaß mit riesigen farbigen Sternen, Obelisken, Tribünen, Triumphbögen und einem 48 m^2 großen Stalinporträt dekoriert wurde.[890] Der 227 km lange Kanal mit 19 Schleusen, zu dessen Bau 21 Millionen m^3 Erde bewegt werden mußten, wurde – darf man sowjetischen Quellen trauen – vorwiegend mit Schaufel und Picke, ohne Erdbewegungsmaschinen gegraben.[891] Wie hoch die Menschenverluste waren, ist nicht bekannt. Stellt man die schwere Arbeit in Rechnung, die Härte des Klimas – die Arbeit wurde im Winter fortgesetzt – und die Gleichgültigkeit, mit der Arbeitsunfälle in Kauf genommen wurden[892], und geht man davon aus, daß die OGPU ebensowenig wie das NKJu in der Lage

[882] Vgl. Solomon, in: Slavic Review 1980, No. 2, S. 202f., 208ff.
[883] Menšagin, in: Eżegodnik sovetskogo stroitel'stva, S. 435.
[884] Dallin/Nicolaevsky, S. 208f.
[885] Ebd. S. 212.
[886] Jakovlev: Koncentracionnye lageri, S. 30.
[887] Vgl. Baltijsko–Belomorskij–Kanal im. Stalina, hrsg. v. M. Gor'kij, Moskva 1934; mir lag nur die gekürzte (Dallin/Nicolaevsky, S. 312) englische Version vor: Gorky, M. u. a.: Belomor. An Account of the Construction of the New Canal between the White Sea and the Baltic Sea, New York 1935; SZ 1933, No. 50, st. 293–295 über Eröffnung des Kanals und Ordensverleihungen bzw. Belohnungen für die Erbauer; der Belomor-Kanal wird auch immer wieder als Resozialisierungsprojekt angeführt: vgl. Krylenko, in: SovJust 1935, No. 11, S. 11; Krivickij, in: PE 1933, No. 5, S. 68; Akulov, in: SovJust 1934, No. 11, S. 4; Rovio, XVII konf., S. 262; BSĖ t. 29, c. 600; Aminova/Benediktov, S. 88; Utevskij: Sovetskaja, S. 63f.; auch im Ausland wurde der Bau propagiert vgl. z. B. UdSSR im Bau 1933, No. 12.
[888] Dallin/Nicolaevsky, S. 212f.; Sklavenarbeit in Rußland. Der amerikanische Gewerkschaftsbund legt den Vereinten Nationen das Ergebnis seiner Ermittlungen zu dieser Frage vor, o. O. o. J (Übers. der engl. Version: Washington 1949), S. 81.
[889] Gorky: Belomor, S. 27ff., 43f.
[890] Ebd. S. 301, 304ff.; SZ 1933, No. 50, st. 295.
[891] Ebd.; Gorky: Belomor, S. 82f., 302, 172f.
[892] Sklavenarbeit, S. 81; Gorky: Belomor, S. 282f., 280.

war, die Arbeiter mit der angemessenen Schutzkleidung und ausreichendem Essen zu versorgen[893], ist die Annahme berechtigt, daß eine sehr große Zahl von Häftlingen starben. Es ist bekannt, daß Flecktyphus und Skorbut grassierten.[894] Genaue Angaben sind aber nicht möglich. Trotz dieser Verluste stiegen die Häftlingszahlen insgesamt jedoch immer weiter und das Lagersystem wurde ausgebaut.[895]

Politische Häftlinge wie Trotzkisten, Sozialdemokraten, Anarchisten, Sozialrevolutionäre und Zionisten erhielten anfangs noch eine „privilegierte" Behandlung. Sie wurden offenbar in besonderen „Isolatoren" festgehalten oder in bestimmten Lagern konzentriert und nicht zu Zwangsarbeit herangezogen. Eine Reihe Oppositioneller lebte auch als Verbannte in einer begrenzten Freiheit. Nach Mitteilung Ciligas, eines jugoslawischen Kommunisten, der im Dezember 1935 die UdSSR verlassen konnte, wo man ihn 5½ Jahre in Haft gehalten hatte, wurden „Politische" vorzugsweise in vier Lager verschickt, nach Uch-Pečerskij (Zyrjansker Region), nach Marijnskij (Zentralsibirien), nach Karaganda und Solovki. Ferner lebten Häftlinge in den Isolatoren von Suzdal', Jaroslavl', Čeljabinsk (anscheinend als Durchgangsgefängnis) und Verchne-Ural'sk.[896] Im Isolator von Verchne-Ural'sk hatte die OGPU zahlreiche bekannte Oppositionelle zusammengelegt. Dort vegetierten Zinov'ev, Kamenev, Smilga, Šljapnikov – alter Gewerkschaftler und Führer der Arbeiteropposition –, der Demokratische Zentralist und Organisator des Moskauer Oktoberaufstandes Sapronov, dorthin verbrachte die OGPU auch die Opfer des Menschewistenprozesses Suchanov-Himmer, den Chronisten der Oktoberrevolution, und den Ökonomen Groman.[897] Die Ernährung, Kleidung und die sanitären Verhältnisse waren den Emigrantenquellen zufolge unzureichend, in Verchne-Ural'sk wurden um 1930 Häftlinge auch geprügelt.[898]

Unter äußerst schwierigen materiellen Bedingungen und unter ständiger Aufsicht lebten auch die verbannten Oppositionellen. Victor Serge z. B. ernährte sich gemeinsam mit einem Leidensgefährten in Orenburg wochenlang von Schwarzbrot und gesüßtem Tee, nur zweimal in der Woche gab es eine Suppe aus Hammelknochen und grünen Zwiebeln.[899] Das Lebensniveau der freien Bevölkerung der Region war in dieser Zeit – 1932/33 – nicht besser, die verbannten „Politischen" lebten auf gleichem Fuße mit ihnen. Im Jahre 1935 fand die Sonderbehandlung, die politische Häftlinge erfuhren, schließlich ein Ende. Der Korrespondent des „Socialističeskij Vestnik" teilte als Neuigkeit mit, daß man nun auch Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre, Anarchisten und Oppositionelle zu Zwangsarbeit verurteilte und in Arbeitslager verbrächte.[900]

[893] Darüber gibt es bezogen auf Arbeitslager nur Emigrantenberichte, vgl. Conquest, R.: The Great Terror. Stalin's Purge of the Thirties, London, Melbourne 1968, S. 359ff.

[894] SV 1933, No. 3 (288), S. 16.

[895] Vgl. dazu weiter unten in diesem Abschnitt.

[896] V sovetskoj tjur'me i ssylke, in: SV 1936, No. 1 (357), S. 14; Ciliga, A.: Po sovetskim tjur'mam i ssylkam, in: SV 1936, No. 10, S. 3–8; vgl. Tjur'ma i ssylka, in: SV 1931, No. 23 (260), S. 15f.; SV 1933, No. 4–5 (289–290), S. 23f.; Bo 1930, No. 11, S. 31, mit zahlreichen Einzelnachrichten, die Ciliga ergänzen und bestätigen.

[897] SV 1936, No. 1 (357), S. 15; SV 1936, No. 9 (365), S. 15.

[898] BO 1930, No. 11, S. 31; SV 1933, No. 4–5 (289–290), S. 23f.; SV 1936, No. 10, S. 7; SV 1931, No. 23 (260), S. 15.

[899] Serge: Beruf, S. 337f., 342ff.; vgl. ähnliche Berichte in: BO 1933, No. 33, S. 24.

[900] SV 1935, No. 23–24, S. 21.

Wie stark die Zahl der Gefängnis- und Lagerinsassen zunahm – und angesichts der Verlängerung der Haftstrafen und der Zunahme der Verurteilungszahlen muß diese Zahl ganz erheblich angestiegen sein –, darüber liegen veröffentlichte sowjetische Daten nicht vor. In der westlichen Forschung existieren eine Reihe weit voneinander abweichender Schätzungen, die sehr umstritten sind.[901]

Wheatcroft gibt folgende Zusammenstellung:

Tab. 77: Schätzungen der Häftlingszahlen in sowjetischen Arbeitslagern 1927–1934 (in Mio.)[902]

Jahr	*Dallin/ Nicol.*	*Avtor-khanov*	*Wiles*	*Conquest*	*Rosefield (1)*	*Rosefield (2)*
1927	—	—	0,03	—	0,1	—
1928	0,03	—	0,03	0,03	—	—
1929	0,73	—	0,65	—	0,4	—
1930	—	1,5	1,17	0,6	0,8	—
1931	ca. 2	—	1,62	ca. 2	2,0	—
1932	ca. 2	2,5	1,62	ca. 2	3,0	—
1933	—	—	1,62	ca. 5	5,0	9,1
1934	—	—	1,62	ca. 5	5,5	—

Es kann hier nicht der Platz sein, diese Schätzungen, die auf Angaben ehemaliger Häftlinge und auf Auswertung von Produktionszahlen und Bevölkerungszählungen beruhen, und die unvermeidlich eine Reihe von Irrtümern und Übertreibungen enthalten, im einzelnen zu bewerten.[903] Ohne Zweifel liegen die Häftlingszahlen am Ende des 1. Fünfjahrplans um ein vielfaches über den Daten für 1927/28. Im Mai 1933 gaben Parteiführung und Regierung eine Instruktion heraus, die an alle Partei- und Sowjetbeamten, an die Mitarbieter der OGPU und das Personal des Justizapparates gerichtet war.[904] Darin bezifferten ZK und SNK SSSR die

[901] Vgl. dazu die Kontroverse um die Ausführungen von S. Rosefield: The First „Great Leap Forward" Reconsidered: Lessons of Solzhenitsyn's *Gulag Archipelago*, in: Slavic Review 1980, No. 4, S. 559–589; ebd. S. 588–615 Diskussionsbeiträge von H. Hunter, R. W. Davies, S. G. Wheatcroft, I. Birman; vgl. Wheatcroft, S. G.: On Assessing the Size of Forced Concentration Camp Labour in the Soviet Union, 1929–1956, in: Soviet Studies XXXIII. 1981, S. 265–295; Rosefield, S.: An Assessment of the Sources and Uses of Gulag Forced Labor, 1929–1956, in: Soviet Studies XXXIII, S. 51–87; vgl. ferner die Diskussion von 1950ff.: Jasny, N.: Arbeitsstatistik in MWD-Lagern, in: Ostprobleme 15. 12. 1951, No. 50, S. 1553–1562; Schwarz, S.: Statistik und Sklaverei, in: Ostprobleme 15. 12. 1951, No. 50, S. 1562–1564; Redding, A. D.: Reliability of Estimates of Unfree Labor in the USSR, in: Journal of Political Economy LX. 1952, S. 337–340; Jasny, N.: Comments, ebd. S. 340–342; vgl. Swianiewicz, S. 28 ff.; Dallin/Nicolaevsky, S. 51 ff.; deren Schätzung für 1932, evaluiert auf der Basis von Angaben über Zeitungsverteilung in Gefängnissen der RSFSR (Stel'mach, in: Vyšinskij: Ot tjurem, S. 171) beruht auf Verwechslung der Strafsysteme von NKJu und OGPU; vgl. ferner Conquest: Great Terror, S. 529ff., 335.

[902] Wheatcroft, in: Soviet Studies XXXIII. 1981, No. 2, S. 267f.; gemeint ist offenbar nur die Population des OGPU-Lagersystems; Rosefield (1): gesamte Population der Arbeitslager; Rosefield (2): Rosefield (1) + Zwangsansiedler.

[903] Vgl. dazu die in Anm. 901 genannte Literatur.

[904] WKP 178, S. 135.

Zahl der Häftlinge aller Haftanstalten des NKJu, der Miliz und der OGPU, aber ohne Besserungsarbeitskolonien und Besserungsarbeitslager, auf 800000.[905] Bereits diese Angabe lag weit über den Häftlingszahlen von 1927–ca. 230000[906] –, dazu kamen aber noch die Insassen von Arbeitskolonien und Arbeitslager, in denen aufgrund der Strafvollzugsreformen vom November 1927 die regulären Freiheitsstrafen abzubüßen waren, und in denen die Masse der Häftlinge zu vermuten ist. Daß Schätzungen für 1933, die um 2 Millionen liegen, in etwa die Größenordnung treffen könnten, zeigt der Umstand, daß im August 1933 aus den Lagern des Belomor-Kanals 12484 Insassen entlassen und 59516 mit einer Verkürzung der Haftzeit belohnt wurden.[907] Diese 72000 stellen wahrscheinlich nur einen Teil der Häftlinge eines von mindestens sechs Lagerkomplexen der OGPU dar. Die offenen und geschlossenen Arbeitskolonien, die das NKJu unterhielt sind damit noch nicht einmal erfaßt. Man kann also mit Fug feststellen, daß der Beginn der forcierten Industrialisierung von einer Verhaftungswelle begleitet war, die sich vorzugsweise gegen Bauern, punktuell auch gegen Wirtschaftsmanager richtete.

Das existierende Strafvollzugssystem, das bereits in den zwanziger Jahren überlastet war[908], war diesem Zustrom von Gefangenen nicht gewachsen. Die Notwendigkeit, die Zahl der Haftvollzugsanstalten rasch zu erweitern, das Fehlen ausreichender Mittel für diese Aufgabe und das auf Produktionsausbau fixierte Denken der sowjetischen Führung bestimmten offenbar das NKVD und die OGPU um 1928/29 dazu, das bisher gültige – aber nur teilweise durchgeführte – Prinzip der Resozialisierung durch Arbeit ökonomisch zu wenden und Häftlinge für produktive Zwecke einzusetzen. Nachdem die OGPU, die seit 1928 erheblich an gesellschaftlichem und politischen Einfluß hinzugewonnen hatte, Anfang 1930 mit der Schaffung der Besserungsarbeitslager den gewichtigeren Teil des Strafvollzugssystems übernahm, baute sie zielstrebig eine Gefangenenökonomie auf. Da nach der Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der sowjetischen Wirtschaft ein beträchtlicher Mangel an Arbeitskraft bestand, kam der Häftlingsarbeit bei der Holzbeschaffung und bei der Errichtung von Großbauten eine gewisse Rolle zu. Die OGPU besetzte im 1. Fünfjahrplan nicht nur durch Kontrolle der Pläne und Verfolgung von „Schädlingen" ökonomische Positionen, sondern auch durch Bereitstellung von Arbeitskraft und Organisierung eigener Projekte, mögen sie teilweise – wie z.B. der Weißmeer–Ostsee–Kanal – wirtschaftlich auch nur begrenzt sinnvoll gewesen sein. Das Interesse der OGPU, ihre Gefangenenökonomie zu bewahren und auszubauen, mag sich auch auf die Verhaftungspolitik und das Verhalten der Gerichtskollegien der OGPU ausgewirkt haben.

Auf der anderen Seite war der Machtzuwachs der Sicherheitspolizei, der sich u.a. im Aufbau des Lagersystems manifestierte, Funktion der repressiven Politik, mit der die Füh-

[905] Ebd.

[906] Vgl. oben S. 191.

[907] SZ 1933, No. 50, st. 294; vgl. Gorky: Belomor, S. 308.

[908] Schon die im Vergleich niedrigen Häftlingszahlen von 1927 waren weit höher, als es das Gefängnissystem verkraften konnte, vgl. Gercenson, in: Sovetskoe pravo, vyp. III, S. 107, auf 100 Haftplätze entfielen Häftlinge:

1924	112
1925	120
1926	132
1927	177

rungsgruppe um Stalin die forcierte Industrialisierung durchzusetzen suchte. Stalin selber rechtfertigte die Rolle, die Repression in seiner Politik spielte:

> „Repressalien sind beim sozialistischen Aufbau ein notwendiges Element der Offensive, aber ein nebengeordnetes Element, nicht das Hauptelement."[909]

Mit dieser Äußerung auf dem XVI. Parteitag umriß er seine eigene Haltung und beschrieb auch die Einstellung weiter Kreise in Partei- und Sicherheitsapparat, die die durch die Politik der forcierten Industrialisierung hervorgerufenen Konflikte offenbar nur in einem simplen Freund-Feind-Schema analysieren konnten und Verhaftung und Verschickung für ein Mittel zur Lösung sozialer und politischer Konflikte hielten. Auf dem Hintergrund einer solchen Mentalität konnte die OGPU ihren Einfluß allmählich ausbauen.

5.3. DIE „SCHÄDLINGSKAMPAGNE" – MOBILISIERUNG DER BELEGSCHAFTEN, MOBILISIERUNG DES MANAGEMENTS?

Ein Fallbeispiel für den wachsenden Einfluß der OGPU war die „Schädlingskampagne". Die Entlarvung und Bestrafung sogenannter „Schädlinge" war ein Moment der Repressionspolitik, das – obgleich die Zahl der „Schädlinge" zahlenmäßig im Häftlingsheer nicht ins Gewicht fiel – im öffentlichen Bewußtsein der Sowjetbürger großen Raum einnahm. Propagierung von Feindbildern, Sündenbocksuche und Mobilisierung für Ausweitung der Produktion gingen Hand in Hand.

Die „Schädlingskampagne" setzte mit dem Šachty-Prozeß ein, der eine Wende in der „Kaderpolitik" und im Verhältnis von Parteiführung und Spezialisten einleitete.[910] Im Gefolge des Šachty-Prozesses, von dem die Presse unionsweit in großer Aufmachung berichtete, begannen OGPU, RKI und Parteiinstanzen überall im Lande die Suche nach Saboteuren und „Schädlingen" im Wirtschaftsmanagement. Zwischen 1928 und 1931 kam es zu einer ganzen Reihe solcher Prozesse gegen Ingenieure und Ökonomen.[911] Eine Auswahl der Vorwürfe und Anklagen mag das hysterische Hexenjagdfieber illustrieren, das die politischen Apparate nun erfaßte: Eine Schädlingsorganisation „entdeckten" Partei und Sicherheitsorgane in der Zentralen Planverwaltung des Volkskommissariats für Verkehrswesen. Die Spezialisten für Eisenbahntransport, darunter eine Reihe ehemaliger Aktionäre der Moskau-Kazaner Eisenbahn wie v. Mekk, Borisov, Karasovskij, der Norddoneck-Eisenbahn Mokšikkij und der Rjazan'-Uraler Eisenbahn Polozov, hatten angeblich vorsätzlich zu niedrige Planansätze ausgearbeitet, vorhandene Rationalisierungsreserven verheimlicht, umfangreiche Investitionen gefordert und anderen Wirtschaftszweigen auf diese Weise Geld und

[909] Stalin, XVI s-ezd, S. 38; dtsch. nach: ders.: Werke, Bd. 12, S. 271; vgl. auch seine Äußerung im Gespräch mit Emil Ludwig, ebd. Bd. 13, S. 97: „Wir überzeugten uns davon, welchen Fehler wir begangen hatten, als wir Milde walten ließen. Wir lernten aus der Erfahrung, daß wir mit diesen Feinden nur dann fertig werden können, wenn man ihnen gegenüber eine Politik der schonungslosen Unterdrückung verfolgt."

[910] Vgl. dazu oben Abschnitt 2.2.

[911] Vgl. Conquest: Great Terror, S. 549–556.

Material (vor allem Metall) entzogen.[912] Im Bereich der Buntmetallerzeugung entlarvten „wachsame" Sowjetbürger ein Komplott, an dem der Leiter der Abteilung Buntmetall bei der Metallhauptverwaltung und Leitungsmitglieder der Industriebank und verschiedener Metalltrusts vorgeblich beteiligt waren. Auch die VKP erfand eine Schädlingsorganisation: Geologen, Mitarbeiter des VSNCh und Prospektoren hatten der Sowjetmacht angeblich reiche Gold- und Platinlager verheimlicht.[913] Eine weitere Schädlingsorganisation hatte ihre „Wühlarbeit" in der chemischen Industrie ausgeübt. Der Rückstand der UdSSR bei der Entwicklung der chemischen Industrie, das Fehlen von Grundstoffen wie Stickstoff, Chlor, Schwefel und Arsen war nämlich – so der Vorwurf – Sabotagearbeit von Direktoren und Managern verschiedener chemischer Betriebe.[914] In der Rüstungsindustrie wandten die „Schädlinge", darunter zehn ehemalige Generäle und 21 frühere Obersten, den perfiden Trick an, die Auftragserteilung an die Betriebe durch rigide Geheimhaltungsvorschriften zu erschweren. Nebenbei verrieten sie dem Klassenfeind militärische Geheimnisse.[915] In der Metallverhüttung schädigten Ingenieure und Manager die Sowjetmacht angeblich, indem sie unnütze Ausrüstung bestellten und das Tempo der Neubauerrichtung durch übertriebene Planung verlangsamten.[916] Auch in Kleinbetrieben in der Provinz, wie z. B. im Bereich des Westlichen Gebietskomitees, fanden sich Schädlinge. Im Flugzeugausbesserungsbetrieb No. 35, der für die Luftstreitkräfte arbeitete und dessen Leistungen offenbar unzureichend waren, machte eine Revision den Normungstechniker Dronov und den Brigadier Dement'ev als Schuldige aus, auch wenn der Leiter der Sonderabteilung, vulgo der Geheimpolizeidienststelle, Mängel bei der Leistung des Betriebes durch „Promvozduch" und Versagen von Partei und Gewerkschaften feststellte.[917] Anläßlich von Holzdiebstählen verhaftete die OGPU fünf Vorarbeiter und einen Wächter, zog aber auch den Direktor, den ehemaligen Betriebsleiter und wahrscheinlich auch die Buchhalter zur Verantwortung.[918] Die Smolensker OGPU berichtete auch über die „Schädlingstätigkeit" des Professors für russische Sprachwissenschaft an der Universität Smolensk. Als „schlechter Hochschullehrer", der von Marxismus nichts verstand und die Theorie des sowjetischen Sprachwissenschaftlers Marr[919] nicht kannte, der obendrein für die Bibliothek lediglich „Literatur zur Erinnerung an den großfürstlichen Chauvinismus des XII. Jahrhunderts" (gemeint war das Igorlied) anschaffte, wurde er von der Hochschule entfernt.[920] Das Übergreifen der Schädlingskampagne auf die Wissenschaft war nicht auf Smolensk beschränkt; in Moskau machte ein Autor von „Revoljucija i Kul'tura" in allen Berei-

[912] Krylenko, N.: Klassovaja bor'ba putem vreditel'stva, Moskva 1930, S. 6; Amosov, XVI s-ezd, S. 274; Šuškov, ebd. S. 382.

[913] Krylenko: Klassovaja bor'ba, S. 7, 9; Omel'janjuk, XVI s-ezd, S. 517, 530, 562.

[914] Krylenko: Klassovaja bor'ba, S. 8f.; Unšlicht, XVI s-ezd, S. 539.

[915] Ebd. S. 538; Krylenko: Klassovaja bor'ba, S. 11, Molotow, W. M. [Molotov, V. M.]: Der Aufbau des Sozialismus und die Wachstumsschwierigkeiten, Hamburg 1929, S. 37.

[916] Krylenko: Klassovaja bor'ba, S. 18.

[917] WKP 215, p. 138; Sept. 1929.

[918] WKP 215, p. 217, Nov. 1929.

[919] Marr formulierte die bis 1950 gültige sprachwissenschaftliche Theorie, die Sprache im Rahmen der Beziehung Basis-Überbau analysierte; Stalin kritisierte Marr 1950 in seiner Schrift „Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft" (dtsch.: München 1968); vgl. Deutscher, I.: Stalin. Eine politische Biographie, 2 Bde., Berlin 1979, Bd. 2, S. 641f.; Slonim, M.: Die Sowjetliteratur. Eine Einführung, Stuttgart 1972, S. 339f.

[920] WKP 215, p. 202–200. Okt. 1929.

chen der Naturwissenschaften „Feinde" aus und forderte, die öffentliche Meinung zu mobilisieren, um die feindlichen Einflüsse zu paralysieren.[921] Die Mehrzahl der entlarvten Schädlingsorganisationen wurden aber im Wirtschaftssektor verortet, wie z. B. die, die angeblich im Leningrader Großbetrieb „Krasnyj Putilovec" die Traktorenproduktion vorsätzlich durch zu niedrige Planansätze behindert hatte, und an deren Spitze der Leiter der Traktorenabteilung, Sablin, stand.[922] Noch im September 1929 fanden drei größere Prozesse statt: gegen Ingenieure und Manager des Schiffbautrusts, gegen Mitarbeiter des Werkes „Krasnyj Profintern" und gegen das Personal des Ledertrusts.[923] Im März und April 1930 wurde im größten Char'kover Theater gegen den „Bund zur Befreiung der Ukraine" verhandelt, einer Organisation, der angeblich der Vizepräsident der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften und eine Reihe anderer ukrainischer Intellektueller angehört hatten und deren vorgebliches Ziel es gewesen war, die Ukraine aus dem Verband der Sowjetrepubliken herauszulösen.[924] Beinahe gleichzeitig gingen die Sowjetbehörden gegen Schädlinge in der Forstwirtschaft der Ukraine vor.[925] 1930 bereitete die OGPU offenbar auch einen Großprozeß gegen eine Reihe bedeutender sowjetischer Agronomen vor, darunter Kondrat'ev und Čajanov, die angeblich eine Organisation namens „Trudovaja Krest'janskaja Partija" (Werktätige Bauernpartei) organisiert hatten, um im Agrarbereich systematisch und zielbewußt Schädlingstätigkeit zu treiben. Den Angeklagten wurde dann wohl unter Ausschluß der Öffentlichkeit der Prozeß gemacht.[926] In enger Zusammenarbeit mit der „Werktätigen Bauernpartei" stand angeblich eine konterrevolutionäre Organisation, die im Bereich der Lebensmittelversorgung und des Handels „aufgedeckt" und zu deren Leiter Prof. Rjazancev erklärt wurde. Ziel dieser Gruppe war, so unterstellte die sowjetische Presse, die Versorgung der Bevölkerung mit Fisch, Fleisch, Konserven und Gemüse zu sabotieren, um so eine Hungersnot herbeizuführen. Nach Angaben der OGPU wurden alle 48 Angeklagten erschossen.[927]

Die Welle von Verfolgung und Verdächtigungen, die 1929 und 1930 Ingenieure und Wirtschaftsleitungspersonal mit nichtproletarischem Hintergrund traf, erfaßte offenbar das ganze Land. In allen Wirtschaftszweigen und in allen Regionen fanden sich Parteibeamte oder OGPU-Bevollmächtigte, die offensichtliche Mißstände, Unfälle, Widerspruch gegen das angesetzte Tempo zu „Schädlingsarbeit" erklärten und Schuldige erfanden. Den theoretischen Hintergrund für diese Hexenjagd lieferte die Vorstellung von der Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus, wie sie z. B. die Zeitschrift „Sovetskoe Gosudarstvo i Revoljucija Prava" formulierte:

[921] Orlov, A.: Ideologičeskij front i bor'ba za kadry, in: RiK 1930, No. 3, S. 37–42.

[922] Alekseev, XVI s-ezd, S. 220; Struppe, ebd. S. 332f.

[923] Ziehr, S. 139; Haensel, P.: Die Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands, Tübingen 1930, S. 110.

[924] Ebd. S. 141f.; Medwedew, R. A. [Medvedev, R. A.]: Die Wahrheit ist unsere Stärke. Geschichte und Folgen des Stalinismus, Frankfurt/M. 1973, S. 131; Kopelew: Und schuf, S. 275f.

[925] Ziehr, S. 142.

[926] Ziehr, S. 144f.; Medwedew, S. 131f.; vgl. BO 1930, No. 17–18, S. 44; Gerčikov, XVI s-ezd, S. 613; Klimov, M.: Vreditel'stvo – metod klassovoj bor'by, in: SGRP 1930, No. 10, S. 123–136, hier S. 127f.; vgl. SV 1931, No. 24 (261), „Po Rossii".

[927] Ziehr, S. 144ff.; Medwedew, S. 132.

„... wir sehen, daß die Verschärfung des Klassenkampfes im Land ganz verschiedene Formen annimmt. Seinen Höhepunkt erreicht der Klassenkampf in den Schädlingsakten, dort stellt er, wie Genosse Krylenko so treffend sagte, „Klasse gegen Klasse!“[928]

Partei- und Sowjetführung schufen bewußt ein Klima des Verdachts gegen nichtproletarische Fachleute. Sie unterstrichen die „Gesetzmäßigkeit“ der Zunahme bürgerlichen Widerstandes und die Notwendigkeit, dagegen auf der Hut zu sein.[929] Im April 1929 hatte der Generalsekretär der VKP das noch einmal nachdrücklich betont:

„Man darf die sogenannte Schachty-Affäre nicht für einen Zufall halten. ‚Schachtyleute‘ sitzen jetzt in allen Zweigen unserer Industrie. Viele von ihnen wurden herausgefischt, aber noch lange nicht alle. Die Schädlingsarbeit der bürgerlichen Intellektuellen ist eine der gefährlichsten Formen des Widerstandes gegen den sich entwickelnden Sozialismus.“[930]

Die Aufforderung, die in dieser Formulierung verborgen war, nämlich, in allen Zweigen der Industrie „Schädlinge“ aufzustöbern, wurde, wie wir gesehen haben, gehört. Die Wirtschaftsleitung wurde von seiten der OGPU, des Parteiapparats, teilweise auch der Belegschaften unter Druck gesetzt; ein Teil der Ingenieure und Manager wurde vor Gericht gezogen, die übrigen eingeschüchtert.

Ende 1930, Anfang 1931, nachdem die Partei- und Sicherheitsorgane eine Anzahl Schädlingsorganisationen auf lokaler, betrieblicher oder Branchenebene aufgedeckt hatten, erreichte die Kampagne mit dem Prozeß gegen die „Industriepartei“ und gegen die Menschewiki einen Höhepunkt.[931] Bereits einige Tage vor Eröffnung des Prozesses gegen die „Industriepartei“ beschrieb Krylenko, der Anklagevertreter, in der Presse den Abgrund von Landesverrat, der sich vor seinen Augen auftat:

„Jetzt können wir sagen, daß wir keinen einzigen Industriezweig kennen, in dem es keine Schädlingstätigkeit gibt. Mehr noch, das Schädlingswesen erfaßt und organisiert sich nicht nur mit dem Schädlingswesen im Bereich der unmittelbaren industriellen Produktion, sondern auch mit dem Schädlingswesen in den Wirtschaftsorganen, die Konsum, Versorgung und Verteilung der Lebensmittel in der Bevölkerung besorgen. Mehr noch, wir müssen sagen, daß heute das Schädlingswesen in gleicher Weise mit dem Schädlingswesen auf so einem speziellen Gebiet verbunden ist, wie der Kaderausbildung, d. h. besondere Organe der Schädlinge arbeiten in den Hochschulen, und organisieren die Ausbildung der Kader für den sozialistischen Aufbau im Rahmen des Schädlingswesens. Gleichzeitig haben sie organisatorische Verbindungen mit einer ganzen Reihe anderer konterrevolutionärer Organisationen, die sich die Aufgabe der Schädlingstätigkeit nicht unmittelbar gestellt haben. Hierher gehört die sogenannte Kondrat'ev-Groman-Organisation, die schon eine rein politische Organisation ist, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, eine bestimmte politische Linie zu verfolgen ...“[932]

[928] Šklovskij, G.: Specialisty i gosudarstvennyj apparat, in: SGRP 1930, No. 5–6, S. 87–100, hier S. 95; das Krylenko-Zitat stammt aus ders.: Klassovaja bor'ba, S. 43.

[929] Vgl. z. B. ebd. S. 47.

[930] Stalin: Werke, Bd. 12, S. 13.

[931] Zu diesen beiden Prozessen vgl. die Darstellung bei Medwedew, S. 136ff.; Ziehr, S. 148ff.; Medwedews Annahme, im Prozeß gegen die Industriepartei seien keine Bezüge zum Unionsbüro der Menschewiki hergestellt worden, wird von Ziehr, S. 161, korrigiert; vgl. ferner: Conquest: Great Terror, S. 552f.; Bailes: Technology, S. 95ff.; Lampert, S. 42f.; Diaconoff, S. 89–109; Jasny, N.: Soviet Economists of the Twenties. Names to be remembered, Cambridge 1972, S. 61ff.; zur offiziellen Auffassung der sowjetischen Historiographie vgl. Fedjukin, S. A.: Sovetskaja vlast' i buržuaznye specialisty, Moskva 1965.

[932] Vystuplenie tov. Krylenko v svjazi s raskrytiem vreditel'skich organizacij, in: SovJust 1930, No. 31, S. 1f.

Im Kopf des staatlichen Anklägers N. V. Krylenko, einer der führenden Persönlichkeiten im Justizwesen des Sowjetstaates, malte sich die Lage im Lande offenbar so aus, daß die gesamte Volkswirtschaft mit Schädlingen durchsetzt war, geleitet von einem ökonomischen Zentrum, das eng verbunden war mit Gruppen, die einen politischen Umsturz herbeiführen wollten. Das alles im übrigen in direktem Kontakt mit dem französischen Generalstab. Mit der „Industriepartei" hatte man nun endlich die Organisatoren und Koordinatoren dieser antisowjetischen Diversion und Sabotage ergriffen. Den Gedanken, daß eine falsche Politik, Personalmangel, normale Anlaufschwierigkeiten, die Probleme, die sich aus dem Experiment einer Planung, die die ganze Volkswirtschaft erfaßte, zu den ökonomischen Schwierigkeiten geführt hatten, ließ der Oberste Anklagevertreter nicht zu.

Im Prozeß der „Industriepartei" standen acht führende sowjetische Ingenieure und Ökonomen vor Gericht, fünf davon Mitarbeiter des VSNCh oder von Gosplan. L.K. Ramzin, Professor an der Moskauer TH, Direktor des wärmetechnischen Instituts, von großem Einfluß auf die Planung im Energiesektor;[933] I. A. Kalinnikov, stellvertretender Leiter des Produktionssektors von Gosplan, im Projekt des Fünfjahrplanes Mitverfasser der Abschnitte über Industrie;[934] V. A. Laričev, Vorsitzender der Brennstoffsektion und Präsidiumsmitglied von Gosplan, im Fünfjahrplan Mitverfasser der Kapitel über Energetik und Industrie;[935] N. F. Čarnovskij, stellvertretender Vorsitzender des wissenschaftlich-technischen Rats für Maschinenbau beim VSNCh;[936] A. A. Fedotov, Leiter des Forschungsinstituts der Textilindustrie;[937] S. V. Kuprijanov, technischer Direktor von Orgtekstil beim VSNCh;[938] V. I. Očkin, Leiter der Führungsabteilung des Forschungssektors beim VSNCh[939] und Sitnin, ein Textilingenieur.[940] Die Angeklagten wurden beschuldigt[941] Mitglieder einer „Industriepartei" (früher angeblich „Bund der Ingenieurorganisationen" benannt) gewesen zu sein, die ersten fünf sogar Mitglieder ihres Zentralkomitees. Ziel der Industriepartei sei gewesen, die Sowjetmacht zu beseitigen und den Kapitalismus im Rahmen einer Militärdiktatur wiederherzustellen. Zu diesem Zweck habe die Industriepartei daran gearbeitet, die Wirtschaftslage des Landes künstlich zu verschlimmern. Das sei vor allem durch Schädlingsarbeit bei der Planung bewirkt worden, und zwar auf dreierlei Weise: durch Projektierung von Minimalplänen und Verlangsamung des Entwicklungstempos – hier lag ein Bezug zur „rechten" Abweichung –, durch Schaffung von Disproportionalitäten zwischen den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft und schließlich durch „Stillegung" von Kapital, d.h. durch Investition in unnütze Projekte. Derart habe die „Industriepartei" versucht, Engpässe bei der Industrieproduktion

933 Vgl. Prigovor special'nogo prisutstvija Verchovnogo Suda Sojuza SSR po delu kontrrevoljucionnoj organizacii „Prompartii", in: SovJust 1930, No. 32–33, S. 57–65, hier S. 57; vgl. Bailes: Technology, S. 110f.

934 Prigovor, in: SovJust 1930, No. 32–33, S. 57; Pjatiletnij Plan t.2 č. 1, S. 5; t.2 č.2, S. 5.

935 Prigovor, in: SovJust 1930, No. 32–33, S. 57; Pjatiletnij Plan t.2 č. 1, S. 5; t.2 č. 2, S. 5.

936 Prigovor, in: SovJust 1930, No. 32–33, S. 57.

937 Ebd.

938 Ebd.

939 Ebd.

940 Ebd.

941 Die folgenden Ausführungen nach Prigovor, in: SovJust 1930, No. 32–33, S. 57–65.

zu schaffen, den „Hunger nach Metall" zu verschärfen, den Eisenbahnverkehr zu desorganisieren, den Ausbau der chemischen Industrie zu bremsen, in der Textilindustrie neue Werkhallen so großräumig und arbeiterfreundlich anzulegen, daß es unökonomisch sei. Das Gericht befand die Angeklagten in allen Punkten für schuldig und verurteilte die fünf „ZK-Mitglieder" zum Tode, die anderen drei zu zehn Jahren Freiheitsentzug; die Strafen wurden auf dem Gnadenwege ermäßigt: die Haftstrafen wurden von zehn auf acht Jahre herabgesetzt, die Erschießung in eine zehnjährige Freiheitsstrafe umgewandelt.[942]

Knapp vier Monate nach der Verurteilung der Angehörigen der „Industriepartei" wurde der Prozeß gegen das Unionsbüro der Menschewiki eröffnet. Zu den Angeklagten gehörte V.G. Groman, Mitglied des Präsidiums von Gosplan und Mitverfasser des Fünfjahrplans[943], V.V. Šer, Direktionsmitglied der Staatsbank, L.B. Zalkind vom Kommissariat für Handel,[944] K.G. Petunin, Mitglied des Kollegiums von „Centrosojuz" (Zentralverband der Verbrauchergenossenschaften) und N.N. Suchanov, der Verfasser der Aufzeichnungen über die Oktoberrevolution[945], ein Journalist und Wirtschaftsfachmann.[946] Die Beschuldigungen im Prozeß gegen das Unionsbüro waren politisch schärfer akzentuiert als in früheren Prozessen. Neben Schädlingstätigkeit wurde den Beschuldigten vorgeworfen, mit Unterstützung der II. Internationale eine menschewistische Organisation aufgebaut zu haben.[947] Die Schädlingsarbeit des Unionsbüros hatte, so die Anklageschrift, zunächst zum Ziel, eine Wirtschaftskrise zu erzeugen und Warenmangel hervorzurufen, um so innerhalb der Bevölkerung Unruhe zu erzeugen. Seit 1929 habe sie dann unmittelbar an der Vorbereitung einer militärischen Intervention durch die kapitalistischen Mächte gearbeitet.[948] Im einzelnen beabsichtigten die Vertreter des Unionsbüros angeblich, die Genossenschaftswirtschaft einzugrenzen, die Buchhaltung von „Centrosojuz" durcheinanderzubringen, die Mobilisierung von inneren Reserven zu verhindern und die Waren falsch zu verteilen. Im Volkskommisariat für Handel und Versorgung hatten die Verschwörer angeblich dafür gesorgt, daß die Arbeiterbevölkerung unterversorgt wurde und in den ländlichen Bezirken nicht genug Industriewaren bereitlagen. Im VSNCh und im Gosplan sollten sie Planzahlen vorsätzlich zu niedrig angesetzt haben, in der Gosbank den Geldumlauf behindert, die Kreditreform verzögert haben.[949] Für diese Übeltaten wurden den Angeklagten Teitelbeum, Rubin und Volkov fünf Jahre, Sokolovskij, Zalkind, Berlackij und Ikov acht, und Groman, Šer, Suchanov, Ginzburg, Finn-Enotaevskij, Jakubovič und Petunin zehn Jahre Freiheitsentzug zudiktiert.[950]

[942] Ebd. S. 64; der Gnadenerlaß des ZEK ebd. S. 65.
[943] Jasny: Soviet Economists, S. 62; Pjatiletnij Plan t.2 č. 1, S. 6; t.2 č. 2, S. 6.
[944] Jasny: Soviet Economists, S. 62f.; Diaconoff, S. 96; Ziehr, S. 181.
[945] Auf deutsch in einer gekürzten Version erschienen unter dem Titel: 1917. Tagebuch der russischen Revolution, München 1967.
[946] Jasny: Soviet Economists, S. 179–184; außer diesen fünf waren angeklagt: A.M. Ginzburg, A.L. Sokolovskij, V.G. Volchov, A. Ju. Finn-Enotaevskij, I.I. Rubin, ferner M.P. Jakubovič, B.M. Berlackij, M.I. Teitelbaum und V.K. Ikov, vgl. ebd. S. 62f.
[947] Ziehr, S. 176ff.
[948] Obvinitel'noe zaključenie po delu men'ševistskoj kontrrevoljucionnoj organizacii Gromana, Šera, Ikova, Suchanova, i drugich., in: SovJust 1931, No. 7–8, S. 3ff., hier S. 14.
[949] Ebd. S. 15, 16, 17, 18, 19.
[950] Jasny: Soviet Economists, S. 83.

Die Schädlingsarbeit am Plan wurde in den Wirtschaftsfachzeitschriften ausführlich abgehandelt. Die „Planovoe Chozjajstvo" widmete diesem Problem im Herbst 1930 einen ganzen Band.[951] Die Angriffe gegen die „Schädlinge" nahmen die Diskussionen auf, die innerhalb von Gosplan und VSNCh bei der Erstellung der Fünfjahrpläne geführt worden waren und verurteilten die Theorien Bazarovs, Gromans und anderer Planer in aller Schärfe – obgleich diese z.T. im endgültigen Entwurf des Fünfjahrplans noch als Autoren fungierten.[952] Den Planern warf man insbesondere vor, bei der Planung zu niedrige Steigerungsraten angesetzt zu haben, heftige Kritik richtete sich noch nachträglich gegen die Theorie der „abtauchenden Kurve".[953]

Die Beschuldigungen, die in dieser Phase gegen Wirtschaftsfachleute auf betrieblicher Ebene erhoben wurden, sahen etwa anders aus. Nach Prof. Prokopovič, einem emigrierten russischen Wirtschaftsfachmann, der in Prag ein Institut unterhielt, das die sowjetische Wirtschaft beobachtete, waren hier folgende Anklagepunkte üblich:[954]

1. Unrichtige Ausnutzung qualifizierter Arbeitskraft;
2. Überzogene Anforderung von Arbeitskräften, Bildung von Arbeitskraftreserven;
3. Unterlassung von Maßnahmen, Arbeitskräfte zu beschaffen bzw. qualifizierte Arbeiter bereitzustellen;
4. Abwerbung von qualifizierten Arbeitern und Technikern bei anderen Unternehmen;
5. Zurückhalten von Arbeitskräften, die an ein anderes Unternehmen überstellt werden sollen;
6. Verletzung der festgelegten Lohnsätze;
7. Untätigkeit beim Kampf um Arbeitsdisziplin;
8. Nichterfüllung der Verfügungen der Produktionsberatungen;
9. Nachlässigkeit bei der Verwirklichung von Arbeitererfindungen und Verbesserungsvorschlägen;
10. Falsche Ausnutzung von Rohstoffen und Material;
11. Unterlassung von Maßnahmen, die Selbstkosten und Ausschußproduktion senken;
12. Unterlassung von Maßnahmen, die Wohnungs- und Kantinenversorgung der Arbeiter sichern.

[951] PCh 1930, No. 10–11.

[952] Vgl. z.B. Kržižanovskij, G.: Vreditel'stvo v ėnergetike, in: PCh 1930, No. 10–11, S. 5–26; Ragol'skij, M.: O vreditel'skoj teorii planirovanija Gromana-Bazarova, ebd. S. 60–97; Vajsberg, R.: Front planirovanija i vreditel'stvo, in: B 1930, No. 19–20, S. 55–69; Kolman, Ė.: Vreditel'stvo v nauke, in: B 1931, No. 2, S. 73–81; Kujbyšev, V. V.: Ob organizacii planirovanija, in: ders.: Stat'i i reči, t. V, 1930–1935, Moskva 1937, S. 95–112; ders.: Desjat' let Gosplana, ebd. S. 67–69; vgl. auch den Sammelband: Vreditel'stvo v teorii i praktike planirovanija. Sbornik statej, Moskva, Leningrad 1931, der auch einige der vorgenannten Aufsätze enthält.

[953] Vgl. oben Abschnitt 2.1.

[954] Prokopovicz: Rußland, S. 258; unkritisch übernommen von Süß: Betrieb, S. 347f.; Prokopovicz macht eine Quellenangabe, die identifizierbar ist als: Kiselev, Ja./Malkin, S. E.: Važnejšie postanovlenija po trudu, dejstvujuščie na 1 fevralja 1931 goda. Praktičeskoe posobie dlja zavodskich i mestnych komitetov i profaktiva. Sbornik, Moskva 1931, S. 56, 58, 61 f.; die Nachprüfung ergibt, daß dort zwar die betreffenden Sachverhalte aufgeführt sind, jedoch nicht im Zusammenhang von Schädlingsprozessen: es wird allgemein das Verhalten von Wirtschaftlern in Arbeitskraftfragen kritisiert.

Dieser Katalog teilweise mehrdeutiger und widersprüchlicher Vorwürfe, der eine Reihe von Mißbräuchen benennt, die gang und gäbe waren, gibt einen Eindruck davon, wie die Sowjetbehörden versuchten, das Betriebsmanagement zu disziplinieren. Wurden die Planer für augenfällige wirtschaftliche Mißstände und für Minderung des Industrialisierungstempos verantwortlich gemacht, zog man sie auf Betriebsebene für mangelnde Initiative und Nachlässigkeit bei der Planerfüllung zur Rechenschaft. Die Strafandrohnung sollte sie motivieren, den Plan durchzusetzen. Der Schutz von Arbeiterinteressen spielte offenbar eine untergeordnete Rolle. Der Katalog legt den Gedanken nahe, daß auf der Ebene des Betriebsmanagements der Schädlingsvorwurf zwei Tendenzen verfolgte. Zum einen diente er als Druckmittel, Planerfüllung zu erreichen und Spezialisten, die oft am Sinn überhöhter Planvorgaben zweifelten, bei der Stange zu halten, zum anderen sollte er die Kunstgriffe und Mißbräuche unter Kontrolle halten, mit deren Hilfe das Betriebsmanagement die Planerfüllung zu sichern suchte.

Die Mißstände, die in den Schädlingsprozessen 1928–1931 angeprangert wurden, standen den Sowjetbürgern klar vor Augen. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die Versorgung der Bevölkerung im argen lag, daß das Transportsystem überlastet war, daß die Pläne vielerorts nicht erfüllt wurden. Daß dies allerdings Folge von Sabotage war und nicht die von Unfähigkeit der politischen Leitung, von übersteigerten Planansätzen, Fehlen von qualifiziertem Führungspersonal und sachkundiger Arbeitskraft, darf mit Fug bezweifelt werden. Auch wenn die sowjetische Historiographie heute noch an den Schuldvorwürfen festhält[955], kann man davon ausgehen, daß es sich bei den Schädlingsprozessen, deren Ungereimtheiten schon Zeitgenossen auffielen, durchweg um auf Fälschungen und erpreßten Geständnissen basierende politische Inszenierungen handelte.[956] Sie richteten sich allerdings gegen eine soziale Gruppe, die – und darin mag mancher eine politische Rechtfertigung der Prozesse erkennen – aufgrund sozialer Herkunft und Berufserfahrung der Stalinschen Fraktion im ZK mit Reserve gegenüberstand und die betriebene Industrialisierungspolitik für dumm und sinnlos halten mußte.

Darüber, in welchem Umfang Ingenieure zwischen 1928 und 1931 Opfer des Schädlingsvorwurfs wurden, gibt es keine zuverlässigen Daten. Der Versuch, nach einzelnen Prozeßberich-

[955] Vgl. z. B. Istorija KPSS v 6 tt., t. 4 kn. 1, Moskva 1970, S. 548.

[956] Der Frage nach dem Wahrheitsgehalt der in den Prozessen erhobenen Vorwürfe im einzelnen nachzugehen ist hier nicht der Raum; vgl. die m. E. plausiblen Einlassungen bei: Medwedew, S. 135–158; Süß: Betrieb, S. 248f.; Lorenz, R.: Historische und politische Voraussetzungen der „Moskauer Prozesse" (1936–1938), in: Kritische Justiz 12. 1974, H. 4, S. 364–375, hier S. 368ff.; Diaconoff: Gosplan, S. 97f.; Bailes: Technology, S. 96; Conquest: Great Terror, S. 549ff.; Lampert, S. 42f.; Ziehr, S. 206ff.; Jasny: Soviet Economists, S. 64ff.; auch Emel'janov, „Held der sozialistischen Arbeit" und korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, läßt in seinen Erinnerungen Zweifel an den Prozessen durchscheinen: eindeutig als falsch bezeichnet er Verhaftungen, die er 1937 selbst miterlebt hat, Novyj Mir 1967, No. 1, S. 79; zu den Prozessen 1928–1931 merkt er im Zusammenhang mit einer Havarie bei Ėlektrostal' an: „Das war noch vor der Zeit, als man begann einzelne Fehler und Fehlgriffe als bewußte Schädlingstätigkeit zu betrachten.
Unsere Mißgeschicke waren manchmal schwer zu erklären. Bedeutend einfacher war es anzunehmen, daß sie alle Ergebnis der Aktivität feindlicher Kräfte waren. Und diese Kräfte gab es und sie agierten." (Es folgen Beispiele für die parteifeindliche Einstellung bürgerlicher Spezialisten); ebd. S. 44.

ten eine Gesamtzahl zu ermitteln, muß scheitern, da über die Fülle der Verfahren, die auf lokaler Ebene stattfanden, in den zentralen Zeitungen nur knapp oder gar nicht berichtet wurde[957] und die Lokalzeitungen nur partiell zugänglich sind. So gibt es nur zwei Fingerzeige zur Größenordnung der ausgeübten Repression, einen aus den Prozessen selbst, den anderen aus der Emigrantenpresse. Im Prozeß gegen das ZK der „Industriepartei" machte dessen angebliches Haupt, Ramzin, in seiner Aussage die Angabe, die Zahl der Moskauer Ingenieure, die unmittelbar mit seiner Schädlingsorganisation in Verbindung gestanden habe, betrage 40–50, landesweit seien es 400–500. Beziehe man alle Beteiligten, auch die einfachen Mitarbeiter ein, komme man auf 2000.[958] Geht man davon aus, daß diese Zahlen im Einvernehmen mit dem Untersuchungsrichter, bzw. der OGPU festgelegt wurden, hätte man eine Richtzahl, an der sich die Sicherheitsorgane möglicherweise orientierten. Die Angabe stammt aus dem Herbst 1930. Mit 3. April 1931 datiert ein Korrespondent des „Socialističeskij Vestnik" seinen Bericht, in dem er das Gerücht wiedergibt, in Gefängnissen der OGPU säßen 7000 Ingenieure, Ökonomen und andere Spezialisten ein.[959] Welche dieser Zahlen der Wirklichkeit nahekommt, ist nicht zu sagen. Bezogen auf die Gesamtheit der Spezialisten mit Hochschulausbildung, die 1929/30 in der Volkswirtschaft vorhanden waren – ca. 70000[960] – wären nach den Angaben Ramzins bzw. des „Socialističeskij Vestnik" 2,85% bzw. 10% des qualifizierten Fachpersonals verhaftet worden. Daß die reale Zahl sich in diesem Rahmen bewegen könnte, macht der Rückgriff auf den Fall Šachty deutlich: dort hatte man 50 Ingenieure, davon 34 Hochschulabsolventen vor Gericht gestellt zu einem Zeitpunkt, da es im gesamten Bergbau der UdSSR nur 7600 Bergbauingenieure gab (davon 5350 mit Hochschulabschluß) zuzüglich 13750 Techniker (davon 8390 mit Spezialausbildung).[961] In den Šachty-Prozeß allein waren also 0,6% aller Bergbauspezialisten mit Hochschulabschluß verwickelt. Und das war nur eines der Verfahren, das sich mit dem Bergbausektor befaßte – das erste.

Die Schädlingskampagne traf eine recht kleine, gesellschaftlich und ökonomisch wichtige Gruppe – die technisch-ökonomischen Spezialisten – fühlbar. Soweit diese ihre persönliche und berufliche Sozialisation im vorrevolutionären Rußland erfahren hatten und damit in der Regel einer sozialen Schicht angehörten, die den Bolschewiki mit Reserve gegenübergestanden hatte, wurden sie als potentielle Feinde markiert. Das konnte nicht ohne Folgen für ihr Verhalten im Betrieb sein. Die Bereitschaft, Widerstand gegen unsinnige Planansätze zu leisten oder eigene Vorstellungen profiliert zu vertreten, sank merkbar ab. Der Sowjetwirtschaft wurden so nicht nur die dringend benötigten erfahrenen Ingenieure und Ökonomen entzogen – und angesichts des ungeheuren Bedarfs fehlte jeder einzelne und war durch die eilig ausgebildeten neuen Kader ohne Berufserfahrung nicht zu ersetzen –, die Initiative der übrigen wurde beschnitten, allerdings wurden sie auch dazu bestimmt, sich den Anforderun-

957 Ziehr, S. 143.

958 Klimov, in: SGRP 1930, No. 10, S. 132; vgl. Bailes: Technology, S. 70.

959 SV 1931, No. 8 (246), S. 14; in der gleichen No. berichtet ein anderer Korrespondent, in Zusammenhang mit dem Prozeß gegen das „Unionsbüro" seien 1500 Personen als Menschewiki verhaftet worden; ebd.; die Zahl 7000 gibt auch SV 1931, No. 6–7 (244–245), S. 19.

960 Vgl. Plan obespečenija, S. 56f., 205; insgesamt gab es Ende des Operationsjahres 1928/29 116940 Spezialisten in höherer Funktion, davon waren aber mindestens 46350 „Praktiker".

961 Vgl. Pravda 6. 7. 28, S. 1; 7. 7. 28, S. 6; Plan obespečenija, S. 217, 224f.; von den 50 Ingenieuren hatten 34 Hochschulabschluß, 13 eine mittlere techn. Ausbildung, 3 waren Praktiker; Bailes Angaben, Technology, S. 90 Anm. 47, sind insofern irreführend.

gen, die die Partei stellte, insbesondere überhöhten Planvorgaben, rascher anzupassen. So hoch die Zahl der Verurteilungen auch in Bezug auf die Zahl der vorhandenen Fachleute war, so unbedeutend war sie im Vergleich zum Ansteigen der Häftlingszahlen: 2000 oder 7000 Ingenieure – gegenüber 1 oder 2 Millionen Lager- oder Gefängnisinsassen fiel das kaum ins Gewicht. Man muß sehen, daß die Schädlingskampagne nur eine Facette der Repression war, die sich gegen die Gesamtgesellschaft, vor allem aber gegen die Bauernschaft richtete.

Die verhafteten Ingenieure wurden, soweit sich das anhand der Quellen übersehen läßt, großenteils nicht in Arbeitslagern untergebracht, sondern als Strafspezialisten bei Großprojekten der OGPU oder in der Industrie eingesetzt. Die OGPU organisierte 1931 in Moskau und Char'kov die ersten beiden technischen Büros der OGPU. Die Häftlinge dort wurden bevorzugt behandelt, u.a. wurde ihnen verlängerter Hofgang, Wiedersehen mit der Familie gestattet, sie durften Fachliteratur und Zeitungen beziehen.[962] In Moskau arbeitete ein besonderes Baubüro seit Frühjahr 1931 an der Projektierung des Weißmeer–Ostsee–Kanals[963], in Char'kov wurden gefangene Ingenieure im Lokomotivenwerk eingesetzt. Dort arbeiteten sie ohne Bewachung und waren in leitenden Funktionen als Leiter der mechanischen Abteilung, als leitender Konstrukteur usw. tätig.[964] Auch beim Hochofenbau in Magnitogorsk arbeitete ein Strafspezialist, ein Ingenieur namens Tišenko, eingerahmt durch einen unerfahrenen „roten Spezialisten" und einen amerikanischen Konsultanten.[965] Der technische Direktor des Hüttenwerks in Kerč war 1931 ein verurteilter Ingenieur[966], im Iževsker Werk konstruierten vier Strafspezialisten den „ersten sowjetischen Blooming".[967] Ramzin, der angebliche Leiter der „Industriepartei" setzte seine Arbeit als Fachmann für Wärmetechnik unter Aufsicht der OGPU fort und nahm seine Vorlesungen am Institut für Energetik wieder auf.[968] In dieser und ähnlicher Weise arbeiteten nach Angaben von Scott um 1932 mehrere Tausend von Spezialisten unter Kontrolle der Sicherheitsorgane.[969]

Der Einsatz von „Schädlingen" beim industriellen Aufbau, die Errichtung von technischen Büros der OGPU erweiterten den Einfluß der Sicherheitsorgane im Wirtschaftsbereich. Die OGPU wurde auch im Bereich qualifizierter Arbeitskraft ein Faktor. Die Beobachtung, daß die Geheimpolizei seit 1927/28 massiv in Wirtschaftsentscheidungen eingriff, durch verstärkte Kontrollen und durch Schuldzuweisung für Mißstände und Unfälle, später auch durch Einsatz von Zwangsarbeit bei Großbauten und beim Holzeinschlag, findet somit in einem weiteren Bereich Bestätigung. Als eine Ursache für die Ausweitung der „Schädlingskampagne" ist deshalb auch ein behördeninternes Interesse, die eigene Produktion auszubauen und so auch auf wirtschaftlichem Sektor die eigene Bedeutung zu bestätigen, nicht auszuschließen.

Die Schädlings-Kampagne erstreckte sich auf die gesamte Wirtschaft und wirkte weit in die Gesellschaft hinein. Die Prozesse, von denen einige, darunter die gegen die „Industriepartei"

[962] SV 1931, No. 6–7 (244–245), S. 19.
[963] Gorky: Belomor, S. 27ff.; vgl. oben Abschnitt 5.2.
[964] Kopelew: Und schuf, S. 277f.
[965] Scott, S. 30–32.
[966] SV 1931, No. 6–7 (244–245), S. 19.
[967] Ordžonikidze: Stat'i Bd. 2, S. 308–310; Blooming ist ein Spezialwalzwerk.
[968] SV 1931, No. 19 (257), S. 15; vgl. Bailes: Technology, S. 110f. der sich auf eine andere Quelle stützt.
[969] Scott, S. 30; dazu zählte auch Groman, Jasny: Soviet Economists, S. 122, nicht aber Bazarov und Kondrat'ev, ebd. S. 137, 178.
[970] „Gesellschaft zur Förderung der Verteidigung und des Ausbaus von Flugwesen und Chemie".

und das „Unionsbüro der Menschewiki" öffentlich geführt wurden, waren von einer Pressekampagne begleitet, von Massendemonstrationen und Meetings. Die wissenschaftlichen und Wirtschaftszeitschriften widmeten den Vorwürfen breiten Raum und analysierten die Schädlingsarbeit umständlich.

Der Prozeß gegen die „Industriepartei" fand im Kolonnensaal des Gewerkschaftshauses statt, der mit Arbeiterdelegationen, Vertretern der Presse und des öffentlichen Lebens vollbesetzt war. Die sowjetische Presse berichtete in großer Aufmachung von den Verhandlungen; Anklagerede und Urteil wurden im vollen Wortlaut, Verhöre und Zeugenaussagen zumindest in Zusammenfassung wiedergegeben. Dazu widmeten die Zeitungen täglich umfangreichen Raum Aufrufen, Erklärungen und Selbstverpflichtungen von Stoßarbeitern und Betriebsbelegschaften. Während des Prozesses der „Industriepartei" wurden allein in Leningrad 690 neue Stoßarbeiterbrigaden gebildet, 1000 Rationalisierungsvorschläge eingereicht, 6000 Anträge auf Mitgliedschaft in der VKP gestellt, 22000 Arbeiter verpflichteten sich, bis zum Ende des Fünfjahrplans den Arbeitsplatz nicht zu wechseln, 100000 Arbeiter traten der „Osoaviachim"[970] bei und für den Bau eines Luftschiffs wurden 30000 Rubel gespendet. In Moskau wurden 3175 Stoßarbeiterbrigaden neu gebildet, 6000 Arbeiter beantragten Aufnahme in die VKP und in fünf Rayons der Stadt wurden 1,438 Millionen Rubel für die Staatsanleihe „Fünfjahrplan in vier Jahren" gezeichnet.[971] Um den Prozeß herum wurde eine Maschinerie zur Erzeugung von gesellschaftlichem Unwillen – gegen ausländische Mächte und gegen bürgerliche Spezialisten – und zur Mobilisierung für Produktionssteigerung und Intensivierung der Arbeit in Gang gesetzt. Ähnliches wurde anläßlich des Prozesses gegen das „Unionsbüro der Menschewiki" in Szene gesetzt. In zahlreichen Leserzuschriften wurden die „Schädlinge" und „Interventen" verurteilt, in Selbstverpflichtungen versprachen die Werktätigen Meisterung der Technik, massenhaften Eintritt in die Kolchosen, Vorbereitung und Verwirklichung einer bolschewistischen Aussaat, den Aufbau eines kampfkräftigen Genossenschaftsverbandes und die vollständige Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes des dritten entscheidenden Jahres des Fünfjahrplans.[972]

Im Innern wurden die Prozesse so für massive Propagierung der politischen Ziele der Parteiführung genutzt. Dabei appellierten die Medien offenbar an real vorhandene Ängste und Feindbilder: die Tatsache, daß die kapitalistischen Mächte eine Intervention planten, schien vielen Arbeitern eingedenk des Bürgerkrieges nicht unwahrscheinlich. Und daß die alten Spezialisten oftmals Gegner der VKP waren und Interessen vertraten, die denen der Belegschaften oft entgegengesetzt waren, hatten viele Arbeiter am eigenen Leib erfahren. V. Emel'janov, Sohn eines Erdölarbeiters aus Baku und 1929 Student der Hüttenkunde, berichtet z. B. von einem Gespräch mit Čarnovskij, der später im Prozeß der „Industriepartei" angeklagt war, in dem dieser ganz deutlich seine Absicht formulierte, sein Institut mit „eigenen" Leuten zu besetzen, nicht mit „Genossen", die „irgendein Rayonkomitee schickt".[973] In den Betrieben waren es die Manager und Ingenieure gewesen, die Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität und zur Rationalisierung vertraten. Im Rahmen der Schäd-

971 Vgl. Ziehr, S. 158, 159, 164ff., 184f.

972 Ebd. S. 184ff.

973 Emel'janov, V.: O vremeni, o tovariščach, o sebe. Zapiski inženera, in: Novyj Mir 1967, No. 1, S. 5–82; No. 2, S. 61–141, hier No. 1, S. 45.

lingskampagne konnten nun die Arbeiter ihren Aggressionen gegen die betriebliche Obrigkeit freien Lauf lassen.[974] So ist es erklärlich, daß die Massendemonstrationen, die anläßlich des Prozesses gegen die „Industriepartei" stattfanden und an denen nach Bericht von Augenzeugen hunderttausende von Arbeitern teilnahmen, durchaus im Ernst die Erschießung der Angeklagten forderten.[975] Der Korrespondent des „Socialističeskij Vestnik" hörte Äußerungen wie: „Dreitausend haben sie gekriegt, mit Automobilen sind sie 'rumgefahren und wir sitzen bei Brot und Kartoffeln!" oder „An die Kapitalisten haben sie uns verkauft, unser Blut wollen sie aussaugen!"[976] Auch die Vorwürfe im Prozeß gegen die Menschewiki wurden offenbar von vielen Arbeitern ernst genommen, doch war das öffentliche Interesse hier weitaus geringer als vier Monate zuvor beim Prozeß gegen die Industrieparteiler Ramzin, Čarnovskij usw. Der Gerichtssaal war zwar regelmäßig voll, 2000 Personen wohnten dem Verfahren bei, doch es gab keine Aufläufe vor dem Gerichtsgebäude und keine Massendemonstrationen.[977]

Innerhalb der VKP waren die Ansichten über den Wahrheitsgehalt der Vorwürfe, die man in den Schädlingsprozessen erhob, offenbar geteilt. Viele Parteimitglieder zweifelten daran, auch wenn sie bürgerlichen Spezialisten und Sozialdemokraten gegenüber feindlich eingestellt waren.[978] Die trotzkistische Emigration dagegen sah sich in ihren Vorbehalten gegen die Stalinsche Politik bis 1928 voll bestätigt – die Kritik Trockijs an den Fünfjahrplanentwürfen erweise sich in den Prozessen als richtig.[979] Tatsächlich desavouierte die Parteiführung mit den Prozessen ihre eigene Wirtschaftsplanung.

Wenige Wochen nach dem Prozeß gegen das „Unionsbüro der Menschewiki" wurde die Schädlingskampagne plötzlich eingestellt. Das Volkskommissariat für Justiz gab am 22. Mai 1931 ein Zirkular an die Gebietsstaatsanwälte heraus, das den Umgang mit Wirtschaftlern und Spezialisten aus der Produktion neu regelte. Das bisherige Vorgehen wurde scharf kritisiert, die Praktiken und ihre Folgen beim Namen genannt:

> „... der unrichtige Zugang äußert sich:
> 1) im Aufwerfen manchmal sichtlich unbegründeter Fälle, die entweder mit Einstellung oder mit einem Rehabilitierungsurteil enden; 2) in der Übergabe solcher Fälle zur Untersuchung an die Organe der Miliz und der Kriminalbehörde, ohne diese vorher über den Charakter und die angezeigten Untersuchungsmethoden zu unterrichten; 3) ... 4) ...
> Solche Arbeitsmethoden, die zu sinnloser Belästigung der Wirtschaftler und Spezialisten führen, zur Entfernung aus der alltäglichen Arbeit und manchmal zur Behinderung der Produktion, tragen nicht nur nicht zur Erfüllung der Planaufgaben bei, sondern fügen der Sache der Planerfüllung einen schwer tragbaren Verlust zu."[980]

[974] Vgl. Lampert, S. 126ff.
[975] SV 1930, No. 24 (238), S. 14.
[976] Ebd.; vgl. oben Abschnitt 2.2
[977] SV 1931, No. 10 (248), S. 15f.; auch zu diesem Prozeß wurde eine Dokumentation herausgegeben, die weite Passagen des Verfahrens im Stenogramm festhielt, vgl. Jasny: Soviet Economists, S. 6; Ziehr, S. 181 hat dies nicht aufgefunden: Process kontrrevoljucionnoj organizacii men'ševikov (1. 3.–9. 3. 31). Stenograf. sud. processa ..., Moskva 1931, 472 S.; ähnliche Dokumentationen wurden auch für frühere Prozesse herausgegeben: Krylenko, N. V. (Hrsg.): Ėkonomičeskaja kontrrevoljucija v Donbasse. Itogi Šachtinskogo dela. Stat'i i dokumenty, Moskva 1928; Process Prompartii, Moskva 1931; keiner dieser Bände war mir zugänglich.
[978] SV 1931, No. 21 (259), S. 11.
[979] BO 1930, No. 17–18, S. 20.
[980] SovJust 1931, No. 16, S. 15.

Am folgenden Tag – und dies zeitliche Zusammentreffen ist gewiß kein Zufall – erschien in der „Pravda" ein von Ordžonikidze – seit 10. 11. 1930 Vorsitzender des VSNCh – persönlich unterzeichneter Artikel, der die Arbeit von vier Strafspezialisten hervorhob und ihnen vorzeitige Haftentlassung und Auszeichnungen in Aussicht stellte.[981] Das signalisierte die Rehabilitation der geschmähten „Specy" und wurde auch so verstanden.[982] Anstehende Prozesse gegen Wirtschaftler und Spezialisten nahmen jetzt ganz unerwartete Wendungen. Ein Ingenieur, der im Nordkaukasus wegen einer Hochofenhavarie vor Gericht gezogen worden war, erwies sich als politisch und in der Produktion besonders aktiver Spezialist, man sprach ihn frei, und die Rayonsstaatsanwälte erhielten für ihr „formal-seelenloses Verhalten gegen einen aktiven Spezialisten" Verweise.[983] Im Fall einer Schädlingsorganisation in der Keramikindustrie wurden die 21 Angeklagten freigesprochen und die beiden Denunzianten als Pseudospezialisten, Ignoranten und Beamtenseelen entlarvt.[984]

Ende Juni 1931 formulierte Stalin die neue Einstellung zu den „alten Spezialisten" öffentlich. In einer Rede vor Wirtschaftlern am 23. 6. 1931, die einen Umschwung im Bereich der Wirtschaftsleitung anbahnte und in der er die Stalinschen „Sechs Punkte" proklamierte, ging er auch auf die Schädlingsfrage ein und behandelte sie als „eine Art Mode", die lange zurückliege. Und er forderte dazu auf, die Ingenieure und Techniker der alten Schule verstärkt heranzuziehen, ihnen mehr Aufmerksamkeit zu schenken und für sie zu sorgen.[985] In einem geheimen Dekret des ZK VKP vom 10. Juli 1931 wurden Stalins Anweisungen umgesetzt. An die Parteiorganisation erging die Anweisung, die Autorität der Spezialisten zu stützen, die Schädlingsfälle zu überprüfen und die Verurteilten gegebenenfalls freizulassen, sowie die Tätigkeit der Sicherheitsorgane im Betrieb von der Zustimmung der Betriebsleitung abhängig zu machen.[986] Die Arbeit der Ingenieure und Wirtschaftler war damit auf eine neue Basis gestellt. Die Schädlingskampagne war zu Ende. Zwar kam es in der Folge zu weiteren Prozessen, z. B. gegen die Vickers-Ingenieure, doch diese Verfahren standen bereits in einem anderen politischen Zusammenhang.

Das Vorgehen gegen die „Schädlinge" in den Jahren 1928–1931 war Teil jener Repressionsmaßnahmen, die seit 1928/29 zunehmend das politische Klima veränderten. Durch das Objekt der Kampagne, die Ingenieure und Spezialisten, und durch die massive Öffentlichkeitsarbeit, die sie begleitete, erhielt sie ihre politische Bedeutung und wirkte auf das Verhältnis der Belegschaften zu ihrem Management, wie auf das Verhalten der Ingenieure und Wirtschaftler zur politischen Führung. Wirtschaftspolitische Diskussionen und Auseinandersetzungen über politische Ökonomie, wie sie in den zwanziger Jahren offen und mit großer Verve geführt wurden, waren nach Einsetzen der Schädlingskampagne nicht mehr möglich. An die Stelle sachbezogener Debatten trat plumpe Denunziation. Der Versuch, ein ökonomisches Großprojekt, wie es die Planung einer ganzen Volkswirtschaft darstellt, in Angriff zu nehmen, die sachkundige Kritik an Entwurf und Durchführung aber mit allen

[981] Ordžonikidze, G. K.: Kto skonstruiroval i techničeski rukovodil postrojkoj pervogo sovetskogo bljuminga, in: ders.: Stat'i Bd. 2, S. 308–310.
[982] Vgl. SV 1931, No. 12–13 (250–251), S. 22.
[983] SovJust 1931, No. 19, S. 30.
[984] SV 1931, No. 15–16 (253–254), S. 14f.
[985] Stalin: Fragen, S. 415–418; zur Bedeutung der „Sechs Punkte", vgl. unten Abschnitt 7.2.
[986] WKP 162, p. 63.

Mitteln zu unterdrücken, muß dem modernen Betrachter ebenso absurd erscheinen, wie die Verhaftung von Ingenieuren, die Zerstörung von Arbeitszusammenhängen und die Demotivierung von Fachleuten in einer Phase, in der akuter Mangel an Ingenieuren und Wirtschaftsfachleuten bestand.

Die Motive, die zur Inszenierung der Schädlingskampagne veranlaßten, sind vielfältig. Offenbar erfuhren sie im Verlauf der Kampagne auch Wandlungen. Die Initiative beim Vorgehen gegen die Spezialisten ging offenbar zunächst von einzelnen Stellen der OGPU aus, wurde dann jedoch im ZK von der Gruppe um Stalin aufgegriffen. Dieser erschien ein Prozeß gegen bürgerliche Spezialisten offenbar als ein geeignetes Mittel, in der Öffentlichkeit ein Feindbild zu propagieren, in dem Ablehnung des Sozialismus und Ablehnung eines hohen Industrialisierungstempos zusammenfielen. Diese Feindstereotype war sowohl gegen die Gruppe um Bucharin anwendbar, wie gegen die Ökonomen in Gosplan und VSNCh, die sich gegen ein übersteigertes Tempo des industriellen Ausbaus zur Wehr setzten. Die Šachty-Affäre, die zunächst der Profilierung lokaler OGPU-Beamte diente, gab der Stalin-Gruppe ein Werkzeug gegen ihre politischen Gegner in die Hand. Zugleich nahm die Parteiführung den Anlaß wahr, mit Hinweis auf die Schädlingsarbeit – und dabei schwang stets der Hinweis auf die Gefahr einer ausländischen Intervention mit – die politischen Apparate zu mobilisieren, die in der Folge reorganisiert und der neuen Politik angepaßt wurden. Das Modell Šachty machte im Land Schule – Parteiorganisation, RKI und OGPU gingen überall auf die Jagd nach Schädlingen – wohl auch um ihre Wachsamkeit und ihre Existenzberechtigung nachzuweisen. Daß es dabei gegen eine soziale Gruppe ging, die der Sowjetmacht reserviert gegenüberstand und die allzuoft von den Arbeitern mit Argwohn betrachtet wurde, erleichterte die Aufgabe der Apparate. Hier liegt auch die „proletarische" Komponente der Kampagne.

Die Hexenjagd, die sich 1928/29 entfaltete, bot der Stalin-Gruppe im ZK bei der Propagierung der forcierten Industrialisierung eine Reihe von Vorteilen. Unter Berufung auf die „Schädlinge" konnte sie für eine neue Kaderpolitik werben und die Reorganisation der Hochschulen betreiben. Unter der Berufung auf „Schädlinge" konnte sie eine massive Säuberung des Staatsapparats durchführen, in der Hoffnung ihn damit effizienter zu machen. Unter Berufung auf die „Schädlinge" trieb sie die Belegschaften zur Steigerung ihrer Arbeitsleistung an. Technokratische Tendenzen, d.h. zunehmender politischer Einfluß technischen Denkens und der Techniker selbst[987], wurden massiv zurückgedrängt, das „Primat der Politik" mit Gewalt durchgesetzt – mit verheerenden Folgen für die Volkswirtschaft.

Neben der Stalin-Gruppe profitierten auch Justiz und OGPU von den Schädlingsprozessen, ihr Einfluß in der Gesellschaft nahm sichtbar zu. Seit 1928 begann Repression in der sowjetischen Innenpolitik eine Rolle zu spielen, seit 1928 begann die OGPU ihre Gefangenenwirtschaft aufzubauen, in der mit Strafspezialisten besetzte Technische Büros bald eine gewisse Rolle spielten. War Šachty anfangs Karrieresprungbrett für einige lokale OGPU-Funktionäre, lag Fortführung und Ausweitung der Schädlingskampagne bald im Behördeninteresse der OGPU als Ganzem, selbst wenn die Verhaftung von Spezialisten der Wirtschaftsentwicklung nicht dienlich war. In der Konkurrenz zwischen VKP-Apparat, OGPU und RKI

[987] Vgl. Bailes: Technology, S. 97ff.

entwickelte sich ein Selbstlauf, der von der Hysterie getragen wurde, mit der politisch und ökonomisch wenig beschlagene Aktivisten immer neue Klassenfeinde entdeckten. Für die neuen, sowjetischen Spezialisten, die in diesen Jahren in großer Zahl in die Betriebe strömten, hatte die Schädlingskampagne die erwünschte Nebenwirkung, Führungspositionen freizumachen, in die sie rasch nachrücken konnten. Auch hier mag in Einzelfällen Eigeninteresse eifriger junger Ingenieure zur Ausweitung der Kampagne beigetragen haben.

In dem Maße, in dem die sowjetische Volkswirtschaft durch forcierte Industrialisierung und Kollektivierung in die Krise gesteuert wurde, der Reallohn sank, die Versorgung stockte, im Industriebereich keine nennenswerten Produktivitätssteigerungen erreicht wurden und das überlastete Verkehrssystem vor dem Zusammenbruch stand, trat ein anderes Moment der Schädlingskampagne in den Vordergrund: die bürgerlichen Spezialisten wurden als Sündenböcke für die Verfehlungen der sowjetischen Wirtschaftpolitik angeboten. Das wird ganz deutlich in den Prozessen gegen die „Industriepartei", das Unionsbüro der „Menschewiki" und im Fall der Saboteure der Lebensmittelversorgung. Hier erfolgen individuelle Schuldzuweisungen für Mißstände, die jedermann an eigenem Leibe verspürte.

Die Schädlingskampagne erfuhr ihre Ausprägung also durch ein Zusammenwirken von gezieltem politischen Kalkül, einem sich verselbständigendem Interesse einzelner Personengruppen und Behörden und der Verschärfung sozialer Widersprüche, die im Vorgehen gegen die Schädlinge eine Scheinlösung erfuhren. Damit war ein Modell gegeben, mit dem das politische System auf Konfliktsituationen reagieren konnte – durch eine Kombination von Zwangsmaßnahmen mit der Mobilisierung von Öffentlichkeit durch revolutionäre Phrase. Der Repressionsapparat spielte von nun an eine wichtige Rolle bei der Schaffung von gesellschaftlicher Legitimation.

6. DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG 1928–1932: PLANLOS IN DIE KRISE

Mangel an technischem Fachpersonal, Fehlen von qualifizierter Arbeitskraft, überhöhte Planziele, mangelnde Erfahrung im Umgang mit einem volkswirtschaftlichen Gesamtplan und politische Fehlgriffe verbunden mit großem Enthusiasmus, Energie und rücksichtslosem Einsatz von Menschen und Ressourcen prägten die wirtschaftliche Entwicklung in den ersten Jahren des 1. Fünfjahrplans. Das rosige Bild, das Stalin im Juni 1930 auf dem XVI. Parteitag zeichnete – wachsender Aufschwung, Rückgang der Erwerbslosigkeit, Wachstum der Großindustrie in hohem Tempo, endgültige Überwindung der Getreidekrise und Festigung der inneren Lage[988] – war nicht ganz ohne dunkle Flecken. Der Generalsekretär selbst sprach vorsichtig von „Schwierigkeiten des Vormarschs", für die er neben objektiven Gegebenheiten die Kulaken, die bürgerliche Intelligenz und bürokratische Elemente verantwortlich machte.[989] Jakovlev, der das Referat über die Agrarfrage hielt, äußerte sich ähnlich verschwommen, unpräzise und widersprüchlich. Leugnete er einerseits daß die Kollektivierung bedeutende Viehverluste bewirkt habe, beklagte er wenige Minuten später den enormen Rückgang im Viehbestand, lobte er wortreich die ökonomischen Vorteile des Kolchos, so begründete er am Ende des Referats die Massenaustritte aus dem Kolchos damit, daß dieser schlecht organisiert sei.[990] Nach Jakovlevs nebelhaftem Vortrag war es der Kavallerist Budennyj, der mit herzerfrischender Direktheit den Finger auf die Wunde legte: zwischen 1929 und 1930 seien 4 Millionen von 27 Millionen Pferden – unverzichtbare Zugkraft – abgeschlachtet worden! Das sei – so Budennyj unter dem Gelächter der Delegierten – die Liquidierung des Pferdes als Klasse![991]

Wurde die Lage der Industrie auf dem XVI. Parteitag 1930 noch positiv dargestellt[992], mußte Ordžonikidze 1932 scharfe Kritik an den Leistungen des Jahres 1931 üben:

> „Der Plan wurde quantitativ nicht erfüllt. Die Selbstkosten sind gestiegen statt zu sinken, die Produktivität ist unwesentlich gestiegen.
>
> ...
>
> Im Verlauf der letzten Jahre ist der chozrasčet beinahe völlig verschwunden."[993]

Auf diese Weise, fügte der Volkskommissar für Schwerindustrie hinzu, könne man nicht weiterarbeiten.

Die Schwierigkeiten, in die die sowjetische Volkswirtschaft geraten war, begannen bei der Zentralen Planung. Nicht allein, daß die Eckdaten des Fünfjahrplanes von der politischen Führung sinnlos überhöht worden waren, die Planer sahen sich auch mit einer ganzen Reihe von Problemen konfrontiert, die einfach Folge mangelnder Erfahrung und unzureichender Planungsmethodik waren. Mit der Erstellung eines Perspektivplans für die gesamte Volkswirtschaft betraten die sowjetischen Ökonomen völliges Neuland, sie vollbrachten eine nicht

[988] XVI s-ezd, S. 24f.; Stalin: Werke, Bd. 12, S. 229f.
[989] XVI s-ezd, S. 36; Stalin: Werke, Bd. 12, S. 266.
[990] XVI s-ezd, S. 573f.; 579; 574f.; 594.
[991] XVI s-ezd, S. 633f.
[992] XVI s-ezd, S. 26f.
[993] XVII konf. S. 19.

gering zu bewertende Pionierleistung. Mit welchen Schwierigkeiten man zu kämpfen hatte, umriß ein führender Planer bei der Vorstellung der Kontrollziffern für das Wirtschaftsjahr 1930/31:

> „Unsere Kontrollziffern sind äußerlich anscheinend ausbilanziert; aber wenn Sie versuchen, unseren Volkswirtschaftsplan von innen auszubilanzieren, stoßen Sie auf eine Reihe von Brüchen. Ich glaube nicht, daß wir schon in der augenblicklichen Etappe unserer Planarbeit in der Lage sind, eine abgeschlossene volkswirtschaftliche Bilanz zu erstellen und unsere Kontrollziffern in einer solchen Form zu geben."[994]

Probleme waren so bereits im Plan beschlossen: neben den überspannten Zielen der „bacchanalischen Planung"[995] waren da die planinternen Probleme, die zu erheblichen Unausgewogenheiten führen und wirkliche Planung in Frage stellen mußten.[996] Das Prinzip der planmäßigen Leitung, einer der Faktoren, die – so Stalin 1930 – die Überlegenheiten des sozialistischen über das kapitalistische System ausmachten[997], konnte in diesem Erprobungsstadium tatsächlich nicht durchgesetzt und ausgenutzt werden.

Besondere Probleme gab es im Agrarbereich, der sich bis 1928 durch seine privatwirtschaftliche Struktur, die vom Typus des kleinen Warenproduzenten dominiert war, dem staatlichen Zugriff weitgehend entzogen hatte. Der Versuch, hier im Rahmen der Kollektivierung neue, stärker kontrollierbare Strukturen durchzusetzen – der Fünfjahrplanentwurf war von einer wenigstens partiellen Beibehaltung der alten Strukturen ausgegangen[998] – führte zu einer politischen und ökonomischen Krise auf dem Dorf. Erhebliche Fortschritte erzielte die Sowjetführung bei der „Verstaatung" des Agrarsektors, bei der Zerschlagung der privaten Wirtschaften und der Durchsetzung staatlicher Kontrolle im Dorf und bei der Beseitigung potentieller politischer Konkurrenten – der bäuerlichen Oberschicht. In welchem Ausmaß diese Entwicklung im 1. Fünfjahrplan voranschritt, zeigen folgende Angaben:

Tab. 78: Verteilung der Saatflächen nach Art der Bewirtschaftung 1928–1932 (in %)[999]

	1928	*1930*	*1932*	*Planansatz für 1932/3*
Einzelbauern	97,3	67,6	22,0	86,5
Kolchosen	1,2	28,6	68,0	10,3
Sowchosen	1,5	3,8	10,0	3,2
	100,0	100,0	100,0	100,0

[994] Levin, V. A.: Sistema kontrol'nych cifr 1930/31, in: PCh 1930, No. 2, S. 22–50, hier S. 28; vgl. Lewin, M.: The Disappearance of Planning in the Plan, in: Slavic Review 32. 1973, No. 2, S. 271–287, hier S. 271f.

[995] Jasny, N.: Soviet Industrialization 1928–1952, Chicago 1961, S. 70ff.

[996] Vgl. z. B. BO 1930, No. 17–18, S. 42; Jugov, A.: Itogi 1931 g. i plan na 1932, in: SV No. 1–2 (262–263), S. 10–14, hier S. 10; Lewin, in: Slavic Review 32. 1973, No. 2, S. 274f.

[997] Stalin: Werke, Bd. 12, S. 281.

[998] Am Ende des 1. Fünfjahrplans sollte der Marktanteil des sozialistischen Sektors wenigstens so hoch sein, wie der der bäuerlichen Oberschicht, die nach wie vor eine Rolle spielen sollte. Pjatiletnij Plan t.2 č.1, S. 265.

[999] Vgl. Rezul'taty pjatiletnego plana rekonstrukcii narodnogo chozjajstva SSSR, in: BEKP 1933, No. 102, S. 1–24, hier S. 10; Angaben zur Planung für 1932/3 korrigiert nach Pjatiletnij Plan t.2 č. 1, S.

Am Ende des 1. Fünfjahrplanes war die Bedeutung der bäuerlichen Einzelwirtschaften stark zurückgegangen. 61,5% aller Höfe waren 1932 in Kolchosen organisiert[1000], diese und die Staatsgüter bestellten 80% der gesamten Saatfläche. In vier Jahren war die soziale Struktur des Agrarsektors tiefgreifend verändert worden. Unglücklicherweise hatte sich dieser Umbruch auf die landwirtschaftliche Produktion nicht positiv ausgewirkt. Die Getreideerzeugung ging selbst nach zeitgenössischen sowjetischen Angaben trotz zeitweiliger Ausweitung der Saatfläche stark zurück:[1001]

Tab. 79: Schätzungen der Getreideernte 1927/28–1934[1002]

Jahr	*Sowjet. Angaben:*				*Westl. Schätzungen:*	
	Original:		*Revidiert:*		*Johnson/Kahan*	
	Mio. t	*Index*	*Mio. t*	*Index*	*Mio. t*	*Index*
1913	81,6	100%	76,5	100%	81,6	100%
1927/28	73,32	90	—	—	73,3	90
1928/29	71,742	88	—	—	71,7	88
1929/30	83,545	102	—	—	83,5	102
1931	69,484	85	—	—	66,0	81
1932	69,873	86	—	—	63,0	77
1933	89,804	110	68,4	89	67,1	82
1934	89,403	110	67,65	88	67,3	82

Bei ansteigenden Bevölkerungszahlen und insbesondere bei Wachstum der Stadtbevölkerung fiel die Erntemenge in den Jahren des Fünfjahrplans dramatisch ab. Eine reibungslose Versorgung der Bevölkerung oder gar Getreideexport zur Kapitalbeschaffung war damit illusorisch. Eine wichtige Voraussetzung der Optimalvariante des Fünfjahrplans, die ja allein gültig sein sollte, – fünf gute Ernten[1003] – entfiel, die ohnehin problematische Kalkulation des Verhältnisses zwischen den volkswirtschaftlichen Sektoren erwies sich als unrealistisch.

329; für 1932 vgl. die Angaben bei: Itogi pjatiletnego plana razvitija narodnogo chozjajstva Sojuza SSR, Moskva 1933, S. 136f.; Soc. Stroit. 1934, S. 19; in der westlichen Literatur werden diese Daten übernommen, vgl. Prokopovicz: Rußland, S. 132; Lorenz, R.: Sozialgeschichte der Sowjetunion I. 1917–1945, S. 198; Schwarz: Arbeiterklasse, S. 24.

[1000] Itogi vypolnenija, S. 136; Prokopovicz: Rußland, S. 132; Lorimer, F.: The Population of the Soviet Union. History and Prospects, Geneva 1946, S. 104.

[1001] Soc. Stroit. 1934, S. 45.

[1002] Zaleski 1971, S. 284; die Revision der sowjetischen Originaldaten geht davon aus, daß diese die Ernte „auf dem Halm" schätzen, Verluste bis zur und während der Ernte nicht berücksichtigen; westliche Schätzungen beziehen sich auf „eingebrachte Ernte"; vgl. auch Auhagen, O.: Die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans III. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft, in: Osteuropa 9. 1933/34, S. 261–269, hier S. 265; Prokpoviez: Rußland, S. 136.

[1003] Pjatiletnij Plan t.1, S. 11; vgl. ebd. t.2 č.1, S. 324f.; der Plan sah folgende Getreideernten (Mio. t) vor:

	Ausgangsvariante	*Optimalvariante*
1927/28	73,1	73,1
1932/33	99,7	105,8
1933/34	107,7	116,4

Nicht einmal die vorsichtige Ausgangsvariante wurde erreicht.

Gravierende Probleme gab es auch im Bereich der Viehhaltung. Beim Eintritt in die Kollektivwirtschaften hatten zahlreiche Bauern ihre Pferde und Rinder aus Protest abgeschlachtet.[1004] Folge war ein deutlicher Mangel an Arbeitsvieh und Probleme bei der Fleischversorgung der Bevölkerung.

Tab. 80: Entwicklung des Nutzviehbestandes 1928–1932 (Mio. Stück)[1005]

	1916	*1928*	*1929*	*1930*	*1931*	*1932*	*Plan 1932/33*[1006]
Pferde	35,,8	32,1	32,6	31,0	27,0	21,7	36,9
Rinder	51,7	66,8	58,2	50,6	42,5	38,3	80,9
darunter: Kühe	24,9	29,3	29,2	28,5	24,5	22,3	35,5
Schweine	17,3	22,0	19,4	14,2	11,7	10,9	34,85

Die gewaltsame Kollektivierung hatte zu einem katastrophalen Rückgang der Viehbestände geführt. Die Versorgung der Bevölkerung mit tierischem Eiweiß war gefährdet[1007], zur Landbestellung fehlten Arbeitspferde, die durch Traktoren nur langsam ersetzt werden konnten. Der Mangel an Arbeitspferden stellte die Fähigkeit der Sowjetunion, im Bedrohungsfall rasch mobil zu machen, ernsthaft in Frage. Die Landwirtschaft geriet durch die übereilte, gewaltsam durchgeführte Kollektivierung in eine schwere Krise. Dem Fünfjahrplan in seiner ursprünglichen Form war damit der Boden entzogen.

In der Industrie gab es ebenfalls erhebliche Probleme, doch konnte die Sowjetführung hier auf sichtbare Erfolge verweisen. Die Produktion war mit unerhörter Schnelligkeit gewachsen, neue Werke schossen wie Pilze aus dem Boden, der Fortschritt industriellen Aufbaus war allenthalben sichtbar. Die Indices der Industrieproduktion geben einen Eindruck von dem stürmischen Wachstum dieser Phase (Tab. 81).

Es kann hier nicht der Ort sein zu diskutieren, welche dieser Zahlenreihen der Realität am nächsten kam und welche der zu Grunde gelegten Rechnungseinheiten am ehesten Verzerrungen vermeiden hilft – damit haben sich Zaleski, Hodgman u.a. befaßt[1008] –, es soll aber festgehalten werden, daß selbst die vorsichtigsten Schätzungen von einem deutlichen und raschen Anstieg der Industrieproduktion ausgehen. Gewiß gibt es erhebliche Unterschiede in der Größenordnung; gehen die offiziellen sowjetischen Schätzungen von einer Verdoppelung der erzeugten Werte in vier Jahren aus, nehmen westliche Autoren nur eine Steigerung von einem Drittel bzw. der Hälfte des Ausgangswertes an. Doch bereits das wäre eine beachtliche Leistung. Betrachtet man die Produktion einzelner Branchen, wird der Eindruck bestätigt; es wird jedoch auch deutlich, daß die Entwicklung nicht überall im gleichen Tempo voranschritt. Die Erzeugung von Roh- und Walzstahl z.B. stagnierte zeitweilig(Tab. 82).

[1004] Vgl. z.B. WKP 146, p. 116; WKP 261, p. 15; vgl. Merl: Anfänge, Abschn. II. 7.2.
[1005] Nach Clarke, R. A.: Soviet Economic Facts 1917–1970, London 1972, S. 129ff.; vgl. in der Tendenz ähnliche, wenngleich im einzelnen abweichende Angaben bei: Stalin, XVII s-ezd, S. 20; BEK 1933, No. 102, S. 15; Soc. Stroit. 1934, S. 4f., 226; Jasny: Soviet Industrialization, S. 85.
[1006] Pjatiletnij Plan t.2, č.1, S. 324f.
[1007] Vgl. Mjasnaja problema i voprosy partrukovodstva, in: PS 1931, No. 18, S. 1–6.
[1008] Vgl. Zaleski 1971; Hodgman; vgl. Lorenz: Sozialgeschichte, S. 354 f. Anm. 131.

Tab. 81: Sowjetische und westliche Indices der sowjetischen Industrieproduktion 1928–1937 (1928 = 100%)[1009]

Jahr	*Gesamte Industrie:*				*Großindustrie:*	
	Stat. Zentralverw. (Preise 1926/27)	*Jasny (reale Preise 1926/27)*	*Clark (internationale Einheit.)*	*Kaplan u. a. (Preise von 1950)*	*Stat. Zentalverw. (Preise 1926/27)*	*Hodgman (Gewichtungen 1934)*
1929	120	—	—	—	125	120
1930	146	—	—	—	164	139
1931	176	—	—	—	202	164
1932	202	—	—	—	232	172
1933	213	165	128	154	251	192
1934	254	—	—	—	301	229
1935	312	—	—	—	370	295
1936	401	—	—	—	482	344
1937	446	287	311	249	537	371

Tab. 82: Produktion ausgewählter Industriezweige 1928–1932[1010]

Erzeugnis	*Maßeinheit*	*1928/29*	*1929/30*	*1931*	*1932*	*Index*
Elektroenergie	Mio. kW/h	6224	8368	10687	13540	217,5%
Kohle	1000 t	40067	47780	56752	64664	161,3
Erdöl	1000 t	13810	18923	23162	22319	161,6
Roheisen	1000 t	4021	4964	4871	6161	153,2
Stahl	1000 t	4854	5761	5620	5927	122,1
Walzstahl	1000 t	3898	4503	4159	4288	110
Motoren	1000 kW	233,6	280,0	564,3	750,7	321,36
Lokomotiven	Stück	713	828	944	942	132,1
Automobile	Stück	1390	3375	4005	23879	1717
Zement	1000 t	2232	3006	3336	3481	155,9
Ziegel	Mio. Stck.	3755	4750	4680	4900	130,4
Baumwollgarn	1000 t	354	287	314	355	100,3
Schuhe	Mio. Paar	48,8	75,4	86,7	84,7	173,5
Fleisch	1000 t	keine Ang.	550	692	458	—
Streuzucker	1000 Ztr.	12826	8230	14862	8268	64,4

Bereits an dieser Tabelle wird deutlich, wie ungleichgewichtig die Entwicklung in den einzelnen Industriezweigen war. Im gesamten Bereich der Konsumgütererzeugung lagen die

[1009] Zaleski 1971, S. 259f.; vgl. Soc. Stroit. 1934, S. 2f., 11; Itogi vypolnenija, S. 58f.; BEKP 102, 1933, S. 2; Prokopovicz: Rußland, S. 267; Lorimer, S. 103; Jasny: Soviet Industrialization, S. 98; Hodgman, D. R.: Soviet Industrial Production 1928–1951, Cambridge 1954, S. [236], [237]; Gerschenkron, A.: The Rate of Growth in Russia, in: Journal of Economic History, Suppl. VII, 1947, S. 144–174, hier S. 161, mit abweichenden, in der Tendenz ähnlichen Daten.

[1010] Industrializacija SSSR 1929–1932, S. 342ff.; Index: 1932 in % zu 1928; vgl. die Angaben in ähnlicher Größenordnung bei Jasny: Soviet Industrialization, S. 99; Soc. Stroit. 1934, S. 2f.; die Angaben für 1928/29 und 1929/30 beziehen sich teilweise bereits auf Kalenderjahre (1929 bzw. 1930).

Zuwachsraten unter dem Durchschnitt – das war auch so vorgesehen –, dort wo die Betriebe aber von landwirtschaftlicher Zulieferung abhängig waren, z.B. Fleischverarbeitung und Zuckererzeugung, kam es zu Produktionseinbrüchen. Aber auch in den Branchen der Produktionsgütererzeugung ging die Entwicklung nicht ohne Stockungen vor sich. 1931/32 zeigten sich in einer ganzen Reihe von Industriezweigen Stagnationserscheinungen. Ungebrochen war das Wachstum bei der Erzeugung elektrischer Energie und bei der Kohleförderung; doch die Erdölförderung stieg 1932 nicht mehr weiter, die Stahl- und Roheisenproduktion geriet 1931 in eine Krise und im Gefolge dieser Entwicklungen kam es bei der Walzstahlerzeugung und beim Lokomotivenbau zu Stockungen.

Die Verzögerungen bei der Ausweitung der Produktion gerade solcher Schlüsselindustrien wie der Stahlerzeugung, in die vorzugsweise Investitionen flossen, weist auf erhebliche innere Probleme der sowjetischen Industrie hin. Tatsächlich entwickelten sich – bei allgemeinem Anstieg der quantitativen Kennziffern – die qualitativen Kennziffern, also Selbstkosten, Produktivität, Senkung der Ausschußproduktion usf. nicht zufriedenstellend. Die Arbeitsproduktivität in der Großindustrie nahm zwar langsam zu, doch die Steigerung blieb weit hinter dem Planansatz zurück, in einzelnen Branchen sank die Produktivität sogar. Prokopovič kommt – anscheinend auf der Basis eigener Auszählungen – zu folgendem Ergebnis:

Tab. 83: Jährliche Bruttoproduktion eines Arbeiters in der Großindustrie 1927/28–1932[1011]

Jahr	*in Rbl. von 1913*	*in %*
1927/28	3222	100,0
1928/29	3748	116,3
1929/30	3926	121,8
1931	3841	119,2
1932	3716	115,3
Planansatz 1932/33		
Ausgangsvariante	—	185,0
Optimalvariante	—	210,0

Während Prokopovič von einem ständigen Rückgang der Produktivität seit 1931 ausging, nehmen zeitgenössische sowjetische Beobachter insgesamt noch eine leichte Steigerung bei deutlichem Rückgang in Schlüsselindustrien an (Tab. 84).

Das Absinken der Produktivität in so wichtigen Branchen wie der Kohleförderung und der Metallverhüttung war ein Alarmzeichen. Die Finanzierung der Industrialisierung basierte teilweise auf Selbstkostensenkung, die eben von der Steigerung der Produktivität abhängig war. Nach dem Rückgang der Agrarproduktion, der eine Akkumulationsquelle, den Werttransfer Stadt–Land, teilweise verstopft hatte, gewann die Senkung der Selbstkosten zentrale Bedeutung. Doch auch hier wandte sich das Blatt 1931 und 1932 zum Schlechteren (Tab. 85).

[1011] BEKP 102. 1933. S. 20; Prozentberechnung vom Verfasser; Planansatz nach Pjatiletnij Plan t.2 č. 1. S. 247.

Tab. 84: Mittlere Produktion pro Arbeitstag 1931 (in % zu 1930)[1012]

Ganze Industrie	104,1
Produktionsgüter	105,6
Konsumgüter	103,7
Steinkohle	96,7
Hüttenindustrie	94,5
Maschinenbau	106,8
Elektrotechnik	113,2
Zementerzeugung	97,4
Baumwollherstellung	96,6
Leder-, Schuhherstellung	95,7

Tab. 85: Selbstkostenentwicklung in der sowjetischen Industrie (bezogen auf die Bruttoproduktion) 1928–1932 (Zuwachs [+] bzw. Absinken [−] gegenüber dem Vorjahr in %)[1013]

Produktionszweig	*1928/29*	*1929/30*	*1931*	*1932*
Ganze Industrie	−4,1	− 7,1	+ 5,9	+13,5
Produktionsgütererzeugung	−5,1	− 7,2	+ 6,9	+11,9
Konsumgütererzeugung	−3,5	− 7,0	+ 4,8	+16,0
Kraftwerke	+2,0	−10,0	+10,7	+14,7
Chem. Industrie (Grundstoffe)	−1,7	− 5,2	+27,8	+18,7
Zementherstellung	+0,5	− 3,6	+14,8	+23,8
Metallverhüttung	−3,9	− 2,5	+25,8	+19,1
Metallverarbeitung	−8,6	−11,1	− 3,2	− 4,0
Maschinenbau	−9,2	−12,0	− 4,1	− 4,5
Baumwollerzeugung	−3,1	− 9,4	+ 6,0	+11,7
Fleischverarbeitung	k. A.	k. A.	k. A.	+21,0
Zuckerherstellung	+5,3	+ 4,1	+17,7	+27,9

Der Planentwurf hatte eine Senkung der Selbstkosten um 35 % im Verlaufe der Fünfjahrplanperiode vorgesehen[1014], das wurde jedoch nicht erreicht. In den ersten beiden Jahren der Planperiode war es gelungen, die Selbstkosten leicht zu drücken, doch 1931 stiegen sie wieder an und 1932 lagen sie deutlich über dem Stand von 1928/29.[1015] Der Umschlag fand fast in allen Branchen statt, allein Metallverarbeitung und Maschinenbau machten eine Ausnahme.

[1012] Industrializacija SSSR 1929–1932, S. 326; zu dem Problemkomplex vgl. auch Jasny: Soviet Industrialization, S. 105; Lejbman, Ja./Markus, B.: Bor'ba za povyšenie proizvoditel'nosti truda, in: B 1932, No. 3, S. 47–67, hier S. 53f.

[1013] Industrializacija SSSR 1929–1932, S. 347f.; vgl. Jugov, in: SV 1932, No. 1–2 (262–263), S. 13; BEKP 102. 1933, S. 7; Schweitzer, R.: Die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans I. Auf dem Gebiet der Industrie, in: Osteuropa 9. 1933/34, S. 199–213, hier S. 211.

[1014] Pjatiletnij Plan t. 2 č. 1, S. 247.

[1015] Nach den Angaben der Tabelle läßt sich folgende Zahlenreihe errechnen:

Stagnation des industriellen Wachstums in zahlreichen Industriezweigen seit 1930/31, die Stahlkrise, partieller Rückgang der Produktivität und starkes Ansteigen der Selbstkosten in fast allen Industriezweigen deuten auf eine tiefgreifende innere Krise der sowjetischen Industrie hin. Auf der XVII. Parteikonferenz nannte Ordžonikidze zwei hervorstechende Gründe, die Transportschwierigkeiten[1016] und das Versagen der Wirtschaftsleitung. Diese sei falsch organisiert, vernachlässige innerbetriebliche Planung und technische Leitung und sei nicht imstande, die Arbeit des Betriebes zweckentsprechend zu organisieren.[1017] Ordžonikidze hätte noch eine Reihe anderer Faktoren geltend machen können: überzogene, unausgewogene Planziele, mangelnde Initiative des Managements, das durch die Schädlingskampagne eingeschüchtert war, Mangel an qualifizierten Technikern, Mangel an qualifizierten Arbeitern, inkompetente Einmischung politischer Apparate in ökonomische Entscheidungen, Mängel der Versorgung mit Brennstoff und Rohmaterialien, die nicht allein auf Transportprobleme zurückgeführt werden konnten. Die Verfehlungen der Planung – das Fehlen eines durchdachten Kaderplanes mit langem Vorlauf, mangelnde Vorsorge im Bereich des Transportwesens, überhöhtes Industrialisierungstempo – und Dilettantismus der wirtschaftlichen Leitung schlugen hier zu Buche. Die Revision von Leitungsstrukturen und Industrialisierungskonzeption war unabdingbar.

Die Schwierigkeiten in der Volkswirtschaft drohten auch in eine politische Krise umzuschlagen, als die Reallöhne sanken und die Versorgung in den Städten immer schlechter wurde.[1018] Angesichts der prekären Situation im Dorf, wo sich die Sowjetmacht nur gewaltsam durchsetzen konnte, war das für Partei- und Sowjetführung eine direkte Bedrohung. Innerhalb der Führungsspitze kam es offenbar neuerlich zu Widerspruch und Konflikten, die jedoch frühzeitig unterdrückt wurden. Auf diesem Hintergrund begann 1931 eine Neuorientierung in der Industrialisierungspolitik, die eingeleitet wurde durch Stalins Rede vor Wirtschaftlern, in der er neue Prinzipien der Wirtschaftsleitung proklamierte.

Selbstkostenindex „Ganze Industrie“

1927/28	100,0%
1928/29	95,9
1929/30	89,1
1931	94,3
1932	106,9

[1016] Vgl. dazu z. B.: Za bol'ševistskoe vypolnenie plana perevozok zaveršajuščego goda pjatiletki, in: B 1932, No. 19; Tverskoj, K.: Za bol'ševistskie tempy socialističeskoj rekonstrukcii transportnogo chozjajstva, Moskva, Leningrad 1931, Kap. 3.

[1017] XVII konf. S. 19.

[1018] Vgl. dazu oben Abschnitt 3.3. und unten Abschnitt 8.2. und 9.1.

7. WIRTSCHAFTSLEITUNG IM UMBRUCH

Ähnlich wie im Falle der Parteiorganisation erwies sich also auch die Wirtschaftsleitung in ihrer Organisation alsbald als ungeeignet, die Anforderungen der forcierten Industrialisierung zu erfüllen, so daß auch in diesem Bereich über eine umfassende Reorganisation nachgedacht wurde. Insbesondere sollte die Stellung des Betriebsmanagements erheblich gestärkt werden – angesichts der Schädlingskampagne, der Ausweitung des Einflusses politischer Apparate und des Ausbaus von Partizipationsorganen wie Produktionsberatungen eine Bestrebung, deren Verwirklichung auf große Widerstände stoßen mußte. Eine durchgreifende Neuorientierung erfolgte dann 1931, als Stalin in Reaktion auf die unübersehbare Krise der Volkswirtschaft ein Programm zur Verbesserung der Wirtschaftsleitung verkündete. Allerdings stieß auch dessen Implementierung auf Schwierigkeiten. Das Industrialisierungstempo, der Mangel an „know how" und an qualifizierten Fachleuten schufen erhebliche Probleme. Im Verlauf der Arbeit begann sich aber ein Kader von Wirtschaftlern herauszuformen, der bald das Bild der sowjetischen Gesellschaft prägte, es entstand eine Generation von „roten Managern".

7.1. REORGANISATION DER INDUSTRIELEITUNG UND „EDINONAČALIE" 1929/30

Parallel zu der Durchsetzung der „funkcionalka" im Bereich der Parteiorganisation wurde ein ähnliches Organisationsschema auch im Wirtschaftsapparat eingeführt. Ebenso wie bei der Organisierung von Politik war 1928/29 bei der Organisierung von Wirtschaft ein Defizit spürbar geworden. Infolge des beschleunigten industriellen Aufbaus und angesichts des Anspruchs, die Industrie planmäßig zu leiten und zu erweitern, genügte die bisherige Organisation der Industrieleitung nicht mehr:

> „Die Hauptverwaltungen des VSNCh, die über gar keine operativen Hebel zur Beeinflussung der Industrie verfügen und nur kraft administrativer Anweisungen und Bescheide wirksam werden, verloren mehr und mehr den Einfluß auf die Industrie und in diesem Sinne sind sie, wie es Genosse Kosior ... ausgedrückt hat, unter den neuen Umständen bankrott gegangen in dem Maße, in dem sie sich seinerzeit, in der Phase des ‚Glavkismus', in der Periode des Kriegskommunismus, als zu schwach erwiesen. Daher rührt die Führungskrise und die Notwendigkeit ernsthafter organisatorischer Schlußfolgerungen."[1019]

Auf der XVI. Parteikonferenz, im April 1929, wurden die Probleme thematisiert. In seinem Vortrag über den Kampf gegen den Bürokratismus forderte Jakovlev die Umwandlung des

[1019] Chodorov, I.: Reorganizacija upravlenija promyšlennost'ju, in: EO 1929, No. 11, S. 12–27, hier S. 13; vgl. Bachčisarajcev, Chr.: Reforma sistemy upravlenija našej promyšlennost'ju, in: SovJust 1930, No. 1, S. 18–20, hier S. 19; Ginzburg, L.: Sovetskoe predprijatie v period socialističeskoj rekonstrukcii, in: SGRP 1930, No. 2, S. 90–114, hier S. 91; vgl. Jakovlev, XVI konf. S. 477f.; Rubin, A. M.: Organizacija upravlenija promyšlennost'ju v SSSR (1917–1967 gg.), Moskva 1969, S. 109f.

VSNCh in einen „technischen Führungsstab" und eine Umgliederung der Industrie überhaupt.[1020] Die Konferenz griff das auf und verabschiedete eine Entschließung, die im Bereich der Wirtschaftsleitung eine Zentralisierung der Planung und Leitung bei Dezentralisierung der „operativen Funktionen" anstrebte. Um das zu verwirklichen, sollte der VSNCh umorganisiert werden zu einem wirklichen, technischen Leitungsorgan. Der Spielraum der Betriebe und der Trusts sollte erweitert werden, um die „inneren Ressourcen der Industrie" zu mobilisieren, die Bedeutung der „Einzelleitung" wurde betont.[1021] Eine Kommission der RKI arbeitete nach Prüfung westlicher Erfahrungen ein Projekt aus, das die Industrieorganisation vereinfachte. Die Hauptverwaltungen und die Syndikate, die bisher nebeneinander bestanden, sollten zu konzernartigen Industrievereinigungen zusammengefaßt werden, denen Trusts und Betriebe nachgeordnet waren.[1022] Bei der Bestimmung der Funktionen von Vereinigung, Trust und Betrieb/Unternehmen kam es zu Auseinandersetzungen zwischen VSNCh und RKI. Dabei ging es hauptsächlich um die Rolle der Trusts, deren Funktion die RKI auf technologische Führung konzentrieren wollte, während der VSNCh womöglich ganz auf Trusts verzichten wollte.[1023] Im dann gefaßten Beschluß des ZK vom 5. 12. 1929 wurde den Trusts denn auch eine untergeordnete Rolle zugewiesen, teilweise sollten sie ganz wegfallen. Die Industrieverwaltung sollte dreigliedrig organisiert werden: Unternehmen – Industrievereinigung – VSNCh. Gegebenenfalls konnten Trusts als Zusammenschluß von Unternehmen fortbestehen und unterstanden wie diese den Industrievereinigungen. Grundeinheit der reformierten Organisation waren die Unternehmen, die im Rahmen vorgegebener Grenzen selbständig wirtschaften sollten, und deren Leitung für die Erfüllung des Programms voll verantwortlich war. Sie sollten nach Prinzipien des „chozrasčet" – der wirtschaftlichen Rechnungsführung – geführt werden, wichtigster Index für die erreichten Fortschritte sollten die Selbstkosten sein. Die Industrievereinigungen, die nun anstelle von Hauptkomitees und Syndikaten organisiert wurden und die deren Funktion übernahmen, arbeiteten ebenfalls auf der Basis des „chozrasčet". Aufgabe der Industrievereinigungen, von denen es je nach Bedeutung der unterstellten Betriebe verschiedene Typen gab, war Planung der Produktion, Planung und Leitung von Neubauarbeiten, technische Führung, Organisation von Absatz und Versorgung, Leitung der Handels- und Finanzoperationen, Regelung von Arbeitsfragen und Ausbildung, sowie Einsatz von Fachkräften. Der VSNCh als Leitungsorgan der gesamten Industrie sollte nicht mehr in die Arbeit der einzelnen Unternehmen eingreifen, sondern sich auf Produktions- und Finanzplanung beschränken. Verstärkte Aufmerksamkeit sollte er der Entwicklung und Einführung moderner Technologien widmen.[1024] Die Industrieverwaltung wurde also vereinfacht, den Unternehmen – wenigstens auf dem Papier – in bestimmten

[1020] XVI konf. S. 478.
[1021] KPSS t.4, S. 230f.
[1022] Chodorov, in: EO 1929, No. 11, S. 15.
[1023] Chodorov, in: EO 1929, No. 11, S. 15f.
[1024] Rešenija partii i pravitel'stva po chozjajstvennym voprosam v 5 tt., Moskva 1967, t.2 (1929–1940), S. 136–142; Süß: Betrieb, S. 305ff.; Rubin: Organizacija, S. 110ff.; vgl. Industrializacija SSSR 1929–1932, S. 219ff.; Predvaritel'nye itogi reorganizacii upravlenija gosudarstvennoj promyšlennost'ju Sojuza SSR 2 maja 1930, in: Sovety narodnogo chozjajstva i planovye organy v centre i na mestach (1917–1932). Sbornik dokumentov, Moskva 1957, S. 196–225.

Grenzen größere Spielräume eingeräumt[1025], der technologischen Neuerung organisatorisch größere Bedeutung eingeräumt. Der innere Aufbau der Industrieführung folgte – ähnlich wie seit 1929/30 in der VKP – dem „funktionalen Prinzip". Die eigentliche Leitungszentrale im VSNCh wurde die Plan-Technik-Ökonomie-Verwaltung (PTĖU; Planovo-techniko-ėkonomičeskoe upravlenie) beim Präsidium des VSNCh, die verantwortlich war für die Durchführung aller Anweisungen und Dekrete und für die Planung der gesamten Industrie. Die PTĖU war in folgende Sektoren gegliedert:[1026]

a. Gekoppelte Produktionspläne (allgemeine Perspektivplanung, Organisation, Gesetzgebung, geographische Verteilung);
b. Arbeit, Rationalisierung, Selbstkosten (Planung und Führung im Bereich Arbeitskraft);
c. Versorgung und Absatz (Versorgung mit Roh- und Brennstoffen, Lagerhaltung, Transport);
d. Finanzpolitik (Finanz- und Kreditplanung);
e. Technische Rekonstruktion und Investbau (neue Technologien, Planung von Neubauten);
f. Außenpolitik (Planung von Ex- und Import);
g. Wissenschaftliche Forschungsarbeiten (Planung und Leitung von Wissenschaft und Forschung);
h. Rechnungslegung und Registration (Bilanzanalyse, Statistik);
i. Sekretariat.

In der PTĖU waren damit alle wichtigen Funktionen der Produktion und der Entwicklung, aber auch der Finanzierung und Versorgung konzentriert. Sie war das eigentliche Organ operativer Leitung. Neben ihr existierten beim Präsidium des VSNCh noch folgende Abteilungen:[1027]

(1) PTĖU
(2) Hauptverwaltung für Kader (Glavpromkadr); (Ausbildung von Fachpersonal);
(3) Hauptverwaltung für Registration und Verteilung von Kadern;
(4) Hauptinspektion (Überprüfung der Durchführung von Direktiven);
(5) Mobilisierungsplanungsabteilung (Mobilisierung der Industrie im Kriegsfall);
(6) Hauptverwaltung Geologie und Prospektion (Auffinden von Bodenschätzen);
(7) Hauptverwaltung Geodäsie (Planung und Leitung von Vermessungsarbeiten);
(8) Verwaltung für Betriebsschutz (Feuerwehr, Werkschutz).

Bei der Durchführung der Reorganisation traten erhebliche Schwierigkeiten auf. Qualifiziertes Fachpersonal fehlte, zwischen den Industrievereinigungen kam es zu Streitigkeiten über Zuständigkeitsbereiche, für formal bereits gebildete Vereinigungen fehlte der Führungsstab, die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Führungsorganen der Industrie wurde nicht einfacher, sondern komplizierte sich. Die Personaletats wurden aufgebläht, es gelang nicht, die Auseinandersetzung mit moderner Technologie zu institutionalisieren.[1028] Offensichtlich bewährte sich auch die innere Gliederung des VSNCh nicht, denn im November 1930 wurde

[1025] Süß: Betrieb, S. 312 weist mit Recht darauf hin, daß diese Selbständigkeit der Betriebe durch Zentralisierung des Versorgungswesens und durch die Kreditreform eingeengt wurde.
[1026] Sovety narodnogo chozjajstva, S. 218f.; vgl. die etwas unklare Wiedergabe bei Süß: Betrieb, S. 310.
[1027] Ebd. S. 220.
[1028] Ebd. S. 220f.

sie wieder umgeworfen, die neue Gliederung folgte dem „funktionalen Prinzip" erheblich konsequenter als die vorherige, die PTĖU wurde aufgelöst. Stattdessen schuf man ein System funktionaler und Branchensektoren mit sich überschneidenden Kompetenzen ähnlich wie im Apparat der VKP 1929/30:

Aufbau des VSNCh nach der Entschließung vom 29. 11. 1930[1029]

I. Präsidium des VSNCh;
II. Branchensektoren (Maschinenbau, Hüttenindustrie, Chemische Industrie, Energie und Brennstoffe, Bauwesen und Holzindustrie, Erzbergbau, Leichtindustrie);
III. Funktionale Sektoren (Planung, Registratur u. Rechnungswesen, Finanzen, Versorgung und Absatz, Export-Import, Kader, Arbeitsfragen, Organisation, Rationalisierung und Industrieleitung, Wissenschaft und Forschung, Überprüfung der Durchführung, Mobilisierungsplanung, allgemeine Verwaltung);
IV. Direkt dem Präsidium des VSNCh zugeordnete Abteilungen (Kontrollgruppe, Gruppe für Technikpropaganda, ad-hoc-Gruppe zur Beseitigung der Folgen des Schädlingswesens, Komitee für Kustarindustrie).

Die Anwendung des „funktionalen Prinzips" schuf einen Apparat mit überschneidenden Kompetenzen und aufgesplitterten Zuständigkeiten, der – so logisch sein Aufbau auch wirkte – bereits intern zu erheblichen Reibungsverlusten führen mußte. Neben dem Mangel an Fachpersonal, qualifizierten Arbeitskräften und „know how", neben den Schwierigkeiten, die Adaption und Einführung neuer Technologien schufen, neben den Problemen, die bei dem Versuch umfassender Planung auftraten, schuf man neue Probleme, die aus der Leitungsstruktur erwuchsen.

Im Rahmen der Reorganisation, die die Industrieleitung straffen und effizienter machen sollte, war auf der Ebene des Betriebes neben der Durchsetzung der Prinzipien des „chozrasčet" die Verwirklichung der „Einzelleitung" (edinonačalie) ein wichtiger Punkt. Wiewohl das Prinzip der „Einmannleitung" (edinoličie) bereits zu Beginn der zwanziger Jahre proklamiert worden war, hatte gegen Ende der NĖP wenigstens formal im Betrieb das „Dreieck" (treugol'nik) dominiert, in dem Direktor, Parteisekretär und Gewerkschaftsvertreter zusammenwirkten.[1030] Mit dem Übergang zur forcierten Industrialisierung jedoch, der auch durch die Šachty-Affäre und die Schädlingskampagne gekennzeichnet war, sowie durch eine Neuorientierung der Parteifunktionäre im Betrieb, die nun unter dem Druck standen, sich durch Produktionserfolge zu legitimieren, geriet das technische und ökonomische Führungspersonal offenbar vielerorts ins Abseits. Verunsichert durch die Schädlingskampagne, durch wachsenden Arbeiterwiderstand und irritiert durch die Aktivität der Parteizellen und Parteikomitees, entzogen sich die Manager vielfach der Verantwortung und überließen die Initiative den Parteisekretären.

Am 5. 9. gab das ZK deshalb eine Entschließung heraus, die den Titel trug „Über die Maßnahmen zur Normalisierung der Leitung der Produktion und die Herstellung der Einzel-

[1029] Ebd. S. 223–225; vgl. auch Süß: Betrieb, S. 313f.
[1030] Vgl. Süß: Betrieb, S. 207ff., 328ff.; Schröder: Arbeiterschaft, S. 384f.; die Kräfteverhältnisse in diesem Dreieck waren nach Ort und Zeit durchaus verschieden verteilt.

leitung".[1031] Die Entschließung kritisierte das Kompetenzwirrwarr in der Industrieleitung in aller Schärfe:

> „Indessen mußte das ZK VKP (b) feststellen, daß wir trotz aller Errungenschaften im Bereich der Industrieentwicklung bisher nicht die notwendige Ordnung in der Unternehmensleitung erreicht haben: es gibt keine klare und genügend strenge Abgrenzung zwischen den Funktionen der Fabrikorganisationen – zwischen Direktor, gewerkschaftlichem Betriebskomitee und Parteizelle; trotz allem gibt es in den Betrieben noch unmittelbare Einmischung der Partei- und Gewerkschaftsorgane in die operative Produktionsarbeit der Betriebsleitung. Folge ist die zufällige und mitunter fehlerhafte Entscheidung in Wirtschaftsfragen, die faktische Verschleierung verschiedener Fehler und Mängel in Führung und Leitung der Produktion durch Entschließungen von Zelle und Betriebskomitee und die Schwächung der Verantwortlichkeit des Dirkektors für die Produktion. Andererseits gibt es Vorfälle völlig unzulässiger Einstellungen der Betriebsadministration zu Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, von bürokratischem Ignorieren völlig richtiger, auf die Direktiven der Partei gegründeter Entscheidungen von Zelle und Betriebskomittee, sowie auch der Produktionsinitiative der Massen."[1032]

Kritisiert wurde also in gleicher Weise die Einmischung der Partei in die Betriebsleitung, die Zurückweisung solcher Einmischungsversuche durch das Management, aber auch die politische Deckung von Managemententscheidungen durch Partei- und Gewerkschaftsorgane. Angestrebt wurde eine Abgrenzung der Verantwortlichkeiten, von der sich das ZK eine Steigerung der Produktion, die Festigung der Arbeitsdisziplin erwartete. Allerdings war die Zielrichtung des ZK-Beschlusses recht vieldeutig. Obgleich die Betriebsleitung alle Kompetenzen haben sollte, wurde sie angewiesen, die Aktivität und Initiative, die die Arbeiter bei der Leitung und Organisation der Produktion entwickelten, aufzunehmen.[1033] Ähnlich mehrdeutig waren die Anweisungen für Partei- und Gewerkschaftsorgane. Die gewerkschaftlichen Betriebskomitees sollten die Arbeiterinitiative anregen und für Durchsetzung von produktionstechnischen Verbesserungen und Rationalisierungsmaßnahmen sorgen, sich jedoch keinesfalls in die Belange der Betriebsleitung einmischen. Die Parteiorganisationen hatten die allgemeinen und wirtschaftlichen Direktiven durchzusetzen, sollten aber keinesfalls in die Details der Leitungsarbeit eingreifen und weder Gewerkschaften noch Management zu ersetzen suchen.[1034]

Wenngleich diese ZK-Entscheidung die Mängel benannte und – wenigstens verbal – versuchte die Stellung der Betriebsleitung zu stärken, bot sie doch kaum praktische Hilfe für die Entflechtung des Kompetenzwirrwarrs im Betrieb. So war es denn nicht verwunderlich, daß sie kaum praktische Folgen zeitigte. Noch nach Ablauf eines halben Jahres, im April 1930, waren in der überwältigenden Mehrzahl der sowjetischen Industriebetriebe keine Schritte unternommen worden, um die Anweisungen des ZK zu realisieren.[1035] Teilweise war das wohl auch der Desorganisation des Parteiapparats zu verdanken. Die Tatsache, daß noch

[1031] Vgl. Direktivy 1957, t.2, S. 120–126; das war die erste Sonderverordnung zu diesem Thema und nicht der Erlaß vom 5. 12. 29 wie R. Schweitzer: Das Experiment der Industrieplanung in der Sowjetunion, Berlin 1934, S. 105, irrtümlich behauptet; aus dem Text der Entschließung geht außerdem hervor, daß die Einzelleitung bereits vorher mehrfach Gegenstand von Parteibeschlüssen war.

[1032] Direktivy 1957, t.2, S. 120f.; vgl. Ėtčin, A.: O edinonačalii, Moskva 1930, S. 20.

[1033] Direktivy 1957, t.2, S. 121f.

[1034] Ebd. S. 122–124.

[1035] Vgl. die Entschließung des ZK vom 10. 4. 1930, ebd. S. 169–174, hier S. 169f.

im Dezember 1929 in zahlreichen Parteiorganisationen nichts vom Dekret des ZK bekannt war[1036], illustriert den desolaten organisatorischen Zustand der VKP während der Organisationsreform. Nicht einmal in solchen industriellen Zentren wie Char'kov und Moskau hatten die Parteikomitees Schritte unternommen, den Beschluß über die Einzelleitung durchzusetzen.[1037] Die Unfähigkeit des Parteiapparats wurde ergänzt von der negativen Einstellung des Managements. Ein großer Teil des verantwortlichen administrativen und ingenieur-technischen Personals war offenbar nicht bereit, Einzelleitung – und das hieß ja zugleich Einzelverantwortung – zu übernehmen. Ein Delegierter des XVI. Parteitags berichtete:

> „Die Entschließung des ZK zu dieser Frage [Einzelleitung] ist nicht einmal zu 50% verwirklicht worden. Die Einzelleitung geht bei uns aus zwei Hauptgründen nicht durch: erstens haben wir so einen Bestand an Direktoren und Wirtschaftlern, die Angst davor haben, Einzelleitung durchzuführen, und sich . . . hinter dem Rücken von Gewerkschafts- und Parteiorganisation verstecken: da ist es ruhiger. . . . Zweitens muß man davon die Mitarbeiter unterscheiden, die nicht die Fähigkeit haben, um Einzelleitung zu verwirklichen."[1038]

Furcht vor Übernahme von Verantwortung und direkte Unfähigkeit, Verantwortung wirklich zu übernehmen, werden hier als Motive dargestellt. Angesichts der oben beschriebenen qualitativen Zusammensetzung der Wirtschaftsleitung scheint das nicht abwegig. Außerdem spielte gewiß die Schädlingskampagne eine wichtige Rolle. Die Mehrheit des Managements wollte sich in dieser Situation nicht exponieren und fürchtete auch, es mit den Parteibehörden vor Ort zu verderben. Eine Revision der Parteiorganisation von Šachty kam denn auch zu dem Schluß, daß das administrativ-technische Personal 1930 aus zwei Gründen vor der Einzelleitung zurückschreckte: einerseits auf Grund des Durcheinanders in der Wirtschaftsleitung, der Aufblähung der Leitungsgremien und des Fehlens wirtschaftlicher Rechnungsführung, Momente, die rationelle, verantwortliche Leitung unmöglich erscheinen ließen, und andererseits auf Grund der Schwierigkeit, die Einzelleitung mit der geforderten Produzentendemokratie in Einklang bringen zu können.[1039] Unter den gegebenen Umständen und angesichts der Mehrdeutigkeit des ZK-Beschlusses war die Mehrheit des Managements nicht bereit, sich zu exponieren. Zudem waren sich die Wirtschaftler zum Teil wohl auch darüber klar, wie unrealistisch die von der Parteiführung vorgegebenen Planziele waren, und wollten für die Nichterfüllung der Pläne nicht allein die Verantwortung übernehmen. Offensichtlich war es dem Parteiapparat im Verlauf der ersten Jahre des Fünfjahrplans gelungen, dem ingenieur-technischen Fachpersonal den Schneid abzukaufen.[1040]

Seit dem Übergang zur forcierten Industrialisierung hatte die VKP immer wieder in Produktionsentscheidungen eingegriffen und Druck auf das technische Fachpersonal ausgeübt, auch dort, wo die Partei infolge ihrer schlechten Organisation und der fachlichen Inkompetenz ihres Personals die Folgen ihres Handelns kaum übersehen konnte. So hatte

[1036] Vgl. Ėtčin, S. 3ff.
[1037] Vgl. Nevodin, in: PS 1930, No. 5, S. 37.
[1038] Semagin (Ivanov-Voznesensk), XVI s-ezd, S. 679; vgl. ähnlich Jačejki, in: PS 1929, No. 2, S. 58.
[1039] Vgl. Proverka, in: PS 1930, No. 5, S. 55; auf ein weiteres Moment wurde bei der Revision der Textilindustrie hingewiesen: Parteivertreter, Gewerkschaftsvertreter und Leitungspersonal waren teilweise so „zusammengewachsen", daß die Durchsetzung von Einzelleitung gegenüber Gewerkschafts- und Parteiorganisationen kaum möglich war; vgl. Partijnaja, in: PS 1930, No. 10, S. 48–53, hier S. 50.
[1040] Vgl. die Äußerungen Ramzins, zit. bei Fedjukin 1965, S. 211; Valentinov-Vol'skij, S. 160.

z.B. das ZK unmittelbar in die Planung eingegriffen und gegen die zuständigen Organe höhere Planzahlen und ein rascheres Wachstumstempo durchgesetzt.[1041] Ungeachtet ihrer personellen und organisatorischen Impotenz gelang es der VKP durch administrative Maßnahmen und politischen Druck, Entscheidungen gegen Fachapparate durchzusetzen. Daß die vorgegebenen Ziele nicht realisierbar waren und nicht realisiert wurden, stand 1930/31 dann allerdings jedermann vor Augen. Es wurde aber auch sichtbar, daß der politische Apparat es verstand, im Rahmen der Industrialisierung Initiative zu entwickeln, und so die Fachapparate überspielte – selbst dann, wenn die Entscheidungen von Parteiapparat und anderen politisch legitimierten Apparaten wie OGPU und RKI einer Bewertung mit Kriterien wirtschaftlicher Rationalität nicht standhielten. In dieser administrativen Omnipotenz des politischen Apparats, die er für sich beanspruchte und partiell auch umsetzte, und seinen dazu in Widerspruch stehenden personellen und organisatorischen Schwächen, liegt ein wichtiges Moment, das die Irrationalität vieler Wirtschaftsentscheidungen im Fünfjahrplan erklärt.

Massive Eingriffe in die Wirtschaftsleitung gab es aber nicht nur an der Spitze der Hierarchie, sondern bis hinunter in die Einzelbetriebe. Mißtrauen und Argwohn gegenüber dem ingenieur-technischen Personal von seiten der Parteiorganisation war 1929 offenbar weithin verbreitet.[1042] Die Parteiinstanzen griffen in Personalentscheidungen ebenso ein, wie in die betriebliche Planung.[1043] In dem relativ kleinen Maschinenbaubetrieb „Kotloapparat" z.B. forderte die Belegschaft, angeleitet von einer ausgezeichnet organisierten und geleiteten, rührigen Parteizelle, von der Betriebsleitung die Erhöhung des betrieblichen Fünfjahrplans:

> „,Den Fünfjahrplan der Fabrik revidieren' befiehlt die Arbeitermasse. Werkleitung und ingenieurtechnisches Personal, die Schöpfer des gestutzten Fünfjahrplans, waren gezwungen anzuerkennen, daß sie sich im Nachtrab des sozialistischen Tempos befanden."[1044]

Teilweise ersetzte die Parteiorganisation die Betriebsleitung regelrecht. Sie ergriff die Initiative zur Rationalisierung der Produktionsprozesse, zur Steigerung der Produktivität und zur Neugliederung der Betriebsleitung.[1045] Indem die Parteiorganisation hier das Wissen und die Produktionserfahrung der Arbeiter zu mobilisieren suchte, übernahm sie zweifellos eine wichtige Funktion, die das Management infolge seiner geringen Qualifikation oder seiner politisch motivierten Zurückhaltung nicht wahrnahm. Die Beurteilung solcher Einmischung der Betriebsparteiorganisationen durch die Führung der VKP war aber nicht eindeutig. Z.B. wurde der Zelle des „Magnitstroj" in einem Atemzug vorgeworfen, sie leiste schlechte

[1041] Vgl. oben Abschn. 2.1.; Mežlauk, XVI s-ezd, S. 331; Stalin, ebd. S. 49; Kržižanovskij, ebd. S. 561; Švernik, ebd.S. 654; vgl. Lewin, in: Slavic Review 32. 1973, S. 272f.; Vajsberg, in: B 1930, No. 19–20, S. 58.

[1042] Vgl. Andreev, in: RiK 1929, No. 21, S. 68.

[1043] Ebd. S. 67; Dmitriev, A.: Opyt massovoj verbovki, in: PS 1930, No. 3–4, S. 48–51, hier S. 48; vgl. Semjačkin, XVI s-ezd, S. 535; Ordžonikidze, ebd. S. 310; Aristarchov, B.: Dobit'sja konkretnogo rukovodstva proizvodstvom, in: PS 1931, No. 2, S. 41–44, hier S. 44.

[1044] Dmitriev, in: PS 1930, No. 3–4, S. 48; zur Rolle und zu den Methoden der Parteiarbeit in diesem Betrieb vgl. ebd. S. 49ff.; die Belegschaft besaß im Schnitt eine relativ geringe Produktionserfahrung, nur 12% waren länger als 10 Jahre in der Produktion; 1929 hatten im Maschinenbau sonst ca. 50% der Arbeiter 10 und mehr Jahre Produktionserfahrung, vgl. Rašin: Sostav, S. 64; die recht unerfahrene und wohl auch begeisterungsfähige Belegschaft des kleinen Betriebes ließ sich von der Zelle anscheinend leicht mobilisieren.

[1045] Vgl. Smirnov, in: PS 1930, No. 9, S. 49; VA, in: PS 1930, No. 3–4, S. 71.

Arbeit, weil sie das Management nicht mit den Parteizellenbeschlüssen bekannt mache und diese nicht realisiere, und sie verletze die Einzelleitung durch Einmischung in die operative Arbeit des Managements.[1046] Das unklare Verhalten der Parteiführung trug also wenig zu einer Klärung des Verhältnisses von Partei- und Wirtschaftsinstanzen bei. Die Unsicherheit wurde noch dadurch gesteigert, daß andere Organe – z.B. die OGPU und besondere „Orggruppen" der Parteihochschulen – in die Wirtschaftsarbeit eingriffen. So brandmarkte die OGPU betriebliche und technische Entscheidungen auch dann als Schädlingsarbeit, wenn diese durch Expertisen und durch Stellungnahme des Fachpersonals als sinnvoll und ökonomisch rational ausgewiesen waren.[1047] Damit übten die Sicherheitsorgane starken Einfluß auf die ‚unternehmerischen Entscheidungen' des „roten Managements" und der „bürgerlichen Spezialisten" aus und zwangen sie partiell zur Aufgabe bisher geltender Prinzipien von Wirtschaftsführung.

Ähnliche Wirkung hatte der Einsatz von „Orggruppen" der Parteihochschulen, die als Hilfsorgan der regionalen Parteikomitees eingesetzt wurden und – oft gegen den Widerstand des Managements und der Betriebsparteiorganisationen[1048] – Produktionssteigerungen und Reorganisationsmaßnahmen im Betrieb durchsetzen. Einer solchen Orggruppe z. B., rekrutiert aus Studenten der Sverdlovparteihochschule, die in den „Stalin-Werkstätten", einem Moskauer Großbetrieb, eingesetzt wurden, versicherte das Büro der Parteizelle, es gebe keine Probleme. Die Gruppe ließ sich jedoch vom „Opportunismus der örtlichen Führung" nicht täuschen:

> „Doch die Orggruppe verlangte, daß alles ins klare Wasser gezogen werde, begann Ziffern und Fakten zu überprüfen und brachte die Sache ins Rayonkomitee, wo als Ergebnis des Vortrags des Managements und der Orggruppe durch eine Sonderkommission die unbefriedigende Erfüllung des Promfinplanes festgestellt und bestätigt wurde. Und das in einem Augenblick, als die Stalinwerkstätten sich zu einem „Stoßbetrieb" erklärten. Klar, daß *man da nicht weiterkommen konnte, wenn man nicht die Leute entfernte, die von opportunistischer Blindheit und Selbstverliebtheit angesteckt waren.*"[1049]

Die OGPU, Sonderorgane der VKP, aber auch die RKI griffen immer wieder in die Arbeit der Wirtschaftsorgane ein.[1050] Diese Einmischung politischer Apparate ging auch nach dem Erlaß über die Einzelleitung weiter. Die Parteiorganisationen drängten auf Erhöhung des Produktionstempos, auf Mechanisierung arbeitsaufwendiger Produktionsprozesse und reorganisierten die Arbeitsteilung des ingenieur-technischen Personals[1051], kurz sie nahmen in jeder Hinsicht Funktionen des technischen und administrativen Managements wahr und substituierten es. Das warf in zweierlei Hinsicht Probleme auf. Zum ersten waren die Organe

[1046] Čarkin, in: PS 1930, No. 9, s. 37 u. 38.
[1047] Kržižanovskij, in: PCh 1930, No. 10–11, S. 18; vgl. auch oben Abschnitt 5.1. und 5.3.
[1048] Egorov, P.: Orggruppy kak forma partrukovodstva na predprijatii, in: PS 1930, N. 15, S. 33–37, hier S. 34, 36.
[1049] Ebd. S. 34; Hervorhebung im Original.
[1050] Zu den Eingriffen des RKI vgl. Chopljankin, XVI s-ezd, S. 547, der bemängelt, daß der VSNCh bei der Rationalisierung versage und die RKI seine Funktionen übernehme.
[1051] Vgl. Počinščikov/Syškov, in: B 1931, No. 19–20, S. 55; Dol'nikov, I.: Bor'ba s uravnilovkoj i obezličkoj na opyte metallurgičeskich zavodov im. Dzeržinskogo i Elektrostal', in: B 1932, No. 11–12, S. 48–58, hier S. 53; Avirom, M.: Techničeskoe rukovodstvo i kadry ITR černoj metallurgii, in: PCh 1932, No. 5, S. 15–39, hier S. 17.

der VKP in der Regel nicht kompetent, technische und wirtschaftliche Fragen zu lösen. Der Parteiapparat sammelte zwar im Laufe des Fünfjahrplans einschlägige Erfahrungen, doch konnte er zweifellos ein wissenschaftlich vorgebildetes, berufserfahrenes Management nicht ersetzen. Die Entscheidungen, die der Apparat der VKP aufgrund seines politischen Gewichtes fällen und durchsetzen konnte, waren nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht immer durchdacht. Problematisch war auch, daß infolge unklarer Kompetenzen Parteikomitees, Basisapparat, OGPU, RKI und andere in der Nebensache mit Wirtschaftsfragen befaßte Instanzen oft parallel vorgingen, mitunter gegeneinander arbeiteten, eigene Interessen einbrachten und sich gegenseitig behinderten. Das führte zu einer Verunsicherung des Managements und wirkte sich negativ auf die Konzipierung und Durchsetzung wirklichkeitsnaher Industrialisierungsvorstellungen aus.

Das zweite Problem bestand darin, daß die VKP in Übernahme von Unternehmerfunktionen immer stärker ihren politischen Charakter verlor. Einerseits gab sie, indem sie massiv Interessen der „sozialistischen Akkumulation" verfolgte, die Rolle des Interessenvertreters der unmittelbaren Produzenten auf, andererseits verlagerte sie ihre Aktivitäten zusehends aus dem politischen in den wirtschaftlichen Bereich. Daß unter solchen Umständen ein „produktivistisches" Verständnis des Marxismus, ein „Ökonomismus"[1052] guten Nährboden fand, ist einleuchtend. Wieweit sich dadurch die Rolle der VKP als Träger und politische Legitimationsinstanz des Herrschaftssystems veränderte, ist zu überdenken.

In jedem Fall trugen Unklarheiten in der Industrieführung, Einmischung fachlich inkompetenter Apparate und Kompetenzwirrwarr erheblich zur Erzeugung der Krisensituation im Wirtschaftsbereich bei.

7.2. KURSWECHSEL: STALINS „SECHS PUNKTE"

1930/31 mußte auch dem borniertesten Mitglied der Parteiführung klar werden, daß der industrielle Aufbau trotz hoher Zuwachsraten in eine Krise geraten war, da die qualitativen Kennziffern – Produktivität, Selbstkosten usf. – sich nicht gemäß der Planansätze entwickelten und Ressourcenbeschaffung nur durch verstärkte Ausbeutung der unmittelbaren Produzenten in Industrie und Landwirtschaft möglich war. Die erprobten Mittel der politischen Mobilisierung, der Propagierung von Feindbildern und der Repression konnten die entstehende Unzufriedenheit nur zum Teil steuern. Die ökonomische Krise begann in eine allgemeine politische überzugehen.

In dieser Situation vollzog die Parteiführung einen Kurswechsel in der Industriepolitik. Noch ehe im Prozeß gegen das „Unionsbüro der Menschewiki" das Urteil verkündet war, zeigten Äußerungen führender Bolschewiki den Beginn eines Umdenkungsprozesses an. Auf der Ersten Allunionskonferenz der Mitarbeiter der sozialistischen Industrie ermutigten Stalin und Ordžonikidze die Manager, ihre Führungsaufgaben tatsächlich wahrzunehmen. Stalin legte in seinem Beitrag das Schwergewicht darauf, daß es nötig sei, die Technik zu „mei-

[1052] Vgl. Bettelheim, Ch.: Die Klassenkämpfe in der UdSSR, Bd. 1. 1917–1923, Berlin 1975, S. 27ff., 40ff.

stern".[1053] Gegenüber früheren Äußerungen, etwa der Rede auf dem XVI. Parteitag im Juni 1930, in der Stalin von einem ungebrochenen Wachstumstempo ausging, ist hier ein neuer Ton hörbar: der Generalsekretär hatte die schweren Krisenerscheinungen offenbar zur Kenntnis genommen und reagierte darauf mit Propagierung einer neuen Losung. „Die Technik meistern" – unter diesem Stichwort vollzog sich die Reorganisation der Wirtschaftsleitung 1931. In Ordžonikidzes Rede auf dieser Konferenz[1054], wurde darüberhinaus auch eine veränderte Haltung gegenüber den Spezialisten deutlich. Ordžonikidze unterstellte, daß der Ramzin-Prozeß der Masse der Fachleute bewußt gemacht habe, was für ein „Judas" Ramzin gewesen sei, mit Abscheu hätten sie sich von ihm abgewandt.[1055] Ordžonikidze gab damit zu verstehen, daß die Periode der Massenverhaftungen von Ingenieuren abgeschlossen war. Und er erklärte, daß man für die ehrlichen Ingenieure sorgen und ihnen besondere Aufmerksamkeit zuwenden müsse.[1056]

Diese Tendenzen wurden offenbar rasch in der Wirtschaftspresse aufgenommen[1057]; die eigentliche Wende der Industriepolitik wurde aber durch Stalins Rede vor Wirtschaftlern am 23. Juni 1931 markiert.[1058] Der Generalsekretär entwarf darin kein konzises wirtschaftspolitisches Programm, sondern benannte eine Reihe einzelner Probleme und wies auf Lösungswege hin. Der erste Punkt, den er anschnitt, war die Arbeitskraftfrage. Stalin erklärte, angesichts des Arbeitskräftemangels müsse man die Rekrutierung neuer Arbeiter organisieren und auf der anderen Seite vestärkt mechanisieren. Beim Arbeitslohn, dem zweiten Punkt, forderte Stalin eine Überprüfung der Tarifnetze und eine stärkere Staffelung der Löhne nach Leistung und Qualifikation. Damit hoffte er die Fluktuation der Arbeitskraft zu bremsen und verstärkte Anreize für Qualifikation und Steigerung der Arbeitsproduktivität zu schaffen. Im Bereich Arbeitsorganisation unterstrich der Generalsekretär die Notwendigkeit, persönliche Verantwortlichkeiten zu fixieren, für jedes Werkzeug und jeden Arbeitsabschnitt Verantwortliche zu benennen. Die Punkte Vier und Fünf befaßten sich mit der technischen Intelligenz, mit den neuen proletarischen Fachleuten und mit den alten Spezialisten. Stalin verlangte, daß die Arbeiterklasse der UdSSR ihre eigene technische Intelligenz schaffen, gleichzeitig aber die alten Fachleute pfleglicher behandeln müsse als bisher, denn sie hätten sich von den Schädlingen gelöst und der Sowjetmacht zugewandt. Schließlich ging er noch auf die „wirtschaftliche Rechnungsführung" ein. Da andere Akkumulationsquellen nicht mehr zur Verfügung ständen, müsse die Schwerindustrie Überschüsse erzielen, und das hieße, so Stalin, systematische Senkung der Selbstkosten, Mobilisierung der inneren Reserven und Durchsetzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in allen Betrieben.[1059]

[1053] Stalin: Werke Bd. 13, S. 27–38, vor allem S. 37f., Bailes: Technology, S. 148 erkennt offenbar nicht, wie sehr sich Stalins Auftreten hier von seinem früheren unterscheidet.
[1054] Ordžonikidze: Stat'i, Bd. 2, S. 257–283, 284–301.
[1055] Ebd. S. 280f.
[1056] Ebd. S. 287f.; vgl. Bailes: Technology, S. 147f.
[1057] Ebd. S. 148ff.
[1058] „Neue Verhältnisse – neue Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus", in: Stalin: Werke, Bd. 13, S. 47–72; Bailes: Technology, S. 151, der die Wende neu datiert und eine Verschiebung des Gewichts weg von Stalin zum ZK hin erkennt, sitzt einem Druckfehler auf; das geheime Dekret des ZK ist vom 10. Juli 1931 datiert, nicht vom 10. Juni 1931, wie Bailes infolge eines Druckfehlers bei Fainsod: Smolensk, S. 318, annimmt; vgl. WKP 162, p. 63; der Erlaß folgt der Stalin-Rede, nicht umgekehrt.
[1059] Zusammengefaßt nach Stalin: Werke, Bd. 13, S. 47–72.

Diese Mischung aus Pragmatismus und Banalitäten wurde unter der Marke „Stalins Sechs Punkte" Leitfaden der Wende in der Industriepolitik. Tatsächlich hatte der Generalsekretär der VKP eine ganze Reihe gravierender Probleme angeschnitten und Lösungswege angedeutet. So definierten die Ausführungen über technische Intelligenz und persönliche Verantwortlichkeiten die Rolle des Managements neu und stärkten die Stellung der Fachleute politisch und praktisch gegenüber den Belegschaften. Durch Differenzierung der Arbeitslöhne sollten die unmittelbaren Produzenten besser eingebunden werden. Die Wiedereinführung wirtschaftlicher Rechnungsführung füllte den Punkt ‚persönliche Verantwortlichkeit' materiell aus – die Manager sollten in ihren Bereichen Überschüsse erzielen und unnötige Verluste vermeiden –, umriß aber auch das Ziel der neuen Leitungspolitik: angesichts der katastrophalen politischen Fehler im Agrarsektor und angesichts des Fehlens ausländischer Kapitalhilfe mußte die Industrie in verstärktem Maße innere Ressourcen heranziehen, d.h. letztlich die Arbeiter verstärkt zur Akkumulation heranziehen, will heißen, die Ausbeutung – oder Selbstausbeutung – verstärken. Völlig außer acht hatte Stalin allerdings die Frage gelassen, wieweit Industrialsierungstempo und Planansätze die vorhandenen Möglichkeiten sowohl der Kapazität, dem Kapitalvolumen nach, wie den organisatorischen Möglichkeiten nach überstiegen. Der Kurswechsel von 1931 war also keiner der Wirtschaftspolitik – Ziele und Tempo des industriellen Aufbaus blieben im Kern unverändert – sondern allein einer der industriellen Organisation; die Führungsstrukturen im Betrieb und in den leitenden Behörden wurden überdacht.

Den Anregungen Stalins folgten rasch administrative Schritte. Die alten Fachleute wurden öffentlich aufgewertet, in einem nichtveröffentlichten Erlaß wurde den technischen Spezialisten materiell eine Sonderstellung eingeräumt. Die Stellung des industriellen Führungspersonals in Betrieb und Gesellschaft wurde neu bestimmt.[1060] Die Neuordnung der Industriefinanzen hatte bereits im Januar 1931 begonnen, zunächst mit Korrekturen zur Kreditreform von 1930[1061], dann mit dem Erlaß vom 20. März, der anstrebte, die automatische Kreditvergabe an die Betriebe zu stoppen und sie von der Erfüllung des Promfinplanes abhängig zu machen, um so eine „Kontrolle durch den Rubel" zu gewährleisten, d.h. auf die Erfüllung von Wirtschafts- und Finanzplänen über Mittelvergabe und Kreditpolitik einzuwirken.[1062] Die „Kontrolle durch den Rubel" griff jedoch nicht, da sich die Wirtschaftsinstitutionen nicht an den Erlaß hielten.[1063] Einen Monat nach der Stalin-Rede, am 23. 7. 31, ordnete ein Erlaß des STO (*Sovet Truda i Oborony*; Rat für Arbeit und Verteidigung) die finanziellen Verhältnisse der Wirtschaftsorganisationen neu. Ihnen wurde wieder – das war im Jahr zuvor abgeschafft worden – eigenes Umlaufkapital zugewiesen, mit dem sie wirtschaften mußten und zu dessen Erweiterung sie von Fall zu Fall Kredite aufnehmen konnten. Das geschah, um die Durchsetzung wirtschaftlicher Rechnungsführung zu erleichtern und die Wirtschaftler für die finanziel-

[1060] WKP 162, p. 63; Rudzutak, Ja. E.: Novaja chozjajstvennaja obstanovka i zadači proizvodstvenno-techničeskoj intelligencii, in: Izvestija 17. 8. 1931, S. 3; zu sozialer Stellung und Privilegien der Fachleute vgl. unten Abschnitt 7.4.

[1061] „Ob ulučšenijach praktiki kreditnoj reformy", in: Rešenija partii, t.2, S. 255–258; vom 14. 1. 1931.

[1062] Karavajkin, A.: Reorganizacija sistemy upravlenija promyšlennost'ju v 1931 i 1932 gg., in: SG 1932, No. 7–8, S. 66–89, hier S. 78; vgl. „Ob izmenenii v sisteme kreditovanija, ukreplenii kreditnoj raboty i obespečenii chozjajstvennogo rasčeta vo vsech chozjajstvennych organach, in: Rešenija partii, t.2, S. 293–297.

[1063] Karavajkin, in: SG 1932: No. 7–8, S. 78.

len Resultate ihrer Arbeit zu interessieren.[1064] Diese Maßnahmen wurden mit Wirkung vom 1. November 1931 wirksam und vom Parteiapparat und den Sowjetexekutivkomitees überwacht.[1065]

Parallel zur Neuordnung der Betriebs- und Behördenfinanzen wurde die Struktur der Industrieverwaltung neuerlich reorganisiert. Die Industrievereinigungen wurden verkleinert und aufgegliedert, an Stelle von 32 im Juni 1931 gab es im Oktober 1932 bereits 78. Das näherte die Vereinigungen wieder dem Typus des Trusts an und Ende 1932 wurde die Mehrzahl der Vereinigungen wieder in Trusts umgebildet. Diese Entwicklung hatte zwar den Vorzug, die Vereinigungen wieder stärker an die Betriebe anzunähern und die technische Leitung der Betriebe wirksamer zu machen, doch gab es keine einheitlichen Branchenorganisationen mehr, die für eine den gesamten Industriezweig einbeziehende Planung und technologische Entwicklung verantwortlich waren. Aus diesem Grunde entstanden beim VSNCh neuerlich „glavki" (Hauptverwaltungen).[1066] Anfang 1932 wurde der VSNCh schließlich in ein Volkkommissariat für Schwerindustrie umgebildet, die Bereiche Konsumgüterindustrie und holzverarbeitende Industrie ausgegliedert und neuorganisierten Volkskommissariaten für Leichtindustrie bzw. Holzindustrie zugewiesen.[1067] Damit begann eine neue Runde von Reorganisation und innerer Umgliederung, die Anfang 1934, zum XVII. Parteitag noch nicht abgeschlossen war. In seiner scharfen Kritik an der Wirtschaftsleitung bemängelte Kaganovič, daß das ‚Orgsystem' des Volkskommissariats für Schwerindustrie immer noch nicht endgültig ausgeformt sei, während im Bereich des Volkskommissariats für Leichtindustrie es mit allem – angefangen beim Kommissariat bis hinunter zur letzten Fabrik – schlecht und unbefriedigend bestellt sei.[1068] Daß die Industrieleitung, die ja im Grunde seit 1929 einer permanenten Reform unterzogen wurde, nicht in der Lage war, in den kritischen Jahren des Anlaufens der Industrialisierung die sowjetische Industrie planvoll und methodisch zu leiten, ist wohl verständlich.

Das wurde besonders auf Betriebsebene deutlich. Der Betrieb nahm im System der Wirtschaftsleitung eine zentrale Position ein. Die Erfolge wirtschaftlicher Rechnungsführung, besserer Arbeitsorganisation, der Installierung persönlicher Verantwortlichkeit mußten letztlich hier „vor Ort" durchgesetzt werden. Stalins „Sechs Punkte" waren denn auch im Grunde auf die Situation im Betrieb gemünzt und dort erwartete man auch sichtbare Veränderungen. Maßstab war dabei, wieweit es dem einzelnen Unternehmen gelang, die quantitativen und qualitativen Kennziffern des Promfinplans zu erfüllen.[1069] Eine wirksamere Führung erwartete man dabei offenbar von der allgemeinen Durchsetzung des „funktionalen Prin-

[1064] Ebd.; „Ob oborotnych sredstvach gosudarstvennych ob-edinenij, trestov i drugich chozjajstvennych organizacij, in: Rešenija partii t.2, S. 343–346; Voprosy organizacii upravlenija promyšlennost'ju SSSR, in: BEKP 117. 1934, S. 1–11, hier S. 7.

[1065] Rešenija partii, t.2, S. 362–364.

[1066] Vgl. Rubin: Organizacija, S. 116f.; Karavajkin, in: SG 1932, No. 7–8, S. 80f.; BEKP 117. 1934, S. 6; BEKP 90. 1931, S. 12f; Rudzutak, XVII konf., S. 75; Ordžonikidze, ebd. S. 19; Rešenija partii, t.2, S. 368f.

[1067] Rubin: Organizacija, S. 117; Rešenija partii t.2, S. 368f., 370; BEKP 117. 1934, S. 6; Karavajkin, in: SG 1932, No. 7–8, S. 81.

[1068] Kaganovič, XVII s-ezd, S. 537; vgl. Stalin, ebd. S. 33f.

[1069] Ginzburg, L.: Kakim dolžen byt' zakon ob upravlenii socialističeskoj promyšlennost'ju, in: SovJust 1931, No. 20, S. 16–20, hier S. 18.

zips", das 1929/30 im Parteibereich und 1930 im Apparat des VSNCh eingeführt worden war.[1070] Am 8. 8. 1931 verabschiedeten SNK und ZKK den Entwurf eines Modellstatuts für den Aufbau von Industrieunternehmen.[1071] Danach wurden auf der Ebene der Betriebsführung Abteilungen organisiert, die jeweils bestimmte Leitungsaufgaben – Produktion und Verteilung, technische Normung, Arbeitsorganisation usf. – wahrnahmen. Diese gaben Anweisungen an entsprechende Gremien auf Ebene der Werksabteilungen, die dies an Meister und Brigaden weitergaben. Jede Werksabteilung erhielt ihre Weisungen parallel von verschiedenen Abteilungen auf Betriebsführungsebene. Eine derartige Führungsstruktur verlangt naturgemäß enge Zusammenarbeit zwischen den funktionalen Abteilungen, da sonst ein Wirrwarr widersprüchlicher Abteilungen und sich überschneidender Kompetenzen die Anstrengungen der Leitung paralysiert. Dennoch wurde sie weithin eingeführt. Im Kohlenbergbau des Donbass z.B. waren die Zechenleitungen im Frühjahr 1933 in 22 funktionale Abteilungen gegliedert: Anweisungen kamen (1) vom Leiter der Zeche, (2) vom Oberingenieur, (3) vom Leiter der Bergbauarbeiten, (4) vom Sektor für Investbau, (5) vom Sektor für Rationalisierung, (6) für technische Normung, (7) für Projektierung der Produktionsprozesse, (8) vom Sektor für Ökonomie und Tarife, (9) von der Planabteilung, (10) vom Sektor für Arbeitsschutz, (11) für Mechanisierung, (12) vom Markscheiderbüro, (13) vom Leiter der Anreicherung, (14) der Technikpropaganda, (15) der Bewetterung, (16) vom Leiter für Maschinen, (17) von der Finanzabteilung, (18) vom Hauptbuchhalter, (19) von der Wohnungsbauabteilung, (20) vom Vorsteher des Pferdehofs, (21) vom Wirtschaftsleiter und schließlich vom (22) Lagerverwalter.[1072] Ähnliche Beispiele gibt es aus dem Waggonbau – im Mytiščinsker Werk regierten auf Direktionsebene 14 funktionale Sektoren[1073] – und sie waren typisch für die Masse der Betriebsleitungen.[1074]

Die Parallelität von Entscheidungsgremien, die nicht in einem Stab zusammengefaßt und deren Entscheidungen nicht koordiniert wurden, mußte – wie in der Partei – zu Problemen führen. Tatsächlich blieben die Leistungen der meisten Betriebe 1932 und 1933 unbefriedigend. Gewiß darf man der „funkcionalka" nicht allein die Schuld geben. Mangel an Fachleuten, Inkompetenz der vorhandenen Manager, Inkompetenz der Arbeiter, schlechte Qualität der Roh- und Brennstoffe, Transportstockungen, unrealistische Planvorgaben, Einmischung politischer Apparate und vieles andere mehr spielten da mit und erschwerten die Arbeit der Industrieleitung. So war es nicht erstaunlich, daß vielerorts bei der Planerfüllung Schwierigkeiten auftraten, ja daß es oft nicht gelang, die alltägliche Arbeit ohne Unterbrechungen zu organisieren.

Besondere Schwierigkeiten traten naturgemäß dort auf, wo neuartige Technologien in den Produktionsprozeß eingeführt wurden. Z.B. gab es bei der Automobil- und Traktorherstel-

[1070] Vgl. oben in diesem Abschnitt und in Abschnitt 4.1.; wann die „funkcionalka" im Betrieb eingeführt wurde, ist nicht eindeutig geklärt; Bienstock, G./Schwarz, S./Yugow, A.: Management in Russian Industry and Agriculture. London, New York 1948, S. 7, 13f., gehen davon aus, daß das funktionale Prinzip bereits während der zwanziger Jahre gültig war; Süß: Betrieb, S. 397, deutet an, es sei 1930/31 eingeführt worden.

[1071] Süß: Betrieb, S. 398ff.; danach auch die folgenden Ausführungen.

[1072] KPSS t.5, S. 93f.

[1073] Kaganovič, XVII s-ezd, S. 534f.

[1074] Vgl. den Erlaß von ZEK und SNK vom 15. 3. 34. Industrializacija SSSR 1933–1937, S. 257ff.

lung – Produktionszweige, die bis dahin in Rußland bzw. in der Sowjetunion nicht existiert hatten – zunächst große Probleme. Von den ersten tausend Wagen, die das Stalin-Werk verlassen hatten, erwiesen sich innerhalb von sechs Monaten 588 als fehlerhaft.[1075] Das Stalingrader Traktorenwerk brauchte erhebliche Zeit, um den projektierten Ausstoß zu erreichen, statt 130 Traktoren pro Tag produzierte es nur 37.[1076] Die Anlaufschwierigkeiten waren nicht nur deshalb so groß, weil es sich um modernste amerikanische Technologie handelte, die die sowjetischen Fachleute erst allmählich bewältigten, sondern vor allem, weil Automobilherstellung auf eine funktionierende, gut eingespielte Zulieferindustrie angewiesen war. Elektrobetriebe – Batterien, Zündanlage –, Gummierzeugung – Reifen, Isolationsmaterial –, Glas- und Keramikproduktion, Stahl- und Walzwerke für Bleche, Pleuelstangen, Rahmen und Maschinenbau mußten koordiniert werden und zusammenwirken. Das eben funktionierte nicht, obwohl das Problem der „Nachbarindustrien" auf Konferenzen und Beratungen ausführlich thematisiert wurde.[1077]

Die neuen Technologien stellten Leitungspersonal und Arbeiter, die in der Regel nur ungenügend vorgebildet waren, oft genug vor Probleme. Das schlug sich vor allem in der oben beschriebenen Steigerung der Selbstkosten, in der Produktion von Ausschuß und in der Qualität der Erzeugnisse nieder. In der Metallverhüttung stieg der Anteil des Ausschusses zwischen 1930 und 1931 deutlich an. Beim Roheisen, mit dem der Martinsofen beschickt werden sollte, gab es im Tomskij-Werk 1930 6,9% Ausschuß, 1931 21,5%, im Rykov-Werk 12,7% und 24,8%, im Dzeržinskij-Werk 14% und 27,5%.[1078] M. Kaganovič bezifferte die Verluste, die in 14–15 Industrievereinigungen der Schwerindustrie im ersten Halbjahr 1933 durch Ausschuß entstanden, auf 200 Millionen Rubel.[1079] Durch Nachlässigkeit und Inkompetenz kam es vielfach zu Havarien und in der Folge zu Produktionsstillständen. In der ukrainischen Hüttenindustrie steigen die Ausfallzeiten zwischen 1930 und 1931 von 3,5% auf 4,4%, in den Stahlgießereien von 21 auf 30%, in den Walzstraßen von 20 auf 31%. Die Auslastung schwerer Schrämmaschinen im Bergbau sank von 78% auf 76,8%, die von Abbauhämmern von 64,9% auf 61,2%. Der Maschinenpark der Großbaustellen der zwölf Bautrusts von „Sojuzstroj" war nur zu 20–30% ausgelastet.[1080]

Probleme stellten die innerbetriebliche Arbeitsorganisation dar, ferner die Planung im Betrieb und die geordnete Führung des Unternehmens. Auf der XVII. Parteikonferenz berichtete Rudzutak über zahlreiche Beispiele schlechter Organisation in der Hüttenindu-

1075 Kuz'minov, I.: V bor'be za osvoenie novych zavodov, in: PCh 1934, No. 2, S. 57–74, hier S. 62.

1076 Ordžonikidze, XVII konf. S. 11 f.; Knickerbocker, H. R.: Der rote Handel droht, Berlin 1931, S. 83, gibt nach Befragung Osinskijs an:

1.–30. Aug. 1930:	20 Traktoren, d. i. 0,66 pro Tag	
1.–19. Sept. 1930:	28	1,5
20.–25. Sept. 1930:	12	2,4
26.–30. Sept. 1930:	20	4,0
1.–5. Okt. 1930:	32	6,4

ausgelegt sei der Betrieb für 11 Traktoren pro Stunde, ebd. S. 79.

1077 Vgl. die Hinweise bei Kuz'minov, in: PCh 1934, No. 2, S. 62; Pjatakov, XVII konf. S. 125.

1078 Rudzutak, ebd. S. 73.

1079 Kaganovič, M. M.: Bor'ba za osvoenie i perestrojka rukovodstva socialističeskoj industriej, in: B 1933, No. 18, S. 9–22, hier S. 13.

1080 Lejbman/Markus, in: B 1932, No. 3, S. 55; vgl. Rasparov, V.: Dat' kadry, naladit' operativnye rukovodstva, in: PS 1931, No. 9, S. 27–30, hier S. 28.

strie, die eine Steigerung der Produktion behinderten. Der Hochofen des Stalin-Werkes, der letzte Schrei amerikanischer Technik, wurde per Hand mit Lastkarren beschickt und blieb so weit unter der projektierten Leistung.[1081] Die unbefriedigende Durchplanung des Arbeitsprozesses schlug sich in überhöhten Belegschaftszahlen nieder: während in Deutschland vier Martinsöfen von 250 Arbeitern in Betrieb gehalten wurden, benötigte das Sulinsker Werk für vier Öfen mit einem Viertel der Kapazität, von denen obendrein einer stillag, 695 Arbeiter.[1082] Fast in keinem Hüttenwerk wurde das Erz vorsortiert und der Koks aufbereitet – elementare Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung.[1083] Der planlose Einsatz von Arbeitern, ihre Verschiebung von Brigade zu Brigade, das Fehlen fester Zuständigkeiten selbst auf unterster Ebene, führte oftmals zu sinkender Qualität und zu Steigerungen von Ausfallzeiten. Schäden und Abnutzung von Gerät wurden nicht rechtzeitig erkannt, die Werk- und Abteilungsleitung trug meist nicht rechtzeitig Vorsorge für Reparaturen. Die Abnutzung einer Welle eines Elektrokrans, deren Austausch Sache von zwei Stunden gewesen wäre, führten im Werk „Krasnyj Profintern" zu einem Stillstand der Schwerlastwaggonabteilung für 24 Stunden, da Ersatzteile fehlten und niemand daran gedacht hatte, das schadhafte Teil vorsorglich in einer Produktionspause auszutauschen.[1084] Typisch für die Planlosigkeit der Betriebsführung war auch die ungleichmäßige Leistung in den einzelnen Planperioden: gewöhnlich stieg die Arbeitsleistung gegen Ende einer Periode steil an, da das Management versuchte, Rückstände durch einen „šturm" wieder aufzuholen, danach sank die Leistung wieder ab.[1085] Fehlendes „know how", Mängel der Betriebsführung und der Arbeitsorganisation schufen denkbar ungünstige Bedingungen für die Steigerung der Produktivität und die Senkung der Selbstkosten.[1086] Stalins „Sechs Punkte" wurden 1932 und 1933 also weithin nicht umgesetzt, auch wenn die Öffentlichkeitsarbeit erhebliche Mühe darauf verwandte, sie populär zu machen.

Erfolglos war die Partei- und Sowjetführung auch bei der Durchsetzung der seit 1929 propagierten, oben schon angesprochenen „Einmannleitung". Gewiß hatte sich nach Abbruch der Schädlingskampagne das Klima zugunsten der Fachleute und Spezialisten verändert, doch waren die realen Bedingungen, unter denen sie arbeiten mußten, nach wie vor kompliziert. Die Planvorgaben waren oft unrealistisch, die innerbetrieblichen Führungsverhältnisse unübersichtlich, und mit dem Parteikomitee gab es im Betrieb eine Instanz, die oft genug mit der Betriebsleitung konkurrierte und in deren Zuständigkeiten eingriff. Die funktionale Struktur der Unternehmensleitung, die anscheinend 1931 und 1932 weithin durchgesetzt war, stellte für die Durchsetzung von „Einmannleitung" ein weiteres großes Hemmnis dar, da es zahlreiche parallele Entscheidungslinien gab und der Betriebsleiter de facto einen großen Teil seiner Kompetenzen an Stellvertreter oder funktionale Sektoren

[1081] Rudzutak, XVII konf. S. 73.
[1082] Ebd. S. 71; ähnliches wurde von der Bauindustrie berichtet: nur ¼ der Arbeiter seien direkt im Bau tätig, ¾ bei Hilfsarbeiten.
[1083] Ebd. S. 72.
[1084] Cichon, ebd. S. 95; zu falscher Organisation und zu allgemeiner Verantwortungslosigkeit vgl. auch: Lejbman/Markus, in: B 1932, No. 3, S. 56, 60; Dol'nikov, in: B 1932, No. 11–12, S. 53; Žezlov, Ja.: Protiv izvraščenij za rešitel'nyj perelom, in: PS 1932, No. 1–2, S. 34–38, hier S. 37.
[1085] Kaganovič, in: B 1933, No. 18, S. 15.
[1086] Vgl. Ordžonikidze, XVII konf. S. 19f.; Šeboldaev, ebd. S. 210; Kujbyšev, ebd. S. 161.

delegiert hatte.[1087] Da jede Werksabteilung ihre Anweisungen von einer Reihe verschiedener Instanzen innerhalb der Betriebsleitung erhielt, war von „Einmannleitung" nicht viel zu spüren, zumal die Wirtschaftler es in Konfliktfällen mitunter für günstiger hielten, die Initiative den Parteiinstanzen zu überlassen.[1088] Ingenieure und Manager, die versuchten, in Wahrnahme ihrer Leitungsfunktionen unpopuläre Maßnahmen zur Intensivierung der Arbeit oder zur Durchsetzung von Arbeitsdisziplin zu verwirklichen, stießen oft genug auf den Widerstand der Belegschaften, die teilweise von Parteimitgliedern unterstützt wurden.[1089]

Es scheint allerdings, daß der umgekehrte Fall eher typisch gewesen ist. Parteikomitees drängten das Management, Planansätze und Normen möglichst hoch anzugeben und auch für ihre Erfüllung zu sorgen. Dabei war der Widerstand der Ingenieure und Wirtschaftler 1932 und 1933 vielfach offener als zuvor[1090], sei es, daß nach Ende der Schädlingskampagne ihr Selbstbewußtsein zugenommen hatte, sei es, daß die nachgewachsene Generation der technischen Kader ein anderes Verhältnis zum politischen Apparat entwickelte als die der „alten" Spezialisten.

Nichtsdestoweniger waren die Eingriffe von Parteiinstanzen in Angelegenheiten der Betriebsführung auch nach Stalins „Sechs Punkte"-Rede gang und gäbe. Unter dem Druck, den Plan zu erfüllen und bei Steigerung der Produktivität und Senkung der Selbstkosten möglichst gute Ergebnisse zu erzielen – denn allein das war Maßstab für die Qualität der Parteiarbeit –, übten die Parteikomitees Druck auf die Wirtschaftsleitung aus und substituierten sie oft genug. Im Kuzbass z. B. setzte die Parteiorganisation gegen den Widerstand des technischen Personals und der „roten" Manager durch, daß ein technischer Plan für die Arbeit und die Instandhaltung des Maschinenparks erstellt wurde.[1091] Von der Parteiorganisation der „Krasnyj Putilovec"-Werke in Leningrad berichtete die „Partijnoe Stroitel'stvo" durchaus im positiven Sinne:

> „Fragen der Organisation des Lokomotivenbaus, des Transports im Werk, des Ausbaus des Werkes, der Werkzeugmaschinen stehen im Zentrum der *alltäglichen Führung von seiten der Parteiorganisation*, als entscheidende, als Schlüsselfragen bei der Erfüllung des Jahrplanes."[1092]

Im Mechanischen Werk des Moskauer Stadtteils Presnja ging die Parteioganisation so weit, anläßlich der Nichterfüllung des Promfinplanes, den Direktor ohne Rücksprache mit ihm zur Präsenz im Betrieb zu verpflichten, in Lugansk organisierte das Parteikomitee, nicht die

[1087] Kaganovič, in: B 1933, No. 18, S. 17.

[1088] Nikitin, V.: Otstavanie partraboty na važnejšem ugol'nom učastke, in: PS 1933, No. 7–8, S. 50–53, hier S. 52.

[1089] Il'in, in: PS 1933, No. 10, S. 21f.; vgl. B.V.: Ustranit' izvraščenija v realizacii dekreta o brake i prostojach in: PS 1932, No. 14, S. 32–35, hier S. 34.

[1090] Dieser Eindruck entsteht aus der Zeitschriftenliteratur, vgl. Avangardnaja, in: PS 1931, No. 3–4, S. 28f.; Enukidze, T.: Za pravil'nuju ocenku chozjajstvennogo rukovodstva, in: PS 1931, No. 6, S. 37–39, hier S. 38; Švernik, XVII konf., S. 113; Chitarov, R.: Bol'ševiki Kuznecka v bor'be za vtoruju ugol'no-metallurgičeskuju bazu, in: B 1933, No. 21, S. 56–70, hier S. 62; mag sein, daß dies auch von einem Wandel der Veröffentlichungspolitik herrührt: bis 1931 wurde Spezialistenkritik an politischen Entscheidungen als Schädlingstätigkeit gewertet.

[1091] Chitarov, in: B 1933, No. 21, S. 62.

[1092] Gaza, I.; Lysakov, P.: Bol'ševistskaja perestrojka v novych uslovijach, in: PS 1931, No. 17, S. 7–13, hier S. 9f., Hervorheb. durch den Verf.

Betriebsleitung, den Einsatz der Zimmerleute.[1093] Parteisekretäre mischten sich in laufende Geschäfte der Betriebsleitung ein, sie entließen Arbeiter und verboten, Anweisungen des Managements ohne vorherige Billigung durch das Parteikomitee durchzuführen.[1094] Die Parteiführung monierte immer wieder derartiges Verhalten und unterstrich, daß die Parteiorganisation die Wirtschaftsleitung nicht substituieren dürfe.[1095] Doch das änderte an der Situation nur wenig, solange technische und administrative Kader fehlten oder nicht über genügend Erfahrung verfügten und solange das Parteikomitee von der Parteiführung für Planrückstände und ungenügende Produktionsergebnisse verantwortlich gemacht wurde.

Im übrigen war auch oberhalb der Betriebsebene politische Einmischung in Wirtschaftsentscheidungen die Regel. Das ZK behielt sich alle relevanten Entscheidungen im Wirtschaftssektor selbst vor und befaßte sich immer wieder mit Einzelfragen. Z. B. griff das ZK zusammen mit dem Rat der Volkskommissare in die Organisation des Volkskommissariats für Schwerindustrie ein und gliederte die Leitung der Steinkohlenförderung neu – zog also auch eine durchaus behördeninterne Angelegenheit an sich. Das ZK begnügte sich jedoch nicht mit der Reorganisierung der Verwaltungsspitze im Bergbau, sondern gab sogar Anweisungen über die Leitung einzelner Zechen, den Grad der Lohndifferenzierung und die Verteilung des ingenieur-technischen Personals. Ähnlich ging das ZK im Bereich des Transportwesens vor.[1096] Die regionalen Parteikomitees verhielten sich nicht anders. Das Leningrader Gebietskomitee z. B. forcierte den Ölschieferabbau ohne Rücksicht auf anderslautende Entscheidungen des VSNCh. Im Leningrader Gebiet und in der Ukraine umging die Ölschieferindustrie die Volkswirtschaftsräte und ließ sich Kapital, Arbeiter und Ingenieure direkt von den Parteikomitees zuweisen.[1097] An die Orientierungsdaten von Gosplan fühlten sich die regionalen Parteikomitees offenbar auch nicht sonderlich stark gebunden. Der Delegierte der Parteiorganisation des Ural, Mirzojan, z. B. schob auf der XVII. Parteikonferenz die Richtdaten, die Kujbyšev in seinem Vortrag über die Direktiven zur Zusammenstellung des 2. Fünfjahrplanes genannt hatte, mit leichter Hand zur Seite und gab der Steinkohlenförderung des Ural 20–25 % höhere Produktionsziele vor.[1098] Immer wieder setzte sich der Apparat der VKP über die Organe der Wirtschaftsführung hinweg, partiell ersetzte er sie direkt. Fragen der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumwaren, Benzinpreise, die Beschaffung von Ersatzteilen, die Entscheidung, welcher Typ Traktor zu produzieren sei, all diese Entscheidungen zog das ZK an sich. Kaganovič beschrieb einen typischen Vorgang:

> „Ich führe ein Beispiel an. Im vorigen Jahr [1933] als es mit der Herstellung von Ersatzteilen schlecht stand, griff das Zentralkomitee im Rahmen der Ausführungskontrolle ein, gab die Anweisung, die behördlichen Zweikämpfe einzustellen und die Bestellung auf Ersatzteile pünktlich auszuführen. Im Ergebnis der operativen Mobilisierung aller Kräfte, spannte die Industrie ihre Muskeln an, ging wirklich an die Sache heran – staatlich – und erfüllte die Bestellung."[1099]

[1093] Piterskij, G.: Rabotu proizvodstvennych jačeek – na političeskuju vysotu, in: PS 1932, No. 7–8, S. 20–25, hier S. 21.

[1094] Ščerbakov, A.: Partijno-massovaja rabota na predprijatijach, in: B 1932, No. 16, S. 30–45, hier S. 40f.

[1095] Vgl. z. B. PS 1932, No. 7–8, S. 1; PS 1933, No. 7–8, S. 55.

[1096] Jaroslavskij, in: B 1933, No. 20, S. 48; vgl. Pramnek, XVII konf., S. 106; Kaganovič, XVII s-ezd, S. 530f.

[1097] Švarc, XVII konf. S. 107f. [1098] Ebd. S. 241f.

[1099] Kaganovič, XVII s-ezd, S. 568; vgl. ebd. S. 568ff. mit weiteren Beispielen.

Offenbar glaubten Führung und Apparat der VKP überall dort einspringen zu müssen, wo Probleme auftauchten, und suchten die entstandenen Schwierigkeiten unter Anwendung von administrativem Druck kurzfristig zu beseitigen. Von einer planvollen, einer geplanten Wirtschaftsführung konnte angesichts solcher Leitungsmethoden natürlich kaum noch die Rede sein.

Die Arbeit des Parteiapparats überschnitt und ergänzte sich mit der Kontroll- und Führungsarbeit anderer politisch legitimierter Organisationen. Insbesondere die RKI, die 1930 eingerichtete Überprüfungskommission beim Rat der Volkskommissare, die 1934 aus beiden organisierte Kommission für Partei- und Sowjetkontrolle, sowie die provisorischen Kontrollkommissionen und solche Hilfsorgane der RKI, wie die vom Komsomol geschaffenen Gruppen der „Leichten Kavallerie", befaßten sich mit Wirtschaftsarbeit.[1100] Die OGPU spielte nach Beendigung der Schädlingskampagne keine so offene Rolle mehr, doch war sie nach wie vor präsent.

All das – funktionale Führungsstrukturen, Einmischung politischer Apparate, Fehlen innerbetrieblicher Planung usw. – ergab einen Wirrwarr innerhalb der Wirtschaftsleitung, der Gegenstand ständiger Kritik war. Anfang 1934 unternahmen Partei- und Sowjetführung deshalb einen neuerlichen Anlauf, die Zuständigkeiten im Wirtschaftsbereich zu entwirren und klare Kompetenzen zu schaffen. Allerdings ging es dabei lediglich um Abschaffung der „funkcionalka", die das ZK im April 1933 endlich scharf verurteilte und als „organisatorisch-‚funktionalen' Wirrwarr" bezeichnete.[1101] Auf dem XVII. Parteitag gingen Stalin und Kaganovič mit der „kanzleimäßig"-bürokratischen Wirtschaftsleitung scharf ins Gericht.[1102] Dem Funktionalsystem wurde die Schuld gegeben, daß die Angestelltenapparate übermäßig aufgebläht worden seien und technische Fachleute abhielten, im Produktionsbereich tätig zu werden, daß die Kompetenzen unklar, die Führung der Produktionseinheiten aufgesplittert seien und daß sich ein gewaltiger Papierkrieg breitmache.[1103] Um endlich eine „konkrete Führung in allen Bereichen der Sowjet- und Wirtschaftsleitung" zu schaffen[1104], beschloß der Parteitag, das funktionale System zu beseitigen und neue Führungsstrukturen aufzubauen.[1105] Am 15. März 1934, gut einen Monat nach Ende des Parteitags, gab die sowjetische Regierung einen Erlaß heraus, der die Neuordnung der Wirtschaftsleitung regelte.[1106] Danach war in der ganzen Wirtschaftsleitung – wie in der sowjetischen Verwaltung überhaupt – das Funktionalsystem zu liquidieren und statt dessen Branchenhauptverwaltungen oder regionale Branchenverwaltungen zu organisieren, die für die unterstellten Organisationen und Unternehmen in jeglicher Hinsicht verantwortlich waren. Die Industrievereinigungen wurden aufgelöst, dafür vermehrt Trusts geschaffen. Die Kompetenz der Behörden- und Betriebsleiter wurde verstärkt – die Kontrolle über die Ausführung von Anweisungen, die direkte Führung der

[1100] Kaganovič, XVII s-ezd, S. 563; vgl. Obrazovanie i razvitie organov socialističeskogo kontrolja v SSSR (1917–1975). Sbornik dokumentov i materialov, Moskva 1975, S. 265–417; Dorogova, M.I.: Massovaja rabota organov CKK-RKI v promyšlennosti (1929–1933 gg.), in: V I KPSS 1966, No. 1, S. 85–93.

[1101] KPSS t.5, S. 93f.

[1102] Vgl. XVII s-ezd, S. 18, 533ff.

[1103] Vgl. Kaganovič, ebd. S. 535; vgl. die Zusammenstellung bei Süß: Betrieb, S. 400f.

[1104] Rešenija partii t.2, S. 468.

[1105] KPSS t.5, S. 157–159.

[1106] Rešenija partii t.2, S. 468–471; BEKP 117. 1934, S. 8ff.; Rubin: Organizacija S. 123ff.

nachgeordneten Abteilungen und die Kaderauswahl unmittelbar in ihren Händen konzentriert.[1107] Damit wurden klare Verantwortlichkeiten geschaffen. Jeder Betrieb, jede Behörde unterstand unmittelbar einer Person, die für ihre Tätigkeit vollverantwortlich gemacht werden konnte. Wenigstens auf dem Papier hatte man damit klare Verhältnisse geschaffen. Wie dies allerdings zu realisieren war, wie der Leiter eines Großbetriebes seine Führung direkt und konkret ausüben sollte, muß dahingestellt bleiben. Ein Betrieb wie das „Krasnyj Putilovec"-Werk mit Tausenden von Arbeitern und zahlreichen Produktionszweigen konnte nur mittels eines Apparats effektiv geführt werden und dessen Struktur mußte auf persönliche Verantwortlichkeit zugeschnitten sein. Problematisch war fernerhin, daß die Einmischung politischer Apparate nach wie vor möglich war – der Erlaß schwieg sich über dies Problem aus. Jedoch sah er ausdrücklich eine Verstärkung der Massenkontrolle und ein Kontrollrecht der Gewerkschaften in bestimmten Fragen vor.[1108] Wieweit effektive Wirtschaftsleitung in Zukunft möglich war, mußte sich in der Praxis erweisen.

Bis zur Reform von 1934 jedenfalls, in den Jahren des ersten Fünfjahrplans und in der Anfangsphase des zweiten, fand Wirtschaftsführung unter extrem erschwerten Bedingungen statt. Das Management war auf allen Ebenen erheblichen Pressionen eines politischen Apparats ausgesetzt, der sich in Zielsetzung, professionaler Sozialisation und Erfahrungshorizont deutlich vom technischen und wirtschaftlichen Fachpersonal unterschied. Reorganisationen des Wirtschaftsapparats, die sich in rascher Folge wiederholten, und eine Ausweitung von Apparat und Tätigkeitsfeldern verhinderten eine Konsolidierung der Wirtschaftsleitung und schufen immer neue Unsicherheiten. So war die sowjetische Wirtschaftsleitung, die mit den überzogenen Plandaten ohnehin vor einer unlösbaren Aufgabe stand, auch organisatorisch außerstand gesetzt, den Industrialisierungsprozeß effektiv und mit dem geringstmöglichen Reibungsverlust voranzutreiben.

7.3. DAS LEITUNGSPERSONAL DER INDUSTRIE 1933: „DIE KADER ENTSCHEIDEN ALLES"[1109]

Die Instabilität der Wirtschaftsleitung und die Verflechtung von politischen und Fachapparaten schufen eine Situation, in der Perspektivplanung und rasche Entscheidungsfindung sehr erschwert waren, eine Situation, in der sich das technische und administrative Leitungspersonal zurechtfinden mußte. Seit 1931 nicht mehr unmittelbar von Justiz und OGPU bedroht und in ihrer sozialen Stellung durch die offizielle Politik der Parteiführung aufgewertet, besetzten die Ingenieure, Techniker, Wissenschaftler und Manager Schlüsselpositionen der entstehenden Industriegesellschaft. Bereits im Verlauf des ersten Fünfjahrplanes hatte sich ihr Profil einschneidend verändert – die Zahl der Fachleute war gewaltig angestiegen, zahllose junge sowjetische Spezialisten waren nachgerückt.

[1107] Rešenija partii t.2, S. 469f.
[1108] Ebd. S. 470.
[1109] Stalin: Fragen, S. 594; Rede vom 4. 5. 1935; zum Prozeß der Heranziehung neuer Kader, der im Anfang dieses Abschnitts angesprochen wird, vgl. Abschnitt 2.4.

1933, im ersten Jahre des zweiten Fünfjahrplans führte Gosplan eine umfassende Bestandsaufnahme des Führungskaders in Verwaltung und Volkswirtschaft durch. Die Umfrage[1110] erfaßte Leitungspersonal und Spezialisten[1111] der gesamten Sowjetverwaltung vom Zentralexekutivkomitee bis zu den Exekutivkomitees von Rayonen und Städten, das Volkskommissariat für Außenpolitik, den Justizapparat, den gesamten Wirtschaftsapparat von Gosplan, Gosbank und Wirtschaftsvolkskommissariaten bis hin zu Betrieben, den Agrarbereich, Handel und Außenhandel, Hochschulen, Akademien, Gesundheitswesen und Sozialfürsorge. Ausgenommen war lediglich das Personal an Technika, Grund- und Mittelschulen.[1112] In der Regel gingen etwa 90% des Führungsbestandes der jeweiligen Behörde in die Zählung ein, lediglich im Bereich der Sowchosen lag diese Zahl darunter.[1113] Die Umfrage gibt damit ein umfassendes Bild der sowjetischen Führungsschicht des Jahres 1933, in dem neben der Lehrerschaft in Grund-, Mittel- und Fachschulen[1114] nur das Personal des Parteiapparats, der Offiziers- und Unteroffizierskader von Armee und Flotte, sowie das Führungspersonal der OGPU fehlten.

Die Führungsschicht der Fachapparate von Wirtschaft und Verwaltung – und um diese, nicht um die politischen Apparate soll es hier vorerst gehen – umfaßte 810988 Personen, dazu kamen 7294 im ZKK-RKI, einem eher politisch legitimierten Apparat, 16972 im Gewerkschaftsapparat, 3266 in den Apparaten der „freiwilligen Gesellschaften"[1115], 655696 Grund- und Mittelschullehrer, 54425 Fachhochschullehrer[1116], dazu 22744 Personen in der Sowchosleitung.[1117] Alles in allem betrug die Führungsschicht der Fachapparate 1933 ca. 1157385 (hochgerechnet 1655237) bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 160 Millionen.[1118] Die Apparate, die sich eigentlich mit Wirtschaftsleitung befaßten, setzten sich folgendermaßen zusammen:

[1110] Sostav rukovodjaščich rabotnikov i specialistov Sojuza SSR, Moskva 1936; die Zählung wurde durchgeführt von CUNChU Gosplana SSSR, deren Leiter I. Kraval' war; die Leitung der Umfrage lag bei B.S. Revskij, E.I. Urjašzon und S.A. Chejnman, die Durchführung und Ausarbeitung erfolgte unter Anleitung von A.I. Šiškova.

[1111] Diese Gruppe umfaßte folgende Kategorien:
(a) im Produktionsbereich: Ingenieure, Spezialisten und Leiter von Betrieben, Abteilungen, Schichten usw., beginnend mit Meistern und Vorarbeitern.
(b) im Leitungsapparat und in Behörden: alle Leiter von Behörden, Abteilungen, Sektoren usw. und alle Spezialisten ohne Leitungsfunktionen;
(c) in Hochschulen und Forschungsinstitutionen: alle Leiter von Instituten, Lehrstühlen etc., sowie das gesamte wissenschaftliche Personal; vgl. Sostav ruk. rab. S. 1.

[1112] Ebd. S. 1f.

[1113] Ebd. S. 2.

[1114] Angaben für Zahl und Zusammensetzung dieser Gruppe lassen sich entnehmen aus: Kul'turnoe stroitel'stvo SSSR v cifrach ot VI k VII s-ezdu sovetov (1930–1934), Moskva 1935; danach gab es 1933/34 in der UdSSR 655696 Lehrer an Grund- und Mittelschulen, ebd. S. 20, und 54425 Lehrpersonen an Technika, 1. 1. 1934, berechnet nach ebd. S. 64 u. 41.

[1115] Sostav ruk. rab., S. 8; dabei wird von den dortigen Angaben ausgegangen, die unter der Annahme hochgerechnet werden können, daß diese 90% der Gesamtzahl ausmachen.

[1116] Avirom, in: PCh 1932, No. 5, S. 28.

[1117] So: Sostav ruk. rab. S. 254; vgl. ebd. S. 2; danach sind hier deutlich weniger als 90% erfaßt; vgl. Socialističeskoe stroitel'stvo SSSR, Moskva 1935, S. 528; mit deutlich höheren Zahlen für 1. 11. 1933 gibt für Sowchosen an: 29014.

[1118] Vgl. Prokopovicz: Rußland, S. 34; vgl. Soc. Stroit. 1934, S. 3 für 1. 1. 1933 165,7 Millionen.

Tab. 86: Zusammensetzung des Führungspersonals der Wirtschaftsleitung 1933[1119]

Institution	*Zahl d. erfaßten Personen*	*davon: Mitgl. d. VKP/b*	*Mitgl. d. VKSM*[1120]	*Frauen*	*ehem. Arbeiter*	*Hochschulbild.*	*Fachschulbild.*	*Praktiker*
Gosplan	5476	38,5%	6,2%	16,8%	12,8%	48,3%	16,3%	35,4%
Narkomfin	12464	23,4	5,5	19,8	11,7	19,7	10,0	70,3
Gosbank	14556	24,4	3,3	11,9	10,2	8,0	19,5	72,5
and. Banken	318	14,5	4,1	23,0	10,1	16,0	9,4	74,6
CUNChU	4871	27,7	5,8	22,1	9,1	21,8	11,0	67,2
ZKK-RKI	7294	87,9	2,3	7,7	44,7	11,2	6,7	82,1
NKTjažprom	317015	25,3	4,6	8,6	38,0	25,9	18,8	55,3
NKLegprom	46815	34,6	4,3	15,7	49,3	16,1	20,8	63,1
NKLesprom	41015	21,6	3,9	3,8	22,4	10,4	15,6	74,0
NKPS	91407	22,8	4,2	4,2	32,1	11,2	19,8	69,0
NKVod	7814	31,8	1,9	3,1	43,1	20,5	36,7	42,8
CUDortrans	10466	19,6	3,5	5,8	26,6	22,5	27,1	50,4
NKSnab	76320	25,7	4,7	11,2	31,9	18,3	18,2	63,5
Komzag	7017	26,1	2,8	7,7	30,7	17,1	17,8	65,1
Centrosojuz	18201	31,5	4,5	9,5	21,5	13,8	13,8	72,4
Zentralrat d. Gewerksch.	16972	53,7	4,3	19,6	40,0	19,5	9,5	71,0
Insgesamt[1121]	861364	28,6	4,8	10,1	30,5	23,2	19,6	57,2

Bereits anhand dieser Überblicksdaten, in der die Angaben über das Personal volkswirtschaftlicher Planungs- und Kontrollinstanzen einerseits und das der unmittelbar mit industrieller Produktion und mit Verteilung befaßten Apparate andererseits zusammengestellt sind, sind einige Feststellungen möglich. Das Führungspersonal der Wirtschaft bestand vorwiegend aus Nichtarbeitern, wobei dahingestellt bleiben muß, ob es sich dabei eher um ehemalige Bauern oder um ehemalige Angestellte handelte. Letzteres ist allerdings eher wahrscheinlich. Der überwiegende Teil besaß keine qualifizierte Ausbildung, in der Regel waren mehr als 50% des Personals „Praktiker". Etwa ein Viertel bis ein Drittel des Personals war politisch organisiert – in der Partei oder im Jugendverband der Partei. Aus diesem Bild fallen jedoch ZKK-RKI, Gosplan und der Gewerkschaftsapparat deutlich heraus.

Gosplan als Nervenzentrum der Planwirtschaft verfügte über ein außergewöhnlich hoch qualifiziertes Personal – beinahe die Hälfte seines Führungspersonals hatte eine Hochschulausbildung absolviert –, das obendrein zu 44,7% politisch organisiert war. Fachliche Qualifizierung und politische Einbindung des führenden Planungsorgans schien somit in gleicher Weise garantiert. Politisch loyal war offenbar auch das Führungspersonal von ZKK-RKI und Gewerkschaftsapparat, hier lag der Anteil der Parteiangehörigen noch weit über dem von Gosplan. Im Unterschied zu der zentralen Planungsinstanz war das Ausbildungsniveau außerordentlich niedrig, während der Anteil ehemaliger Arbeiter recht hoch war. Das gibt

[1119] Sostav ruk. rab., S. 12f.; zur Erläuterung der Abkürzungen vgl. das Verzeichnis am Schluß; die Daten erfassen in der Regel 90% des tatsächlichen Personalbestandes.

[1120] Mitglieder des Jugendverbandes (VKSM), die gleichzeitig der VKP angehören, sind nur als Parteimitglieder aufgeführt.

[1121] „Insgesamt" bezieht sich auf alle 45 erfaßten Institutionen, nicht nur auf die, die hier aufgeführt sind.

Gewerkschaften und ZKK-RKI eine Sonderstellung: Ihrer Struktur nach unterschied sich ihr Führungspersonal deutlich von dem anderer Apparate. Bei den Gewerkschaften erklärt sich das durch ihre Geschichte und ihre Funktion – bis 1928/29 waren sie Organe, die teilweise tatsächlich noch Arbeiterinteressen vertraten, im Fünfjahrplan sollten sie dann Arbeiter mobilisieren und motivieren, Maximierung ökonomischer Effizienz war Aufgabe anderer Apparate. Die ZKK-RKI – der eben diese Aufgabe zugewiesen war – befand sich in einer Zwitterstellung, sie war sowohl Fachapparat wie politisch legitimierter Apparat, d.h. sie sollte im Rahmen ökonomischer Rationalität arbeiten, jedoch für die Durchsetzung von Zielen agieren, die im politischen Raum, oft unter Außerachtlassung ökonomischer Rationalität formuliert wurden. Diese Grenzstellung wurde eben auch an ihrer Personalstruktur sichtbar.

Die Masse der Führungskader und Spezialisten war aber in der industriellen Fertigung und in der Verteilung tätig, weit über die Hälfte der erfaßten Personen – 483676.[1122] Das war die Gruppe, die den industriellen Aufbau unmittelbar leitete und – soweit der Parteiapparat ihr Spielraum ließ – ihren Charakter prägte. Ihre politische Potenz mußte in dem Maße wachsen, in dem sich die sowjetische Gesellschaft in eine Industriegesellschaft verwandelte. Sie waren potentielle Vertreter von Technokratie und damit potentielle Konkurrenten des Parteiapparats, der sie integrieren oder kontrollieren mußte. Das größte Kontingent dieser Gruppe des Fachpersonals – 317015 – gehörte dem Führungskader der Schwerindustrie an, das übrige Personal verteilte sich auf die verschiedenen Bereiche der Leichtindustrie und des Kommunikations- und Verteilungssektors.[1123] Das Führungspersonal im Produktions- und Verteilungsbereich setzte sich folgendermaßen zusammen (Tab. 87).

Vergleicht man die Angaben für 1933 mit denen der Umfrage 1929[1124] – das hat allerdings mit allem Vorbehalt zu geschehen, nicht nur, weil Umfragemethoden und „samples" unterschiedlich waren, sondern auch, weil sich die industrielle Führungsstruktur infolge ständiger Reorganisation und infolge der Einführung neuer Technologien stark verändert hatte –, vergleicht man also diese beiden Umfragen, sticht ins Auge, daß der Anteil des qualifizierten Fachpersonals 1933 deutlich niedriger liegt als 1929. Waren 1929 48,4 % des Personals „Praktiker", betrug dieser Anteil 1933 59 %. Andererseits war der Anteil der Parteimitglieder gestiegen: 26,1 % gegenüber 22,1 %. Dabei war die Partei am stärksten in den Volkskommissariaten und auf der Betriebsebene vertreten, am niedrigsten dort, wo wissenschaftlich-planerische Arbeit geleistet wurde, in den Forschungsinstituten, den Projektorganisationen und den Instanzen, die die lokalen Bedingungen für neue Industrieprojekte untersuchten. Die Verteilung der qualifizierten Kader scheint weitgehend den Anforderungen der jeweiligen Arbeit entsprochen zu haben. Er war sehr hoch bei Organen, die unmittelbar mit Planung und Leitung industrieller Produktion und industriellen Neubaus befaßt waren, er war vergleichsweise niedrig auf der Betriebsebene und bei der Holzbeschaffung. Interessant ist die Verteilung des Anteils der „jungen Spezialisten", d.h. solcher Fachleute, die erst nach 1928 in diese Position gelangt waren. Leider macht die Zählung hier keine Angaben, die sich auf die Grundgesamtheit beziehen, sondern nur solche, die auf bestimmte Gruppen – Arbeiter,

[1122] Sostav ruk. rab. S. 20.
[1123] Vgl. die Tabelle 86 oben.
[1124] Vgl. oben Abschnitt 2.3.

Tab. 87: Führungspersonal und Spezialisten in den Apparaten von NKTjažprom, NKLegprom, NKLes, NKSnab, NKPS, NKVod, CUDortrans, Komzag, Centrosojuz am 1. 11. 1933 (in %)[1125]

Arbeitsbereich	*Mitgl. d. VKP/b*	*Mitgl. d. VKSM*	*Frauen*	*ehem. Arbeiter*	*davon: Aufstieg 1929ff.*	*Hochschulbildg.*	*davon: Abschl. 1929ff.*	*Fachschulbildg.*	*davon: Abschl. 1929ff.*	*Praktiker*
Volkskommissariate	31,0	1,7	15,4	9,2	32,7	44,4	26,3	7,2	31,1	48,4
Peripherie d. Volkskommissariate	32,3	3,3	12,2	15,4	33,2	37,5	33,7	12,9	31,2	49,6
Glavki	24,1	1,2	10,0	12,0	31,1	52,5	22,7	11,5	20,8	36,0
Industrievereinigungen u. Trusts	20,3	2,2	9,4	13,2	36,3	35,7	34,3	18,5	40,2	45,8
Republiktrusts	22,0	2,2	11,6	18,3	39,7	34,2	35,4	21,4	38,2	44,4
lokale Trusts	19,4	1,9	9,2	17,1	46,7	30,3	40,8	19,6	48,6	50,1
Betriebe	30,1	5,0	8,4	48,5	60,4	14,5	61,6	19,1	65,7	66,4
Holzbeschaffung	17,6	3,6	1,8	13,2	50,5	4,1	48,8	15,0	43,1	80,9
Neubauten	21,2	4,4	4,7	36,3	59,4	21,5	57,1	24,8	59,6	53,7
Projektorganis.	8,9	4,1	13,4	10,9	36,2	54,0	54,5	19,9	62,5	26,1
Explorationsabt.	6,4	4,6	14,5	19,1	28,1	17,5	66,8	27,5	65,7	55,0
Forschungsinst.	14,2	6,9	29,1	11,7	37,6	58,5	53,0	21,0	64,9	20,5
Hochschulen	20,6	1,8	8,6	10,7	13,4	91,5	35,8	3,1	31,0	5,4
Insgesamt	26,1	4,5	9,1	37,7	57,9	22,3	51,0	18,7	60,7	59,0

Tab. 88: Führungspersonal und Spezialisten der Industrieunternehmen 1933 (in %)[1126]

Arbeitsbereich	*Mitgl. d. VKP/b*	*Mitgl. d. VKSM*	*Frauen*	*ehem. Arbeiter*	*davon: Aufstieg 1929ff.*	*Hochschulbildg.*	*davon: Abschl. 1929ff.*	*Fachschulbildg.*	*davon: Abschl. 1929ff.*	*Praktiker*
Direktoren u. Stellvertreter	70,3	0,9	1,9	52,5	38,2	21,5	45,8	13,0	46,5	65,5
Abteilungsleiter u. ä.	28,8	2,1	3,4	29,5	52,8	21,0	48,4	16,8	42,8	62,2
Spezialisten ohne Leistungsfunktion	13,5	6,9	12,8	24,1	62,8	21,1	60,5	30,5	66,8	48,4
Werksabteilungsleiter	37,3	3,1	3,8	51,4	53,8	18,4	68,3	19,1	57,6	62,5
Spezialisten ohne Leitungsfunktion (Produktion)	22,6	9,5	12,3	42,3	66,7	13,2	74,3	28,7	75,9	58,1
Meister u. Vorarbeiter	34,9	3,1	4,0	76,8	65,3	2,0	69,2	6,9	74,2	91,1

[1125] Sostav, ruk. rab. S. 20f.; rechnet man die Angaben für Arbeiter, Hoch- und Fachschulabsolventen, die nach 1928 ihre Tätigkeit als Spezialist aufnahmen auf die Gesamtzahlen um, erhält man folgende Zahlen:

qualifiziertes Personal – Bezug nehmen. Wieviel „Praktiker" im ersten Fünfjahrplan in die Führungsschicht einrückten, bleibt offen. Es erweist sich jedoch, daß mehr als die Hälfte der Absolventen von Hoch- und Fachschulen „neue Kader" waren, daß sie ihre Ausbildung erst im Fünfjahrplan abgeschlossen hatten und kaum über praktische Erfahrung verfügten. In den Volkskommissariaten und Hauptverwaltungen (Glavki) dominierten allerdings die älteren Fachleute mit größerer Erfahrung, doch auf Betriebsebene war der Anteil junger Führungskader sehr hoch. Das war aber der Ort, wo Pläne praktisch wurden, an dem Fertigung tatsächlich stattfand. Zur Zusammensetzung des Führungskaders der Industriebetriebe verfügen wir über folgende Angaben (Tab. 88).

Auf der Leitungsebene der Unternehmen, bei den Direktoren, ihren Stellvertretern und Gehilfen verfügte die Partei- und Sowjetführung über einen politisch loyalen Kader. 70,3% dieser Gruppe waren in der VKP organisiert, 52,5% waren Aufsteiger aus Arbeitermilieu, davon 38,2% (d.i. 20% aller Direktoren), die erst in den Jahren des Fünfjahrplans in betriebliche Spitzenpositionen avanciert waren. Problematischer sah es mit der fachlichen Qualifikation aus. Nur 34,5% – etwas mehr als ein Drittel – besaßen eine qualifizierte Ausbildung, die übrigen waren ohne besondere Vorbildung in ihre Positionen vorgerückt. Von den Hoch- und Fachschulabsolventen war knapp die Hälfte – 15,9% – erst nach 1928 von den Lehranstalten gekommen – ihre Erfahrung war also begrenzt. Das galt auch für die übrigen Spezialisten in den industriellen Unternehmen. Der Anteil der „Praktiker" war sehr hoch, wissenschaftlich-technisch vorgebildetes Personal fehlte. Soweit es vorhanden war, besaß es nur zum Teil praktische Erfahrung. In einer Phase, in der viele Betriebe moderne Technologien einführten, die es optimal zu nutzen, eventuell auch den sowjetischen Bedingungen anzupassen galt, mußte dieser Mangel sich als ernstes Hindernis erweisen. Die Produktionskrise der Jahre 1930, 1931 und 1932, die negative Entwicklung bei Selbstkosten und Arbeitsproduktivität ist z.T. auch auf Unwissenheit und die mangelnde Erfahrung des industriellen Leitungspersonals zurückzuführen. Das Ausbautempo der Industrie war nicht mit den Möglichkeiten der Kaderausbildung koordiniert – ein schwerer planerischer Mangel. Die Ausbildung qualifizierten Personals mit den Erfordernissen des industriellen Ausbaus hatte nicht Schritt gehalten, und die Beförderung von Kaderarbeitern auf verantwortliche Positionen ohne langwierige Umqualifizierung konnte diese Lücke nicht ausfüllen. Die Frage des technisch qualifizierten Personals war am Ende des 1. Fünfjahrplans brennend wie je.[1127] Am 1. November 1933 gab es in der Industrie (ohne Papierindustrie, holzverarbeitende Industrie, Wassertransport und Brotfabriken) nach einer Auszählung des Gosplan 209000 Spezialisten statt, wie benötigt, 226000.[1128] Im Vergleich mit dem Ausland schnitt die Sowjet-

Führungskader, die nach 1928 in ihre Position kamen

	ehem. Arbeiter	Hochschulabsolv.	Fachschulabsolv.
Betriebe	29,3%	8,9%	12,5%
Insgesamt	21,8%	11,3%	11,4%

[1126] Sostav ruk. rab., S. 34f.; erfaßt sind alle Betriebe, die den in der vorstehenden Tabelle 87 aufgeführten Behörden zugeordnet sind; allerdings scheint das „sample" nicht identisch mit der Zeile „Betriebe" in der genannten Tabelle zu sein; dort umfaßt das Personal 312055 Personen, hier addieren sich die Angaben nur zu 298341 auf.

[1127] Vgl. Molotov, XVII konf., S. 153; Ordžonikidze, ebd. S. 15; Kuz'min, in: PCh 1934, No. 2, S. 59.

[1128] Bejlin, S. 210; vgl. ebd. S. 215; vgl. ebd. S. 216 f. Anm. 1; danach erfaßte diese Zählung 86% des Personals; nach Normstärken hätte dieser Teil des Kaders 226000 betragen müssen.

union nach wie vor schlecht ab. Kamen im deutschen Steinkohlenbergbau 4,1 Ingenieure und Techniker auf 100 Arbeiter, waren es in der UdSSR 1,1. Bei der Ölförderung war der Anteil des Fachpersonals in Deutschland 9%, in der UdSSR 3,5%, in der Metallverhüttung 5,3% gegenüber 1,8%, im Maschinenbau 8,4% anstelle von 4,8%, in der chemischen Industrie 10% in Deutschland und 5,5% in der UdSSR.[1129] Die absolute Zahl der Fachleute im ingenieur-technischen Bereich war zwar im Verlaufe des Fünfjahrplans auf ein Mehrfaches gestiegen, doch reichte das bei weitem nicht hin. Zudem war – wie oben schon deutlich wurde – das Wachstum auf Kosten der Qualifikation gegangen und der Industriekader des Jahres 1933 war im Durchschnitt weit schlechter ausgebildet als der ohnehin schon unterqualifizierte Industriekader des Jahres 1929:

Tab. 89: Zahlenmäßiges Wachstum und Qualifikation des ingenieur-technischen und ökonomischen Fachpersonals in der sowjetischen Industrie 1929 und 1933[1130]

Industrie-zweig	*Fachpersonal 1929*				*Fachpersonal 1933*			
	absolut:	*Bildungsniveau (%)*			*absolut:*	*Bildungsniveau (%)*		
		höh.	*mittl.*	*Praktiker*		*höh.*	*mittl.*	*Praktiker*
Steinkohlenbergbau	10086	15,9	21,5	62,6	23708	11,1	12,5	76,4
Stahlindustrie	8736	19,2	23,5	57,3	23544	18,4	15,4	66,2
Maschinenbau	23555	27,5	29,1	43,4	74335	19,6	19,5	60,9
Chem. Industrie	4859	45,2	31,9	22,9	18102	25,3	19,9	54,8
Energieproduktion	—[1131]	(39,0)	(42,7)	(18,3)	9706	32,3	25,8	41,9

	Besetzung d. Planstellen durch entsprechendes Personal (in %):			*Steigerung der Spezialistenzahlen 1929–1933 (in %, 1929 = 100%):*
	höh.	*mittl.*	*insges.*	
Steinkohlenbergbau	30,5	21,7	106,5	235,06
Stahlindustrie	50,6	28,6	111,0	269,5
Maschinenbau	51,05	31,05	98,8	315,6
Chem. Industrie	34,6	38,8	80,4	372,5
Energieproduktion	38,4	33,2	61,8	—

Der Industriekader war zwar zahlenmäßig erheblich gewachsen, so daß in einigen Bereichen sogar der quantitative Bedarf gedeckt war, doch war das durchschnittliche Qualifikationsniveau in alarmierendem Maße abgesunken. In allen Industriezweigen war der Anteil der „Praktiker", der Personen in Ingenieursfunktion, die keine entsprechende Ausbildung besaßen, stark gestiegen. In der Regel konnte höchstens die Hälfte, meist sogar nur ein Drittel der Positionen, die eine umfangreichere theoretische und wissenschaftliche technische Ausbildung erforderten, mit Hochschulabsolventen besetzt werden.

[1129] Kaganovič, in: PCh 1933, No. 18, S. 17.

[1130] Vgl. Bejlin, S. 212f.; 1929 nach Angaben des VSNCh, 1933 nach der Erhebung von ZK, VKP und CUNChU; ausgewählte Industriezweige.

[1131] Für 1929 liegen hier nur Angaben über Energieproduktion zuzüglich Bauprojekten im Energiesektor vor; deshalb sind die absoluten Angaben nicht vergleichbar; auch die prozentuale Verteilung auf Bildungsstufen ist nur unter Vorbehalt vergleichbar.

Obgleich die Zahl der Personen, die als Ingenieure und Techniker eingesetzt waren, wuchs, nahm das relative Gewicht der ingenieur-technisch qualifizierten Personen in den Betrieben ab:

Tab. 90: Entwicklung des ingenieur-technischen Fachpersonals in der Metallverhüttung 1929–1932[1132]

	absolut	*Zuwachs in %*	*in % zur Arbeiterzahl*
Kader in Ingenieursfunktion			
1929	3248	100	2,0
1932	4808	154	2,26
Kader mit Hochschulabschluß			
1929	1818	100	1,5
1932	2233	122,3	1,04
Kader in Technikerfunktion			
1929	5199	100	3,34
1932	9229	179	4,35
Kader mit Technikerausbildung			
1929	2164	100	1,38
1932	1739	80	0,81

Gemessen an der technischen Vorbildung hatte die Qualität des Fachpersonals ganz erheblich abgenommen. Das Qualifikationsniveau lag weit unter dem an sich schon unbefriedigenden Stand von 1929. Erschwerend kam hinzu, daß die Masse des Fachpersonals erst im Verlauf des Fünfjahrplans in die Produktion gekommen war und in der Regel nur über eine geringe praktische Erfahrung verfügte. In der Metallverhüttung z.B. hatten 1932 60–70% der als Ingenieure und Techniker eingesetzten Personen weniger als fünf Jahre Produktionserfahrung.[1133] Verschärft wurde das Kaderproblem zusätzlich durch die absurde Personalpolitik des Parteiapparats, der das Leitungspersonal offensichtlich planlos hin- und herschob.[1134] Eine Untersuchung, die die Kaderabteilung des ZK in der Holzindustrie durchführte, erbrachte ein niederschmetterndes Ergebnis. Allein im Jahre 1932 waren 57% der Direktoren und stellvertretenden Direktoren von Holzbeschaffungstrusts, 66% der von Sägewerkstrusts, 81% der Direktoren von Holzverarbeitungsbetrieben und 87% der von Holzindustriewirtschaften abgelöst worden. Ein Beispiel mag das illustrieren: Genosse Motor, Direktor der Holzindustriewirtschaft in Tomsk (Sibirien) z.B. wurde im Februar 1931 in den Holztrust versetzt; sein Nachfolger, Genosse Kiselev, wurde zwei Monate später vom Rayonparteikomitee (!) wegen Unfähigkeit abgelöst; der nächste Direktor, Baklušin, wurde wieder in den Trust versetzt, ebenso dessen Nachfolger Il'in zwei Monate später. Innerhalb eines halben

[1132] Avirom, in: PCh 1932, No. 5, S. 28.

[1133] Ebd. S. 30f.; über die Inkompetenz von Ingenieuren vgl. auch Rudzutak, E.: Novaja chozjajstvennaja obstanovka i zadači proizvodstvenno-techničeskoj intelligencii, in: Izvestija 17. 8. 1931, S. 3.

[1134] Vgl. Tumanov, P.: Za perestrojku učeta i izučenija kadrov, in: PS 1933, No. 9, S. 12–15, hier S. 12; Malinkovič, Z.: Likvidirovat' tekučest' rukovodjaščich kadrov, in: PS 1933, No. 11, S. 43–45.

Jahres wurde der Betrieb von fünf Personen „geführt".[1135] Dieser Fall war keineswegs untypisch. Ganz ähnlich ging es in der Hüttenindustrie zu. Von den Direktoren der 25 im Trust „Vostokstal'" zusammengeschlossenen Betriebe war lediglich einer 1932 länger als zwei Jahre in dieser Position. 20, d. i. vier Fünftel, hatten ihren Posten weniger als ein Jahr inne. Insgesamt wurden in den 25 Betrieben im Laufe von zwei Jahren 68 Direktoren verschlissen.[1136] Der Autor der „Planovoe Chozjajstvo" urteilt:

> „Eine derartige Fluktuation zeugt von dem offen unseriösen Vorgehen der Industrievereinigung bei der Auswahl der Direktoren und einer oberflächlichen Beobachtung der für diese Arbeit in Frage kommenden Kader."[1137]

Angesichts der niedrigen fachlichen Qualifikationen des Personals und der planlosen Kaderpolitik nimmt es nicht wunder, daß in der Industrieführung ein heilloses Durcheinander herrschte, das durch die fortgesetzten Reorganisationen nicht gebessert wurde. Andererseits führte die Vermehrung des Personals zu einer verstärkten Aufstiegsbewegung, die wichtiges Moment sozialen Wandels war. Ferner war es der VKP gelungen, einen relativ hohen Anteil der industriellen Führungspositionen mit Personen zu besetzen, die der Partei und dem politischen Herrschaftssystem durch Parteizugehörigkeit verbunden waren, bzw. von ihr durch sozialen Aufstieg profitiert hatten.

7.4. DIE FORMIERUNG EINER NEUEN FÜHRUNGSSCHICHT

Durch Hochschulaufstieg und „vydviženie" wurde in diesen Jahren eine neue Führungsschicht rekrutiert. Die Aufsteiger waren zwar oft unterqualifiziert, schlecht ausgebildet und unerfahren, doch sie waren das Rückgrat einer expandierenden Industrie und Oberschicht einer Gesellschaft, die in Bewegung geraten war.

Die Bevölkerung der Sowjetunion hatte sich in den Jahren des ersten und zweiten Fünfjahrplans um mehr als 15 Millionen vermehrt. Einzelschätzungen weichen voneinander ab, doch ist die Tendenz eindeutig (Tab. 91).

Weitgehende Übereinstimmung herrscht bei den Eckdaten, die beide auf Volkszählungen basieren, gravierende Abweichungen dagegen liegen bei den Angaben für die Jahre 1931–1934 vor. Die Annahmen über die demographischen Folgen der Hungerkatastrophe am Ende des ersten Fünfjahrplans differieren. Im Trend der Bevölkerungsentwicklung sind die Autoren jedoch einig. Es ist ein rasches, lediglich durch die Kollektivierungsfolgen unterbrochenes Wachstum erkennbar.

Innerhalb der rasch wachsenden Bevölkerung kam es zu erheblichen Strukturverschiebungen. Die Beschäftigtenzahlen in Großindustrie und Baugewerbe nahmen überproportional zu (Tab. 92).

[1135] Ebd. S. 44.
[1136] Avirom, in: PCh 1932, No. 5, S. 38.
[1137] Ebd.

Tab. 91: Bevölkerungsentwicklung in der Sowjetunion 1927–1937 (in Mio.)[1138]

Jahr	*Sowj. Daten*	*Lorimer*	*Biraben*
1927	147,028	147,0	147,1
1928	—	150,0	150,4
1929	154,288	152,8	154,0
1930	—	154,9	157,0
1931	—	156,7	160,0
1932	—	158,1	160,98
1933	165,748	158,2	161,7
1934	—	159,2	160,97
1935	—	160,0	159,05
1936	—	161,3	160,95
1937	—	163,4	163,27
1939	170,467	170,3	170,32

Tab. 92: Arbeiter- und Angestelltenzahlen in der UdSSR 1928–1932–1937 (in 1000)[1139]

Beschäftigungs-bereich	*1928 (Jahres-durchschnitt)*	*1932 (Jahres-durchschnitt)*	*1932 (1. Januar)*	*1937 (1. Januar)*
Ganze Volkswirtschaft	11599	22943	—	26989,5
Großindustrie	3096	6481	7999,8	10111,7
Baugewerbe	723	3126	2835,2	2023,2
Eisenbahn	971	1527	1296,6	1512,2
Wassertransport	104	196	145,5	179,5
Sonstige Verkehrsmittel	195	500	598,5	1092,1
Nachrichtenübermittlung	95	224	—	375,0
Handel	532	1411	—	1993,9
Speiseanstalten	55	515	—	395,5
Finanzverwaltung	95	128	—	192,8
Übrige Behörden	1174	1913	1833,5	1743,3
Erziehung	789	1347	1351,1	2303,0
Kunst	—	—	84,5	122,0
Gesundheitswesen	399	647	—	1117,6
Wohnungs- u. Kommunalwirtschaft	—	—	—	753,7
Landwirtschaft	1676	2858	—	2482,6
Forstwirtschaft	331	1140	196,1	247,9
Sonstige	377	216	—	246

[1138] Sowj. Daten: Narodnoe Chozjajstvo SSSR 1922–1972, Moskva 1972, S. 9; Socialističeskoe Stroitel'stvo 1936, S. 542; Socialističeskoe Stroitel'stvo SSSR (1933–1938 gg.), Moskva. Leningrad 1939, S. 8f.; Itogi Vsesojuznoj Perepisi naselenia 1959 g., SSSR, Moskva 1962, S. 13; Lorimer: Lorimer, F.:

Obwohl diese Daten nur unter Vorbehalt verglichen werden können, sind doch einige Trends erkennbar. Der gesamte Sektor von Industrie und Verwaltung – die Landwirtschaft bleibt bis auf einige Leitungsinstanzen ausgeklammert – wächst stark an. Zunahme vor Arbeitskraft ist vor allem in der Großindustrie und – 1937 aber schon wieder rückläufig – im Bausektor zu verzeichnen. Parallel dazu wird die Infrastruktur – Verkehr und Nachrichtenwesen – ausgebaut, auch die staatliche Verwaltung expandiert. Die sowjetische Gesellschaft verwandelt sich allmählich in eine Industriegesellschaft.

Nimmt man zu den Arbeitnehmern, die hier aufgeführt sind, noch die in der Landwirtschaft tätigen hinzu, kann man sich ein ungefähres Bild von den Verschiebungen der Sozialstruktur machen:

Tab. 93: Sozialstruktur der sowjetischen Bevölkerung 1928–1934–1937 (in %)[1140]

Soziale Gruppe	*1928*	*1934*	*1937*
1. Arbeiter und Angestellte	17,3	28,1	34,7
2. Kolchosbauern u. koop. Kleingewerbetreibende	2,9	45,9	55,5
3. Einzelbauern (ohne Kulaken), nicht koop. Kleingewerbetreibende	72,9	22,5	5,6
4. Bürgertum (Groß-, Kleinbourgeoisie, Händler, Kulaken)	4,5	0,1	—
5. Sonstige (Studenten, Armee usf.)	2,4	3,4	4,2
Zusammen	100	100	100

Die Gewichte verschoben sich deutlich zugunsten des industriellen Sektors. Bei Ansteigen der Gesamtzahlen ging der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen[1141] relativ und absolut zurück, die Zahl der im industriellen und administrativen Sektor Beschäftigten verdoppelte sich.

An dieser Tabelle ist ein anderer Prozeß, der den Charakter der sowjetischen Gesellschaft entscheidend prägte, nicht ablesbar: die endgültige Formierung und Konsolidierung einer Führungsschicht, die sich nach der Oktoberrevolution herauszubilden begann. Im Rahmen der Umgestaltung des sozialen und ökonomischen Systems war die unmittelbare Verfügung

Population of the Soviet Union, Geneva 1946, S. 135. Biraben: Biraben: Essai sur l'évolution démographique de l'URSS, in: Population 13, 1958, S. 42f.; vgl. Prokopovič: Rußland, S. 18, 34; Martschenko: Soviet Population Trends, 1926–1939, Mimeographed, New York 1953, S. 13–22; ich bin S. G. Wheatcroft, S. Merl u. H. Temmen für ihre Hinweise verpflichtet.

[1139] Soc. Stroit. 1936, S. 508f.; Soc. Stroit. 1933–1938, S. 138; vgl. Schwarz: Arbeiterklasse, S. 43f.; vgl. oben Abschnitt 3.2; die unterschiedliche Ermittlung der Angaben (Jahresdurchschnitt und Stichdatum 1. Januar) führt dazu, daß die beiden ersten und die dritte und vierte Spalte nicht unmittelbar vergleichbar sind.

[1140] Vgl. Soc. Stroit. 1933–1938, S. 16; vgl. Schwarz: Arbeiterklasse, S. 45; Senjavskij, S. L.: Izmenenija v social'noj strukture sovetskogo obščestva 1938–1970. Moskva 1973, S. 412f.

[1141] Beschäftigte des Agrarsektors erscheinen in den Gruppen 1., 2., 3., 4.; in der Gruppe 1 machen sie ca. 1/10 aus (vgl. oben), Gruppe 4 geht absolut zurück, in 2. u. 3. ist die Masse der Landwirte erfaßt; Kleingewerbetreibende stellen nur einen Bruchteil der Gruppen; zum Gesamtproblem vgl. auch oben Abschnitt 3.2.

über Produktionsmittel und der Einfluß auf die gesellschaftlich-politischen Institutionen nicht mehr über das Privateigentum vermittelt, sondern durch eine politisch legitimierte Instanz, die die Produktionsmittel und die Herrschaftspositionen für bzw. anstelle des Proletariats verwaltete.[1142] Die Schicht, die legitimiert durch ihre Verbindung zu Sowjetmacht und Partei nun in die gesellschaftlichen Führungspositionen einrückte, war zunächst sehr heterogen: Alte Revolutionäre, Angehörige der vorrevolutionären Oberschicht, aufgestiegene Arbeiter und technische Intelligenz der „alten" und der „neuen Schule" fand man dort nebeneinander. Der erste Fünfjahrplan mit seiner raschen Ausweitung der Apparate von Staat und Wirtschaft zog große Massen neuer Kader in diese Führungsschicht, während alte Kader infolge Tod und Überalterung ausschieden oder mittels politischer Pression – Schädlingskampagne bei „alten" Spezialisten, Unterdrückung von „rechter" und „linker" Abweichung bei politischen Kadern – verdrängt wurden. Politische Kampagnen und sozialer Wandel führten zu einer Homogenisierung dieser Gruppe. Allerdings war der Formierungsprozeß 1933/34 noch lange nicht abgeschlossen, in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre erhielt er durch die massiven Repressionen noch einmal eine neue Richtung und einen anderen Charakter.

Der Versuch, Umfang und Konturen dieser Führungsschicht zu bestimmen, muß ausgehen von der Untersuchung der Personen, die innerhalb von Politik, Verwaltung und Volkswirtschaft in irgendeiner Form Verfügungsgewalt besaßen. Das bezieht sich auf Führungspersonal und Spezialisten in den Apparaten von Staat, Partei und Volkswirtschaft. Seit 1936/37 wurde diese soziale Gruppe von der sowjetischen Klassenanalyse mit dem Begriff „sowjetische Intelligenz" beschrieben. Sie war – in getreuer Anlehnung an eine Äußerung Stalins[1143] – nicht als „Klasse" definiert, sondern als „Zwischenschicht" (proslojka) und umfaßte die Kategorien „der Ingenieure und Techniker, der Mitarbeiter an der Kulturfront, der Angestellten überhaupt usw."[1144] 1940 wurde der Versuch gemacht, diese Gruppe zu quantifizieren (Tab. 94).

In diese Aufzählung ist offenbar das gesamte Führungspersonal der Volkswirtschaft eingegangen, ebenso das der Roten Armee, das des Gesundheitswesens, des Bildungsbereichs und wenigstens teilweise das des Staatsapparats. Ob alle Bereiche der staatlichen Verwaltung erfaßt wurden und ob der Parteiapparat einbezogen worden ist, ist nicht ersichtlich. Immerhin macht die „Sowjetintelligenz", so wie sie hier zusammengestellt ist, 1937 ca. 5,9% der Gesamtbevölkerung aus und – nach Abzug der Studenten – 33,5% aller Arbeiter und Angestellten.[1145] Für 1939/40 gibt ein sowjetischer Autor den Anteil der Sowjetintelligenz an der Gesamtbevölkerung mit 14% an.[1146] Angesichts der unscharfen Definitionen und der

[1142] Zu dieser Schicht vgl. vor allem W. Hofmann: Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, Berlin 1956, S. 499ff.

[1143] Stalin: Fragen, S. 636; auf dem VIII. außerordentlichen Sowjetkongreß im November 1936.

[1144] Ebd. S. 619; zum sowjetischen Intelligenzbegriff nach 1936/37 vgl.: Mitin, M.: Intelligencija Sovetskogo Sojuza, in: B 1938, No. 8, S. 47–60; Kaftanov, S.: Stalin i sovetskaja intelligencija, in: B 1940, No. 4, S. 6–17.

[1145] Berechnet nach Kul't. Stroit. 1940, S. 21 und Soc. Stroit. 1933–1938, S. 138.

[1146] Kaftanov, in: B 1940, S. 14; möglicherweise unter Einrechnung der Angehörigen, dann würden die Zahlen von 1937 und 1940 nicht sehr weit auseinanderliegen; vgl. aber Senjavskij, S. 414, der für 1940 angibt: Intelligenz 2,4 Mio/1,2%; Angestellte/Nichtspezialisten 9,5 Mio/4,9%, d. h. zusammen 10,7 Mio/6,1%.

Ausklammerung bestimmter, politisch relevanter Leitungsapparate – nämlich der von Partei und NKVD – können diese Angaben nicht befriedigen. Immerhin geben sie Größenordnungen an.

Tab. 94: Zusammensetzung der Sowjetintelligenz der UdSSR im Januar 1937 (in 1000)[1147]

1.	Leiter von Behörden, Betrieben, Abteilungen, Sowchosen, Kolchosen usf.	1751
2.	Ingenieure und Architekten	250
3.	Mittleres technisches Personal (Techniker, Förster, Bahnhofsvorsteher)	810
4.	Agronomen	80
5.	Übriges agrotechnisches Personal (Landmesser, Agrotechniker, Zootechniker usf.)	96
6.	Wissenschaftler (Professoren, Hochschullehrer)	98
7.	Lehrer	969
8.	Mitarbeiter des Kultur- und Bildungssektors (Journalisten, Bibliothekare usw.)	279
9.	Mitarbeiter des Kunstbereichs	159
10.	Ärzte	132
11.	Mittleres medizinisches Personal (Feldschere, Krankenschwestern usf.)	382
12.	Ökonomen, Statistiker	822
13.	Buchhalter, Rechnungsführer	1617
14.	Mitarbeiter von Gericht und Staatsanwaltschaft	46
15.	Hochschulstudenten	550
16.	Übrige Intelligenz (einschließlich militärische Intelligenz)	1550
Zusammen		9591
Gesamtbevölkerung		163400

Dieselben Vorbehalte gelten auch für den Versuch, den Umfang der sowjetischen Führungsschicht Ende 1933 zu bestimmen (Tab. 95). Diese Angaben sind bruchstückhaft, doch sie zeigen, wenn auch verschwommen, Umrisse einer sozialen Gruppe. Zahlenmäßig macht sie etwa 7,5 % aller Arbeiter und Angestellten aus.[1148]

Der Versuch, die Führungsschicht 1933/34 zu quantifizieren ist, wie man sieht, ein Gang auf dünnem Eis, nicht nur methodisch – denn hier wird der Begriff Führungsschicht in weitestem Sinne angewandt –, sondern angesichts der Quellenlage auch empirisch. Mit etwas größerer

[1147] Kul'turnoe Stroitel'stvo SSSR. Statističeskij Sbornik, Moskva, Leningrad 1940, S. 21; zur Zahlenangabe für Gesamtbevölkerung vgl. oben Anm. 1138, hier werden unter Sowjetintelligenz „Praktiker" und Personen mit Hoch- oder Fachschulabschluß gefaßt; die moderne sowjetische Forschung unterscheidet zwischen „Intelligenz" – 1,8 Mio. – und „Angestellte/Nichtspezialisten" – 7,5 Mio. –: Senjavskij, S. 412f.

[1148] Der Vergleich mit „Arbeiter und Angestellten" ist statthaft, da auch diese Gruppe OGPU, Partei und Armee nicht enthält.

Tab. 95: Zusammensetzung der sowjetischen Führungsschicht Ende 1933 (in %)

1. Gesamtbevölkerung[1149]	165748,4
2. Arbeiter und Angestellte[1150]	22325,3
3. Führungspersonal und Spezialisten in Volkswirtschaft und Sowjetapparat[1151]	861,364
3.a. korrigiert[1152]	957,071
4. Lehrer in Grund- und Mittelschulen[1153]	655,696
5. Lehrer in Fachhochschulen[1154]	54,425
6. Studenten[1155]	1018,624
7. Parteiapparat, Führungspersonal	???
8. Sicherheitsapparat, Führungspersonal	???
9. Rote Armee, Führungspersonal	???
Summe[1156] (a)	**(1667,192)**
(b)	(2685,816)

Sicherheit kann man Aussagen über den Prozeß der Erweiterung und des Ausbaus des Leitungskaders wagen. Es fällt auf, daß die Studentenzahlen 1933/34 im Vergleich mit dem vorhandenen Personal außerordentlich hoch sind: 1018624 gegenüber 1667192. Daran wird deutlich, daß der Ausbau der Führungsschicht noch nicht abgeschlossen war. Daß dieser Prozeß aber seit Beginn des ersten Fünfjahrplans mit Energie vorangetrieben wurde, ist an der Entwicklung des Führungspersonals in Volkswirtschaft und Verwaltung abzulesen (Tab. 96). Von den 861364 Personen, die von der oben angeführten Zählung erfaßt wurden, stammten 30,5% aus der Arbeiterschaft, 57,2% waren ohne Fachausbildung, im Rahmen von „vydviženie" in ihre Position gelangt.[1157]

Die Umfrage von 1933 läßt eine ganze Reihe von Fragen offen. So ist nicht deutlich, wie sich die „Praktiker" ihrer Herkunft nach zusammensetzen. Offenbar kam die Mehrzahl nicht aus der Arbeiterschaft.[1158] Zum andern gibt sie keine Auskunft darüber, wieviel Fachleute

[1149] Soc. Stroit. 1936, S. 542; offizielle Angabe für den 1. 3. 33; vgl. die differierenden Angaben für den 1. 1. 1934 oben Anm. 1138.

[1150] Soc. Stroit. 1936, S. 508f.; Angabe für 1933, Volkswirtschaft und Staatsapparat; 1934: 23681,2 Tausend.

[1151] Nach Sostav ruk. rab., S. 12f.; zur Eingrenzung der Gruppe vgl. ebd. S. 1; vgl. Soc. Stroit. 1935, S. 13ff., basierend auf derselben Zählung mit leichten Abweichungen.

[1152] Hochgerechnet aufgrund der Annahme, daß die Angaben in Sostav ruk. rab. 90% erfassen, vgl. ebd. S. 2; die Abweichungen bei „Sowchosen" sind aufs Ganze gesehen so gering, daß sie die ohnehin ungenaue Rechnung kaum verfälschen.

[1153] Kul't. Stroit. 1935, S. 20.

[1154] Nach ebd. S. 41 und 64.

[1155] Ebd. S. 8, 39–42; Technika und Hochschulen 1. 1. 1934.

[1156] Summe: (a) 3.a + 4 + 5;
(b) 3.a + 4 + 5 + 6; da wesentliche Gruppen fehlen, erscheint das Ergebnis in Klammern.

[1157] Sostav ruk. rab., S. 12f.

[1158] Die Zahlenrelation „Praktiker" – „Arbeiter der sozialen Herkunft nach" legt die Annahme nahe, daß die Kategorie „Arbeiter . . ." nicht nach vorher ausgeübtem Beruf festgelegt wird, sondern nach Beruf des Vaters; die „Praktiker" im Führungskader wären dann zwar zeitweise selber in der

Tab. 96: Zusammensetzung des Fach- und Führungspersonals in Wirtschaft und Verwaltung am 1. 11. 1933[1159]

	Gesamtes Personal		*Ganze Industrie*		*Schwerindustrie*	
	alle	*Aufstieg 1928ff.*	*alle*	*Aufstieg 1928ff.*	*alle*	*Aufstieg 1928ff.*
Zahl der erfaßten Personen	861364	?	483677	?	317015	?
davon (%):						
Hochschulabsolventen	23,2	10,4	22,3	11,4	25,9	13,8
Fachschulabsolventen	19,6	10,9	18,7	11,3	18,8	12,0
Praktiker	57,2	?	59,0	?	55,3	?
ehem. Arbeiter	30,5	16,3	37,7	22,1	38,0	23,3

insgesamt erst im Fünfjahrplan in Führungspositionen aufrückten, bzw. wie groß der Anteil des Personals mit längerer Berufserfahrung war. Aus den Daten der Schwerindustrie, die „cum grano salis" mit den Zählungsdaten von 1930 vergleichbar ist, läßt sich folgendes Resultat erschließen:

Tab. 97: Wachstum des Führungskaders der Industriebetriebe 1930–1933[1160]

Jahr	*erfaßte Personen*	*Erfassungsgrad*	*Gesamtbestand*
1930	89911	72 %	124876
1933	312055	86 %	361983
Differenz	222144	—	237107
1933 in % zu 1930	—	—	289,9 %

Der Führungskader der Schwerindustrie war also beinahe auf das Dreifache gewachsen oder – andersherum – ⅔ des Führungspersonals war erst 1930 und später aufgerückt, wahrscheinlich sogar mehr, da man Verluste durch Tod oder Überalterung in Rechnung stellen muß. Allerdings lag der Anteil neuer Kader im Bereich der Schwerindustrie über dem Durchschnitt der Volkswirtschaft.

Auf der Basis dieser Angaben läßt sich das Verhältnis der vor und nach 1928 in Führungspositionen aufgerückten Personen folgendermaßen aufschlüsseln (Tab. 98). Am Ende des Fünfjahrplans besaß, wie oben bereits festgestellt, die Mehrheit der Personen, die in Führungpositionen eingerückt waren, keine angemessene Ausbildung. Von denen, die eine qualifizierte fachliche Ausbildung erhalten hatten, war die Hälfte – in einigen Branchen noch mehr – erst während des Fünfjahrplanes in verantwortliche Funktionen gekommen. Bei den „Praktikern" war es wahrscheinlich ähnlich. In einer Frist von fünf Jahren – 1928 bis 1933 –

Produktion/Praxis tätig gewesen, stammten aber aus bäuerlichen oder Angestelltenfamilien und nur zum Teil aus Arbeitermilieu.

[1159] Nach ebd. S. 12f., 14f. 20f.; die Angaben wurden jeweils auf die Grundgesamtheit der Zeile umgerechnet.

[1160] Berlin, S. 216f., Anm. 1; vgl. Sostov ruk. rab. S. 32.

Tab. 98: „Alte" und „neue" Fachleute im Führungspersonal von Volkswirtschaft und Verwaltung 1.11. 1933 (in %)[1161]

	Schwer-industrie	*Ganze Industrie*	*alle erfaßten Fachleute*
Hoch- und Fachschulabsolventen			
– Abschluß vor 1928	18,8	18,3	21,5
– Abschluß nach 1928	25,8	22,7	21,3
Praktiker			
– Aufstieg vor 1928	15,6	59,0	57,2
– Aufstieg nach 1928	39,7		
	(99,9)	100,0	100,0

waren gewiß mehr als eine halbe Million[1162], zählt man die Studenten hinzu, über 1,5 Millionen Personen neu in Führungspositionen aufgestiegen. Diese Aufsteiger erfuhren die Industrialisierungspolitik und den „Aufbau des Sozialismus" auch individuell als Fortschritt. Persönliche und gesellschaftliche Perspektive fielen für sie in eins. Von daher konnte die Partei- und Sowjetführung auf ihre politische Loyalität rechnen.

Den Fortschritt erfuhren die Aufsteiger auch ganz konkret. Mit dem beruflichen Fortkommen besserte sich die materielle Situation, zumal seit 1931 die Einkommensunterschiede immer deutlicher wurden. Angestelltengehälter lagen im Durchschnitt höher als Arbeiterlöhne und in den letzten Jahren des Fünfjahrplanes wuchsen sie auch rascher (Tab. 99).

Im Durchschnitt lagen die Nominallöhne der Beschäftigten in Staats- und Wirtschaftsbehörden und die der Industrieangestellten deutlich über denen der Industriearbeiter und sie wuchsen auch erheblich rascher. Die Lohndifferenzierung wurde im Verlauf des Fünfjahrplans immer deutlicher. Allerdings geben Durchschnittszahlen nur ein verzerrtes Bild, da hier alle Angestellten – nicht nur das Leitungspersonal – miteinbezogen sind, und die starken Unterschiede in der Entlohnung zwischen Kanzleischreibern und hochqualifizierten Fachleuten verwischt werden.

1928 wurden „Spezialisten" – und dieser Begriff war, wie wir gesehen haben, nicht scharf umrissen, auch Führungspersonal ohne Fachausbildung wurde dazu gezählt[1163] – in den

[1161] Nach den Angaben zu Anm. 1159; bei „Schwerindustrie" wurde auch bei „Praktikern" eine Schätzung versucht: für die Schwerindustrie lassen sich auch absolute Zahlen schätzen:

neue Kader:	Hoch- und Fachschulbildung	93390
	Praktiker	143700
	zusammen:	237090
alte Kader:	Hoch- und Fachschulbildung:	68050
	Praktiker	56470
	zusammen:	124520

[1162] Allein in der Schwerindustrie waren es 237000, im ganzen Wirtschafts- und Verwaltungsapparat wenigstens 400000, zu denen noch Junglehrer und Personal der politischen Apparate kämen; nach Judin, S. 129f., sind von den Parteimitgliedern „von der Werkbank" 1928 24738 aufgestiegen, 1929 79454 und 1930–33 666000, d.h. 1928–1933 ca. 770000; und das schließt Parteilose noch nicht ein; vgl. Dale, P.: The Instability of the Infant Vanguard: Worker Party Members 1928–1932, in: Soviet Studies XXXV, 1983, S. 504–524, hier S. 514.

[1163] Zum Begriff „Spezialist" vgl.: Organov, P.N.: Pravovoe položenie specialistov, Moskva 1928, S. 7f.; Vidrevič, Ja. V.: Bjudžet vremeni i zarabotnaja plata specialistov, Moskva 1930, S. 75f.

Tab. 99: Entwicklung der Nominaljahreslöhne von Arbeitern und Angestellten 1928–1934[1164]

	1928	*1929*	*1930*	*1931*	*1932*	*1933*	*1934*
in Rubel:							
Ganze Volkswirtschaft	703	800	936	1127	1427	1566	1858
Großindustrie	870	957	1035	1184	1466[1165]	1662	1927
u.a.: Arbeiter	843	925	991	1153	1385	—	—
Angestellte	1478	1606	1817	2101	2685	—	—
Staats-, Wirtschaftsverwaltung	903	1020	1170	1471	1943	2354	2694
in % (1928=100%)							
Ganze Volkswirtschaft	100	113,8	133,2	160,3	203,0	222,8	264,3
Großindustrie	100	110	119,0	136,1	169,3	191,0	221,5
u.a.: Arbeiter	100	109,7	117,6	136,8	173,9	—	—
Angstellte	100	108,6	122,9	142,2	181,6	—	—
Staats-, Wirtschaftsverwaltung	100	113	129,6	162,9	215,2	260,7	298,3

verschiedenen Behörden und Betrieben nach gänzlich unterschiedlichen Tarifsystemen entlohnt. Die Feststellung des Gehalts erfolgte teilweise nach staatlichen Vorgaben, nämlich den Normen des Volkskommissariats für Arbeit, teilweise nach betrieblichen Tarifnetzen oder Kollektivverträgen. Die Tarifgehälter konnten durch „persönliche Zuschläge", Prämien, Sonderzahlungen für Sitzungen, Nebentätigkeiten oder Sonderleistungen aufgestockt werden.[1166] Das kam aber bei weitem nicht dem gesamten Fachpersonal zugute. So hatten in der Bergbauindustrie 1927 nur 31% der Ingenieure und Techniker Prämien erhalten, 1,2% verfügten über ein Nebeneinkommen aus Veröffentlichungen und 12% bezogen sonstige Sondereinkünfte.[1167] Die Entlohnung wies große Unterschiede auf:

Tab. 100: Lohndifferenzierung beim Führungspersonal der Wirtschaft 1927/28 (in %)[1168]

Lohnhöhe (monatl., Rbl.)	*a. Wirtschaftliches Fachpersonal 1928*	*b. Bergbaufachleute 1927*
bis 150 Rbl.	10,0	14,1
151–200	26,3	26,9
201–250	39,7	19,4
251–300	12,4	16,8
301–350	6,1	10,9
351–400	3,3	5,6
401–450	1,1	4,0
451–500	0,7	0,8
über 501	0,4	1,8

[1164] Soc. Stroit. 1934, S. 316f., 320; Soc. Stroit. 1936, S. 512f.
[1165] Soc. Stroit. 1936, S. 512f.: 1473 Rubel. [1166] Organov, S. 29ff., 36ff.
[1167] Kiržner, D./Turubiner, B.: Uslovija truda i byta inženerno-techničeskogo personala gornoj promyšlennosti, Moskva 1928, S. 17.
[1168] a. Vidrevič: Bjudžet, S. 100; wirtschaftliches Führungspersonal im März 1928, auf der Basis von

Die Entlohnung der Spezialisten und des Führungspersonals lag damit weit über den durchschnittlichen Arbeiterlöhnen, die 1927/28 z. B. im Steinkohlenbergbau 57,92 Rubel, im Industriedurchschnitt 61,63 Rubel betrugen.[1169] Die unteren Gehaltsgruppen allerdings, die Meister und die Ingenieure in der Produktion, blieben mitunter gehaltsmäßig hinter Facharbeitern zurück. Im Petrovskij-Werk und im Dzeržinskij-Werk z. B. erhielt der Leiter einer Werksabteilung 1930/31 bis zu 356 Rubel, der Ingenieur der Schicht 193 Rbl., der Obermeister der Werksabteilung 273 Rbl., während ein Arbeiter der höchsten Tarifstufe 200–350 Rbl. erhielt.[1170] Damit war gerade für hochqualifizierte Arbeiter materiell kein Anreiz gegeben, in den Führungskader aufzusteigen.[1171] Für die Masse der Arbeiter bestand dieser Anreiz allerdings.

Die Wende der Industriepolitik 1931 bezog auch die Entlohnung der Fachleute mit ein. In der gesamten Industrie wurden die Tarifsysteme reorganisiert. Die Lohndifferenzierung wurde erheblich verstärkt[1172], das Einkommen von Facharbeitern und Führungspersonal stärker angehoben als das von ungelernten:

Tab. 101: Lohndifferenzierung beim Führungspersonal der Wirtschaft, Juli 1935 (in %)[1173]

Lohnhöhe	*Ganze Industrie*	*Produktionsgüterindustrie*	*Konsumgüterindustrie*
bis 220 Rbl.	3,5	3,2	4,0
221–300	14,4	13,5	16,0
301–380	25,5	24,5	27,1
381–460	19.3	19,5	19,1
461–540	11,5	11,6	11,4
541–620	8,3	8,9	7,3
621–700	5,5	5,7	5,2
701–860	6,7	7,1	6,0
861–1100	2,6	2,8	2,2
über 1101	2,7	3,2	1,7
Durchschnittslohn pro Monat:			
Arbeiter	185 Rbl.	—	—
Angestellte	234	—	—
Führungspersonal	437	—	—

7099 Personen; b. Kiržner/Turubiner, S. 16; ingenieur-technisches Fachpersonal im Bergbau, Sommer 1927, 400 Personen.

1169 Trud v SSSR 1926–1930, S. 36.

1170 Lejbman, Ja./Raisov, A.: Aktual'nye problemy truda na sovremennom étape, in: B 1931, No. 12, S. 11–29, hier S. 25.

1171 Ebd.; Lejbman, Ja.: Politika zaplaty na primere ugol'noj promyšlennosti, in: B 1931, No. 17, S. 41–59, hier S. 47.

1172 Trud v SSSR 1932, S. 31–35; Schwarz: Arbeiterklasse, S. 162f.

1173 Trud v SSSR. Statističeskij spravočnik, Moskva 1936, S. 83.

Wie sehr sich die Relation zwischen Facharbeiterlohn und dem Gehalt von Führungspersonal verschob, ist an den Angaben über Lohnentwicklung in einzelnen Branchen ablesbar:

Tab. 102: Monatliches Durchschnittseinkommen von Arbeitern und Führungspersonal (in Rbl.)[1174]

<table>
<tr><th></th><th>März 1928</th><th>Oktober 1934</th><th>Mai 1935</th></tr>
<tr><td>Eisenverhüttung:</td><td></td><td></td><td></td></tr>
<tr><td>Leiter von Abt. des Werksstabes</td><td rowspan="2">264</td><td>677</td><td>—</td></tr>
<tr><td>Leiter von Werksabteilung</td><td>827</td><td>1139</td></tr>
<tr><td>Meister</td><td>175</td><td>517</td><td>525</td></tr>
<tr><td>Facharbeiter</td><td>90</td><td>191</td><td rowspan="2">209</td></tr>
<tr><td>ungelernte Arbeiter</td><td>52</td><td>106</td></tr>
<tr><td>Elektrizitätserzeugung:</td><td></td><td></td><td></td></tr>
<tr><td>Leiter von Abteilungen des Werksstabes</td><td rowspan="2">251</td><td>610</td><td>688</td></tr>
<tr><td>Leiter von Werksabteilungen</td><td>614</td><td>895</td></tr>
<tr><td>Meister</td><td>256</td><td>459</td><td>566</td></tr>
<tr><td>Facharbeiter</td><td>123</td><td>221</td><td rowspan="2">217</td></tr>
<tr><td>ungelernte Arbeiter</td><td>61</td><td>109</td></tr>
<tr><td>Steinkohlenbergbau:</td><td></td><td></td><td></td></tr>
<tr><td>Leiter von Abteilungen des Werksstabes</td><td rowspan="2">246</td><td>550</td><td>—</td></tr>
<tr><td>Leiter von Werksabteilungen</td><td>625</td><td>—</td></tr>
<tr><td>Meister</td><td>145</td><td>382</td><td>438</td></tr>
<tr><td>Facharbeiter</td><td>71</td><td>197</td><td rowspan="2">213</td></tr>
<tr><td>ungelernte Arbeiter</td><td>36</td><td>94</td></tr>
</table>

Sowohl im Bereich der Eisenverhüttung wie in der Stromerzeugung waren die Gehälter von Abteilungsleitern und Leitern der Departments des Werksstabes erheblich rascher gestiegen als die von Facharbeitern. Anders im Steinkohlenbergbau, wo bei den Arbeiterlöhnen ein erheblicher Nachholbedarf bestand, dort stiegen die Gehälter zwar rasch, doch die Arbeiterlöhne stiegen rascher, bis sie Anschluß an das Lohnniveau der anderen Branchen hatten.

Es wird aber sichtbar, daß Führungskader und Fachleute deutlich besser gestellt wurden als Arbeiter, auch wenn nur wenige Fachleute Monatsgehälter von 1300 Rubeln bezogen wie der Chefingenieur des Werkes Čeljabinsk.[1175] Der Abstand zwischen Führungsschicht und unmittelbaren Produzenten wurde im 1. Fünfjahrplan größer, die Welle sozialen Aufstiegs ging parallel mit einer sozialen Differenzierung. Symptomatisch für diese Entwicklung war die Abschaffung des Parteimaximums, des »Partmax«. Bis 1931/32 war für Angehörige der VKP ein Höchsteinkommen festgelegt, das z. B. in Moskau 1928 225 Rubel betrug und 1931 ca. 300 Rbl.[1176] Parteimitglieder in Führungspositionen waren somit, wenigstens auf dem Papier, materiell wesentlich schlechter gestellt als ihre parteilosen Kollegen, sie waren aber auch weniger abgehoben von der „Klasse". Es muß dahingestellt bleiben, ob das „Partmax"

[1174] Lampert, S. 139; Yanowich, M.: Trends in Differential Between Salaried Personnel and Wage Workers in Soviet Industry, in: Soviet Studies XI. 1960, No. 3, S. 229–252, hier S. 248–252; Trud v SSSR 1936, S. 105, 112, 147.

[1175] Emel'janov, in: Novyj Mir 1967, No. 1, S. 42; die Angabe bezieht sich auf 1934/35.

[1176] Vidrevič: Bjudžet, S. 91; Mehnert, K.: Der Sowjetmensch, Frankfurt 1963, S. 82; zu Versuchen, ein Höchsteinkommen festzulegen, vgl. Ob ustanovlenii edinogo tarifa dlja otvetstvennych rabotnikov-členov RKP, in: Pravda 15. 5. 24, S. 5; Stalin, XIII s-ezd RKP/b. Stenografičeskij otčet, Moskva 1963, S. 234; Kujbyšev, ebd. S. 283.

wirklich überall wirksam wurde – Parteiführer waren materiell in vieler Hinsicht privilegiert[1177] –, doch setzte es gewiß ein Signal, das dem System materieller Anreize, das nun entwickelt wurde, widersprach. Am 8. 1. 1932 beschloß das ZK, das Parteimaximum abzuschaffen und Parteimitglieder den Parteilosen in vergleichbaren Stellungen materiell gleichzustellen.[1178] Das ZK legte auch fest, in welcher Größenordnung die Entlohnung des Führungspersonals sich bewegen sollte. Danach bezogen Leiter von Hüttenwerken mit einer Bruttoproduktion über 450 Tausend t, von Großbaustellen vom Typ Magnitogorsk und von Betrieben mit mehr als 5000 Mitarbeitern bis zu 700 Rbl., Leiter von Hüttenwerken mit einer Kapazität von 250–450 Tausend t, Großbaustellen mit einem Investitionsvolumen über 20 Millionen Rubel erhielten 650 Rbl., die Leiter der übrigen Betriebe bis zu 600 Rbl.[1179] Das waren allerdings nur Richtzahlen, die in der Folge nach oben durchbrochen wurden. Ein Unterschied zwischen parteilosen Spezialisten und Führungspersonal mit Parteibuch wurde in finanzieller Hinsicht nicht mehr gemacht.

Führungspersonal und Spezialisten genossen aber nicht nur finanzielle Vorteile, auch, was Wohnung, Versorgung und Gesundheitsfürsorge anging, wurden sie bevorzugt behandelt.[1180] Bereits in den zwanziger Jahren wurde einigen Gruppen von Fachleuten, z. B. Wissenschaftlern, Ärzten und Spezialisten, die an „entlegenen Orten" arbeiteten, Sonderrechte bei der Vergabe von Wohnraum eingeräumt. So hatten etwa Wissenschaftler Anspruch auf ein zusätzliches Zimmer und Fachleute, die an „entlegene" Produktionsstätten entsandt wurden, durften die Wohnung am Ausgangsort behalten.[1181] 1930 ergingen eine Reihe von Direktiven, die dem ingenieur-technischen Personal die gleichen formalen Anrechte auf Wohnung, bei Versorgung und Sozialversicherung gewährte wie Arbeitern[1182], doch wurden diese Anweisungen oft nicht ausgeführt. Nach Stalins Rede im Juni 1931 wurden die Bemühungen, die materielle Situation der Spezialisten zu verbessern, offenbar intensiviert. In einem nichtveröffentlichten Beschluß des ZK vom 10. 7. 31 wurde das ingenieur-technische Fachpersonal rechtlich in jeder Hinsicht den Industriearbeitern gleichgestellt. Bei Schaffung und Vergabe von Wohnraum sei, so die Anweisung, zu berücksichtigen, daß Führungspersonal zusätzlichen Platz benötige, da es zu Hause seine Qualifikation erhöhe.[1183] Im August und September wurde dieser ZK-Beschluß in Gesetze und Verordnungen umgemünzt.[1184] Auch in der Öffentlichkeit wurde nun unterstrichen, daß es nötig sei, die Wohnbedingungen des technischen Personals zu verbessern.[1185] Inwieweit das realisiert wurde, ist schwer zu beurteilen.

[1177] Vgl. Schröder: Arbeiterschaft, S. 190ff.

[1178] WKP 162, p. 81–83.

[1179] Ebd. p. 83ff., dort die Aufzählung der Typen von Betrieben, von denen hier nur einige Beispiele wiedergegeben werden.

[1180] Als Überblick: Lampert, S. 142–145.

[1181] Organov, S. 48f.

[1182] Lampert, S. 142.

[1183] WKP 162, p. 63; die Anweisung enthält allerdings noch eine Reihe von Weisungen, die tatsächlich nicht durchgeführt wurden; z. B. wurde Parteiorganen untersagt, in operative Entscheidungen von Direktoren einzugreifen.

[1184] Vgl. Čekmenev, V.P.: L'goty ITR. Sistematičeskij sbornik direktivnych zakonodatel'nych i vedomstvennych materialov, Moskva 1932; in diesem Sammelband sind alle Verordnungen und Gesetze über die Rechtsstellung des Führungspersonals zusammengestellt, die zwischen 1930 und August 1932 erschienen.

[1185] Lejbman/Raisov, in: B 1931, No. 12, S. 25; Kaganovič, in: B 1933, No. 18, S. 19.

Einem jungen Ingenieur, der um 1935 seine Stelle in Nikopol' antrat – er wurde sofort Mitglied der Betriebsleitung und dritter Mann nach dem Direktor und dem Chefingenieur – stellte das Werk ein Haus mit fünf Zimmern, Bad, Radio und Kühlschrank zur Verfügung.[1186] Auf der anderen Seite beklagte M. Kaganovič, der Bruder des Politbüromitglieds, daß junge Ingenieure in einer Autofabrik monatelang kein Zimmer erhielten und keinen Kantinenzugang; sie schliefen im Büro auf Tischen und schlugen sich so durch.[1187] Indes scheint die Wohnsituation des Führungspersonals in der Regel verhältnismäßig gut gewesen zu sein. Zwischen 1928 und 1931 sank unionsweit die Wohnfläche pro Kopf von 5,7 m^2 auf 4,66 m^2 (Leningrad: 8,5 m^2–5,8 m^2).[1188] Soweit gesonderte Daten für Spezialisten und Fachpersonal zur Verfügung stehen, zeigen sie eine deutlich bessere Wohnsituation. So verfügten Spezialisten der Bergbauindustrie 1927/28 im Durchschnitt über 8,9 m^2 pro Kopf[1189], das Führungspersonal des Kombinats in Kirovsk 1933 über 7,23 m^2 und 1934 über 6,71 m^2.[1190] Das erlaubt keine generalisierende Aussage, doch scheint gesichert, daß die Wohnsituation des Führungspersonals erheblich besser war als die der übrigen Belegschaftsmitglieder.

Privilegiert wurden die Spezialisten und das Leitungspersonal offenbar auch bei der Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs. Bei der Einführung von „Geschlossenen Verteilern"[1191] wurden Sonderregelungen für diese Gruppe geschaffen. Für Fachleute und Leitungspersonal wurden besondere Verteiler und besondere Kantinen geschaffen, die, wo dies möglich war, mit mehr und besseren Waren beliefert wurden als die Verteiler für andere Gruppen.[1192] In Magnitogorsk war das Essen in Arbeiter- und Ingenieurskantine qualitativ nicht sehr unterschiedlich, doch erhielten die Ingenieure 300 g Brot statt 200 g und die Verhältnisse waren weniger beengt. Schärfer waren die Unterschiede beim Einkaufen. Neben dem „Arbeiterladen", in dem nur Brot regelmäßig vorhanden war, gab es einen „Ingenieursladen", wo neben Brot mitunter auch Fleisch, Fisch, Butter und gewisse Manufakturwaren erhältlich waren, und „Insnab", den „Ausländerladen", wo es Kaviar, Wein, Importwaren, Schuhe, Kleider und vieles andere gab, und den neben Ausländern auch Spitzenfunktionäre besuchen durften.[1193]

[1186] Kravchenko, S. 231.

[1187] Kaganovič, in: B 1933, No. 18, S. 19.

[1188] Vtoroj pjatiletnij plan razvitija narodnogo chozjajstva SSSR (1933–1937 gg.), Bd. 1, Moskva 1934, S. 533; Industrializacija Severo-Zapadnogo rajona, S. 300; ich danke Herrn Weißenburger für seine Hinweise.

[1189] Kiržner/Turubiner, S. 20.

[1190] Industrializacija Severo-Zapadnogo rajona, S. 327; vgl. ebd.:

Wohnfläche der Werkswohnungen in Kirovsk (m^2 pro Kopf)

	1933	*1934*	*1935*
Insgesamt	2,55	2,86	3,19
Arbeiter	2,26	2,54	2,78
Fachpersonal	7,23	6,71	7,72
Angestellte	3,54	3,6	4,27

Befragungen von Emigranten nach dem Kriege ergaben, daß in den dreißiger Jahren bei Führungspersonal die Wohnfläche im Durchschnitt 7,6 m^2 pro Kopf betragen hat; Sosnovy, T.: The Housing Problem in the Soviet Union, New York 1954, S. 129ff.; Hinweise von U. Weißenburger.

[1191] Vgl. oben Abschnitt 3.3.

[1192] Čekmenev, S. 20–23; BO 1931, No. 23, S. 22; Jurov, in: PE 1933, No. 6, S. 138; Škirjatov, M.: Itogi čistki Leningradskoj organizacii, in: Pervye itogi, S. 16–40, hier S. 30.

[1193] Scott, S. 41.

Stalins „Sechs Punkte"-Rede Mitte 1931 leitete in der veröffentlichten Meinung eine Neubewertung der Stellung des Fach- und Führungspersonals ein. Das Bild des „Schädlings", der ferngesteuert von imperialistischen Mächten und weißrussischer Emigration dem sozialistischen Aufbau Abbruch tat, verschwand, im Vordergrund stand nun der sowjetische Spezialist, der „Kapitän" der sowjetischen Industrie. Das entsprach auch der Veränderung der sozialen Zusammensetzung des Führungskaders, in den zunehmend Aufsteiger und „neue" Spezialisten eindrangen. Die Umbewertung der gesellschaftlichen Position der Spezialisten wurde seit 1931 denn auch bewußt von Partei- und Sowjetführung propagiert. Bereits in der nichtveröffentlichten Weisung des ZK vom 10. 7. 31 war die Forderung aufgestellt worden:

> „1. Die Leiter von Betrieben, Behörden, Partei- und Gewerkschaftsorganen müssen die Autorität des ingenieur-technischen Personals heben und die Rechte und Pflichten der Ingenieure hinsichtlich der Leitung der Produktion in vollem Maße verwirklichen. Besonders tut es not, die jungen Spezialisten zu unterstützen, ihr weiteres Wachstum im Arbeitsprozeß zu garantieren."[1194]

Unmittelbares Ziel war es, die Stellung des Fachpersonals im Produktionsprozeß zu stärken, da nur so eine wirkliche Leitung im Betrieb sichergestellt schien. 1933 unterstrich das auch M. Kaganovič in einem Artikel in der Zeitschrift „Bol'ševik":

> „Die Mitarbeiter unserer Betriebe müssen in aller ihrer Arbeit wirklich erfahren, daß sie der tatsächliche *Kommandostab des sozialistischen Betriebes* sind, mit bestimmten Rechten und bestimmten Verantwortlichkeiten."[1195]

Die Stärkung der innerbetrieblichen Autorität des Führungspersonals war untrennbar verbunden mit einer Aufwertung der gesellschaftlichen Position dieser Gruppe. In diese Richtung wirkte die Politik, die seit 1931 bei der Strafverfolgung von Ingenieuren und Managern eingeschlagen wurde. Im Mai wurde die „Schädlingskampagne" abgebrochen.[1196] Das Volkskommissariat für Justiz gab eine Instruktion heraus, die es den Staatsanwälten untersagte, Wirtschaftler ohne ernsthaften Grund vor Gericht zu ziehen, da das der Planerfüllung Schaden zufüge.[1197] Das ZK formulierte das in seiner nichtöffentlichen Weisung noch schärfer. Ohne Einverständnis der Betriebsleitung oder höherstehender Organe war es Miliz, Staatsanwaltschaft und Kriminalbehörden schlichtweg untersagt, „sich in das Produktionsleben des Betriebes einzumischen".[1198] Im „Bol'ševik" wurde die frühere Praxis scharf getadelt, sie zeuge von Unverständnis der Entwicklungen innerhalb des Fachpersonals, das nunmehr auf der Seite des sozialistischen Aufbaus stehe.[1199] De facto wurde das Management, das bis dahin immer wieder Verdächtigungen und Pressionen sowohl von seiten der Strafverfolgungsorgane als auch von seiten der Belegschaften ausgesetzt gewesen war, rehabilitiert. Die zentrale Funktion des ingenieur-technischen und administrativen Fachpersonals beim industriellen Aufbau wurde nunmehr gewürdigt. Die materielle Privilegierung, die als Stimulus in der Produktion dienen sollte, war zugleich Ausdruck sozialer Anerkennung. Die Führungsschicht wurde sichtbar herausgehoben und entwickelte offenbar auch ein eigenes Selbstbe-

[1194] WKP 162, p. 63.
[1195] Kaganovič, in: B 1933, No. 18, S. 19.
[1196] Vgl. oben Abschn. 5.3.
[1197] Čekmenev, S. 90–92; vom 22. 5. 1931.
[1198] WKP 162, p. 63.
[1199] Lejbman/Raisov, in: B 1931, No. 12, S. 25.

wußtsein. Ausdruck eines neuen Selbstgefühls, das Gleichmacherei und kommunistische Utopie ablehnte, war z. B. die Äußerung eines jungen Aufsteigers, der 1932 Klaus Mehnert gegenüber erklärte:

> „Man kann nicht von den Menschen verlangen, daß sie sich Tag und Nacht verausgaben und schwere Verantwortung tragen, wenn man ihnen nicht zugleich das äußere Leben erleichtert, soweit das eben unter unseren Verhältnissen möglich ist. Nimm mich zum Beispiel. Mein ganzes Leben habe ich nichts getan als geschuftet. ... Heute bin ich Chefingenieur in unserem Werk. Ich habe eine Erfindung gemacht, die dem Staat viel Geld spart. Es ist daher nur recht und billig, wenn ich in einem Laden für Bevorzugte einkaufen kann und Aussicht habe, demnächst eine eigene Wohnung mit drei Zimmern in einem Neubau zu erhalten."[1200]

Der so sprach, war Parteimitglied und vor kurzem ausstudierter Ingenieur, in dessen Zimmer an der Wand die Porträts von Lenin, Stalin und Vorošilov hingen. Seine Haltung entsprach der gesellschaftlichen Entwicklung, in der dem Führungs- und Fachpersonal, insbesondere Technikern, eine immer größere Rolle eingeräumt wurde. Die Tendenz zur Ausbildung von Technokratie, die der forcierten Industrialisierung innewohnte, und die in der „Schädlingskampagne" gewaltsam zurückgedämmt worden war, setzte sich nun – unter veränderten sozialen Bedingungen, denn die technische Führungsschicht von 1932 war eine andere als die von 1928 – in einigen gesellschaftlichen Bereichen durch. Die Herrschaft des politisch legitimierten Apparates blieb zwar unangefochten, doch fand eine – offenbar von der Parteiführung geförderte – Erosion des Wertesystems statt, das ursprünglich mit den Vorstellungen von einer sozialistischen Gesellschaft verbunden war. Die Trennung von Kopf- und Handarbeit wurde ebenso akzeptiert und gerechtfertigt wie der Ausbau sozialer Ungleichheit und die Heraushebung einer besonderen Schicht von Personen, die Führungsaufgaben wahrnahmen. So sehr dies einerseits aus Erfordernissen des industriellen Aufbaus resultierte – Ingenieure, Techniker und Manager mußten in irgendeiner Weise motiviert werden –, so sehr diente es auch der Stabilisierung des politischen Herrschaftssystems. Die politischen Apparate erhielten eine neue Legitimationsgrundlage, der nicht die gefährlichen Elemente eines revolutionären Marxismus innewohnten.

[1200] Mehnert: Sowjetmensch, S. 82; vgl. zu diesem Prozeß vor allem Lampert, S. 145ff.

8. DIE „NEUE“ ARBEITERKLASSE

Die Verschiebung des sozialen Gefüges im Gefolge der forcierten Industrialisierung hatte die Zusammensetzung der sowjetischen Arbeiterschaft ebenso verändert wie die der Führungsschicht. Und während diese an Sozialprestige und Autorität gewann, verlor die Arbeiterschaft sowohl im Betrieb wie in der Gesellschaft an Boden. Die gravierende Verschlechterung der materiellen Situation, die Zerschlagung ihrer Vertretungsorgane, die allmählich Platz greifende Durchorganisierung des Betriebsalltags setzten die Arbeiter unter erheblichen Druck, aus dem für den einzelnen nur der soziale Aufstieg Ausweg bot. Organisierter Widerstand im Kollektiv, wie etwa in den Streiks von 1923, war angesichts der inneren Differenzierung der Arbeiterschaft und des niedrigen Bewußtseinsstandes der Masse der neuen Arbeiter nur selten möglich. Zudem gab es Arbeitergruppen, die von den individuellen Aufstiegsmöglichkeiten und der Perspektive des sozialistischen Aufbaus angesprochen wurden. Begeisterung für die Ziele der Industrialisierung war ebenso zu beobachten wie individuelles Fluchtverhalten. Demgegenüber unternahmen Partei- und Sowjetführung erhebliche Anstrengungen, die Arbeiterschaft zu disziplinieren und die in zahlreiche soziale Fraktionen zerfallene Gruppe noch weiter zu differenzieren.

8.1. DIE POLITISCHEN KONTUREN DER ARBEITERKLASSE IM 1. FÜNFJAHRPLAN

Ein nicht unbeträchtlicher Teil der sowjetischen Arbeiterschaft war am Ende des 1. Fünfjahrplanes in der VKP und ihrem Jugendverband organisiert.[1201] Der Organisierungsgrad in der Partei war in den verschiedenen Branchen unterschiedlich hoch, er schwankte zwischen 8–10% der Arbeiter bei Torfabbau und Textilindustrie und 17–18% in den metallverarbeitenden Branchen. Nimmt man die Komsomolzen hinzu, deren Anteil unter den Arbeitern je nach Branche zwischen 6,1 und 20,3% lag, ergibt sich eine recht starke Präsenz der politischen Organisationen im Betrieb. Im Maschinenbau erfaßten sie um 35% aller Arbeiter, in der Hüttenindustrie nahezu 30% und in der Baumwollverarbeitung immerhin 15%. Um sich allerdings ein Bild vom politischen Profil der Arbeiterschaft zu machen, sind diese Daten nicht ausreichend. Ein großer Teil der hier aufgeführten Parteimitglieder war „passiv“, sie waren bloße „Karteileichen“ – die hohen Ausschlußzahlen wegen Passivität gerade in der Arbeiterschaft lassen diese Mutmaßung zu. Es muß versucht werden, zu umreißen, was Parteiangehörigkeit für Industriearbeiter tatsächlich bedeutete, wieweit sich ihre Organisierung in politischer Aktivität niederschlug, ob und wie sie sich von Parteilosen unterschieden.

Darüber, welche Rolle „gesellschaftliche Betätigung“, also Arbeit in den staatlichen Wahlgremien, in den Gewerkschaften und in der Partei spielten, können uns Zeitbudgetuntersu-

[1201] Vgl. oben Abschnitt 4.1.1; danach auch die folgenden Daten.

chungen Aufschluß geben. Bezogen auf den ganzen Werktag konnte gesellschaftliche Betätigung und Weiterbildung in Arbeiterfamilien nur eine untergeordnete Rolle spielen:

Tab. 103: Zeitbudget von Arbeiterfamilien 1930 (Std. pro Tag auf 100 Personen)[1202]

	Männer			*Frauen*			
	Familienoberhäupter	*Verdienende Familienmitgl.*	*Lernende*	*Familienoberhäupter*	*Verdienende Familienmitgl.*	*Lernende*	*Hausfrauen*
A. *Arbeit*	1168	1025	827	1384	1294	1072	1324
1. Arbeit in der Produktion	611	489	30	632	565	28	77
2. Hausarbeit	168	135	131	470	493	291	997
3. Einkaufen, Arbeitswege	124	93	80	152	124	91	182
4. Weiterbildung	172	248	541	77	92	597	57
5. Gesellschaftliche Betätigung	93	60	45	53	20	65	11
B. *Freizeit u. Erholung*	487	608	740	289	378	511	330
1. Essen	155	141	135	137	165	131	155
2. Zerstreuung	170	284	328	94	163	242	117
3. Sport u. ä.	17	37	129	2	5	46	1
4. Passive Erholung	95	95	98	48	40	65	52
5. Andere Tätigkeiten	8	8	10	5	5	2	5
6. Ohne Angabe	42	48	45	3	–	25	–
C. *Schlaf*	745	767	833	727	728	817	746
Zusammen	2400	2400	2400	2400	2400	2400	2400

Aus dieser Aufstellung wird die hohe Arbeitsbelastung in Arbeiterfamilien deutlich, die für gesellschaftliche Betätigung und Weiterbildung nur begrenzten Raum ließ. Insbesondere die weiblichen Familienmitglieder, durch die traditionelle innerfamiliäre Arbeitsteilung zusätzlich belastet, fanden kaum Zeit, gesellschaftlich aktiv zu werden. So lag der Zeitaufwand für Weiterbildung und gesellschaftliche Betätigung bei männlichen Arbeitern weit höher als bei Frauen. Traditionelle Rollenvorstellungen innerhalb der Familie waren also weder durch Revolution noch durch die Propagierung sozialistischer Zielvorstellungen in den Jahren vor 1930 aufgebrochen worden. Politisch und – im weitesten Sinne verstanden – kulturell aktiv waren vor allem die Männer.

Daß sich seit den Anfangsjahren der NĖP dennoch im Verhalten der Arbeiterschaft einiges gewandelt hat – darauf weist ja bereits der gestiegene Organisationsgrad hin – läßt sich aus dem Vergleich der Zeitbudgetuntersuchungen von 1923 und 1930 erkennen (Tab. 104).

Die Zeit, die für gesellschaftliche Betätigung und Weiterbildung aufgewandt wurde, hatte 1930 gegenüber 1923 erheblich zugenommen. Das ist gewiß auch eine Folge der Arbeitszeitverkürzung, sie deutet aber auch auf eine stärkere politische Erfassung und ein gestiegenes Interesse an Bildung hin. Wenn man dies mit der Verlagerung politischer Aktivitäten an die Parteibasis im Zuge der Parteireform und mit der Erweiterung des Hochschulzugangs für Arbeiter und den Alphabetisierungskampagnen in Zusammenhang bringt, kann man mit Fug

[1202] Trud v SSSR 1932, S. 172; Werktage und Feiertage; ich danke H. Temmen und J. Barber sowie Frau Mänicke-Gyongyösi für ihre Hinweise.

Tab. 104: Kulturelle und politische Aktivität in Arbeiterfamilien 1923 und 1930 (Std. pro Person)[1203]

	Familienoberhäupter und verdienende Familienmitglieder				*Hausfrauen:*	
	Männer		*Frauen*			
	1923	*1930*	*1923*	*1930*	*1923*	*1930*
Weiterbildung, Studium	1,71	1,79	0,56	0,83	0,16	0,57
Zunahme (%)	100%	104,7%	100%	148,2%	100%	356,3%
Gesellschaftl. Betätigung	0,3	0,9	0,18	0,4	0,02	0,11
Zunahme (%)	100%	300%	100%	222,2%	100%	550,0%
Arbeit in der Produktion	7,11	5,99	7,19	6,06	1,99	0,77
Zunahme (%)	100%	84,2%	100%	84,3%	100%	38,7%

von einer graduellen Veränderung der politischen Kultur innerhalb der Arbeiterschaft sprechen, eine Entwicklung, die etwa bis 1931 andauerte.[1204] Allerdings ist aus den Angaben nicht ablesbar, ob mehr Arbeiter gesellschaftlich aktiv geworden sind oder ob der einzelne Arbeiter mehr Zeit aufwendete.[1205] Möglich erscheint beides, denkbar wäre auch, daß mehr Arbeiter mehr Zeit aufwandten. Die Zahl der in der Partei organisierten Arbeiter hatte, wie oben gezeigt, zugenommen. Und es läßt sich zeigen, daß Parteimitglieder zeitlich stärker belastet waren als Parteilose:

Tab. 105: Zeitbudget von Arbeitern (Familienoberhäupter und verdienende Familienmitglieder). Parteilose und Parteiangehörige 1930 (Std. pro Person und Tag)[1206]

	Mitgl. d. VKP		*Mitglied. d. VKSM*		*Parteilose*	
	Werktag	*Feiertag*	*Werktag*	*Feiertag*	*Werktag*	*Feiertag*
Arbeit in der Prod.	7,6	0,39	5,99	0,17	7,68	0,5
Hausarbeit	1,95	3,3	1,66	2,34	2,7	3,78
Einkaufen, Arbeitsweg	1,23	1,13	0,94	0,6	1,4	1,24
Weiterbildung	1,88	2,33	3,02	2,07	1,11	1,3
gesellsch. Tätigk.	1,49	0,98	0,7	0,55	0,42	0,34
Erholung, Freizeit	2,63	8,1	4,29	10,68	3,2	9,21
Schlaf	7,22	7,77	7,4	7,59	7,49	7,63
	24,00	24,00	24,00	24,00	24,00	24,00

1203 Itkind, G.; Gorčakov, B.: Bjudžet vremeni rabočego v SSSR, in: Voprosy profdviženija 1933, No. 7, S. 23–31; No. 8; S. 41–56, hier No. 7, S. 28; vgl. Trud v SSSR 1932, S. 169ff.; Strumilin: Izbrannye, t. 3, S. 203–232, hier S. 206; Krivickij, M.: Rabočee vremja i vremja rabočego, in: PE 1933, No. 4, S. 50–69, hier S. 68; vgl. Social'noe razvitie rabočego klassa, Moskva 1977, S. 284.

1204 Nach Auskunft J. Barbers ging die politische und kulturelle Aktivität nach 1930 wieder stark zurück; er stützt sich dabei auf Zeitbudgetstudien für 1932 und 1936; auch das würde mit dem Wandel der politischen Kultur bzw. mit der strafferen Zentralisierung der Parteiorganisation, wie aus anderen Quellen bekannt, übereinstimmen.

1205 Für 1923 besitzen wir entsprechende Daten, vgl. Strumilin: Izbrannye t. 3, S. 224; zur Einbeziehung von Belegschaften in gesellschaftl. Betätigung, vgl. Trud v SSSR 1932, S. 86ff., S. 92ff.

1206 Itkind/Gorčakov, in: Voprosy profdviženija 1933, No. 8, S. 50; vgl. Trud v SSSR 1932, S. 171.

Parteiangehörige – und das gilt in schwächerem Maße auch für Komsomolzen – wandten erheblich mehr Zeit für Weiterbildung und politische Betätigung auf als Parteilose. Das ging auf Kosten der Hausarbeit. In den Familien der Parteimitglieder wurde die hergebrachte Arbeitsteilung offenbar eher beibehalten als bei Parteilosen. Die Arbeitsbelastung ging aber auch auf Kosten von Schlaf und Erholung. Parteimitgliedschaft bedeutete um 1930 vielfach also eine Belastung mit zusätzlicher Arbeit in Partei, Gewerkschaft und anderen Organisationen, es bedeutete auch vermehrte Anregung zur eigenen Fortentwicklung. Eintritt in die VKP bedeutete demnach für viele Arbeiter eine Veränderung ihres alltäglichen Lebensrhythmus. Allerdings nicht für alle, gerade unter Arbeitern war der Anteil der passiven Elemente, der „Karteileichen", hoch.

Nichtsdestoweniger muß man für die ersten Jahre des Fünfjahrplans feststellen, daß es der Sowjetmacht gelungen war, Arbeiter vermehrt zu mobilisieren, viele in die politische und gesellschaftliche Arbeit hineinzuziehen. Diesem Ziel diente u.a. der Ausbau von Produktionsberatungen und Betriebsversammlungen.[1207] Offenbar gelang es mitunter, einen hohen Prozentsatz der Belegschaften (50–80%) zum Besuch von Betriebsversammlungen und sogenannten „Polittagen" anzuhalten.[1208] Ein notorischer Mangel war allerdings ihre inhaltliche Ausgestaltung. Die Qualität der Referenten ließ oftmals zu wünschen übrig, die Vorträge waren trocken und rein akademisch, die Versammlungen schlecht organisiert.[1209] Die Zeitschrift „Partijnoe Stroitel'stvo" illustrierte ihre Kritik an der schlechten Agitationsarbeit mit einem Beispiel, das sie selber als charakteristisch bezeichnete. Da wurde in einem Rayon des Moskauer Gebiets eine Stoßarbeiterinnenversammlung einberufen – für 18.00 Uhr in den Gewerkschaftsklub. Ein Referent aus dem Moskauer Parteikomitee sollte über die innere und äußere Lage der UdSSR sprechen. Um 18.00 Uhr standen 1500 Arbeiter vor dem verschlossenen Klub, 18.30 Uhr kamen die Organisatoren und begannen den Saal zu schmükken, Parolen auszuhängen und die Prämien, die vergeben werden sollten, aufzubauen. Um 19.30 Uhr begann die Versammlung mit Bestimmung des Konferenzpräsidiums, die eine halbe Stunde in Anspruch nahm. Da die Tagesordnung lang war – Referat, Arbeitsbericht, Prämienvergabe, Begrüßung durch die lokalen Organisationen und zum Schluß eine Tasse Tee – wurde der Referent gebeten, den Vortrag kurz zu halten und auf die Diskussion zu verzichten. Der Redner benötigte immerhin 40 Minuten, beantwortete eine Reihe Fragen und eilte dann fort, um seinen Zug zu erreichen. Nun war es 22.00 Uhr und man konnte in den Rest der Tagesordnung eintreten.[1210] Für die Zuhörer, die einen Arbeitstag hinter sich hatten und am nächsten Morgen wieder an die Werkbank mußten, war das eineinhalbstündige Zuwarten und die späte Stunde eine Belastung. Dergleichen wirkte auf die Arbeiter gewiß nicht sehr ermunternd. Zudem scheint die Beteiligung der Arbeiter in der Regel auf das

[1207] Vgl. dazu oben Abschnitt 3.4.

[1208] Vgl. Iškova, K.: Za obrazcovuju postanovku rabočich sobranij, in: PS 1932, No. 23–24, S. 43–46, hier S. 44; Položitel'nyj opyt peredovych predprijatij, in: PS 1933, No. 5, S. 13–33, hier S. 26; ähnliche Zahlen wurden teilweise bereits 1927 angegeben: vgl. Gurevič, D.: Postanovka massovoj i vnutri-partijnoj raboty na krupnych predprijatijach, in: Izv CK 1928, No. 2 (223), S. 6–9, hier S. 7.

[1209] Efretov, D.: Povysit' aktivnost' i dejstvennost' partsobranij, in: PS 1932, No. 11–12, S. 29–32, hier S. 30f.; Iškova, K.: Organizacija političeskoj agitacii na predprijatijach, in: PS 1932, No. 9, S. 14–19, hier S. 14f.

[1210] Ebd.

Stellen von Fragen beschränkt gewesen zu sein. Dabei stand dann aber nicht die innere und äußere Lage der UdSSR im Mittelpunkt des Interesses, sondern Probleme des alltäglichen Lebens: Lohnhöhe, Lohnabzüge, Prämienvergabe, Versorgung, Behandlung von Arbeitsplatzwechslern, Fragen der Normung u. ä.[1211] Unter diesen Umständen – angesichts der schlechten Organisation und der Differenz zwischen Arbeitserwartungen und tatsächlichem Inhalt der Vorträge – ist der menschewistische Stimmungsbericht von einer solchen Arbeiterversammlung in Char'kov durchaus glaubwürdig: daß die Arbeiter nämlich das Referat belächelten und halblaut mit ironischen Bemerkungen kommentierten.[1212]

Enttäuschung vieler Arbeiter würde denn auch den Rückgang der politischen Aktivität in der Arbeiterschaft gegen Ende des 1. Fünfjahrplans erklären, der in den Zeitbudgetstudien sichtbar wird.[1213] In dieser Richtung können auch die Austritte von Arbeitern aus der VKP gedeutet werden, die 1931/32 in der Presse immer wieder beklagt wurden.[1214] Offenbar flaute der Enthusiasmus, mit der Teile der Arbeiterschaft in den ersten Jahren des Fünfjahrplanes reagiert hatten, bald ab, da die materiellen Probleme wuchsen und die zentrale Lenkung immer weniger politischen Spielraum ließ.

Diese Entwicklung wird auch am Schicksal der Kommunebewegung deutlich. Ende 1929, Anfang 1930 begann in den Industriebetrieben eine neue Form von Arbeiterselbstorganisation zu entstehen – Produktionskommunen. Unter dem Eindruck der Entfaltung des „Sozialistischen Wettbewerbs" und der Propagierung einer neuen, sozialistischen Einstellung zur Arbeit wurden vielerorts von meist jungen Arbeitern Kommunen organisiert, indem sie offenbar an Formen aus der sowjetischen Frühzeit[1215] anknüpften. Ohne Anstöße von seiten der VKP oder des Staates – die Initiative ging unzweifelhaft von Arbeitern aus –, schlossen sich Ende 1929 in einzelnen Betrieben Arbeiter zu „Produktionskommunen" zusammen.[1216] Auslöser war oft Desorganisation der Produktion, die die Arbeiter aus eigener Initiative beheben wollten. Im Mechanischen Werk von Zlatoust (Ural), einem der ersten Betriebe, in dem es zur Organisation von Kommunen kam, stießen die Arbeiter auf das Problem, daß die drei Schichten einer Abteilung an verschiedenen Bestellungen arbeiteten. Das erforderte zu Beginn jeder Schicht umfangreiche Einrichterarbeiten, die Zeit kosteten und die Produktivi-

[1211] Vgl. die Liste bei Efretov, in: PS 1932, No. 11–12, S. 31.

[1212] SV 1932, No. 10/11 (271–272), S. 24; ähnl. Reaktionen bei Kopelev: Und schuf, S. 262–264.

[1213] Vgl. oben Anm. 1204.

[1214] Vgl. oben Abschnitt 4.1.1; vgl. ferner Peskarev, in: PS 1931, No. 17, S. 43; Marčenko, S.: Zadači partijno-vospitatel'noj raboty v svjazi s rostom partii, in: PS 1932, No. 6, S. 30–37, hier S. 32; SV 1932, No. 20 (281), „Po Rossii".

[1215] Vgl. z. B. das Experiment einer Landkommune, an dem V. Serge beteiligt war: Serge: Revolutionär, S. 169ff.; man denke auch an die syndikalistischen Tendenzen, die z.B. in den Schriften der „Arbeiteropposition" zum Ausdruck kamen; Die russische Arbeiteropposition. Die Gewerkschaften in der Revolution, Reinbek 1972, insbesondere S. 122ff., 131ff.; vgl. auch die Diskussionen über Lebensformen Anfang der zwanziger Jahre: Kollontaj, A.: Thesen zur kommunistischen Moral in den ehelichen Beziehungen, in: Mänicke-Gyöngyösi, K. (Hrsg.): Entwicklunstendenzen der Lebensformen und ihre soziale Kontrolle (1917–1940), Ms. ursprünglich in: Kommunistka 1921, No. 12–13, S. 28–34; vgl. auch die in den zwanziger Jahren bestehenden Jugendkommunen, vgl. Najštadt, A./Ryvkin, I./Sosnovik, I.: Kommuny molodeži, Moskva 1931; Mehnert, K.: Amerikanische und russische Jugend um 1930, Stuttgart 1973, S. 226ff.

[1216] Vgl. Tandit, L.: Proizvodstvennye kommuny i zadači partorganizacii, in: PS 1930, No. 6, S. 44–48; Industrializacija SSSR 1929–1932, S. 506–508; Süß: Betrieb, S. 386ff.

tät senkten. Um diese Mißwirtschaft zu beseitigen, schlossen sich die drei Schichten zu einem Kollektiv zusammen und arbeiteten schichtweise an ein und derselben Bestellung.[1217] Die beteiligten Arbeiter verabschiedeten eine Satzung, die für Zeitverschwendung, Schlamperei am Arbeitsplatz, „Blaumachen", Produktion von Ausschuß Strafen vorsah, die bis zur Ausstoßung aus dem Kollektiv gingen.[1218] Das Kollektiv übernahm damit auf unterster Ebene selbst die Organisation der Arbeit, die Durchsetzung von Arbeitsdisziplin und Überwachung von Produktion, Aufgaben, mit der die Betriebsleitungen oftmals nicht zurechtkamen. Ähnliche Kollektive und Kommunen entstanden 1930 spontan in zahlreichen Betrieben. Die Organisationsformen waren ebenso vielfältig wie die Bezeichnungen: Produktionskollektiv, Stoßkollektiv, Produktionskommune. Von den Stoßbrigaden (udarnye brigady), in denen die Mehrheit der Stoßarbeiter organisiert war, und die eigentlich den „Sozialistischen Wettbewerb" trugen, unterschieden sich die Kommunen und Kollektive dadurch, daß sie in der Regel Arbeitsaufträge als „Team" übernahmen und den Lohn gemeinschaftlich empfingen. Für die interne Verrechnung der Löhne existierten verschiedenartige Systeme: Abrechnung nach Arbeitszeit und Tarifstufe, im Verhältnis zur Lohnhöhe vor Eintritt ins Kollektiv, oder aber – und das wurde als die entwickeltste Form bezeichnet – Aufteilung zu gleichen Teilen unter die „Kommunarden".[1219] Die Kommunen nahmen damit einen gesellschaftlichen Zustand vorweg, den die offizielle Politik offiziell anstrebte; insofern besaßen sie einen utopischen Charakter, auch wenn sie an kollektive Verhaltensweisen anknüpfen konnten, wie sie im russischen Dorf üblich waren. Andererseits unterliefen sie die Politik der Stimulierung durch materielle Anreize, die bereits vor 1931 existierte, nach der Stalin-Rede im Juni 1931 jedoch forciert wurde. Indem die Kollektive und Kommunen Erfordernisse proletarisch-betrieblicher Erziehung und Disziplinierung erfüllten, entzogen sie ihre Mitglieder teilweise dem herrschaftlichen Zugriff durch Betriebsleitung und Parteikomitee, – die diese Entwicklung im übrigen völlig verschliefen.[1220] Das emanzipatorische Moment, das gewiß nicht überall bewußt war, scheint mitunter doch durch. So wurden verschiedentlich Stimmen laut, die die Funktion der Betriebsleitung in Frage stellten:

> „... man sagt, wenn die Kommune selbst die Zurückhänger nachzieht, dann sterben die Pflichten der Administration ab."[1221]

Solche Tendenzen mußten den Apparat der VKP ebenso irritieren wie die Bestrebungen, die Löhne zu nivellieren. Eine Anzahl von Kommunen ging noch weiter. Über den Betrieb hinaus versuchten sie das Kollektiv auch im Privatleben weiterexistieren zu lassen. Gemeinsames Wohnen, gemeinsame Verfügung über das verdiente Geld und gemeinsame Arbeit sollte eine neue Form von Leben konstituieren. In einer Kommune des Werkes AMO in Moskau erhielt jedes Mitglied nur 8–12 Rbl. Taschengeld im Monat, mit dem Rest der Einkünfte

[1217] Industrializacija SSSR 1929–1932, S. 506.
[1218] Tandit, in: PS 1930, No. 6, S. 45.
[1219] Tandit, in: PS 1930, No. 6, S. 44f.; Industrializacija SSSR 1929–1932, S. 511f.; Antonov, G.: Za proizvodstvennye kollektivy bez uravnilovki i obezlički, in: PS 1931, No. 15–16, S. 41–46, hier S. 44; Samuèli, S.: Rabotu proizvodstvennych kommun i kollektivov na novye rel'sy, in: PS 1931, No. 15–16, S. 12–18, hier S. 14.
[1220] Vgl. Tandit, in: PS 1930, No. 6, S. 46f.; Kljušin, A.: Proizvodstvennye kommuny kak opyt kollektivnogo truda, in: PS 1931, No. 11, S. 23–27, hier S. 23, 26; Antonov, in: PS 1931, No. 15–16, S. 45.
[1221] Tandit, in: PS 1930, No. 6, S. 46.

wurden Wohnung, Lebensunterhalt, Kleidung u.ä. bestritten, in einer anderen Kommune verteilten die Kommunarden das Geld unter sich, das nach Bezahlung aller Haushaltungskosten der Kasse verblieb.[1222] Die Realisierung neuer Lebensformen war nicht einfach, die beengten Wohnverhältnisse, Geldfragen und zwischenmenschliche Beziehungen boten Stoff für zahlreiche Konflikte, die oftmals in langen Diskussionssitzungen ausgetragen werden mußten.[1223]

Die politische und kulturelle Aktivität von Kommunemitgliedern unterschied sich wohl nur wenig von dem Verhalten anderer Arbeiter. Allerdings waren sie in der Regel aktiver bei Produktionsberatungen und Betriebsversammlungen.[1224] Es gibt jedoch auch Indizien, die für einen höheren Aktivitätsgrad bei „Kommunarden" sprechen. Vergleicht man das Zeitbudget der Kommune des AMO-Werks – einer „Vollkommune", die auch außerhalb der Arbeit kollektive Formen verwirklichte – mit dem von Arbeitern unter 25 – die AMO-Kommunarden waren durchweg Jungarbeiter – erkennt man, daß die Dinge hier anders lagen:

Tab. 106: Zeitbudget von Kommunemitgliedern und Jungarbeitern 1930 (Auszug; Std. pro Person)[1225]

	AMO-Kommunarden	*männl. Arbeiter unter 25 J.*
Arbeit im Betrieb	6,51	5,3
Weiterbildung	3,86	2,3
gesellschaftl. Betätigung	0,88	0,6
Zerstreuung, Amüsement	1,37	2,8
Schlaf	7,58	7,6

Offensichtlich waren die Mitglieder dieser „Vollkommune" politisch und, was Weiterbildung anging, erheblich aktiver als ihre Altersgenossen. Der Versuch, neue Lebensformen zu entwickeln, erforderte ein geschärftes gesellschaftliches Bewußtsein, das sich eben auch in vermehrter Aktivität niederschlug. Damit würde auch zusammenstimmen, daß der Grad der Organisation in der VKP bei Kommunen und Kollektiven höher war als im Betriebsdurchschnitt. Das wird wenigstens in einem Fall – im Dzeržinskij-Werk in Dnepropetrovsk – auch bestätigt[1226], andere Daten liegen nicht vor. Angaben über die Zusammensetzung von Arbeitern in Produktionskommunen und -kollektiven liegen ebenfalls in aggregierter Form nicht vor, die verstreuten Einzelangaben sind oft widersprüchlich. Gibt eine Gewerkschaftsinformation auf der Grundlage von 57 Kommunen an, 68 % der Mitglieder seien über 25 Jahre alt, wird aus Dnepropetrovsk berichtet, 69 % seien unter 25 Jahre gewesen.[1227] Relativ einheitlich sind die Angaben über die berufliche Qualifikation der Kommunemitglieder: die Mehrheit

[1222] Najštadt: Kommuny, S. 42ff.; vgl. das Einnahmen- und Ausgabenbudget der AMO-Kommune, ebd. S. 45f.; Mehnert: Jugend, S. 231ff.
[1223] Ebd. S. 229–247; Najštadt: Kommuny, S. 25ff.
[1224] Antonov, in: PS 1931, No. 15–16, S. 44.
[1225] Nach Najštadt: Kommuny, S. 51; Mehnert: Jugend, S. 245; Trud v SSSR 1932, S. 170.
[1226] Antonov, in: PS 1931, No. 15–16, S. 42.
[1227] Industrializacija SSSR 1929–1912, S. 508; Antonov, in: PS 1931, No. 15–16, S. 42.

gehörte niedrigen oder mittleren Tarifgruppen an, hochqualifizierte Arbeiter standen der Kommunebewegung offenbar mit Reserve gegenüber.[1228]

Gerade aber bei den Niedrigqualifizierten, von denen viele erst unlängst in den Betrieb gekommen waren, bewährte sich die Erziehungsfunktion des Kollektivs. Die Produktivität der Kommunemitglieder war durchweg höher als die von Einzelarbeitern, die bei vergleichbaren Tätigkeiten eingesetzt waren, die Planerfüllungsquoten stiegen, die Kommunen erhielten vermehrt Prämien und das Lohnniveau stieg.[1229] Ein Vergleich zwischen den Produktionsdaten von Kommunen und Stroßbrigaden im Moskauer Elektrowerk illustriert die erzieherische Rolle der Kommunen:

Tab. 107: Produktionskennziffern von Kommunen und Stoßbrigaden im Moskauer Elektrowerk Januar–April 1931[1230]

	4 Kommunen (Durchschnitt)	*10 Stoßbrigaden (Durchschnitt)*
Produktivität (in % zum Dezember 1930)		
Januar	106,9	104,9
Februar	113,8	107,2
März	124,4	90,4
April	122,1	99,17
Mittel	116,2	105,7
Stundenlohn (in Kopeken)		
Januar	63	61,4
Februar	66,7	62,8
März	73,5	65
April	88,5	59,2
Mittel	79,4	62,1
„Blaumachen" (in Std.)		
Januar	5,3	13,3
Februar	0	19,6
März	0	14,7
April	2,8	13,3
Mittel	2	12,2
Ausschuß (in Rbl.)		
Januar	8,1	6,1
Februar	0,23	3,68
März	0	1,26
April	3,3	1,67
Mittel	2,38	3,18

[1228] Ebd.; Industrializacija SSSR 1929–1932, S. 508.

[1229] Antonov, in: PS 1931, No. 15–16, S. 42f.; Kljušin, in: PS 1931, No. 11, S. 25f.; Samuėli, in: PS 1931, No. 15–16, S. 14f.; Avangardnaja, in: PS 1931, No. 3–4, S. 27; Industrializacija SSSR 1929–1932, S. 512f.

[1230] Samuėli, in: PS 1931, No. 15–16, S. 15; Druckfehler korrigiert; Ausschuß z.T. neu berechnet; die

Sowohl was Produktivität betraf, wie sie in der Lohnhöhe Ausdruck fand, als auch im Hinblick auf Produktivitätszuwachs, Arbeitsdisziplin und Produktqualität waren die Kommunen den üblichen Organisationsformen des Wettbewerbs augenscheinlich überlegen. Der Zusammenschluß hochmotivierter Arbeiter, von denen viele über eine, wenn auch diffuse Vorstellung vom Ziel des sozialistischen Aufbaus verfügten, erwies sich für bestimmte Arbeitergruppen – vor allem solche mittlerer und niederer Qualifikation – als brauchbares Mittel, sich den industriellen Produktionsprozeß anzueignen, sich den ihm innewohnenden herrschaftlichen Elementen jedoch teilweise zu entziehen. Angesichts des Drucks von seiten politischer Apparate, die seit 1931 verstärkt versuchten, Gesellschaft und Betrieb unter herrschaftlichen Begriffen zu ordnen, waren der Rolle von Kommunen in der sowjetischen Gesellschaft darum enge Grenzen gesetzt.

Nach der Entstehung der ersten Produktionskommunen und -kollektive gegen Ende 1929 erlebte die Bewegung jedoch zunächst eine rasche Ausbreitung. Im März 1930 existierten bereits mindestens 922 Kommunen und Kollektive, vor allem in den traditionellen Industriegebieten um Leningrad, Moskau und im Ural.[1231] Nachdem die erzieherische und disziplinierende Funktion sichtbar geworden war, begannen auch die politischen und wirtschaftlichen Leitungsapparate sich dafür zu interessieren und versuchten, Kommunen auf administrativem Wege einzurichten.[1232] Die Presse begann die Kommune-Bewegung zu propagieren, zahlreiche Zeitungen berichteten positiv darüber, ja eine, die „Rabočaja Moskva"[1233], unterstützte ganz offen die Lohnnivellierung, selbst unter Einbeziehung des Managements, was ihr die scharfe Kritik der „Partijnoe Stroitel'stvo" einbrachte.[1234] Mitte 1931, d.h. etwa einundeinhalb Jahre nach Auftreten der ersten Produktionskollektive und -kommunen waren über 100000 Arbeiter, etwa 10–12% der Teilnehmer am „Sozialistischen Wettbewerb" in ihnen organisiert.[1235] Angaben für den April 1931, die ca. 40% der Industriearbeiter einbezogen, gehen davon aus, daß 11,2% aller Stoßarbeiter – und das heißt 7,2% aller erfaßten Industriearbeiter – in Produktionskollektiven oder -kommunen organisiert waren. Bezogen auf die Gesamtzahl der Industriearbeiter – ca. 4,6 Millionen[1236] – waren das 330 Tausend, davon etwa 115 Tausend in Produktionskommunen.[1237] Die Zahl derer, die versuchten diese Lebensform auch außerhalb des Betriebes zu praktizieren, dürfte allerdings erheblich geringer gewesen sein.

Das rasche, teilweise auch administrativ erzeugte Wachstum führte aber auch dazu, daß Kommunen entstanden, die keine Produktionserfolge nachweisen konnten. Außerdem mußte die politische Führung die wachsende Stärke einer „gleichmacherischen" Bewegung als Bedrohung empfinden, zumal seit Stalins Rede im Juni 1931 ein verstärkter Kampf gegen die „Gleichmacherei" (uravnilovka) geführt wurde.[1238] Die Lohnnivellierung innerhalb der

Größeneinheiten sind unmittelbar in der Tabelle nicht genannt, sie wurden aus dem Kontext erschlossen.

[1231] Tandit, in: PS 1930, No. 6, S. 46.
[1232] Vgl. die Anspielungen ebd. S. 45; Samuėli, in: PS 1931, No. 15–16, S. 13.
[1233] Industrializacija SSSR 1929–1932, S. 506ff.; Tandit, in: PS 1930, No. 6, S. 48.
[1234] Tandit, in: PS 1930, No. 6, S. 48.
[1235] Samuėli, in: PS 1931, No. 15–16, S. 12; Antonov, in: PS 1931, No. 15–16, S. 41.
[1236] Vgl. oben Abschnitt 3.2.
[1237] Nach Trud v SSSR 1932, S. 123.
[1238] Samuėli, in: PS 1931, No. 15–16, S. 18; Antonov, in: PS 1931, No. 15–16, S. 45.

Kommunen, das eigentlich utopische Moment, das eine gesellschaftliche Perspektive beinhaltete, geriet nun unter scharfen Beschuß. Die Autoren der parteioffiziellen Organisationsjournale kennzeichneten sie als „scheinbare Gleichheit", als „unnormal" und führten Marx' „Kritik des Gothaer Programms" und Stalinzitate dagegen ins Feld. Unter diesem Druck gaben in der Folge die Produktionskollektive und -kommunen die Umverteilung der Löhne und die Versuche, neue Lebensformen zu erproben, weitgehend auf.[1239] Sie gingen bald in den üblichen Organen des Wettbewerbs auf.

Die Kommunebewegung, in die gewiß nur ein Teil der Arbeiter einbezogen war, macht deutlich, daß wenigstens eine „Fraktion" der sowjetischen Arbeiterschaft unabhängig von der VKP eine gesellschaftliche Perspektive in der Industrialisierung sah und diese auch umzusetzen suchte. Unabhängig von materiellen Anreizen reagierte ein Gruppe von Arbeitern positiv auf die offiziell propagierte Zielvorstellung von Sozialismus. Einen revolutionär-sozialistischen Idealismus,Technikbegeisterung, sportliche Freude am Arbeitswettbewerb, die in einem Aufbauenthusiasmus mündete, muß bei einen Teil der Arbeiter als Motiv in Rechnung gestellt werden.[1240]

Während einige Arbeitergruppen wenigstens kurzfristig auf Angebote zu politischer Beteiligung und auf sozialistische Utopien[1241] enthusiastisch eingingen, müssen bei anderen Gruppen gänzlich abweichende Vorstellungen und Erfahrungen berücksichtigt werden. Das trifft vor allem für die Masse der Arbeiter zu, die erst unlängst vom Dorf in die Industrie gekommen waren und frische Erinnerungen an gewaltsame Kollektivierung, Getreideeintreibung und Hunger hatten. Obendrein waren sie noch stark von den Erfahrungen eines ländlichen Arbeitsrhythmus geprägt und hatten nach dem Eintritt in den Industriebetrieb zunächst mit Akkulturationsschwierigkeiten zu kämpfen. Mit Hilfe der Gewerkschaftsumfrage von 1932/33 kann man versuchen, die Konturen dieser Gruppe zu umreißen (Tab. 108). Etwa die Hälfte der sowjetischen Industriearbeiter kannte das Milieu des Dorfes vor der Kollektivierung aus eigener Anschauung – wahrscheinlich sogar noch etwas mehr, da Landarbeiter der sozialen Herkunft nach den Arbeitern, nicht den Bauern zugeordnet wurden –, ein beinahe ebenso hoher Prozentsatz war selbst in der Landwirtschaft tätig gewesen und 10–20 % waren noch unmittelbar verbunden mit der sozioökonomischen Entwicklung auf dem Dorf. Gewiß waren die Anteile in verschiedenen Industriezweigen verschieden hoch, doch selbst in den Branchen des Maschinenbaus, die einen hochqualifizierten Arbeiterkern benötigten, war der Einfluß agrarisch geprägter Arbeiter beträchtlich.

Die Kollektivierung mit ihren sozialen und politischen Folgen im Dorf mußte auch Folgen für die Einstellung der bäuerlich geprägten Arbeiter zur Sowjetmacht haben. Und gerade unter den Arbeitern, die während des Fünfjahrplans in die Betriebe gekommen waren, war der dörfliche Einfluß besonders stark (Tab. 109).

Gerade die jüngere Arbeitergeneration, die etwa die Hälfte der Belegschaften ausmachte, war stark durchsetzt mit ehemaligen Bauern, die die politische Repression, die Zerschlagung

[1239] Mehnert: Sowjetmensch, S. 80ff.

[1240] Vgl. auch S. Švarc: Poezija „šumasšedšego truda", in: SV 1931, No. 22 (260), S. 10f.; vgl. auch Kopelev: Und schuf, S. 251 ff.

[1241] Und der Begriff „Utopie" ist hier durchaus positiv zu verstehen.

Tab. 108: Bindung sowjetischer Arbeiter ans Land 1932/33 (in %)[1242]

Industriezweig	*soziale Herkunft:*				*Letzte Beschäftigung*		*Bindung ans Land*		
	Bauer	*davon: arme Bauern*	*Mittelbauern*	*Kolchosb.*	*Landarbeiter*	*Landwirt*	*Einzelbauer*	*Kolchosb.*	*zusammen*
Hüttenindustrie	45,1	30,8	10,2	4,1	16,0	35,7	5,9	9,2	15,1
Transportmaschinenbau	38,6	24,5	10,3	3,8	8,8	31,4	3,5	9,1	12,6
Landmaschinenbau	41,8	28,2	9,6	4,0	11,4	27,0	2,2	8,1	10,3
Flugzeuge, Automobile	45,1	22,7	13,4	9,0	6,3	34,3	4,2	13,5	17,7
Elektrotechn. Industrie	42,6	24,7	12,3	5,6	6,7	29,0	3,8	8,3	12,1
Zement u. Keramik	60,0	32,0	18,8	9,2	11,3	62,0	9,8	19,2	29,0
Papier	48,2	28,2	15,7	4,3	10,8	35,3	6,4	10,9	17,3
Baumwollverarbeitung	39,0	23,3	12,1	3,6	3,6	26,8	4,5	10,1	14,6
Mehl, Brot, Konditoreiwaren	57,4	34,1	17,9	5,4	9,7	47,6	6,2	13,5	19,7

Tab. 109: Bindung der Arbeitergenerationen 1928–1932 ans Land 1932/33 (in %)[1243]

Branche	*Insges. 28–32 erstmals im Betrieb*	*Eintrittsjahr: 1928/29*		*1930*		*1931*		*1932*	
		I	*II*	*I*	*II*	*I*	*II*	*I*	*II*
Hüttenindustrie	49,3	54,2	13,6	55,4	16,2	67,0	21,9	62,7	26,2
Transportmaschinenbau	42,5	38,2	11,9	37,7	15,0	54,5	23,4	50,7	22,1
Landmaschinenbau	54,1	37,7	9,0	36,6	11,6	48,5	15,7	48,7	18,0
Flugzeuge u. Automobile	57,3	39,0	16,1	40,5	18,7	51,6	27,5	50,9	30,0
Elektrotechn. Industrie	47,7	33,7	11,5	31,8	13,0	44,3	0,6	41,5	23,0
Zement u. Keramik	58,3	75,2	29,8	75,1	29,4	80,6	35,2	78,7	28,8
Papier	44,2	48,3	16,4	47,6	22,5	58,8	26,3	50,0	25,3
Baumwollverarbeitung	28,9	24,7	16,1	30,9	19,7	44,7	29,2	41,5	28,4
Mehl, Brot, Konditoreiwaren	51,7	58,0	16,9	61,3	21,3	68,9	29,1	64,5	31,6

[1242] Profsojuznaja perepis', S. 94ff.; vgl. ebd. S. 35ff.; *soziale Herkunft* bestimmt sich nach dem Beruf des Vaters; „Kulaki" sind in der Umfrage nicht einzeln aufgeführt, sondern als nichtarbeitendes Element gemeinsam mit Händlern u.ä.; da nur 0,2% der Arbeiter aus dem „nichtarbeitenden Element" stammten wurde diese Kategorie hier weggelassen; eine andere Frage ist, wieweit die Selbsteinschätzung – armer – mittlerer Bauer – den Realitäten entspricht, dies muß offen bleiben; die Bezeichnung *Landarbeiter* umfaßt Sowchosarbeiter und Lohnarbeiter in Einzelwirtschaften, *Landwirt* Einzelbauern und Kolchosmitglieder; *Bindung ans Land* heißt, daß der Arbeiter oder seine Familie eine Einzellandwirtschaft betreiben bzw. Mitglied in einem Kolchos sind; Verfügung über ein Haus mit zugehörigem Garten samt Milchvieh gilt nicht als ‚Bindung ans Land'; entscheidend ist das Vorhandensein von Arbeitsvieh und landwirtschaftlich bearbeiteter Fläche; eine Unterscheidung der Einzelbauern nach sozialer Kategorie erschien 1932 angesichts des Standes der Kollektivierung nicht mehr nötig; ebd. S. 71 u. 258f.

[1243] Profsojuznaja Perepis', S. 94ff.; vgl. ebd. S. 12;
I: letzte Beschäftigung vor Eintritt in die Industrie lag im Agrarsektor (in % des Jahrgangs der Branche);
II: Bindung ans Land als Einzelbauer und Kolchosmitglied (in % des Jahrgangs der Branche); vgl. ebd. S. 36 mit abweichenden Daten; dort werden Landarbeiter nicht mit einbezogen.

der hergebrachten dörflichen Strukturen und die aus der verfehlten Agrarpolitik resultierende Hungerkatastrophe am eigenen Leib erfahren hatten. Wie sich diese Arbeiter im Betrieb verhielten, darüber liegen kaum Informationen vor. Gewiß sind zeitgenössische sowjetische Quellen rasch bereit von „kulakischen Tendenzen" und „bäuerlichen Stimmungen" zu sprechen, wenn Arbeiter Widerstand leisteten, Unzufriedenheit äußerten oder hergebrachte gewerkschaftliche Kampfformen anwandten, doch hat dies die Begründung in dem damals gebräuchlichen Freund-Feind-Raster, es geht durchweg nicht auf soziale Analyse zurück. Nichtsdestoweniger muß man davon ausgehen, daß ein Gutteil der Arbeiter, ohnehin ohne technische Qualifikation, ja ohne jegliche technische Vorkenntnisse und an die Disziplin des industriellen Betriebsalltags nicht gewöhnt, sich mit der Staatsmacht, die das Getreide weggenommen, die Nachbarn deportiert hatte, nicht identifizierte. Die staatliche Obrigkeit, wie die Obrigkeit im Betrieb mußte ihnen als Gegner erscheinen, oder wenigstens als jemand, der keineswegs die Interessen der Arbeiter im Auge hatte. Die Mehrheit dieser Gruppe war gegen die Versuchung sozialistischer Utopien resistent, sie wurde eher durch das Angebot materieller Vorteile motiviert. Der Anreiz, sich zu qualifizieren und mehr zu verdienen, wurde denn auch in der Lohnpolitik der Jahre 1931 und 1932 verstärkt. Sie zielte darauf ab, Arbeitergruppen, die politisch nicht ansprechbar waren, auf anderen Wegen in den industriellen Arbeitsalltag zu integrieren.

Der Versuch, ein umfassendes und endgültiges Bild der politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der sowjetischen Arbeiterschaft zu entwerfen, wäre vermessen. Der Prozeß raschen Wandels war 1932/33 noch im Gange, gänzlich verschiedene politische Kulturen prallten aufeinander, eine Arbeiterklasse „für sich" existierte nicht, nur eine Vielzahl von Fragmenten und Gruppen, die – und das ist das Einende – alle dem industriellen Arbeitsalltag und den Zwängen politischer und betrieblicher Herrschaft ausgesetzt waren, auf die sie je nach angeeigneten Verhaltensweisen und Fertigkeiten unterschiedlich reagierten. So muß sich dieser Abschnitt darauf beschränken, eine Reihe von Dispositionen und Reaktionsweisen aufzuzeigen, die das politische Verhalten einzelner Teile der sowjetischen Arbeiterschaft bestimmen.

8.2. SOZIALER PROTEST UND FLUCHTREAKTIONEN IN DER SOWJETISCHEN ARBEITERSCHAFT

Die Frage nach dem Verhalten und der Einstellung einzelner Arbeitergruppen wird gerade angesichts der Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen wichtig. Die materielle Lage der Arbeiter verschlechterte sich seit 1929/30 rapide, der Reallohn sank, Wohnraum fehlte, die Versorgung mit Lebensmitteln stockte immer wieder. Im Betrieb war die Fünfjahrplanperiode durch zunehmende Arbeitshetze, durch Einführung neuer Technologien und Durchsetzung von Rationalisierung bestimmt, mancherorts gelang sogar die Schaffung funktionierender Normungsinstanzen. Zwar durchschaute die große Gruppe der „neuen" Arbeiter diese Entwicklung nur teilweise, da sie den Betrieb der NĖP aus eigener

Anschauung nicht kannten, aber auch ihnen konnten die Versorgungskrisen und die Kampagnen zur Intensivierung der Arbeit nicht ganz entgehen.

In Reaktion auf die Verschlechterung ihrer Lage entwickelten die sowjetischen Arbeiter eine Reihe von Verhaltensweisen, von bloßen Fluchtreaktionen bis hin zu offenem oder verdecktem Protest. Allerdings ist fraglich, wieweit es sich hier um politisch motivierten Widerstand handelte und um bewußtes Unterlaufen der an die Arbeiter gestellten Anforderungen, oder ob andere Mechanismen – z.B. die Jagd nach besserer Entlohnung – zum Tragen kamen. Die Formen, in denen man einen Ausdruck von sozialem Protest vermuten kann, sind vielfältig: Arbeitsplatzwechsel, „Blaumachen", Beschädigung von Maschinen, Ausschußerzeugung, Langsamarbeit und Produktionsstillstände, Bedrohung von Vorgesetzten und Stoßarbeitern und schließlich Arbeitsniederlegung, offener Streik. Lassen Aktionsformen wie Streik und tätlicher Angriff sich unmittelbar als Formen individuellen bzw. kollektiven Widerstands deuten, sind bei den anderen genannten Verhaltensweisen eine Vielzahl möglicher Faktoren in Rechnung zu stellen. Arbeitsunterbrechung, Beschädigung von Maschinen und Produktion von Ausschuß kann sehr wohl Ergebnis von schlechter Organisation und Mißmanagement, Folge des niedrigen Ausbildungsniveaus von Ingenieuren, Betriebsleitern und Arbeitern sein. Roh- und Brennstoffe von schlechter Qualität konnten die Produktion ebenso zum Erliegen bringen, wie Zulieferstockungen, die sich aus der desolaten Lage im Verkehrswesen ergaben. Ferner muß berücksichtigt werden, daß ein großer Teil der Arbeitskraft technisch unwissend war und keine angemessene Ausbildung besaß – viele waren vom Hakenpflug direkt an den Hochofen gekommen –, und die den Zwängen industrieller Produktion angepaßten Verhaltensweisen wie Präzision, Disziplin, Einpassung in den laufenden Arbeitsprozeß noch nicht hatten entwickeln können. Daß solche Unzulänglichkeit der neuen Arbeitskraft zu Streßreaktionen in der neuen Umgebung führen konnte, zu Verstörungen, teilweise zu Abwehrverhalten und zu Ausweichreaktionen, ist einsehbar. „Abweichendes Verhalten" von Teilen der Arbeiterschaft, d.h. Verhalten, das nicht den von Partei- und Sowjetführung gesetzten Normen entsprach, war also Ausdruck sozialer Konflikte, für die es eine ganze Reihe verschiedenartiger Ursachen gab. Zum einen waren es Anpassungs- und Akkulturationskonflikte, die sich aus dem raschen sozialen Wandel und der Verpflanzung ganzer Bevölkerungsgruppen aus dem ländlichen Milieu in das industrielle ergaben; zum anderen waren es Konflikte, die sich aus der Verschlechterung der materiellen Situation ergaben, und solche, die im Zuge der Durchsetzung stärker arbeitsteiliger Produktionsformen, der Einführung moderner Technologien entstanden, die zur Verschlechterung der Arbeitsplatzsituation und Verstärkung von Entfremdung führten; schließlich ging es auch um Herrschaftskonflikte, da sozialer Protest von seiten der politischen Führung alsbald als „Widerstand" aufgefaßt wurde und als solcher mit Repressionsmaßnahmen bekämpft wurde. Dennoch kann man nicht davon ausgehen, daß in der Arbeiterschaft tatsächlich ein politisches Widerstandspotential existierte, wiewohl Haltungen „sozialen Protestes" verbreitet waren.[1244]

[1244] Zur Problematik des Begriffs „Widerstand" vgl. die Überlegungen zur Definition von Arbeiterwiderstand in der NS-Zeit: Peukert, D.: Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933–1945, in: Der Nationalsozialismus als didaktisches Problem. Beiträge zur Behandlung des NS-Systems im Unterricht. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 156, Bonn 1980, S. 77–101; Mason, T.M.: Die Bändigung der Arbeiterklasse im nationalsozialistischen Deutschland. Eine Einleitung,

Eines der augenfälligsten Probleme, sowohl in ökonomischer wie in herrschaftlicher Hinsicht war die starke Fluktuation der Arbeitskraft. Der häufig Wechsel des Arbeitsplatzes, der die politische Erfassung der Arbeiter erschwerte und zugleich die Schaffung stabiler, eingearbeiteter Belegschaften verhinderte, bereitete Partei- und Wirtschaftsleitung offenbar erhebliches Kopfzerbrechen.[1245] Die Zahl der Arbeitsplatzwechsler, die bereits in den zwanziger Jahren hoch gewesen war, nahm 1929 rapide zu und erreichte 1930 einen Höhepunkt:

Tab. 110: Umschlag der Arbeitskraft in der Großindustrie der UdSSR 1926/27–1933[1246]

Jahr	*Arbeiterzahlen Jahresmittel (1000)*	*Zuwachs (jährl.) (1000)*	*Neueinstellung von Arbeitern*		*Weggang von Arbeitern*	
			Gesamt (1000)	*in % zur Gesamtzahl*	*Gesamt (1000)*	*in % zur Gesamtzahl*
1926/27	2439	145	2714	111,3 %	2538	104,5 %
1928	2691	252	2712	100,8	2486	92,4
1929	2923	232	3577	121,9	3367	114,8
1930	3657	752	6482	176,4	5600	152,4
1931	4619	944	6830	151,7	6318	136,8
1932	5153	534	6554	127,2	6987	135,6
1933	5135	–18	6347	123,6	6286	122,4

in: Sachse, C./Siegel, T./Spode, H./Spohn, W.: Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982, S. 11–53; Hüttenberger, P.: Vorüberlegungen zum Widerstandsbegriff, in: Geschichte und Gesellschaft 1977, Sonderheft 3, S. 117–139; Broszat, M., u. a. (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit, Bd. 4 München 1981; zu sozialem Protest und zu Akkulturationskonflikten in der westeuropäischen Industrialisierung vgl. u. a. Tenfelde, K./Volkmann, H. (Hrsg.): Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, insbesondere die Einführung: Zur Geschichte des Streiks in Deutschland, ebd. S. 9–30; Puls, D. (Hrsg.): Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert, Frankfurt 1979; ich danke Elisabeth Domansky und Ulrich Heinemann für ihre Hinweise.

1245 Vgl. Chejnman, S.: Tekučest' rabočego sostava v promyšlennosti SSSR, in: SO 1928, No. 5, S. 56–66; ders.: Problemy truda v plane socialističeskogo nastuplenija, in: PCh 1930, No. 12, S. 215–240; Kuznecov, A.: Voprosy organizacii truda v 1931 g., in: B 1931, No. 2, S. 28–46, hier S. 40; Gimmel'farb, S.: Likvidacija bezraboticy v SSSR i problema kadrov, in: PS 1931, No. 4–5, S. 23–56, hier S. 48f.; Gričmanov, A.: O komplektovanii, podgotovke i bor'be s tekučest'ju rabočich kadrov, in: SGRP 1931, No. 7, S. 20–34, hier S. 31ff.; Lejbman/Raisov, in: B 1931, No. 12, S. 14, 23; Ivanov, S.: Pod znakom realizacii ukazanij voždja, in: PS 1931, No. 15–16, S. 35–38; Tam, gde otstaet partrukovodstvo, in: PS 1931, No. 7, S. 23–36, hier S. 27f.; Morduchovič, Z. (Mochov): Na bor'bu s tekučest'ju rabočej sily, Moskva, Leningrad 1931; Berzon, V.: Podnjat' kačestvo organizacionno-partijnoj raboty, in: PS 1932, No. 21, S. 35–38, hier S. 35; Lejbman/Markus, in: B 1932, No. 3, S. 60; Industrializacija SSSR 1929–1932, S. 379ff., 439; Industrializacija SSSR 1933–1937, S. 414ff., 421ff., 491ff.; vgl. ferner Schwarz: Arbeiterklasse, S. 98ff.; Tekučest' rabočich v krupnoj promyšlennosti, in: BEKP 116. 1934, S. 13–18; BO 1930, No. 17–18, S. 37, 44; BO 1932, No. 31, S. 19; SV 1931, No. 4 (242), S. 9; SV 1932, No. 21 (282), S. 6f.; SV 1933, No. 16–17 (301–302), S. 7ff.; J. Barber bereitet eine Publikation über sowjetische Arbeiterklasse vor, die auch dieses Thema behandeln wird.

1246 BEKP 116. 1934, S. 14; Prozentberechnungen vom Verfasser; vgl. Trud v SSSR 1936, S. 95; Trud v SSSR 1932, S. 74f.; Soc. Stroit. 1934, S. 340–343; Morduchovič, S. 26f., 32ff.; Schwarz: Arbeiterklasse, S. 99.

War eine hohe Zahl von Neueinstellungen allenfalls noch durch den forcierten Ausbau der Industrie zu erklären, mußte die hohe Zahl der Abgänge alarmieren. 1930 überstieg sie die Arbeiterzahlen um mehr als 50%. Extreme Werte erreichte die Fluktuation in solchen Branchen wie dem Kohlenbergbau, in dem die Zahl der Neueinstellungen 1930 275,9% der Arbeiterzahlen betrug und die Zahl der Abgänge 282,6%; bei der Eisenerzförderung lagen diese Prozentangaben bei 306 bzw. 293% und der Nahrungsmittelindustrie 319,7 bzw. 294%. Vergleichsweise gering war die Fluktuation im Textilbereich (63,2%; 22,1%) und in der Erdölindustrie (99,0%; 85,0%).[1247] Nimmt man die Daten für die Gesamtindustrie als Durchschnittswerte, so hat jeder Arbeiter der sowjetischen Industrie in den vier Jahren des 1. Fünfjahrplanes mindestens fünfmal den Arbeitsplatz gewechselt.

Die hohe Mobilität der Bevölkerung war ein Charakteristikum der Industrialisierungsperiode. Millionen von Sowjetbürgern wechselten den Wohnort, eine ganze Gesellschaft war in Bewegung geraten:

Tab. 111: Bevölkerungsmobilität in den Städten 1928–1934 (in 1000)[1248]

Jahr	*Zuwanderung*	*Abwanderung*	*In den Städten verblieben*
1928	6477	5415	1062
1929	6958	5566	1392
1930	9534	6901	2633
1931	10810	6710	4100
1932	10605	7886	2719
1933	7416	6644	772
1934	11856	9404	2452

Die Bevölkerungsbewegung in der Phase der forcierten Industrialisierung beschränkte sich nicht auf Landflucht, auf eine bloße Dorf-Stadt-Wanderung. Viele Sowjetbürger verließen ihre Heimatstädte, um z.B. während der Kollektivierung Führungspositionen auf dem Land einzunehmen, viele gingen in die neu entstehenden industriellen Zentren im Ural und in Sibirien, oder in andere Städte – auf der Jagd nach einem besseren Auskommen. Viele wurden auch zwangsweise verschickt oder in Arbeitslager verbracht.

Die Fluktuation der Arbeitskraft war Teil dieser Migrationsbewegung. Sie erfaßte offenbar weite Teile der sowjetischen Arbeiterschaft. Gewiß stellten die neuen Arbeiter die Masse der Wechsler, da sie am Fabrikort nicht sozial verankert waren und kein Verhältnis zum Betrieb entwickelt hatten.[1249] Doch die Verschlechterung der Wohn- und Versorgungsbedingungen, der Mangel an qualifizierter Arbeitskraft, der die Betriebe dazu veranlaßte, sich erfahrene Arbeiter gegenseitig abzuwerben, und die Unausgeglichenheit des Tarifsystems, motivierten auch ältere, qualifizierte Arbeiter, den Arbeitsplatz wieder und wieder zu wechseln oder, wie es die Zeitgenossen nannten, „auf die Jagd nach dem langen Rubel“ zu gehen. Anhand von

1247 Trud v SSSR 1932, S. 74f.
1248 Trud v SSSR 1936, S. 7; vgl. ebd. S. 8 zur Verteilung von Frauen und Männern und zur Altersstruktur der Migrationsbewegung; vgl. Prokopovicz: Rußland, S. 18ff., mit eigenen Berechnungen.
1249 Lejbman/Markus, in: B 1932, No. 3, S. 58.

Zahlen über die lokale Industrie des Moskauer Gebiets läßt sich die Zusammensetzung der fluktuierenden Arbeitergruppen bestimmen:

Tab. 112: Zusammensetzung der eingestellten und entlassenen Arbeiter in der Moskauer Industrie 1930 (in %)[1250]

	Eingestellte Arbeiter	*Entlassene Arbeiter*
Qualifikation		
Hochqualifiziert	6,7	9,9
Qualifiziert	15,2	20,8
Halbqualifiziert	33,3	42,4
Unqualifiziert	44,8	26,9
	100,0	100,0
Produktionsalter		
bis zu 1 Jahr	13,1	5,1
1– 3 Jahre	18,1	14,3
3– 5 Jahre	15,4	15,3
5–10 Jahre	20,7	20,7
über 10 Jahre	32,7	44,6
	100,0	100,0

Betrachtet man die Zusammensetzung der Arbeiter, die aus den Betrieben ausschieden – und gut die Hälfte ging auf eigenen Wunsch[1251] – wird deutlich, daß auch der Arbeiterkern, die Belegschaftsmitglieder mit hoher Qualifikation und solche, die schon lange Jahre in der Produktion standen, von der Fluktuation erfaßt wurde. Besonders der hohe Prozentsatz von langgedienten Arbeitern, die ausschieden, sticht ins Auge: 44,6 % aller Wechsler hatten zehn und mehr Jahre an der Werkbank gestanden. Die Betriebe verloren ihre Kaderarbeiter, die ganze Klasse war in Bewegung geraten. Die Fluktuation der Belegschaften hatte zunächst

[1250] Morduchovič, S. 36f., vgl. ebd. S. 30f.; BEKP 116, 1934, S. 17; zum Vergleich die Zusammensetzung der Arbeiterschaft in zwei Moskauer metallverarbeitenden Betrieben. Trud v SSSR 1932, S. 82:

Produktionsalter Moskauer Arbeiter 1931

	Werk AMO	*Werk „Serp i Molot"*
bis zu 3 Jahren	39,2 %	39,2 %
3– 5 Jahre	11,8	9,6
5–10 Jahre	15,6	15,4
über 10 Jahre	33,4	35,8

vgl. Rašin: Sostav, S. 80:

Qualifikation Moskauer Metallarbeiter 1929

Hochqualifiziert	5,3 %
Qualifiziert	19,7
Halbqualifiziert	40,9
Unqualifiziert	29,3

Gerade angesichts der starken Fluktuation ist der Vergleich von Daten aus den Jahren 1929, 1930, 1931 nur mit Vorsicht gestattet, immerhin ergibt er einen Anhalt über die Größenordnung, in der die einzelnen Arbeiterkategorien im Betrieb vertreten waren.

[1251] Morduchovič, S. 38f.

einmal negative Folgen für die Betriebe, sie konnten kaum noch mit einer langfristig stabilen Mitarbeiterschaft rechnen. Wie rasch sich Zusammensetzung von Belegschaften veränderten, wird an einem Beispiel deutlich:

Tab. 113: Betriebstreue von Belegschaften in der „Lys'venskij zavod" und der „Nadeždinskij zavod" 1931–1932 (in %)[1252]

Zugehörigkeit zu dem betreffenden Betrieb	*1. 1. 1931*	*1. 4. 1932*
bis zu 1 Jahr	35,4	66,4
1– 3 Jahre	34,0	21,4
3– 5 Jahre	14,8	7,8
5–10 Jahre	9,3	3,1
über 10 Jahre	6,5	1,3

Das Wachstum der Betriebe und die Unfähigkeit der Betriebe, ihren alten Arbeiterstamm bei der Stange zu halten, führten dazu, daß der Kader verlorenging, der in politisch-psychologischer Hinsicht und in technischer die neuen Arbeiter hätte „einrahmen" und integrieren können. Das mußte sowohl dazu führen, daß sich bei Durchsetzung von industrieller Arbeitshaltung, Disziplin, Genauigkeit und Pünktlichkeit Komplikationen ergaben, als auch dazu, daß Traditionen der Interessenvertretung und des politischen Verhaltens nicht mehr weitergegeben wurden. Die „neue Arbeiterklasse", die in der forcierten Industrialisierung entstand, war geschichtslos.

Die Motive für den Weggang vom Arbeitsplatz waren vielfältig. Der Verlust von Stammarbeitern war u. a. sicher auch Folge der Aufstiegsbewegung, die über Ausweitung der Hochschulen und „vydviženie" in Gang gesetzt worden war, und die entscheidenden Anteil hatte an der Formierung der neuen sowjetischen Oberschicht. Andererseits spielten bei der Fluktuation aber auch Gründe wie schlechte Versorgungslage, schlechte Wohnbedingungen, signifikante Unterschiede der Entlohnung gleicher Tätigkeit in verschiedenen Betrieben, Verschlechterung der Situation am Arbeitsplatz durch Umstellung auf neue Technologien und Intensivierung der Arbeit eine Rolle.

Die Wohnraumprobleme erschwerten es den Arbeitern ungemein, in einem Ort festen Fuß zu fassen. Die Wohnheime und die Räume, die die Betriebe ihren Arbeitern zur Verfügung stellen konnten, waren meist völlig unzureichend. Da war zu wenig Platz, und solche Dinge wie Beleuchtung, Heizung und Kochgelegenheit fehlten. Das Werk Verchnij-Iževsk (Ural) brachte alle neuen Arbeiter in Baracken unter, Betten gab es keine, zur Beleuchtung dienten zwei, drei Petroleumlampen ohne Glaszylinder.[1253] Besser sah es in Magnitogorsk aus, dort hatten Arbeiter teilweise immerhin zu zweit einen Raum von 7 m^2 mit Bettgestellen; Öfen

[1252] BEKP 116. 1934, S. 17; vgl. Volčenko, V. A.: Čislennost' i sostav promyšlennych kadrov Kuzbassa v 1926–1937 gg., in: Formirovanie 1964, S. 261–272, hier S. 267; es handelt sich bei den beiden oben angeführten Betrieben um Hüttenwerke im Uralgebiet; im Ural war die Arbeiterzahl zwischen 1929 und 1933 um ca. 90% gestiegen, Trud v SSSR 1934, S. 6f. in der Hüttenindustrie des Ural stieg die Arbeiterzahl von 1. 1. 31 bis 1. 1. 32 von 59700 auf 65000, d. h. um ca. 9%, vgl. Industrializacija SSSR 1929–1932, S. 458f.

[1253] Schwarz: Arbeiterklasse, S. 72, nach Trud 3. 3. 34; zur Wohnraumfrage vgl. oben Abschn. 3. 3.

hatten sie selbst gebaut. Allerdings leckte in wenigstens einem Fall das Barackendach, und die Küche war nicht benutzbar, da in Wohnraum umgewandelt.[1254] In einer Reihe von Betrieben, z.B. dem Nadeždinsker Werk oder dem Alapaevskij-Werk schliefen die Arbeiter in der Werkhalle oder gingen zum Übernachten auf den Bahnhof.[1255] Daß Leute, die unter solchen Bedingungen dahinvegetierten und schwere physische Arbeit verrichteten, nicht unbedingt große Betriebstreue entwickelten, ist verständlich.

In gleicher Weise wirkt sich die Versorgungslage aus. In Magnitogorsk hatten die Genossenschaftsläden meist nur Brot zu verkaufen, das obendrein von schlechter Qualität war. Die Werkskantine bot nur einen unvollkommenen Ausgleich: ein Teller Suppe mit ein bißchen Kohl, einer Spur Fett und Buchweizen, mitunter ein Knochen, gefolgt von einem Teller Kartoffeln, einem Stückchen Fleisch, übergossen mit Brühe, dazu ein großes Stück Schwarzbrot, galt als gutes Mittagessen.[1256] Gewöhnlich war das Essen schlecht, die Warteschlangen lang, die Eßräume verdreckt.[1257] Im Werk Nižnij Novgorod war die tägliche Suppe so schlecht, daß die Arbeiter sie schlicht als „Gärfutter" bezeichneten.[1258] In der Regel stellte die Versorgungslage keinen Anreiz dar, am Ort zu bleiben, ja, wenn ein Betrieb es verstand, über betriebseigene Landwirtschaft und geschickte Einkäufer das Versorgungsniveau ein wenig anzuheben, war das für viele Arbeiter ein starkes Motiv, dorthin zu wechseln.

In einer ganzen Reihe von Fällen spielte auch das Lohnniveau eine Rolle. Die Tarifstruktur war in der sowjetischen „Planwirtschaft" unübersichtlich und voller Widersprüche. Ein Arbeiter konnte bei gleicher Qualifikation und ähnlicher Tätigkeit in verschiedenen Betrieben und verschiedenen Branchen ganz unterschiedliche Löhne beziehen. Dazu kam, daß die Normenkontrolle durchweg im argen lag; ob Akkordsätze überhöht oder zu niedrig angesetzt waren, ob die mögliche Arbeitsleistung erreicht wurde oder nicht, übersah das unerfahrene, schlecht qualifizierte Leitungspersonal oft nicht. Wie verzerrt die Lohnsätze waren, das illustriert ein Vergleich zwischen mehreren Betrieben (Tab. 114).

Ein Werkzeugmacher der 6. Tarifklasse im „Vulkan" verdiente mehr als sein höher eingestufter Kollege im Werk „Skorochod" und einer der 7. Tarifklasse im Werk „Vulkan" mehr als ein Werkzeugmacher der 8. Stufe im Werk „Banner der Arbeit" No. 3. Ganz ähnlich sah es bei den Reparaturschlossern aus. Ein Facharbeiter konnte ohne Aufstieg in eine andere Tarifgruppe, nur durch Wechsel des Betriebes, einen erheblich höheren Stundenlohn erlangen. Das mußte Arbeitsplatzwechsler geradezu ermutigen. Verstärkt wurde diese Tendenz noch durch falsch angesetzte oder nicht vorhandene technische Normung. Infolge ungenau kalkulierter Akkordsätze erfüllte ein Arbeiter die Norm in einem Betrieb leicht fünf- bis sechsmal, während anderswo eine scharf kalkulierte Norm gerade zu erfüllen war. Das schlug sich natürlich im Lohnniveau nieder. Im Uralgebiet gab es 1930 nur in ca. 10% der Betriebe eine technische Normung, sonst peilte man über den Daumen.[1259] Offiziell hieß das „normirovanie

[1254] Scott, S. 51–53.
[1255] Morduchovič, S. 73.
[1256] Scott, S. 290, 49ff., 55f., 43f.
[1257] Morduchovič, S. 76.
[1258] Gričmanov, in: SGRP 1931, No. 7, S. 33.
[1259] Morduchovič, S. 63; Lejbman/Raisov, in: B 1931, No. 12, S. 24; Gričmanov, in: SGRP 1931, No. 7, S. 32f.

Tab. 114: Lohnsätze von Facharbeitern in der Metallindustrie 1930 (in Rbl.)[1260]

1. Stundenlohn von Werkzeugmachern

	6. Tarifklasse	*7. Tarifklasse*	*8. Tarifklasse*
Max-Hölz-Werk	1,03	1,41	1,63
Mech. Štampov.	1,31	1,55	–
„Vulkan“	1,48	1,90	–
„Banner der Arbeit“ No. 3	0,84	1,06	1,19
„Skorochod“	0,87	1,08	–

2. Stundenlohn von Reparaturschlossern

	5. Tarifklasse	*6. Tarifklasse*	*7. Tarifklasse*
Mech. Štampov.	1,08	1,43	1,76
„Rotes Dreieck“	1,02	1,17	1,43
„Roter Oktober“	0,74	0,86	1,01
„Banner der Arbeit“ No. 2	0,73	0,91	1,00

p.s.“ (po soobraženiju – nach Abschätzung), die Arbeiter nannten das „normirovanie s.p. (s potolka – aus der Luft gegriffen / wörtl.: von der Decke).[1261] Die von Betrieb zu Betrieb unterschiedliche Normung gab den Arbeitern die Möglichkeit, Maßnahmen zur Intensivierung der Arbeit zu unterlaufen, indem sie einfach den Arbeitsplatz im Betrieb oder den Betrieb selbst wechselten. Die Arbeiter reagierten auch auf schlechte Arbeitsbedingungen. So war in Abteilungen mit erhöhter Gefährdung und der weitgehend üblichen Vernachlässigung der Arbeitsschutzbestimmungen die Fluktuation höher als anderswo. Z.B. liefen in einer Thermometerfabrik, in der Quecksilberdampf die schlecht belüfteten Räume füllte und die Temperatur bei 30–35° lag, die Arbeiter ebenso fort, wie im Hüttenwerk Nadeždinsk und dem Werk „Krasnyj Profintern“, deren Betriebsleitungen keine Spezialschuhe und Schutzkleidung ausgab.[1262] Die Fluktuation der Arbeitskraft war also zum einen sicher Folge starker Vermehrung der Arbeitskraft, die zu einer Erhöhung des Anteils neuer Arbeiter geführt hatte, die im industriellen Produktionsprozeß erst Fuß fassen mußten, sie war aber auch Reaktion auf die Intensivierung der Arbeit und die Verschlechterung der gesamten Lebens- und Arbeitssituation, die Ergebnis des forcierten industriellen Ausbaus war. Fluktuation ist gewiß kein Zeichen bewußten Widerstandes, doch ist sie Gradmesser der Unzufriedenheit mit Lebensverhältnissen und Arbeitsplatz.

Ein anderes Merkmal für Unzufriedenheit war die Zunahme von Fehlstunden. Arbeiter blieben vermehrt ohne Angabe von Gründen der Arbeit fern – sie „machten blau“.[1263]

[1260] Morduchovič, S. 56; vgl. auch Chejnman, in: PCh 1930, No. 12, S. 219; Lejbman/Rajsov, in: B 1931, No. 12, S. 23; Gričmanov, in: SGRP 1931, No. 7, S. 32.

[1261] Lejbman/Raisov, in: B 1931, S. 24.

[1262] Morduchovič, S. 71.

[1263] Zum „Blaumachen“ vgl. oben Abschnitt 3.1.; ferner: Ivanov, in: PS 1931, No. 15–16, S. 35; Ivanov, I.: Mobilizirovat' massy na bor'bu s progulami, in: PS 1933, No. 1–2, S. 60–63; Jurov, M.: Partorganizacija v bor'be za povyšenie kačestva produkcii, in: PS 1933, No. 9, S. 34–37, hier S. 34; ders.: Elektrozavod v bor'be za uplotnennyj rabočij den' i vysokuju proizvoditel'nost' truda, in: PE

Zugleich stieg auch die Zahl der Tage, an denen Arbeiter mit Einwilligung der Leitung der Arbeit fernblieben, wegen Tätigkeit in Organisationen u. ä., und die Zahl der Krankheitstage. Ab 1932 war diese Entwicklung dann wieder rückläufig:

Tab. 115: Das Arbeitsjahr sowjetischer Industriearbeiter 1927–1934 (Tage im Jahr auf einen Arbeiter)[1264]

Jahr	*I*	*II*	*Fernbleiben vom Arbeitsplatz:*					
			a.	*b.*	*c.*	*d.*	*e.*	*f.*
1927	260,85	1,69	63,29	14,02	14,76	3,45	6,94	102,46
1928	263,02	1,93	62,29	14,22	15,23	3,59	5,72	101,05
1929	264,19	1,32	62,45	13,96	15,39	3,6	4,09	99,49
1930	252,65	4,88	68,59	14,02	15,24	5,13	4,49	107,47
1931	253,24	1,17	69,57	14,21	15,62	5,23	5,96	110,59
1932	257,24	1,24	67,07	15,07	14,24	5,18	5,96	107,52
1933	265,85	1,77	64,87	13,68	13,05	4,85	0,93	97,38
1934	265,42	1,78	65,82	14,32	13,35	3,54	0,67	97,8

Die Tabelle wirft ein bezeichnendes Licht auf die Veränderungen im Betriebsalltag der sowjetischen Arbeiter. Die Zahl der tatsächlichen Arbeitstage ging 1930 schlagartig zurück und stieg dann langsam wieder, bis 1933/34 ein Niveau erreicht wurde, das deutlich über dem der NĖP lag. Die Angaben für 1933/34 würden – sofern sie der Wahrheit entsprechen – mit der These harmonieren, daß der Betrieb der dreißiger Jahre mit moderner Technologie und verstärktem außerökonomischen Zwang dem Arbeiter erheblich weniger Freiraum ließ als der Betrieb der zwanziger Jahre.

Die Schwankungen der Jahresarbeitszeit sind auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen. So stieg 1930, nach Einführung der „ununterbrochenen Arbeitswoche" mit Fünftagerhythmus (vier Arbeitstage, ein Ruhetag)[1265] die Zahl der Ruhetage (Sonn- und Feiertage) an

1933, No. 6, S. 132–144, hier S. 136f.; Lejbman, in: B 1931, No. 17, S. 54f.; O bor'be s progulami, in: B 1932, No 21, S. 1–7; Industrializacija SSSR 1933–1937, S. 416; SV 1932, No. 23 (284), S. 16; Tverdochleb, A. A.: Čislennost' i sostav rabočego klassa Moskvy v 1917–1937, in: Vestnik Moskovskogo Universiteta, ser. IX, No. 1, S. 16–33, hier S. 29.

[1264] Trud v SSSR 1936, S. 96; I: tatsächlich gearbeitet; II: ganztägige Stillstandszeiten; a.: Sonn- und Feiertage; b.: regulärer Urlaub; c.: Krankheit und Geburt; d.: Fernbleiben mit Begründung; e.: Fernbleiben ohne Begründung („Blaumachen"); f. Fehltage insgesamt; vgl. ferner: ebd. S. 78; Trud v SSSR 1926–1930, S. 18f.; Trud v SSSR 1932, S. 74; SO 1930, No. 1, S. 128; SO 1930, No. 2, S. 101; SO 1930, No. 3–4, S. 111; vgl. Soc. Stroit. 1934, S. 339:

Entwicklung der Arbeitszeitverluste durch „Blaumachen" in der Großindustrie 1925–1932

Industriezweig	*Fehltage pro Arbeiter im Jahr:*							
	1925	*1926*	*1927*	*1928*	*1929*	*1930*	*1931*	*1932*
Ganze Industrie	7,43	7,86	6,94	5,72	4,09	4,49	5,96	5,96
Steinkohle	30,9	30,3	28,5	24,1	19,2	13,78	13,32	10,54
Maschinenbau	6,46	6,27	5,05	4,45	2,7	4,47	5,71	5,2
Hüttenindustrie	9,37	8,89	6,85	5,81	3,67	4,27	5,63	4,21
Chem. Ind.	3,66	3,71	2,95	2,23	1,19	2,56	4,33	4,28
Baumwollverarbeitung	3,71	3,68	2,74	2,3	1,43	2,36	3,32	3,86

[1265] Vgl. Schwarz: Arbeiterklasse, S. 283ff.; Trud v SSSR 1932, S. 128.

und ging erst 1932/33 nach Abschaffung dieser Regelung wieder zurück. Die „Stillstandszeiten" infolge von Zulieferstockungen und Havarien schnellten 1930 nach oben; daß sie 1931 gleich wieder auf ein Niveau unter dem von 1929 abfielen, erscheint angesichts des desolaten Zustandes der Industrie allerdings unglaubhaft. Ein deutlicher Anstieg war in der Spalte „Fernbleiben mit Begründung" zu beobachten. Da hierunter Teilnahme an Produktionsberatungen, Gewerkschafts- und Parteiarbeit fielen, wird daran die Zunahme an gesellschaftlicher Aktivität 1930 und 1931 deutlich, die dann wieder zurückging, bzw. in die freie Zeit verlagert wurde. Das trifft sich mit den Schlußfolgerungen über die Politisierungswelle innerhalb der sowjetischen Arbeiterschaft, die sich aus den Zeitbudgetstudien ableiten lassen.[1266] Schließlich nahm auch die Zahl der „blaugemachten" Tage zu. So entsteht das Bild eines Betriebes, in den seit 1929/30 einiges in Bewegung geraten ist: organisatorische Umstellung, Politisierung der Belegschaften, Rückgang der Arbeitsdisziplin – ein Bild, das von anderen Quellen bestätigt wird. Nach 1932 setzte dann offenbar eine Regulierung und Disziplinierung ein, die nicht nur „Sonn- und Feiertage" und Fehlen mit Begründung verringerte, sondern auch „Blaumachen" verfolgte und – offenbar Folge verschärften Druckes – sogar die Krankheitstage verringerte.

Das Fernbleiben vom Arbeitsplatz ohne Begründung, das Schwänzen bzw. „Blaumachen", das 1930 deutlich anstieg und erst 1933 anscheinend unter Kontrolle gebracht wurde – jedenfalls statistisch –, kann wie die Fluktuation als Indikator für Akkulturationskonflikte dienen, aber auch als Indikator dafür, wie Arbeiter auf die Verschlechterung der materiellen und betrieblichen Situation reagierten. Auch wenn die sowjetischen, zeitgenössischen Quellen sich dazu ausschweigen, kann man wohl davon ausgehen, daß in der Zahl der ‚Fehltage' die Streikzeiten enthalten sind. Und 1931/32 kam es vielerorts zu Unruhen und Streiks.[1267] Darüber hinaus ist auch an Fluchtreaktionen zu denken, an Unlust, individuelles Schwänzen nach Saufereien („blauer Montag") und an Besorgungen während der Arbeitszeit. Das Absinken der Arbeitsdisziplin, das darin zum Ausdruck kommt, ist gewiß z.T. Folge des starken Zuzugs neuer Arbeitskraft, die mit den Bedingungen industrieller Produktion nicht zurechtkam.[1268] Die Unordnung in den Betrieben, die Schwäche der Meister und vieler Betriebsparteiorganisationen, die durch die Finger sahen, um es mit den Arbeitern nicht zu verscherzen, förderten ein derartiges Verhalten.[1269] Niedrige Arbeitsdisziplin bei neuen Arbeitern war jedoch nicht der einzige Faktor, der sich hier auswirkte. Die Versorgungsschwierigkeiten spielten ebenso eine Rolle. Langwieriges Schlangestehen nach Lebensmitteln, Suche nach Brennholz, Hamsterfahrten, kurz die Sorge um die alltäglichen Lebensbedürfnisse, die in dieser Phase allgemeinen Mangels viel Zeit kostete, zwang die Arbeiter, ihren Arbeitsplatz stunden- oder tagweise im Stich zu lassen.[1270] Wie bei der Fluktuation spielten beim „Blaumachen" ökonomische und außenverantwortete Mißstände eine Rolle, ebenso wie Einstellung und Motivation bestimmter Arbeitergruppen. Im Resultat zeigt sich, daß politische und betriebliche Leitungsapparate von dem raschen Wachstum der Industrie

[1266] Vgl. oben Abschnitt 8.1.
[1267] Vgl. dazu weiter unten in diesem Abschnitt.
[1268] Vgl. O bor'be, in: B 1932, No. 21, S. 3; Chain/Chandros, S. 6.
[1269] P. Š.: Šachtnye jačejki – licom k osvoeniju techniki, in: PS 1933, No. 7–8, S. 48–50, hier S. 49.
[1270] SV 1932, No. 32 (284), S. 16; ein Zusammenhang zwischen Arbeitsdisziplin und Versorgungslage wird auch hergestellt bei Jurov, in: PE 1933, No. 6, S. 137; Ivanov, in: PS 1933, No. 1–2, S. 62.

und der Arbeiterzahlen überfordert waren. Die Integration der Massen neuer Arbeiter gelang zunächst nicht und die Probleme waren um so größer, als die materielle Lage der unmittelbaren Produzenten infolge der verfehlten Agrarpolitik immer schlechter wurde.

Fluktuation der Arbeitskraft und eigenmächtiges Fernbleiben desorganisierten den Produktionsprozeß, der ohnehin infolge des niedrigen Qualifikationsniveaus des technischen Personals, infolge von Leitungswirrwarr, Zulieferschwierigkeiten und Unfähigkeit mit moderner Technologie umzugehen, vielerorts erheblich gestört war. Havarien, Stillstände und Ausschußproduktion waren an der Tagesordnung. Wie groß der Anteil der Vorfälle war, die von Arbeitern absichtlich oder aus Unkenntnis verschuldet wurden, ist schwer zu bestimmen, Schuldzuweisungen wurden allerdings vorgenommen. Alle diese Faktoren, objektive wie subjektive, führten jedenfalls dazu, daß die Produktivität stagnierte, die technische Ausrüstung rasch verschlissen wurde und ein beträchtlicher Teil der Produktion Ausschuß war. Allein 14–15 Wirtschaftsvereinigungen der Schwerindustrie erlitten im 1. Halbjahr 1933 durch „Bruch" Verluste in der Höhe von 200 Millionen Rubel.[1271] Im Moskauer Elektrokombinat waren 20% der hergestellten Glühbirnen Ausschuß, die übrigen hatten eine Lebensdauer von 400–500 Stunden Brennzeit, nicht wie geplant 800–900 Stunden.[1272] Im Dzeržinskij-Werk betrug der Ausschuß bei der Herstellung von Kesselstahl im 1. Halbjahr 1930 32%, im Marty-Werk bei der Stahlerzeugung 32%, im Nadeždinskij-Werk 30%.[1273] In der Textilindustrie war in der Regel 50% der Produktion Ausschuß.[1274] Verluste entstanden auch durch Havarien und übermäßig raschen Verschleiß von Maschinen. Im Stahlwerk Zlatoust stand die Ausrüstung der Schmiede 1932 45% der Zeit still, die Martinsöfen 30%.[1275] Im Kohlenbergbau des Ural sah es ähnlich aus: im November 1932 gab es in einer Zeche 15 Arbeitsunterbrechungen, da die Grubenbahn immer wieder defekt war.[1276] In einem Kiever Textilbetrieb erreichte der Verschleiß der – größtenteils ganz neuen – Ausrüstung 30–35% des Wertes. Reparaturen wurden meist zu spät oder gar nicht vorgenommen.[1277] Zwar spielten bei dieser Entwicklung verschiedene Faktoren mit – Mißmanagement, Unkenntnis bei Leitern und Arbeitern usf. –, doch ist vielerorts mehr oder minder bewußtes Arbeiterhandeln zu erkennen. Schwierigkeiten machten offenbar vor allem neue Arbeiter, die mit Ausrüstung und Material nicht sonderlich sorgfältig umgingen. Mangelnde Qualifikation spielte hier ebenso eine Rolle wie fehlende Bereitschaft, sich mit dem Betrieb und der Arbeit zu identifizieren.[1278] Doch auch qualifizierte Arbeiter störten – teilweise wohl mit Vorsatz – den Arbeitsablauf und unterliefen Maßnahmen, die der Intensivierung der Arbeit dienen sollten. In Kiev wurden Reparaturen von Werksschlossern angeblich mit Absicht schlampig ausgeführt, in einer Zeche der Uralregion ließ eine Gruppe von Elektroschlossern die Fördereinrichtungen defekt werden, um das Arbeitstempo zu bremsen; Turbogeneratoren und Maschinenstraße

[1271] Vgl. oben Abschnitt 6.; vgl. Kaganovič, in: B 1933, No. 18, S. 13; zur Ausschußproduktion vgl. auch Lejbman/Markus, in: B 1932, No. 3, S. 60.

[1272] Jurov, in: PS 1933, No. 9, S. 34.

[1273] Rakovskij, Ch.: Na s-ezde i v strane, in: BO 1931, No. 25–26, S. 9–32, hier S. 12.

[1274] Ebd.

[1275] Šenderovič, in: PS 1933, No. 5, S. 34; vgl. zu solchen Betriebsstörungen auch Kasparov, in: PS 1931, No. 9–10, S. 28.

[1276] P.S., in: PS 1933, No. 7–8, S. 48.

[1277] Meksina, in: PS 1933, No. 7–8, S. 53.

[1278] Chain/Chandros, S. 8.

einer Papierfabrik wurden von einem Unbekannten demoliert, der Sand und Nägel in Getriebe und laufende Teile praktizierte.[1279] Scott berichtet aus Magnitogorsk ebenfalls Fälle, die er für bewußte Sabotage hielt. So fand man in einer zerstörten Gasturbine einen Schraubenschlüssel, den wahrscheinlich ein namentlich bekannter Vorarbeiter dorthin praktiziert hatte; in einem anderen Fall hatte jemand das Hauptlager und die Schmierbüchsen einer Turbine mit zerstoßenem Glas gefüllt, was – wäre es nicht rechtzeitig entdeckt worden – zur Zerstörung der Anlage geführt hätte.[1280] Das waren bereits Akte, die auf bewußtes Handeln und massive Unzufriedenheit einzelner Arbeiter schließen lassen. In dieselbe Richtung deuten Nachrichten über die starke Zunahme von Diebstählen. Wie in den Jahren 1920/21 griffen Arbeiter zu einer Art von Selbsthilfe, um der schlechten Versorgungslage und der Teuerung entgegenzuwirken: sie stahlen wie die Raben. Sie stahlen Ausrüstung, Halbfabrikate und Fertigprodukte, sie stahlen Frachtgüter von der Eisenbahn und von Binnenkähnen, sie stahlen in Läden und Lagern und sie verkauften das Diebesgut auf dem Markt oder tauschten es gegen Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs ein.[1281] Die Sowjetmacht reagierte darauf mit großer Schärfe. Am 7. August 1932 wurde ein Gesetz erlassen, das Diebstähle an öffentlichem bzw. „sozialistischem" Eigentum mit schärfsten Strafen belegte, selbst die Todesstrafe konnte ausgesprochen werden.[1282] Die Zunahme von Eigentumsdelikten in Betrieben belegt, daß es bei Teilen der Arbeiterschaft nicht weit her war mit der Identifikation mit dem Betrieb. Das mag Folge des Zuzugs neuer Arbeitskräfte gewesen sein, in jedem Falle ist es ein Indiz dafür, daß Arbeiter den Staatsbetrieb nicht als kollektiven Besitz verstanden, sondern als etwas Fremdes und die Betriebsleitung als Gegner.

Die Reserve gegenüber Management und gegenüber den Bestrebungen zur Intensivierung der Arbeit wird ganz deutlich im Verhalten gegenüber Meistern und Stoßarbeitern, das vielerorts gespannt war.[1283] Das äußerte sich immer wieder in Bedrohung von Stoßarbeitern oder gar in tätlichen Angriffen auf sie. Als z. B. bei Einführung des „Sozialistischen Wettbewerbs" in einem Textilbetrieb in Serpuchov zwei Arbeiterinnen die Norm übererfüllten, kam es zu einem Auflauf der übrigen Arbeiterinnen, die gegen den Wettbewerb demonstrierten. Ähnlich ging es einer Arbeiterin, die in der Fabrik „Proletarka" zwei Maschinen gleichzeitig bediente und die deshalb von einer Abteilungsdelegierten angegangen wurde.[1284] Zu Schlägereien kam es in Magnitogorsk, bei denen Arbeiter nicht nur mehrfach Angehörige nationaler Minderheiten verprügelten, sondern auch Stoßarbeiter zusammenschlugen, in Einzelfällen sogar umbrachten.[1285] In der Char'kover Lokomotivenfabrik, in der die Werkbänke der

[1279] Meksina, in: PS 1933, No. 7–8, S. 53; P.Š., in: PS 1933, No. 7–8, S. 49; Kačestvo, in: PS 1933, No. 7–8, S. 47.

[1280] Scott, S. 222f.; vgl. ebd. S. 164 über eine Havarie, bei der Scott die Schuldzuweisung für nicht angemessen hielt.

[1281] Vgl. Meksina, in: PS 1933, No. 7–8, S. 53; Karpova u.a.: Avangardnaja rol' kommunista na predprijatii, in: PS 1933, No. 7–8, S. 60–63, hier S. 61f.; Krylenko, N.: Ochrana i ukreplenie obščestvennoj (socialističeskoj) sobstvennosti, in: SG 1932, No. 7–8, S. 3–24, hier S. 21f.; SV 1932, No. 22 (283), S. 16; KPSS t. 5, S. 105.

[1282] SZ 1932, No. 62, st. 360; vgl. Krylenko, in: SG 1932, No. 7–8, S. 3–24.

[1283] Vgl. dazu auch oben Abschnitt 3.4.

[1284] Chain/Chandros, S. 14.

[1285] Počinščikov/Syskov, in: B 1931, No. 19–20, S. 53.

Bestarbeiter mit roten Fähnchen markiert wurden, riß jemand diese Fähnchen heimlich ab.[1286] Auch das ein Zeichen von Unmut.

In vielen Betrieben setzten sich die Arbeiter – und oft auch die „alten" Arbeiter – gegen die ‚Verdichtung' des Arbeitstages, die Heraufsetzung der Normen und die Senkung des Lohnes zur Wehr. Immer fanden sich „rvači" – „Raffhälse" –, wie sie die sowjetische Presse titulierte, die durch Arbeitsniederlegungen, „italienische Streiks" (Langsamarbeit) und ähnliche Aktionen gegen Maßnahmen der Betriebsleitung protestierten. Solche Vorgänge sind für 1931 aus Leningrad bekannt, für das Vorjahr aus Moskauer Textilbetrieben, aus Kaluga und anderen Orten. In Kaluga griff die Unzufriedenheit sogar auf Parteikreise über. Im Donbass waren Arbeitskonflikte 1930/31 anscheinend an der Tagesordnung.[1287] Die Gründe für diese ständig aufflackernden Auseinandersetzungen waren bereits anläßlich der Säuberungen 1929/30 in dem Leitfaden der Parteiführung benannt worden:

> „In dem Augenblick, den wir gerade durchleben, zeigt sich die Ergebenheit der Mitglieder von Produktionszellen gegenüber der Sache der Partei und ihre Diszipliniertheit besonders in den Augenblicken, in denen einzelne Arbeitergruppen mit irgenwelchen Maßnahmen unzufrieden sind, die im allgemeinen Interesse der Sache unseres Aufbaus durchgeführt werden. Die Verdichtung des Arbeitstages, die Hand in Hand geht mit seiner Verkürzung auf sieben Stunden, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Senkung der Kosten einer Produktionseinheit, darunter auch der Kosten der Arbeitskraft, die auf diese Wareneinheit entfällt, all diese Maßnahmen sind unabtrennbarer Teil der Rekonstruktion der Wirtschaft für ihren Aufschwung auf die höchste Stufe, ohne den die Verbesserung der materiellen Lage der breiten Masse der Werktätigen und folglich auch der sozialistische Aufbau undenkbar ist.
>
> Wenn es um die konkrete Ausführung der erwähnten Maßnahmen in der Industrie geht, und wenn diese praktisch im Betrieb umgesetzt werden, dann rufen diese Maßnahmen nichtsdestoweniger durchweg die Unzufriedenheit und den Widerstand einzelner Arbeitergruppen hervor, und die Sache geht manchmal bis zu Bummelstreiks und Arbeitsniederlegungen, die im übrigen ohne Einverständnis und gegen den Wunsch der Arbeiterorganisationen vor sich gehen. Es hat Fälle gegeben, daß daran auch Mitglieder unserer Partei beteiligt waren."[1288]

Offenbar fügten sich Teile der Arbeiterschaft nicht in das Arbeitstempo ein, das die forcierte Industrialisierung erforderlich machte. Angesichts der Vielzahl von Äußerungen zu diesem Thema und der scharfen Kritik, die die Parteizentrale immer wieder an der Arbeit der Parteibasisorganisationen äußerte, ist nicht zweifelhaft, daß die Unzufriedenheit innerhalb der ganzen Arbeiterschaft verbreitet war.

All diese Vorfälle, die die sowjetische Presse Kulaken, Kulakenknechten und Konterrevolutionären in die Schuhe schob, können als individuelle oder kollektive Protestreaktionen gegen die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitssituation gedeutet werden. Bezeichnend ist, daß sich diese Aktionen in der Regel gegen Versuche richteten, das Arbeitstempo zu beschleunigen, Normen zu steigern, Arbeitskräfte einzusparen – Tendenzen, die der Einführung moderner Technologien, der fortschreitenden Arbeitsteilung in der Produktion und der Umwandlung des sowjetischen Betriebes innewohnten, und deren ideologischer Ausdruck

[1286] Položitel'nyj opyt, in: PS 1933, No. 5, S. 22.

[1287] Repnikov, in: PS 1930, No. 6, S. 39f.; Iochved, in: RiK 1930, No. 3, S. 44; SV 1930, No. 24, S. 15; SV 1931, No. 17, S. 15; No. 20, S. 10; No. 22, S. 15; BO 1930, No. 14, S. 5.

[1288] Korotkov, in: Jaroslavskij: Kak provodit', S. 87; Hervorhebung vom Verfasser; vgl. ebd. S. 85f., dort meditiert Korotkov über den Widerspruch zwischen objektivem und subjektivem Arbeiterinteresse.

der „Sozialistische Wettbewerb" war. Teile der Arbeiterschaft waren offenbar nicht bereit, die verstärkte Arbeitsbelastung ohne weiteres hinzunehmen. Ob das vordringlich „neue" Arbeiter waren, die gerade vom Dorf gekommen waren, wie die sowjetischen Autoren kurzweg behaupten, oder „alte" Arbeiter, die die Dequalifizierung befürchteten[1289], ist nicht erkennbar, denkbar wäre sicher beides.

In der zweiten Hälfte des Fünfjahrplans weiteten sich angesichts der massiven Verschlechterung der Versorgungssituation all diese Konflikte im Betrieb aus, stellenweise kam es zu regelrechten Streikaktionen. Die Korrespondenten des „Socialističeskij Vestnik" berichteten 1932 und 1933 wiederholt über solche Ausstände. Danach kam es im Frühjahr, Sommer und Winter 1932 in Ivanovo-Voznesensk, dem Zentrum der Textilindustrie, mehrfach zu Unruhen und Hungeraufläufen, auch zu Arbeitsniederlegungen. Die Arbeiter des Werkes „Krasnyj Putilovec" in Leningrad stellten Anfang Dezember 1932 die Arbeit für vier Stunden ein, als ihre Tabakration gestrichen wurde. Das war aber anscheinend nur ein Moment aus einem heftigen Arbeitskonflikt, der aus einer neuen Versorgungsordnung resultierte, die Partei- und Betriebsleitung ausgegeben hatten. Streiks fanden anscheinend auch in Moskau, Nižnij Novgorod und im Ural statt. Über Arbeitskonflikte wegen Lohnstopp bei Betriebsstörungen – auch wenn diese nicht durch die Arbeiter selbst, sondern durch Stromsperre und Rohstoffmangel verursacht waren – berichtete der „Socialističeskij Vestnik" aus der Ukraine, dem Donbass, aus Gor'kij, Leningrad und aus der Moskauer Industrie.[1290] Dabei handelte es sich meist um kurzfristige, spontane Arbeitsniederlegungen. Langdauernde Streiks konnte die Arbeiterschaft angesichts der Verschiedenheit des Erwartungshorizonts – Teile hatten ja durchaus reale Aufstiegschancen –, des Fehlens einer eigenen Organisation und der staatlichen Repression – „Unruhestifter" wurden entlassen, mitunter auch verhaftet – weder organisieren noch durchhalten. Die sowjetische Presse schwieg sich über diese Vorgänge aus[1291], eine gewisse Bestätigung erfahren die Informationen der menschewistischen Emigration nur aus Klagen über den Verfall der Arbeitsdisziplin in der Hüttenindustrie, verschuldet durch Versagen der Parteiorganisationen[1292], über das Ansteigen der Fehlstunden[1293] und über die Schwäche der Betriebsorganisationen der VKP, denen es nicht gelinge, die Masse der Arbeiter zu erfassen.[1294] Wahrscheinlich treffen die Berichte des „Socialističeskij Vestnik" zu. In jedem Fall hatten die Aktionen aber lediglich lokalen Charakter und dauerten jeweils nur kurze Zeit. Das erlaubt immerhin den Schluß, daß – wie oben schon angenommen – große Teile der sowjetischen Arbeiterschaft den Betriebs- und Parteileitungen mit einer gewissen Reserve begegneten und sich in das von Partei- und Sowjetführung angestrebte System der Produktion nicht ohne weiteres integrieren ließen. In dieser Hinsicht kann die

[1289] Iochved, in: RiK 1930, No. 3, S. 44.

[1290] SV 1932, No. 12, S. 16; No. 13, S. 16; No. 14, S. 16; No. 22, S. 16; No. 23, S. 16; SV 1933, No. 12; No. 22, S. 6ff.; einschränkend ebd. 1932, No. 19, S. 16; vgl. ferner BO 1932, No. 29–30, S. 13; No. 32, S. 32; für die Entwicklung im Jahre 1933 vgl. SV 1933, No. 12; No. 13, S. 14; No. 19, S. 15f.; No. 20–21, S. 13f.; No. 24; WKP 178, p. 4.

[1291] Eine Erwähnung findet sich in: Trud 11. 6. 33; vlg. SV 1933, No. 22 (307), S. 7.

[1292] Direktivy 1957, t. 2, S. 359.

[1293] Vgl. oben.

[1294] Pervičnaja, S. 251.

Arbeit der VKP an der Basis im 1. Fünfjahrplan nicht als erfolgreich bezeichnet werden. Zwar erreichte sie bestimmte Arbeitergruppen, doch gab es andere, zahlenmäßige nicht kleine Gruppen, die sich der Beeinflussung durch die VKP im Betrieb entzogen.

Nimmt man alle die hier zusammengetragenen Erscheinungen zusammen – die Fluktuation, das „Blaumachen", Ausschußproduktion und Maschinenhavarien, die Zunahme von Diebstählen, die Bedrohung von Stoßarbeitern, das Unterlaufen von Normerhöhungen, die Zunahme von Arbeitskonflikten und Streiks gegen Ende des Fünfjahrplanes –, entsteht der Eindruck, daß innerhalb der sowjetischen Arbeiterschaft in den Jahren der forcierten Industrialisierung ein erhebliches Unmutspotential vorhanden war. Da jedoch – außer bei Arbeitsplatzwechsel – keine Angaben über Verbreitung und zahlenmäßigen Umfang solcher Stimmungen, über soziale Herkunft und Produktionsprofil ihrer Träger vorliegen, sind weitergehende Schlußfolgerungen nicht möglich. Insbesondere ist Vorsicht geboten, will man aus den zahlreichen einzelnen Aktionen eine geschlossene Widerstandsfront der Arbeiter gegen das politische System ableiten. Zweifellos setzten sich Teile der Arbeiterschaft gegen die Verschärfung innerbetrieblicher Herrschaft zur Wehr, zweifellos gab es kollektive Reaktionen auf akute Versorgungsmängel. Man muß jedoch im Auge behalten, daß die Arbeiterschaft stark aufgesplittert war in zahlreiche Gruppen mit unterschiedlichen Erfahrungen und unterschiedlichem Erwartungshorizont. Der sowjetischen Arbeiterschaft als Ganzer bedenkenlos eine kollektive Mentalität zuzuschreiben, geht nicht an. Jedoch kann festgehalten werden, daß Teile der Arbeiterschaft sich der Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen durch Fluchtreaktionen und Ausweichverhalten zu entziehen suchten, und daß es in einer Reihe von Fällen zu offenen Unmutsäußerungen und Arbeitskonflikten kam.

8.3. VERSUCHE ZUR ORDNUNG DES ARBEITSVERHÄLTNISSES: MATERIELLE ANREIZE UND STAATLICHER ZWANG

Die starke Fraktionierung der Arbeiterschaft kam der Partei- und Sowjetführung teilweise durchaus zupaß, da sie eine einheitliche Reaktion der Arbeiter auf die Veränderung der Lebensverhältnisse und der Situation im Betrieb erschwerte. Die politische Führung konnte durch eine Politik, die Aufstiegsangebote, differenzierte materielle Anreize und Zwangsmaßnahmen kombinierte, die verschiedenen Arbeiterschichten getrennt ansprechen, Teile der Arbeiterschaft an die Führungsschicht heranziehen und solche, die sich den Anforderungen zu entziehen suchten, durch repressive Maßnahmen disziplinieren. Im Interesse der Partei- und Sowjetführung lag es, die Fraktionierung innerhalb der Arbeiterschaft zu erhalten und sie durch Differenzierung der Löhne und der Versorgung mit Lebensmitteln zu unterbauen.

Ein wichtiges Mittel war dabei die Lohnpolitik, die – wie oben gezeigt[1296] – ohnehin reformbedürftig war. Während der NĖP – vor Beginn der forcierten Industrialisierung – befand sich das Tarifsystem der sowjetischen Industrie bereits in Unordnung. Traditionen aus

[1296] Vgl. oben Abschnitt 8.2. im Zusammenhang der Fluktuation.

der Zeit vor der Revolution und die unterschiedliche Entwicklung der Löhne in den einzelnen Industriezweigen während der NÉP hatten die Herausbildung eines regional und branchenmäßig zersplitterten, in sich widersprüchlichen Lohnsystems begünstigt, das eine der Industrialisierung förderliche Verteilung der Arbeitskraft erschwerte:

> „Die Aufsplitterung der Löhne, die Nichtentsprechung zwischen Lohnniveau und dem Niveau der Qualifikation, der Arbeitsbedingungen und der Alltagskultur erschwert die richtige Versorgung der Wirtschaft mit Arbeitskraft und führt zu einer hohen Fluktuation des Arbeiterbestandes."[1296]

Innerhalb der einzelnen Industriezweige bestand in den zwanziger Jahren eine relativ starke Lohndifferenzierung, die durch die 1927/28 durchgeführte Tarifreform etwas beschnitten wurde.[1297] Der Abstand zwischen dem Durchschnittslohn eines erwachsenen Facharbeiters und dem eines Hilfsarbeiters sank zwischen dem März 1927 und dem März 1929 von 137,9 : 100 auf 133,8 : 100.[1298] Die Nivellierungstendenz war unbedeutend. Das wird ganz deutlich, wenn man den Lohn von Hilfsarbeitern und Spitzenverdienern einzelner Branchen vergleicht:

Tab. 116: Lohnunterschiede in der Metallindustrie 1927–1929 (in %; Hilfsarbeiterlohn = 100 %)[1299]

	Gießer	*Schmiede*	*Dreher*
Transportmaschinenbau:			
1927	193,3	203,1	172,7
1928	190,8	208,7	176,2
1929	174,3	190,1	160,6
Spezialmaschinenbau:			
1927	172,4	206,0	181,5
1928	181,4	197,8	174,1
1929	180,7	207,0	183,7
Elektrotechnische Industrie:			
1927	228,9	223,6	203,1
1928	217,1	213,7	208,0
1929	207,5	218,2	207,4

Zwar hatten sich Hilfsarbeiter- und Facharbeiterlohn im Transportmaschinenbau und teilweise auch in der elektrotechnischen Industrie etwas angenähert, doch waren sie zum Teil auch stärker differenziert worden. Die Lohndifferenzierung war durch die Tarifreform keineswegs beseitigt. Von „Gleichmacherei" kann nicht gesprochen werden. Eine Schwäche der gesamten Lohnpolitik lag jedoch darin, daß die technische Normung sich in einem extrem schlechten Zustand befand. Offenbar erlaubten es die geringe Qualifikation und die geringe Zahl der Mitarbeiter des Normbüros nicht, den tatsächlichen Effekt geleisteter Arbeit im

[1296] Černych, in: PCh 1929, No. 3, S. 253; Rašin, A.: K voprosu o differenciacii zarabotnoj platy v promyšlennosti, in: EO 1929, No. 9, S. 138–145.
[1297] Schwarz: Arbeiterklasse, S. 160–162.
[1298] Trud v SSSR 1926–1930, S. XXI.
[1299] Trud v. SSSR 1926–1930, S. 46f.; berechnet auf der Grundlage des Tageslohns in Kopeken.

Einzelfall zu bestimmen, so daß es besonders im Akkord zu erheblichen Lohnüberzahlungen kam.[1300] Diese Unregelmäßigkeiten, sowie das Auseinanderklaffen der Entlohnung in verschiedenen Industriezweigen bzw. innerhalb derselben Branche in verschiedenen Regionen und die Unterschiede zwischen dem Lohnniveau der Akkordarbeiter und dem der Arbeiter, die im Stundenlohn bezahlt wurden, desorganisierten das Tarifsystem der Industrie. In den Kontrollziffern wurden deshalb die Grundlinien der angestrebten Lohnpolitik folgendermaßen formuliert: Regulierung des Entlohnungssystems mit dem Ziel, die Arbeiter an Steigerung der Produktivität und Erhöhung ihrer eigenen Qualifikation zu interessieren; regionale Lohnanhebungen (Donbass, Ural) bei Wahrung der relativen Lohnhöhe der qualifizierten Arbeiter; Lohnerhöhungen in Industriezweigen, die an Arbeitskräftemangel litten; Erstellung eines Tarifnetzes, das in diesen Industriezweigen die Formierung eines Kerns qualifizierter Arbeiter förderte; Angleichung der Löhne für Arbeiter gleicher Qualifikation in regionalem Rahmen.[1301] Die Planungsorgane befürworteten 1929/30 also eine differenzierte Lohnpolitik, die der Lenkung des Arbeitsmarktes und der Steigerung der Produktivität diene.

Offenbar griff diese Lohnpolitik in den folgenden Jahren nicht. Die Fluktuation der Arbeitskraft, die man hatte eindämmen wollen, nahm zu, der Mangel an qualifizierter Arbeitskraft konnte nicht überwunden werden. In seiner programmatischen Rede vor Wirtschaftlern im Juni 1931 schob Stalin die Schuld dafür der alten, „gleichmacherischen" Lohnpolitik zu und forderte eine entschiedene Reform des Tarifsystems.[1302] Das löste in der zweiten Hälfte des Jahres 1931 eine heftige Kampagne gegen die „Gleichmacherei" aus, die in einer neuerlichen Tarifreform gipfelte. Diesmal machte man Nägel mit Köpfen. Es wurden neue, sehr stark differenzierte Tarifsysteme eingeführt, die durch forcierten Ausbau einens progressiv gestaffelten Akkordlohnsystems ergänzt wurden. Im September und Oktober 1931 wurden die neuen Lohnsätze im Kohlenbergbau, in der Eisen- und Stahlerzeugung und in der Erzgewinnung eingeführt. Die Spanne zwischen unterster und oberster Lohngruppe wurde stark ausgeweitet:

Tab. 117: Tariflohnspanne zwischen oberster und unterster Lohnstufe (in %; unterste Lohnstufe = 100%)[1303]

Industriezweig	*Innerhalb des Tarifs für:*		*Unterste Stundenlohnstufe zu höchster Akkordlohnstufe*
	Stundenlohn	*Akkordlohn*	
Kokserzeugung	330	320	440
Eisenerz, Manganerz	370	375	450
Metallverhüttung	330	330 (370)	550

Konkret in Rubeln ausgedrückt stellte sich die Differenzierung der Löhne in der Metallverhüttung folgendermaßen dar:

[1300] Vgl. Kontrol'nye cifry po trudu, S. 94f.
[1301] Kontrol'nye cifry po trudu, S. 99.
[1302] Stalin: Fragen, S. 405–408, 421; vgl. oben Abschnitt 7.2.
[1303] Nach: Schwarz: Arbeiterklasse, S. 162f.; vgl. dazu auch Lejbman, in: B 1931, No. 17, S. 53f., 56; Dol'nikov, in: B 1932, No. 11–12, S. 49; SV 1931, No. 15–16, S. 21; No. 19, S. 6.

Tab. 118: Tariflöhne in der Eisen- und Stahlerzeugung (Betriebsgruppe 1; Tagessätze in Rbl.)[1304]

	Lohngruppe: 1	2	3	4	5	6	7	8
Akkordarbeiter, Metallgewinnung	3,50	4,25	5,10	6,20	7,50	9,00	11,50	13,00
Akkordarbeiter, andere Abteilungen	3,05	3,70	4,45	5,40	6,53	7,90	10,08	–
Zeitlohnarbeiter	2,30	2,78	3,36	4,07	4,90	5,95	7,60	–

Hocheingestufte Arbeiter, die als hochqualifiziert galten, erhielten nun um ein Drei- bis Vierfaches mehr als Ungelernte. Der Anreiz, sich zu qualifizieren, d.h. in der Lohnstufe aufzusteigen, wurde damit erheblich verstärkt. Die Reform des Tarifsystems verfolgte aber

Tab. 119: Anteil der im Akkord geleisteten Arbeitsstunden an der gesamten Arbeitszeit der sowjetischen Industrie (in %)[1305]

Jahr	*Ganze Industrie*	*Kohlenbergbau*	*Eisenverhüttung*	*Maschinenbau*
1928	58,5	50,7	68,8	62,8
1929	59,3	51,8	68,4	63,0
1930	57,2	54,2	64,1	60,2
1931	59,2	57,8	63,7	61,0
1932	63,7	64,0	63,9	64,1
1933	67,3	66,6	66,6	65,7
1934	–	–	–	–
1935	69,8	63,7	67,7	70,0

[1304] Schwarz: Arbeiterklasse, S. 163; vgl. Lejbman, in: B 1931, No. 17, S. 53 u. 54, der für Bergbau im Donbass folgende Angaben macht (Tagessätze in Rbl.):

altes System:		*neues System:*
1. 1,20	15. 3,25	1. 1,60
2. 1,35	16. 3,35	2. 1,75
3. 1,45	17. 3,50	3. 1,95
4. 1,60	18. 3,70	4. 2,25
5. 1,80	19. 3,75	5. 2,60
6. 2,00	20. 3,85	6. 3,00
7. 2,20	21. 4,00	7. 3,50
8. 2,40	22. 4,25	8. 4,10
9. 2,50	23. 4,50	9. 4,80
10. 2,60	24. 5,00	10. 5,75
11. 2,75	25. 5,25	11. 7,00
12. 2,85	26. 5,50	
13. 3,00	27. 6,00	
14. 3,20		
Tarifklasse 27 in % zu Tarifklasse 1 : 500 %		Tarifklasse 11 in % zu Tarifklasse 1 : 437,5 %

noch ein weiteres Ziel, den Ausbau des Akkordsystems. Arbeiter, die im Akkord entlohnt wurden, wurden deutlich besser bezahlt als solche, die im Zeitlohn arbeiteten. Darüberhinaus wurden gestaffelte Akkordsätze eingeführt; die Arbeiter erhielten bei Erfüllung des Leistungs-Solls den einfachen Akkordsatz, bei Übererfüllung je nach Leistung gestaffelte Akkordzuschläge, die die Lohnsumme erheblich erhöhten.[1306] Zugleich wurden immer mehr Arbeitsgänge im Stücklohnsystem durchgeführt, der Anteil der Arbeitszeit im Akkord nahm seit 1931 deutlich zu (Tab. 119).

Das neue Lohnsystem war also auch Teil von Bestrebungen zur Intensivierung der Arbeit und Steigerung der Produktivität. Die Tendenzen, die zur Verdichtung innerbetrieblicher Herrschaft und zur Beschneidung von Freiräumen führten, die die Arbeiter hatten nutzen können, werden hier deutlich. In diesen Zusammenhang gehört auch, daß Stillstandszeiten und Ausschußerzeugung nun mit Lohnkürzungen geahndet wurden.[1307] Gegen die Verschlechterung der Situation am Arbeitsplatz, die in solchen Entwicklungen manifest wird, wandten sich die Protestreaktionen, die oben beschrieben wurden.

Die Wirkung des neuen Tarifsystems erschöpfte sich jedoch nicht darin, Anreize zur Steigerung der Arbeitsintensität und zur Höherqualifizierung der Arbeitskraft zu bieten. Zieht man den Fall der Reallöhne und die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitssituation des Durchschnittsarbeiters in Betracht, wird auch die soziale Bedeutung dieser Maßnahmen erkennbar. Die Arbeiterschaft zerfiel in eine Gruppe, die ihren Lebensstandard halten konnte und eine andere, deren materielle Situation sich spürbar verschlechterte und deren Einkommen teilweise in die Nähe des Existenzminimums absank. Angesichts der Versorgungskrise und des Rückgangs der Reallöhne gewann die Differenzierung der Löhne eben auch politische Bedeutung. Sie unterstützte die Bildung einer „Arbeiteraristokratie".

Die Privilegierung einer Arbeitergruppe, der u. a. Arbeiter mit hoher Qualifikation und solche, die im Stücklohn arbeiteten, angehörten, wirkte sich nicht nur in höherer Entlohnung aus. Arbeiter, die hohe Produktionskennziffern erreichten, also zu den Stoßarbeitern zählten und sich am „Sozialistischen Wettbewerb" beteiligten, wurden auch besser mit Lebensmitteln und Konsumartikeln versorgt. In welchem Maße z. B. die Lebensmittelrationen differenziert wurden, zeigen die Aufstellungen der „Planovoe Chozjajstvo" für die Jahre 1930 und 1931 (Tab. 120). Besonders hoch belastete Arbeitergruppen – Bergarbeiter, Hüttenwerker, aber eben auch Stoßarbeiter – erhielten höhere Rationen. Gemessen an der physischen Belastung wohl zu recht. Von 1930 auf 1931 wurden dann aber die Zuteilungen für bestimmte Arbeitergruppen stark angehoben, während die Durchschnittsrationen kaum größer wurden. Da in der Durchschnittsangabe auch die starken Steigerungen der privilegierten Kategorien enthalten sind, deuten die Daten darauf hin, daß die Zuteilungen für Normalarbeiter stagnierten, eventuell ganz geringfügig stiegen, während die der privilegierten Arbeitergruppen ganz erheblich zunahmen. Die Abstufungen in der Lebensmittelration wurden ergänzt durch unterschiedliche Behandlung der Arbeitergruppen bei der Versorgung mit Konsumwaren. In

Hier wurde das System vereinfacht und die Abstände zwischen den Lohngruppen vergrößert, die Unterschiede zwischen oberster und unterster Lohngruppe aber verringert.

[1305] Soc. Stroit. 1934, S. 337, vgl. Trud v SSSR 1936, S. 97, 111, 146, 156; 1933: 1. Halbjahr; 1934: keine Angaben; Maschinenbau 1928 und 1929 einschließlich elektrotechnische Industrie.

[1306] Schwarz: Arbeiterklasse, S. 164 f.

[1307] Lejbman, in: B 1931, No. 17, S. 54.

der Lokomotivfabrik von Kolomensk erhielten die Stoßarbeiter nicht nur alle Lebensmittel außer der Reihe – d.h. sie brauchten nicht Schlange zu stehen –, es wurden auch 15% aller industriellen Konsumwaren für sie reserviert. Im Pavlovwerk organisierte man einen Sonderladen nur für Stoßarbeiter, der über einen Sonderfonds an Waren verfügte. In Tula organisierte der Stadtsowjet drei solcher Sonderläden, die 30% aller Industriewaren, die nach Tula hineinkamen, zugeteilt erhielten.[1308] Die Aufteilung der Arbeiter in solche mit hohem Lohn und Sonderprivilegien und solche mit niedrigem Lohn, die Schlange zu stehen hatten, war in diesen Maßnahmen wenigstens tendenziell angelegt.

Tab. 120: Lebensmittelration verschiedener Arbeiterkategorien 1930–1931 (in Kcal pro Verbraucher)[1309]

Arbeiter-kategorien:	*Ration:* 1930	1931	Zuwachs	*Tierprodukte:* 1930	1931	Zuwachs	*Pflanzl. Produkte:* 1930	1931	Zuwachs
Arbeiter, Mittel, ganze UdSSR	3108	3274	105,6%	444	464	104,5%	2659	2810	105,7%
Arbeiter, Liste No. 1	3246	3828	117,9	436	484	111,0	2310	3344	119,0
Arbeiter, Sonderliste	3350	4568	136,3	561	768	136,8	2789	3801	136,2

Allerdings griff die neue Lohnpolitik und die Taktik differenzierter Versorgung bei weitem nicht überall. Die Sonderfonds, die zur Verteilung kamen, waren nicht überall gleich hoch. Kamen im „geschlossenen Verteiler" der Zeche „Šachter" auf einen Stoßarbeiter Waren im Werte von 200 Rubeln, waren es im Sulinsker Verteiler nur Waren im Werte von 1,26 Rubeln. Vielerorts gab es solche Sonderfonds auch gar nicht.[1310] Nicht in allen Industriezweigen der Wirtschaftsvereinigungen wurden sofort neue Tarifnetze eingeführt, auch das progressiv abgestufte Akkordlohnsystem setzte sich nicht überall sofort durch. In vielen Betrieben kam es zu Fehlinterpretationen der Anweisungen. Teilweise setzte die Progression schon ein, wenn ein Arbeiter 75–80% der Norm erfüllte, und nicht bei einer Normerfüllung von 100%. Dadurch wurden Entlohnungsunterschiede zwischen unterschiedlich leistungsfähigen Arbeitern nivelliert. Mitunter nutzten Arbeiter das neue Lohnsystem auch für sich aus. Im Werk „Krasnoe Sormovo" bei Nižnij Novgorod hielt z.B. ein Schmied die Hälfte dessen, was er im Juli 1931 hergestellt hatte, zurück und lieferte es erst im August zusammen mit der Produktion dieses Monats ein, um auf diese Weise neben dem Tariflohn auch noch den Progressions-

[1308] Dugin, in: SS 1932, No. 1, S. 30; vgl. ferner SV 1932, No. 7, S. 4; SV 1931, No. 15–16, S. 22; Jurov, in: PE 1933, No. 6, S. 138; Verov, G.: Ukrepit' partijnye jačejki zakrytych rabočich kooperativov, in: PS 1931, No. 15–16, S. 50–54, hier S. 53; BO 1930, No. 17–18, S. 38; BEKP 92. 1931, S. 1; SV 1931, No. 1, (239), S. 14f.; SV 1932, No. 4 (265), S. 16; No. 24 (285), S. 6–8.

[1309] Krasnogorskij, A.: Snabženie v 1931 godu, in: PCh 1931, No. 2–3, S. 79–91, hier S. 87; vgl. BEKP 92. 1932, S. 1.

[1310] Dugin, in: SS 1932, No. 1, S. 29f.; Klekovkin, I.: Usilit' rukovodstvo rabočim snabženiem, in: PS 1931, No. 7, S. 43–45; Verov, in: PS 1931, No. 15–16, S. 50ff.; Mamgušev, in: PS 1932, No. 3–4, S. 49–51; Kuz'min, in: PS 1932, No. 6, S. 56–59; Rabočemu snabženiju, in: PS 1932, No. 11–12, S. 14–19; Bulgakov, in: PS 1932, No. 19–20, S. 45–46.

zuschlag einzustreichen.[1311] Da, wie oben beschrieben, auch die Qualität der technischen Normung niedrig war[1312], war der produktive Effekt der Tarifreform oft fraglich. Vielfach gelang es der Wirtschaftsleitung nicht, Lohn und Arbeitsleistung in ein angemessenes Verhältnis zu setzen. Der Anreiz für Betriebswechsel wurde damit nicht beseitigt, die Unklarheit des Verhältnisses von Lohn und Leistung, die verbreitet war, minderte die stimulierende Wirkung der Tarifreform. Der soziale Effekt der neuen Lohnpolitik, die Markierung deutlicher Unterschiede in der materiellen Sicherstellung verschiedener Arbeitergruppen, blieb dennoch erhalten. Es entstand eine privilegierte Schicht, deren materielle Lage sich vom Arbeiterdurchschnitt deutlich abhob, und die bereit war, sich für die Steigerung der Produktivität und teilweise wohl auch für die Stabilisierung der innerbetrieblichen Herrschaft einsetzen zu lassen. Mit Hilfe dieser Gruppe konnten Parteiorganisation und Betriebsleitung Steigerung des Arbeitstempos, Normanhebungen und Maßnahmen zur Festigung der Arbeitsdisziplin gegen den Rest der Belegschaften durchsetzen.

Parallel zu den Bestrebungen über Lohn- und Versorgungspolitik die Fraktionierung innerhalb der Arbeiterschaft zu verstärken, ging die Einschränkung von Sozialleistungen und das heißt zugleich die Einschränkung von Spielräumen und Ausweichmöglichkeiten, die der einzelne Arbeiter hatte nutzen können. Ein wichtiger Schritt dorthin, der sich vor allem gegen die Fluktuation der Arbeitskraft richtete, war die Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung. Angesichts des Bedarfs an Arbeitskräften hatte die Sowjetführung im Bestreben, die vorhandenen Personalreserven möglichst vollständig auszuschöpfen, seit Anfang 1930 Maßnahmen gegen Arbeitslose verabschiedet, die ihnen offerierte Stellen ausschlugen oder eine angebotene Ausbildung ablehnten.[1313] Im Herbst ging das ZK noch weiter: Im Zuge des Übergangs von einer Politik der Arbeitsmarktregulierung zu einer planmäßigen gesamtwirtschaftlichen Verteilung der Arbeitskraft wurde verfügt, die Arbeitsämter (russ.: trudovye birži) der neuen Aufgabe entsprechend umzustrukturieren.[1314] Am 9. Oktober schließlich ließ das NKT die Katze aus dem Sack: Die Arbeitsbörsen wurden per Telegramm angewiesen, „die Arbeitslosen unverzüglich an die Arbeit zu schicken und die Auszahlung der Arbeitslosenhilfe einzustellen."[1315] Arbeitslosen sollte ungeachtet ihrer Spezialisierung ein Arbeitsplatz zugewiesen werden. Außer Krankheit galt kein Grund für Ablehnung einer angebotenen Stelle.[1316] Die Arbeitslosigkeit wurde auf administrativem Wege abgeschafft. Das hatte gewiß seine Berechtigung in der rasch wachsenden Nachfrage nach Arbeitskraft und der Umstellung der Arbeitspolitik auf planmäßige Beschaffung und Verteilung von Arbeitskraft, doch wirkte es zugleich disziplinierend. Eine Möglichkeit nämlich, schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen zu entgehen, indem der Arbeiter kündigte und sich nach einer besseren Stelle umsah, wurde damit erschwert.

[1311] Lejbman/Markus, in: B 1932, No. 3, S. 64ff.; vgl. Vejnberg, XVII konf., S. 218f.; Švernik, ebd. S 109f.; Žezlov, in: PS 1932, No. 1–2, S. 36.

[1312] Vgl. ebd. S. 38; Dol'nikov, in: B 1932, No. 11–12, S. 57; Lejbman/Rajsov, in: B 1931, No. 12, S 24; vgl. oben Abschnitt 8.2.

[1313] Schwarz: Arbeiterklasse, S. 57, 62; SZ 1930, No. 14, st. 147; vgl. auch die Untertöne in der Entschließung des ZK vom 5. 12. 29, KPSS t. 4, S. 368–378.

[1314] Schwarz: Arbeiterklasse, S. 57f.; vgl. Vojtinskij, I.: Regulirovanie truda i trudovoe pravo na novom ėtape, in: SGRP 1930, No. 11–12, S. 130–145, hier S. 134f.

[1315] Ebd.; vgl. Schwarz: Arbeiterklasse, S. 62.

[1316] Ebd.; Vojtinskij, in: SGRP 1930, No. 11–12, S. 135.

Ein weiterer Bereich, in dem Leistungen abgebaut wurden, waren Sozial- und Krankenversicherung. Bereits im September 1929 hatte das ZK deutlich gemacht, daß die Aufgabe der Sozialversicherung darin bestehen müsse, die Hebung der Arbeitsproduktivität zu fördern und für eine bessere Versorgung des proletarischen Kaderstammes Sorge zu tragen.[1317] Das hatte zunächst kaum praktische Bedeutung. 1931 ging man jedoch daran, Nägel mit Köpfen zu machen. Das V. Plenum des Zentralrats der Gewerkschaften nahm in seiner Resolution, die die Neuorganisation der Gewerkschaften und ihre neue Aufgabenstellung regelte, auch zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall Stellung.[1318] Mit dem Ziel, Gewerkschaftsmitglieder und Kaderarbeiter zu privilegieren, und zur Bekämpfung der Fluktuation, um „Zugvögel" (‚letuny') und Simulanten abzuschrecken, verlangte das Plenum eine Staffelung der Lohnfortzahlung. Nur Gewerkschaftsmitglieder mit drei Jahren Produktionserfahrung, davon die zwei letzten in demselben Betrieb, sollten bei Erkrankung den Gesamtlohn weiterbeziehen, ebenso Stoßarbeiter, unabhängig von der Länge der Anstellung im Betrieb. Die übrigen Arbeiter erhielten nur einen Teil ihres Lohnes, je nach Produktionsalter und Betriebstreue gestaffelt.[1319] Im Juni 1931 wurde eine entsprechende gesetzliche Regelung geschaffen. Nach der Entschließung von ZEK und SNK vom 23. 6. 1931[1320] erhielten nur Arbeiter mit zweijähriger Betriebszugehörigkeit und dreijähriger Produktionstätigkeit sowie Stoßarbeiter mit einjähriger Produktionserfahrung den vollen Lohn, wenn sie erkrankten. Arbeiter, die erst kürzlich vom Lande gekommen waren und Betriebswechsler mußten erhebliche Abstriche an der Lohnfortzahlung hinnehmen.[1321] Diese Regelungen zeigten rasch Wirkung, zumal die Betriebe und die Ärzte zugleich verstärkt Jagd auf „Simulanten" machten[1322]:

Tab. 121: Arbeitsausfälle durch Krankheit und Verletzungen 1928–1932[1323]

Jahr	*Kohlenbergbau*	*Hüttenindustrie*	*Maschinenbau*	*Elektrotechn. Ind.*	*Textilindustrie*
Zahl der Fälle pro 100 Versicherte:					
1928	156,5	128,3	153,4	154,4	122,1
1929	165,9	137,7	156,4	141,3	126,5
1930	145,4	–	–	–	119,5
1931	105,1	109,5	149,9	147,2	127,4
1932	95,5	95,0	121,3	120,8	106,1
Zahl der Ausfalltage pro 100 Versicherte:					
1928	1370	1193	1273	1275	990
1929	1420	1233	1256	1113	978
1930	1300	–	–	–	943
1931	1072	1021	1219	1192	1026
1932	1064	972	1055	1034	885

1317 Schwarz: Arbeiterklasse, S. 325.
1318 Pravda 6. 2. 1931, S. 5.
1319 Ebd.
1320 SZ 1931, No. 41, st. 283.
1321 Ebd., vgl. Švarc, S.: Reforma social'nogo strachovanija, in: SV 1931, No. 14 (252), S. 6–7; Schwarz: Arbeiterklasse, S. 326 ff.
1322 Vgl. Jurov, in: PE 1933, No. 6, S. 139.

Nimmt man die Branchen der Schwerindustrie und – zum Vergleich – die Textilindustrie, erkennt man 1929 ein Ansteigen der Krankheitsfälle und Ausfalltage pro 100 Versicherte, das 1930/31 umschlägt. Relativ immer weniger Arbeiter wurden krank geschrieben, dafür war die durchschnittliche Krankheitsdauer etwas länger.[1324] Bereits diese Entwicklung läßt den Verdacht aufkommen, daß Arbeiter mit leichten Erkrankungen nun nicht mehr so rasch krankgeschrieben wurden. Gewiß läßt sich argumentieren, daß die Verjüngung der Arbeiterschaft die Krankheitsanfälligkeit im Durchschnitt gesenkt habe. Dagegen stehen jedoch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die schlechte Lebensmittelversorgung und die katastrophalen Wohnverhältnisse, die sich negativ auf den Gesundheitsstand auswirken mußten. Ferner ist bekannt, daß die Ausgaben für medizinische Versorgung sich zwischen 1927/28 und 1932 mehr als verdreifachten[1325], das Netz der Gesundheitsversorgung ausgedehnt wurde und die Zahl der Ärztebesuche in den Städten zwischen 1928 und 1932 um mehr als 60 % stieg.[1326] Da die Zahl der Krankenbesuche nicht zurückging und aufgrund des Ausbaus der ärztlichen Versorgung eher zu vermuten steht, daß die Zahl der erkannten Krankheitsfälle stieg, kann der Rückgang der Krankenfälle in der Industrie nur auf den finanziellen und administrativen Druck zurückgeführt werden, der auf die Arbeiter ausgeübt wurde. Die Disziplinierung der Arbeitskraft war offenbar der Leitgedanke einer solchen Politik. Die forcierte Industrialisierung war von einem unverkennbaren Sozialabbau begleitet.

Diese mehr indirekten Maßnahmen genügten aber keineswegs, um die Fluktuation einzudämmen und die Arbeiter zu disziplinieren. Deshalb verschärfte die Sowjetmacht stufenweise den administrativen Druck und suchte die Bindung an den Betrieb zu stärken. Zur Bekämpfung der Fluktuation erschwerte man zunächst die Lösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeiter. Im Herbst 1930 traten gesetzliche Bestimmungen in Kraft, die den § 46 des Arbeitsgesetzbuches, der das Kündigungsrecht regelte, erheblich einschränkten. Nachdem das Volkskommissariat für Arbeit und der Rat der Volkskommissare der RSFSR am 6. und 23. September erste Maßnahmen gegen „eigenmächtige" Lösung des Arbeitsvertrages erlassen hatten[1327], formulierte das ZK der VKP am 20. Oktober unionsweite Regelungen, die am 15. Dezember 1930 vom SNK SSSR aufgenommen wurden. Danach wurden „Deserteure" und „Zugvögel" von der Arbeitsvermittlung für sechs Monate ausgeschlossen.[1328] Zur Durchsetzung dieser Maßnahmen erwog das NKT die Einführung von „Arbeitsbüchern", in denen

[1323] Soc. Stroit. 1934, S. 425; zur Entwicklung der Leistungen im Krankheitsfall vgl. auch Trud v SSSR 1932, S. 182 (in Verbindung mit S. 179); Trud v SSSR 1936, S. 344; Polljak, in: PCh 1931, No. 5–6, S. 89; vgl. Švarc, S.: Rabočie budni, in: SV 1933, No. 8 (293), S. 6–10, hier S. 9.

[1324] Errechnet anhand der Tabelle 121 (Tage):

	1928	*1932*
Kohlenbergbau	8,75	11,14
Hüttenindustrie	9,29	10,2
Maschinenbau	8,29	8,69
Elektrotechn. Ind.	8,25	8,5
Textilindustrie	8,1	8,3

[1325] Trud v SSSR 1936, S. 344; dabei ist die Wertminderung des Geldes in Rechnung zu stellen; Soc. Stroit. 1934, S. 322 gibt nur eine Steigerung um 275 % an.

[1326] Ebd. S. 426; die Stadtbevölkerung hatte sich zwischen 1929 und 1933 um 43,8 % vermehrt.

[1327] Kiselev/Malkin 1931, S. 68f.; Schwarz: Arbeiterklasse, S. 107.

[1328] Kiselev/Malkin 1931, S. 58, 61; Gimmel'farb, in: PE 1933, No. 4–5, S. 50; BEKP 88. 1931, S. 9.

Arbeitsplatzwechsel, Charakteristika und Disziplinarstrafen vermerkt werden sollten.[1329] Ein erster Schritt in diese Richtung war die Entschließung von NKT und VSNCh RSFSR vom 23. September 1930, die die Betriebsleitungen verpflichtete, in die Lohnbücher die wahren Entlassungsgründe einzutragen, so daß die Arbeitsbörsen „Blaumacher", „Zugvögel" und „Deserteure" erkennen und gegen sie einschreiten konnten.[1330] Da Lohnbücher in jedem Betrieb neu ausgestellt wurden, die Arbeitsbörsen also stets nur über die letzte Entlassung informiert waren, trug diese Maßnahme nicht weit.[1331] Zur Einführung von Arbeitsbüchern kam es jedoch nicht, die öffentliche Diskussion, die Anfang des Jahres darüber geführt wurde, verstummte bald.[1332] Die Schaffung eines einheitlichen Paßsystems, knappe zwei Jahre später, am 27. Dezember 1932 bot dann Gelegenheit, die angestrebten Maßnahmen wenigstens teilweise zu realisieren. Der Paß, den jeder Sowjetbürger über 16 Jahren, der in Städten oder Arbeitersiedlungen wohnte, oder im Verkehrswesen, in Sowchosen und auf Baustellen tätig war, besitzen mußte, enthielt nämlich eine Eintragung über den Arbeitsplatz und mußte bei Antritt einer neuen Stelle dem Betrieb bzw. der Behörde vorgelegt werden.[1333] Damit wurde nicht nur die unorganisierte Zuwanderung von Kolchosbauern in die Stadt unterbunden, die Staatsmacht kontrollierte auch jeden Arbeitsplatzwechsel administrativ.[1334] Damit hatte sie ein wirksames Mittel zur Überwachung der Fluktuation in der Hand, das im Verein mit Kürzung der Sozialleistung und verstärktem innerbetrieblichen Druck angesichts der 1933 in Aussicht genommenen Verknappung der Arbeitsplätze tatsächlich Wirkung zeigte.

Während eigenmächtiger Arbeitsplatzwechsel derart erschwert wurde, traf die Sowjetmacht auch am Arbeitsplatz selbst Maßnahmen zur Durchsetzung und Verschärfung von Disziplin. Seit 1927 waren die Betriebe berechtigt, Arbeitnehmer, die drei Tage „blaugemacht" hatten, auf die Straße zu setzen. Diese Regelung blieb aber weitgehend auf dem Papier, da entlassene Arbeiter in den Jahren 1929–30 ohne weiteres rasch neue Arbeit finden konnten. Außerdem waren die Betriebsleitungen angesichts des Mangels an qualifizierter Arbeitskraft nicht bereit, erfahrene Arbeiter zu entlassen und sahen durch die Finger, wenn diese über die Stränge schlugen. Die Arbeitszeitverluste stiegen an und erreichten 1931/32 einen Höhepunkt. So verabschiedeten Zentralexekutivkomitee und Rat der Volkskommissare am 15. 11. 1932 folgende Änderung des Arbeitsrechts:

> „Es ist zu betimmen, daß im Falle auch nur eines einzigen Tages des Nichterscheinens zur Arbeit ohne akzeptable Begründung der Mitarbeiter vom Betrieb bzw. der Behörde zu entlassen ist unter Verlust des Rechtes, die ihm ausgegebenen Betriebs- oder Behördenkarten für Lebensmittel und Gebrauchsgüter zu benutzen, sowie des Rechtes, die Wohnung zu nutzen, die ihm in Gebäuden des jeweiligen Betriebes bzw. der Behörde zur Verfügung gestellt wurde."[1335]

[1329] Vgl. Schwarz: Arbeiterklasse, S. 109f.; BEKP 88. 1931, S. 9.
[1330] Kiselev/Malkin 1931, S. 67.
[1331] Schwarz: Arbeiterklasse, S. 109.
[1332] Ebd. S. 109f.; BEKP 88. 1931, S. 9.
[1333] SZ 1932, No. 84, st. 517.
[1334] Vgl. Schwarz: Arbeiterklasse, S. 110f.; Garvi, P.: Pasportizacija Rossii, in: SV 1933, No. 3 (288), S. 4–7; Dadykin: O čislennosti i istočnikach popolnenija rabočego klassa, in: Istoričeskie Zapiski 87. 1971, S. 28–56, hier S. 47.
[1335] Osnovnye direktivy partii i pravitel'stva po chozjajstvennomu stroitel'stvu 1931–1933 gg., Moskva 1933, S. 99; vgl. SZ 1933, No. 78, st. 475; vgl. O bor'be, in: B 1932, No. 21, S. 1–7; Žezlov, in: PS

Die Unternehmen wurden verpflichtet, „Blaumacher" hinauszuwerfen, zugleich wurden diese mit Verlust der Lebensmittelkarte und der Wohnung bedroht. In Zusammenhang mit der Verknappung der Arbeitsplätze im zweiten Fünfjahrplan stellte das für Arbeiter eine existentielle Bedrohung dar. Tatsächlich ging die Zahl der offiziell gemeldeten Fehltage 1933 schlagartig zurück. Ob die Zahl der Fehltage realiter sank, muß allerdings dahingestellt bleiben.

Die Arbeiterpolitik von Partei- und Sowjetführung war, das wird aus Lohn-, Versorgungs- und Arbeitsrechtspolitik nur allzu deutlich, vordringlich auf zwei Ziele ausgerichtet: auf Steigerung der Produktivität und Intensivierung der Arbeit einerseits und auf die Eingliederung der Arbeiter in die Systeme betrieblicher und politischer Herrschaft andererseits. Die Sozialismus-Idee der herrschenden Gruppe in der VKP war viel eher von ökonomischen Vorstellungen und solchen organisierter Produktion geprägt, als von emanzipatorischen, wie sie in der Beteiligung wirklicher Arbeiter an realer Herrschaft vorstellbar gewesen wäre. In den Jahren 1929/30 hatte die Welle des ersten Aufbauenthusiasmus und die Schwächung herrschaftlicher Instanzen im Arbeitermilieu – das Management war durch die Schädlingskampagne in Frage gestellt, die VKP an der Basis desorganisiert und ihren Aufgaben nicht gewachsen, die betriebliche Normung und straffere Arbeitsorganisation, erforderlich durch technologische Neuerungen, griffen noch nicht – den Arbeitern einen gewissen Spielraum gegeben. Ein Teil hatte darauf mit gesteigerter politischer Aktivität reagiert, durch Mitarbeit in Produktionsberatungen, in Basisorganisationen von Partei und Gewerkschaften u. ä. Ein größerer Teil der Arbeiterschaft allerdings wurde nicht davon erfaßt, sie schlugen sich so durch auf der Jagd nach einem erträglichen Leben. Mit der zunehmenden Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen, mit der allmählichen Verdichtung von Herrschaft im Betrieb, verstärkt seit Mitte 1931, mit dem Einsatz von administrativem Zwang zur Stabilisierung politischer Herrschaft und gestaffeltem Lohn- und Versorgungssystem zum Ausbau der Fraktionierung in der sowjetischen Arbeiterschaft, veränderte sich die Situation dann. Die Elemente politischer und betrieblicher Partizipation – die von den Herrschenden ohnehin nicht ernst genommen wurden – wurden zurückgedrängt und ihres Sinnes entleert. Die Arbeiter waren wieder eindeutig Objekt von Herrschaft.

Dieser Entwicklung entging nur jener, nicht geringe Teil der Arbeiterschaft, der durch direkte Beförderung – „vydviženie" – oder durch Entsendung auf Hoch- und Fachschulen die Chance zum sozialen Aufstieg erhielt.[1336] Wie oben gezeigt, erreichte diese Aufstiegsbewegung im 1. Fünfjahrplan erhebliche Ausmaße. In seiner Rede am 23. 6. 31 hatte der Generalsekretär der VKP die Notwendigkeit, eine sowjetische Intelligenz aus Angehörigen der Arbeiterklasse zu schaffen, deutlich unterstrichen.[1337] Allein in den Jahren 1928–33 waren um die 770000 Arbeiter aus Industrie, Verkehrswesen und Landwirtschaft, die Mitglieder der VKP waren, auf Führungspositionen befördert oder zum Studium abgeordnet worden.[1338]

1933, No. 3–4, S. 49ff.; Ivanov, in: PS 1933, No. 1–2, S. 60ff.; Švarc, in: SV 1933, No. 16–17 (301–302), S. 7ff.; Schwarz: Arbeiterklasse, S. 112ff.

[1336] Der Prozeß sozialen Aufstiegs wurde bereits mehrfach angesprochen, vgl. Abschnitt 2.4., 7.3., 7.4.

[1337] Stalin: Fragen, S. 414f.

[1338] Judin, S. 130; vgl. u. a. Peskarev, in: PS 1932, No. 17, S. 35; vgl. ähnliche Berechnungen oben Abschnitt 2.4.

Von den 861364 Führungskadern und Spezialisten, die von der Zählung am 1. November 1933 erfaßt wurden – und darin gingen nicht alle gesellschaftlichen Führungsapparate ein – stammten 262452 (d.i. 30,5%) aus Arbeiterfamilien.[1339] Die soziale Mobilität, die in diesen Zahlen erkennbar wird, hatte, wie oben gezeigt, für die Gesellschaft bedeutsame Folgen, da sie zur Schaffung jener Schicht entscheidend beitrug, die das politische System der dreißiger Jahre trug. Zugleich führte sie aber auch zur Ausdünnung des Stammes qualifizierter Arbeiter mit Produktionserfahrung. Um die ökonomischen Folgen möglichst gering zu halten, verbot das ZK deshalb am 20. Oktober 1930 für zwei Jahre die Beförderung von Arbeitern „von der Werkbank" in Leitungsapparate jeglicher Art außer in der Wirtschaft und in den Gewerkschaften.[1340] Dort allerdings nahm die Aufstiegsbewegung ihren Fortgang, wie aus den Angaben der Spezialistenzählung von 1933 zu ersehen ist. Der Umfang des „vydviženie" und der Delegierung von Arbeitern auf Hoch- und Fachschulen war im 1. Fünfjahrplan gewiß groß genug, daß sich innerhalb der sowjetischen Arbeiterschaft größere Gruppen Aufstiegschancen, sei es im Betrieb, sei es in Gewerkschaft, Partei oder Staatsapparat ausrechnen konnten. Das war ein Faktor, der ebenso wie die Differenzierung von Lohn und Versorgung zur Fraktionierung des Proletariats beitragen mußte. Das konnte sich z. B. in der Stoßarbeiterbewegung niederschlagen, da viele Beteiligte sich bewußt oder unbewußt ausrechneten, das gesteigerte Tempo nicht bis ans Ende ihres Arbeitslebens durchhalten zu müssen, sondern nur bis zum baldigen Aufstieg ins Büro an einen Schreibtisch.[1341] Widerstand war dagegen am ehesten von solchen Arbeitern zu erwarten, die diese Perspektive nicht hatten. So hatte das „vydviženie", das den proletarischen Charakter des Sowjetstaates für viele Arbeiter glaubhaft machte, zugleich eine disziplinierende Wirkung. Obendrein zog es aktive Arbeiter ab und stellte sie in den Dienst der Herrschaftsapparate, so daß die „Klasse" ihre potentiellen Führer verlor. Diese Entwicklung, die starke innere – soziale und bewußtseinsmäßige – Zersplitterung der Arbeiterschaft, die durch die Politik von Partei- und Sowjetführung gezielt gefördert wurde, der Wandel, der sich in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft vollzog, führte dazu, daß die Arbeiterklasse in einer Phase der Verschlechterung von Lebens- und Arbeitsbedingungen der Herausbildung politischer Herrschaft dennoch kaum wirksamen Widerstand entgegensetzte und sich teilweise in das politische System integrieren ließ.

[1339] Sostav ruk. rab., S. 8,12; für die Ukraine 1936 vgl. die Angaben bei Syrcova, S. M.: Socialističeskaja industrializacija i izmenenija v sostave rabočego klassa Ukrainy, in: Rabočij klass 1975, S. 153–158, hier S. 156.

[1340] Kiselev/Malkin 1931, S. 57.

[1341] Vgl. Švarc, S.: Rabočij klass i diktatura, in: SV 1931, No. 8 (246), S. 4–6, hier S. 5.

9. DIE KONSOLIDIERUNG UND NEUORDNUNG DER VKP/b AM ENDE DES ERSTEN FÜNFJAHRPLANES

Auch an der VKP war die Phase des ökonomischen und gesellschaftlichen Umbruchs mit seinen Destabilisierungs- und Krisenerscheinungen nicht folgenlos vorübergegangen. Die Mitgliederbasis hatte sich vergrößert, der Aufgabenkreis war erweitert worden. Die Versuche, Parteiapparat und Basisorganisationen derart zu reorganisieren, daß sie mit den gestiegenen Anforderungen zurechtkommen und zugleich die neuen Mitglieder und die Masse der neuen Arbeiter politisch integrieren konnten, hatten nur teilweise Erfolg. Infolge der allgemeinen Destabilisierungstendenzen in der sowjetischen Gesellschaft, aber auch infolge der Dysfunktionalität der durchgeführten Reformen hatte die Parteiführung weite Bereiche des Arbeits- und des sozialen Lebens nicht unter Kontrolle halten können, wenngleich das System politischer Herrschaft infolge der Formierung der neuen Oberschicht und des Ausbaus der Repressionsapparate nicht in Frage gestellt wurde. Nach Ausschaltung der „Rechtsabweichung" hatte es innerhalb der VKP keine offene Opposition mehr gegeben. Dennoch gibt es Anzeichen, daß es angesichts der Wirtschaftskrise in den Jahren nach 1930 innerhalb der Parteiführung zu Meinungsverschiedenheiten gekommen ist, die aber zugunsten der Stalin-Gruppe entschieden wurden, ohne daß es zu öffentlichen Diskussionen kam. Nach 1931 setzten – parallel zu den Reorganisierungsmaßnahmen in der Industrieleitung und der stärkeren Disziplinierung der Arbeiterschaft – in der VKP Anstrengungen ein, die Basisorganisationen zu reformieren und zu straffen und den Parteiapparat zu reorganisieren. Das ging Hand in Hand mit einer neuen Säuberung und diente dem Ziel, die Führung der Partei zu straffen und die politische Kontrolle zu verdichten.

9.1. MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN IM FÜHRUNGSBEREICH DER VKP/b

Die Krisenerscheinungen im Industriebetrieb, die Versorgungsprobleme, der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, die Widerstände im Dorf, die Protesthaltung von Teilen der Arbeiterschaft – kurz, all die Anzeichen für eine Destabilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft – riefen in den Führungskreisen der Partei wahrscheinlich Reaktionen hervor, u. a. auch differierende Überlegungen über Auswege aus der Krise. Wir wissen darüber nur wenig. Genährt wird diese Annahme durch zahlreiche Gerüchte und unsichere Informationen über Konflikte innerhalb der Parteispitze zwischen 1930 und 1934.

Verfolgt man im „Socialističeskij Vestnik" zwischen 1930 und 1933 die Berichte von Informanten aus der Sowjetunion, wiederholt sich immer wieder das Gerücht, im ZK bilde sich eine neue Opposition. Im Dezember 1930 berichtete ein Korrespondent, der mit „A." zeichnete, im ZK entstehe eine oppositionelle Gruppierung, die beunruhigt sei von den Agrarunruhen, dem Fehlschlag des Fünfjahrplanes und der Unzufriedenheit in der Armee. Ordžonikidze, Kalinin, Vorošilov hätten Stalin genötigt, Zugeständnisse zu machen und die

Verfolgung ehemaliger „Rechter" einzustellen.[1342] Im Juli 1931 tauchten neuerlich Gerüchte über Entstehung einer „rechten" und einer „linken" Abweichung in der Führungsgruppe auf, zwischen denen Stalin hin- und herlaviere. Der Informant zeichnete ebenfalls mit „A.".[1343] Am 3. September 1931 meldete ein Korrespondent mit demselben Kürzel, es gebe um Stalin eine Reihe von Gruppen, die eine Änderung des politischen Kurses forderten, ohne jedoch Stalin anzugreifen. Dieser verhalte sich abwartend.[1344] Acht Monate darauf, im Mai 1932, meldete ein „N. D.", zwischen Molotov – charakterisiert als Vertreter der „Generallinie" – und einem „gemäßigten" Stalin sei es zu Konflikten um die Handelspolitik gekommen.[1345] Im Juni desselben Jahres berichtet ein „A. K." wiederum über das Entstehen von Links- und Rechtsopposition – Stalin warte ab.[1346] Beinahe gleichzeitig wußte ein trotzkistischer Informant zu melden, die Erfolge des Fünfjahrplans hätten das Selbstgefühl der Führungskreise gestärkt und Stalins persönliche Autorität gehoben.[1347] Kurz darauf erschien im „Socialističeskij Vestnik" eine Korrespondenz (Autor „X."), die mitteilte, in Führungskreisen der VKP herrsche Verwirrung, zahlreiche Kommunisten, darunter viele Militärs, würden Zugeständnisse an die Bauern fordern. Ehemals treue Parteigänger Stalins begännen sich in den Machtkampf einzuschalten.[1348] Gerüchte dieser Art führten offenbar dazu, daß der Korrespondent „O." im Oktober berichtete, Stalins Tage seien gezählt, während sich „A." auf die Mitteilung beschränkte, der „Hausherr" („chozjain" – d. i. Stalin) schweige.[1349] Ebenfalls im Oktober sandte der schon bekannte Informant „X." eine Korrespondenz ein, die die Beziehungen in der Parteispitze näher zu analysieren trachtete. „X." glaubte ein Personalrevirement in der Führungsspitze zu erkennen. Mikojan, Rozengol'c, Andreev, Ordžonikidze, Kujbyšev und Jakovlev seien unter schwerem Beschuß, Stalin zeige ihnen deutlich seine Überlegenheit. Die Beziehungen zwischen Stalin und Vorošilov seien gespannt, das Verhältnis Stalins zu Molotov geradezu feindselig. Großen Einfluß gewönnen – so „X." – neue Leute, Kirov, Bulganin und Bubnov; alte Parteiführer wie Bucharin und Sokol'nikov seien wieder im Kommen. Eine ernsthafte Opposition bestehe nicht, doch sei Stalins Stern im Sinken. Allerdings wahre der Führungskern nach außen Geschlossenheit. Interessanterweise erörtert die Korrespondenz im Oktober 1932 bereits die Zusammensetzung des XVII. Parteitages, der dann erst Anfang 1934 stattfand: Stalin arbeite mit Hilfe von Kaganovič, Postyšev und Kossior daran, die Delegierten hauptsächlich aus „neuen Leuten" auszuwählen, um so einen festen Rückhalt für Stalin zu schaffen.[1350] Anfang 1933 erkannte der Informant „A." wieder rechte und linke Tendenzen, zwischen denen Stalin laviere. Damit im Zusammenhang stände die Verabschiedung relativ gemäßigter Pläne und der Übergang zum neuen Schlagwort „Osvoenie" (d. h. „Aneignung" der neuen Technik und der neuen Betriebe).[1351] Im Dezem-

[1342] SV 1930, No. 24 (238), S. 15.
[1343] SV 1931, No. 14 (252), „Po Rossii".
[1344] SV 1931, No. 17 (255), S. 14.
[1345] SV 1932, No. 10–11 (271–272), S. 23.
[1346] SV 1932, No. 12 (273), S. 15.
[1347] BO 1932, No. 28, S. 2.
[1348] SV 1932, No. 15 (276), S. 15.
[1349] SV 1932, No. 19 (280), S. 14 u. 15.
[1350] SV 1932, No. 20 (281), „Po Rossii".
[1351] SV 1933, No. 3 (288), S. 15.

ber 1933 schließlich berichtete „A.", daß die strategische Lage in der Partei für Stalin günstig sei, der XVII. Parteitag sei erfolgreich vorbereitet worden.[1352]

Alle diese Nachrichten sind von äußerst begrenztem Wert. Die Informanten stammten, das ist aus den Quellen selbst ersichtlich, nicht aus dem inneren Führungszirkel, ihr Wissen bezogen sie aus Gesprächen mit mehr oder minder hochgestellten Parteimitgliedern. Es handelt sich also um Wiedergabe von Gerüchten und Spekulationen, die offenbar in bestimmten Kreisen zirkulierten und deren Wahrheitsgehalt nicht überprüfbar ist. Zudem scheint es, daß einige Informanten lediglich bekannte Muster wiederholten. Die Information, es gebe Links- und Rechtsabweichungen, Stalin aber laviere, scheint eine Fortschreibung von Konfliktmustern, die in den zwanziger Jahren üblich waren. Ob sie aktuellen Vorgängen entsprachen, ist zweifelhaft. So bleibt als gesicherte Feststellung allein, daß offenbar in Parteikreisen zwischen 1930 und 1933 wiederholt von Meinungsverschiedenheiten in der Parteiführung gesprochen wurde. Wieweit das Ausdruck tatsächlicher Konflikte war, deren Vorhandensein angesichts der desolaten Situation im Lande plausibel scheint, ist schwer zu sagen. Von großer Unzufriedenheit innerhalb der VKP am Vorabend des XVII. Parteitags, einer Unzufriedenheit, die bis in die Parteispitze reicht, spricht auch eine sowjetische Veröffentlichung der Chruščev-Zeit. Die offizielle Geschichte der KPdSU von 1963 stellt fest:

> „Zum XVII. Parteitag bildete sich allmählich der Personenkult Stalins heraus. ... Überzeugt von seiner Unfehlbarbeit, ging Stalin immer weiter von den Leninschen Prinzipien und den Normen des Parteilebens ab, verletzte die Prinzipien der Kollektivität der Führung, entfernte sich von den Massen und erlaubte sich mißbräuchliche Nutzung seiner Stellung. Immer deutlicher traten auch die negativen Seiten seines Charakters hervor: Grobheit, Illoyalität gegenüber den führenden Mitarbeitern der Partei, Unduldsamkeit gegenüber Kritik, Ignorieren der kollektiven Meinung, Administrieren. Die anormalen Umstände, die sich in der Partei in Verbindung mit dem Personenkult herausbildeten, riefen bei einem Teil der Kommunisten, besonders bei den alten Leninschen Kadern, Alarm hervor. Viele Delegierte des Parteitages, vor allen Dingen die, die mit dem Testament V.I. Lenins bekannt waren, waren der Ansicht, daß die Zeit gekommen sei, Stalin vom Posten des Gensek fort auf einen anderen Posten zu versetzen."[1353]

Zweifellos ist diese Version in Tendenz und Diktion unmittelbar von der Entstalinisierungskampagne der Chruščev-Zeit geprägt.[1354] Die Formel vom „Personenkult" und die persönliche Schuldzuweisung, die zugleich die Partei als Ganzes entlastet, entsprachen dem offiziellen Erklärungsmuster nach 1956. Zwei Hinweise sind dem Text jedoch zu entnehmen: In der Parteispitze gab es 1932/33 offenbar Widerstände gegen Stalin, ferner arbeitete anscheinend ein kleiner Kreis auf die Entmachtung des Generalsekretärs hin. Diffuse Hinweise über die Existenz solcher Stimmungen gab schließlich auch Stalin selbst auf dem XVII. Parteitag.

[1352] SV 1933, No. 24 (309), S. 15.

[1353] Istorija Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza, hrg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von B.N. Ponomarev, 2. ergänzte Auflage, Moskva 1963, S. 486; in späteren Auflagen fehlt diese Passage: Istorija Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza, hrg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von B.N. Ponomarev, 4. ergänzte Auflage, Moskva 1973, S. 437.

[1354] Vgl. Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, hrg. von R. Crusius, M. Wilke, Frankfurt 1977, vor allem Chruščevs Geheimrede vom 25. 2. 1956, ebd. S. 487–537; der Text wurde vom US State Department veröffentlicht und durch die Bank – auch von westlichen kommunistischen Parteien – stillschweigend als richtig akzeptiert; es soll sich um eine für ausländische Kommunisten überarbeitete Fassung handeln, vgl. Shapiro, L.: The Communist Party of the Soviet Union, New York [2]1971, S. 395, Anm. 1; vgl. Ostprobleme 8–1956, No. 25/26, S. 867–897, hier S. 867.

Wenige Sätze, nachdem er festgestellt hatte, die Partei stände einheitlich und geschlossen da, wie nie zuvor, erklärte der Generalsekretär:

> „Die Feinde der Partei, die Opportunisten aller Schattierungen, die nationalistischen Abweichler aller Art sind geschlagen. Aber Überreste ihrer Ideologie leben noch in den Köpfen einzelner Parteimitglieder fort und machen sich nicht selten bemerkbar. Man darf die Partei nicht als etwas von dem sie umgebenden Menschen Losgelöstes betrachten. Sie lebt und wirkt innerhalb des sie umgebenden Milieus. Kein Wunder, daß nicht selten von außen ungesunde Stimmungen in die Partei eindringen. Ein Boden für solche Stimmungen besteht aber zweifellos in unserem Lande, schon aus dem Grunde, weil bei uns noch immer gewisse Zwischenschichten der Bevölkerung sowohl in der Stadt als auch auf dem Dorfe vorhanden sind, die einen Nährboden für solche Stimmungen bilden."[1355]

Der Generalsekretär gab hier implizit zu, daß es in der VKP Widerstände gab, Widerstände, die mit den krisenhaften Zuständen im Lande und der verfehlten Industrialisierungspolitik zusammenhingen. Zugleich gab er allerdings einen Begründungszusammenhang, der die ideologische Verurteilung der Gegner ermöglichte, nämlich ihre Verbindung mit nichtproletarischen Elementen in Stadt und Land.

Nimmt man diese Hinweise zusammen, scheint sicher, daß es zwischen dem XVI. Parteitag 1930, in dessen Vorfeld die „rechte Abweichung" ausgeschaltet wurde, und dem XVII. Parteitag Anfang 1934 in der Führungsspitze eine Reihe von Konflikten gegeben hat. Mehr oder minder belegt sind dabei die Vorstöße, die einzelne führende Parteimitglieder oder kleine Gruppen gegen die politische Linie unternahmen und die dann als Opposition behandelt wurden. Es gibt auch vage Anhaltspunkte über Formierung einer fraktionsartigen Gruppe am Vorabend des XVII. Parteitages, die sich gegen Stalin richtete.

Die erste angebliche Oppositionsbewegung, die nach dem XVI. Parteitag „aufgedeckt" wurde, war der „Rechts-Links-Block", in den die „Untergrundgruppen" Syrcovs und Lominadzes eingingen.[1356] Welche tatsächlichen politischen Aktivitäten den Vorwürfen zugrunde lagen, ist unklar.[1357] Direkte Information darüber ist im Westen nicht zugänglich, die Autoren, die sich dazu äußern, widersprechen sich. Medvedev, der oft auf nichtpublizierte Memoiren zurückgreifen kann, geht davon aus, daß außer einem mehr oder minder zufälligem Treffen zwischen Syrcov und Lominadze nichts vorgefallen sei.[1358] Avtorkhanov, der damals im Apparat des ZK tätig war, unterstellt, Syrcov habe versucht, die Parteisekretäre auf Gebiets- und Regionsebene gegen Stalin zu organisieren.[1359] Eine solche fraktionelle Tätigkeit ist jedoch materiell nicht zu belegen. Gewiß hat es einen Gesprächskreis gegeben, der die ökonomischen Probleme diskutierte und für die Probleme Lösungen sah, die denen der

[1355] Stalin, XVII s.-ezd, S. 28; dtsch. nach Stalin: Werke, Bd. 13, S. 309.
[1356] Vgl. O frakcionnoj rabote Syrcova, Lominadze i dr. (Postanovlenie CK i CKK ot 1 dekabrja 1930 g.). in: PS 1930, No. 23–24, S. 66; vgl. Špilev, S.: Dvurušničestvo i pravo-„levyj" blok, in: PS 1930, No. 21, S. 12–17; Pravo-„levyj" blok i organizacionnye osnovy bol'ševizma, in: PS 1930, No. 22, S. 3–7; BO 1930, No. 17–18, S. 39; BO 1931 No. 21–22, S. 19–23; Avtorkhanov, S. 18, 189–192; Serge: Beruf, S. 289; Shapiro, S. 395; Medwedew, S. 161f.; Daniels: Gewissen, S. 435f.; Szamueli, in: Soviet Studies XVII, 1965/66, S. 324.; Davies, R. W.: The Syrtsov-Lominadze Affair, in: Soviet Studies XXXIII, 1981, S. 29–50.
[1357] Vgl. die Ausführungen bei Davies, ebd. S. 42ff.
[1358] Medwedew, S. 162
[1359] Avtorkhanov, S. 191.

Stalin-Gruppe widersprachen.[1360] Syrcov, Lominadze und Šackin, die dem „Block" zugezählt wurden, gehörten dem Führungskreis der VKP an, allerdings der „zweiten Generation". Syrcov (Parteieintritt 1913) war ZK-Mitglied und Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der RSFSR, Lominadze (Parteieintritt III/1917) gehörte ebenfalls dem ZK an und war Erster Sekretär der Transkaukasischen KP, Šackin (Parteieintritt V/1917) war Mitglied der ZKK.[1361] Sie gehörten einer Generation von jüngeren Parteiführern an, die die Mehrheitsfraktion in den zwanziger Jahren unterstützt hatten und nun allmählich in wichtige Positionen des Apparats einrückten. Soweit aus den gegen sie erhobenen Vorwürfen zu schließen, verurteilten sie in der internen Diskussion die Politik der forcierten Industrialisierung und der Zwangskollektivierung. Syrcov hatte offenbar die 1930 vorliegenden Ergebnisse des industriellen Aufbaus als „Augenwischerei" bezeichnet und das Stalingrader Traktorenwerk als „Potemkinsches Dorf", Lominadze hatte den Sowjetapparat der Transkaukasischen Republik getadelt, in ihm herrsche „eine herrenmäßig-feudale Einstellung zu den Nöten und Interessen der Arbeiter und Bauern".[1362] In den Auseinandersetzungen im ZK hatte Syrcov offenbar den Umgang mit dem Plan, namentlich die Kampagne der „Gegenpläne", als leichtfertige Börsenspekulation bezeichnet und Manager, die infolge sorgfältiger Planarbeit als „Schädlinge" angegriffen wurden, verteidigt.[1363] Besondere Erbitterung rief seine herbe Kritik an der Qualität der Parteiarbeiter hervor. Er hatte erklärt:

> „Wir alle . . . sind zwei Köpfe zu klein für die Aufgaben, die die Rekonstruktionsperiode vor uns gestellt hat.[1364]

Aus der Polemik, die gegen den Block geführt wurde, gewinnt man den Eindruck, daß Lominadze, Syrcov und eine Reihe anderer führender Parteiarbeiter offenbar angesichts der desolaten Situation auf dem Lande, dem Verlust des Plans, der Schädlingskampagne und den Wirrwarr in der VKP intern und möglicherweise auch in den Gremien scharfe Kritik am politischen Kurs des ZK geübt hatten.[1365] Im Gegenzug schaltete Stalin sie politisch aus, er zog „organisatorische Schlußfolgerung". Ähnlich verfuhr man offenbar 1931 mit dem Nachfolger Lominadzes in der Stellung des Ersten Sekretärs der Transkaukasischen KP, Kartvelišvili. Der Kandidat des ZK wurde wegen „grober politischer Fehler", besonders auf dem Gebiet der Landwirtschaft, abgelöst und nach Westsibirien versetzt.[1366] Soweit den spärlichen Angaben zu entnehmen, spielten neben persönlichen Konflikten mit Berija auch Wirtschaftsprobleme eine gewisse Rolle.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1932 traten neuerlich oppositionelle Gruppen in Erscheinung. Eine davon hatte sich um M. N. Rjutin (Parteieintritt 1914) gebildet, einen Mitarbeiter im Apparat des ZK und ehemaligen Moskauer Bezirksparteisekretär. Zu dieser Gruppe zählten ehemalige „Rechte", Absolventen des Instituts der Roten Professur und Bucharin-

[1360] Davies, in: Soviet Studies XXXIII. 1981, S. 45.
[1361] XVII s-ezd, S. 764, 758, 780, 696, 698; Davies, in: Soviet Studies XXXIII. 1981, S. 30ff.
[1362] Vgl. PS 1930, No. 23–24, S. 66.
[1363] Vgl. PS 1930, No. 22, S. 5ff.; dort wird Syrcov ausführlich mit kritischen Äußerungen zitiert.
[1364] Ebd. S. 6.
[1365] Diesen Eindruck bestätigt auch Davies, in: Soviet Studies XXXIII. 1981, S. 29ff.
[1366] IX s-ezd profsojuzov, S. 205, 253; Medwedew, S. 270f.; Entstalinisierung, S. 525; offenbar spielten Mißhelligkeiten zwischen Kartvelišvili und Berija eine Rolle; XVI s-ezd, S. 696.

Anhänger wie N. A. Uglanov, Ja. E. Sten, A. Slepkov und D. Mareckij.[1367] Die Aktivitäten dieser Gruppe sind faßbar. Sie entwarf ein Programm zur Rekonstruktion der Wirtschaft und zur Reform der VKP und verbreitete es in Moskauer Betrieben. Auch Zinov'ev und Kamenev, sowie einige Mitglieder der trotzkistischen Opposition wurden informiert.[1368] Inhaltlich war es offenbar ein eher „rechtes" Programm, das Auflösung der Kolchosen und mehr Freiraum für die Bauern forderte. Das Parteiregime sollte durchgreifend reformiert, alle Ausgeschlossenen – einschließlich Trockij – wieder aufgenommen werden. Stalin wurde in diesem Programm heftig angegriffen und seine Absetzung gefordert.[1369] Die Parteiführung reagierte darauf mit Polizeimaßnahmen. Die Mitglieder der Gruppe wurden verhaftet. Angeblich verlangte Stalin Rjutins Hinrichtung, wurde im Politbüro aber niedergestimmt.[1370]

Im gleichen Zeitraum existierte noch eine weitere oppositionelle Gruppierung um Ėjsmont (Parteieintritt 1907), Tolmačev (Parteieintritt 1904) und A. P. Smirnov (Parteieintritt 1896). A. P. Smirnov, ein „alter Bolschewik", war ZK-Mitglied und hatte bis 1930 hohe Stellungen im Rat der Volkskommissare der RSFSR und als Sekretär des ZK eingenommen, Ėjsmont war im Volkskommissariat für Handel der RSFSR tätig, Tolmačev im Volkskommissariat für Inneres.[1371] Diesem Personenkreis wurde vorgeworfen, eine Antiparteigruppe gebildet zu haben, die die Industrialisierungpolitik abgelehnt und eine Wiedererrichtung des Kapitalismus angestrebt hätte.[1372] Was tatsächlich vorgefallen ist, ist nur in Umrissen bekannt. Avtorkhanov – eine zeitgenössische Quelle, meist aber nicht sonderlich akkurat – berichtet, Smirnov habe illegale Zellen in den wichtigsten proletarischen Zellen bilden und alle oppositionellen Kräfte in der VKP vereinigen wollen.[1373] Dagegen vertreten andere Autoren die Ansicht, die „Opposition" habe sich auf Privatgespräche beschränkt, in denen die Kollektivierung kritisiert und die Absetzung Stalins für wünschbar erklärt wurde.[1374] Auch hier griff die OGPU zu und brachte die Angelegenheit vor die ZKK, die durch Beschluß des Vereinigten Plenums von ZK und ZKK Smirnov aus dem ZK und die beiden anderen aus der VKP ausstießen.[1375]

Im Jahr 1933 entdeckte die Stalin-Gruppe eine Reihe von Oppositionsgruppen in den nationalen Republiken. Das prominenteste Opfer war Skrypnik (Parteieintritt 1897), ZK-Mitglied und Volkskommissar für Bildungwesen in der Ukraine.[1376] Ihm und einer Reihe von

[1367] Vgl. Daniels: Gewissen, S. 437; Shapiro, S. 396; Medwedew, S. 162, Cohen: Bukharin, S. 344; Szamueli, in: Soviet Studies XVII. 1965/66, S. 325; neben einer Erwähnung in einer Entschließung des ZK, KPSS t. 5, S. 90, fußen die Angaben auf Emigrantenberichten, vgl. Nicolaewsky, S. 28ff.; Serge: Beruf, S. 290; Rjutin war Delegierter auf dem XVI. Parteitag, XVI s-ezd, S. 778.

[1368] Serge: Beruf, S. 290.

[1369] Ebd.; Nicolaewsky, S. 28f.

[1370] Ebd. S. 29; Medwedew, S. 162.

[1371] Vgl. Vsesojuznoe soveščanie o merach ulučšenija podgotovki naučno-pedagogičeskich kadrov po istoričeskim naukam, 18–21 dekabrja 1962 g., Moskva 1964, S. 290f.; KPSS t. 5, S. 90; Avtorkhanov, S. 192ff., Szamueli, in: Soviet Studies XVIII. 1965/66, S. 327; Serge: Beruf, S. 290; Daniels: Gewissen, S. 437; Shapiro, S. 396f.; Medwedew, S. 176f.; XVI s-ezd, S. 778, 779, 781, 741.

[1372] KPSS t. 5, S. 90.

[1373] Avtorkhanov, S. 193.

[1374] Serge: Beruf, S. 290; Vsesojuznoe soveščanie 1962, S. 291; Medwedew, S. 176.

[1375] KPSS t. 5, S. 90.

[1376] Vgl. Stalin, XVII s-ezd, S. 31f.; Serge: Beruf, S. 290; Postyšev, P.: Itogi sel'sko-chozjajstvennogo goda i očerednye zadači KP(b)U, in: PS 1933, No. 23–24, S. 6–14; Szamueli, in: Soviet Studies XVIII. 1965/66, S. 330f.; Daniels: Gewissen, S. 438; Medwedew, S. 160; XVI s-ezd, S. 741, 763.

Parteimitgliedern im Bildungs- und Wissenschaftsbereich warf man nationalistische Abweichung vor, ja sogar Zusammenarbeit mit den „imperialistischen Mächten" Deutschland und Polen.[1377] Skrypnik beging 1933 Selbstmord – wegen der andauernden Verleumdungskampagne, so die eine Version[1378], – wegen der Hungerkatastrophe auf dem Dorf, so die andere.[1379] Der Vorwurf des bürgerlichen Nationalismus traf auch die Parteiorganisationen von Weißrußland, Armenien und Mittelasien. In Weißrußland entlarvte man „konterrevolutionäre, nationalistische Schädlingselemente", in den Volkskommissariaten für Landwirtschaft und Volksbildung, in der Akademie der Wissenschaften, in mehreren Instituten und im „Traktorzentrum".[1380] In Armenien wurde der Volkskommissar für Volksbildung entlassen, eine Reihe von Schriftstellern verfolgt.[1381] In Uzbekistan gab es offenbar Stimmungen, die auch Parteimitglieder in verantwortlichen Stellungen bis hinauf zum Volkskommissar erfaßten, und die sich gegen die Agrarpolitik der Moskauer Zentrale wandten. Offenbar wehrten sie sich vor allem dagegen, Baumwolle als Monokultur anzubauen, da Uzbekistan damit in den Status einer Kolonie zurückfalle.[1382] Der Vorwurf des konterrevolutionären Nationalismus war da rasch bei der Hand. Auch in Kirgizien und Tadžikistan kam es im Zusammenhang mit der Baumwollanpflanzung offenbar zu Konflikten. Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare Kirgiziens, Abdrachmanov, der Inhaber desselben Amtes in Tadžikistan, sowie der Vorsitzende des Zentralen Exekutivkomitees dieser Republik, wurden als bürgerliche Nationalisten abgesetzt.[1383]

Nimmt man die Nachrichten über solche „Abweichungen" und „Oppositionsgruppen" in den Jahren 1930–33 zusammen, verfestigt sich der Eindruck, daß es innerhalb der Partei- und Sowjetführung erhebliche Differenzen über Richtung und Inhalt der Politik gegeben hat. Soweit das aus den spärlichen Informationen abzulesen ist, entstanden diese Meinungsverschiedenheiten infolge der desolaten Lage auf dem Lande, hervorgerufen durch die Kollektivierungspolitik, dem Durcheinander in den Betrieben, die durch hohe Planansätze überfordert waren, der Krise des Verkehrswesens und angesichts der Hungerkatastrophe von 1932. Welche Lösungsmuster in der Krisensituation diskutiert wurden, ist nur in groben Umrissen zu erschließen. Offenbar waren es durchweg „rechte" Lösungen, die auf Verlangsamung des Industrialisierungstempos und vorsichtigeren Umgang mit den Bauern abzielten. Es scheint, daß Unzufriedenheit mit der Politik der Gruppe um Stalin und mit der Person Stalin selbst verbreitet war, doch welche Ausmaße diese Stimmung annahm und welche Personen sie trugen, ist aus dem vorliegenden Material nicht zu ersehen. Es ist auch nicht zu ermitteln, ob zwischen den Schädlingsprozessen, die bis 1931 liefen, dem Prozeß gegen die Vickers-Ingenieure 1933 und der Repression, die gegen die Bauern ausgeübt wurde einerseits und der Unterdrückung von „Oppositionen" innerhalb der VKP andererseits Bezüge herstellbar sind, ob also von einem planmäßigen Vorgehen der OGPU gesprochen werden kann, oder ob die

[1377] Postyšev, in: PS 1933, No. 23–24, S. 8; zum Hintergrund der Affäre vgl. SV 1933, No. 13 (298), S. 14–16.
[1378] Medwedew, S. 161.
[1379] Kopelew: Und schuf, S. 215.
[1380] XVII s-ezd, S. 72; Szamueli, in: Soviet Studies XVIII, 1965/66, S. 331.
[1381] Medwedew, S. 161.
[1382] XVII s-ezd, S. 84; Szamueli, in: Soviet Studies XVIII, 1965/66, S. 331.
[1383] XVII s-ezd, S. 105; Serge: Beruf, S. 290f.; Szamueli, in: Soviet Studies XVIII, 1965/66, S. 331.

Sicherheitsapparate nur von Fall zu Fall handelten. Ferner läßt sich nicht sagen, von wem in den einzelnen Fällen die Initiative zur Aufdeckung sogenannter Oppositionsgruppen ausging. Taktische Manöver der Stalin-Gruppe wären denkbar, aber auch geheimpolizeilicher Ehrgeiz in der OGPU oder die Bestrebungen regionaler „Seilschaften", sich Konkurrenz vom Halse zu schaffen. Neben der Erkenntnis, daß es innerhalb der Führungsspitze Konflikte gab, ist dabei vor allem erwähnenswert, daß solche Auseinandersetzungen nun nicht mehr wie 1928/29 offen ausgetragen, sondern intern im ZK oder in noch kleinerem Kreis entschieden und in der Regel durch Verhängung administrativer Maßnahmen beendet wurden. Das zeigt, wie stark sich das Politikverständnis in der sowjetischen Gesellschaft verändert hatte. Die Parteiöffentlichkeit und mehr noch die gesellschaftliche Öffentlichkeit war von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Gesellschaft und Partei waren nur noch Objekt von Politik. Politische Selbsttätigkeit der Arbeiter, die zu Beginn des Fünfjahrplans gefördert worden war, und die sich 1929/30 in den unkontrollierten Bereichen an der Basis breit entfaltet hatte, reichte letztlich nicht so weit, Entscheidungen auf mittlerer und oberer Ebene zu beeinflussen.

Wie Entscheidungen in der Zentrale zustandekamen, entzieht sich ebenfalls weitgehend dem Blick des Historikers. Es scheint, daß die Person des Generalsekretärs eine wichtige Rolle spielte, daß Stalin selbst sich wichtige Entscheidungen vorbehielt. Wie solche Entscheidungen vorbereitet und an ihn herangetragen wurden, und wie sie dann implementiert wurden, wie der innere Apparat des ZK funktionierte, darüber gibt es wenig Informationen. Kaganovič gab auf dem XVII. Parteitag einen Einblick in die Entscheidungsfindung der Zentrale in den Jahren 1933/34. Er zählte eine ganze Reihe von Beispielen auf, in denen Stalin Probleme aller Art entweder aus Kommissionen an sich zog oder auf eine schriftliche oder mündliche Mitteilung hin die Initiative ergriff und eine bestimmte Frage in die Gremien brachte.[1384] So scheint Stalin persönlich für die Anweisung von ZK und SNK „Über die Arbeiter der Kohleindustrie im Donezbecken" verantwortlich zu zeichnen, die die Arbeit der Industrie scharf kritisierte und Anstoß zu umfassenden Reorganisationsmaßnahmen gab.[1385] Allerdings war es sehr vom Zufall abhängig, auf welchem Gebiet er tätig wurde. So mischte der Generalsekretär sich persönlich in die Behandlung solcher Marginalprobleme ein, wie die Festlegung des Benzinpreises in den MTS oder die Form der Schulbücher.[1386] Gerade im letzten Fall zeigten sich „lenin-stalinscher Stil und Arbeitsweise des ZK".[1387] Irgendjemand erzählte Stalin, daß in einer bestimmten Schule der Unterricht schlecht sei – es mangele an Disziplin, Lehrer würden nicht geachtet, die Kinder mangelhaft unterrichtet. Die „große Koryphäe der Wissenschaften" verortete das Problem – das Fehlen „fester" Schulbücher. Am Volkskommissariat für Bildungswesen vorbei wurde die Frage der Schulbücher untersucht und dann eine Resolution verabschiedet, die die Mitglieder des Bildungswesens pflichtschuldigst begrüßten.[1388] Typisch für die Arbeitsweise des Stalinschen ZK in dieser Phase war die

[1384] Kaganovič, XVII s-ezd, S. 563–565; Szamueli, in: Soviet Studies XVII, 1965/66, S. 337f.
[1385] Kaganovič, XVII s-ezd, S. 563; KPSS t. 5, S. 91–97.
[1386] Kaganovič, XVII s-ezd, S. 564.
[1387] Ebd. S. 565.
[1388] Ebd. S. 564; offenbar geht es um die Resolution vom 12. 2. 1933 „Ob učebnikach dlja načal'noj i srednej školy", vgl. PS 1933, No. 5, S. 61; vgl. die Schilderung ähnlicher Vorgänge beim Entwurf des Generalplans für Moskau: A. Kolman: Die verirrte Generation. So hätten wir nicht leben sollen, Frankfurt 1982, S. 131ff.; danach entwarf eine Reihe von Spezialisten eine Reihe Einzelpläne, die

Zufälligkeit, mit der man auf das Problem stieß, die Umgebung regulärer Entscheidungsstrukturen, d.h. das ZK substituierte den Fachapparat, und das Fällen einer autoritären Entscheidung, die auf die Bildungspolitik insgesamt keine Rücksicht nahm. Typisch war auch das anschließende Beweihräucherungsritual, zunächst durch die Mitarbeiter des Bildungswesens, dann auf dem Parteitag durch Kaganovič. Daß Konzipierung und Implementierung einer langfristigen, komplexen Politik bei derartigen Entscheidungsstrukturen schwierig war, liegt auf der Hand.

Die Konzentration von Einfluß bei der Person des Generalsekretärs, dessen sprunghafte, von ökonomischer ratio nur hier und da angekränkelten Entscheidungen zahlreichen Mitgliedern des Führungskreises offenbar nicht behagten, führte am Vorabend des XVII. Parteitags zu Reaktionen innerhalb von Partei- und Sowjetführung, die – wie oben erwähnt – ihren späten Niederschlag in der „Geschichte der KPdSU" von 1963 fanden. Ihre Ausführungen sind auf dem geschilderten Hintergrund plausibel. Stalin war 1933/34 innerhalb der Parteispitze nicht unumstritten. Das wird von zwei Darstellungen bestätigt, in denen sonst nicht zugängliches Quellenmaterial verarbeitet wurde: Boris Nikolaevskijs „Brief eines alten Bolschewiki", der weitgehend auf Gesprächen beruht, die Nikolaevskij mit Bucharin Mitte der dreißiger Jahre führte, und R. Medvedevs Ausführungen, der in seiner Analyse des Stalinismus auf nichtveröffentlichte Memoiren und Interviews mit alten Parteimitgliedern zurückgreifen konnte.[1389] Danach war der Einfluß des Leningrader Parteisekretärs Kirov in einem Maße gewachsen, daß er in Führungskreisen als möglicher Nachfolger Stalins im Gespräch war. Es scheint, daß Kirov eine politische Wende anstrebte und diese, als sie auf dem XVII. Parteitag dann eintrat, mittrug.[1390] Inhaltlich ging es um eine Veränderung der Agrarpolitik – die „Kontraktacija" wurde abgelöst durch ein System fester Ablieferungsraten[1391] –, um Beendigung der Massenrepression auf dem Dorf[1392] und um die Wahrung „revolutionärer Gesetzlichkeit".[1393] Der „Brief eines alten Bolschewiki" unterstellt, Kirov sei davon ausgegangen, daß die Phase der Liquidierung der kleinen Eigentümer vorbei sei und die ökonomische Position der Kolchosen gefestigt. Die Bevölkerungsmassen würden sich allmählich mit der Regierung aussöhnen, die Zahl eingefleischter Gegner sei im Rückgang begriffen. Nun müsse die Sowjetmacht ihre Basis verbreitern und die Partei müsse alle Kräfte, einschließlich

von einer ZK-Kommission unter Leitung Kaganovičs, der Mitarbeiter des ZK und Experten angehörten, zusammengefaßt wurden. Die endgültige Verabschiedung oblag dem Politbüro, das ihn ohne größere Veränderungen akzeptierte. Die vorgenommenen Korrekturen hatten marginalen und völlig zufälligen Charakter. Die Entscheidung wurde von Stalin ausgesprochen, der Rest des Politbüros stimmte eilig zu. Die Schilderung läßt den Eindruck entstehen, daß das Politbüro, einschließlich Stalins, den Generalplan nicht gelesen hatte, oder wenn doch, dann nur sehr oberflächlich.

1389 Nicolaewsky, S. 26–65, hier S. 31 ff.; Medwedew, S. 176–188; vgl. ferner Cohen: Bukharin, S. 345 f.; Shapiro, S. 399 ff.; Daniels: Gewissen, S. 438; eine sorgfältige Analyse der Rolle Kirovs in dieser Zeit hat F. Benvenuti geleistet: Kirov in Soviet Politics, 1933–1934, Mimeo, Birmingham 1977; ich danke F. Benvenuti für die Erlaubnis, aus diesem Papier zitieren zu dürfen; vgl. auch seine etwas ausführlichere Darstellung: Kirov nella politica sovietica, 1933–1934, in: Annali dell'Istituto Italiano per gli Studi Storici IV. 1973/75, Napoli 1979, S. 277–360; Verweise beziehen sich auf die englische Version.

1390 Benvenuti: Kirov, S. 12 ff.; Cohen: Bukharin, S. 345 f.; Nicolaewsky, S. 33.

1391 Nove, A.: An Economic History of the U. S. S. R., Harmondsworth 1969, S. 179 f.

1392 WKP 178, p. 134 f.; vgl. Fainsod: Smolensk, S. 185 ff.

1393 Kirov, S. M.: Stat'i i reči, Moskva 1934, S. 116; PS 1934, No. 6–7, S. 37; Benvenuti: Kirov, S. 19 ff.

der früheren Oppositionsgruppen, sammeln, um die neue Politik voranzutreiben.[1394] Angesichts der tatsächlichen Entwicklung bis Ende 1934 hat diese Version, die der rechte Sozialdemokrat Boris Nikolaevskij formulierte, gestützt auf Äußerungen Bucharins aus dem Frühjahr 1936, einiges für sich. Jedoch war Kirov 1933/34 offenbar nicht bereit, den offiziellen Konsens innerhalb der Führungsspitze aufzugeben und Stalin zu stürzen, er lehnte es ab, „organisatorische Schlußfolgerungen" zu ziehen; statt dessen betrieb er Veränderung im Rahmen der offiziellen Politik.[1395]

Der XVII. Parteitag, der sowohl im ökonomischen Bereich als auch im parteiorganisatorischen, Zeichen für eine neue Politik setzte – man denke nur daran, daß Ordžonikidze Planzahlen öffentlich nach unten korrigierte[1396], im ersten Fünfjahrplan völlig undenkbar –, bestätigte zugleich aber Stalins herausgehobene Position. Der Generalsekretär wurde in ritualisierter Form abgefeiert. Um das deutlich zu machen, genügt es, Eingangs- und Schlußpassage des Parteitagsprotokolls zu zitieren:

> *„Genosse Stalins Erscheinen im Saal wird mit stürmischem, anhaltendem Beifall des ganzen Saales begrüßt. Der ganze Parteitag begrüßt seinen Führer im Stehen mit einer leidenschaftlichen, lange anhaltenden Ovation, Schreie: Hurra. Begrüßungsrufe: Es lebe der Genosse Stalin!"*[1397]

Und am Ende des Parteitags:

> „*Kalinin:* Genossen, die große historische Bedeutung des Kongresses liegt auch darin, daß er in einer Situation völliger Konsolidierung der Kräfte der Partei vor sich ging, in freundschaftlicher Zusammenarbeit seiner Führung und in Geschlossenheit der bolschewistischen Reihen um den Führer der Partei, Genossen Stalin. (*Lärmender Beifall. Der Parteitag bereitet Genossen Stalin stehend eine laute und anhaltende Ovation. Rufe. ‚Hurra!' Tosende Begrüßungen*)
> ...
> Noch enger schließen wir die Reihen unserer Partei und gemeinsam mit der Partei und den Millionenmassen der Sowjetunion schaffen wir um den großen Volksführer Genossen Stalin (*Stürmischer Beifall*) einen unverbrüchlichen Fels, an dem alle dem Sozialismus feindlichen Kräfte zerschellen!
> ...
> Genossen, in Gestalt des XVII. Parteitags begrüßt die ganze Partei ihren Führer, Genossen Stalin (*Lärmender Beifall, Rufe: ‚Hurra!' ‚Es lebe der Genosse Stalin', die Delegierten singen die ‚Internationale'*)
> Ich erkläre den XVII. Parteitag für geschlossen (*Beifall*)."[1398]

Ungeachtet der Wende in der Politik hatte Stalin seine persönliche Stellung halten können. Er wurde in der Öffentlichkeit als unumstrittener Führer der VKP dargestellt. Seine Position wurde auch durch personelle Verschiebungen im Zentralkomitee gefestigt. Von den 139 Mitgliedern und Kandidaten wurden 48 (34,5 %) 1934 erstmals benannt, dagegen wurden sieben ehemalige Vollmitglieder zu Kandidaten heruntergestuft. Damit gab es unter den 71 Vollmitgliedern 22 neue (30,9 %), darunter mit Berija, Ežov, Mežlauk, Chruščev und Jagoda Personen, die eng mit Stalin zusammenarbeiteten und die ihm ihren Aufstieg verdankten. Hier rückte ein Kader nach, der seine politische Sozialisation in der Hierarchie des Parteiap-

[1394] Nicolaewsky, S. 33.
[1395] Darauf weisen Angaben Medwedews, S. 176f., hin.
[1396] XVII s-ezd, S. 435f.
[1397] XVII s-ezd, S. 5; es handelt sich um den kursiv gesetzten Kommentar der Herausgeber.
[1398] Kalinin, ebd. S. 655; in Klammern: kursiv gesetzte Kommentare der Herausgeber.

parats erfahren hatte, und seine politische Loyalität in den Konflikten mit den sogenannten Oppositionen erwiesen hatte. Von den 68 Kandidaten waren 34 (50%) Neulinge, 7, darunter Bucharin, Rykov, Tomskij, waren von Vollmitgliedern zu Kandidaten herabgestuft worden, während 27 (40%) bereits vorher den Kandiatenstatus des ZK besessen hatten.[1399] Selbst wenn man davon ausgeht, daß das Plenum des ZK zunehmend an Bedeutung verlor und Entscheidungen im Apparat des ZK unter gelegentlicher Beteiligung des Generalsekretärs gefällt wurden, setzt eine derartige Personenverschiebung doch politische Zeichen. Stalins Rückhalt im ZK war erheblich stärker geworden. Es war ihm gelungen, die schwere soziale und ökonomische Krise zu überstehen, ohne an persönlichem Einfluß einzubüßen. Die Unzufriedenheit, die sich auch in der Führungsspitze der VKP geäußert hatte, wurde nicht in Ablösung der politisch Verantwortlichen umgemünzt. Aufbauenthusiasmus und breite soziale Aufstiegsbewegung hatten die gesellschaftliche Stellung der politischen Herrschaftsapparate in einer Phase der Destabilisierung abgesichert. Und OGPU und ZK-Apparat verschafften dem Generalsekretär im Kampf um die politische Vormachtstellung das Übergewicht.

9.2 DIE PARTEIREFORM VON 1934 – DAS „PRODUKTIONSZWEIGPRINZIP"

Während sich in der Führungsspitze der VKP die Position des Generalsekretärs und seiner Parteigänger trotz aller wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Mißgriffe festigte und klare politische Machtverhältnisse sich herstellten, war der Apparat der VKP auf mittlerer und unterer Ebene trotz oder wegen der Reform von 1929/30 in einem desolaten Zustand. Ja, es scheint, daß die Einführung der „funkcionalka" den Interessen straffer Leitung von oben vielfach geradezu widersprach, im Sinne der Gruppe um Stalin also dysfunktional war. So ging die Parteiführung 1931/32 daran, die Parteiorganisation neuerlich zu reorganisieren, sie zu straffen, den Durchgriff von oben zu erleichtern und nichtkontrollierte Räume an der Basis einzuengen.

1932 unternahm das ZK Schritte in Richtung auf eine Vereinfachung des Parteiaufbaus im Betrieb und auf eine Überwindung der organisatorischen Zersplitterung. Dabei ging es um Zusammenlegung und Vergrößerung der Abteilungszellen und um ihre Verstärkung mit erfahrenen Parteiarbeitern. Durch solche Maßnahmen gelang es offenbar in einer Reihe von Großbetrieben, das Zellennetz übersichtlicher zu machen, den Parteikader stärker zu vereinheitlichen und die Parteiarbeit wirksamer zu gestalten.[1400] In einer Entschließung unterstrich das ZK im August 1932 noch einmal die Hauptaufgaben der Betriebsparteikomitees, nämlich die Erfassung aller Arbeiter durch politische Arbeit und die Stärkung der Rolle der VKP im Betrieb bei Wahrung der Einzelleitung.[1401] Gegenüber den Vorjahren wurde die Rolle der Partei in der Produktion damit zurückgenommen, dafür aber die Notwendigkeit betont, stärker auf die Interessen der Arbeiter einzugehen. Diese politische Wendung war zweifellos

[1399] Vgl. XVII s-ezd, S. 680f; XVI s-ezd, S. 741f.; Daniels: Gewissen, S. 438f.
[1400] Ščerbakov, in: PS 1932, No. 17–18, S. 49; ders., in: B 1932, No. 16, S. 33f.
[1401] Pervičnaja, S. 250–253.

auch Folge der spürbaren Verschlechterung des Verhältnisses zwischen VKP und Teilen der Arbeiter, die sich z. B. in den Arbeiterkonflikten äußerte.

Die Entschließung gab auch neue Richtlinien für den organisatorischen Bereich aus: Sie forderte eine Verminderung der Zahl der Abteilungszellen.[1402] In den folgenden Monaten wurde diese Direktive in den Basisparteiorganisationen umgesetzt. Durch Vereinfachung der Organisationsgliederung suchten die Betriebsparteikomitees die Parteileitung zu verbessern, die ihnen unterstellten Zellen zu stabilisieren und die Kader besser zu verteilen. Besonderes Augenmerk galt den Parteigruppen, die vielerorts ein Schattendasein geführt hatten und die nun aktiviert und straffer geleitet werden sollten. Von jenem komplizierten Sektoren- und Bereichssystem, das 1929/30 so lautstark propagiert worden war, war 1932/33 keine Rede mehr. Offenbar hatte es sich in der Praxis überlebt. Anscheinend zeigte die neuerliche Reorganisation in vielen Betriebsorganisationen gute Erfolge.[1403] Inhaltlich standen Produktionsfragen nach wie vor im Vordergrund der Parteiarbeit. Die Komitees orientierten sich dabei an dem Stalinschen Sechs-Punkte-Katalog. Neben den Themen, die sich unmittelbar auf die Produktion bezogen wie Planerfüllung, Einsatz der Technik, Produktivität, Arbeitsdisziplin u. a. m., spielten nun aber auch Versorgungsfragen und Fragen der technischen Qualifizierung eine große Rolle in der Parteiarbeit.[1404] Der Themenkreis, mit dem sich die Parteiarbeiter vertraut machen mußten, wurde abermals erweitert. Waren sie 1929/30 gezwungen gewesen, sich mit Fragen der industriellen Leitung, auch in technischer und administrativer Hinsicht, zu befassen, kamen nun dazu noch die Probleme der Lebensmittelversorgung, des Aufbaus von Handelsorganisationen und der Vermittlung neuzeitlicher Technik. Es ist keine Frage, daß die Parteibeamten vor Ort damit völlig überfordert waren. Immerhin erwarben viele von ihnen nach und nach eine gewisse Organisationserfahrung.

Der XVII. Parteitag 1934 setzte schließlich einen Schlußstrich unter die Reorganisation und Re-Reorganisation an der Parteibasis. In seiner Rede vor den Delegierten ging Kaganovič mit der überkomplizierten Struktur, die in einer Reihe von Betriebsparteiorganisationen als Folge der Reform von 1929/30 noch bestand, scharf ins Gericht. Die Gliederung der Parteiorganisation in der „Petrovskij Zavod" in Dnepropetrovsk, die ein fünfstufiges Zellensystem kombiniert mit 11 Sektoren besaß, bezeichnete Kaganovič als „reine Verhöhnung" von Parteiarbeit. Scharf kritisierte er auch die Aufblähung der Personaletats, die sich aus der Reform ergeben hatte.[1405] Der Parteitag verabschiedete ein Bündel organisatorischer Maßnahmen und setzte ein neues Parteistatut in Kraft.[1406] Von nun an sollte es anstelle der

[1402] Ebd. S. 252.

[1403] Vgl. Položitel'nyj, in: PS 1933, No. 5, S. 13–33; vgl. Brandman, L.: Pod znakom ukreplenija nizovogo zvena, in: PS 1933, No. 6, S. 47–49; vielerorts gab es allerdings erhebliche Probleme, vgl. Pervye itogi, S. 73, 173.

[1404] Vgl. Položitel'nyj, in: PS 1933, No. 5, S. 13–33; Kačestvo partraboty ocenivat' po vypolneniju promfinplana, in: PS 1933, No. 9, S. 44–48, hier S. 45; Šenderovič, in: PS 1933, No. 5, S. 33–36; P. Š., in: PS 1933, No. 5, S. 48–50; Meksina, in: PS 1933, No. 5, S. 53–55; Majorov, A.: Organizovat' massy na bor'bu za ovladenie technikoj, in: PS 1933, No. 5, S. 55–57; Kurakin, P.: Za povyšenie kačestvennych pokazatelej, in: PS 1933, No. 5, S. 57–60; Karpova u. a.: Avangardnaja rol' kommunista na predprijatii, in: PS 1933, No. 5, S. 60–63; Jurov, in: PS 1933, No. 9, S. 34–37; ders. in: B 1933, No. 12, S. 45–50; No. 13, S. 65–81; ders., in: PE 1933, No. 6, S. 132–144.

[1405] Kaganovič, XVII s-ezd, S. 556 f.

[1406] KPSS t. 5, S. 150–160, 160–173; vgl. K XVII partijnomu s-ezdu – organizacionnye voprosy (tezisy doklada t. Kaganoviča), in: PS 1934, No. 1, S. 1–14.

bisherigen Zellen nur noch Parteibasisorganisationen (pervičnaja partijnaja organizacija) mit einem Parteikomitee an der Spitze geben. Hatte die Betriebsorganisation weniger als 15 Mitglieder, erhielt es anstelle eines Komitees lediglich einen Parteiorganisator. In Großbetrieben durfte das Komitee je nach Situation nach Absprache mit dem Stadt- und Rayonparteikomitee Abteilungsparteiorganisationen einrichten, diese konnten gegebenenfalls Parteigruppen für einzelne Produktionsbereiche organisieren. Die nachgeordneten Parteiorganisationen besaßen nun nicht mehr wie früher ein Komitee, sie wurden von einem Parteiorganisator geleitet.[1407] Mit diesem Parteitagsbeschluß wurde ein straffes, relativ einfaches Organisationsschema skizziert, das die Basisorganisationen übersichtlich machte und ihre Führung erleichterte. Die Momente der Partizipation und der Aktivierung der Mitglieder, die das frühere Konzept enthalten hatte, warf man über Bord. Wieweit diese Struktur den Erfordernissen der Massenarbeit angepaßt war, mußte die Zukunft erweisen.

Die Straffung der Basisorganisation war nur ein Schritt zur Behebung der Unordnung in der Partei. Die Parteiorganisationen waren vielerorts überfordert gewesen und in vielen war mit Masseneintritten, Fluktuation und Disziplinverlust die Parteiarbeit insgesamt zusammengebrochen.[1408] Das war z.T. auch Folge der Desorganisation im „funktional" gegliederten Parteiapparat. Kaganovič kritisierte die Führungsapparate in den Thesen zu seinem Referat auf dem XVII. Parteitag sehr scharf, ihre kanzleimäßig-bürokratischen Führungsmethoden, die Übung, „allgemeine" Direktiven zu geben statt konkreter Anweisungen, die Aufblähung der Personaletats, die „funktionale" Struktur der Apparate, das Fehlen persönlicher Verantwortlichkeiten und den Mangel an Disziplin.[1409] Auf dem Parteitag selbst wurde Kaganovič noch deutlicher. Er erklärte:

> „An den Mängeln bei der Führung der Rayons ist zu einem großen Teil die falsche funktionale Struktur der Parteiapparate von Gebiets-, Regionskomitees und ZK der nationalen KP schuld. Genossen vom Regionskomitee, wenn man die Frage geradeaus und direkt stellt, dann müssen wir eigentlich sagen, daß die Abteilungen unserer Gebiets- und Regionskomitees die letzten zwei–drei Jahre schlecht arbeiten. Sie sind aus den Schienen gesprungen, weil das Leben den funktionalen Aufbau des Apparats überholt hat.
>
> Die ‚Funkcional'ščina' in den Apparaten von Gebiets- und Regionskomitees, in den ZK der nationalen KP und im Apparat des ZK hat die Arbeit behindert. Die ‚Funkcional'ščina' hat daran gehindert, die Hauptfragen des Lebens zu erfassen und das ZK hat von seinen Abteilungen oftmals weniger Material erhalten als von anderen Organisationen."[1410]

In den Jahren 1931, 1932 und 1933 – d.h. praktisch seit der Durchsetzung des funktionalen Prinzips – hatte der Apparat der VKP zwar mit Hochtouren gearbeitet, doch mit einem sehr geringen Wirkungsgrad. Auch der Apparat des ZK war mit seinen Aufgaben nicht zurechtgekommen. „Andere Organisationen" – und das ist ein recht interessantes Eingeständnis Kaganovičs – substituierten den Parteiapparat und halfen der politischen Führung bei der Entscheidungsfindung. So wie die Dinge lagen, können damit die einzelnen Fachapparate gemeint sein – Narkomtjažprom, Narkomlegprom oder andere – oder aber die ZKK-RKI und

[1407] KPSS t. 5, S. 169ff.
[1408] Vgl. V. V., in: PS 1932, No. 9, S. 49.
[1409] PS 1934, No. 1, S. 2f.
[1410] Kaganovič, XVII s-ezd, S. 561; vgl. dazu auch Malejko, in: V I KPSS 1976, No. 2, S. 118; Pališko, V.K.: Rost i ukreplenie partijnych rjadov v uslovijach stroitel'stva i upročenija socializma. 1926 g. – ijun' 1941, Kiev 1979, S. 140.

die OGPU in Verbindung mit den „Seilschaften“ Stalins im regionalen Apparat. Um eine tatsächliche Leitung der sozialen und ökonomischen Prozesse zu garantieren, genügten solche Teilapparate kaum, es galt, den vorhandenen Parteiapparat derart umzustrukturieren, daß er die Aufgaben, die ihm die politische Führung zumutete, effektiv wahrnehmen konnte.

Bereits Anfang 1932 hatte es erste Bestrebungen gegeben, die innere Struktur des Apparats umzugestalten. Im Januar kritisierte das ZK die Arbeit von „Kul'tprop“, d. h. der Abteilung für Kultur und Propaganda. Es bemängelte die Inhalte der Tätigkeit und monierte Verdrehungen der Parteigeschichte[1411], vor allem aber Schwäche der Kul'tproparbeit, die mit dem Wachstum der Mitgliederzahlen nicht Schritt halte. Zur Abhilfe schrieb das ZK der Abteilung eine differenzierte Struktur (12 statt 3 Unterabteilungen) vor und eine Verstärkung der Personaletats.[1412] Im Mai geriet die Orginotdel, die Abteilung für Organisation und Instruktion, unter Beschuß. Die Organisationsarbeit des Parteiapparats, seine Schlamperei und Lässigkeit bei der Ausführung von Direktiven – im Nižnij-Novgoroder Regionskomitee z. B. hatte man Anweisungen des ZK bis zu drei Monaten „einmariniert“, ehe man sie weitergab –, die Nachlässigkeit in Personalfragen wurden scharf kritisiert.[1413] Abhilfe sollte auch hier eine Änderung der Abteilungsstruktur (11 Unterabteilungen) und des Personaleinsatzes bringen.[1414]

Der Erfolg dieser Maßnahmen war jedoch offenbar begrenzt. Auf dem Januarplenum 1933 äußerte sich Stalin sehr negativ über die Arbeit der Parteikomitees auf Republiks-, Regions- und Gebietsebene. Mangelnde Ortskenntnisse, fehlerhafte Anweisungen der Parteikomitees hatten die Arbeit der Rayonkomitees und der Basisapparate vielerorts behindert und chaotisiert.[1415] Das ZK reagierte darauf mit Schaffung von außerordentlichen Organen, den „Politischen Abteilungen“ der MTS (Machinen- und Traktorstationen). Parallel zum Apparat des Volkskommissariats für Landwirtschaft und parallel zum Apparat der VKP, beiden verbunden, zugleich aber durch unmittelbare Unterstellung unter das ZK herausgehoben, wurde ein neuer Apparat konzipiert, der administrative und politische Funktionen zugleich erfüllen sollte.[1416] Auf Unionsebene, auf Republiksebene und auf Ebene der Regionen und Gebiete wurden Politleitungen für MTS und Sowchosen eingerichtet, die die Tätigkeit der Politischen Abteilungen, die bei jeder Sowchose und jeder MTS zu schaffen waren, leiten und überwachen sollten. Der Aufgabenbereich dieser Politabteilungen war umfassend. Sie sollten die gesamte politische und Parteiarbeit in Sowchose, MTS und den der MTS zugeordneten Kolchosen leiten, waren mitverantwortlich für Erfüllung der Produktions- und Getreideaufbringungspläne und sollten aktiv an der Personalauswahl teil-

[1411] Das steht wohl in Zusammenhang mit Stalins Brief an die Zeitschrift „Proletarskaja Revoljucija“ Ende Oktober 1931, Stalin: Werke, Bd. 13, S. 76–91, der eine Kampagne gegen die ‚Verfälschung‘ der Parteigeschichte auslöste; vgl. dazu ebd. S. 112–117.

[1412] Malejko, in: V I KPSS 1976, No. 2, S. 117; PS 1932, No. 9, S. 61.

[1413] Bol'še vnimanija organizacionno-partijnoj rabote, in: PS 1932, No. 9, S. 1–3.

[1414] PS 1932, No. 9, S. 60f.

[1415] Kaganovič, XVII s-ezd, S. 561; inhaltlich bezieht sich Kaganovič wahrscheinlich auf Stalins Rede vom 11. 1. 1933, Stalin: Werke, Bd. 13, S. 193–209, in der die Frage der Parteiorganisation selbst aber nicht berührt wird; vgl. auch Kaganovičs Rede auf dem Januarplenum: Celi i zadači političeskich otdelov MTS i sovchozov, in: B 1933, No. 1–2, S. 12–37, hier S. 35f.

[1416] KPSS t. 5, S. 78–89, hier S. 88f.

nehmen.[1417] Mit Hilfe dieser außerordentlichen Organisation verschaffte sich das ZK unmittelbaren Zugriff auf die Partei- und Wirtschaftsarbeit an der agrarischen Basis, vorbei an vorhandenen politischen und Fachapparaten. Diktiert war die Maßnahme von Mißtrauen in die Fähigkeit des Parteiapparats, die Politik des ZK auf dem Lande durchzusetzen. Kritisiert wurde nicht nur die geringe Kompetenz der Rayonparteiorganisationen, sondern auch das Versagen der Regions- und Gebietsparteikomitees.[1418] Bis Juni 1933 hatte man bereits 2776 Politabteilungen organisiert, davon 2019 bei MTS, und 10139 Parteiarbeiter dazu abgestellt.[1419] Im Juli schuf das ZK noch in einem weiteren Problembereich, im Eisenbahnwesen, einen Sonderapparat, die Politleitung des Volkskommissariats für Verkehrswege mit den Politabteilungen der Eisenbahn.[1420]

Durch Einrichtung dieser Sonderorgane, die unmittelbar vom ZK geleitet wurden, wurde der vorhandene Parteiapparat, dessen Kompetenzen durch die Aktivität der OGPU ohnehin eingeschränkt war, als politische Organisation gänzlich desavouiert. Hatte die Parteireform von 1929/30 noch Momente enthalten, die auf Steigerung der Selbsttätigkeit der Parteimitglieder und Schaffung von Freiräumen angelegt waren, so ging es dem ZK nun deutlich darum, seine parteiinterne Herrschaft zu festigen. Da der reguläre Parteiapparat dem widerstand – regionaler Gruppenkonsens und Trägheit der bestehenden Bürokratie verhinderten oft die gradlinige Durchsetzung der Direktiven von oben –, schuf sich das Stalinsche ZK eine eigene Organisation, die die Leitung vom Zentrum her durchsetzen sollte. Das bezeichnet eine Tendenz, die schon bei der Reorganisation der Basisorganisationen im Industriebereich zu beobachten war: Der Parteiaufbau in den Betrieben wurde vereinfacht, um die Führung von oben zu erleichtern. Vorstellungen von Partizipation und Selbsttätigkeit der Parteimitglieder traten in den Hintergrund.

Wirksamere Leitung von oben und gesteigerte „Operativität" waren auch die Ziele der Reform der Parteiorganisation, die der XVII. Parteitag Anfang 1934 beschloß. In den Thesen zu seinem Referat hatte Kaganovič die Mängel des Parteiapparates deutlich benannt und auf die Ursache hingewiesen: die verfehlte Organisationsreform von 1929/30, die das „funktionale" Prinzip eingeführt hatte. Er konstatierte ein „Zurückbleiben der praktisch-organisatorischen Arbeit hinter den Forderungen der politischen Linie", was am Beispiel der Krisen in der Kohleförderung, dem Verkehrswesen und im Volkskommissariat für Landwirtschaft besonders deutlich würde.[1421] Um Abhilfe zu schaffen, sollten nun die Apparate des ZK, der ZK der nationalen KP, der Regions- und Gebietskomitees abermals umstrukturiert werden, nunmehr nach dem „Produktionszweig-Prinzip". Statt Abteilungen, die jeweils nur eine Funktion – Agitation, Organisation, Propaganda etc. – in allen Gesellschaftsbereichen wahrnahmen, formierte das ZK nun Abteilungen, die in einem Bereich (Landwirtschaft, Industrie, Transport etc.) alle Funktionen ausfüllten: Parteiarbeit, Arbeit mit Parteibasisorganisationen, Massenagitation, Kaderauswahl und -verteilung, Gewerkschaftsarbeit usf.[1422] Der

[1417] Ebd. S. 87ff.; im Juni wurden die Kolchoszellen direkt den Politabteilungen unterstellt, ebd. S. 110.
[1418] Vgl. Kaganovič, in: B 1933, No. 1–2, S. 35f.
[1419] KPSS t. 5, S. 108; PS 1933, No. 12, S. 1; Andruchov: Partijnoe stroitel'stvo, S. 215f.; im Januar 1934 waren es bereits 18000 Mitarbeiter, Kaganovič, XVII s-ezd, S. 559.
[1420] KPSS t. 5, S. 119–122.
[1421] PS 1934, No. 1, S. 2; KPSS t. 5, S. 153; vgl. Kaganovič, XVII s-ezd, S. 561.
[1422] Ebd.; Pališko, S. 141f.; Malejko, in: V I KPSS 1976, No. 2, S. 118; KPSS t. 5, S. 155.

Apparat des ZK sollte sieben solcher ganzheitlicher Produktionszweigabteilungen besitzen, dazu zwei Sektoren:[1423]

1. die *Landwirtschaftsabteilung* war zuständig für den gesamten Agrarbereich – Kolchosen, Sowchosen, MTS, Getreideaufbringungsorgane, landwirtschaftliche Forschungs- und Lehranstalten, Landwirtschaftspresse und die Gesamtheit der Partei- und Sowjetarbeit auf dem Dorfe; sie leitete die Basisorganisationen auf dem Land, bildete Kader heran und verteilte sie;
2. die *Industrieabteilung* erfaßte die Leicht- und Schwerindustrie, Holz- und Nahrungsmittelindustrie, Kommunalbetriebe, lokale Industrien und Handwerk; sie übte in diesem Bereich dieselben Funktionen aus wie die landwirtschaftliche Abteilung in ihrem (das gilt jeweils auch für die folgenden fünf Abteilungen);
3. die *Transportabteilung* betreute Eisenbahnen, Wassertransport, die Zivilluftfahrt und den LKW-Transport; angesichts der Schwierigkeiten in diesem Bereich der Volkswirtschaft maß man ihr große Bedeutung zu;
4. Die *Planungs-, Finanz- und Handelsabteilung* erfaßte die Arbeit in den Planungsorganen und den Institutionen, die mit Finanzfragen und Handel befaßt waren, u.a. auch die Außenhandelsorgane;
5. die *politisch-administrative Abteilung* beschäftigte sich mit der Arbeit in der Sowjetadministration (Gebiets-, Regions-, Rayonsexekutivkomitees, Stadtsowjets) und in der Roten Armee; letzteres in Zusammenarbeit mit der PUR, der Politischen Leitung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee;
6. die *Abteilung für Kultur und Propaganda des Leninismus* war einerseits für Propaganda und parteiinterne Bildungsarbeit zuständig, zum andern für Überwachung und Betreuung der Volkskommissariate für Gesundheit und für Volksbildung; ferner waren die Basisparteiorganisationen in Kulturbehörden dieser Abteilung unterstellt;
7. die *Abteilung für führende Parteiorgane* war verantwortlich für die Kontrolle der Arbeit von Parteikomitees auf Ebene von nationaler Republik, Region und Gebiet; punktuell sollte sie auch die Rayonsebene kontrollieren; schließlich befaßte sie sich mit Auswahl und Verteilung der Parteikader.

Von den beiden Sektoren, die neben den sieben Departments bestanden, war einer die „allgemeine Verwaltung", die durch Raum- und Materialbeschaffung und durch Bereitstellung der nötigen Dienstleistung die Voraussetzungen für die allgemeine Arbeit schuf, der andere der „Besondere Sektor". Welche Funktionen dieses Department hatte, das auf dem XVII. Parteitag erstmals genannt wurde, möglicherweise aber bereits seit 1928 bestand[1424], ist wenig bekannt. Aus dem Smolensker Archiv wird deutlich, daß sich diese Sektoren auf mittlerer Ebene damit befaßten, Geheimsachen zu verwahren und zu verschicken, sowie mit Sicherheitsfragen überhaupt.[1425] Ob dieser „Besondere Sektor" wenigstens auf ZK-Ebene auch Personalpolitik betrieb und quasi Stalins Apparat im Apparat war, wie es einige Memoirenautoren nahelegen[1426], ist nicht zu klären; die Person des Leiters, Poskrebyšev, der

[1423] Im folgenden nach Kaganovič, XVII s-ezd, S. 561f.; KPSS t. 5, S. 156; PS 1934, No. 1, S. 4.
[1424] Rosenfeldt: Knowledge, S. 86; BSÈ t. 46, c. 514 nennt Poskrebyšev als Chef des „osobyj sektor sekretariata CK" seit 1928; vgl. oben Abschnitt 5.1.
[1425] WKP 191, p. 2, 4, 34, 48, 50; WKP 237, p. 31f.; Fainsod: Smolensk, S. 63, 67.
[1426] Rosenfeldt: Knowledge, S. 63ff.

später in Stalins unmittelbarer Nähe großen Einfluß ausübte, spricht allerdings dafür, daß die Aufgaben des Sektors nicht rein technischer Natur waren; doch das ist lediglich eine Mutmaßung.

Betrachtet man die Struktur des ZK-Apparates 1934, wird ganz deutlich, daß es sich hier um eine „Nebenregierung" handelt. Alle wichtigen Bereiche der Volkswirtschaft und der Verwaltung werden vom ZK-Apparat erfaßt und konnten – sofern die Abteilungen des ZK effektiv arbeiteten – auch kontrolliert werden. Das war bereits früher intendiert gewesen, doch war die Überwachung einerseits nicht effektiv gewesen – viel war einfach am ZK-Apparat vorbeigegangen[1427] –, andererseits war die Verflechtung von Partei und volkswirtschaftlichen Sektoren aus der funktionalen Struktur des Apparats nicht so deutlich ersichtlich gewesen. Nun war der ZK-Apparat als eine Art „Über-Ministerium" angelegt, eine Behörde, die – verstärkt durch die Sonderapparate in Landwirtschafts- und Verkehrswesen – die gesamte Volkswirtschaft kontrollieren sollte. Allerdings wird daran auch deutlich, wie sehr die VKP ökonomisch ausgerichtet war. Konzipierung von Gesellschaftspolitik und von Außenpolitik war nicht institutionalisiert, die Führung der VKP konzentrierte sich auf Wirtschaftsentwicklung und Herrschaftssicherung, der Entwurf gesellschaftlicher Perspektiven wurde nicht als Aufgabe empfunden.

Die Apparate der Parteikomitees auf mittlerer Ebene (Gebiet, Region, nationale Kommunistische Partei) wurden in ähnlicher Weise reorganisiert wie der Apparat des ZK. Sie besaßen allerdings nur fünf Abteilungen – landwirtschaftliche Abteilung, Industrie- und Transportabteilung, Sowjet- und Handelsabteilung, Abteilung für Kultur und Propaganda des Leninismus, Abteilung für führende Parteiorgane (hier bezogen auf Stadt- und Rayonkomitees) –, deren Tätigkeitsbereiche denen des ZK entsprachen. Daneben gab es auch in Parteikomitees mittlerer Ebene einen „Besonderen Sektor".[1428] Die „Sekretariate", die in vielen Parteikomitees gebildet worden waren und die den Apparat geleitet und die „Büros" der Komitees vielfach substituiert hatten, wurden aufgelöst.[1429] Der Sekretär, dem ein Stellvertreter beigeordnet wurde, stützte sich nun unmittelbar auf das vom Plenum des Parteikomitees bestimmte „Büro", die Vorbereitung einzelner Entscheidungen lag bei den Abteilungsleitern des Apparats und den verantwortlichen Mitarbeitern in Sowjet-, Gewerkschafts-, Wirtschafts- und anderen Apparaten, die herangezogen werden konnten.[1430]

Betrachtet man die Reformmaßnahmen, die in den Basisorganisationen und im Parteiapparat durchgeführt wurden, wird deutlich, daß sie darauf zielten, die VKP ganz in ein Transmissionssystem umzuwandeln. Politische und ökonomische Entscheidungen wurden an der Spitze des Apparats gefällt und auf mittlerer Ebene für die lokalen Bedingungen adaptiert. Der untere Apparat und die Basisorganisationen wirkten nur noch bei der Durchfüh-

[1427] Kaganovič, XVII s-ezd, S. 561.

[1428] KPSS t. 5, S. 156; PS 1934, No. 1, S. 4; Kaganovič, XVII s-ezd, S. 561.

[1429] Nur in Moskau, Leningrad und der Ukraine bestanden diese „Sekretariate" weiter, KPSS t. 5, S. 156; die Abschaffung der „Sekretariate" erwies sich bald als Fehlentscheidung, vgl. Malejko, in: V I KPSS 1976, No. 2, S. 119.

[1430] KPSS t. 5, S. 156; PS 1934, No. 1, S. 4; in den Stadt- und Rayonsparteikomitees wurden die Apparate aufgelöst, statt dessen erhielten sie verantwortliche Instruktoren, die jeweils eine Gruppe von Basisorganisationen zu betreuen hatten; das System der Politabteilungen blieb neben den Rayonkomitees bestehen, KPSS t. 5, S. 156; PS 1934, No. 1, S. 4.

rung mit.[1431] Um zu gewährleisten, daß Direktiven der Zentrale rasch „vor Ort" ankamen und dort „korrekt" umgesetzt wurden, wurde der Apparat vereinfacht und gestrafft, zugleich wurden unmittelbar dem ZK unterstellte Sonderorgane geschaffen, die ihrerseits auf den Parteiapparat einwirkten. Der Apparat der VKP war nun mehr als vorher auf die Zentrale, und das heißt angesichts der Entscheidungsstruktur im ZK und im Politbüro auf die Person des Generalsekretärs, zugeschnitten. Das wurde auch durch das neue Statut unterstrichen, das auf dem Parteitag verabschiedet wurde. Im Abschnitt über „innerparteiliche Demokratie" wurde verfügt, daß unionsweite politische Diskussion – in den zwanziger Jahren vor jedem Parteitag die Regel – nur noch in besonderen Fällen vom ZK oder auf Antrag einiger regionaler Parteiorganisationen eröffnet werden konnte. Die Diskussion dürfte der Partei nicht von einer unbedeutenden Minderheit aufgezwungen werden.[1432] Als Organisation für politische Meinungsbildung war die VKP damit auch satzungsmäßig liquidiert. Die Funktion der Partei beschränkte sich im Grunde auf Mobilisierung – vorwiegend für wirtschaftliche Zwecke – und auf Kontrolle der Arbeit der Fachapparate.

Darüber, welchen Umfang der Apparat der VKP 1933/34 hatte, und wie er sich zusammensetzte, liegen keine aussagekräftigen Daten vor.[1433] Das ist wohl auch ein Symptom dafür, wie sich dieser Apparat der Basiskontrolle entzog, wie wenig transparent sein Aufbau für die Öffentlichkeit war. Die Zeitschrift „Partijnoe Stroitel'stvo" berichtete wohl über Aufbau und Zusammensetzung der Basisapparate, in einzelnen Fällen sogar der Rayonsapparate, über Umfang der Apparate auf mittlerer und oberer Ebene, über Personalbewegungen in diesem Bereich jedoch schweigt sie sich aus. Zur Zeit des XVII. Parteitags Anfang des Jahres 1934 existierten 7 ZK von nationalen KP, 70 Regions- und Gebietskomitees und 2559 Rayonparteikomitees.[1434] 1933 gab es ferner 139000 Basisorganisationen[1435], dazu wurden bis November 1934 3368 Politabteilungen bei MTS und 2021 bei Sowchosen mit 25000 Mitarbeitern (17000 bei MTS, 8000 in Sowchosen) gebildet.[1436] Wieviel Personal der Parteiapparat insgesamt hatte, wie sich diese Zahl zwischen 1930 und 1934 veränderte, kann nicht angegeben werden. Vorhanden sind lediglich Angaben über Verschiebungen im Ausgabenbudget der VKP. Zwischen 1930 und 1933 waren die Kosten, die für den Unterhalt des Parteiapparates aufgewandt wurden von 100 auf 276% gestiegen.[1437] Dabei wurde schwerpunktmäßig das Netz der Basisorganisationen ausgebaut, während man im mittleren und oberen Bereich Einsparungen zu machen suchte. Der Apparat der ländlichen Rayonkomitees und der Agrarzellen verschlang 1933 das Dreieinhalbfache der Kosten von 1930. Auch die Basisorganisationen im Industriebereich wuchsen. Der Personaletat der Fabrik- und Werksorganisationen wuchs zwischen 1930 und 1933 um 107%, der des ländlichen Basisapparats um 61%. 1933

[1431] Das zeigt sich auch an der Umwandlung der ZKK-RKI in die Kommission für Sowjetkontrolle und die Kommission für Parteikontrolle, KPSS t. 5, S. 159f., die ohne Heranziehung der „Massen" auskam, vgl. Donskoj, V./Ikonnikov, S.: Razvitie leninskich idej o partijno-gosudarstvennom kontrole, in: Kommunist 1962, No. 18, S. 30–39, hier S. 37.

[1432] KPSS t. 5, S. 172.

[1433] Zu Angaben für 1929/30 vgl. oben Abschnitt 4.1.3.

[1434] Stalin, XVIII s-ezd VKP (b). 10–21 marta 1939 g., stenografičeskij otčet, Moskva 1939, S. 28.

[1435] Kaganovič, XVII s-ezd, S. 555, 557.

[1436] KPSS t. 5, S. 199; Pališko, S. 125.

[1437] Vladimirskij, XVII s-ezd, S. 38.

machten Parteibeamte an der Basis 75% des gesamten Personals im Parteiapparat aus.[1438] Entsprechend ging der Anteil der Kosten, die für Zentral- und Regions-/Gebietsapparat aufgewandt wurden, im Verhältnis zu den Gesamtausgaben für den Apparat von 52% (1930) auf 39% (1933) zurück. Angesichts des auf 276% angewachsenen Budgets stellt das allerdings eine Verdoppelung der Ausgaben für Zentral- und Regions-/Gebietsapparate dar. Man muß dabei jedoch die Geldentwertung in Rechnung stellen, so daß sich aus dem Wachstum des Budgets nicht linear ein Wachstum der Personaletats extrapolieren läßt. Eine Vermehrung der Mitarbeiterzahlen im Apparat der VKP ist jedoch wahrscheinlich, wenngleich im oberen und mittleren Management der Partei der Zuwachs wohl weit geringer war als an der Basis.

Die Ausweitung der Parteiorganisationen im Dorf und im Betrieb, der Ausbau der Politabteilungen und Umsetzungen im übrigen Parteiapparat hatten die Organe der Kaderauswahl und Kaderverteilung stark in Anspruch genommen. Nach Angaben Kaganovičs hatte das ZK zwischen dem XVI. Parteitag 1930 und dem XVII. Parteitag 1934 45000 Funktionsträger bestimmt und in Apparate entsandt, während es zwischen dem XV. Parteitag 1927 und dem XVI. Parteitag 1930 nur 10000 gewesen waren.[1439] Diese Zahlen beziehen sich allerdings nicht allein auf den Parteiapparat, sondern auf den gesamten Wirtschafts- und Verwaltungsapparat, bei dessen Zusammensetzung die Partei in Gestalt des ZK weitgehend mitentschied.

Es ist plausibel und es gibt auch Hinweise darauf, daß der ZK-Apparat gezielt Personalpolitik betrieb, um der Gruppe um Stalin organisatorischen Rückhalt zu verschaffen. Avtorkhanov, dem trotz seiner Ungenauigkeiten viele Wissenschaftler einen gewissen Quellenwert zumessen, da er Anfang der dreißiger Jahre viele der von ihm beschriebenen Vorgänge als unmittelbarer Zeuge miterlebte, beschreibt, wie nach dem XVI. Parteitag eine Reihe jüngerer Parteifunktionäre wie Tovstucha, Poskrebyšev, Ežov, Malenkov u.a. in Schlüsselstellungen des ZK-Apparats einrückten und dort als „Stalins junge Leute" konsequent Stalinsche Organisations- und Personalpolitik betrieben. Auf diese Weise sei bis hinunter zu Gebieten und Regionen ein ergebener Kader geschaffen worden.[1440] Eine sowjetische Publikation des Jahres 1962 ging sogar noch weiter. Gestützt auf Archivmaterial vertrat sie die Ansicht, Stalin habe in vielen Fällen führende Parteikader eigenmächtig, an der zuständigen Abteilung des

[1438] Ebd. S. 38f.; um wenigstens eine Vorstellung von Größenordnungen zu geben, hier Angaben zum Parteiapparat 1938/39, vgl. Ždanov, XVIII s-ezd, S. 529:

Zusammensetzung der Führungskader der VKP 1938/39

	Zahl	*höh. u. mittl. Bild.*	*soz. Herkunft: Arbeiter*	*Parteieintritt 1924ff.*	*Alter unter 40 J.*
Sekretäre der ZK d. nat. KP, Gebiets-, Regionskomitees	333	58,9%	52,6%	80,5%	91,0%
Sekretäre der Rayons-, Bezirks-, Stadtkomitees	10902	28,6	48,1	93,5	92,0
Abt. der ZK d. nat. KP, Gebiets-, Regionskomitees	510	64,1	45,3	84,5	92,0

Ein direkter Vergleich mit 1934 verbietet sich, da die Säuberungen 1937/38 zu einem enormen Wandel führten; ferner gab es 1939 11 statt 7 nationale KP, 110 statt 70 Regionen und Gebiete, 3815 statt 2559 Rayons, ebd. S. 28.

[1439] Kaganovič, XVII s-ezd, S. 530; das entspricht, grob gerechnet für die Zeitspanne XVI–XVII Parteitag 12000 Personen pro Jahr, für die Zeitspanne XV–XVI Parteitag 4000 Personen pro Jahr.

[1440] Avtorkhanov, S. 103ff., 164f.

ZK vorbei ausgewählt und befördert.[1441] Auch das deutet daraufhin, daß Kader – wenigstens im Führungsbereich – nach Gesichtspunkten der Herrschaftssicherung ausgewählt wurden. Die Bildung solcher „Seilschaften" war im Apparat der Partei nicht unüblich. Lokale Sekretäre zogen oft bei Beförderung oder Versetzung ihre Mitarbeiter nach und versuchten Schlüsselstellungen ihres neuen Apparats mit Vertrauten zu besetzen.[1442] Ein solches Verhalten konstituierte vielfach einen regional begrenzten Gruppenkonsens innerhalb einzelner Organisationen, der jedoch an den vom Zentrum vorgegebenen politischen Konsens angepaßt sein mußte, sollte es nicht zu Konflikten zwischen Zentrale und regionaler Organisation kommen. Daß auch im ZK-Apparat eine „Seilschaft" existierte, deren Wirkung bis in die Gebietsapparate reichte, ist nicht unwahrscheinlich. So ist die Ablösung von Führungskadern durch die Zentrale auch als politischer Akt zu werten. Das betraf 1933 die gesamte Parteileitung der Region Ostsibirien, die wegen Nichterfüllung aller Pläne und wegen Durchsetzung des Personals mit Klassenfeinden durch einen besonderen Beschluß des ZK insgesamt abgesetzt wurde.[1443] In Weißrußland und im Donbass kam es ebenfalls zu Ablösungen hochrangiger Funktionäre, doch blieb die Gebietsleitung im Kern jeweils erhalten.[1444] Hier wurden Parteiarbeiter abgesetzt, die die Forderungen der Zentrale nicht erfüllten, sei es aus Unfähigkeit, sei es aus ökonomischer oder politischer Einsicht. Teilweise ging die Parteileitung auch so weit, verantwortliche Parteibeamte verhaften zu lassen. Das kam bereits 1933 im Falle „nationaler Abweichungen" vor[1445], offenbar aber auch in anderen Fällen.[1446] Im Oktober 1934 veranlaßte Kaganovič auf einer Inspektionsreise die Verhaftung zahlreicher Parteikader in Čeljabinsk, offenbar auch in Ivanovo Voznesensk und Jaroslavl'.[1447] Derart wurde der regionale Parteiapparat durch gezielte Personalpolitik und Repression der von der Zentrale vorgedachten Politik unterworfen.

Es ist jedoch zu bedenken, wo die Grenzen dieser Personalpolitik liegen. Angesichts der Ausdehnung des Apparats und des herrschenden organisatorischen Durcheinanders ist es unwahrscheinlich, daß die Stalin-Gruppe im Apparat in der Lage war, die Verteilung von Kader auf Rayonebene und in den Basisorganisationen wirksam zu bestimmen. Auf dem XVII. Parteitag gab Kaganovič zu, daß man über die Fähigkeiten einzelner Mitarbeiter oft ungenügend unterrichtet sei, so daß es keine persönliche Auswahl gebe, sondern meist wahllose Mobilisierungen.[1448] Ein derartiges Vorgehen machte natürlich gezielte Personalpolitik unmöglich. Und das war 1932/33 offenbar die Regel. Die Kaderabteilungen arbeiteten schlecht, obwohl das ZK das Jahr 1932 über versuchte, sie zu reorganisieren. Eine Organisationsberatung, die der ZK-Apparat Ende des Jahres 1932 zu diesem Thema einberief und in der der Stand der Kaderfrage in den Parteiorganisationen von Leningrad, Moskau, Weißruß-

[1441] Donskoj/Ikonnikov, in: Kommunist 1962, No. 18, S. 37.
[1442] O tekučesti partijnych kadrov, in: PS 1932, No. 11–12, S. 35–37, hier S. 37.
[1443] Pervye itogi, S. 140f., 143.
[1444] Ebd. S. 118f., 127.
[1445] Vgl. oben Abschnitt 9.1.
[1446] Vgl. Ermakov, in: PS 1933, No. 16, S. 40.
[1447] Švernik, XXII s-ezd KPSS. 17–31 okjabrja 1961 goda, stenografičeskij otčet, 3 tt., Moskva 1962, t. II, S. 215.
[1448] XVII s-ezd, S. 531; vgl. Tumanov, in: PS 1932, No. 9, S. 9; Za bol'ševistskoe razrešenie problemy kadrov, in: PS 1932, No. 7–8, S. 5–15; Dedov, M.: Lico rajonnych kadrov Urala, in: PS 1932, No. 7–8, S. 15–19, hier S. 18f.

land, der Ukraine, dem Zentralen Schwarzerdegebiet, Mittelasien und dem Westgebiet analysiert wurde, verzeichnete zwar gewisse kleine Fortschritte, malte die Lage aber sonst schwarz in schwarz:

> „Aber *die erwähnten Fortschritte gibt es nicht in allen Parteiorganisationen und im Grunde sind sie ganz unwesentlich*. Einer Personalanalyse ist nur ein kleiner Teil der führenden Mitarbeiter unterzogen worden. Reserven an Parteikadern gibt es nicht, die Orgabteilungen haben sich überhaupt noch nicht mit der Qualifizierung und Umqualifizierung der Parteiarbeiter befaßt. Die Pläne der Parteikadersektoren stehen in einer Reihe von Fällen nicht auf der Höhe der vor ihnen stehenden Aufgaben."[1449]

Folge all dieser Mängel war die Auswahl ungeeigneter Mitarbeiter, die dann wiederum rasch abgelöst werden mußten. Oft genug standen auch nicht die geeigneten Kader zur Verfügung, da Personalreserven einfach nicht vorhanden waren.[1450] Mit der politischen Bildung des Personals lag vieles im argen. 24% der Rayonsparteisekretäre in Ostsibirien, 35% der im Gebiet Mittelvolga, 25% im Westgebiet und 30% in der Region Gor'kij hatten nie eine Parteischulung durchlaufen.[1451] Unter all dem litt die Parteiarbeit erheblich. Die starke Fluktuation von Parteisekretären und Funktionären – in Leningrad wurden die Abteilungsleiter in den Rayonapparaten im Durchschnitt alle 6 Monate abgelöst, im Zentralen Schwarzerdegebiet wurden im Verlauf des Jahres 1932 35% der Rayonparteisekretäre abgelöst, 52% der Leiter von Organisationssektoren und 65% der Leiter der Bereiche Kultur und Propaganda[1452] – führte in den Organisationen zu Durcheinander und verleitete die Parteibeamten, ihre Arbeit ohne Engagement durchzuführen.

Es erscheint unglaubwürdig angesichts des Fehlens einer Kaderreserve und des desolaten Zustandes des regionalen Parteiapparats, daß eine Gruppe Stalinscher Parteibeamter tatsächlich bis hinunter an die Basis Personalpolitik betreiben konnte. Die Reichweite der Parteigänger Stalins im Parteiapparat beschränkte sich wohl nur auf die Zentrale in Moskau und auf die Regionszentren. Damit übten sie gewiß großen Einfluß auf politische Entscheidungsprozesse aus, doch bei der Implementierung von Politik waren sie auf den Apparat der Rayons und der Parteibasisorganisationen angewiesen, deren Arbeit 1932/33 oft nicht sonderlich wirksam war. Und so wurden Direktiven des Zentrums vor Ort oft nur mit großer Verzögerung, teilweise auch verzerrt rezipiert. Obendrein boten die organisatorischen Mängel den lokalen Organisationen erheblichen Raum für die Entfaltung von eigener Initiative oder aber für Nichtstun. Eben das sollte die Parteireform von 1934 abstellen, sie sollte die Organisation straffen und die rasche Durchsetzung von Entscheidungen bis hinunter an die Basis sicherstellen. Doch selbst wenn man davon ausgeht, daß die neue Organisation nach dem „Produktionszweigprinzip" wirksamer war als die nach dem „funktionalen" Prinzip oder zumindest deren Fehler vermied, und daß sie nach einer gewissen Anlauf- und Umstellungsphase auch tatsächlich realisiert wurde, muß man in Rechnung stellen, daß die niedrige

[1449] Dnevnik Orgsoveščanija ZK: Pod znakom ukreplenija i podgotovki rukovodjaščich partijnych kadrov, in: PS 1932, No. 22, S. 24–30, hier S. 30; Hervorhebungen vom Verfasser.

[1450] Ermakov, in: PS 1932, No. 11–12, S. 35ff.; ders., in: PS 1933, No. 16, S. 39–41; Dnevnik, in: PS 1932, No. 22, S. 24–30.

[1451] Čivirev, E.: Podgotovka partkadrov – važnejšaja zadača partorganizacii, in: PS 1933, No. 7–8, S. 11–14, hier S. 12.

[1452] Dnevnik, in: PS 1932, No. 22, S. 24, 28; vgl. Ermakov, in: PS 1933, No. 16, S. 39.

Qualität und die geringe Zahl der Kader ein ernsthaftes Hindernis für wirksame Parteiarbeit darstellten. Der Parteiapparat war Anfang der dreißiger Jahre hoffnungslos überfordert bei der Umsetzung der konzipierten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Für die Herrschaftssicherung stellte er allerdings gemeinsam mit politischen Kontroll- und Repressionsapparaten einen wichtigen Faktor dar.

9.3 DIE PARTEISÄUBERUNG VON 1933/34

Konfrontiert mit dem Durcheinander im Parteiapparat und der Ineffizienz der Parteiarbeit, entschied sich die Führung nicht nur zu einer durchgreifenden Reform an Haupt und Gliedern des Apparats, parallel zu den Reorganisierungsmaßnahmen sollte auch eine Säuberung der VKP/b stattfinden, die nach der Phase regelloser Mitgliederrekrutierung, Spreu vom Weizen trennen sollte. Obendrein bot sie auch die Möglichkeit, aufkeimende oppositionelle Stimmungen, wie sie sich in der Rjutin-Plattform oder den Äußerungen Smirnovs geäußert hatten, auszumerzen.

Die Entscheidung, eine Säuberung durchzuführen, fällte das Politbüro im Dezember des Krisenjahres 1932. Das vereinigte Plenum vom ZK und ZKK vom Januar 1933 bestätigte den Entschluß nachträglich.[1453] Diese Reihenfolge, die durch Publikation in der Presse auch öffentlich deutlich wurde, wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Entscheidungsprozesse in der Parteispitze: das ZK trat an Einfluß immer mehr zurück, der Generalsekretär war während des 1. Fünfjahrplanes die dominierende Figur geworden, bei der alle Fäden zusammenliefen, auch wenn er weder organisatorisch noch von der Sachkompetenz her in der Lage war, eine der Situation angemessene Politik zu konzipieren. Er ließ sich denn auch offenbar vielfach von zufälligen Eindrücken und herrschaftstaktischen Überlegungen leiten.

Begründung, Ziel und Ausführungsbestimmungen der Säuberung formulierten ZK und ZKK dann im April 1933.[1454] Als Grund für die Mitgliederrevision gaben sie an, daß sich in der Phase der Massenaufnahmen zahlreiche fremde Elemente in die VKP eingeschlichen hätten und daß viele der neuen Mitglieder infolge politischer Unbildung schwankend seien oder aber aufgrund ihres Unwissens einfach nicht in der Lage, die politische Linie einzuhalten.[1455] Mittelbar war dies das Eingeständnis, daß nach der regellosen Mitgliederaufnahme die Situation in der VKP desolat und die Stimmung vieler Parteiangehöriger angesichts der schweren ökonomischen Krise schwankend war. Jaroslavskij[1456] und Kaganovič[1457] ließen das in ihren Kommentaren durchscheinen. Jaroslavskij machte darauf aufmerksam, daß 1926 nur 62 % der Anträge auf Aufnahme in die Partei positiv entschieden worden seien, 1927 34 %,

[1453] Pravda 2. 12. 1932; KPSS t. 5, S. 89; Avtorkhanov, S. 202.

[1454] O čistke partii, in: PS 1933, No. 9, S. 1–4; vgl. KPSS t. 5, S. 98–103; Instrukcija oblastnym, rajonnym i nizovym komissijam po čistke, in: PS 1933, No. 10, S. 1–3; O meroprijatijach po podgotovke čistki, in: PS 1933, No. 10, S. 4.

[1455] O čistke partii, in: PS 1933, No. 9, S. 1.

[1456] Jaroslavskij, in: B 1933, No. 7–8, S. 12–31.

[1457] Kaganovič, in: PS 1933, No. 11, S. 1–11; Rede vor dem Moskauer Stadtarchiv am 22. 5. 1933.

1930 aber 79 %, 1931 82 % und 1932 81 %. Es sei eine Jagd nach der großen Zahl gewesen, die Organisationen hätten bei der Aufnahme nicht mehr nach der Qualität gesehen. Die Folge war, so Jaroslavskij, daß Parteimitglieder in Kolchosen, Sowchosen und MTS, auch im Rayonapparat – das mittlere und obere Management der Partei klammerte er bezeichnenderweise stillschweigend aus – sich „klassenblind" gezeigt hätten, dem Denken des Klassenfeindes verhaftet gewesen seien und die Interessen des proletarischen Staates ignoriert hätten.[1458] Kaganovič, der die Aufnahmefrage ebenfalls berührte, machte aber auch deutlich, daß „einzelne Leute auch in unseren Reihen" unter dem Druck der schweren Wirtschafskrise unsicher geworden seien.[1459] Der Kurs der forcierten Industrialisierung und der gewaltsamen Kollektivierung mit all ihren Folgen hatte an der Parteibasis offenbar Unruhe hervorgerufen, die von der Parteispitze als Bedrohung ihrer Herrschaftsposition interpretiert wurde. Das war wohl neben dem desolaten politischen und organisatorischen Zustand der VKP ein wichtiges Motiv für die Säuberung. Die Parteimitglieder sollten diszipliniert, d. h. für die Politik der Zentrale verfügbar gemacht werden, indem ein Teil der Mitglieder eleminiert und die übrigen verstärkt geschult agitatorisch bearbeitet wurden.

Die Zielrichtung der Säuberung wird auch deutlich am Katalog der Mitgliedertypen, die aus der VKP entfernt werden sollten. Die Entschließung von ZK und ZKK benannte folgende Kategorien:[1460]

1. klassenfremde und klassenfeindliche Elemente, die sich in die Partei eingeschlichen hatten, um diese zu zersetzen;
2. „Doppelzüngler", die vorgaben, der Partei treu zu dienen, in Wirklichkeit jedoch die Politik der Partei unterliefen;
3. Personen, die offen oder verdeckt die „eiserne Disziplin" von Partei und Staat verletzten, indem sie Zweifel vorschützten oder indem sie Anweisungen durch Geschwätz über deren Realitätsferne diskreditierten;
4. Entartete Personen, die sich bürgerlichen Elementen angepaßt hatten und nicht in den Kampf mit den Klassenfeinden eintreten wollten;
5. Karrieristen und bürokratisierte Elemente, die ihren Parteistatus und ihre Dienststellung für egoistische Ziele ausnutzten;
6. Moralisch entartete Personen, die den Namen der Partei befleckten.

Ferner sollte der politische Kenntnisstand der Parteimitglieder geprüft werden mit dem Ziel, politische Analphabeten, die die Masse der Mitglieder stellten, zu eruieren und erzieherisch auf sie einzuwirken.

Der Katalog, den ZK und ZKK aufstellten, ist verräterisch. Er gibt Auskunft über den inneren Zustand der VKP. Dabei sind die Fälle „klassenfremdes Element" (1.), „Karrierist" (5.) und „moralisch entartet" (6.) nicht signifikant. Diese Kategorien waren bereits in früheren Revisionen gebräuchlich und sie bezogen sich auf fest umrissene Sachverhalte – soziale Herkunft, Verhalten im Dienst, Verhalten im Privatleben –, die gewiß dehnbar waren, nicht aber eine bestimmte politische Linie charakterisieren. Die drei verbleibenden Kategorien aber zielen deutlich auf innerparteilichen Widerstand gegen die Linie der Gruppe um

[1458] Jaroslavskij, in: B 1933, No. 7–8, S. 17f.
[1459] Kaganovič, in: PS 1933, No. 11, S. 3.
[1460] O čistke partii, in: PS 1933, No. 9, S. 2; vgl. auch Kaganovič, in: PS 1933, No. 11, S. 4–7.

Stalin. Offenbar gab es an der Basis und im unteren Management der Partei, die unmittelbar der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realität ausgesetzt waren, Tendenzen, die Anweisungen der Zentrale als unrealistisch und unsinnig zu ignorieren, zu kritisieren oder bei der Ausführung abzuwandeln.[1461] Da der zunehmende Druck von oben, der auch durch die gesteigerte Aktivität der Sicherheitsorgane erzeugt wurde, offene Kritik der Parteiführung nicht mehr erlaubte, setzte sich an der Basis offenbar eine Art „Zwiedenken" durch, das lautes Beloben unsinniger Direktiven mit gesundem Menschenverstand bei ihrer Durchführung verband. Die Zentrale, die die Partei – auch das ist erkennbar – nicht mehr als Organisation zu politischer Willensbildung auffaßte, sondern als Übertragungsapparat zentraler Anweisungen, setzte in der Säuberung nun alles daran, diesen „grass roots"-Widerstand einzuebnen und die Partei als Instrument zentraler Politik fungibel zu machen. In diese Deutung paßt sich vortrefflich ein, daß die Entschließung von ZK und ZKK alle maßgeblichen Parteibeamten von der Säuberung ausnahm: die Mitglieder und Kandidaten von ZK und ZKK, die Mitglieder der Revisionskommission des ZK und die Leiter aller Politabteilungen mußten sich der Säuberung nicht unterziehen, es sei denn, jemand forderte das ausdrücklich und mit Angabe von Gründen. Die Exemtion der Führung, die nebenbei einen großen Teil der Abteilungsleiter des ZK-Apparats einschloß, unterstrich den herrschaftlichen Charakter der Parteisäuberung von 1933.[1462]

Zur Durchführung der Revision setzten ZK und ZKK eine Kommission ein, an deren Spitze Rudzutak stand, und der u. a. Kaganovič, Jaroslavskij, Kirov und Ežov angehörten.[1463] Diese Kommission ernannte ihrerseits Gebiets-, Regions- bzw. Republikskommissionen, die wieder Rayonskommissionen einsetzte.[1464] Die Organisierung erfolgte entsprechend dem herrschaftlichen Charakter der Säuberung von oben nach unten. Die Revision selbst sollte zunächst zehn Parteiorganisationen erfassen – die des Moskauer, Leningrader und Uraler Gebiets, die von Weißrußland, der Region Ostsibirien, der Fernostregion, des Donecker Gebiets und der Gebiete Odessa, Kiev und Vinnica; sie sollte am 1. Juni 1933 beginnen und Ende November abgeschlossen sein.[1465]

Die Vorbereitungen zur Säuberung setzten unmittelbar ein. Im Mai wurden die Säuberungskommissionen auf Gebiets-, Regions- und Republiksebene eingesetzt und Ausführungsbestimmungen erlassen. Die regionalen Parteiorganisationen begannen mit der Vorbereitung der Revision, die Entschließung von ZK und ZKK wurde in Beschlüssen der lokalen Komitees den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten angepaßt.[1466] In allen Organisationen

[1461] Vgl. z. B. die Drohung, die „Partijnoe Stroitel'stvo" im Januar 1933 gegen Arbeiter ausstieß, die „blaumachten" und Manager, die nicht dagegen einschritten – von solchen Desorganisatoren der Produktion mit Parteibillet müsse sich die VKP in der bevorstehenden Säuberung befreien, vgl. Ivanov, in: PS 1933, No. 1–2, S. 63.

[1462] O čistke partii, in: PS 1933, No. 9, S. 3; man mag mit Recht darauf hinweisen, daß auch frühere Säuberungen bereits eindeutig der Disziplinierung der Partei gedient haben; bei den Revisionen von 1924/25 und 1929/30, die sich u. a. gegen die parteiinternen Oppositionen richteten, war das ganz deutlich; hingegen hatte die Mitgliederrevision von 1921 noch gewisse basisdemokratische Züge und politisch weniger explizite Ziele, vgl.: Schröder: Arbeiterschaft, S. 84 ff.

[1463] PS 1933, No. 9, S. 3.

[1464] Ebd. S. 3.

[1465] Ebd. S. 4.

[1466] Instrukcija oblastnym, rajonnym i nizovym komissijam po čistke, in: PS 1933, No. 10, S. 1–3; O

sollte eine Aufklärungskampagne stattfinden, die die Ziele der Säuberung erläutern und Parteimitglieder wie Parteilose mobilisieren sollte. Ferner bereiteten die Parteizellen das verfügbare Material über die einzelnen Mitglieder vor, überprüften die Registratur und die Beitragszahlungen.[1467]

Bereits im Vorfeld der eigentlichen Säuberung zeigten sich Schwachstellen der untersuchten Organisationen. Im Zuge der Vorbereitungsarbeit zeigte sich, daß die Mitgliederregistratur recht ungenau war. Die Parteizellen hatten bei der Erstellung ihrer Listen mit der raschen Fluktuation der Mitglieder nicht Schritt gehalten, oft genug besaßen sie keinen Überblick über ihren Arbeitsbereich:

> „Die Sache geht soweit, daß einzelne Parteikomitees nicht wissen, wo, in welcher Abteilung der oder jener Genosse arbeitet."[1468]

Die Zahl der „toten Seelen" – wir würden sagen „Karteileichen" – war beträchtlich, Folge der regellosen Aufnahmepolitik und der starken gesellschaftlichen Mobilität, die auch die Parteimitglieder erfaßte. Beinahe in allen Parteiorganisationen, die im Vorfeld der Säuberung überprüft waren, fanden sich Fälle von Mitgliedern, die ihre Mitglieds- und Kandidatenkarten nicht abholten und sich weigerten, Beiträge zu zahlen, Leute, die einfach nicht Mitglieder der VKP sein wollten.[1469] Symptomatisch für den desolaten Zustand der Parteiorganisationen war, daß sie sich bis zur Säuberung kaum mit solchen Fällen auseinandergesetzt hatten. Ein Symptom für die Unordnung waren auch die Rückstände bei der Beitragszahlung. Die Mehrzahl der Zellen hatte erhebliche Außenstände. In der Zelle der Druckerei „Smirnov" in Smolensk etwa war im September 1933 nicht einmal die Hälfte der Beiträge eingelaufen – 470,76 Rubel bei einem Soll von 1135,56.[1470] In der Parteiorganisation des Gebiets Gor'kij gab es Betriebszellen, in denen 118 von 540 Mitgliedern, bzw. 107 von 280 die Beiträge der letzten drei Monate schuldig geblieben waren. Daneben existierten aber auch so offensichtlich straff geführte Parteizellen wie die des Kaganovič-Werkes, in denen nur 21 Mitglieder von 278 mit ihren Beiträgen säumig waren, 259 sich am „Sozialistischen Wettbewerb" beteiligten und 263 Schulungen besuchten.[1471]

Parallel zu der technisch-organisatorischen Vorbereitung, die alsbald erhebliche Mängel aufdeckte, sollten die Parteiorganisationen eine breite Agitations- und Aufklärungsarbeit entfalten. Das scheint jedoch nicht überall in der gewünschten Breite erfolgt zu sein. In Moskau und Leningrad waren die Parteikomitees sehr aktiv, sie mobilisierten Presse und Arbeitermassen und führten eine gewaltige Massenkampagne durch. Zahlreiche neue Schulungszirkel wurden eingerichtet, die Programm und Satzung der Partei durcharbeite-

meroprijatijach po podgotovke k čistke partii, in: PS 1933, No. 10, S. 4; K čistke partii, Jarcevo 1933, in: WKP 226.

1467 PS 1933, No. 10, S. 4; Instrukcija, in: PS 1933, No. 10, S. 2.

1468 Vgl. Gerčman, M.: Tščatel'no podgotovit' čistku partijnych organizacii, in: PS 1933, No. 10, S. 5–7, hier S. 5; vgl. Nekotorye itogi podgotovki k čistke (pis'ma s mest), in: PS 1933, No. 13–14, S. 49–51, hier S. 50; Markovič, V.: Usoveršenstvovat' nizovoj učet kommunistov, in: PS 1933, No. 15, S. 23–25; Pindjur, I./Flaksman, Z.: Podgotovka k čistke v gor'kovskoj partorganizacii, in: PS 1933, No. 20, S. 24–26, hier S. 25; vgl. Rudzutak, XVII s-ezd, S. 286.

1469 Gerčman, in: PS 1933, No. 15, S. 5–7.

1470 O chode podgotovki k čistke v partkollektive tipografii im. Smirnova, WKP 226.

1471 Pindjur/Flaksman, in: PS 1933, No. 20, S. 25.

ten.[1472] Innerhalb anderer Organisationen wurde die Vorbereitung der Säuberung weit laxer betrieben. Im Kiever und Odessaer Gebiet, im Gebiet Vinnica und in der Region Ostsibirien gingen die Verantwortlichen anscheinend nicht sonderlich energisch an die Parteirevision heran. Rayonkomitees vernachlässigten die Erstellung der Säuberungsunterlagen und unternahmen keine Versuche, Massen zu mobilisieren. Als Schwäche empfand es die Zentrale auch, daß in vielen Parteiorganisationen die Vorbereitungskampagne nicht Hand in Hand mit Verbesserung der Produktionsarbeit ging. Nach Ansicht der Zentralen Säuberungskommission gelang es jedoch in der Regel, diese Fehler während der Durchführung der Revision noch auszumerzen.[1473]

Die Säuberung fand in den einzelnen Parteiorganisationen öffentlich statt unter Beiziehung zahlreicher Parteiloser. Jedes Parteimitglied mußte vor der Überprüfungskommission, die gewöhnlich aus drei Mitgliedern bestand, seinen Lebenslauf schildern und Rechenschaft über frühere und augenblickliche Arbeit ablegen. Anhand der Parteiakten, des Materials, das die OGPU mitunter zur Verfügung stellte, von schriftlichen Denunziationen und mündlichen Äußerungen von Zuhörern fällte die Überprüfungskommission dann eine Entscheidung.[1474] Die ganze Prozedur war wenigstens für die aufstiegsorientierten Parteimitglieder eine regelrechte psychische Tortur. Sie waren in hohem Maße verunsichert und standen erhebliche Angst aus, da ihre berufliche Zukunft von der Erhaltung ihrer Parteimitgliedschaft abhing.[1475]

Die Teilnahme an den Säuberungsversammlungen war rege. Im Leningrader Gebiet z. B. fanden in 50 Rayons 1375 solcher Versammlungen statt, an denen 10000 Parteimitglieder, 10500 Komsomolzen und 31000 Parteilose teilnahmen.[1476] In der Regel besuchte dort ca. ⅓ der parteilosen Arbeiter des jeweiligen Betriebes die Sitzungen.[1477] Ähnliche Daten existieren für die anderen überprüften Parteiorganisationen[1478], allerdings fehlen in der Regel Angaben über Bezugsgrößen wie Belegschaftsstärken und Mitgliederzahlen. Immerhin entsteht der Eindruck – und wird durch Augenzeugen erhärtet[1479] –, daß in der Mehrheit der Basisorganisationen auch zahlreiche Parteilose an den Sitzungen der Überprüfungskommissionen teilnahmen und daß das Interesse groß war. Gewiß spielte dabei auch Neugier und Sensationslust mit, da hier die schmutzige Wäsche von Kollegen und Vorgesetzten gewaschen wurde, doch waren die Sitzungen zugleich politische Veranstaltungen, die in praktischer Form Belehrungen über kommunistische Moral, Parteidisziplin und Parteilinie erteilten. So ist der Schulungseffekt der Kampagne nicht zu unterschätzen.

1472 Rudzutak, XVII s-ezd, S. 286; Nekotorye itogi, in: PS 1933, No. 13–14, S. 49f; Simakov, N./ Buljanan, A.: Podgotovka peredovych predprijatij k čistke partii (Moskovskaja o-ja), in: PS 1933, No. 12, S. 20–22.
1473 Rudzutak, XVII s-ezd, S. 286; Pindjur/Flaksman, in: PS 1933, No. 20, S. 25f.; Simakov/Buljanan, in: PS 1933, No. 12, S. 21; O chode podgotovki, WKP 226; vgl. auch Gerçman, M.: Protiv izkaženija direktiv o čistke partii, in: PS 1933, No. 12, S. 22–24.
1474 Kolman, S. 142f.; Kravchenko, S. 178ff.; Kopelew: Und schuf, S. 382ff.
1475 Vgl. die Schilderung bei Kravchenko, S. 178ff.
1476 Andruchov: Partijnoe stroitel'stvo, S. 143.
1477 Pališko, S. 61f.
1478 Ebd.; Pervye itogi, S. 19f., 61f., 107, 151f.
1479 Kravchenko, S. 179f.

Die Mitgliederüberprüfung lief nicht überall glatt und problemlos ab. Beinahe aus jeder der 11 Gebiets- und Regionsorganisationen liegen Informationen über heimliche Absprachen vor, mit der der örtliche Parteiapparat die Säuberung unterlaufen wollte, und über Unterdrückung von Kritik. Im Donbass wissen wir von einer Zechenparteiorganisation, deren Leitung eine Reihe von Parteimitgliedern vorab zu überreden versuchte, nicht mit einer Kritik der Zellenleitung aufzutreten. Das wurde bekannt, und die Leitung flog auf.[1480] Auf dem Land benutzten Parteisekretäre direktere Methoden und drohten den Kolchosmitgliedern, sich für Denunziationen zu rächen.[1481] In Odessa verpflichtete das Parteibüro der Lederfabrik alle die, die auf der Säuberungsversammlung auftreten wollten, sich vorher zu melden und den Inhalt ihrer Äußerung abzusprechen. In Cherson gab die Direktion eines Unternehmens Eintrittskarten für die Sitzungen der Kommission aus und manipulierte derart die Zusammensetzung der Versammlung. Obendrein präparierte der Direktor zehn parteilose Spezialisten, zu seinen Gunsten auszusagen.[1482] Im Ural wagten Arbeiter nicht, mit Kritik an der Leitung aufzutreten, da sie fürchteten, „für so eine Frechheit anderntags aus den Werk gejagt zu werden".[1483] In Weißrußland kam es zu Parteiverfahren, die offensichtlich aus persönlicher Rache angestrengt wurden. Ein Lehrer aus Orša, der eine Reihe von Parteimitgliedern vor der Kommission belastet hatte, wurde am nächsten Tag vom Parteisekretär in die Zellenversammlung zitiert, die ihn nun im Gegenzug als Konterrevolutionär qualifizierte.[1484] In Kiev wiederum stießen die Säuberungskommissionen mehrfach auf ‚Verschwörungen des Schweigens'; die Zellenmitglieder sagten nicht übereinander aus und gaben sich gegenseitig Rückendeckung. Erst durch Beiziehung Außenstehender wurde dieser Ring von Rückversicherern aufgebrochen.[1485] Diese Fälle zeigen, daß es bei der Durchführung der Säuberung lokale Störgrößen gab. Die Durchsetzung der vom ZK angestrebten Säuberungsziele hing von den Bedingungen innerhalb der einzelnen Parteiorganisationen und den Fähigkeiten der Kommissionen ab. Man muß damit rechnen, daß im Rahmen der Revision alte Rechnungen beglichen und dem eigenen Aufstieg hinderliche Genossen aus dem Weg geräumt wurden.[1486] Lokale Herrschaft und lokaler Gruppenkonsens wurden damit verdichtet. Das war ein Nebeneffekt der Säuberung, der im Sinne des Zentrums nicht unbedingt positiv war, da er die Resistenz lokaler Apparate gegen Druck und Direktiven von oben verstärkte.

Die Mitgliederrevision erfaßte bis zum XVII. Parteitag die elf oben genannten Parteiorganisationen, danach wurden bis Frühjahr 1935 vierzehn weitere überprüft. Die übrigen Organisationen wurden nicht mehr gesäubert, da 1935 mit der Überprüfung der Parteidokumente eine neue, anders gelagerte Säuberung begann. Insgesamt waren 1933/34 1916500 Parteimitglieder (von 3555338 im Jahre 1933) überprüft worden.[1487] In der Phase bis zum 1. Januar

[1480] Rudzutak, XVII s-ezd, S. 286.
[1481] Ebd.
[1482] Nekotorye itogi, in: PS 1933, No. 21, S. 2.
[1483] Pervye itogi, S. 65.
[1484] Ebd. S. 109f.
[1485] Ebd. S. 154f.
[1486] In diesem Sinne ließen sich wohl auch die von Rudzutak, XVII s-ezd, berichteten Fälle von Angriffen auf „ehrliche Kommunisten" deuten.
[1487] Istorija KPSS t.4 kn.2, S. 283; Pališko, S. 60f.; Andruchov: Partijnoe stroitel'stvo, S. 143; zu der Gesamtzahl der Parteimitglieder vgl. Rigby, S. 52.

1934, die hier allein betrachtet werden soll, hatte die Revision 1149000 Parteiangehörige erfaßt.[1488] Davon wurde nahezu ein Viertel gemaßregelt (Tab. 122 u. 123):

Tab. 122: Ergebnisse der Parteisäuberung von 1933 (in % zur Zahl der Überprüften; 1. 12. 33)[1489]

Organisation	*herabgestuft zu Kandidaten*	*herabgestuft zu Sympathisanten*	*ausgeschlossen*
Insgesamt:			
Vollmitglieder	9,1	1,7	13,4
Kandidaten	–	17,6	21,3
zusammen	–	6,1	15,6
Rote Armee, Grenztruppen, OGPU	–	2,8	4,4
Gebiet Leningrad			
Vollmitglieder	7,5	0,7	7,1
Kandidaten	–	11,3	17,4
zusammen	–	?	9,1/unter 12
Gebiet Moskau			
Vollmitglieder	8,9	2,8	?
Kandidaten	–	?	?
zusammen	–	?	14,4/ca. 15
Gebiet Ural			
Vollmitglieder	11,5	3,1	20,9
Kandidaten	–	20,0	25,6
zusammen	–	?	22,3
Weißrußland			
Vollmitglieder	28,7	1,3	15,4
Kandidaten	–	21,2	25,5
zusammen	–	?	18,2
Gebiet Doneck			
Vollmitglieder	10,1	?	16,2
Kandidaten	–	?	28,3
zusammen	–	7,1	19,7
Ostsibirien			
Vollmitglieder	15,9	?	?
Kandidaten	–	?	?
zusammen	–	8,7	27,3/26,3
Gebiet Kiev			
Vollmitglieder	8,8	?	?
Kandidaten	–	?	?
zusammen	–	10,2	19,4
Fernostregion	?	?	23,5
Gebiet Odessa	?	?	24,2

Tab. 123: Ergebnisse der Parteisäuberung von 1933
(in % zur Zahl der Überprüften; 1. 1. 34)[1490]

	herabgestuft zu Kandidaten	*herabgestuft zu Sympathisanten*	*ausgeschlossen*
Insgesamt	?	?	17/16,8
Gebiet Leningrad	?	?	12,7
Gebiet Moskau	?	?	13,6
Region Ostsibirien	?	?	25,2
Gebiet Ural	?	?	23,1
Gebiet Odessa	?	?	21,9
Fernostregion	?	?	21,9
Karelien	?	?	20,3
Rote Armee	——— 2,4	———	4,3
OGPU-Truppen	4,4	3,6	3,6

Ausschlußgründe:	*in % zur Zahl der Überprüften*		*in % zur Zahl der Ausgeschlossenen*	
Klassenfeinde, Klassenfremde	2,7		16,1	
Doppelzüngler	0,9	}	5,4	}
Entartete	1,5	} 5,9	8,9	} 35,1
Disziplinverletzung	3,5	}	20,8	}
Karrieristen	1,4		8,3	
Moralischer Zerfall	2,0		11,9	
Passivität	4,2		25,0	
andere Gründe	0,6		3,6	
Zusammen	16,8		100,0	

[1488] Rudzutak, XVII s-ezd, S. 287.

[1489] Pervye itogi, S. 6f., 23, 51, 76, 112, 142, 161; Kaganovič, XVII s-ezd, S. 552; Rudzutak, ebd. S. 287, mit Daten zum 1. 1. 1934.

[1490] Rudzutak, XVII s-ezd, S. 287; Kaganovič, ebd. S. 552; bezogen auf den gesamten Säuberungsvorgang bis 1935 wurden ausgeschlossen: 18,3%

davon:

Disziplinverletzung	20,9%	
Moralischer Zerfall, Burokratismus	21,5	
Klassenfeinde	16,5	
Passivität	23,2	(Istorija KPSS
andere Gründe	17,9	t. 4 kn. 2, S. 283)

Voprosy členstva v VKP(b), in: Partijnaja žizn' 1947, No. 20, S. 73–83, hier S. 79 gibt als Ergebnis an:

ausgeschlossen:	16,3%
zurückgestuft zu:	
– Kandidaten	6,2
– Sympathisanten	5,8

Vgl. auch Nekotorye itogi, in: PS 1933, No. 21.

Etwa 17 % der Mitglieder und Kandidaten waren ausgeschlossen worden, 6,3 % hatte man zurückgestuft. Die Säuberungskommissionen hatten tief in das Leben der Parteiorganisationen eingegriffen. Es erwies sich jedoch, daß Armee und OGPU ausgesprochen zuverlässige Parteikader besaßen und daß in den Zentren Moskau und Leningrad die Parteiorganisationen recht stabil waren. In anderen Organisationen, die stärker agrarisch orientiert waren, lagen die Ausschlußzahlen deutlich höher. In der Provinz hatte die Parteiführung offenbar mit größeren Widerständen zu kämpfen, obendrein waren in landwirtschaftlichen Regionen die Probleme schärfer fühlbar als in den industriellen Zentren.

Unter den Ausschlußgründen war Passivität der häufigste, ein Indiz für die falsche Aufnahmepolitik der letzten Jahre und das Versagen der Basisorganisationen bei der Integration der neuen Mitglieder. Disziplinverletzer, „Doppelzüngler" und „Entartete" machten zusammen etwa ein Drittel der Ausschlüsse aus, bezogen auf die Gesamtzahl der Überprüften ca. 6 %. Das waren jene Kräfte, die sich den Anweisungen der Zentrale widersetzt und überzogene Pläne unterlaufen hatten. Diese Gruppe, deren Verhalten gewiß politisch gewertet werden muß, gehörte nicht politischen Oppositionsgruppen an. Die Gruppe der Disziplinverletzer, „Doppelzüngler" und Entarteten hatte lediglich den Widerspruch zwischen Stalinschem Politikkonzept und sowjetischer Alltagsrealität nicht ausgehalten. Die „trotzkistische" und die „rechte" Opposition existierten nicht mehr, zwischen 1930 und 1934 waren gerade 611 Personen als „Trotzkisten" oder „nationale Abweichler" von der ZKK und weitere 799 von örtlichen Kontrollkommissionen ausgeschlossen worden, eine geradezu lächerlich geringe Zahl.[1491]

Neben der Disziplinierung der Mitglieder und der Entlastung der VKP von „toten Seelen" hatte die Revision noch eine weitere Funktion. Sie mobilisierte die Basisorganisationen, führte zu einer Belebung der Schulungsarbeit und gab der Kaderpolitik einen neuen Anstoß.[1492] In mehreren Parteiorganisationen waren die Parteibeamten an der Basis und im Rayon dezimiert worden, neue Kräfte rückten nach. Wieder waren Zentren wie Leningrad eine Ausnahme – dort blieb der Parteikader weitgehend verschont, doch z. B. in Weißrußland und Ostsibirien wurden zahlreiche Funktionäre abgelöst.[1493] Zugleich gab die Revision Übersicht über den Bestand an potentiellen Aufsteigern, aus dem der Apparat sich eine Kaderreserve schaffen konnte.[1494]

So war die Parteisäuberung von 1933 Teil einer durchgreifenden Reorganisation der VKP, die Hand in Hand ging mit der Organisationsreform von 1934 und deren Ziel es war, die Partei straffer zu leiten und die Durchgriffsmöglichkeiten der Zentrale zu verbessern. Es darf aber nicht übersehen werden, daß diese Revision, die mit begrenzten politischen und organisatori-

[1491] Jaroslavskij, XVII s-ezd, S. 297.

[1492] Vgl. Tal'nov, B.: Voprosy orgpartraboty na sele v svjazi s itogami čistki, in: PS 1934, No. 1, S. 19–21; Fomin, V.: Usilenie partučeby kak rezul'tat čistki, in: PS 1934, No. 1, S. 15–18; Šustin, A.: Zavodskaja partorganizacija posle čistki, in: PS 1934, No. 1, S. 24–26; Brovarskij, G.: Realizacija vyvodov – programma partraboty na dlitel'nyj srok, in: PS 1934, No. 1, S. 27–29; Šternberg, G.: Opyt vyjavlenija rastuščich kadrov, in: PS 1933, No. 19, S. 23–24.

[1493] Pervye itogi, S. 29, 119, 140f.

[1494] Šternberg, in: PS 1933, No. 19, S. 23f.; Brovarskij, in: PS 1934, No. 1, S. 28.

schen Zielen begann, nach 1934 überging in eine fortgesetzte Säuberung, die sich bis zum Ende der dreißiger Jahre hinzog und einen gänzlich anderen Charakter annahm.[1495]

[1495] Vgl. Unger, A.L.: Stalins Renewal of Leading Stratum: A Note on the Great Purge, in: Soviet Studies XX, 1968/69, S. 321–30; Avtorkhanov, S. 240f.; Rittersporn, G.T.: L'Etat en lutte contre lui-même, in: Libre, no. 4, 1978, S. 3–38, hier S. 19f.; Getty, J.A.: The „Great Purges" Reconsidered: The Soviet Communist Party, 1933–1939, Ph. D. thesis, Boston College 1979; Medwedew, passim; Conquest: Great Terror, passim.

10. INDUSTRIALISIERUNG UND STALINISTISCHE HERRSCHAFT

Die Industrialisierung des Sowjetstaates war ein politisch gewollter Prozeß, der im Verständnis seiner Initiatoren – der Führung der VKP/b – spezifische ökonomische, gesellschaftliche und politische Ergebnisse haben sollte. Es sollte eine hochindustrialisierte, „sozialistisch" organisierte Gesellschaft entstehen. Die parteioffizielle Vorstellung von „Sozialismus" war allerdings stark verengt, die Idee gesellschaftlicher Emanzipation, des Abbaus politischer Herrschaft, war im Vollzug der „proletarischen Diktatur" verlorengegangen. War das Ziel, die Sowjetunion in einen Industriestaat zu verwandeln, allen Wortführern der Partei gemein und gegründet in dem an Marx orientierten Fortschrittsdenken der Bolschewiki, so war der 1927/28 eingeschlagene Weg der Industrialisierung auf Betreiben einer Fraktion in der Parteiführung gewählt worden, die – wirtschaftspolitisch nicht sonderlich kompetent und angesichts der „Getreidekrise" stark verunsichert, obendrein einem völlig undifferenzierten Freund-Feind-Denken verfallen und dabei vordringlich auf Herrschaftssicherung und Sicherung des sozialen Besitzstandes bedacht – versuchte, den gordischen Knoten der sozialen und ökonomischen Rückständigkeit mit Gewalt durchzuhauen. Damit löste sie einen Prozeß des Wandels aus, der die gesamte Gesellschaft erfaßte und in dessen Verlauf sich auch das System politischer Herrschaft weiter veränderte.

10.1 DIE VKP/b ALS INITIATOR VON INDUSTRIALISIERUNG: POLITISIERUNG VON WIRTSCHAFTSENTSCHEIDUNGEN UND VERLUST VON POLITIK

Nach der Unterdrückung der trotzkistisch-sinowjewistischen Opposition 1927 war die VKP/b eine mitgliederstarke, leidlich gut organisierte Partei, die in den industriellen Zentren über einen Apparat verfügte, der von der Zentrale aus politisch kontrollierbar war. In ländlichen Bereichen war die Organisation der VKP vergleichsweise schwach. Der Kader des oberen und mittleren Parteimanagements, der in der Regel während der Periode des „Kriegskommunismus" in die VKP eingetreten war, bestand vorwiegend aus Personen, die über geringes ökonomisches und technisches Wissen verfügten, Marxsche Theorie, wenn überhaupt, nur in verkürzter Form rezipiert hatten, die sich im Verlauf der Fraktionsauseinandersetzungen durch Loyalität nach oben ausgezeichnet, die Energie bewiesen und gewisse organisatorische Erfahrung gesammelt hatten. Ein Katalog politischer Anschauungen war ihnen gemeinsam, etwa die Idee von der VKP als „Avantgarde" und ein simples Freund-Feind-Raster, in dem Trotzkisten, die Bourgeoisie, Menschewiki, Kulaken das Böse verkörperten. Ein großer Teil der Funktionsträger auf Kreis- und Gebietsebene war dem Generalsekretär persönlich verbunden oder war sich wenigstens darüber klar, daß das eigene Fortkommen vom Generalsekretär und seinen engeren Mitarbeitern abhängig war. Die Organisation des Parteiapparats und die Personalstruktur ermöglichten so zwar eine recht wirksame Kontrolle politischer Meinungen von oben, doch für kompliziertere Verwaltungs- und Leitungstätigkeit war der Parteiapparat zu wenig differenziert, zu klein, sein Personal zu inkompetent. Dennoch stellte

er das Instrument dar, auf das ZK und Politbüro bei Findung und bei Durchsetzung von Entscheidungen vor allem angewiesen waren.

Der Entschluß, das Tempo der Industrialisierung, die seit 1925/26 betrieben wurde, zu forcieren und die Agrarprobleme durch eine gewaltsame Kollektivierung zu lösen, war zweifellos politisch motiviert. Es war eine Mehrheitsfraktion im ZK, die ihn durchsetzte – gegen den Widerstand einer Reihe namhafter Parteiführer, die rasch als „Rechte" diffamiert wurden, gegen die Gewerkschaften und gegen die Wirtschaftsführung. Bei ihrer Meinungsbildung griff die Mehrheitsfraktion um Stalin offenbar nicht auf Vorlagen der Fachapparate zurück – über die Lageanalysen der Volkskommissariate für Auswärtiges und Verteidigung setzte sie sich ebenso hinweg wie über Expertisen von Wirtschaftsfachleuten[1496] –, sie reagierte vielmehr auf angenommene außenpolitische und wirtschaftliche Krisensituationen, die sie in einem simplen Freund-Feind-Raster analysierte. Unter Rückgriff auf Verhaltensweisen aus Bürgerkriegszeit und parteiinternen Konflikten versuchte die Mehrheitsfraktion die Lage durch Mobilisierungskampagnen und Propagierung von Feindbildern zu stabilisieren, wandte außerökonomischen Zwang an und reagierte auf wachsende Widerstände mit einer Politik der „Flucht nach vorn"[1497], die Planzahlen unsinnig überhöhte und eine Kollektivierung durchsetzte, die die Grundannahmen des 1. Fünfjahrplanes völlig desavouierte.

Durchzusetzen war diese Wirtschaftspolitik nur durch die Mobilisierung der Gesellschaft. Und zur Lösung dieser Aufgabe setzte die Stalin-Fraktion die Partei ein. Allerdings ließ sich die VKP nicht so ohne weiteres für die Ziele der Führungsgruppe instrumentalisieren – einerseits weil die Partei schlecht organisiert war und nicht effizient arbeitete, andererseits, weil sie – wenigstens partiell – immer noch eine politische Organisation darstellte, eine Organisation, in der Politik konzipiert und diskutiert wurde. Diesen Charakter hatte sie seit 1924 sukzessive eingebüßt, und im Verlauf der Durchsetzung der forcierten Industrialisierung wurde er der Partei gänzlich genommen. Ein wichtiger Schritt bei der Durchsetzung Stalinscher Wirtschaftspolitik war deshalb die Reform der Partei, eine Reform, die auf gesteigerte organisatorische Effizienz und Verlust von Politik hinauslief. Die Kreierung der „rechten Abweichung", die Parteisäuberung 1929/30, die Einführung der „funktionalka" und die Reform der Basisorganisationen unter der Losung „Front zur Produktion" dienten alle demselben Zweck. Sie sollten Organisation und Mitgliedermassen für die Industrialisierungspolitik fungibel machen. Die VKP – ohnehin von jeher keine Kaderpartei Leninschen Typs – wurde zahlenmäßig noch weiter aufgebläht. Zwischen 1927 und 1932 stießen mehr als zwei Millionen neue Mitglieder zur Partei. Die Zahl der Parteiangehörigen verdreifachte sich. Eine neue Generation mit neuen Erwartungen und ohne politische Tradition überschwemmte die VKP. Nicht ohne Berechtigung sprachen die Reste der Trotzkisten von einer „Auflösung der Partei in die Klasse". Während sich so die Parteibasis verwandelte, wurden Parteiangehörige mit abweichender Meinung durch die Kampagne gegen die „Rechten" eingeschüchtert oder – im Rahmen der Säuberung 1929/30 – aus der Partei entfernt.

1496 Vgl. dazu: Boetticher: Industrialisierungspolitik, passim; Reiman: Geburt; Lewin, in: SlavRev 1973, S. 271 ff.

1497 Vgl. Haumann, H.: Arbeiterklasse, Partei und Stalinismus. Die Auswirkung sozialer und organisatorischer Umbrüche 1927–1929 auf die Entstehung eines neuen Machtsystems, in: Erler/Süß, S. 345–366, hier S. 360.

Die Eingliederung der neuen Mitglieder erfolgte im Zusammenhang der Neuordnung der Parteibasisorganisationen, die Hand in Hand ging mit der Mobilisierung für Steigerung der Produktion. Die Betriebsparteiorganisationen wurden umorganisiert, über „Parteigruppen" und „Sektoren" zahlreiche neue Parteiangehörige in die Arbeit einbezogen, die Erfassung der Belegschaften in allen Schichten – rund um die Uhr – und bis hinein in alle Werksabteilungen sollte gewährleistet werden. Tatsächlich kam es zu einer Aktivierung der Mitglieder. Gesellschaftliche Betätigung in Partei, Gewerkschaften und Sowjets nahm um 1929/30 stark zu, Folge nicht nur der Parteireform, sondern auch der ‚Politisierung' der Gesellschaft, der raschen Abfolge von Kampagnen gegen „Schädlinge", für Stoßarbeit, für den Beitritt in die Kollektivwirtschaften, zum Zeichnen von Staatsanleihen usf. Die Inhalte dieser ‚Politisierung' waren allerdings vorwiegend ökonomischer Natur. Die Basisorganisationen diskutierten nicht wirtschaftspolitische Konzeptionen oder die Rolle von Betriebskomitees und Gewerkschaften bei der Leitung des Staates wie in den ersten Jahren der Sowjetzeit, sie mobilisierten für die Steigerung der Produktion, für die Hebung der Arbeitsproduktivität, für die Senkung der Selbstkosten usw. Auf allen Ebenen, von der staatlichen Planbehörde bis hinunter in Betrieb und Werksabteilung, mischten sich Parteiinstanzen in Wirtschaftsentscheidungen ein. Unter dem Druck der politischen Organisation, die von OGPU und RKI flankiert wurde, gaben die Wirtschaftsleitungsinstanzen durchweg die ökonomische ratio auf und produzierten drauflos – koste es, was es wolle. Die Irrationalität und die Planlosigkeit im Fünfjahrplan waren auch die Folge dieser ‚Politisierung' von Wirtschaftsentscheidungen.

Um die VKP herum gab es in dieser Phase allerdings offenbar auch Tendenzen, die sich dagegen wehrten, Politik auf Produktionssteigerung zu reduzieren. Die Kommunebewegung ist ein Hinweis darauf, eine Bewegung, die spontan entstand und die versuchte, sozialistische Utopien zu leben, die von offiziellen Sozialismusideen meilenweit entfernt waren. Die Reform und Mobilisierung der Basis hatten solche spontanen Bewegungen stimuliert und ihnen einen Freiraum verschafft, da die neue Organisation gänzlich unüberschaubar und kaum lenkbar war. Dazu kam die gewiß notwendige, in der Form allerdings verfehlte Reorganisation des mittleren und oberen Parteiapparats, die einen Wirrwarr von Kompetenzen schuf und eine einheitliche Lenkung der Basis erfolgreich verhinderte. Die „funktionale" Gliederung der Apparate war gegenüber den undifferenzierten, personell unterbesetzten Komiteeapparaten der zwanziger Jahre sicherlich ein Fortschritt – diese waren bei der Durchsetzung von Parteidirektiven im Wirtschaftsbereich gänzlich überfordert gewesen –, doch hinderte die „funkcionalka" selber eine straffe Leitung von oben. So waren die ersten Jahre des Fünfjahrplans eine Phase der „Demokratisierung" in der Partei, nicht in dem Sinne, daß die Basis in der Lage gewesen wäre, die Führung zu kontrollieren – die Parteiführung agierte durchaus autokratisch –, aber doch insofern, als weite Bereiche der Parteibasis sich der Kontrolle durch die Führung entzogen.

Das Jahr 1931 markierte hier einen Wendepunkt. In seinen „sechs Punkten" ermutigte Stalin die Wirtschaftsführung, wieder stärker Grundsätze der Wirtschaftlichkeit zu berücksichtigen. Das war zunächst eher rhetorisch, da es angesichts der ineffizienten Parteiorganisation und des inkompetenten Personals im Parteiapparat nicht möglich war, kurzfristig einen Wechsel im Verhalten des mittleren und unteren Parteimanagements durchzusetzen. Zugleich setzten aber auch Anstrengungen ein, die Organisation der VKP zu vereinfachen und zu straffen, Freiräume einzuengen und die Kontrolle der Partei durch das ZK wirksamer

zu gestalten. In diesem Zusammenhang ist die Vereinfachung der Basisorganisationen zu sehen, die Verringerung der Zahl von Parteigruppen und Sektoren, hierher gehört aber auch die Schaffung eines neuen, direkt dem ZK unterstellten Apparates im Agrar- und Transportbereich. Die Politabteilungen bei den MTS, den Sowchosen und im Transportsektor gaben dem ZK-Apparat die Möglichkeit, die Arbeit der lokalen Parteibehörden besser zu überwachen und wirksamer zu lenken. Diese organisatorischen Veränderungen sorgten im Verein mit der fortgesetzten Verfolgung sogenannter „Rechter" und der Parteisäuberung von 1933 dafür, daß die VKP schließlich nicht mehr war als das Exekutivorgan von oben vorgegebener Beschlüsse. Die Strukturreform von 1934, die Einführung des „Produktionszweigsystems" in den Parteiapparat, war ein weiterer Schritt in diese Richtung. Der Parteiapparat wurde effizienter gemacht, effizienter im Sinne der Zentrale. Die VKP behielt dabei zwar ihre Funktion als Organ zur Verbreitung politischer Parolen, von einer Rolle bei der Erstellung politischer Konzepte konnte aber keine Rede sein.

Die Partei wurde in der Phase der forcierten Industrialisierung umgeformt. Da sie Ende der zwanziger Jahre nicht imstande war, die Anforderungen, die eine forcierte Industrialisierung an den politischen Apparat stellte, zu erfüllen, wurde sie reorganisiert und erweitert. Der Umbau der VKP ging aber Hand in Hand mit einem Verlust von Politik – eine Entwicklung, die bereits Mitte der zwanziger Jahre begonnen hatte und nun zum Abschluß gebracht wurde.

10.2 FORMIERUNG EINER GESELLSCHAFT: SOZIALER AUFSTIEG UND SYSTEMINTEGRATION

Die Umformung der VKP, ihre Anpassung an die Erfordernisse einer Industrialisierung, die auf Initiative der Führungsspitze hin maximal beschleunigt werden sollte, wurde durchgesetzt auf dem Hintergrund des raschen Wandels der gesamten Gesellschaft. Die forcierte Industrialisierung beschleunigte ihrerseits die sozialen Prozesse, die mit dem Übergang von der Agrar- in die Industriegesellschaft verbunden waren. Der politischen Führung gelang es nur teilweise, diesen Prozessen eine Richtung zu geben, oftmals übersah sie die Entwicklungen gar nicht oder war nicht in der Lage, sie zu lenken.

Rascher Ausbau der Industrie und gewaltsame Kollektivierung führten dazu, daß die sowjetische Gesellschaft in Bewegung geriet. Die Zerschlagung der privaten Produktion in der Landwirtschaft, die einherging mit der Auflösung hergebrachter dörflicher Sozialstrukturen, beschleunigte die Abwanderung bäuerlicher Arbeitskraft in die Stadt. Teilweise auf dem Umweg über Saisonarbeit wechselten Bauern und Landarbeiter in nichtlandwirtschaftliche Tätigkeitsbereiche über, vielfach zunächst in die Bauindustrie, in den Straßen-, Bahn- und Industrieanlagenbau, um dann später Arbeit in der Industrie selbst anzunehmen. Obendrein strömten Städter in die neuen Industriebezirke des Ural und Sibiriens, und zahllose Arbeiter zogen „auf der Jagd nach dem langen Rubel" von Stadt zu Stadt.

Das rasche zahlenmäßige Wachstum der Industriearbeiterschaft, das Teil dieses gesellschaftlichen Umbruchs war, veränderte das Profil dieser Gruppe in kurzer Zeit. Die sowjetische Arbeiterschaft war auch vor Einsetzen der forcierten Industrialisierung keine monolithi-

sche Gruppe gewesen. Lebensbedingungen und Arbeitsalltag waren in den verschiedenen Industriegebieten und den einzelnen Branchen unterschiedlich. Die Arbeiter, die in den zwanziger Jahren erstmals in die Betriebe kamen, rekrutierten sich allerdings vorwiegend aus proletarischem Millieu, die Zuwanderer aus dem Dorf machten erst einen kleinen, doch stetig wachsenden Anteil aus. Mit ihrer dörflichen Sozialisation, ihrem geringen politischen und betrieblichen Engagement, ihrer niedrigen Qualifikation wurden sie von Partei- und Sowjetführung als Problemgruppe begriffen. Seit 1929/30 begann der Anteil der bäuerlichen Zuwanderer unter den neuen Arbeitern aber rasch zu steigen. Innerhalb des ersten Fünfjahrplanes vermehrte sich die Zahl der Arbeiter in der Großindustrie um drei Millionen, im Baugewerbe um zwei, im Transportbereich um eine Million. Die Mehrzahl der Neurekrutierten stammte aus bäuerlichem Milieu, und das hieß, sie besaßen keine berufsqualifizierende Vorbildung, sie waren an industrielle Arbeitsverhältnisse und industrielle Arbeitsdisziplin nicht gewöhnt, die hergebrachten proletarischen Verhaltensweisen in betrieblichen und politischen Konflikten waren ihnen unbekannt. Obendrein hatten sie keine Vorstellung von Lebensstandard und Arbeitsbedingungen vor der forcierten Industrialisierung, begriffen also Veränderungen von Reallohn und Arbeitsintensität eher als Folge des individuellen Schicksals, des Übergangs in die Industrie, nicht als kollektive Schlechterstellung der Arbeiterklasse.

Angesichts der Erweiterung vorhandener Betriebe und der Errichtung neuer begannen sich vorhandene Belegschaftsstrukturen aufzulösen. Reallohnsenkung, Wohnungsnot, Versorgungsengpässe, neue Technologien, Maßnahmen zur Intensivierung der Arbeit, ein unübersichtliches Tarifnetz taten ein übriges – die Fluktuation der Arbeitskraft nahm ungeheure Ausmaße an. Produktion von Ausschuß, Beschädigung von Maschinen, Trunkenheit und Streit am Arbeitsplatz, Widersetzlichkeiten gegen Meister und Ingenieure, „Blaumachen", all das war an der Tagesordnung. Akkulturationsprobleme des bäuerlichen Zuzugs sind für diese auftretenden Formen sozialen Protests ebenso verantwortlich wie Unzufriedenheit in der älteren Arbeitergeneration. Andererseits identifizierten sich Teile der Arbeiterschaft mit den propagierten politischen Zielvorstellungen, viele rechneten auf sozialen Aufstieg oder ließen sich von der Aufbruchstimmung der Jahre 1929/30 mitreißen. So ist die sowjetische Arbeiterschaft dieser Zeit kaum als geschlossene Gruppe anzusprechen, von einer durchgehenden „kollektiven Mentalität" gar nicht zu reden. Die Arbeiterschaft war in Gruppen und Grüppchen mit unterschiedlicher Erfahrung und unterschiedlichen Erwartungen aufgesplittert. Der politischen Führung, die eine Industrialisierung auf Kosten der unmittelbaren Produzenten durchsetzen wollte, kam das entgegen. Nachdem die Gewerkschaften ihrer Defensivfunktionen beraubt waren, die Partei selber die Funktion einer politischen Organisation der Arbeiter besetzt hielt, konnte die Führung ihre Politik durchsetzen, ohne auf den Widerstand einer politisch erfahrenen, zusammengewachsenen Gruppe zu stoßen. Teile der Arbeiterschaft konnte sie einbinden und für den „Aufbau des Sozialismus" mobilisieren, jene Teile, die sich entzogen, wurden nicht zu einer politischen Gefahr, da sich die zahlreichen spontanen Protesthandlungen einzelner Grüppchen nicht zu Widerstand verdichteten. Andererseits behinderte die Aufsplitterung der Arbeiterschaft und der Zustrom nichtproletarischer Arbeitskraft den Ausbau von Industrie ebenso wie den Ausbau von Herrschaft. Die Zunahme der Arbeiterzahlen und die Neigung, Betrieb und Wohnort immer wieder zu wechseln, überforderte die Organisationskompetenz des Parteiapparats, der große Teile der Arbeiterschaft nicht mehr erreichte. Das Betriebsmanagement hatte ebenso mit dem niedri-

gen Ausbildungsstand, der fehlenden Arbeitsdisziplin zu kämpfen und mußte sich mit immer wieder wechselnden Belegschaften auseinandersetzen.

In dieser in Bewegung geratenen Gesellschaft, in der hergebrachte soziale Zusammenhänge in Frage gestellt und aufgelöst wurden, versprachen trotz aller Mängel allein die Partei und ihr Generalsekretär Stabilität. Mag sein, daß der Kult um die Person Stalin hier eine seiner sozialpsychologischen Wurzeln hatte. Jedenfalls war die Arbeiterschaft – aufgesplittert in Gruppen unterschiedlicher Erfahrung und Erwartung, ohne kollektive Tradition, meilenweit davon entfernt, „Klasse für sich" zu sein – teilweise offenbar bereit, auf die Identitätsangebote einzugehen, die die VKP über Propaganda von Sozialismusideen und durch Vermittlung sozialen Aufstiegs machte.

Aufstiegsmobilität war neben der Land-Stadt-Mobilität die bezeichnendste gesellschaftliche Bewegung der Industrialisierungsperiode. Innerhalb von vier bis fünf Jahren wurde der Führungskader in Fach- und politischen Apparaten stark ausgebaut. In der Schwerindustrie z.B. stieg die Zahl der Leitungskader zwischen 1930 und 1933 beinahe auf das dreifache. Mindestens eine halbe Million Personen rückten zwischen 1928 und 1933 in Führungspositionen auf unterer, mittlerer und oberer Ebene ein, allein 229000 hatten in diesem Zeitraum ein Hochschulstudium abgeschlossen, eine weitere Million studierte Ende 1933 noch an Hoch- und Fachschulen. Ein sehr hoher Prozentsatz dieses Kaders stammte aus der Arbeiterschaft. So waren etwa die Hälfte der Hochschulstudenten 1932/33 Arbeiter oder Arbeiterkinder, vom Fach- und Führungspersonal in Wirtschaft und Verwaltung ca. ein Drittel, ein Gutteil davon nach 1928 in Leitungspositionen aufgerückt.

Die Industrialisierung erzeugte einen ungeheuren Bedarf an Fach- und Führungspersonal, den Partei- und Sowjetführung durch eine Hochschulreform und durch Organisierung von „vydviženie" zu decken versuchte. Erklärtes Ziel war es dabei auch, eine politisch loyale Führungsschicht zu schaffen, die den Vorhaben der politischen Spitze mit weniger Reserve gegenüberstand als die alte technisch-ökonomische Elite, die in der Regel bürgerlicher Herkunft war. Der Argwohn gegenüber den ‚alten' Fachleuten, der vor allem in der „Schädlingskampagne" geschürt wurde, wurde Instrument der Kaderpolitik. Loyalität erwartete die Parteiführung in erster Linie von Angehörigen der VKP und von Arbeitern bzw. Arbeiterkindern. Im Rahmen der Hochschulreform, der Säuberungsaktionen im Staatsapparat, von Mobilisierungsaktionen für den Apparat auf dem Lande, im Rahmen betrieblicher Beförderung und Beförderung im Parteiapparat versuchte man denn auch die wichtigeren Positionen mit derart qualifizierten Personen zu besetzen. Es bildete sich eine neue gesellschaftliche Schicht heraus, deren soziale Stellung sich aus den ausgeübten Funktionen herleitete und deren Haltung und Zusammensetzung sich von der früherer Führungsgruppen deutlich unterschied. Sie stammte zu einem Gutteil aus proletarischem Milieu, ihr Aufstieg war Funktion der vom ZK betriebenen Industrialisierungspolitik, sie waren es, die das hypertrophe Wirtschaftskonzept der Stalin-Gruppe soweit als möglich in Wirklichkeit umsetzten. Sie führten die Kollektivierung durch, sie ersetzten die 1929/30 eliminierten ‚alten' Planer, sie organisierten den „sozialistischen Wettbewerb". In dem Durcheinander des industriellen Aufbaus lernten sie den Umgang mit neuen Technologien, unqualifizierten Arbeitern, hypertrophen Anforderungen politischer Apparate und mit ihrer eigenen Inkompetenz. So entstand eine Gruppe, die durch Aufstiegserfahrung und Industrialisierungserlebnis geprägt war und die sich über das herrschende politische System definierte.

Konstitutiv für diese neue sowjetische Oberschicht war aber nicht nur der Vorgang massenhaften sozialen Aufstiegs, sondern auch der Vorgang sozialer Differenzierung, der seit 1931 mit zunehmender Beschleunigung in Gang kam. Kennzeichnend dafür war nicht nur die Polemik gegen die „kleinbürgerliche Gleichmacherei", auch konkrete Maßnahmen zur Staffelung der Entlohnung nach Qualifikation und Leistung, die Vergabe materieller Privilegien gestaffelt nach sozialer Stellung wiesen in diese Richtung. Die neue sowjetische Oberschicht nahm diese Vorrechte, die ihre Trennung von der Klasse der unmittelbaren Produzenten markierte, auch in Anspruch und sie entwickelte offenbar auch ein Selbstbewußtsein, das teilweise wohl aus dem Avantgardebegriff der VKP, teilweise aus dem Bewußtsein erbrachter Leistung sich speiste.

Stellte die Aufsplitterung der sowjetischen Arbeiterschaft sicher, daß auf Absinken des Lebensstandards und Intensivierung der Arbeit keine geschlossene und massive Reaktion erfolgte, so war es die neue sowjetische Oberschicht, die die soziale Basis des politischen Systems darstellte, das sich nun im Schatten von forcierter Industrialisierung und gewaltsamer Kollektivierung formierte. Die Masse des Fach- und Führungspersonals hatte von dieser Politik profitiert, sie hatte sie vorbereitet und implementiert, sie prägte das Erscheinungsbild des Herrschaftssystems, und die Führungsspitze um Stalin war auf sie angewiesen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die neue sowjetische Oberschicht durchaus nicht homogen war. Nach wie vor bestanden Unterschiede zwischen Fach- und politischen Apparaten, es gab regionale Rivalitäten, die sich in Verteilungskonflikten um finanzielle Fonds, technische Ausrüstung und Rohstoffe äußerten, es gab vor Ort Widerstand gegen die in der Zentrale betriebene Politik. Die Aufwertung, die die technische Intelligenz im Rahmen der Industrialisierung erfahren mußte – Planung, technische Innovation, jegliche Wirtschaftsentscheidungen erforderten zunehmend technisches und ökonomisches „Know-how", über das der politische Apparat kaum verfügte –, barg die Gefahr „technokratischer" Tendenzen in sich. Der Parteiapparat mußte gegenüber den Fachapparaten an Boden verlieren, wenn es ihm nicht gelang, die technische Intelligenz zu integrieren oder aber langfristig zu entmutigen. Beides wurde versucht: mit der Hochschulreform die Schaffung einer „roten" technischen Intelligenz, mit der „Schädlingskampagne" die Einschüchterung des ‚alten' Fachpersonals. Von ähnlicher Brisanz mußte auch der Ausbau des Polizeiapparates sein, der immer mehr politische Funktionen an sich zog. Die Rivalität bzw. die Konkurrenz zwischen Sicherheitsorganen und Parteiorganisationen – beides politisch legitimierte Apparate – mußte sich auf das politische Klima im Lande auswirken.

Trotz dieser inneren Spannungen war die neue sowjetische Oberschicht, die sich im Rahmen der forcierten Industrialisierung herausbildete, sozialer Rückhalt der Führungsgruppe um Stalin, die ihre Politik ohne die Unterstützung dieser Schicht kaum hätte durchführen können. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die Stalin-Gruppe das politische Profil der Aufsteiger prägte. Die „Schädlingskampagne", die Verurteilung und Verfolgung der „rechten Abweichung", die politischen Rituale von Parteisäuberung und Selbstkritik waren entscheidende Bestandteile der politischen Sozialisation der neuen sowjetischen Oberschicht. So wurde eine Gruppe geformt, auf die sich die Parteispitze auch in Zeiten ökonomischer und sozialer Krisen stützen konnte. Daß ein großer Teil dieses Fach- und Führungskaders ehemalige Arbeiter waren, von denen zudem viele erst nach 1928 aufgestiegen waren, mußte auch auf die Arbeiterschaft ausstrahlen. Die Chance zum individuellen Aufstieg, die

sich ein leidlich tüchtiger, ehrgeiziger Arbeiter mit Parteibuch ausrechnen konnte, verhinderte wohl auch die Formierung von proletarischem Widerstand, sie machte auch die Phrase von der „Arbeiterklasse" als „herrschender Klasse" glaubwürdiger. So profitierte das stalinistische Herrschaftssystem von der Zersplitterung der Arbeiterschaft und der integrierenden Wirkung einer breiten Bewegung sozialen Aufstiegs.

10.3 STALINISTISCHES KRISENMANAGEMENT: MOBILISIERUNG DER GESELLSCHAFT UND REPRESSION

Die forcierte Industrialisierung, die von der Stalin-Fraktion initiiert worden war, wurde unter denkbar ungünstigen Voraussetzungen eingeleitet: das Fach- und Führungspersonal war zahlenmäßig schwach, die vorhandenen Spezialisten skeptisch oder inkompetent, es fehlte an qualifizierten Arbeitern, der Parteiapparat war ungefüge, seine Arbeit ineffizient. Obendrein fehlte der politischen Führung der Überblick, welche Maßnahmen sinnvoll und welche Folgen zu gewärtigen waren. Trotzdem wurden Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend umgestaltet.

Das war möglich, weil es gelang, große Teile der Gesellschaft für den industriellen Aufbau zu mobilisieren und andere, potentiell negativ eingestellte Personengruppen zu unterdrücken und einzuschüchtern. In der raschen Abfolge kurz- und langfristig angelegter Kampagnen – Werbefeldzügen und Massenaufgeboten – wurden immer neue Gruppen angesprochen und erfaßt. Die umfassendste Bewegung im industriell-städtischen Bereich war wohl der „Sozialistische Wettbewerb", der ca. 1929 initiiert wurde und sich innerhalb kurzer Zeit unionsweit ausbreitete. Die Masse der Arbeiter und Angestellten wurde im Rahmen dieser Kampagne, die anfangs mit Urkunden und Wanderfahnen eher auf politisch bewußte Werktätige abgestellt war, durch Prämien, Lohnstaffelung und Gewährung von Privilegien aber bald materielle Anreize schuf, für beschleunigtes industrielles Aufbautempo agitiert. Flankiert wurde der Wettbewerb, der Produktionssteigerung mit Erziehung zu einer neuen Arbeitshaltung verbinden wollte, von einer Vielzahl anderer Initiativen wie Erfinderbewegung, Gegenplanbewegung, Produktionsberatungen. Materielle Anreize und Weckung sportlichen Ehrgeizes – ein Motiv, das gerade bei jüngeren Arbeitern nicht vernachlässigt werden darf – gingen so Hand in Hand mit Partizipationsangeboten: Denn wenigstens dem Anschein nach räumten Instanzen wie Produktionsberatungen und Abteilungsversammlungen den Arbeitern Einfluß auf Plan und Produktionsentscheidungen ein. Neben den Kampagnen im Produktionsbereich gab es immer wieder solche mit politisch-gesellschaftlicher Zielsetzung. Regelmäßig waren die Sowjetwahlen von einem breitangelegten Werbefeldzug begleitet, wiederholt wurde für den Beitritt zur Partei Propaganda gemacht. Die Säuberung des Staatsapparats 1929/30 wurde kampagnenweise durchgeführt unter Heranziehung von Arbeitern, die teilweise statt entlassener „Bürokraten" in den Apparat einrückten. Dazu wurde für die Durchführung zentraler politischer Aufgaben das Personal in Massenaufgeboten rekrutiert. Die Hochschulreform und die Kollektivierung wurden erst durch die Mobilisierung Zehntausender von Arbeitern und Parteimitgliedern praktische Politik. Im Rahmen solcher Massenaufgebote wurde auch

sozialer Aufstieg organisiert. Aufstiegserwartung, materielle Motive, sportlicher Elan und ideologische Vorstellungen waren Faktoren, die die Einstellung von Arbeitern gegenüber diesen Kampagnen beeinflussen konnten. Gewiß wurde ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten erreicht, viele reagierten positiv und mitunter kam es zu spontaner ‚Politisierung', die sich der Kontrolle durch den Parteiapparat entzog. Die Kommunebewegung zeigt in diese Richtung. Meist wurde solcher spontaner Enthusiasmus aber in den offiziell organisierten „Bewegungen" aufgefangen und kanalisiert.

Ein wichtiger Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit, der das politische Klima in der Phase der forcierten Industrialisierung entscheidend prägte, war die Feindbildpropaganda. Kampagnen verbanden vielfach Mobilisierung mit der Verurteilung bestimmter Verhaltensweisen oder bestimmter sozialer Typen. In der „Schädlingskampagne" z. B. wurden nicht nur Sündenböcke für vorhandene Mißstände vorgestellt, die Parteiführung schüchterte die Fachapparate ein und mobilisierte die Arbeiterschaft gegen das Management. Damit hatte sie um so mehr Erfolg, als seit Jahren zwischen Belegschaften und Betriebsleitungen eine latente Spannung bestand, die nun zur Durchsetzung eines forcierten Industrialisierungstempos ausgenutzt wurde. Einschüchterung des Managements, das dem Industrialisierungstempo skeptisch gegenüberstand, und Mobilisierung der Arbeiter lief so Hand in Hand. Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Technikern, Ingenieuren und Ökonomen beim Ausbau industrieller Produktion mußte diese Politik der Schwächung des technischen Managements langfristig negative Folgen haben. So ist es nicht erstaunlich, daß die Parteiführung die Schädlingskampagne 1931 abbrach. Bedeutung für die Durchsetzung der Politik der Stalin-Gruppe hatte auch die Erfindung der „rechten Abweichung", insbesondere der „rechten Abweichung in der Praxis". Hatte die „Schädlingskampagne" Spezialisten und Führungspersonal als potentielle Klassenfeinde markiert, mobilisierte die Kampagne gegen „rechte Abweichung in der Praxis" den Parteiapparat und die Parteimitglieder gegen Funktionsträger, die die von oben vorgegebene Politik nicht energisch genug durchführten. Sowohl Fach- wie politische Apparate wurden so unter erheblichen Druck gesetzt. Es entstand auch ein Klima gegenseitigen Mißtrauens, das offene politische Auseinandersetzung, Diskussion um den Sinn ökonomischer und politischer Maßnahmen verbot. Die Stellung der Führungsgruppe in der VKP wurde so zwar gefestigt, der ökonomischen und sozialen Krise aber nicht gesteuert. Höhepunkte der politischen Unterdrückung waren die Parteisäuberungskampagnen von 1929/30 und 1933, die wiederum Verurteilung abweichenden Verhaltens und Mobilisierung der Parteibasis miteinander verbanden. Partei und Gesellschaft lebten in den Jahren der forcierten Industrialisierung in einer Atmosphäre ständiger Anspannung, in der die Beschwörung einer lichten Zukunft einherging mit der Entlarvung immer neuer „Feinde". Die These von der Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus war vollendeter Ausdruck dieses neurotischen politischen Klimas.

Instutionalisierter Ausdruck dieser Situation waren politische Polizei und politische Justiz, deren gesellschaftlicher Einfluß zwischen 1928 und 1933 ständig wuchs. Bei der Durchsetzung eines hohen Industrialisierungstempos, bei der zwangsweisen Kollektivierung der privaten Bauernwirtschaften und bei der Zurückdämmung sozialen Protestes verließ sich die Parteiführung nicht allein auf Mobilisierungskampagnen, sie setzte auch exzessiv den Sicherheitsapparat ein. Die Organe der OGPU und die Staatsanwaltschaft griffen in Wirtschaftsentscheidungen ein, sicherten auf dem Dorf die Verhaftung und Verbringung von „Kulaken" und „Kulaken-

knechten", verfolgten oppositionell eingestellte Parteimitglieder und versorgten die Parteispitze mit Informationen über die Vorgänge im Land. Gewiß diente das Vorgehen der OGPU oft dem Eigeninteresse des Apparats und seiner Bevollmächtigten, doch traf es sich mit den Absichten der Stalin-Gruppe, die sich mit Hilfe der Sicherheitsapparate in den Fachapparaten und im Dorf durchsetzen wollte. Der Ausbau der politischen Polizei, der Aufbau einer Gefangenenökonomie und die Wende in der Rechtsprechung erweiterten Spielraum und Reichweite der Sicherheitsorgane. Die Bereitschaft der Parteiführung, soziale Konflikte und politische Krisen, deren politische Lösung das Machtgefüge verändert hätte, durch Massenkampagnen und Repression zu bekämpfen, wuchs mit dem zunehmenden Einfluß von OGPU und Staatsanwaltschaft. Die Führungsgruppe um Stalin verfügte oft genug weder über zutreffende Informationen, noch besaß sie die Fähigkeit, die einlaufenden Informationen zu verarbeiten, noch gab es einen Apparat, der kompetent gewesen wäre, eine abgewogene und genau gedachte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik durchzuführen. Mangelndes Fachwissen und ein Bündel von Vorurteilen, die sich aus marxistischem Halbwissen und traditionellen Denkweisen speisten, beeinflußten das Entscheidungsverhalten der Führung. Immer wieder wies sie die Schuld für Fehlentwicklungen Personen und Personengruppen zu, die dem Vorurteilsraster entsprachen – ehemaligen Besitzern, reichen Bauern, Spezialisten, ausländischen Generalstäben –, statt die komplexen Zusammenhänge in Rechnung zu stellen und zu untersuchen. Die Disposition, soziale Probleme in einem Freund-Feind-Schema zu analysieren, verleitete die Partei- und Staatsführung dazu, auf Krisensymptome mit Repression zu reagieren. OGPU und Staatsanwaltschaft lieferten auch bereitwillig Schuldige. Die Ausgrenzung von „Feinden" und „Schädlingen" im Rahmen von Schauprozessen und Massenkampagnen hatte für Teile der sowjetischen Gesellschaft wohl einen integrativen Effekt, doch sie führte langfristig auch zu großer Verunsicherung. Die Suche nach „Klassenfeinden", politische „Wachsamkeit" bestimmten das politisch-soziale Klima. Doch Repression und Markierung von Feindbildern waren Teil der umfassenden Mobilisierung von Gesellschaft, mit deren Hilfe das forcierte Industrialisierungstempo durchgesetzt und Krisen bewältigt wurden.

Die Phase der forcierten Industrialisierung war eine Phase der Verdichtung politischer Herrschaft. Innerhalb der VKP wurden Vertreter anderer Industrialisierungsmodelle politisch ausgeschaltet, in den Fachapparaten wurden Kritiker und potentielle Gegner des Wirtschaftskurses eingeschüchtert und mundtot gemacht. Die politisch legitimierten Organisationen – VKP, OGPU, ZKK-RKI u. a. – wurden angehalten, verstärkt Einfluß auf ökonomische Entscheidungen zu nehmen. Über Massenkampagnen und Werbefeldzüge wurden große Teile der Gesellschaft angesprochen. Zugleich mit der Verdichtung politischer Herrschaft, und davon nicht zu trennen, verdichtete sich auch die betriebliche Herrschaft. Intensivierung der Arbeit, vermehrte Einführung von Bandarbeit und Akkord, Zerschlagung der Gewerkschaften als Defensivorgane der Arbeiter, Verstärkung der Parteiarbeit im Betrieb, Verschärfung der Arbeitsgesetzgebung, all das engte den Spielraum der Arbeiter immer mehr ein. Auf dem Lande führte die Kollektivierung der privaten Wirtschaften zu einer weitgehenden „Verstaatung" der bäuerlichen Bevölkerung. Die administrative Erfassung von Wirtschaft und Gesellschaft wurde intensiviert. Verwaltungsreform, Schaffung einheitlicher Wirtschaftsräume und Einführung eines Paß- und Meldesystems verbesserten die Reichweite des Verwaltungsapparates. Die Grundlagen einer funktionierenden Staatsbürokratie wurden allmählich geschaffen.

Verdichtung politischer Herrschaft. Verdichtung betrieblicher Herrschaft und Intensivierung administrativer Erfassung waren charakteristisch für das politische System, das sich in der Phase der forcierten Industrialisierung herausbildete. Es gab allerdings auch Gegenwirkungen. Große Teile der Arbeiterschaft und der Landbevölkerung verweigerten sich und unterliefen die intensivierten Kontrollen von oben. Zudem funktionierten die Herrschaftsapparate eher schlecht als recht und waren kaum in der Lage, die in Bewegung geratene Gesellschaft zu kontrollieren oder gar zu lenken.

Vielleicht war es aber auch gerade die Unfähigkeit der Apparate, die die erbrachten Leistungen möglich machte. Die Spielräume, die vor Ort gelassen wurden, ließen Eigeninitiative von unten zu, nicht immer setzten sich absurde Vorgaben von oben gegen den gesunden Menschenverstand und die ökonomische ratio durch. Die Vorgaben des Wirtschaftsplans, im Anfangsstadium – ganz verständlich – mit gigantischen Mängeln behaftet, konnten vor Ort u.U. flexibel gehandhabt werden. Andererseits war es der ständige Druck von seiten der Parteiführung und die wiederholten Mobilisierungskampagnen, die den industriellen Aufbau immer wieder vorantrieben.

Der Zusammenhang von forcierter Industrialisierung und Herausbildung stalinistischer Herrschaft ist komplex. Zahlreiche Elemente der Verdichtung von Herrschaft – z.B. die Veränderung betrieblicher Machtstrukturen durch Rationalisierung und Einführung neuer Technologien, die Rolle zentraler Planung – waren Folge des Ausbaus und der Modernisierung von Industrie. Ebenso waren Verwaltungsreform und verbesserte administrative Erfassung der Sowjetbevölkerung gewiß funktional im Sinne besserer Planbarkeit von Gesellschaft. Die Elemente politischer Repression störten dagegen den Industrieaufbau in mehrfacher Hinsicht. Die Kollektivierung z.B. war ein gigantischer ökonomischer Fehlschlag, der die gesamte Industrialisierung in Frage stellte. Die Verhaftung von Ingenieuren und die Unterdrückung technischer und ökonomischer Kritik war gerade während der industriellen Aufbauphase unsinnig. Der Aufbau einer Gefangenenökonomie diente wohl dem Eigeninteresse der politischen Polizei, kaum aber dem Wohl der Volkswirtschaft. Viele der Großprojekte, wie z.B. der Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals, waren ökonomisch sinnlos, in anderen Bereichen, bei Holzeinschlag und Industrieanlagenbau, wurden Arbeitskräfte regellos verschlissen, die schlecht versorgt, falsch qualifiziert und nicht motiviert waren. Funktional war diese Repression wohl im Sinne der Herrschaftssicherung der Führungsgruppe. Die Durchsetzung des hohen Industrialisierungstempos und die gewaltsame Kollektivierung steuerten das Land in eine soziale und ökonomische Krise, die die Stalin-Gruppe vor allem durch Repression bekämpfte. Interessen der Herrschaftssicherung, der Sicherung des sozialen Besitzstandes der neuen Oberschicht, Eigeninteressen von Apparaten stießen immer wieder mit den Forderungen ökonomischer ratio zusammen. Zwar trieb die Parteiführung Industrialisierung voran und mobilisierte die Gesellschaft, doch steuerte sie die Wirtschaft auch in eine schwere Krise. Allein der Umstand, daß sie sich außer auf einen Repressionsapparat auch auf eine breite Schicht von sozialen Aufsteigern stützen konnte, daß die Arbeiterklasse fraktioniert und nicht in der Lage war, geschlossen zu handeln, von den Bauern aber nur örtlicher Widerstand kam, gab der Stalin-Gruppe die Chance, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten und auszubauen.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

a) *Ungedruckte Quellen*

Communist Party of the Soviet Union. Smolensk oblast'. Records 1917–1941, Washington 1957 (Mikrofilm im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln).
The Trotsky Archives in the Houghton Library, Harvard University, Cambridge/Mass.

b) *Protokolle von Parteitagen, Konferenzen und Kongressen*

XIII s-ezd RKP(b), maj 1924, stenografičeskij otčet, Moskva 1963.
XIV s-ezd RKP(b), 18–31 dekabrja 1925, stenografičeskij otčet, Moskva, Leningrad 1926.
XV konferencija VKP(b), 26 oktjabrja – 3 nojabrja 1927, stenografičeskij otčet, Moskva 1927.
XV s-ezd VKP(b), dekabr' 1927 g., stenografičeskij otčet, 2 Bde., Moksva 1961 u. 1962.
XVI konferencija VKP(b), aprel' 1929 g., stenografičeskij otčet, Moskva 1962.
XVI s-ezd VKP(b), stenografičeskij otčet, Moskva, Leningrad, [2]1931.
XVII konferencija VKP(b), stenografičeskij otčet, Moskva 1932.
XVII s-ezd VKP(b), 26 janvarja – 10 fevralja 1934 g., stenografičeskij otčet, Moskva 1934.
XVIII s-ezd VKP(b), 10–21 marta 1939 g., stenografičeskij otčet, Moskva 1939.
XXII s-ezd KPSS, 17–31 oktjabrja 1961 g., stenografičeskij otčet, 3 Bde., Moskva 1962.
VIII s-ezd professional'nych sojuzov SSSR (10–24 dekabrja 1928 g.). Plenumy i sekcii, polnyj stenografičeskij otčet, Moskva 1929.
IX vsesojuznyj s-ezd professional'nych sojuzov SSSR, stenografičeskij otčet, Moskva 1933.
Vsesojuznoe soveščanie o merach ulučšenija podgotovki naučno-pedagogičeskich kadrov po istoričeskim naukam, 18–21 dekabrja 1962 g., Moskva 1964.

c) *Quellensammlungen, Werkausgaben, Memoiren sowie zeitgenössische Monographien und Sammelbände*

Agabekov, G.S.: G.P.U. (Zapiski čekista), Berlin 1930.
Ders.: Die Tscheka an der Arbeit, Stuttgart usw. o.J. [um 1930].
APPO MK VKP(b): O prodovol'stvennom položenii, Moskva 1929.
Aminova, I.; Benediktov, B. u.a.: Sovetskaja ugolovnaja repressija, Moskva 1934.
Antonov, G.: Die Erfahrung der KPdSU bei der Regulierung des Wachstums und der sozialen Zusammensetzung der Partei, Moskva 1933.
Bejlin, A.E.: Kadry specialistov v SSSR – ich formirovanie i rost, Moskva 1935.
Belekopytova, M.N.: Povedenie rabočego podrostka. Charakterističeskie čerty ego ustanovki i napravlennosti, Moskva, Leningrad 1930.
Bjudžety rabočich i služaščich, vyp. 1, Bjudžet rabočej sem'i v 1922–1927 gg., Moskva 1929.
Bol'šaja Sovetskaja Ėnciklopedija, Moskva [1]1926ff.
Bucharin, N.I.: Uroki chlebozagotovok šachtinskogo dela i zadači partii. K itogam aprel'skogo plenuma CK i CKK VKP(b), Leningrad 1928.
Ders.: Ökonomik der Transformationsperiode, Reinbek 1970.
Chain, A.Z.; Chandros, V.: Kto oni, novye ljudi na proizvodstve?, Moskva 1930.
Ciruf', Ja.: Partija i massy, Moskva, Leningrad 1928.
Čekmenev, V.P.: L'goty ITR. Sistematičeskij sbornik direktivnych materialov, Moskva 1932.
Direktivy KPSS i Sovetskogo Pravitel'stva po chozjajstvennym voprosam, Bd. 1 1917–1928, Bd. 2 1929–1945, Moskva 1957.
Ėtčin, A.A.: O edinonačalii, Moskva 1930.

Fomin, F.T.: Zapiski starogo čekista, Moskva 1962.
Gorky, M. [Gor'kij, M.]; Auerbach, L. [Averbach, I. L.]; Firin, S. G. (Hrsg.): Belomor. An Account of the Construction of the New Canal between the White Sea and the Baltic Sea, New York 1935.
Gosudarstvennyj apparat SSSR (zusammengestellt von S.A. Chejnman, Vorwort: Ja. Bineman), Moskva 1929.
Grigoriew, G. A. [Grigor'ev, G. A.]: Produktionsberatungen und Arbeiterinitiative, Moskau 1932.
Haensel, P.: Die Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands, Tübingen 1930.
Industrializacija Severo-Zapadnogo Rajona v gody vtoroj i tret'ej pjatiletok (1933–1941 gg.), Leningrad 1969.
Istorija Industrializacii SSSR 1926–1941 gg., Bd. 1 Industrializacija SSSR 1926–1928; Bd. 2 Industrializacija SSSR 1929–1932; Bd. 3 Industrializacija SSSR 1933–1937; Bd. 4 Industrializacija SSSR 1938–1941, Moskva 1969–1973.
Istorija sovetskoj konstitucii (v dokumentach). 1917–1956, Moskva 1957.
Istorija sovetskoj prokuratury v dokumentach, Moskva 1947.
Itogi pjatiletnego plana razvitija narodnogo chozjajstva Sojuza SSR, Moskva 1933.
Jaroslavskij, E. E. (Hrsg.): Kak provodit' čistku partii, Moskva 1929.
K XVI s-ezdu VKP(b). Materialy k organizacionnomu otčetu CK VKP(b). Vypusk III. Kadry, Moskva, Leningrad 1930.
Kaganovič, L. M.: Očerednye zadači partraboty i reorganizacija partapparata, Moskva, Leningrad 1930.
Kirov, S. M.: Stat'i i reči, Moskva 1934.
Kiržner, D.; Turubiner, B.: Uslovija truda i byta inženerno-techničeskogo personala gornoj promyšlennosti, Moskva 1928.
Kiselev, Ja.; Malkin, S.E.: Važnejšie postanovlenija po trudu, dejstvujuščie na 1 fevralja 1931 goda. Praktičeskoe posobie dlja zavodskich i mestnych komitetov i profaktiva. Sbornik, Moskva 1931.
Kiselev, Ja.; Malkin, S. E.: Sbornik važnejšich postanovlenij po trudu. Praktičeskoe posobie dlja zavodskich i mestnych komitetov i profaktiva, Moskva 1932.
Knickerbocker, H. R.: Der rote Handel droht, Berlin 1931.
Kommunističeskaja Partija Sovetskogo Sojuza v rezoljucijach i rešenijach s-ezdov, konferencij i plenumov CK (1898–1970), Moskva [8]1970.
Kopelev, L.: Aufbewahren für alle Zeit! München 1979.
Ders.: Und schuf mir einen Götzen. Lehrjahre eines Kommunisten, München 1981.
Kolman, A.: Die verirrte Generation. So hätten wir nicht leben sollen. Eine Autobiographie, Frankfurt/M. 1982.
Kontrol'nye cifry po trudu, Moskva 1930.
Kravchenko, V. A. [Kravčenko, V. A.]: Ich wählte die Freiheit. Das private und politische Leben eines Sowjetbeamten, Hamburg o. J. [ca. 1946/47].
Krylenko, N. V. (Hrsg.): Ėkonomičeskaja kontrrevoljucija v Donbasse. Itogi Šachtinskogo dela. Stat'i i dokumenty, Moskva 1928.
Ders.: Klassovaja bor'ba putem vreditel'stva, Moskva 1930.
Kul'turnoe Stroitel'stvo SSSR. Statističeskij sbornik, Moskva, Leningrad 1940.
Kul'turnoe Stroitel'stvo 1935, Moskva 1936.
Kul'turnoe Stroitel'stvo SSSR v cifrach ot VI k VII s-ezdu sovetov (1930–1934), Moskva 1935.
Lenin, V. I.: Polnoe Sobranie Sočinenij, Moskva 1960ff.
Mandelstam, N.: Das Jahrhundert der Wölfe. Eine Autobiographie, Frankfurt/M. 1973.
Marx, K.; Engels, F.: Studienausgabe in 4 Bänden, Hrsg.: I. Fetscher, Frankfurt/M. 1966.
Mänicke-Gyöngyösi, K. (Hrsg.): Entwicklungstendenzen der Lebensformen und ihre soziale Kontrolle (1917–1940), MS. (erscheint 1987).
Mehnert, K.: Amerikanische und russische Jugend um 1930, Stuttgart 1973.
Mel'kumov, A.: Organizacionnoe stroitel'stvo VKP(b), Moskva 1929.
Meyer, G.: Sozialstruktur sowjetischer Industriearbeiter Ende der zwanziger Jahre. Ergebnisse der Gewerkschaftsumfrage unter Metall-, Textil- und Bergarbeitern 1929, Marburg 1981.
Minc, L. E.: Trudovye resursy SSSR, Moskva 1975.
Molotow, W. M. [Molotov, V. M.]: Der Aufbau des Sozialismus und die Wachstumsschwierigkeiten, Hamburg, Berlin 1929.

Ders.: Die Abschaffung des Brotkartensystems. Referat auf dem Plenum der KPdSU am 25. November 1934, Moskau, Leningrad 1934.
Morduchovič, Z. L. [Mochov]: Na bor'bu s tekučest'ju rabočej sily, Moskva, Leningrad 1931.
Najštadt, A.; Ryvkin, I.; Sosnovik, I.: Kommuny molodeži, Moskva 1931.
Obrazovanie i razvitie organov socialističeskogo kontrolja v SSSR (1917–1975), Moskva 1975.
Očerednye voprosy ulučšenija gosapparata. Po materialam NK RKI SSSR, Moskva 1930.
Ordžonikidze, G. K.: Stat'i i reči v 2 tt., Moskva 1956–57.
Organov, P. N.: Pravovoe položenie specialistov, Moskva 1928.
Orlow, A.: Kreml-Geheimnisse, Würzburg 1953.
Osnovnye direktivy partii i pravitel'stva po chozjajstvennomu stroitel'stvu 1931–1933 gg., Moskva 1933.
Pervičnaja partijnaja organizacija. Dokumenty KPSS posleoktjabr'skogo perioda, Moskva 1970.
Pervye itogi čistki partii. Sbornik statej, Moskva 1934.
Pjatiletnij Plan Narodno-Chozjajstvennogo Stroitel'stva SSSR, t. 1–3, Moskva [3]1930.
Plan obespečenija narodnogo chozjajstva SSSR kadrami specialistov (1929–1933), Moskva 1930.
Problemy ugolovnoj politiki, 3 Bde., Moskva 1935–1937.
Process kontrrevoljucionnoj organizacii men'ševikov (1. 3.–9. 3. 1931), Moskva 1931.
Process Rompartii, Moskva 1931.
Profsojuznaja perepis' 1932–1933 g. Tekst sostavili: Gol'cman, M. T.; Kogan, L. M. pod obščej redakciej N. N. Evrejnova, Moskva 1934.
Prokof'ev, V. V.: Industrial and technical intelligentsia in the USSR, Moscow-Leningrad 1933.
Rašin, A. G.: Sostav fabrično-zavodskogo proletariata SSSR, Moskva 1930.
Rešenija partii i pravitel'stva po chozjajstvennym voprosam v 5 tt., Moskva 1967.
Die Russische Arbeiteropposition. Die Gewerkschaften in der Revolution. Hrsg. v. G. Mergner, Reinbek 1972.
Scott, J.: Jenseits des Ural, Stockholm 1944.
Semenov, N.: Lico fabričnych rabočich proživajuščich v derevnjach i politprosvetrabota sredi nich. Po materialam obsledovanija rabočich tekstil'noj promyšlennosti Centr. promyšl. oblasti, Leningrad 1929.
Serge, V.: Beruf: Revolutionär. Erinnerungen 1901–1917–1941, Frankfurt/M. 1967.
Širvindt, E. G.; Utevskij, B. S.: Sovetskoe ispravitel'no-trudovoe pravo, Moskva [2]1931.
Socialističeskoe Stroitel'stvo SSSR. Statističeskij Ežegodnik, Moskva 1934.
Socialističeskoe Stroitel'stvo SSSR. Statističeskij Ežegodnik, Moskva 1935.
Socialističeskoe Stroitel'stvo SSSR. Statističeskij Ežegodnik, Moskva 1936.
Socialističeskoe Stroitel'stvo SSSR (1933–1938 gg.), Moskva 1939.
Sostav rukovodjaščich rabotnikov i specialistov Sojuza SSR, Moskva 1936.
Sovetskoe Pravo. Vypusk III, Moskva 1929.
Sovety narodnogo chozjajstva i planovye organy v centre i na mestach (1917–1932). Sbornik dokumentov, Moskva 1957.
Stalin, J. W. [Stalin, I. V.]: Fragen des Leninismus, Berlin 1971 (reprogr. Nachdruck der Ausgabe Moskau 1947).
Ders.: Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft, München 1968.
Ders.: Werke, Berlin 1950ff.
Strafgesetzbuch der Russsischen Sozialistischen Förderativen Sowjet-Republik vom 22. 11. 1926, übers. v. W. Gallas, Berlin, Leipzig 1931.
Strumilin, S. G.: Izbrannye proizvedenija v 5 tt., Moskva 1963–1965.
Suchanov, N. N.: 1917. Tagebuch der russischen Revolution, München 1967.
Trotzki, L. [Trockij, L. D.]: Fragen des Alltagslebens, Hamburg 1923.
Ders.: Die verratene Revolution, Zürich 1957.
Ders.: Mein Leben. Versuch einer Autobiographie, Frankfurt/M. 1961.
Trud v SSSR. Spravočnik 1926–1930 gg., Moskva 1930.
Trud v SSSR. Ėkonomičeskij Spravočnik, Moskva, Leningrad 1932.
Trud v SSSR. Statističeskij Spravočnik, Moskva 1936.
Tverskoj, K.: Za bol'ševistskie tempy socialističeskoj rekonstrukcii transportnogo chozjajstva, Moskva, Leningrad 1931.

Utevskij, B.S.: Sovetskaja ispravitel'no-trudovaja politika, Moskva 1935.
Valentinov, N. [Vol'skij]: Novaja ėkonomičeskaja politika i krizis partii posle smerti Lenina. Gody raboty s VSNCh vo vremja NĖP. Vospominanija, Stanford/Cal. 1971.
Vidrevič, Ja. V.: Bjudžet vremeni i zarabotnaja plata specialistov. Statistiko-ėkonomičeskie očerki, Moskva 1930.
Vreditel'stvo v teorii i praktike planirovanija. Sbornik statej, Moskva, Leningrad 1931.
Vsesojuznaja partijnaja perepis' 1927 goda, Moskva 1927.
Vtoroj pjatiletnij plan razvitija narodnogo chozjajstva SSSR (1933–1937 gg.), Moskva 1934.
Vyšinskij, A. (Hrsg.): Ot tjurem k vospitatel'nym učreždenijam, Moskva 1934.
Weissberg-Cybulski, A.: Hexensabbat. Rußland im Schmelztiegel der Säuberungen, Frankfurt/M. 1951.

d) *Zeitgenössische Periodika*

Administrativnyj Vestnik.
Bjulleten' Ėkonomičeskogo Kabineta Prof. S.N. Prokopoviča.
Bjulleten' Oppozicii.
Bol'ševik (Fortsetzung: Kommunist)
Ėkonomičeskoe Obozrenie.
Ežegodnik sovetskogo stroitel'stva i prava.
Istorija proletariata. 22 sbornika 1930–1935.
Izvestija CK VKP(b)
Izvestija VCIK
Osteuropa. Königsberg
Partijnoe Stroitel'stvo.
Planovoe Chozjajstvo.
Pravda.
Problemy Ėkonomiki.
Revoljucija i Kul'tura.
Sobranie uzakonenij i rasporjaženij raboče-krest'janskogo pravitel'stva RSFSR, Moskva.
Sobranie zakonov i rasporjaženij raboče-krest'janskogo pravitel'stva SSSR, Moskva 1924ff.
Socialističeskij Vestnik.
Sovetskaja Justicija.
Sovetskoe Gosudarstvo (1932–1938, vorher siehe folgenden Titel)
Sovetskoe Gosudarstvo i Revoljucija Prava (1930–1931).
Sovetskoe Stroitel'stvo.
Statističeskoe Obozrenie.
Torgovo-Promyšlennaja Gazeta.
Vestnik Truda.
Voprosy Profdviženija.
Voprosy Truda.

e) *Moderne Periodika*

American Historical Review.
Argument.
Critique politique.
Istorija SSSR.
Geschichte und Gesellschaft.
Istoričeskie Zapiski.
Jahrbücher für Geschichte Osteuropas NF.
Journal of Economic History.
Journal of Political Economy.

Kritische Justiz.
Libre.
Novyj Mir.
Österreichische Osthefte.
Ostprobleme.
Partijnaja Žizn'.
Population.
Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung.
Slavic Review.
Soviet Studies.
Vestnik Moskovskogo Universiteta. Serija IX.
Voprosy Istorii.
Voprosy Istorii KPSS.

f) *Sowjetische Literatur*

Andruchov, N. P.: Partijnoe stroitel'stvo v period bor'by za pobedu socializma v SSSR 1917–1937, Moskva 1977.
Chromov, P. A.: Ėkonomičeskoe razvitie Rossii v XIX–XX vv., Moskva 1950.
Fedjukin, S. A.: Sovetskaja vlast' i buržuaznye specialisty, Moskva 1965.
Flakserman, Ju. N.: Gleb Maksimovič Kržižanovskij, Moskva 1964.
Formirovanie i razvitie sovetskogo rabočego klassa (1917–1961 gg.), Moskva 1964.
Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Frankfurt/M. 1971 (Übers. von Istorija KPSS, Moskva 1969).
Istorija Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza (Izdanie vtoroe, dopolnennoe), Moskva 1963.
Istorija Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza (Izdanie četvertoe, dopolnennoe), Moskva 1973.
Istorija Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza v 6 tt., t. 4 kn. 1,2, Moskva 1970/71.
Iz istorii sovetskoj intelligencii, Moskva 1965.
Izmenenija v čislennosti i sostave sovetskogo rabočego klassa, Moskva 1961.
Malafeev, A. N.: Istorija cenoobrazovanija v SSSR 1917–1963 gg., Moskva 1964.
Moškov, Ju. A.: Zernovaja problema v gody splošnoj kollektivizacii (1928–1932 gg.), Moskva 1966.
Narodnoe Chozjajstvo SSSR 1922–1972, Moskva 1972.
Ot kapitalizma k socializmu. Osnovnye problemy istorii perechodnogo perioda v SSSR 1917–1937 gg., v 2 tt., Moskva 1981.
Pališko, V. K.: Rost i ukreplenie partijnych rjadov v uslovijach stroitel'stva i upročenija socializma, Kiev 1979.
Problemy istoriografii i istočnikov istorii KPSS, No. 2, Moskva 1973.
Rabočij klass i industrial'noe razvitie SSSR, Moskva 1975.
Rogačevskaja, L. S.: Likvidacija bezraboticy v SSSR 1917–1930, Moskva 1973.
Dies.: Socialističeskoe sorevnovanie v SSSR. Istoričeskie očerki 1917–1970 gg., Moskva 1977.
Rubin, A. M.: Organizacija upravlenija promyšlennost'ju v SSSR (1917–1967 gg.), Moskva 1969.
Senjavski, S. L.: Izvamenenija v social'noj strukture sovetskogo obščestva 1938–1970, Moskva 1973.
Social'noe razvitie rabočego klassa, Moskva 1977.
Sovetskaja intelligencija (Istorija formirovanija i rosta 1917–1965 gg.), Moskva 1968.
Sovetskaja intelligencija. Kratkij očerk istorii (1917–1975 gg.), Moskva 1977.
Strana sovetov za 50 let, Moskva 1967.
Vdovin, A. I.; Drobižev, V. Z.: Rost rabočego klassa SSSR 1917–1940 gg., Moskva 1976.
Zauzolkov, F. N.: Kommunističeskaja partija – organizator sozdanija naučnoj i proizvodstvenno-techničeskoj intelligencii SSSR, Moskva 1973.

g) *Westliche Literatur*

Avtorkhanov, A.: Stalin and the Soviet Communist Party. A Study in the Technology of Power, Munich 1959.

Bahro, R.: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Frankfurt/M. 1979.

Bailes, K. E.: Technology and Society under Lenin and Stalin. Origins of the Soviet Technical Intelligentsia, 1917–1941, Princeton/N. J. 1978.

Boetticher, M. v.: Industrialisierungspolitik und Verteidigungskonzeption der UdSSR 1926–1930. Herausbildung des Stalinismus und „äußere Bedrohung", Düsseldorf 1979.

Benvenuti, F.: Kirov nella politica sovietica, 1933–1934, in: Annali dell'Istituto Italiano per gli Studi Storici IV, 1973/75, Napoli 1979 (engl. Version: Kirov in Soviet Politics, Mimeo, Birmingham 1977).

Bergson, A.: The Real National Income of Soviet Russia Since 1928, Cambridge/Mass. 1961.

Bettelheim, Ch.: Die Klassenkämpfe in der UdSSR, Bd. 1 1917–1923, Berlin 1975.

Bienstock, G.; Schwarz, S. A.; Yugow, A. [Švarc, S. A.; Jugov, A.]: Management in Russian Industry and Agriculture, London/New York 1948.

Black, C. E. (Hrsg.): The Transformation of Russian Society. Aspects of Social Change since 1861, Cambridge/Mass. 1960.

Broszat, M. u. a. (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit, Bd. 4, München 1981.

Cohen, S. F.: Bukharin and the Bolshevik Revolution. A Political Biography 1888–1938, Oxford usw. 1980.

Carlo, A.: Politische und ökonomische Struktur der UdSSR (1917–1975), Berlin 1972.

Carr, E. H.: Socialism in One Country, 3 Bde., Harmondsworth 1970.

Carr, E. H.; Davies, R. W.: Foundations of a Planned Economy, 2 Bde., Harmondsworth 1974.

Clarke, R. A.: Soviet Economic Facts 1917–1970, London 1972.

Conquest, R.: The Great Terror. Stalin's Purge of the Thirties, London, Melbourne 1968.

Dallin, D. J.; Nicolaewsky, B. I.: Forced Labor in Soviet Russia, New Haven 1947.

Daniels, R. V.: Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in Sowjetrußland, Köln/Berlin 1962.

Davies, R. W.: The Industrialization of Soviet Russia. Bd. 1 The Socialist Offensive. The Collectivization of Soviet Agriculture, 1929–1930; Bd. 2 The Soviet Collective Farm, 1929–1930, London 1980.

Deutscher, I.: Die sowjetischen Gewerkschaften. Ihr Platz in der sowjetischen Arbeitspolitik, Frankfurt/M. 1969.

Ders.: Stalin. Eine politische Biographie (Um das 15. Kap. erweiterte Neuausgabe), Berlin 1979.

Ders.: Trotzki, Bd. I–III, Stuttgart usw. 1972.

Diaconoff, P. A.: Gosplan and the Politics of Soviet Planning, 1929–1932, nichtveröffentl. Ph. D. Thesis, Ann Arbor 1979.

Erler, G.; Süß, W. (Hrsg.): Stalinismus. Probleme der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg, Frankfurt/M., New York, 1982.

Erlich, A.: Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924–1928, Frankfurt/M., Wien 1971.

Ellenstein, J.: Geschichte des „Stalinismus", Westberlin 1977.

Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, hrsg. v. R. Crusius u. M. Wilke, Frankfurt/M. 1977.

Fainsod, M.: Smolensk under Soviet Rule, London 1958.

Ders.: Wie Rußland regiert wird, Köln, Berlin 1965.

Fischer Weltgeschichte, Rußland, Frankfurt/M. 1972.

Fitzpatrick, Sh.: Education and Social Mobility in the Soviet Union 1921–1934, Cambridge usw. 1979.

Getty, J. A.: The "Great Purges" Reconsidered: The Soviet Communist Party, 1933–1939, Ph. D. Thesis, Boston College 1979.

Hodgman, D. R.: Soviet Industrial Production 1928–1951, Cambridge/Mass. 1954.

Hofmann, W.: Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, Berlin 1956.

Ders.: Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt/M. 1967.

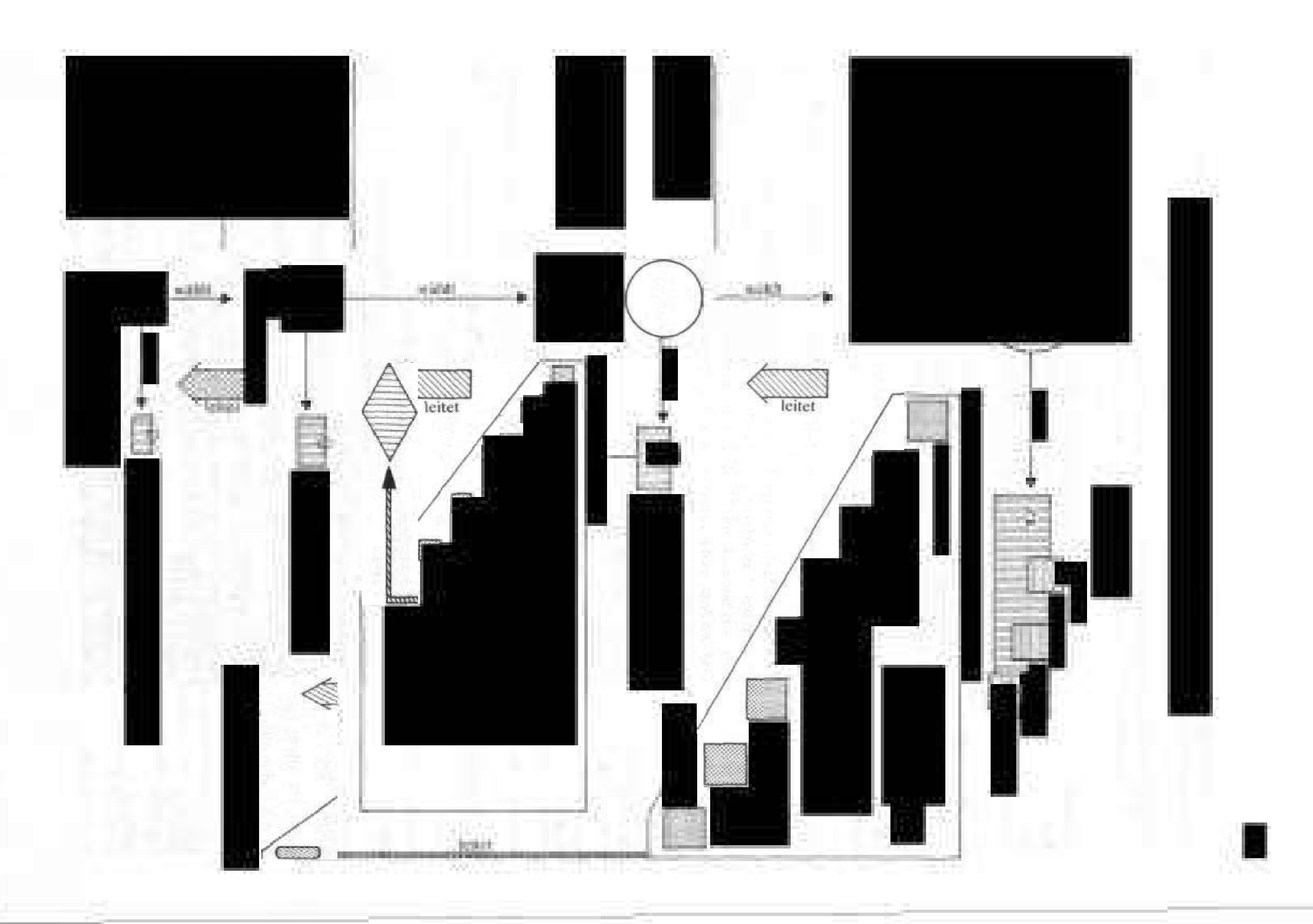
Jakovlev, B.: Koncentracionnye lageri SSSR, Mjunchen 1955.

Jasny, N.: Soviet Industrialization 1928–1952, Chicago 1961.

Ders.: Soviet Economists of the Twenties. Names to be Remembered, Cambridge 1972.

Juviler, P. H.: Revolutionary Law and Order, New York/London 1976.
Koch, H. (Hrsg.): 500 Sowjetköpfe, Köln 1959.
Kofler, L.: Stalinismus und Bürokratie. Zwei Aufsätze, Neuwied 1970.
Konrád, G.; Szelényi, I.: Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht, Frankfurt/M. 1978.
Lampert, N.: The Technical Intelligentsia and the Soviet State. A Study of Soviet Managers and Technicians 1928–1935, New York 1979.
Lewytzkyj, G.: Vom roten Terror zur sozialistischen Gesetzlichkeit, München 1961.
Löhmann, R.: Stalins 50. Geburtstag am 21. Dezember 1929. Soziale und psychologische Grundlagen der Institutionalisierung des Personenkults, Ms. Marburg 1981.
Lorenz, R.: Sozialgeschichte der Sowjetunion I. 1917–1945, Frankfurt/M. 1976.
Lorimer, F.: The Population of the Soviet Union. History and Prospects, Geneva 1946.
Mandel, E.: Über die Bürokratie, Hamburg o. J.
Martschenko: Soviet Population Trends, 1926–1939, Mimeographed, New York 1953.
Medwedew, R. A. [Medvedev, R. A.]: Die Wahrheit ist unsere Stärke. Geschichte und Folgen des Stalinismus, Frankfurt/M. 1973.
Mehnert, K.: Der Sowjetmensch. Versuch eines Porträts nach dreizehn Reisen in die Sowjetunion 1929–1959, Frankfurt/M. 1963.
Merl, S.: Der Agrarmarkt und die Neue Ökonomische Politik. Die Anfänge staatlicher Lenkung der Landwirtschaft in der Sowjetunion 1925–1928, Hamburg 1981.
Ders.: Die Anfänge der Kollektivierung in der Sowjetunion. Übergang zur staatlichen Reglementierung der Produktions- und Marktbeziehungen im Dorf (1928–1920). Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts München, Bd. 52, Wiesbaden 1985.
Der Nationalsozialismus als didaktisches Problem. Beiträge zur Behandlung des NS-Systems im Unterricht. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 156, Bonn 1980.
Nicolaevsky, B. I.: Power and the Soviet Elite, New York usw. 1965.
Nove, A.: An Economic History of the U.S.S.R., Harmondsworth 1969.
Pollock, F.: Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917–1927, Leipzig 1929; reprogr. Nachdruck: Frankfurt/M. 1971.
Prokopoviez, S. N. [Prokopović, S. N.]: Rußlands Volkswirtschaft unter den Sowjets, Zürich, New York 1944.
Puls, D. (Hrsg.): Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1979.
Reiman, M.: Die Geburt des Stalinismus. Die UdSSR am Vorabend der „zweiten Revolution", Frankfurt/M. 1979.
Rigby, T. H.: Communist Party Membership in the USSR 1917–1967, Princeton/N. J. 1968.
Rosenfeldt, N. E.: Knowledge and Power. The Role of Stalins Secret Chancellery in the Soviet System of Government, Copenhagen 1978.
Rozanov, M.: Soloveckij konclager' v monastyre 1922–1939 gg. Fakty – domysli – „paraši". Obzor vospominanij Solovčan Solovčanami v 2 kn., o. O. (Eigenverlag des Autors) 1979.
Sachse, C. u. a.: Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982.
Sadler, A.: The Party Organization in the Soviet Enterprise 1928–1934, Unpublished Masters' Essay, Birmingham 1978/79.
Schapiro, L.: The Communist Party of the Soviet Union, New York 1971.
Schröder, H. H.: Arbeiterschaft, Wirtschaftsführung und Parteibürokratie während der Neuen Ökonomischen Politik. Eine Sozialgeschichte der bolschewistischen Partei 1920–1928, Berlin 1982.
Schwarz, S. [Švarc, S. M.]: Arbeiterklasse und Arbeitspolitik in der Sowjetunion, Hamburg 1953.
Schweitzer, R.: Das Experiment der Industrieplanung in der Sowjetunion. Eine betriebswirtschaftliche Untersuchung der russischen Industriepraxis, Berlin 1934.
Sklavenarbeit in Rußland. Der amerikanische Gewerkschaftsbund legt den Vereinten Nationen das Ergebnis seiner Ermittlungen zu dieser Frage vor, o. O. o. J. [englischsprachige Version: Washington 1949].
Slonim, M.: Die Sowjetliteratur. Eine Einführung, Stuttgart 1972.
Sosnovy, T.: The Housing Problem in the Soviet Union, New York 1954.

Spulber, N.: Soviet Strategy for Economic Growth, Bloomington 1964.
Süß, W.: Der Betrieb in der UdSSR. Stellung, Organisation und Management 1917–1932, Frankfurt/M. usw. 1981.
Swianiewicz, S.: Forced Labour and Economic Development, London 1965.
Tatur, M.: „Wissenschaftliche Arbeitsorganisation" – Arbeitswissenschaften und Arbeitsorganisation in der Sowjetunion 1921–1935, Berlin 1979.
Tenfelde, K.; Volkmann, H. (Hrsg.): Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981.
Voslensky, M.S.: Nomenklatura. Die herrschende Klasse der Sowjetunion, Wien usw. 1982.
Weißenburger, U.: Die Entwicklung von Realeinkommen und materieller Lage der Arbeiter und Angestellten in der Periode der Vorkriegsfünfjahrpläne (1928/29–1941), Ms. Bremen 1980.
Ders.: Wohnungsbau und Wohnverhältnisse während der Vorkriegsfünfjahrpläne, Ms. Bremen 1980.
Wolin, S.; Slusser, R.M. (Hrsg.): The Soviet Secret Police, New York 1957.
Zaleski, E.: Planning for Economic Growth in the Soviet Union 1918–1932, Chapel Hill 1971.
Ziehr, W.: Die Entwicklung des „Schauprozesses" in der Sowjetunion (Ein Beitrag zur sowjetischen Innenpolitik 1928–1938), Diss. Phil. Fak. Tübingen 1969, Mainz 1970.
Zorin, L.: A Bibliography of Soviet Prisons and Concentration Camps 1917–1980, Newtonville/Mass. 1980.


leitet
leitet

VERZEICHNIS DER IM TEXT MEHRFACH VERWENDETEN RUSSISCHEN BEGRIFFE UND ABKÜRZUNGEN

Agitprop	Abteilung für Agitation und Propaganda
BSĖ	Bol'šaja Sovetskaja Ėnciklopedija; Große Sowjetenzyklopädie
byt	Lebensweise, Alltagsleben, Sitten und Bräuche
Centrosojuz	Central'nyj sojuz potrebitel'skich obščestv; Zentralverband der Verbrauchergenossenschaften
Chozjajstvennik	Funktionär im Wirtschaftsapparat, Wirtschaftsmanager
Chozrasčet	chozjajstvennyj rasčet; kommerzielle Rechnungsführung
čistka	Säuberung, Revision (der Partei oder einer Behörde)
ČK	vgl. VČK
CK	Central'nyj Komitet; Zentralkomitee (ZK) der Partei
CKK	Central'naja Kontrol'naja Komissija; Zentrale Kontrollkommission (ZKK) der Partei
CIK	Central'nyj Ispolnitel'nyj Komitet; Zentrales Exekutivkomitee (ZEK) der Sowjets
CSU	Central'noe Statističeskoe Upravlenie; Statistische Zentralverwaltung
CUDortrans	Central'noe Upravlenie šossejnych i gruntovych dorog i avtomobil'nogo transporta pri Sovnarkome SSSR; Zentralverwaltung der Chausseen und Landstraßen und des Automobiltransports beim Rat der Volkskommissare der UdSSR (gegründet 3. 6. 31)
CUNChU	Central'noe Upravlenie Narodno-Chozjajstvennogo Učeta; Zentralverwaltung für volkwirtschaftliche Registratur
Donbass	Doneckij bassejn; Donezbecken
edinonačalie	Einzelleitung
ĖKO	Ėkonomičeskij Otdel; Wirtschaftsabteilung der OGPU
FON	Fakultet Osobogo Naznačenija; Sonderfakultäten zur Ausbildung von „Praktikern"
funkcionalka	funktionales Leitungssystem; Aufgliederung einer Verwaltung nach funktionalen Gesichtspunkten
funkcional'ščina	identisch mit „funkcionalka", jedoch mit pejorativem Beigeschmack
FZU	fabzavuč; fabrično-zavodskoe učilišče; Betriebsschule, spezialisierte Schulausbildung im Betrieb
Gensek	General'nyj sekretar'; Generalsekretär der Partei
glavki	Glavnye komitety, bzw. glavnye upravlenija; Hauptverwaltungen in der Wirtschaftsleitung, insbesondere während des Kriegskommunismus
Gosbank	Gosudarstvennyj bank; Staatsbank
Gosplan	Gosudarstvennaja planovaja komissija; Staatsplankommission
gorkom	Gorodskoj komitet; Stadtparteikomitee
GPU	Gosudarstvennoe Političeskoe Upravlenie; Staatliche Politische Verwaltung; vgl. OGPU
GULAG	Glavnoe Upravlenie Lagerej; Hauptverwaltung der Lager
ITL	Ispravitel'no-Trudovoj Lager'; Besserungsarbeitslager
ITK	Ispravitel'no-Trudovaja Kolonija; Besserungsarbeitskolonie
Itekovcy	Insassen von ITK
Jugostal'	Trust in der Ukraine (Metallverhüttung, Erzgruben)
komvuz	kommunističeskoe vysšee učebnoe zavedenie; Parteihochschule
Komsomol	Kommunističeskij Sojuz Molodeži; Kommunistischer Jugendverband; vgl. VKSM
Komsomolec	Komsomolze; Angehöriger des Komsomol

Komzag	Komitet po zagotovkam sel'skochozjajstvennych produktov pri SNK SSSR; Komitee zur Erfassung von Agrarerzeugnissen beim Rat der Volkskommissare der UdSSR
Kontraktacija	Kontrahierung; staatliche Beschaffung von Agrarerzeugnissen durch Zwangsverträge zwischen Beschaffungsorganen und Produzenten, 1933 abgeschafft
kraj	Region; Verwaltungseinheit
krajkom	kraevoj komitet; Regionsparteikomitee
kulaki	Kulaken, reiche Bauern; vor 1917 Dorfwucherer
kul'torg	kul'turnyj organizator; Organisator für kulturelle Erziehungsarbeit
Kul'tprop	Abteilung für Kultur und Propaganda
Kuzbass	Kuzneckij bassejn; Kuznecker Becken
MTS	Mašinno-Traktornaja Stancija; Maschinen- und Traktorstation
NÈP	Novaja Èkonomičeskaja Politika; Neue Ökonomische Politik
nepači	Nep-Leute; Bourgeoisie der NÈP-Phase
Narkom, NK	Narodnyj Komissar; Volkskommissar
Narkomat, NK	Narodnyj Komissariat; Volkskommissariat
NKF, Narkomfin	– für Finanzen
NKJu	– für Justiz
NKLegprom	– für Leichtindustrie
NKLesprom	– für Wald- und Holzindustrie
Narkompros	– für Volksbildung
NKPS	– für Verkehrswesen
NK RKI	– der Arbeiter- und Bauerninspektion
NKSnab	– für Versorgung
NKTjažprom	– für Schwerindustrie
Narkomtorg	– für Handel
NKT, Narkomtrud	– für Arbeit
NKVD	– für Inneres (bis 1930 in den Republiken für innere Verwaltung zuständig; ab 1934 als Volkskommissariat der UdSSR neu gebildet mit Einschluß der politischen Polizei)
NKVod	– für Wassertransport
NTU VSNCh	Naučno-techničeskij otdel i upravlenie VSNCh; Wissenschaftlich-technische Abteilung und Verwaltung des VSNCh
obkom	oblastnoj komitet; Gebietsparteikomitee
oblast'	Gebiet; Verwaltungseinheit
OGPU	Ob-edinennoe Gosudarstvennoe Političeskoe Upravlenie; Vereinigte Staatliche politische Leitung; politische Polizei; hervorgegangen aus der VČK, die 1922 in die GPU umgebildet wurde; seit Gründung der UdSSR – 10. 12. 22. – OGPU; 1934 in das NKVD SSSR überführt.
okrug	Bezirk, Verwaltungseinheit
okružkom	okružnoj komitet, Bezirksparteikomitee
Orgbjuro	Orgbüro; Organisationsbüro beim ZK
Orginotdel	Organizacionno-instruktorskij otdel; Organisations- und Instruktionsabteilung bei den Parteikomitees
Orgotdel	vgl. Orginotdel, bzw. Orgraspred; generell: Organisationsabteilung
Orgraspred	Organizacionno-raspredelitel'nyj otdel; Abteilung für Organisation und Verteilung bei den Parteikomitees
Osoaviachim	Obščestvo sodejstvija oborone i aviacionno-chimičeskomu stroitel'stvu SSSR; Gesellschaft zur Unterstützung der Verteidigung und des Ausbaus von Luftfahrt und Chemie in der UdSSR; gegründet 23. 1. 27 aus mehreren Vorläuferorganisationen
OSVOK	Osoboe Soveščanie po Vosstanovleniju Osnovnogo Kapitala; Sonderberatung über die Rekonstruktion des Grundkapitals beim VSNCh
partgruppa	partijnaja gruppa; Parteigruppe

perestrojka	Umbau, Reorganisation (der Partei 1929/30)
podpol'ščiki	Parteimitglieder aus der Zeit der Illegalität vor 1917
Politbjuro	Politbüro; Politisches Büro des ZK
politgramota	politisches ABC, politisches Grundwissen
Politotdel	Politabteilung; Sonderorganisation der Partei bei MTS, Sowchosen, im Transportwesen
Promakademija	Promyšlennaja akademija; Industrieakademie zur Weiterbildung von „Praktikern"
Promfinplan	promyšlennyj finansovyj plan; Industriefinanzplan (auf Betriebsebene)
PTĖU	Planovo-Techničesko-Ėkonomičeskoe Upravlenie; Plan-Technik-Ökonomie-Verwaltung beim VSNCh
PUR	Političeskoe Upravlenie Raboče-krest'janskoj Krasnoj Armii; Politische Verwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee
rajkom	rajonnyj komitet; Rayonsparteikomitee
rajon	Rayon, Verwaltungseinheit
RKI	Raboče-Krest'janskaja Inspekcija; Arbeiter- und Bauerninspektion; vgl. NK RKI
RSFSR	Rossijskaja Sovetskaja Federativnaja Socialističeskaja Respublika; Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SLON	Severnye Lageri Osobennogo Naznačenija; Nördliche Lager mit Sonderbestimmung; Konzentrationslager der OGPU
SNK, Sovnarkom	Sovet Narodnych Komissarov; Rat der Volkskommissare
sovpartškola	sovetsko-partijnaja škola; Sowjetparteischule
SSSR	Sojuz Sovetskich Socialističeskich Respublik; Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, UdSSR
STO	Sovet Truda i Oborony; Rat für Arbeit und Verteidigung
Torgsin	Handelsvereinigung auf Allunionsebene, die in ihren Läden Waren nur gegen ausländische Valuta abgab; existierte 1930–36
Tscheka	vgl. ČK bzw. VČK
Uralmet	Regionaler Industriezusammenschluß im Uralbereich, Hüttenindustrie und Erzgewinnung
uravnilovka	„Gleichmacherei"
valjutčiki	Besitzer ausländischer Währung, Schieber
VČK	Vserossijskaja Črezvyčajnaja Komissija po bor'be s kontr-revoljuciej i sabotažem; Allrussische außerordentliche Kommission zum Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage; vgl. OGPU
VCSPS	Vsesojuznyj Central'nyj Sovet Profsojuzov; Allunionszentralrat der Gewerkschaften
VKP/b	Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija/bol'ševikov; Kommunistische Allunionspartei der Bolschewiki, KPdSU
VKSM	Vsesojuznyj Kommunističeskij Sojuz Molodeži; auch VLKSM – Vsesojuznyj Leninskij Kommunističeskij Sojuz Molodeži; Komsomol, kommunistischer Jugendverband
VSNCh	Vysšij Sovet Narodnogo Chozjajstva; Oberster Volkswirtschaftsrat
vtuz	vysšee techničeskoe učebnoe zavedenie; Technische Hochschule
vuz	vysšee učebnoe zavedenie; Hochschule
vydviženie	Befördern, Vorwärtsschieben; auch: vydviženčestvo; vgl. Abschnitt 2.2
vydvižency	Beförderte, Aufsteiger im Rahmen des vydviženie
ženotdel	otdel po rabote sredi ženščin; Abteilung für Frauenarbeit in den Parteikomitees
ZEK	vgl. CIK
ZK	vgl. CK
ZKK	vgl. CKK